

Illustriertes Jahrbuch
der Weltgeschichte.

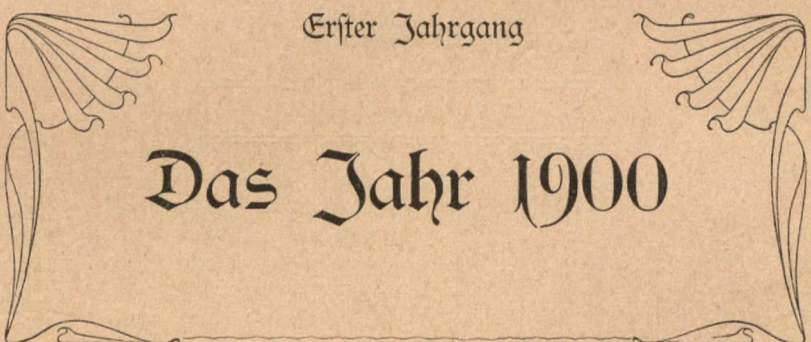
Das Jahr 1900.

Illustriertes

Jahrbuch der Weltgeschichte

Von Karl Jentsch

Erster Jahrgang



Das Jahr 1900

Die Geschichte der Welt ist sich
selbst gleich, wie die Gesetze der
Natur, und einfach, wie die
Seele des Menschen. Schiller.

Leipzig
Königsstraße 9/11.

Verlag Karl Prochaska in Teschen

Wien
Kumpfgasse 7.

352 317,

III / 2000

Alle Rechte vorbehalten.



Einleitung.*

Den europäischen Völkern des Mittelalters lag zunächst die Aufgabe ob, die verwüsteten Provinzen des Römerreichs wieder anzubauen, Germanien, die daran grenzenden Slavenländer, die nordischen Inseln und Halbinseln durch Rodung und Entsumpfung anbaufähig zu machen und mit Benützung der noch vorhandenen Reste alter Kunstfertigkeit und nach den geretteten alten Mustern die verschiedenen Handwerke zu erlernen und fortzubilden.

Diese schwere Arbeit ließ wenig Kraft und Zeit übrig für die Bestrebungen höherer Kultur, die noch dazu bei der öffentlichen Unsicherheit nur in ummauerten Klöstern eine beengende Zufluchtstätte fanden. Ebendasselbst und auf Frohnhöfen wurden im Norden anfangs auch die Handwerke betrieben. Rascher schritt die Kultur fort, als vom 12. Jahrhunderte ab die italienischen, vom 13. ab die niederländischen Städte aufblühten. Ihnen schlossen sich die deutschen an, die jedoch verhältnismäßig klein blieben, so daß noch im 15. Jahrhundert eine Stadt von 10.000 Einwohnern als Großstadt galt. Zu den Gewerben und dem Handel gesellten sich, dem Entwicklungsgange der Menschennatur gemäß, zunächst die Künste. Einen eigenen Baustil schufen sich die Nordländer schon im 11. Jahrhundert, und ihre Poesie entfaltete im 12. und 13. die herrlichsten Blüten. Im 15. und 16. erklimm

nördlich und südlich der Alpen die Malerei eine Höhe, die sie erst im 19. Jahrhundert wieder erreicht hat. Von den Wissenschaften wurde natürlich zuerst die Theologie betrieben, einmal weil es die Kirche war, die die Reste der antiken Kultur in die Zeit nach der Völkerwanderung hinübergerettet hatte, und weil es vor der Erstarkung der Städte andere Kulturträger und Kulturpfleger als Mönche nicht gab, dann aber, weil der Menschengeist ganz allgemein, sobald er anfängt, nach den Ursachen der Erscheinungen zu fragen, mit einem fähigen Sprunge auf die allererste Ursache, auf den Urquell alles Seins, zurückzugehen pflegt, um von da, von Gott aus, die Welt zu erklären. In dem Grade nun, als die Theologie zur Philosophie wurde, nahm man die Alten zu Lehrmeistern, und je länger, desto ausschließlicher den Aristoteles und die Neuplatoniker. Das wurde verhängnisvoll; denn der Neuplatonismus ist mystische Schwärmerei, und über Aristoteles sind in der Naturerkenntnis andere von den Alten, wie der Mathematiker und Maschinenbauer Archimedes und Aristarch von Samos, der die Bewegung der Erde um die Sonne lehrte, weit hinausgekommen; hätte man deren Leistungen und Schriftenreste gekannt, so würde man sich den mühsamen, langen Weg gekürzt haben; die Autorität des Aristoteles hat den Fortschritt noch ein paar Jahr-

* Vorbemerkung: Nicht ein Urkunden- und Nachschlagebuch, wie der vortreffliche deutsche Geschichtskalender von Wippermann, den wir selbst mehrfach benützt haben, ist es, was wir den Lesern bieten wollen, sondern wir wollen ihnen die handelnden Personen, die Kämpfe und Ereignisse in möglichst lebensvollen Bildern vorführen, die Triebkräfte des politischen Lebens aufdecken und den inneren Zusammenhang alles Geschehenen klar machen. Dazu schienen uns dieses erste Mal eine längere allgemeine Einleitung und besondere Einleitungen zur Geschichte jedes einzelnen Staates erforderlich, die natürlich in den folgenden Jahrgängen weggelassen werden.

hunderte lang gehemmt, als der durch das Studium dieses Philosophen geübte Verstand schon hinlänglich geschärft und verfeinert war, um die Irrthümer des Meisters einzusehen.

Aber dem Verstande kam der unwiderstehliche Wahrheitstrieb der jugendkräftigen und ehrlichen Germanen (den auch in den Romanen pulsierte deutsches Blut) zu Hilfe und, angepornt und gefördert durch die Entdeckungen des Kolumbus und der Weltumsegler, durchbrach der europäische Geist die Eierschale der kirchlich-aristotelischen Scholastik, in der er gereift war. Die großen Mathematiker, Astronomen, Physiker, Chemiker und Physiologen des 16., 17. und 18. Jahrhunderts deckten nicht allein die wirkliche Natur und den wirklichen Zusammenhang der wichtigsten, bis dahin falsch gedeuteten Erscheinungen auf, sondern sie zeigten auch, in Wechselwirkung mit den großen Philosophen von Kartesius bis Kant (alle Philosophen dieses Zeitraumes waren zugleich geschulte Mathematiker und Physiker, wie sich anderseits die großen Physiker der Philosophie bedienten) den Weg, auf dem der Forscher ganz sicher zur Erkenntnis und Beherrschung der Natur gelangt und immer tiefer in ihre Geheimnisse eindringt.

Um das Jahr 1800 fing man an, die erworbene Naturerkenntnis technisch zu verwerthen, und nun erst eröffnete sich den staunenden Blicken ihre Bedeutung für die Zivilisation und das Völkergeschehen. Was vordem das wenig beneidete und von der Masse mit abergläubischem Argwohn gemiedene Geschäft von Herrenmeistern à la Faust im „verfluchten dumpfen Mauerloch“ gewesen war, das wurde nun die wichtigste Angelegenheit des Fabrikanten, des Kaufmannes, der Regierungen, des Marktes, des neuigkeitslüsternen Lesepublikums. Die Technik erlangte die Herrschaft über die Politik; von der Habsucht gelockt und gestachelt, stürmt sie seitdem vorwärts von Entdeckung zu Entdeckung, von Erfindung zu Erfindung; alljährlich, um nicht zu sagen allwöchentlich, überrascht sie die Welt mit neuen Wundern; das Entdecken und Erfinden ist kein Rathen mehr, kein ins Blaue hinein oder unter falschen Voraussetzungen und darum vergebliches Probiren; sondern eine Kunst, die nach streng wissenschaftlichen Regeln methodisch betrieben sicher zum Ziele führt.

So hat die Naturwissenschaft ein neues Zeitalter eröffnet, welches das Antlitz der Erde verwandelt. Der Dampf als Triebkraft hat zusammen mit der Theilung und Vereinigung der Arbeit, die erst durch ihn in solchem Umfange möglich wurde, die Produktionskraft verhundertfacht und überschüttet uns mit einem Reichthum der mannigfaltigsten Mittel zur Bedürfnisbefriedigung, mit Bequemlichkeiten und Luxusgegenständen, von denen frühere Zeiten keine Ahnung haben konnten. Die modernen Transportmittel machen die Erzeugnisse der heißen Zone bei uns beinahe so wohlfeil, als wenn sie in unserem Lande wüchsen, und während noch vor wenig mehr

als hundert Jahren jede Mägennte eine lokale Hungersnoth erzeugte, der, wenn die davon betroffene Landschaft nicht am Meere lag, wegen der Kospiegeligkeit des Wagentransportes durch Sendungen aus entfernten Gegenden nicht abgeholfen werden konnte, ist heute für alle in den Weltverkehr einbezogenen Länder, wofür sie nicht infolge schlechter Wirthschaft verarmt sind, jede Gefahr einer Hungersnoth ausgeschlossen, selbst wenn sie selbst gar kein oder nur wenig Getreide bauen. Durch Telegraphen und Telephone und durch die vortrefflichen internationalen Posteinrichtungen wird der ohnehin rasche Verkehr noch mehr befördert, so daß der Menschen- und Güterverkehr und der Gedankenaustausch ein Tempo angenommen haben, welches vielen beängstigend und als eine Gefahr für die Nerven erscheint.

Fast augenblicklich verbreitet sich jede neue Idee, jede neue Erfindung, jede neue Mode, jede Kunde von einem Ereignis über die ganze Erde und zwingt zum Handeln, so daß man sich täglich zu neuen Entschlüssen gezwungen sieht, und daß, wer schläfriger Gewohnheit huldigt oder am Alten hängt, sich mit Verlust seiner Existenz bedroht sieht. Die entferntesten Menschen und Völker gerathen in unmittelbare Berührung mit einander und in Abhängigkeit von einander. Der Krieg wird durch die Anwendung immer vollkommenerer Zerstörungswerkzeuge und durch die ungeheure Größe der Heere immer furchtbarer und gefährlicher, eben darum aber auch immer seltener. Die Abnahme der Kriege, das Aufhören der Hungersnöthe, die wissenschaftliche Seuchenbekämpfung und Hygiene bewirken in den meisten Ländern eine in früheren Zeiten beispiellose Volksvermehrung.

All das zusammen hat die wirthschaftlichen, sozialen und politischen Zustände gründlich umgewälzt und neben den erfreulichen und angenehmen nicht wenig bedenkliche und gefährliche Erscheinungen hervorgerufen. Aristoteles war der Meinung gewesen, die Sklaverei würde nur dann entbehrlich werden, wenn das Weber-schiffchen von selbst hin- und hersöge. Was heute das Weber-schiffchen ersetzt, das leistet mit geringer Beihilfe von Menschenhand seine Arbeit von selbst, aber ein Schlaraffenleben hat diese Erleichterung der Arbeit so wenig ermöglicht, wie der ungeheure Reichthum von Gütern, den die Maschinenteknik erzeugt, den der Dampfwagen und das Dampfschiff allen zuführen, die ihn bezahlen können. Die Arbeitslast wurde eher vermehrt als vermindert, weil die Erleichterung der Bedürfnisbefriedigung die öffentlichen wie die Privatbedürfnisse vervielfältigte und steigerte. Dann aber hat die Maschinenteknik zunächst sogar, in Verbindung mit der ihr dienenden Grubenarbeit, namentlich in England, neue Formen der Sklaverei zur Folge gehabt, die schlimmer waren als alle bis dahin bekannten: Hungerlöhne, elende Wohnung, Ersatz der Männerarbeit durch Frauenarbeit und durch die Arbeit grausam gemißhandelter Kinder, über-

lange Arbeitszeiten, Nacharbeit, eintönige, rein mechanische, stumpfsinnig machende Beschäftigungsarten, überaus schmutzige Arbeit, Arbeit in ungesunden Räumen und an zerstörenden Giften, lebensgefährliche Arbeit, Arbeit, bei der kaum durch intensivste Aufmerksamkeit und äußerste Vorsicht Verstümmelungen oder Brandwunden vermieden werden können.

Dann ist der Produktenreichtum, den die neue Technik erzeugte, zunächst in Geldform, die natürlich wieder in Unnehmlichkeiten und Bequemlichkeiten umgesetzt wurde, anfänglich nur den höheren Ständen zugeflossen und hat ungeheuerliche Vermögensunterschiede, Unterschiede der Lebenshaltung und infolgedessen auch der Bildung erzeugt, die eine Kluft rissen zwischen den von Disraeli beschriebenen zwei Völkern, welche, in einer Stadt wohnend, einander so unbekannt blieben, als wenn sie auf verschiedenen Planeten wohnten, und nur so viel von einander wußten, daß sie einander als Todfeinde haßten, und daß das eine von Neid, das andere von mit Furcht gepaarter Verachtung gegen das andere erfüllt war. Die Stimmung der Arbeiter erzeugte in Wechselwirkung mit volkswirtschaftlichen und philanthropischen Erwägungen der Gebildeten die sozialistischen und die anarchistischen Theorien.

Gleichzeitig verschob sich das Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Gewerbe. Gewerbe und Handel wurden so ergiebige Reichthumsquellen, daß die Grundbesitzer, so weit sie nicht selbst am Industrie- und Handelsgewinn theilnehmen konnten, von den Großindustriellen, Handelsherrn und Börsengewaltigen im Reichthum und daher auch im Ansehen und Einfluß überflügelt wurden. Und noch in anderer Beziehung geriethen Jene ins Hintertreffen. Da die Landgüter nicht ins Unendliche getheilt werden können, da auch eine noch mögliche Theilung schwierig ist und nur langsam vollzogen werden kann, bei stetig wachsender Volkszahl daher ein Theil des ländlichen Nachwuchses in die Städte und Industriebezirke abgeschoben werden muß, so wird die ländliche Bevölkerung, die im Mittelalter nordwärts der Alpen neun Zehntel der Bevölkerung und mehr ausmachte, ein immer kleinerer Theil des Volkes, und ihr gegenüber sucht natürlich die industrielle Mehrheit das Gewicht der größeren Zahl geltend zu machen.

Dazu kommt, daß, nachdem die anfänglichen Leiden der Arbeiterbevölkerung bis auf einige Reste in zurückgebliebenen Ländern so ziemlich überwunden und einem erträglichen Zustande gewichen waren, die mittlerweile neu entstandene und von der Scholle gelöste ländliche Arbeiterschaft die höher lohnende industrielle Arbeit vorzog, so daß, namentlich in Deutschland, über eine förmliche Völkerwanderung aus dem agrarischen und ohnehin dünn bevölkerten Osten in den industriellen Westen und über die Flucht der Arbeiter vom Lande in die Stadt geklagt wird. Dadurch werden den Rittergutsbesitzern und den größeren Bauern die Arbeiter theils vertheuert, theils ganz

genommen. Und endlich hat sich der vom Weltverkehr den Industrieländern zugeführte und sie mit wohlfeilem Brot versorgende Getreidestrom gerade zu einer Zeit über Mitteleuropa ergossen, wo die Landwirthe auf Gütern saßen, die sie zur Zeit hoher Getreidepreise und hoher Grundrente übernommen und daher theuer bezahlt hatten. Indem nun der niedrige Getreidepreis den Geldertrag ihrer Güter herabdrückt, sehen sie sich empfindlich geschädigt. Dieser Wandel erregt umso schwerere Bedenken, da die deutschen Gutsbesitzer keine Drohnen sind, die gleich den italienischen, die elenden Pächtern abgepreßte Rente in städtischem Müßiggang und üppigem Leben verprassen, sondern fleißige und intelligente Arbeiter, die ihre Güter selbst bewirthschaften und durch das Beispiel und die Anweisungen, die sie dem Bauernstande geben, die deutsche Landwirtschaft zur höchsten Blüthe gebracht und ihren Rohrertrag in einem staunenswerthen Grade gesteigert haben. Gleich den Landwirthen sieht sich auch der Handwerkerstand von der Großindustrie bedroht, obwohl seine Klagen nur zum Theil begründet sind, da er, wie es sich täglich deutlicher zeigt, nicht vernichtet wird, sondern nur einen schmerzhaften Umbildungsprozeß erleidet. Seinen Klagen schließt sich der Stand der Kleinhändler an, und beide Stände drängen zusammen mit den Bauern auf „Mittelstandspolitik“.

Damit sind wir bei der politischen Umwälzung angelangt. Was in Frankreich philosophischen Theorien bei der Verlotterung des Hofadels mit einem Schläge, dem freilich Rückschläge folgten, gelang: die Alleinherrschaft des Adels und der Geistlichkeit, die zuletzt allerdings vom Glanze der absolutistischen Monarchie verdunkelt worden war, zu stürzen und dem dritten Stande, der Bourgeoisie oder Roture, die Mitherrschaft, ja sogar die Vorherrschaft zu sichern, das bewirkte und bewirkt im übrigen Europa allmählig der volkswirtschaftliche Prozeß. Bis auf den heutigen Tag kämpfen Großindustrielle, Großhändler und Finanzbarone mit dem Großgrundbesitz um die Macht, soweit nicht eine Verschmelzung eintritt, indem die Finanzbarone Großgrundbesitzer, diese aber Industrielle und Finanzmänner werden. Und hinter der Bourgeoisie erhebt sich der vierte Stand, der Stand der Lohnarbeiter, zum Theil unter der rothen Fahne, zum Theil unter bürgerlicher oder geistlicher Führung organisiert, und fordert seinen Theil am Staate — nach dem sozialdemokratischen Programm, das aber natürlich nicht ernst zu nehmen ist und heute kaum noch von einigen Schwärmern ernst genommen wird, sogar den ganzen Staat. Zu diesen inneren Schwierigkeiten kommen die der auswärtigen Politik, die aus der vom Weltverkehr erzeugten Weltwirtschaft, aus dem Expansionsbedürfnis einiger Staaten, aus der Handelskonkurrenz, aus dem Streite um den noch nicht aufgetheilten Rest der von Naturvölkern und Barbaren bewohnten Länder, und aus einigen Triebfedern nicht wirtschaftlicher Natur, wie Re-

ligion, Nationalgefühl und dynastischem Interesse, entspringen.

Damit sind dem 20. Jahrhundert seine Aufgaben vorgezeichnet. In sozialer Beziehung handelt es sich darum, die berechtigten Forderungen des Arbeiterstandes, soweit sie nicht schon erfüllt sind, vollends zu erfüllen und die gegenseitige Abneigung zwischen Unternehmern und Arbeitern durch das Bewußtsein der gegenseitigen Ergänzungsbedürftigkeit und durch echte Humanität zu überwinden. In wirthschaftlicher Beziehung sind Produktion und Gütervertheilung in gesunde Bahnen zu leiten und ist das bei dem heutigen Stande der Produktivität der Arbeit technisch Mögliche zur Wirklichkeit zu machen, daß nämlich jedem, der arbeiten will und kann, ein menschenwürdiges Dasein gesichert, dem, der nicht arbeiten kann, wenigstens das Nothwendige gewährt wird. Ferner ist eine gesunde, d. h. gleichmäßige Vertheilung der Bevölkerung über das Land und über die Länder, ein gesundes Verhältnis zwischen Landwirthschaft, Gewerbe und Handel, wobei keiner dieser Hauptzweige der Volkswirtschaft zu verkümmern braucht, und ein gesundes Verhältnis zwischen Stadt und Land anzustreben. In der inneren Politik sind nicht allein die an sich berechtigten Interessenkämpfe der Berufsstände so zu leiten, daß sie das Gemeinwohl nicht schädigen und die Sicherheit des Staates nicht gefährden, sondern es gilt auch, die Verfassungsformen stetig zu vervollkommen. Getäuscht durch Namen, wie Monarchie, Republik, Konstitution, Parlament, die in verschiedenen Zeiten ganz Verschiedenes bedeuten, vergißt man nur zu leicht, daß es sich in unseren modernen Staaten um eine ganz neue Aufgabe handelt: die Aufgabe die Verfassung zu finden für Gemeinwesen, die Duzende von Millionen Mitglieder zählen, Mitglieder, die nicht Unterthanen, nicht Sklaven, sondern Bürger sein wollen und sollen. Bis an die Schwelle der neuen Zeit hat die Welt vier Hauptformen des Staates gesehen.

Erstens die asiatische Despotie, die dadurch möglich wird, daß eine vorherrschend passive, bequeme Gemüthsart sämtliche Einwohner eines Landes willig macht, sich als Sklaven eines Mannes zu betrachten, den sie durch Meuchelmord besitzigen, wenn er sie zu arg bedrückt. Zweitens die Stadtstaaten der griechisch-römischen Welt. Sie waren als Republiken gleichberechtigter oder nach Gleichberechtigung strebender und von einem geistig hervorragenden Manne oder einer Gruppe mächtiger Familien geleiteter Bürger möglich, weil die körperliche Arbeit zum großen oder größten Theil von Sklaven verrichtet wurde, und die Zahl der sich selbst regierenden Bürger in einem jeden nur wenige Tausend betrug. Drittens ein Gemenge von kleinen Bauernrepubliken, den antiken ähnlichen Stadtrepubliken, klösterlichen Genossenschaften, weltlichen und geistlichen Grundherrschaften, deren leibeigene oder zins- und schollenpflichtige Bauern jedoch keine Sklaven waren, sondern sich durch Ge-

seß oder Herkommen verbürgter Rechte erfreuten; das Ganze überherrscht von einem König oder vom Kaiser, der vom guten Willen der Lehnsträger, der Republiken und Korporationen in dem Grade abhängig war, daß das unbehilfliche Konglomerat, Reich genannt, kaum den Namen eines Staates verdiente. Viertens der absolutistische Staat des ancien régime, der sich theoretisch von der morgenländischen Despotie kaum unterschied, dessen Unterthanen sich jedoch in einer bei weitem besseren Lage befanden, als dort. Denn einmal war der Geist des Christenthums, zu dem sich Monarch und Unterthanen bekannten, wenn auch nicht sehr wirksam, so doch auch nicht ganz unwirksam. Dann vegetirten die Reste der vormaligen autonomen Grundherren und Republiken als Stände fort, die der Monarch manchmal aus freiem Willen und manchmal durch Geldverlegenheiten gezwungen befragte, und die ihn einigermaßen beschränkten. Endlich lag die Verwaltung in den Händen einer Bureaucratie, die bei allen ihren Fehlern in der Verbesserung der öffentlichen Zustände Bedeutendes leistete, weil sie nicht wenige hochgebildete, gute Köpfe und tüchtige, ehrliche Charaktere in sich schloß. Die französische Revolution hat nun aber den Grundsatz aufgestellt, daß jeder erwachsene Mensch männlichen Geschlechtes (jeder ungeflügelte Zweiflügler, pflegte Justus Möser zu sagen) vollberechtigter Staatsbürger sein, alle dem Staatsbürger zustehenden Rechte genießen und einem solchen obliegenden Pflichten ausüben, daher unter anderem, wenn auch natürlich nur mittelbar, an der Staatsregierung theilnehmen müsse.

Die antike Staatsidee wurde auf Staaten übertragen, die viele Millionen Einwohner, aber keinen einzigen Sklaven haben. Und Preußen hat unter dem Einfluß seiner großen Denker der französischen Theorie die thatsächliche Grundlage geschaffen, indem es die allgemeine Schulpflicht, d. h. den allgemeinen Bildungszwang und die allgemeine Wehrpflicht einführte, Institutionen, die von den meisten europäischen Staaten nachgeahmt worden sind. Wer — nicht als Söldner oder gepreßter Zwangssoldat, sondern als Pflichtsoldat — das Vaterland, den Staat vertheidigen soll, der muß am Vaterland, am Staat durch Rechte theilhaben.

Und die Volksschule bringt dem zukünftigen Vaterlandsvertheidiger und Bürger zwar noch nicht die zum Verständnis politischer Angelegenheiten erforderliche Bildung bei, aber sie setzt ihn in den Stand, sich später diese Bildung zu erwerben, oder wenigstens die Einbildung, daß er sie besitze. Die Schwierigkeit liegt in zwei Umständen. Erstens in der ungeheuren Zahl dieser Bürger der modernen Staaten. Daß sie nicht unmittelbar, in Form von Volksversammlungen und Volksabstimmungen, an der Staatsregierung theilnehmen können, ist ohne weiteres klar. Nun haben wir ja heute die Repräsentation, die Volksvertretung, die das Alterthum nicht kannte. Aber eine völlig befriedigende Form dieser Vertretung und der Wahl ihrer Mit-

gliedert ist bis auf den heutigen Tag nicht gefunden worden; in nicht wenigen Ländern ist das Parlament zum Fluch oder zum Gespött des Landes geworden. Der andere Umstand ist, daß bei der Größe und dem verwickelten Getriebe des modernen Großstaates nur ein sehr hoher Grad von Sachkenntnis und Einsicht zu einem verständigen politischen Urtheil befähigt, den man beim gemeinen Mann kaum voraussetzen darf, und daß, was schlimmer ist, auch der Grad von Gewissenhaftigkeit, der zur Uebernahme einer so hohen Verantwortlichkeit gehört, ihm nicht zuzutrauen ist, umso weniger, da er, vermögens- und einflusslos, wie er ist, bei einem Wechsel der Politik nicht viel weder zu gewinnen noch zu verlieren hat; noch schlimmer ist es, wenn ihm, was er leicht glaubt, eingeredet wird, er habe bei einem Umsturz nichts zu verlieren und viel zu gewinnen. Noch Justus Möser erklärte es daher für selbstverständlich, daß der Besitzlose nicht Staatsbürger sein könne, und zwar verstand er unter Besitz: Grundbesitz; die Landaktie, wie er das Grundstück nannte, bürge für das Wohlverhalten des Besitzers; seiner Ansicht nach sollten daher Besitzlose im Staate gar nicht geduldet werden.

Als die Verfassungen eingeführt wurden, trat diese Schwierigkeit noch nicht sofort hervor. Es bedeutete zwar eine gewaltige Umwälzung, daß durch die Aufhebung der Grundhörigkeit hunderttausende von Bauern, die bis dahin als Unterthanen des Grundherrn — so hießen sie amtlich — gar kein unmittelbares Verhältnis zum Staate gehabt hatten, auf einmal Staatsbürger wurden, aber sie waren doch Grundbesitzer und haben sich thatsächlich die zur Ausübung ihrer Rechte und Pflichten erforderliche Bildung mit der Zeit einigermaßen erworben. Die bei der Ablösung landlos Gewordenen aber, welche die neue Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter bildeten, waren anfangs nicht sehr zahlreich. Sie vermehrte sich jedoch rasch, da viele überzählige Söhne von Kleinbauern in diese Schicht hinabsanken; aus diesem Material entnahm dann die Industrie ihre Arbeiter, und deren Scharen wuchsen zu einem viele Millionen umfassenden Stande heran. Die Doppelfrage lautet daher: wie soll die Volksvertretung eingerichtet werden, damit in ihr alle produktiven Stände und alle berechtigten Interessen mit einander und mit der Regierung zum Heile der Gesamtheit zusammenwirken? Und was soll man mit den besitzlosen Lohnarbeitern anfangen? Soll man ihnen zu „Landaktien“ verhelfen und sie auf diese Weise an das Staatsinteresse fetten und mit Staatsbürgergeist erfüllen?

Dieser Gedanke schwebte Bismarck bei dem großartigen Werke der Zwangsversicherung vor; er wollte, wie er selbst sagte, die Arbeiter zu Rentnern machen; leider ist die Alters- und Invalidenrente ein zu schwaches Band, weil diese „Aktie“ dem gesunden Arbeiter erst in der Zukunft winkt.

Falls dieser Weg nicht gangbar sein sollte, hätte man die Wahl zwischen zwei anderen Wegen.

Entweder das unmittelbare Verhältnis der Besitzlosen zum Staate würde wieder gelöst und sie würden wieder ihren Brotherrn als Unterthanen zugewiesen wie ehemals (womit zugleich ein Hauptleiden der Lohnarbeiter, die Existenzunsicherheit, gehoben wäre, denn den Hörigen muß sein Herr beherbergen, nähren und kleiden, er mag Arbeit für ihn haben oder nicht). Oder sie würden vom Staate organisiert gleich den übrigen Berufsständen, die jetzt alle eigener Organisationen theilhaft geworden sind, und der neu organisierte Arbeiterstand empfinde sein eigenes Recht, zu dem gehören würde: eine Vertretung, die keine Scheinvertretung, zugleich aber derart eingeschränkt wäre, daß sie auch bei immer stärker anwachsender Zahl ihrer Angehörigen den Staat nicht gefährdete.

In der auswärtigen Politik ist es vor allem die Weltwirtschaft, die Schwierigkeiten verursacht und fortwährend reizt, indem jeder Staat in die innersten Lebensvorgänge der anderen eingreift. Daher sucht sich jeder Staat gegen die anderen durch Schutzzölle abzusperren, was ja auch helfen würde, wenn sich ein jeder selbst genüge. Da aber die meisten exportiren wollen, und Waren auf die Dauer nur mit Waren bezahlt werden können, Export daher ohne Import im allgemeinen nicht möglich ist, so vermehrt die Schutzzöllnerei nur die Verlegenheiten, und die Zollkriege hätten schon längst zu blutigen Kriegen geführt, wenn diese nicht heutigen Tages so gefährlich wären.

Den wirtschaftlichen Verstimmungen und Leidenchaften gesellen sich die nationalen zu. Der Befreiungskampf der unterdrückten Völker Europas gegen den ersten Napoleon entzündete einen Nationalenthusiasmus und einen Nationalhaß von vordem unbekannter Stärke. Von den zunächst betroffenen Völkern pflanzten sich diese neuen Gefühle fort auf die kleinen Völker und Völkerbruchstücke, die als „Halbasien“ den Uebergang von dem einen der beiden alten Welttheile zum anderen bilden, und die zugleich als Puffer zwischen das eigentliche Europa und Rußland eingeschoben sind. England, später Napoleon III. und Rußland haben, ein jedes für seine selbstsüchtigen Zwecke, das Feuer geschürt, dem zunächst der Befreiungskampf der Griechen Brennstoff lieferte. Ob nun der mit diesem Kampfe begonnene Auflösungsprozeß der Türkei bis zu Ende fortgesetzt werden, ob die in jener Gegend neu entstandene Kleinstaaterei Bestand haben oder eine Großmacht die Oberherrschaft antreten soll, und welche von den konkurrierenden Mächten dazu ausersehen sein wird, das sind Fragen, die das begonnene Jahrhundert ohne Zweifel beantworten wird. In der Zeit vor 1866 waren Patrioten wie List, Harfort, V. A. Huber, Lothar Bucher, Rodbertus überzeugt, daß die Deutschen berufen seien, die vormalig blühende Levante der Zivilisation zurück zu erobern — durch Arbeit natürlich.

Endlich handelt es sich um den Ersatz des europäischen durch ein Weltgleichgewicht. In

der Mitte des vorigen Jahrhunderts hatte man sich in den Gedanken eingelebt, daß die Ordnung Europas auf dem Gleichgewicht der fünf Großmächte beruhe, und daß, was auch immer Interessantes in den übrigen Erdtheilen vorgehen möge, dies die Lebensinteressen des europäischen Festlandes nicht berühre; nur England, allenfalls auch Rußland, werde davon betroffen. Der einzige Störenfried dieser schönen Ordnung war das gloiresüchtige Frankreich, und nachdem dieses von der derben Faust des deutschen Michel gründlich zur Ruhe verwiesen, das Deutsche Reich unter seinem eisernen Kanzler als Friedenshort aufgerichtet und die Friedensburg durch den Dreibund (dem schönen Bruder Italiano hatten französische, preussische und deutsche Siege zur Stellung des sechsten Großmächtleins verholfen) nicht unbeträchtlich erweitert war, freute man sich des stabil gewordenen Gleichgewichtes und der angebrochenen Aera des — freilich bewaffneten — Friedens, in der es keinen anderen Krieg mehr geben sollte, als den friedlichen Wettbewerb um die Palme der Geisteskultur, der Humanität und der wirtschaftlichen Tüchtigkeit.

Doch ach! kaum ein paar Jahre dauerte die Freude! Abgesehen davon, daß sich der friedliche Wettbewerb mitunter recht unfriedlich anließ, stiegen neue schwere Sorgenwolken am politischen Horizont herauf. Italien war keine Großmacht, sondern, wie gesagt, nur ein Mächtlein; Frankreich wurde durch eine heillose Parlamentswirtschaft zerrüttet und blieb, weil seine Bevölkerung nicht wuchs, mit seiner ohnehin arg kompromittierten Wehrkraft immer weiter hinter dem starken Nachbar zurück. Oesterreich konnte bei seinen bekannten inneren Zuständen — höflich ausgedrückt — nicht viel Lust haben, in große europäische Verwickelungen thatkräftig einzugreifen.

Durch diese Verschiebung der Machtverhältnisse war das europäische Gleichgewicht schon gestört. Und gleichzeitig wuchsen drei Riesenmächte weit über das Maß europäischer Großmächte hinaus. England durch seinen Geldreichtum, seine Flotte, seine Handels suprematie und die Unerfättlichkeit, mit der es alle noch verfügbaren „wilden“ Länder auffraß; Rußland durch gewaltige Ausdehnung seines Besitzes in Asien, die Vereinigten Staaten aber, deren Gebiet von Haus aus riesig groß war, dadurch, daß sie es mit ihrer rasch wachsenden Menschenzahl endlich erfüllten und im Welthandel zur Geltung brachten. Schließlich griffen diese sogar, durch keine wirtschaftliche Nothwendigkeit gezwungen und im Widerspruch mit den idealen und materiellen Grundlagen ihres Staatswesens, über ihren Kontinent hinaus. Für die Vertreibung der Spanier aus den westindischen Meeren konnten sie zwar noch ideale Vorwände geltend machen, keine aber für die Okkupation der Philippinen und die Einnischung in die samoanischen Handel. Vom imperialistischen Taumel erfaßt, schienen sie die Ansicht bestätigen zu wollen, daß

die Habsucht einer ganz kapitalistisch gewordenen Welt unvermeidlich jeden mit jedem in Konflikt bringe. Zulezt endlich sah man alle Kulturstaaten der Erde annexionslüstern zu einer vielspaltigen und eifersüchtigen Kooperation auf dem Kadaver des ältesten Kulturreichs der Welt versammelt.

Und die Deutschen? In Geisteskultur und wirtschaftlicher Tüchtigkeit nimmt es kein anderes Volk mit ihnen auf. England fürchtet und haßt sie als seine gefährlichsten Konkurrenten. In der Kopfszahl bleiben die Franzosen weit hinter ihnen zurück. Ist die materielle Grundlage für eine Nation von solcher Zahl und solcher Kraft, namentlich im Vergleich zu den Gebieten der drei Riesenmächte, nicht zu klein abgemessen? Sind die Deutschen nicht berechtigt, als vierte Weltmacht in das neue Gleichgewichtssystem einzutreten? Bis m a r c k liebte es, die Deutschen eine saturirte Nation zu nennen. Nicht gar viele glauben heute mehr an die vermeintliche Sättigung; der Hunger der Deutschen nach neuem Besitz ist amtlich anerkannt worden; der Kaiser selbst hat die Weltpolitik durch den Flottenbau und durch überseeische Erwerbungen verkündigt. Ist, die Nothwendigkeit der Expansion vorausgesetzt, der Weg, den die „Verbündeten Regierungen“ einschlagen zu wollen scheinen, die Ausdehnung des Exporthandels und des überseeischen Kolonialbesitzes, der richtige?

In diesen Fragen stecken die politischen Aufgaben, die das 20. Jahrhundert zu lösen hat. Es sind nicht die höchsten Aufgaben der Menschheit; aber die höchsten Aufgaben, die auf den Gebieten der Kunst und Wissenschaft, der Ethik und der Religion liegen, gehen die Politik nur mittelbar an; deren eigentliche Gegenstände sind größerer Art. Sie ist der im Staat organisirte Kampf der einander widerstrebenden Lebensinteressen, der die Ausöhnung dieser Interessen zum Ziele hat. Das nächste Ziel, oder die nächsten Ziele haben wir angedeutet; diesen Zielen tragen uns die großen Strömungen entgegen, die das öffentliche Leben bewegen. Aber der Mensch, das Volk, wird vom Strom nicht willenlos getragen, dieser lebendige Strom ist ja nichts anderes als eine Vereinigung vieler gleichgerichteter Willen, und Aufgabe der Zeitgeschichte ist es, die vorhandenen Strömungen aufzudecken, damit, je nachdem sie zu erwünschten oder zu unerwünschten Zielen führen, wir sie verstärken oder eindämmen, nach rechts oder nach links lenken können.

Diese Strömungen aufzudecken, sagten wir, sei die Aufgabe dessen, der die Zeitgeschichte schreibt, weil das Treiben und die Presse des Tages sie verdecken. Die Grundströmungen verschwinden unter dem Schaume, den die einander bekämpfenden kleinen persönlichen und lokalen Augenblicksinteressen umhersprühen; sie werden verdeckt durch die Noten der Diplomaten, durch die Ränke der Staatsmänner, der Hofleute, der Parteiführer, durch die Phrasen der Zeitungen, verdeckt namentlich auch von der Feindschaft der Parteien. Neunzehnhundert Jahre vor der Er-

findung der Soziologie, dieser heute so viel genannten neuen Wissenschaft, hat Paulus ihre wichtigste und Grundwahrheit ausgesprochen, daß nämlich die Einzelnen und die Berufsstände Glieder am Leibe — sei es der Menschheit, sei es einer größeren Menschengemeinschaft — sind. Die Parteien sind in einem gesunden Staate ursprünglich nie etwas anderes als politisch organisierte Berufsstände oder diesen Ständen ähnliche Interessengruppen. Sie hätten also, als Glieder, zum Aufbau, zur Ernährung, zum Wachstum des Leibes friedlich zusammenzuwirken, und es erscheint als ganz ungereimt, daß sie einander hassen und beschimpfen, und daß die einen ihre „Wahlsiege“ über die anderen mit größerem Jubel feiern, als wenn sie einen sie bedrohenden auswärtigen Eroberer besiegt hätten. Aber im Grunde genommen müssen wir der Vorsehung dafür danken, daß sie diese Konfusion anrichtet oder zuläßt. Denn wenn die Menschen vernünftig wären und, in Eintracht zusammenwirkend, eine vernünftige Ordnung her-

stellten, in der sich ein jeder wohl fühlte, so würde das Ziel der Weltgeschichte binnen wenigen Jahren erreicht; die Menschheit hätte dann nichts mehr zu thun auf Erden und müßte, um von der unerträglichen Längenweile ihres Glücks erlöst zu werden, das Weltende herbei wünschen. Darum streben wir nicht in gerader Linie, sondern in den wunderlichsten Schlangenlinien und auf den verrücktesten Umwegen dem Ziele zu. Und eine Reihe von guten, friedlichen Tagen ist eben das, was die Menschen am allerwenigsten zu ertragen vermögen; es gehört zu ihrem Glück, daß sie einander wenigstens symbolisch die Schädel einschlagen und einander mit spitzen Zungen und Stahlfedern todtstechen dürfen. Wir lassen ihnen das Vergnügen, werden es aber uns selbst nicht erlauben. Der Geschichtschreiber hat die Parteien weder zu lieben noch zu hassen, sondern nur zu zeigen, was sie für den Staat bedeuten und wie in ihrem Treiben die Grundströmungen der Zeit zutage treten.

Das Deutsche Reich.

Die Lage am Jahresanfang. * Kaiser Wilhelm II. * Die Kanalvorlage. * Die Politik im ersten Vierteljahr. * Die lex Heinze. * Der Kronprinz. * Die Flottenvorlage. * Verchiedenes. * Die Chinawirren. * Der Kanzlerwechsel. * Der Reichstag und die Chinawirren. * Das deutsche Volk und der Burenkrieg. * Polengefahr. Noth der Landwirtschaft und Arbeiterfrage. * Justiz, Polizei und Religionsfreiheit. * Skandale, Unglücks- und Todesfälle. * Aus den Einzelstaaten. * Deutschlands Volkstraft.

Die Lage am Jahresanfang.

Am Deutschen Reich treten die Grundströmungen zur Zeit am stärksten hervor in der Arbeiterbewegung und Gegenbewegung, im Kampf um die Handelsverträge und in der Flottenverfärbung. Nur die an dritter Stelle angedeutete Strömung wird vorläufig von einem einzigen starken Willen, von dem des Kaisers, im Gange und in einer bestimmten Richtung erhalten, was übrigens Unklarheiten in manchen eng damit verbundenen Fragen nicht ausschließt; dagegen fehlt den beiden anderen Bewegungen die beherrschende Leitung. Nachdem Bismarck zur verfassungsmäßigen Begründung des neuen Reiches vorzugsweise die Liberalen verwendet, dann aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen die durch den Kulturkampf zum Centrumsthum zusammengehämmerten Katholiken herangezogen und die vorübergehend zurückgesetzten Konservativen wieder gestärkt hatte, sah er sich 1887 veranlaßt, durch die Septennatwahlen das Konsortium „Richter-Windthorst-Grillenberger“ mit Hilfe des „Kartells“ zu zerschmettern. Dessen Bestandtheile waren der Hauptsache nach „die Vertreter von Bildung und Besitz“ evangelischer Konfession: die Staatsbeamten, die Großindustriellen, die Großhändler, die ostelbischen Rittergutsbesitzer mit den ihnen Gefolgschaft leistenden Bauern, Handwerkern und Kleinhändlern. Als Parteien hießen sie Nationalliberale, Freikonservative und Konservative. Diesen

Schichten für immer die Mehrheit zu sichern, war in dem auf dem allgemeinen Wahlrecht beruhenden Reichstage nicht möglich. Trotzdem versuchte es später der kluge und um Preußens Finanzen hochverdiente Miquel — jetzt von Miquel — aufs neue unter dem Wahlspruch: Sammlung der staaterhaltenden Parteien. Das Problem wurde noch durch zwei besondere Umstände verwickelt. Einmal sah sich Miquel gezwungen, das Centrum in die Kombination einzubeziehen, nicht bloß, weil ohne dieses die Aufgabe ein arithmetischer Anfinn gewesen wäre, sondern auch, weil die Centrumspartei, seitdem sie sich in die fortschreitende Steigerung der Militärforderungen als in ein unvermeidliches Verhängnis gefunden hatte, füglich nicht mehr als Staats- oder Reichsfeind behandelt werden konnte. Mit diesem nicht sehr beliebten Genossen die anderen drei Parteien unter ein Joch zu bringen, war aber sehr schwierig, und bald bockte das eine, bald das andere der vier Jughiere, die den Reichskarren zu schleppen hatten. Noch schlimmer war, daß sich die Konservativen, die sich unter der Peitsche des Bundes der Landwirthe immer tiefer in das reine Agrarinteresse hinein verrannten, mit den Nationalliberalen schlecht vertrugen. Wie pathetisch auch bei jeder Gelegenheit von beiden Seiten her verkündet wird, daß die Interessen von Industrie und Landwirtschaft zusammenfallen, gehen doch beide thatsächlich fast bei jeder politischen Aktion von der entgegengesetzten Voraussetzung aus und stehen einander mit schlecht ver-

hehstem Groll und Mißtrauen gegenüber. Die auseinanderstrebenden Jochgenossen immer wieder zusammenzubringen, pflegen die Leiter der Sammelpolitik das ihnen gemeinsame Interesse der Abwehr sozialdemokratischer und anderer „reichsfeindlicher“ Bestrebungen hervorzuheben, wobei aber die Furcht vor dem Ultramontanismus aus dem angegebenen Grunde nur mit Vorsicht benützt werden kann. So oft einander Agrarier und Industrielle wieder einmal in die Haare gerathen, und die Organe der anderen Parteien schadenfroh über den Zwist berichten, erheitern den unbetheiligten Leser Leitartikel in den Zeitungen der Sammler, die mit den Worten beginnen: „Die ultramontan-demokratische Klique sucht Zwietracht in die Reihen der staaterhaltenden Parteien zu tragen.“

Im Jahre 1899 nun versuchte die Regierung, den Kitt zwischen den Staaterhaltenden durch ein Gesetz zu verstärken, das, meinte sie, allen Unternehmern sehr angenehm sein müsse. Es hieß „Gesetz zum Schutze der Arbeitwilligen“ und sollte dem Streikterrorismus steuern — die Arbeiter behaupten natürlich, nicht sie, sondern die Unternehmer terrorisirten — von der sozialdemokratischen Presse aber wurde es nach einem Worte des Kaisers „Zuchthausgesetz“ getauft und zu einer sehr aufregenden Agitation verwendet. Und diese hatte umso mehr Erfolg, als die Einschränkung des Koalitionsrechtes, die in dem Gesetzesentwurf lag, von vornherein nicht allein in katholischen und freisinnig-demokratischen Kreisen, sondern auch von einem Theile der Nationalliberalen mißbilligt wurde. Die Nationalliberalen, die ihre Popularität mehr und mehr schwinden sahen, waren schon vorher im Kampfe gegen den Jeddli'schen Schulgesetzentwurf, gegen „das große und das kleine Umsturzgesetz“ auf die Seite der Opposition getreten, und so wurde denn das „Zuchthausgesetz“ nicht einmal der Ehre eines anständigen Begräbnisses in einer Kommission gewürdigt, sondern am 20. November nach ganz kurzer Berathung durch schneidige Ablehnung beseitigt.

Kaiser Wilhelm II.

Die Regierung mußte diese Behandlung eines von ihr sehr warm vertretenen, als höchst wichtig und dringend nothwendig bezeichneten Gesetzes als einen Akt der Feindschaft und Mißachtung empfinden, und was schlimmer ist, es lag eine Unhöflichkeit gegen den Kaiser darin. Trotzdem that die Regierung, als sei nichts vorgefallen, und bekannte sich zu dem Wahlspruch des verstorbenen konservativen Abgeordneten Meyer-Arnswald, eines lustigen alten Herrn: Es geht auch so! Und dabei trat nun wieder, wie vordem schon öfter, das Bedenkliche der Kaiserreden hervor. Kaiser Wilhelm II. hat vom ersten Augenblick seiner Regierung an die Augen der Welt an sich ge-

fesselt. Seine frische Natürlichkeit, seine ungenirte Liebenswürdigkeit, sein lebhaftes Interesse für alle Kulturbestrebungen und sein sachkundiges Eingreifen auf allen Gebieten, die Offenheit, mit der er seine Meinung ausspricht und die Lebhaftigkeit, mit der er jedem Impuls seines warmen Herzens augenblicklich nachgibt, die Theilnahme, mit der er jedes wichtige Ereignis auf dem Erdenrund und jedes Schicksal aller bedeutenden Menschen begleitet, seine Redegewandtheit und Schlagfertigkeit, seine Gedankenblitze setzen die Welt in Erstaunen, bezaubern jeden, der das Glück seiner Nähe genießt, und gewinnen ihm die Herzen. Die Entschiedenheit und Kraft aber, mit der er als sein eigener Kanzler waltet, erregt den Neid so manches Ausländers, den die Mißere des heimischen Parlamentarismus mit der Sehnsucht nach einem starken Herrscher erfüllt.

Indes bereitet die Gewohnheit des Kaisers, sich über alles und jedes, auch über Gesetzentwürfe und Regierungsmaßregeln, öffentlich auszusprechen und diese als aus seinem eigenen Willen entsprungene persönliche Handlungen darzustellen, nicht geringe Verlegenheiten.

Daß sein Verhalten nicht in die konstitutionelle Schablone paßt, würde an sich wenig zu bedeuten haben. Wenn in einer Krisis das Vaterland nur durch Nichtachtung der Verfassung oder durch einen geradezu verfassungswidrigen Eingriff des Monarchen gerettet werden kann, so muß man ihm für einen solchen dankbar sein. Aber in Deutschland hat man seit dem preussischen Konflikt vor 1866 keine gefährliche Krisis gehabt, und Wilhelm II. verläßt die geschützte Stellung hinter der verfassungsmäßigen Ministerdeckerung — man darf beinahe sagen — allmonatlich einmal ohne zwingende Noth. Nicht als Privatmann, sondern als Haupt der Regierung läßt er dem Zaun seiner Zähne Aeußerungen über die Staatsangelegenheiten entfahren, die ihm der Impuls des Augenblickes oder der eben angehörte, nicht immer ganz sachgemäße Bericht eines Berathers eingibt, und die den Politiker wie den Reichstag zur Kritik nöthigen, und er sicht dabei historische und religiöse Exkurse ein, die zur Kritik verlocken.

Im Reichstage hat der umsichtige gegenwärtige Präsident, Graf Ballescrem, zuletzt das Auskunftsmitglied gefunden, daß er die Kritik — nicht der Person aber — der Aeußerungen des Kaisers zuläßt, wenn diese im amtlichen Theile des Reichsanzeigers gestanden haben und dadurch als Regierungshandlungen gekennzeichnet sind. Aber außerhalb des Parlaments hat man den Majestätsbeleidigungsparagraphen, und da die Staatsanwälte es lieben, jede Kritik hoher Personen als Beleidigung aufzufassen, so haben eine Menge Majestätsbeleidigungsprozesse der Popularität des Kaisers Eintrag gethan.

Noch schlimmer aber ist es, daß er bis jetzt gerade das nicht geleistet hat, was viele von ihm als „dem starken Manne“, der „kräftigen, sicheren



Kaiser Wilhelm II.

Hand," der man die Zügel beruhigt anvertrauen könne, sehnsüchtig erwarteten, und um dessen willen man ihm gern sogar Verfassungsbrüche verziehen haben würde. Nur in den Marineangelegenheiten hat er den von Anfang eingeschlagenen Kurs beharrlich weiter verfolgt, im übrigen war sein Kurs bisher ein Zickzackkurs, wie man ihn spöttisch genannt hat, ohne daß die staatsmännischen Gründe der Wandlungen so deutlich erkannt werden konnten, wie bei Bismarck, so oft dieser seine Stellung zu den Parteien oder zu den auswärtigen Mächten wechselte.

Zu Gunsten der Arbeiter hatte der Kaiser gleich nach seinem Regierungsantritt eine Ära der Reformen eröffnet. Vom Jahre 1894 ab stockte die Arbeiterschutzgesetzgebung und dann wandte er sich wiederholt sehr scharf gegen die „vaterlandslose Kotte" der Sozialdemokratie, allerdings provoziert durch das kindische Wüthen der Sozi gegen den „Mordpatriotismus", wie der „Vorwärts" die Freude über die glänzenden Siege von 1870, die sich bei der Erinnerungsfeier 1895 kundgab, zu schimpfen liebte. Es folgte eine Reihe von Versuchen, das 1890 entschlafene Sozialistengesetz durch verhüllte Ausnahmemaßregeln zu ersetzen, und zuletzt das unglückliche „Zuchthausgesetz", das der Kaiser selbst am 6. September 1898 zu Meynhausen als Ausfluß seines eigenen festen Willens angekündigt hatte. Da nun die Regierung dessen beinahe spöttische Ablehnung ruhig hinnahm, so jammerten die Konservativen, die Regierung habe vor der Sozialdemokratie kapituliert, und die Regierung war unter den beschriebenen Umständen der Kaiser. Dieser aber hat dann sogar das „Es geht auch so" ausdrücklich verkündigt. Bei der Feier der Jahrhundertwende in der technischen Hochschule zu Charlottenburg theilte der Rektor, Professor Riedler, eine Ansprache mit, die der Kaiser an die Vertreter der technischen Hochschulen gerichtet hatte, als sie ihm den Dank für die Verleihung des Promotionsrechtes aussprachen. Die technischen Hochschulen, die in engster Berührung mit der Industrie und den Arbeitern wirkten, hätten auch wichtige soziale Aufgaben zu erfüllen. Die bisherigen Richtungen (womit wohl die Universitäten gemeint sind) hätten in sozialer Beziehung vollständig versagt. „Ich rechne," fuhr der Kaiser fort, „auf die technischen Hochschulen! Die Sozialdemokratie betrachte ich als eine vorübergehende Erscheinung; sie wird sich austoben. Sie müssen aber Ihren Schülern die sozialen Pflichten gegen die Arbeiter klar machen" u. s. w.

Die Kanalvorlage.

Diese neueste Wendung dürfen wir wohl für einigermaßen definitiv ansehen. Damit ist wenigstens auf eine Reihe von Jahren ein nicht ungefährlicher Beunruhigungsstoff ausgeschieden; neue Versuche einer Einschränkung des Koalitionsrechtes

haben vorläufig die Unternehmer nicht zu hoffen und die Arbeiter nicht zu fürchten. Dagegen wirkt eine andere Angelegenheit, die den Antagonismus zwischen Industrie und Landwirthschaft verstärkt und die Regierung in eine üble Lage gebracht hat, bis heute fort. Im April 1899 brachte die preussische Regierung im Landtage eine Vorlage ein, wonach Rhein, Weser und Elbe durch ein Kanalsystem verbunden werden sollten, dessen Kosten auf 260 Millionen Mark angeschlagen wurden. Das theuerste und darum streitigste Stück, das in der Gegend von Bevergern den Dortmund—Emskanal verlassen und unterhalb Magdeburgs die Elbe erreichen sollte, wurde Mittellandkanal genannt.

Während nun dieser Mittellandkanal vom größten Theil der rheinisch-westfälischen Industriellen und von den Freisinnigen als ein segensverheißendes Kulturwerk ersten Ranges gepriesen und stürmisch gefordert wurde (die Sozialdemokraten, die ihn ebenfalls empfahlen, kamen nicht in Betracht, weil sie im preussischen Landtage nicht vertreten sind), wurde er von den Konservativen, denen ein Theil der Nationalliberalen und das ganze sehr agrarisch gestimmte Zentrum Suffkurs leistete, auf das heftigste bekämpft. Inwieweit die Kanalgegner wirklich von der technischen Unzweckmäßigkeit des Projektes überzeugt waren — „Kanäle sind heute ein überwundener Standpunkt," äußerte einmal der Graf Ballestrem — inwieweit die ostelbischen Landwirthe in der That fürchteten, der Kanal werde die Einfuhr von ausländischem Getreide erleichtern, ob sie vielleicht den Kanal nur vorläufig ablehnten, um die Regierung zu Kompensationen, d. h. zu Kanalbauten und Flußregulirungen in den östlichen Provinzen zu zwingen, ob es ihnen vielleicht gar nicht ernst war mit der Opposition, ob sie die Gelegenheit zu einer Kraftprobe benützen, oder sich ein Jahr später die Zustimmung mit höheren Getreidezöllen bezahlen lassen wollten, ob und in welchem Verhältniß endlich alle diese Gründe und Absichten zusammenwirken, das läßt sich nicht genau ermitteln.

Genug, die Regierung sah sich einer entschlossenen oppositionellen Mehrheit gegenüber, deren Führer die allerstaaterhaltendsten historischen Stützen des Hohenzollern-Thrones waren, und der Sammelpolitiker Miquel schwitzte Angstschweiß, wenn er im Abgeordnetenhaus eine jener berühmten Reden halten mußte, nach deren Schluß die Zuhörer einander zu fragen pflegen: hat er nun eigentlich für oder gegen die Vorlage gesprochen?

War die Situation so schon schlimm genug, so verschlimmerte sie der Kaiser noch durch seine Lebhaftigkeit. Bei der Hafeneinweihung in Dortmund am 11. August 1899 erklärte er: Dieser Kanal empfangen seine volle Bedeutung erst durch die „Verbindung mit dem großen Mittellandkanal, den zu bauen und durchzuführen meine Regierung

und Ich fest und unerschütterlich entschlossen sind". Nun erst recht drauf los! sagten die Junker; wenn wir jetzt nicht zeigen, daß wir die Herren im Lande sind, und daß gegen unseren Willen kein König und kein Kaiser regieren darf („und der König absolut, wenn er unsern Willen thut"), so haben wir auf immer verspielt! Am 19. August wurde im Abgeordnetenhanse die Vorlage in dritter Lesung mit 235 gegen 147 Stimmen abgelehnt. Dagegen stimmten nicht wenige höhere Staatsbeamten, die Abgeordnetenmandate hatten.

Was sollte nun die Regierung thun? Es ruhig hinnehmen, daß Beamte, die es sonst für eine ihrer wichtigsten Aufgaben ansehen, regierungsfreundliche Wahlen zu machen, eine Vorlage zu fälle bringen, für die ein paar Tage vorher der Kaiser öffentlich seine volle Autorität eingesetzt hat? Die peinlichen Erwägungen führten zu dem Entschluß, die zwei Regierungspräsidenten und siebzehn Landräthe, die sich der Unbotmäßigkeit schuldig gemacht hatten, zur Disposition zu stellen. Das gab nun zwar dem „Kladderadatsch" reichlichen Stoff zur Besingung eines Martyriums, welches in einigen Monaten ferien mit der Aussicht auf baldige Beförderung bestand, aber die erschütterte Autorität des Königs wiederherzustellen, war es nicht geeignet. Die Hochkonservativen sahen sich in die Nothwendigkeit versetzt, der Regierung und dem Könige gegenüber die verfassungsmäßigen Rechte der politischen Beamten zu vertheidigen und sich dabei die Hilfe der Freisinnigen, Demokraten und Sozialdemokraten gefallen zu lassen; ein sozialdemokratischer Redakteur wurde verurtheilt wegen eines Artikels, den er aus einem konservativen Blatte abgedruckt hatte: ein Sozialdemokrat als Märtyrer für die gekränkten Rechte hochfeudaler Landräthe! Welch ein Bild!

Die Konservativen suchten die fatale Thatsache, daß der Monarch und die monarchische Partei par excellence einander feindlich gegenüberstanden, durch das Sophisma zu verschleiern, die Kanalvorlage sei keine politische, sondern eine wirtschaftlich-technische Angelegenheit. Als ob nicht alle politischen Angelegenheiten im innersten Kerne wirtschaftlich-technischer Natur wären! Wenn die Arbeiter höheren Lohn, die Grundbesitzer höhere Grundrente, die Lehrer höheren Gehalt, die Börsianer mehr Bewegungsfreiheit zur Erzielung höherer Spekulationsgewinne, die Aktionäre höhere Dividenden, die Katholiken eine größere Anzahl von höheren Beamtenstellen haben wollen und aus diesem Grunde politische Maßregeln fordern oder bekämpfen, so thun sie es alle zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, und in jedem dieser Fälle muß erwogen werden, ob das Geforderte technisch ausführbar sei. Die ganze Politik ist, wie gesagt, nichts anderes als der gesetzlich geregelte Kampf der wirtschaftlichen Interessen, oder mit Werner Sombart zu sprechen: Der Kampf um die Futterplätze und um die Vertheilung des Futters.

Die Politik im ersten Vierteljahr.

Mit dieser Spannung zwischen Kaiser und Regierung einer und den Konservativen anderseits trat die preussisch-deutsche Politik ins Jahr 1900 und damit zugleich in das 20. Jahrhundert ein; wenigstens hatte es dem Bundesrath so beliebt, während der Papst und viele gelehrte Chronologen das Jahr 1900 noch zum alten Jahrhundert rechneten, und der Studiosus cerevisiae Biermörder glücklich darüber war, daß er mit Fug und Recht die Jahrhundertwende zweimal feiern durfte. Der Kaiser verherrlichte und weihte die Feier durch eine Anrede an die Spitzen der Armee im Zeughaufe, die wir als Andenken an den bedeutenden Moment umso lieber buchen, als sie die glänzenden Seiten der kaiserlichen Beredsamkeit entfaltet, ohne im mindesten zu Bedenken Anlaß zu geben.

„Der erste Tag des neuen Jahrhunderts sieht unsere Armee, d. h. unser Volk in Waffen, um seine Feldzeichen geschart vor dem Herrn der Heerscharen knien, und wahrlich, wenn irgend wer besonderen Grund hat, sich heute vor Gott zu beugen, so ist es unser Heer. Ein Blick auf unsere Fahnen genügt als Erklärung, denn sie verkörpern unsere Geschichte. Wie fand das vergangene Jahrhundert bei seinem Anbruch unser Heer? Die glorreiche Armee Friedrichs des Großen war auf ihren Lorbeeren eingeschlafen, im kleinlichen Detail des Gamaschendienstes verfinckert, von altersschwachen, kriegsuntüchtigen Generalen geführt, ihr Offizierskorps fördernder Arbeit entwöhnt, in Luxus und Wohlleben und thörichte Selbsterhebung verkommen. Mit einem Wort, die Armee war ihrer Aufgabe nicht nur ent wachsen, sie hatte sie vergessen. Schwer war die Strafe des Himmels, die sie ereilte und die unser Volk traf. In den Staub ward sie geworfen, Friedrichs Ruhm verblich, ihre Feldzeichen waren zerbrochen. In den sieben langen Jahren schwerster Knechtschaft lehrte Gott unser Volk sich auf sich selbst besinnen, und unter dem Druck des Fußes eines übermüthigen Eroberers gebär unser Volk aus sich heraus den hehrsten Gedanken, daß es die höchste Ehre sei, im Waffendienste seinem Vaterlande Gut und Blut zu weihen: die allgemeine Dienstpflicht. Mein Urgroßvater gab ihr Form und Leben, und neuer Lorbeer krönte die neu erstandene Armee und ihre jungen Fahnen. Ihre eigentliche Bedeutung jedoch gewann die allgemeine Dienstpflicht erst durch unsern großen dahingegangenen Kaiser. In stiller Arbeit entwarf er seine Reorganisation, trotz des Widerstandes, den Unverstand ihm setzte. Die siegreichen Feldzüge krönten jedoch sein Werk in nie geahnter Weise. Sein Geist erfüllte die Reihen seines Heeres ebenso, wie sein Gottvertrauen dasselbe zu unerhörten Siegen hinriß. Mit dieser seiner eigenen Schöpfung führte er die deutschen Stämme wieder zusammen und gab uns die lang ersehnte

deutsche Einheit wieder. Ihm danken wir es, daß kraft dieser Armee das Deutsche Reich Achtung gebietend seine ihm bestimmte Stellung im Rathe der Völker wieder einnimmt. An Ihnen ist es nun, Meine Herren, auch im neuen Jahrhundert die alten Eigenschaften zu bewahren und zu betheiligen, durch welche unsere Vorfahren die Armee groß gemacht haben: Einfachheit und Anspruchslosigkeit im täglichen Leben, unbedingte Hingabe an den königlichen Dienst, volles Einsetzen aller Kräfte des Leibes und der Seele in rastloser Arbeit in der Ausbildung und Fortentwicklung unserer Truppen. Und wie mein Großvater für sein Landheer, so werde auch Ich für Meine Marine unbeirrt in gleicher Weise das Werk der Reorganisation fort- und durchführen, damit auch sie gleichberechtigt an der Seite Meiner Streitkräfte zu Lande stehen möge, und durch sie das Deutsche Reich auch im Auslande in der Lage sei, den noch nicht erreichten Platz zu erringen. Mit beiden vereint hoffe Ich in der Lage zu sein, mit festem Vertrauen auf Gottes Führung den Spruch Friedrich Wilhelms I. wahr zu machen: „Wenn man in der Welt Etwas will bezidiren, will es die Feder nicht machen, wenn sie nicht von der force des Schwertes souteniirt wird.“

Als eine Ergänzung dieser Kaiserrede kann man eine Rede betrachten, welche die Auffassung der Vertreter des historischen Idealismus wiedergibt. Bei einer Jahrhundertfeier der Berliner Universität erinnerte ein Mann, der sich als Interpret der altgriechischen Dramen und durch geniale Vorschläge für die richtige Benützung der alten Klassiker um die Schul- und Volkspädagogik verdient macht, der Professor von Wilamowitz-Möllendorf, an die Kant-Fichtesche Philosophie, ohne welche die Wiedergeburt Preußens und Deutschlands nicht denkbar wäre. Er erinnerte auch an die edlen Jünglinge, die in der Zeit der Demagogenhege zum Tode und zu lebenslänglichem Gefängnis verurtheilt wurden, weil sie den Gedanken an ein großes, einiges, freies, von sittlichem Geiste beseeltes Deutsches Vaterland nicht aufzugeben vermochten, und daß diese Jünglinge es waren, die den Geist von 1813 lebendig erhielten, nicht die sie verfolgenden Regierungen; weil die damalige preussische Regierung den Geist des eigenen Staates nicht verstanden habe, sei der Umsturz von 1848 nothwendig geworden. Sei auch der Reichthum an edelstem Willen und glänzendstem Talent, den das erste deutsche Parlament in sich vereinigt habe, scheinbar umsonst verschwendet worden, so würde es doch gerade dem Preußen übel anstehen, die Ergebnisse der Revolutionszeit gering zu schätzen. „Ist doch unsere Verfassung,“ schloß er, „die in wenig Tagen das erste halbe Jahrhundert ihres Bestehens erlebt (sie ward am 31. Januar 1850 verkündigt), auch eine ihrer Früchte, und wäre es nicht die nackteste Undankbarkeit, wenn man leugnete, daß sie sich bewährt hat, vielleicht gerade deshalb, weil sie bei ihrem Erscheinen kaum einen befriedigte?“

Dasselbe darf man von der deutschen Reichsverfassung sagen; und diesem Umstande, so wie der dem deutschen Volkscharakter eigenen Ruhe, Besonnenheit und Ehrlichkeit und den im ganzen noch ziemlich gesunden sozialen Zuständen Deutschlands ist es zu danken, daß seine Volksvertretungen an dem allgemein beklagten Niedergang des Parlamentarismus keinen Theil haben: ihre Mitglieder beuten Volk und Staat nicht aus, sie machen keinen Skandal und leisten positive, nützliche Arbeit.

Es liegt in der Natur eines Buches wie das unsere, daß wir das Allernützlichste, weil es rein technischer Natur ist und nur die Sachkenner interessiert, kaum erwähnen, geschweige denn ausführlich darstellen können. Ueber Mängel der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialverwaltung, der Justiz, des Militärs, der Schule, der Verkehrsanstalten, der Berufsvertretungen und Korporationen, des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung wird von den Volksvertretern alljährlich Klage geführt; die Regierungsvertreter bestreiten einiges von dem, was vorgebracht wird, einiges geben sie zu, und auf dem Wege fortwährender Kompromisse zwischen Regierung und Volksvertretung werden unablässig Verbesserungen bewirkt, die den Organismus des Staates den beständig wechselnden Umständen und Bedürfnissen anpassen und ihn gesund erhalten. Wir müssen uns, wie gesagt, auf die großen Angelegenheiten beschränken.

Die oben beschriebene Spannung zwischen den Konservativen und der Regierung erfuhr eine erste Lösung in Worten in der Reichstagsitzung vom 19. Januar. Der freikonservative Abgeordnete von Kardorff warf der Regierung vor, daß sie sich die Ablehnung des Gesetzesentwurfs „zum Schutze der Arbeitswilligen“ gefallen lassen und vor dem Terrorismus der Arbeiter gebeugt habe. Jetzt scheine sie sich in dieser Angelegenheit dem Nichtsthum hinzugeben, während sie eine ganz unnütz zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauchte Frage, die Kanalfrage, welche die regierungsfreundlichen Parteien zu spalten geeignet sei, wieder aufstische. Man habe der Regierung gerathen, sich den Kanal im Reichstage bewilligen zu lassen. Dort würde sich allerdings leicht eine Mehrheit für diesen Kanal ohne Wasser gewinnen lassen. (Die Kanalgegner behaupten unter anderem, das Wasser der zu benützenden Flüsse werde zur Speisung des Kanals nicht ausreichen.) Mit der auswärtigen Politik der Regierung sei seine Partei einverstanden, aber außer den beiden schon gerügten großen Fehlern begehe sie auch noch den, daß sie die Landwirthschaft nicht schütze; bis zum Ablauf der Handelsverträge, auf den man die Landwirth vertruste, würde in manchen Gegenden die Hälfte der häuerlichen Nahrungen zugrunde gehen. Der 81jährige Reichskanzler Fürst Hohenlohe, der nur in Nothfällen im Reichstage zu erscheinen und eine kurze Erklärung von einem Blättchen abzulesen pflegte, hatte diesmal eine



9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 21 22 23 24 25 8
 1 2 3 4 5 6 7
 1 v. Viehbahn, 2 Sellmann, 3 v. Weidhardt, 4 Graf v. Lerchenfeld, 5 Graf v. Pofadowsky, 6 Graf v. Hohenthal, 7 v. Jagemann, 8 Gehr. v. Crantz, 9 v. Bonin, 10 v. Geiger, 11 v. Stengel, 12 v. Verhen, 13 Gehr. Darnbüler, 14 Generaldirektor Gehle, 15 v. Schilder, 16 Direktor Vietz, 17 Dr. Klägmann, 18 Direktor Fischer, 19 Geh. Rath Dr. Reich, 20 Unterstaatssekretär Achenborn, 21 v. Reichlin, 22 Tirpitz, 23 v. Watter, 24 Rothe, 25 Paulsen, 26 Halley, 27 Kraetke, 28 Direktor Wermuth, 29 Oberstleutnant Krug v. Nidda, 30 Unterstaatssekretär Frisch, 31 Direktor Scherer, 32 Schulz, 33 Generalstaatsanwalt Krüger, 34 Oberzolldirektor Kunkel, 35 v. Körner, 36 v. Fischer, 37 v. Schneider, 38 Geh. Rath Rüger, 39 v. Woelfe, 40 Hopf.

Der Bundesrath des Deutschen Reiches.

längere Rechtfertigungsrede vorbereitet. Er verspottete die zweck- und erfolglose Sozialistentödterei der Scharfmacher, bestritt auf das entschiedenste, daß die Regierung die Landwirthschaft vernachlässige und die Autorität des Staates preisgebe, und rechtfertigte insbesondere die Aufhebung des Verbindungsverbots.

Politische Vereine durften in Preußen und in einigen anderen Bundesstaaten nicht mit einander in Verbindung treten, und das erzeugte mancherlei Verlegenheiten. Die Gerichte sahen sich vor die peinliche Wahl gestellt, ob sie konservative Vereinsorganisationen zerstören und dadurch eine Anzahl von konservativen Reichstagsmandaten gefährden, oder das Gesetz bloß gegen oppositionelle Parteien anwenden und dadurch das Vertrauen zur Unparteilichkeit der Rechtspflege untergraben wollten. Als das bürgerliche Gesetzbuch berathen wurde, wollte die Reichstagsmehrheit die Vereinsfreiheit in dieses aufgenommen wissen. Die verbündeten Regierungen riefen, davon Abstand nehmen zu wollen, und versprachen dafür, auf das Verbindungsverbot zu verzichten. Dieses Versprechen hatten sie kurz vor dem 1. Januar 1900 erfüllt.

In derselben Sitzung äußerte sich zum erstenmale der Unwille der Extremnationalen über die englandfreundliche Wendung der auswärtigen Politik. Auf diese Wendung kommen wir später ausführlicher zurück. Hier soll nur der Vorfall erwähnt werden, der die ersten Reichstagsdebatten hervorrief. Am 28. Dezember 1899 hatte ein englisches Kriegsschiff den deutschen Reichspostdampfer „Bundesrath“ wegen angeblichen Verdachts von Kriegskontrebande in der Delagoabai mit Beschlagnahme belegt und nach Durban in Natal gebracht. Später wurde auch das deutsche Segelschiff „Marie“ so behandelt; andere deutsche Schiffe wurden nur angehalten und durchsucht. Die deutsche Regierung protestirte gegen diese unrechtmäßige Einmischung in den neutralen Handelsverkehr in einem sehr kräftigen Tone, den die englische Regierung unfreundlich fand, und die angehaltenen Schiffe wurden freigegeben; am 22. Januar 1900 war die Angelegenheit erledigt. In jener Sitzung am 19. nun sprach der national-liberale Abgeordnete Möller die tiefe Entrüstung des deutschen Volkes über die Behandlung deutscher Schiffe aus und fragte die verbündeten Regierungen, was sie dagegen gethan hätten. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Bülow, berichtete über die gethanen Schritte, der Antisemit Liebermann von Sonneberg aber bedauerte, daß die Regierung nicht in einem noch weit kräftigeren Tone mit dem „hinterlistigen, frechen England“ gesprochen habe. Lieber dagegen, der dermalige Führer der Zentrumsparthei, antwortete am 20. auf die erwähnten und auf ähnliche von anderen konservativen Abgeordneten, namentlich vom Fürsten Herbert Bismarck und den Herren Arendt, Stöcker und von Kröcher gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe; alle

diese Herren klagten, daß man eine feste Hand, ein klares Programm, einen stetigen Kurs vermissen, und äußerten ihre Sehnsucht nach einem starken Manne. Lieber warnte davor, durch die Erregung von allgemeiner Unzufriedenheit einen Konflikt heraufzubeschwören; es liege hundertmal mehr Gefahr darin, wenn solche Angriffe von konservativer, als wenn sie von der Gegenseite erfolgten.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hatte die mehrerwähnte Spannung schon am 11. Januar zu einer kräftigen Aussprache geführt. Arendt fragt: „Inwiefern erachtet die Staatsregierung die im vorigen Sommer im Anschluß an die Abstimmung dritter Lesung über die Kanalvorlage gegenüber einer Anzahl von Staatsbeamten von ihr getroffenen dienstlichen Maßnahmen im Einklang mit den Artikeln 83 und 84 der Verfassung?“ Es sind dies die Artikel, die den Abgeordneten das unbedingte Recht freier Meinungsäußerung zusichern und der Regierung wie den Gerichten verbieten, einen Abgeordneten wegen seiner Reden oder seiner Abstimmung zur Rechenschaft zu ziehen.

Um so eines erbärmlichen Kanals willen, sagte der Abgeordnete von Köller bei Begründung der Interpellation, lassen wir Konservative uns nicht abschütteln wie ein alter Handschuh.

Der Ministerpräsident betheuerte, von Bestrafung sei keine Rede; aber die Maßregel sei im Interesse des Dienstes nothwendig gewesen; die Regierung könne ihre Politik nicht von ihren eigenen politischen Beamten bekämpfen lassen; seien diese mit der Politik der Regierung nicht einverstanden, so könnten sie ja auf ihre Ämter verzichten. Ein unhaltbarer Rechtfertigungsversuch! Will die Regierung jede Oppositionsstellung der politischen Beamten unmöglich machen, so muß sie ihnen entweder das Wahlrecht nehmen oder den Artikel 84 der Verfassung ändern. Jener dritte Weg, den parlamentarisch regierte Länder eingeschlagen haben, daß die bei den Wahlen siegende Partei jedesmal die Minister und alle politische Beamten aus ihren Gesinnungsgenossen ernimmt, ein Konflikt zwischen Regierung und Beamten also gar nicht eintreten kann, ist in Preußen glücklicherweise noch nicht gangbar.

Außerhalb der Parlamente schürte besonders der immer rührige Bund der Landwirthe das Feuer der Unzufriedenheit. Auf verschiedenen Provinzialversammlungen tadelten die Bundeshauptlinge die angeblich schwächliche Haltung der Regierung in Zollangelegenheiten den Unmaßungen des Auslandes, namentlich Nordamerikas gegenüber. Die sogenannte Weltpolitik schädige die Landwirthschaft; jene sei nicht unbedingt zu verwerfen, aber sie müsse die Heimatpolitik zur Grundlage haben.

Die Generalversammlung des Bundes im Zirkus Busch in Berlin ist immer ein Fest, nicht bloß für die Herren Theilnehmer, sondern auch für ihre Gegner. Die Opposition erbaut sich an dem kräftigen Ton, den diese konservativen Landwirthe

der Regierung gegenüber anschlagen — „die Minister können uns sonst was“, hat der Herr von Dieß-Daber vor ein paar Jahren gerufen — und die Witzblätter zeigen ihren Lesern in Wort und Bild, wie die Unschuld vom Lande, der fromme Kämpfer für Gottesfurcht, Ordnung und Sitte nach des Tages Last und Hitze in den nächtlichen Vergnügungen von Spreebabel Erholung sucht. Diesmal nun, es war am 12. Februar, erklärte der Vor-sitzende, Freiherr von Wangenheim: die Land-wirtschaft habe keine Vortheile von der Flotten-vermehrung, denn sie verschärfe den Arbeitermangel und vertheuere Kohle und Eisen. Der Bund sei jedoch zu jedem Opfer fürs Vaterland bereit; Deutschland müsse die Mittel haben, die Unver-schämtheiten des Auslandes abzuwehren. Vorbe-dingung für die Zustimmung zur Flottenvermehrung sei jedoch eine gesunde nationale Wirtschaftspolitik. Das wurde dann in der Resolution aus-gesprochen, welche die Versammlung annahm.

Die Agrarier sehen in der Flottenvermehrung eine einseitige Begünstigung der Exportindustrie. Nun fällt aber das Material, aus dem der Bund der Land-wirthe besteht, mit dem Kern der konservativen Wähler-schaft zusammen, und die Konservativen können bei ihrer historisch gegebenen Stellung zum Könige — haben sie doch stets jeden Gegner von Militär-forderungen für einen Staats- und Reichsfeind er-klärt — nicht gut offen gegen die Flottenvorlagen auftreten, nachdem Kaiser Wilhelm II. eine starke Flotte für einen wesentlichen Bestandtheil der deutschen Wehrkraft erklärt hat. Vor einigen Jahren sind die Agrarier allerdings so weit gegangen und haben die Forderung ausgegeben: „Kein Kaniz, keine Kähne!“ (Graf Kanitz hatte das Monopol des Getreide-handels beantragt, gegen das sich der Kaiser mit den Worten aussprach, er möge nicht Brotwucherer werden) und hatten die Streichung von ein paar geforderten Schiffen durchgesetzt. Das hat dann die konservative Parteileitung zu gefährlich gefun-den und hat sich Mühe gegeben, den allzu offen-herzigen Angestüm der weniger diplomatischen Bundeshäuptlinge zu bändigen. In nicht geringe Verlegenheit wurden die Konservativen um die Zeit der Bundesversammlung durch die Enthüllung einer agrarischen schönen Seele versetzt. Anfangs Februar berichtete die Germania, der Bundesdirektor Dr. Friedrich Hahn habe zu einem Mitgliede der Zentrumsfraktion gesagt: „Wenn wir nur die gräßliche Flottenvorlage weghätten! Sehen Sie doch, daß sie möglichst viele Mitglieder ihrer Fraktion gegen die Flotte zusammenbringen!“ Im Reichs-tag erklärte das der Freiherr von Wangenheim für eine ebenso gemeine als dumme Lüge. Da erhob sich der Abgeordnete Szmulä und er-klärte, er sei der Mann, zu dem Dr. Hahn vor wenigen Tagen diese Worte gesprochen habe. Der unglückliche Hahn wurde herbeigeholt; er suchte sich herauszureden, aber niemand glaubte ihm; zu-letzt gestand er die Wahrheit der Erzählung ein und versuchte, seine Worte als einen Scherz zu deuten.

Die lex Heinze.

Vom März an wurden alle anderen Interessen zurückgedrängt durch den Lärm um eine gesetz-geberische Aktion, deren Ergebnis gleich Null, oder vielmehr weniger als Null und Schlimmeres ist. Vor zehn Jahren war in Berlin ein Nachtwächter ermordet worden. Angeklagt wurde als des Mordes oder der Beihilfe verdächtig ein Mann namens Heinze, dessen Frau sich und ihn mit Prostitution ernährte. Bei der Gerichtsverhandlung wurde der Schmutz der Großstadt aufgewühlt, der für keinen Kenner großstädtischer Verhältnisse etwas Neues war, der aber, was bei der heutigen Prinzen-erziehung und der heutigen Lebensführung der Monarchen nicht zu verwundern ist, dem Kaiser bis dahin verborgen geblieben war. Die Zeitungsbe-richte über den Prozeß erfüllten ihn mit Abscheu, und in einem Erlaß vom 22. Oktober 1891 sprach er seinen Willen aus, daß gegen „die Ausschrei-tungen jener verworfenen Menschenklasse“ scharf eingeschritten und nöthigenfalls das Strafgesetzbuch geändert oder ergänzt werde.

Es wurde nun ein Gesetzentwurf abgefaßt, der ungeschickterweise lex Heinze getauft wurde, als wenn der Zuchthäusler Heinze ihn entworfen und eingebracht hätte. Schon diese Bezeichnung reizte den Spott, der sich überall regt, wo Gesetzgebung und Polizei die sexuelle Unsitlichkeit bekämpfen und Sittenreinheit zu erzwingen versuchen. Erfahrene Juristen und Staatsmänner haben sich von vorn-herin gesagt, daß die Erwartungen, die von unkun-digen Eiferern an die bevorstehende große Sittlichkeits-aktion geknüpft wurden, unerfüllbar seien, daß Straf-justiz und Polizei gegen die menschliche Natur und gegen die aus der großstädtischen Zusammenpferchung ungeheurer Menschenmassen entspringenden Ver-suchungen nichts vermögen, daß allerdings in der liberalen und Gründerperiode von 1866 bis 1873 Justiz und Polizei durch allzu große Nachsicht gegen den damals schäumenden Uebermuth das Uebel vergrößert hätten, daß aber seit 1878 das Menschenmögliche geleistet worden ist, um alles Anstößige aus der Öffentlichkeit zu verbannen und der Verführung der Jugend vorzubeugen.

Mehr kann die weltliche Obrigkeit nicht thun; sie kann weder die Bedürfnisse der Leiber noch die Gefinnungen der Herzen ändern. Ein neuer Para-graph, der das Zuhälterthum an sich strafbar machte, — die Mitglieder der verächtlichen Zunft geben oft genug Anlaß, sie wegen anderer Straftaten vor Gericht zu ziehen — erschien ja vom sittlichen Ge-sichtspunkte aus höchst gerechtfertigt, war aber gefährlich, weil sich voraussehen ließ, daß bei der großen Menge verkommener Männer dieses Schlages, die sich in Großstädten anzuhäufen pflegt, das Ein-schreiten gegen Alle technisch unmöglich sein werde, wir aber leider schon mehr als genug Paragraphen haben, die aus demselben Grunde für gewöhnlich unangewendet bleiben müssen, was zur Erhöhung der Achtung vor der Justiz nicht beiträgt. Indes,

der Allerhöchste Wille mußte erfüllt werden, und so wollte das Reichsjustizamt wenigstens die Gelegenheit benützen, etwas zweifellos Nützliches zu thun.

Zwischen dem Reichsstrafgesetz und der Praxis der Polizei waltet ein unerträglicher Widerspruch ob. Das Reichsgericht hat den § 180 des Reichsstrafgesetzes dahin interpretiert, daß schon das Vermietten von Wohnungen an Prostituierte als Kuppelei zu bestrafen sei; die Polizei aber beaufsichtigt die Prostituierten und fordert die Anzeige jedes Wohnungswechsels, was doch voraussetzt, daß sie irgendwo wohnen, ja sie übt unter Umständen einen Druck auf Hauswirths aus, die sich sträuben, solche Mädchen aufzunehmen. Streng genommen macht sich also die Polizei selbst des Vergehens der Kuppelei im großartigsten Maßstabe schuldig.

Diesem unerträglichen Zustande glaubte man bei dieser Gelegenheit ein Ende machen zu können. Es wurden also in den Entwurf einige verschärfende Bestimmungen gegen Kuppelei und verwandte Vergehungen aufgenommen, zugleich aber auch die Einschränkung, daß das bloße Vermietten von Wohnungen an Prostituierte nicht als Kuppelei zu gelten habe. Dagegen aber tobten die Frommen und — die Sozialdemokraten, die beide behaupteten, darin liege die Legalisirung der Prostitution. Die Sozialdemokraten sind nämlich in diesem Punkte sehr fittlich, weil in den Arbeiterkreisen ebenso wie in vielen Gegenden bei der ländlichen Bevölkerung vorehelicher intimer Umgang mit Männern ein Mädchen nicht entehrt, die jungen Männer dieser Stände daher jenes traurigen Instituts, das vorzugsweise in Großstädten blüht, nicht bedürfen. Die Frommen aber begnügten sich nicht damit, die von der Regierung gewünschte Einschränkung zurückzuweisen, sondern sie fügten Paragraphen gegen unsittliche Bücher, Bilder, Schausstellungen und Theaterstücke an. Dagegen protestirten die Sozialdemokraten im Verein mit den Liberalen. Anderseits forderten die Sozialdemokraten Strafbestimmungen gegen Brotherrn, die ihre Dienstmädchen oder Arbeiterinnen verführten, und die Zentrumsparthei, die sich ihrer sozialen Fürsorge für die Arbeiter rühmt und zugleich ihrer Unparteilichkeit in der Behandlung von arm und reich, mußte wohl oder übel diesen „Arbeitgeberparagraphen“ zu dem ihrigen machen. Den aber erklärten nicht allein die verbündeten Regierungen für unannehmbar, weil er den Denunziationen Thür und Thor öffnete, sondern auch die Konservativen und die Nationalliberalen wehrten sich mit Händen und Füßen dagegen.

Ueber dem Streit um diese Aenderungen wurde das, was der Kaiser eigentlich bloß gewollt hatte, als Nebensache vergessen, und die lex Heinze, wie sie aus verschiedenen Kommissionsberathungen hervorging, schien nun völlig aussichtslos zu sein. Die einen Paragraphen hatten Zentrum, Sozialdemokraten und Konservative, die anderen Sozialdemokraten, Freisinnige und National-

liberale, noch andere Konservative, Nationalliberale, Freisinnige und die Regierung gegen sich. Es ging damit ähnlich wie mit der Umsturzvorlage des Jahres 1894. Diese hatte der Regierung bloß Machtmittel verleihen sollen, um zunächst die sozialdemokratische, dann aber auch jede andere unbecome oppositionelle Agitation fesseln zu können, die Zentrumsparthei aber wollte den Kampf gegen den Umsturz nur mitmachen, wenn auch den intellektuellen Urhebern alles Umsturzes, den ungläubigen Philosophen, Naturforschern und Dichtern Maulkörbe und Handschellen angelegt würden. Dagegen erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der liberalen und nationalliberalen Welt, die die drohende Herrschaft der Jesuiten an die Wand malte, und die Umsturzvorlage fiel. Gegen die klerikale lex Heinze entrüstete man sich anfangs nicht, theils weil man sich scheute, einen so heißen Gegenstand derb anzufassen und in der guten Gesellschaft verpönte Dinge zu besprechen, theils weil bei der oben beschriebenen Lage jede Gefahr der Annahme dieser Vorlage ausgeschlossen schien, und man überließ „das Scheusal“ den Witzblättern, denen es reichlichen Stoff lieferte. Aber eben dieser Umstand, daß die alljährlich wiedererscheinende „lex“ das Gespött der ganzen Welt wurde, war den einflußreichen Persönlichkeiten, die sie ernstlich wollten, sehr ärgerlich, und mit ihnen vereinigten sich andere, denen eigentlich nichts daran lag, die aber den der Volksvertretung zur Unehre gereichenden Popanz um jeden Preis aus der Welt schaffen wollten, zu dem Entschluß: diesmal muß irgend etwas zustande kommen!

Der Entwurf war zum letztenmale im Anfange des Jahres 1899 eingebracht und am 9. März an eine Kommission verwiesen worden. Deren Ergebnis lag dem Reichstage am 25. Januar 1900 zur zweiten Berathung vor. Die Verhandlungen im Reichstage und hinter den Kulissen schleppten sich bis Ende Februar hin und führten zu einem Kompromiß, bei dem die Regierung die Einschränkung des Begriffs der Kuppelei, das Zentrum den Arbeitgeberparagraphen preisgab. Damit schien der Vorlage die Annahme gesichert einschließend des Kunst- und Theaterparagraphen, der unter anderem auch Darstellungen mit Strafe bedrohte, „die, ohne unzünftig zu sein, das Schamgefühl gröblich verletzen“.

Das war nun eine sehr bedenkliche Bestimmung, denn das Schamgefühl ist individuell, so wie nach Zeit und Ort sehr verschieden. Die prüde Miß, hinter deren Prüderie sich übrigens manchmal sehr arge Dinge verbergen, fühlt ihr Schamgefühl schon durch den Anblick des nackten Knies eines Tirolers gröblich verletzt, während auf dem Lande in Nord- und Süddeutschland noch weithin das naturalia non sunt turpia gilt. Der heilige Karl Borromäus, ein Reformator der Kirche und wirklich ein heiliger Mann, hat den Mailändern einen Brummen gestiftet mit vielen überlebensgroßen nackten Figuren, die aus allen Oeffnungen des Körpers Wasser

speien, und in vielen alten Kirchen sieht man Altarbilder und Wandreliefs, die schon vor der lex Heinze jeder Berliner Schutzmann konfisziert haben würde, wenn er sie in einem Schaufenster gesehen hätte. Wie nun, wenn der Richter das Schamgefühl verschrobener alter Mädchen zum Maßstab nimmt?

Die solchergestalt drohende Gefahr rüttelte das Publikum auf, und von mehreren Seiten her kam eine starke Bewegung in Fluß. Gewissenhafte Juristen äußerten Bedenken gegen den Erlaß eines neuen Kautschukparagraphen, der das schon erschütterte Vertrauen zur Strafrechtspflege noch weiter untergraben werde. Die Künstler fürchteten von der drohenden polizeilichen Ueberwachung eine völlige Lähmung der künstlerischen Produktion. Gelehrte und Ritter vom Geiste fürchteten weniger die Paragraphen als den engherzigen und finsternen Geist, der aus diesen Paragraphen sprach und der das ganze deutsche Geistesleben unter die Herrschaft mönchischer und muckerischer Frömmerei und einer bornirten Polizei zu beugen drohte. Die Theaterdirektoren bangten vor schwerer Geschäftstörung, und die Buchhändler hatten sich schon lange vor Ausbruch der Bewegung mit einer Eingabe gegen die Belästigungen, die sie kommen sahen, an den Bundesrath gewandt. Endlich, da zwei katholische Juristen, Roeren und Gröber, die Führer im sogenannten Kampf gegen die Unsitlichkeit waren, erwachte auch der alte protestantische Argwohn und Groll gegen den Katholizismus, und das protestantische Gemüth bäumte sich gegen die Aussicht auf, daß das Zentrum seine ohnehin übermächtige Stellung durch eine siegreiche Kraftprobe noch weiter erhöhen werde.

So wurde denn am 4. März in Berlin eine Protestversammlung gegen die lex Heinze abgehalten, in welcher der Abgeordnete Schrader darlegte, daß die neuen Strafbestimmungen auch gegen die deutschen Klassiker und gegen die plastischen Meisterwerke des Alterthums angewandt werden könnten; nicht gegen die Erhöhung der Volksittlichkeit protestire man, sondern dagegen, daß Behörden, die nicht im mindesten dazu befähigt seien, das künstlerische Schaffen beaufsichtigen sollten. Der Bildhauer Professor Eberlein wies nach, daß ohne das Studium des Nackten nicht einmal die religiöse Kunst möglich sei. Einen sehr heftigen Protest vereinbarten die am 7. März versammelten Münchner Künstler; der Reichstag, dem er übersandt wurde, schickte ihn wegen seiner beleidigenden Form zurück. Einen der Form nach anständig, aber sehr entschieden gehaltenen Protest übersandten zahlreiche Männer der Wissenschaft; es unterzeichneten ihn unter anderen die Historiker Dahn und Lamprecht, die Philosophen Ziegler und E. von Hartmann, der Strafrechtslehrer Liszt, der Philologe Wilamowitz-Möllendorf, die Mediziner Eschschmarck, Pettenkofer, Virchow. Mit Entrüstung

wiesen diese Männer das Verfahren der Reichstagsmehrheit zurück, in einem Strafgesetziparagraphen das künstlerische Schaffen der Gegenwart mit gewissen sittlichen Ausschreitungen niedrigster Art zusammenzustellen. Die Bewegung führte zur Stiftung des Goethebundes, der fortan als ein Hort des freien künstlerischen Schaffens walten sollte.

Im Reichstag versuchte es die hauptsächlich aus Freisinnigen und Sozialdemokraten bestehende Minderheit mit der Obstruktion. Am 17. März kam es in dem sonst so wohlanständigen Hause zu Lärmereien, deren der energische, geschickte und beliebte Reichspräsident, Graf Ballestrem, dessen Meisterschaft in der Leitung der Verhandlungen und tadellose Unparteilichkeit von allen Parteien ohne Ausnahme anerkannt wird, nicht Herr wurde. Für gewöhnlich genügt eine seiner trocken humoristischen Bemerkungen, das von der Leidenschaft erregte Wogengebraus zu beschwichtigen. Diesmal mußte er die Sitzung schließen und setzte, obwohl er selbst dem Zentrum angehört, den diesem am Herzen liegenden Gegenstand von der Tagesordnung vorläufig ab. Hinter den Kulissen pflog man aufs neue Verhandlungen, ließ den Theaterparagraphen fallen, milderte den Kunst- und Literaturparagraphen dahin, daß es nur verboten sein sollte, Schriften oder Darstellungen, die das Schamgefühl verletzen, an Personen unter 16 Jahren zu verkaufen, und in dieser Fassung wurde die lex Heinze nach weiteren heftigen Szenen und Obstruktionsversuchen am 21. Mai angenommen.

Das Zentrum hatte so seine kleine Revanche für die Maigesetze von 1873, aber auch die Opposition und der Goethebund schrieben sich den Sieg zu. Der tiefer denkende Kulturfreund aber trauert. Die Sexualethik und Sexualjustiz sind außerordentlich dunkle Gebiete, auf denen die schwierigsten Aufgaben der Lösung harren. Da sich die Volksvertretung nun einmal damit befassen mußte, so war es ihre Pflicht, bei dieser Gelegenheit einiges Licht darüber zu verbreiten, klare Begriffe und Grundsätze aufzustellen, die Gebiete des sittlich Erlaubten und Unerlaubten, des strafrechtlich Erlaubten und Unerlaubten in einer für jeden erkennbaren Weise abzugrenzen. Das haben die Reichsboten nicht gethan; sie haben eine von der Regierung geforderte, dringend notwendige Bestimmung abgelehnt, einige theils unnütze, theils schädliche Bestimmungen durchgesetzt und das durch den Kampf vollends verwirrte Volksgewissen, zu dessen Aufklärung übrigens auch die Gegner der lex sehr wenig beigetragen haben, in seiner heillosen Verwirrung sich selbst überlassen. Daß die Berliner Justiz auf Grund des neuen Gesetzes mit der Zuhälterzunft aufgeräumt hätte, davon hat man nichts vernommen. Die einzige bis jetzt bekannte Großthat, zu der die lex ermuthigt hat, besteht darin, daß ein Schutzmann aus dem Schaufenster der Niederlage der königlichen Porzellanmanufaktur eine Vase hat entfernen lassen, die —

Schuzkmänner haben manchmal Pech — dem Kaiser und der Kaiserin ganz besonders gefallen hatte. In Berlin erscheint eine solche Säuberung der Schaufenster von Nuditäten doppelt lächerlich, weil jeder, der über die Schloßbrücke geht, wenn er nicht völlig blind ist, die riesengroßen nackten Mar-morjünglinge sehen muß.

Der Kronprinz.

Kurz vor der Erledigung dieser unerquicklichen Angelegenheit hatten Berlin und das Kaiserhaus ein herrliches Fest ge-
feiert und dabei hohe Gäste begrüßt, deren höchster und dem deutschen Volke liebster der Kaiser Franz Joseph war. Der Kronprinz Friedrich Wilhelm vollendete nämlich am 6. Mai sein achtzehntes Lebensjahr und erlangte damit die Großjährigkeit. Kaiser Franz Joseph traf am 4. Mai in Berlin ein und wurde auf dem Pariser Platz, wo eine überaus prachtvolle Ehrenparade den Mittel- und Glanzpunkt der von der Stadt Berlin mit großen Kosten hergestellten Via triumphalis bildete, feierlich empfangen. Beim Festmahle im Schloß brachten beide Monarchen Trinksprüche aus, in denen sie des Dreihundes gedachten, der nicht nur eine Uebereinkunft der Gedanken der Fürsten sei, sondern sich tief eingelebt habe in die Ueberzeugung der Völker, „und“, sprach Kaiser Wilhelm: „wenn erst die Herzen der Völker zusammenschlagen, dann kann sie nichts mehr auseinanderreißen“. Am folgenden Tage ernannte Kaiser Franz Joseph den Kaiser Wilhelm zum Generalfeldmarschall des österreichisch-ungarischen Heeres, und beide Kaiser wohnten dem Festmahle bei, welches das Kaiser Franz-Garde-Grenadier-Regiment seinem erhabenen Chef zu Ehren veranstaltete.

Bei der Großjährigkeitsfeier am 6. Mai waren vertreten: Rußland durch den Großfürsten Konstantin, Italien durch den Prinzen von Neapel, England durch den Herzog von York; außerdem hatten Frankreich, Spanien, die

Schweiz, Belgien, Holland, die Türkei, Schweden und Norwegen, Rumänien, Serbien, die Vereinigten Staaten von Nordamerika und von Brasilien, dann Chile Vertreter abgeordnet; die deutschen Fürsten waren theils in Person erschienen, theils durch besondere Gesandte vertreten.

Die Feier begann im Pfeilersaale des königlichen Schlosses, wo der Kaiser den Kronprinzen an seinem Geburtstagstische à la suite des Regiments Kronprinz (Grenadier-Regiment Nr. 1) stellte, indem er diesem den Namen „Kronprinz“ wiedergab, den es eine Zeitlang mit dem

Namen „König Friedrich III.“ vertauscht gehabt hatte. Dem Kronprinzen sagte Kaiser Wilhelm in einer Ansprache: „Das Ansehen, das dein Großvater der Stellung des deutschen Kronprinzen in der Welt und bei seinem Volke verschafft hat, ist für dich ein Erbtheil, das du ungeschädigt zu erhalten und zu mehren hast. Mache es dir klar, daß du deiner ganzen Manneskraft bedarfst, um dieser hohen und schweren Aufgabe gerecht zu werden.“ Nachdem der Kronprinz in der Schloßkapelle einen Fahneneid geleistet und im Weißen Saale eine Defilirfour abgehalten hatte, schloß die Feier mit einem Galadiner, bei dem der Kaiser im Trinkspruch auf die versammelten und vertretenen Majestäten und Souveräne unter anderem sagte: „Eurer



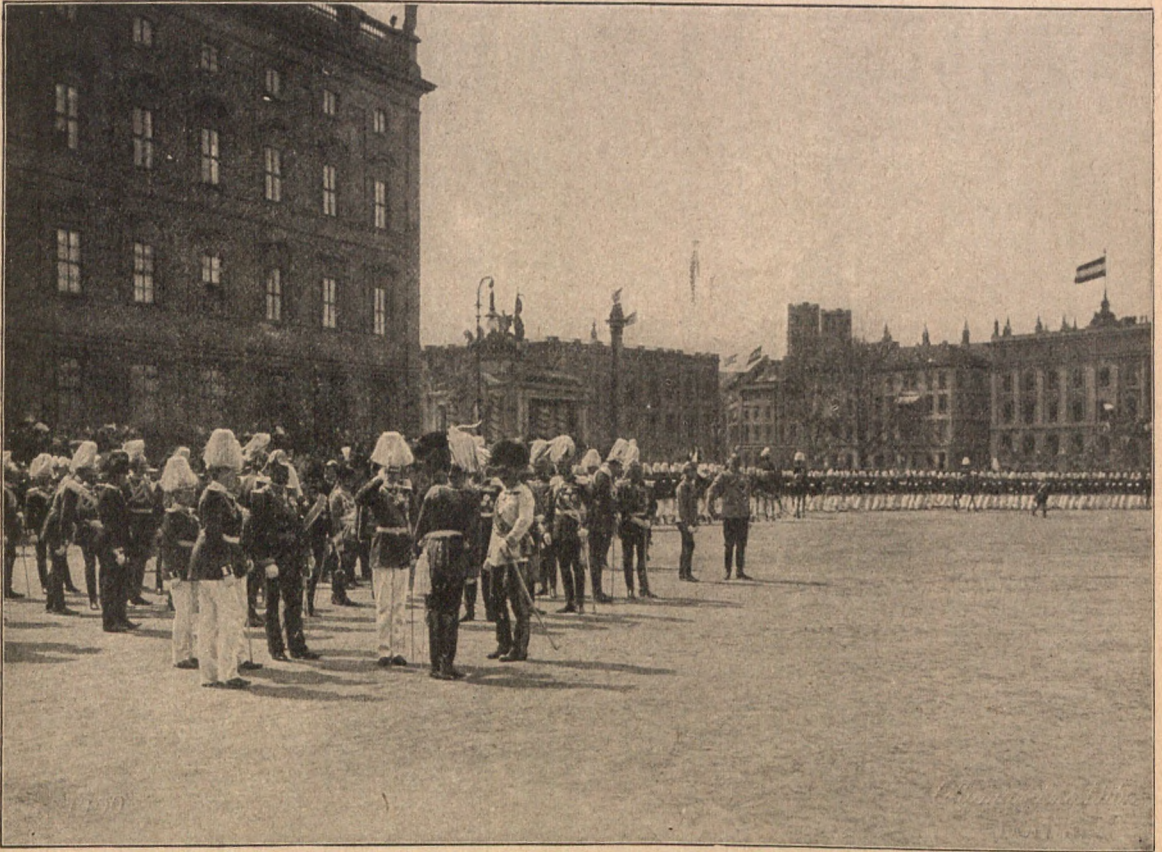
Kronprinz Friedrich Wilhelm.

Majestäten Erscheinen und die Entsendung so vieler Vettern seitens der europäischen Souveräne haben aus einem einfachen Familienfeste einen welt-historischen Moment erster Größe geschaffen.“

Auf Kaiser Wilhelms Trinkspruch antwortete Kaiser Franz Joseph: „Indem Ich Mein Glas auf das Wohl Meines lieben Patenkinde, des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, erhebe, der heute die Schwelle der Großjährigkeit überschreitet, drängt es Mich zunächst, seinen Mir theueren Eltern zu diesem Freudentage die innigsten Glückwünsche auszusprechen. Möge das Walten der Elternliebe dem edlen Prinzen lange erhalten bleiben. Möge er die reichen Keime seiner jungen Kraft glücklich entwickeln und in ernster Arbeit, aber mit frischem



Der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Berlin aus Anlaß der Großjährigkeits-Erklärung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm.
Einzug der beiden Kaiser durch das Brandenburger Thor.



Der Besuch des Kaisers Franz Joseph in Berlin aus Anlaß der Großjährigkeits-Erklärung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Begrüßung des Kronprinzen durch den Kaiser Franz Joseph vor der Front der Ehrenwache am königl. Schloß.

Muth und Gottvertrauen sich heranbilden für den hohen und schweren Beruf, der seiner harret. Ich bin hoch erfreut, ihn beim Eintritt in das öffentliche Leben hier begrüßen zu können und sehe hierin ein glückliches Vorzeichen dafür, daß die Einigkeit und Treue der Vorfahren nachleben wird in den kommenden Geschlechtern. Gott segne und schütze den Kronprinzen!"

Die Flottenvorlage.

Nach Beseitigung des „Scheusals“ konnte sich der Reichstag mit voller Kraft seiner Hauptaufgabe widmen, die ein gutes Stück Arbeit in der Kommission erforderte. Die Flottenvorlage wurde am 8. Februar in erster Lesung berathen. Am 10. April 1898 war folgender Schiffsbestand gesetzlich festgelegt worden: Verwendungsbereit sollten sein: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Einien-schiffen, 2 Divisionen zu je 4 Küstenpanzer-schiffen, 6 große und 16 kleine Kreuzer als Aufklärungs-schiffe der heimischen Schlachtflotte, 3 große und 10 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst; als Materialreserve: 2 Einien-schiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Die Reichsboten hatten die Ergänzung der Flotte bis zu diesem Bestande bewilligt, weil sie auf verschiedene Aeußerungen des

die Regierung vertretenden Staatssekretärs Tirpitz hin der Ansicht waren, daß, wie sich von Beningssen ausdrückte, damit „ein dauernder Abschluß der Pläne und Versuche erreicht sei“.

Trotzdem ließ der Kaiser schon im folgenden Jahre einen neuen Flottenplan ausarbeiten, demzufolge jetzt eine Vermehrung des obigen Bestandes gefordert wurde um folgende verwendbare Schiffe: 1 Flottenflaggschiff, 2 Geschwader zu je 8 Einien-schiffen, 2 große und 8 kleine Kreuzer als Aufklärungs-schiffe der heimischen Schlachtflotte (das bedeutete also die Verdoppelung der 1898 bewilligten Schlachtflotte), 5 große und 5 kleine Kreuzer für den Auslandsdienst. Für die Materialreserve wurden gefordert: 2 Einien-schiffe, 1 großer und 2 kleine Kreuzer; dafür sollten die 8 Küstenpanzer-schiffe weggelassen; bis zur Vollendung der neuen Einien-schiffe sollten sie als solche dienen. Zur Begründung sagte der Staatssekretär Tirpitz: Der Abstand zwischen der Stärke unserer Flotte von den einzelnen fremden Flotten sei für Deutschland umso gefährlicher, als die wirthschaftliche Konkurrenz der Mächte in den nächsten Jahrzehnten wachsen werde. „Haben wir keine starke Schlachtflotte, so werden wir einen Krieg nicht verhindern und unsere Handels-schiffe nicht schützen können. Eine Kreuzerflotte reicht nicht aus für den Fall

einer Blockade unserer Häfen; unserem Welthandel würde eine solche Blockade tödlich sein."

Der bayrische Zentrumsmann Schädler äußerte Bedenken, der Sozialist Frohme sprach natürlich gegen die Vorlage, der nationalliberale Basser mann aber warm dafür. Es handle sich hier nicht um die Schaffung einer den Flotten anderer Staaten ebenbürtigen Flotte, sondern nur um den Ausbau des Gesetzes von 1898. (Aber davon, daß dieses Gesetz erst noch des Ausbaues bedürfe, hatte die Regierung damals nichts merken lassen.) Der Schutz der Exportindustrie sei von der größten Wichtigkeit für die Arbeiterschaft. Man habe 1898 zu wenig gefordert, und es seien seitdem neue Ereignisse vorgefallen: Der spanisch-amerikanische Krieg und der ungerechte Krieg der Engländer gegen die Buren. Der bayrische Bauer Hilpert sagt: Dem Bauernbunde, den er vertrete, könne man den Patriotismus nicht absprechen, aber diese Vorlage werde er nicht in ihrem vollen Umfange bewilligen; die Blüthe des Handels hänge von der Stärke der Flotte nicht ab. Den Bedenken wegen der Kosten tritt Graf Arnim entgegen; das Deutsche Reich habe nur 2½ Milliarden Schulden, Frankreich dagegen 37 Milliarden Franks. Richter erinnert daran, daß die Flottenschwärmerei nicht wie die deutsche Einheit von unten auf gewachsen, sondern von oben her dem Volke eingepfropft worden sei. Noch im Jahre 1897 habe Graf Arnim gesagt, wenn die Flotte verdoppelt werden sollte, so würde das der Landwirtschaft den Todesstoß versetzen; heute thue er so, als hänge die wirtschaftliche Existenz Deutschlands von dieser Verdoppelung ab. Der Sachkundige, Staatssekretär Tirpitz, habe noch vor einem Jahre ganz anders gesprochen. Tirpitz beeilte sich zu bemerken, daß der Ausspruch, auf den Richter anspiele, mißverstanden worden sei. Er, der Staatssekretär, habe gesagt, unsere Flotte sei so stark, daß sich selbst eine große Seemacht bedenken würde, uns anzugreifen, aber verglichen mit den größten Flotten sei die unsere immer noch klein. Nach einigen anderen Reden für und wider — für die Vorlage spricht auch Rickert, der Führer der freisinnigen Vereinigung — erklärt Tirpitz: Die im Jahre 1898 von der Regierung gewünschte Flotte habe lediglich den Charakter einer Auslandsflotte gehabt. Seitdem habe man die allgemeine Lage genauer erfaßt: Die jetzige Vorlage solle eine Flotte schaffen, die die Nordsee von jeglichem Feinde freihalten könne. Der Freiherr von Wangenheim erklärt sich und seine agrarischen Freunde zwar bereit, das patriotische Opfer zu bringen, stellt aber dieses Opfer wegen der Schädigung, die der Landwirtschaft von der Flottenvermehrung drohe, als ein sehr schweres dar, und bedauert, daß der an sich ja erfreuliche große nationale Zug, der jetzt wieder durch's Volk gehe, von einer in unwürdiger Form betriebenen Flottenagitation begleitet sei.

In der Kommission dann erklärte der Staatssekretär Graf Bülow am 27. März unter anderem,

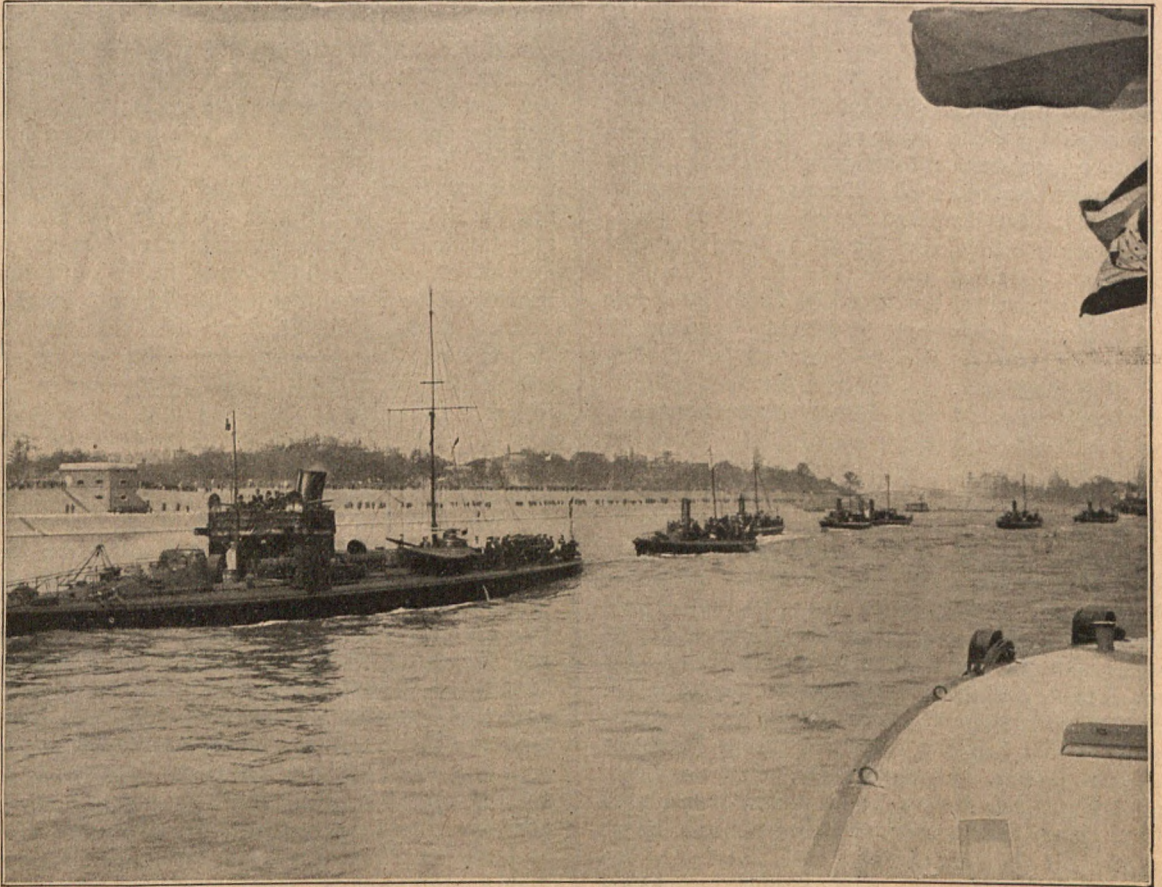
die Vorlage trage einen rein defensiven Charakter. Die deutsche auswärtige Politik verfolge das Ziel, einerseits den Frieden aufrechtzuerhalten, andererseits die Würde des Reiches zu wahren. Dazu gehörten Machtmittel. Schwäche des einen reize den anderen zu Uebergriffen. Wegen geringfügiger Ursachen (zum Beispiel wegen der Beschlagnahme eines deutschen Postdampfers durch ein englisches Kriegsschiff) einen großen Krieg zu entfesseln, würde ruchlos sein, aber man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß eine zur See überlegene Macht uns Beleidigungen zufüge, die sich ein großes Volk nicht gefallen lassen dürfe, die aber abzuwehren, uns ohne eine starke Flotte die Mittel fehlen würden. Mit dem Aufschwung unseres Handels, der Entwicklung unserer industriellen und überseeischen Interessen hätten sich die politischen Reibungsflächen vermehrt. Die Lage sei ganz anders geworden als 1885, wo Bismarck eine deutsche Flotte von der Stärke der damaligen amerikanischen für ausreichend hielt. Die Vereinigten Staaten hätten seitdem ihre frühere Bahn verlassen, und in England sei die imperialistische Strömung zur Herrschaft gelangt.

Zur Deckung der Kosten, die sich auf 16 Jahre vertheilen — denn der Bau der neuen Schiffe soll von 1901 bis 1917 dauern — schlägt die Regierung die Erhöhung des Lotteriestempels und eine Steuer auf Saccharin vor. Die Kommission gelangt zu folgenden Vorschlägen: 1. Erhöhung der Reichsstempelabgaben auf Werthpapiere, Kaufgeschäfte und Lotterielose, sowie Einführung einer Reichsstempelabgabe auf Kure und Schiffsfrachtfurkunden, 2. Erhöhung der Zollsätze auf Schaumwein und Brantwein, 3. Einführung einer Verbrauchsabgabe auf inländischen Schaumwein und Saccharin. Sie glaubt damit die Kosten auf die stärkeren Schultern gelegt zu haben. Ausdrücklich erklärt die Kommission: soweit der jährliche Mehrbedarf nicht durch die verfügbaren Einnahmen gedeckt wird, darf das Fehlende nicht durch Erhöhung der indirekten, den Massenverbrauch belastenden Reichsabgaben aufgebracht werden. Der Bestand der Flotte, der durch Neubauten bis zum Jahre 1917 erreicht werden soll, wird zwischen Kommission und Regierung folgendermaßen vereinbart: 1. Schlachtflotte: 2 Flottenflaggschiffe, 4 Geschwader zu 8 Einien Schiffen, 8 große und 24 kleine Kreuzer für den Aufklärungsdienst; 2. Auslandsflotte: 3 große und 10 kleine Kreuzer; 3. Materialienreserve: 4 Einien Schiffe, 3 große und 4 kleine Kreuzer. Der Kommissionsvorschlag wurde in der zweiten Lesung am 6. und in der dritten am 12. Juni angenommen. Bei der dritten Lesung befragte der Abgeordnete Siemens und begrüßte es der Antisemit Liebermann von Sonnenberg mit Genugthuung, daß durch die Erhöhung der Geschäftsstempelsteuer, vulgo Börsensteuer, der Börse und dem mobilen Kapital wieder eins gesetzt werden solle.

Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hielt eine ungewöhnlich lange Rede, aus der wir

folgende Sätze hervorheben: „Wenn ich zurückdenke an die Zeit vor mehr als 50 Jahren und an die Begeisterung für eine deutsche Flotte, die damals das deutsche Volk durchzog, und wenn ich mich der Thatsache erinnere, daß damals die im Deutschen Bunde vereinigten Regierungen sich mit Ausnahme der preussischen ablehnend dagegen verhielten, so darf ich behaupten, daß das Drängen nach einer deutschen Flotte recht eigentlich aus dem deutschen Volke hervorgegangen ist. Zur Zeit des Bundestages schien ja kein Bedürfnis vorhanden

triot Friedrich Eist war der erste, der dieses Ideal verkündigt hat, und noch unter Bismarck hatte die Flotte unter den Liberalen mehr Freunde als bei den Konservativen und der Regierung. Aber niemand dachte damals an Dimensionen, wie sie heute die Flottenvergrößerung angenommen hat. Gegen diese Dimensionen und ihre von der Regierung behauptete Nothwendigkeit erheben ehrliche Patrioten sowohl konservativer als liberaler Richtung ernste Bedenken. Das Deutsche Reich, sagen sie, sei einmal eine Landmacht, und könne nimmer-



Ankunft der Torpedodivision vor Köln.

zu sein; wir lebten in kleinstädtischer Beschränktheit und Behaglichkeit. Beim heutigen industriellen Aufschwung aber und bei den heutigen Volksbedürfnissen mußte das Verlangen nach ausreichendem Schutz unseres Handels durch eine starke Flotte mit erneuter Kraft hervortreten. Es handelt sich nicht mehr blos um den Schutz einzelner Schiffe, sondern es handelt sich darum, unsere Existenz als handeltreibende Weltmacht zu sichern.“

Diese Sätze des greisen Staatsmannes bedürfen einer kleinen — wir wollen nicht sagen Berichtigung aber — Ergänzung. In der That ist die deutsche Flotte von Haus aus ein liberales, ja ein demokratisches Ideal; der große Nationalökonom und Pa-

mehr eine Seemacht werden wie England, das, durch seine Inselnatur zur Seemacht bestimmt, so gut wie gar kein Landheer habe — nur eine jämmerliche Karikatur eines solchen — und mit seiner Volksernährung auf das Ausland angewiesen sei. Die Wurzeln deutscher Kraft schwammen nicht auf dem Wasser, sondern ruhten fest im Erdboden; man dürfe nicht dem Auslandshandel zu Liebe die Landwirthschaft ruiniren, und es sei unwahrscheinlich, daß man das Landheer auf seiner die Vorherrschaft in Europa sichernden Höhe zu erhalten vermöchte, wenn man zur See mit England konkurriren wolle. Reiche das heimische Gebiet für die wachsende Bevölkerung nicht mehr aus, so

sei es fraglich, ob der überseeische Weg zur Ausdehnung der richtige sei. Jahr für Jahr müsse bei der Berathung des Kolonialstats die betrübende Thatsache beklagt werden, daß die Kolonien mehr kosteten als brächten, und daß sich der Handelsverkehr mit ihnen auf winzige Mengen beschränke, und es sei doch fraglich, ob es sich lohne, durch solche Erwerbungen die Reibungsflächen zu vermehren, die in maritime Konflikte verwickeln könnten. Daß England, die einzige in Betracht kommende Macht, den deutschen Seehandel mit Gewalt zu vernichten, versuchen werde, sei höchst unwahrscheinlich, weil es den friedlichen

Handelsverkehr mit Deutschland nicht weniger nöthig brauche, als dieses selbst. (Im Jahre 1899 betrug die Einfuhr Deutschlands aus England 673, aus den englischen Kolonien 412,5 Millionen Mark, die Ausfuhr Deutschlands nach England 801,5, nach den englischen Kolonien 150,8 Millionen Mark.) Im 16. und 17. Jahrhundert, wo sich der Seehandel der Hauptsache nach auf Einfuhr von geraubtem Gold, Silber und Gewürz nach Europa beschränkte,

konnten die Holländer den spani-

schen und portugiesischen, die Engländer den holländischen Seehandel dadurch vernichten, daß sie dem zur See schwächeren Staate seine Gewürz- und Silberflotten kaperten, seine Kriegsschiffe in Grund bohrten und sich seiner exotischen Kolonien bemächtigten. Heut, wo der Welthandel im Austausch der Produkte zwischen hochzivilisirten Völkern besteht, könnte es für einen Handelsstaat nichts Thörichteres geben, als wenn er sich durch gewaltjame Zerstörung dieses friedlichen Austausches selbst die Lebensader durchschneiden wollte. Gerade die Nächstbetheiligten und Sachkundigsten, die Hamburger Großhändler, wären denn auch anfangs der Flottenvermehrung recht kühl gegenübergestanden. Uebrigens, sagen die Besonnenen weiter, sei die Agitation

der Flottenfreunde, die ja allerdings in weiteren Kreisen Begeisterung erzeugt habe, nicht ganz unverdächtig; die Gewinne gewisser Großindustriellen am Bau von Kriegsschiffen und namentlich an den Panzerplatten seien so ungeheuer, daß es sich für sie lohne, nicht bloß einige hunderttausend, sondern sogar einige Millionen Mark auf die Agitation durch Zeitungsartikel, Broschüren und Wanderprediger zu verwenden. Endlich sei der oftmalige Meinungswechsel in der Marineverwaltung wenig geeignet, Vertrauen zu erwecken. Der Laie habe

ja kein Urtheil, wie viele Schiffe die politische Lage, und was für Schiffe der dermalige Stand der Marinetechnik fordere; er müsse also den Marineautoritäten glauben. Aber das Vertrauen auf Sachautoritäten wachse mit deren Stetigkeit, und in der deutschen Marineverwaltung hätten die Ansichten über das Nothwendige und Nützliche gar zu oft gewechselt. Am auffälligsten sei der Wechsel von 1898 bis 1899 gewesen, wo ein und dieselben Männer urplötzlich ihre Meinung geändert hätten nicht bloß über die politische Lage und über die erforderliche Zahl der Schiffe, sondern auch über das Flottensystem,



Großherzog Nikolaus Friedrich Peter von Oldenburg.
† am 13. Juni 1900.

indem an Stelle der Auslandskreuzer und der Küstenpanzer die Schlachtflotte als wichtigste bezeichnet worden sei.

Solche ernste Bedenken geltend zu machen, ist kein Zeichen unpatriotischer Gesinnung, sondern patriotische Pflicht. Die Annahme der wesentlichsten Forderungen der Regierungsvorlage ist ja dadurch nicht verhindert worden. Ob die Flottenfreunde oder ihre Gegner Recht haben, das wird die Zukunft lehren.

Der Kaiser war sehr erfreut über die glückliche Erledigung der ihm am meisten am Herzen liegenden Angelegenheit und gab seiner Freude in Antworten auf die telegraphischen Glückwünsche des Senats der freien Stadt Hamburg und der Direktion der Hamburg—Amerikalinie beredten

Ausdruck. Bei der Eröffnung des Elbe—Travekanals in Lübeck am 16. Juni sprach er unter anderem: „Für eine Seestadt kann ein Kaiser nur dann den Schutz übernehmen, wenn er ihre Flagge bis in die entferntesten Fernen der Welt durch seine Kanonen zu schützen vermag.“

Während der Berathung des Gesetzes hatte er die Flottenbegeisterung durch eine sehr sinnreiche Allusion zu entflammen verstanden. Am 3. April telegraphirte er an den Kölner Oberbürgermeister Becker: „Es soll in diesem Frühjahr eine Torpedodivision den Rhein hinauf fahren. Dieselbe hat Ordre, Köln anzulaufen und vom Meere einen Gruß zu überbringen. Ich empfehle sie den gastfreien und lebensfrohen Bürgern von Köln. Allaaf Köln!“ Eine solche Empfehlung an die lustigen Rheinländer genügte, den blauen Jungen einen Empfang zu sichern, der ihre Widerstandskraft gegenüber dem edelsten aber auch gefährlichsten aller flüssigen Elemente auf die härteste Probe stellte. Sie haben sie siegreich bestanden! Von Düsseldorf bis Speier gibt es keinen Rheinhafen und keinen Anlegeplatz, an dem sie nicht hätten Halt machen und der Bürgerschaft am unverstümmelten Quell ihrer Kellereien Bescheid thun müssen. So haben sie sich in einer achtwöchigen Fahrt, wahrscheinlich der fidelesten ihres Lebens, den Rhein hinauf und wieder hinab getrunken und einen Flottenenthusiasmus hinterlassen, der sich durch die Zeitungsberichte über die gefeierten Feste und gehaltenen Reden bis in den fernsten Osten verbreitete.

Noch vor Ablauf des für die Flotte entscheidenden Monats Juni hatte der Kaiser ein Beileidstelegramm nach Oldenburg zu senden, wo der volksfreundlichste und volksthümlichste aller deutschen Bundesfürsten, der Großherzog Peter, am 13. gestorben war.

Der Verewigte hatte sich große Verdienste sowohl um die Einigung Deutschlands, wie um die Verwaltung seines Ländchens, um Kunst und Wissenschaft, um die Hebung von Landwirthschaft und Gewerbe erworben und war dabei ein entschiedener Feind von Prunk und höfischem Zeremoniell gewesen, hatte mit seinen Bauern beinahe auf dem Fußfuße verkehrt und sozialdemokratische Blätter nicht allein gelesen, sondern mitgehalten; die Berliner Offiziösen vergaßen denn auch, ihm die üblichen Nachrufe zu widmen.

Sein Sohn und Nachfolger August hat gleich nach seinem Regierungsantritt durch die That bewiesen, daß er nach den Grundsätzen seines Vaters zu regieren entschlossen ist.

Verschiedenes.

Den Hauptereignissen des ersten Halbjahres schicken wir noch einige Vorkommnisse von geringerer Bedeutung nach.

Am 19. April begrüßte der Kaiser in Altona den Prinzen von Wales, der von Brüssel kommend, wo ein mißlungener Mordanschlag auf ihn verübt worden war, nach Kopenhagen reiste. — Im Mai nahm der Reichstag einen Gesetzentwurf an, der die Unfallversicherung besser organisiert und auf neue Kategorien, wie Brauereiarbeiter, Fleischer, Bautischler, Schlosser und Schmiede ausdehnt. — Eine Novelle zur Gewerbeordnung wendet die Wohlthat des Arbeiterschutzes den Ladenverkäufern und Verkäuferinnen zu. Heiße Kämpfe kostete das ebenfalls im Mai angenommene Fleischbeschau-

gesetz, das die Agrarier zu dem Zweck umgestalten wollten, die Einfuhr von Fleischwaren zu erschweren und womöglich ganz zu verhindern. Sie erreichten ihren Zweck nur zum Theil. Die Sorge für die Gesundheit von Mensch und Vieh, die ja an sich ganz berechtigt ist, zum Schutz weniger der Gesundheit als des Preises des braven nationalen Schweines und des biedereren heimischen Ochsen zu benutzen, ist eine alte Praxis, die besonders von den Engländern, den Erfindern aller klugen Geschäftspraktiken, von jeher geübt worden ist. „Merkwürdig“, sagte vor ein paar Jahrzehnten einmal ein englischer Minister, „so oft bei uns in England das Rindfleisch abschlägt, bricht im Ausland die Rinderpest aus!“

Der preussische Landtag schuf unter anderem eine bessere Ordnung der Fürsorgeerziehung

(welche Bezeichnung an die Stelle des häßlichen Wortes Zwangserziehung getreten ist) verwahrloster Kinder und junger Leute und hatte das Kommunalwahlrecht abzuändern. Seitdem der Reichthum der oberen Klassen ungeheuerliche Dimensionen angenommen hat, kommt es bei den bisherigen Zensusbestimmungen vor, daß ein einziger Nabob oder ein paar Nabobs die Stadtverordneten der ersten und zweiten Abtheilung nicht sowohl wählen als ernennen, und daß sämtliche Intelligenzen des Ortes oder Wahlbezirkes: Professoren, Geheimräthe, ja auch Minister in der dritten Klasse wählen. Besonders heftig forderten seit langem die Katholiken der Rheinprovinz eine Aenderung, aber ebenso heftig widerstrebten die Liberalen, die sich dort so ziemlich der Alleinherrschaft in den Stadtverwaltungen erfreuten. Das neue Gesetz, das die Klassen anders eintheilt, hat der Gefahr einer rein plutokratischen Vertretung einigermaßen vorgebeugt.



Großherzog Friedrich August von Oldenburg.

Nicht geringe Erregung rief ein Warenhaussteuergesetz hervor, mit dem Miquel den Schreiern unter den Mittelstandspolitikern den Mund zu stopfen versuchte; ganz ist ihm das freilich nicht gelungen, denn die „Erdrosselungssteuer“, die der Stand der Handwerker und der Detaillisten verlangte, ist nicht durchgegangen, sondern nur eine mäßige Steuer, die den Großbazaren wenig Eintrag thun wird. Es handelt sich um fünf verschiedene Erscheinungen, die den Kleinhandel schädigen: 1.

Die wirklichen Großbazare der Weltstädte, oder sagen wir, da Deutschland blos eine Weltstadt hat, Berlins, 2. die sogenannten Bazare der Provinzstädte, 3. die Versandtgeschäfte, 4. die Warenhäuser der Beamten- und Offiziersvereine und 5. die Konsumvereine. Nummer 1 ist eine neue, berechnete Form des Handels: mit bedeutender Ersparnis von Arbeitskräften wird das Publikum besser bedient; die 100 ununterbrochen beschäftigten Verkäufer eines Bazars leisten an einem Tage weit mehr Arbeit, als die unterbrochen beschäftigten 300 Leute von hundert kleinen Läden, und der Käufer findet in reicher Auswahl an einem Orte beisammen, was er sich sonst aus zehn verschiedenen Läden holen muß. Die Provinzbazare führen vielfach nur Schund, und es wäre nicht schade um sie, wenn sie unterdrückt würden, aber wer gibt dem Staate das Recht dazu, Schundhandlungen zu unterdrücken, wenn das Publikum Schund kaufen will? Auch kleine Handlungen führen Schund. Will man aber der Aus-

dehnung der Geschäfte Grenzen ziehen, so heißt das, den Sozialismus einführen. Sagt der Staat heute: ein Geschäft darf nicht mehr als eine Million Mark jährlich umsetzen und nicht mehr als 100.000 Mark verdienen, so kann er morgen sagen: es dürfen höchstens 100.000 umgesetzt und 10.000 verdient werden. Aus Furcht vor sozialistischen Folgerungen ist man denn auch inkonsequent gewesen und hat sowohl die Großbetriebe des Detailhandels, die nur eine Warengattung führen, wie die Versandtgeschäfte frei gelassen, obwohl beide den

Kleinhandel nicht weniger schädigen. Im Königreich Sachsen begeht man die weitere Inkonsequenz, daß man die Konsumvereine hoch besteuert, die doch ebenso wie die Offiziers- und Beamtenwarenhäuser wohlthätig wirken, weil sie ihre Mitglieder zur Baarzahlung zwingen und ihnen so zu geordneten Familienfinanzen verhelfen. Man erweist aber dort den Kleinhändlern gern diesen Gefallen, weil die

Mitglieder der Konsumvereine meistens sozialdemokratische Arbeiter sind. Die Hochachtung vor der Obrigkeit erhöht das natürlich nicht bei den Arbeitern. Also, die Sache ist unheimlich schwierig; wenn den Gesetzgebern Eingriffe ins freie Erwerbsleben zugemuthet werden, können sie nicht vorsichtig genug sein.

Sehr heftig befehlen sich seit Jahrzehnten die Anhänger der humanistischen und der realistischen Schulbildung. Die Schulreform, die der Kaiser bald nach seinem Regierungsantritte verfügte, hat niemand zu Frieden gestellt. Er veranstaltete daher am 7. Juni 1900 eine zweite Schulkonferenz, deren Hauptergebnis darin besteht, daß die Abiturienten aller drei Arten von Mittelschulen, der Gymnasien, der Realgymnasien (an denen Lateinisch aber kein Griechisch gelehrt wird) und der Oberrealschulen (die keine der beiden alten Sprachen lehren) gleichmäßig zum Studium an den Universitäten und den anderen Hochschulen zugelassen werden sollen. Für Ergänzung der zum Studium an der gewählten Hochschulart etwa mangelnden Spezialkenntnisse und für Verbesserung des Stunden-

plans der Gymnasien soll gesorgt werden. Durch einen Erlass vom 26. November hat der Kaiser verfügt, daß die Vorschläge der Teilnehmer an der Konferenz ausgeführt werden sollen.

Ende Juni vereinigte sich das ganze deutsche Volk in der Feier des vor 500 Jahren geborenen Gutenberg, dessen großer Erfindung die Deutschen es nicht zum wenigsten verdanken, daß sie sich in der höheren geistigen Kultur über alle anderen Völker emporzuschwingen vermochten.



Die offizielle Medaille der Stadt Mainz zur Erinnerung an die 500-jährige Gutenberg-Feier.

Die Chinawirren.

Im zweiten Halbjahr regten die Chinawirren und die Beziehungen zu Transvaal alle Gemüther auf und erhielten die Aufmerksamkeit in höchster Spannung. Ueber die beiden entfernten Stürme berichten wir an ihrem Ort; hier haben wir nur der Wellen zu gedenken, die sie bis in das friedliche Deutsche Reich hineinwarfen.

Von Ende Juni bis in den August hinein brachte der Telegraph täglich Kunde von dem steigenden Fremdenhaß der Chinesen, von den Unthaten der Borer, von der Erstürmung der Takuforts und anderen Kriegsthaten, von der Einschließung der europäischen Gesandtschaften in Peking, von der Ermordung des deutschen Gesandten, Freiherrn von Ketteler, von der angeblichen Abschlachtung aller Europäer in der Hauptstadt. Bei dem Temperament des Deutschen Kaisers und bei seinem lebhaften Interesse für überseeische Unternehmungen konnte es nicht überraschen, daß er rasch und energisch eingriff und die vielen sich ihm darbietenden Gelegenheiten zur öffentlichen Kundgebung seiner Empfindungen, Ansichten und Pläne fleißig benützte. So sprach er am 24. Juni dem Befehlshaber des ostasiatischen Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral Bendenmann, und den Tappfern des „Iltis“, die sich bei Taku ausgezeichnet hatten, sowie dem verwundeten Kommandanten Lams telegraphisch Dank und Anerkennung aus und wiederholte beides in einem Telegramm vom 30. Juni.

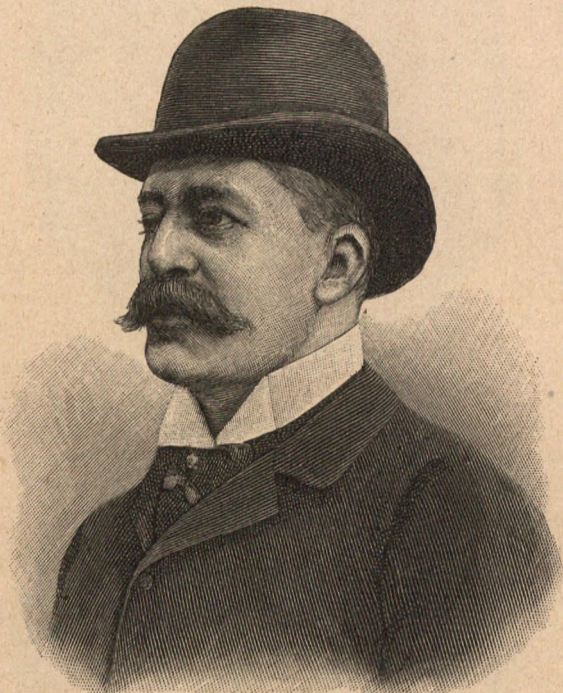
Einzuschreiten war für die europäischen Mächte einfach Pflicht und für das am schwersten gekränkte Deutsche Reich doppelte Pflicht. Schon am 19. Juni erhielten das erste und zweite Seebataillon den Befehl, sich zur Abfahrt nach China bereit zu halten; auch beschloß man die Absendung einer Infanteriebrigade, die jedoch, da die Dienstpflicht des Landheeres sich auf überseeische Unternehmungen nicht erstreckt, nur aus Freiwilligen bestehen konnte. Für die Expedition wurden die Truppen mit Khaki-Anzügen versehen.

Am 2. Juli traf der Kaiser mit seiner Gemahlin in Wilhelmshaven ein, um die zur Abfahrt mit

den Transportschiffen „Frankfurt“ und „Wittekind“ bereite erste Truppenabtheilung zu besichtigen. Er hielt dabei eine überaus schneidige Ansprache. Die Erbitterung über den Gesandtenmord war allerdings in Deutschland, und das Bewußtsein der Pflicht, die eingeschlossenen Europäer zu retten, in ganz Europa allgemein. Trotzdem erregte die Rede des Kaisers mehr Unbehagen als Begeisterung, und eine gewissenhafte Kritik fühlte sich verpflichtet, besonders dreierlei darin zu beanstanden. Der Kaiser hatte von der Brandfackel des Krieges und vom Diktiren des Friedens gesprochen. Aber China hatte den Krieg nicht erklärt, und zu einer

Kriegserklärung im Namen des Reiches ist der Deutsche Kaiser nach Artikel 11 der Verfassung nur berechtigt, wenn der Bundesrath zustimmt, außer in dem Falle eines Angriffes auf das Bundesgebiet oder seine Küsten; und obwohl von Zustimmung des Reichstags nichts steht, würde doch die Klugheit gebieten, ein Heer, das nichts anderes ist als das Volk in Waffen, nicht ohne die ausdrückliche Einwilligung der Volksvertretung in den Krieg zu schicken. Handelt es sich blos um eine Expedition zum Schutz von Landeskindern im Auslande oder zur Bestrafung von Horden, die Landesfinder umgebracht haben, so wird niemand der Reichsregierung die Be-

rechtigung dazu bestreiten, aber das ist dann eben kein Krieg, und das Oberhaupt eines großen Reiches darf sich bei Regierungshandlungen keine inkorrekte Ausdrucksweise gestatten. Dann hatte der Kaiser von Rache gesprochen; Empfindungen aber wie Rache dürfen in unserer Zeit als Beweggründe hochpolitischer Handlungen nicht angeführt werden: die moderne Politik kennt keine anderen Beweggründe als das Staatsinteresse, Bismarck hat das oft hervorgehoben. Endlich hatte der Kaiser die Aktion als einen Kampf für Zivilisation und Christenthum dargestellt. Das widerspricht nicht allein dem soeben angeführten Grundsatz, sondern wirkt auch deswegen peinlich, weil jedermann weiß, daß die Europäer in erotischen Ländern nur Geld und nichts als Geld suchen; die Erwähnung des Christenthums aber gab der Expedition noch dazu den romantischen Anstrich



Clemens Freiherr von Ketteler, der ermordete deutsche Gesandte in Peking.

eines Kreuzzuges, der in unsere realistische Zeit schlechterdings nicht paßt.

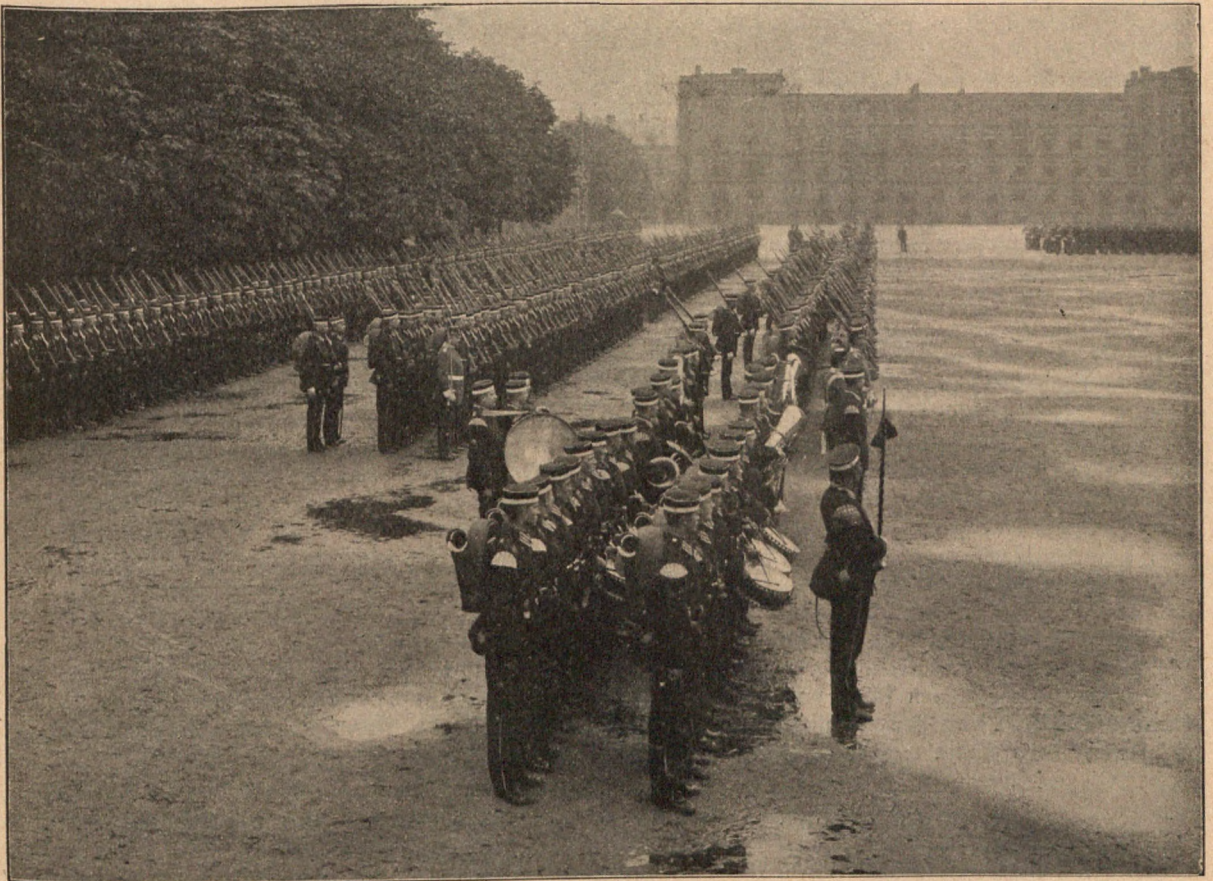
Am 6. Juli richtete der Kaiser an den Chef des deutschen Kreuzergeschwaders in Ostasien, an den Gouverneur von Kiautschau in Tsingtau, sowie an die Vizekönige von Nanking und Wutschang folgendes Telegramm: „Ich verpflichte Mich auf Mein kaiserliches Wort, für jeden der zur Zeit in Peking eingeschlossenen Fremden jeder Nationalität, welcher lebend einer kaiserlich Deutschen oder sonstigen europäischen Behörde übergeben wird, dem, der die Auslieferung bewirkt, 1000 Taels auszusahlen.“

Auch übernehme Ich alle Kosten, welche jedwede Uebermittlung Meiner Zusage nach Peking verursacht.“

Am 13. Juli brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ein Rundschreiben, das der Staatssekretär des Auswärtigen, Graf Bülow, an die Deutschen Regierungen gerichtet hatte, und das am 11. dem Ausschusse des Bundesraths, der also erst jetzt befragt ward, zur Berathung vorgelegt worden war. Es erzählt den bisherigen Verlauf der chinesischen Wirren, weist auf die Bedrohung der Missionen, des deutschen Handels und der deutschen Unternehmungen in

China hin und präzisirt den Zweck der Expedition dahin, daß man im Einvernehmen mit den anderen Mächten, die in Peking eingeschlossenen Fremden retten, die Sicherheit von Person, Eigenthum und Arbeit wiederherstellen, die verübten Thaten bestrafen, China aber nicht auftheilen wolle.

Am 27. gingen die aus Freiwilligen gebildeten neuen Landtruppenabtheilungen von Bremerhaven ab. Der Kaiser hielt an sie eine Ansprache, in der er seiner Freude darüber Ausdruck verlieh, daß es jetzt endlich, dank der Heeresreform seines Großvaters und seiner eigenen Fürsorge für die Flotte, dem Deutschen Reiche möglich sei, seine Bürger zu schützen, wenn sie im Auslande bedrängt würden und sagte, daß er stolz sei auf das Lob, das den deutschen Marinesoldaten in China von den Truppenführern anderer Staaten gesendet worden sei. Er ermahnte die Truppen, christliche Mannszucht aber auch schneidige Energie zu beweisen. Die Rede wurde in verschiedenen Lesarten verbreitet. Nach der einen soll der Kaiser gesagt haben, Pardon dürfe nicht gegeben werden, und die Soldaten sollten dafür sorgen, daß noch nach tausend Jahren kein Chinese wage, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen; er soll dabei an den



Ausmarsch des Seebataillons in Kiel nach Ostasien.

Schrecken erinnert haben, den vormalig König Ethel in Europa verbreitet hat. Leider wurde diese sicherlich falsche Lesart weder dementirt noch berichtigt und sie gab den Uebelwollenden Anlaß zu der Anklage, der Veranstalter eines Kreuzzuges zur Verbreitung der christlichen Religion und der europäischen Kultur habe eine hunnische Kriegsführung befohlen. Am Sonntag darauf hielt der Kaiser an Bord seiner Yacht „Hohenzollern“ eine Seepredigt über 2. Mose 17, 11, worin er die China-Kämpfer der Fürbitte des deutschen Volkes empfahl.

Am 6. August wandte sich der Kaiser von Wilhelms Höhe aus an den Generalfeldmarschall Grafen Waldersee, seinen Berater im Jünglingsalter, mit der telegraphischen Anfrage, ob er den Oberbefehl über die Truppen der verbündeten Mächte in China übernehmen wolle. Waldersee stellte sich dem Kaiser zur Verfügung. Die Vorgeschichte dieser Ernennung liegt heute noch im Dunkeln. Die deutschen Offiziere behaupteten, Rußland habe Waldersee vorgeschlagen, die russischen dagegen, der Zar sei von Kaiser Wilhelm mit dem Vorschlag überrascht worden. Rußland hat jedenfalls keine Einwendungen erhoben, und die übrigen Mächte haben zugestimmt; zuletzt, nach mehrtägigem Zögern, auch Frankreich. Waldersee reiste am 20. August über Rom und Neapel ab, wurde auf der Durchfahrt überall glänzend empfangen, erhielt tausende von Glückwunschtelegrammen und Adressen und hielt einige Ansprachen, was die dem Chinaabenteuerer Abholden zum Spott über „Vorschußlorbeeren“ umsomehr reizte, als die Nachricht von der Erstürmung Peking und der Befreiung der Gefandten schon vor seiner Abreise eintraf: Die erste und hauptsächlichste Aufgabe der Expedition nach China war also ohne ihn gelöst.

Der Kanzlerwechsel.

Zum zweiten Lieblingsgegenstand erkor sich die Spottsucht den armen greisen Reichskanzler, der in dieser kritischen Zeit, wo man die Hand des

amtlich verantwortlichen höchsten Reichsbeamten täglich hätte spüren sollen, verschollen erschien. Die Witzblätter schilderten, mit welchem Erstaunen er, von seinem russischen Gute Werk kommend, nach dem Ueberschreiten der deutschen Grenze erfahren habe, was alles sich in China und in Deutschland ereignet habe. Vor Jahren schon wußten englische Blätter zu berichten, Hohenzollern, der es wahrlich nicht nöthig habe, sich im hohen Greisenalter noch mit Kanzlergeschäften zu plagen,

sei schon oft entschlossen gewesen, die Bürde abzulegen, aber jedesmal sei er von den deutschen Fürsten beschworen worden, zu bleiben weil er der einzige sei, durch dessen Stimme sich Wilhelm II. manchmal zurückhalten lasse, wenn ihn sein Ungestim über die Grenzen einer vorsichtigen Staatskunst hinaustreibe. Hohenzollern wird sich in der Chinaangelegenheit die erforderliche Bremskraft nicht zugetraut haben und den Dingen, an denen er nichts ändern konnte, aus dem Wege gegangen sein. Am 17. Oktober ward endlich aus Homburg vor der Höhe gemeldet, daß der Kaiser den Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Bülow, zum Reichskanzler, preussischen Ministerpräsidenten und Mini-



Generalfeldmarschall Graf Waldersee.

ster der auswärtigen Angelegenheiten ernannt habe. Unter Wilhelm II., der sein eigener Kanzler sein will und dessen Ungestim die Reichsbeamten aus einer Verlegenheit in die andere stürzt, Reichskanzler zu sein, das ist keine Kleinigkeit. Bülow verfügt wenigstens über drei Eigenschaften, die in einer so schwierigen Lage gute Dienste leisten: glatte Formen, Geschicklichkeit und Redegewandtheit. Ob ein großer Staatsmann in ihm steckt und wie dieser, wenn er vorhanden sein sollte, mit Wilhelm II. fertig werden wird, das wird die Zukunft lehren.

Der Reichstag und die Chinawirren.

Nicht blos in den Reihen der Opposition, sondern auch in manchen der Regierung näher stehenden Kreisen empfand man es als ungehörig,

daß „die Verbündeten Regierungen“ — eine Reichsregierung gibt es verfassungsmäßig nicht, obwohl der Deutsche Kaiser oder sein Kanzler zweifellos das Reich regieren — nicht den Reichstag zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen hätten, um in den wichtigen schwebenden Angelegenheiten mit dem Volke Fühlung zu gewinnen.

Handelte es sich doch auch um nicht unbeträchtliche Kosten, bei denen die Volksvertretung ver-

fassungsmäßig mit zu sprechen hat. Der Pilsener Bierkrieg zwar im Beginn des Sommers war nur ein Spaß gewesen (zu den „Flottensteuern“ gehörte auch eine auf auswärtsiges Bier, und im Streite darüber, wer diese Steuer tragen solle, flogen dräuende Reden zwischen den Pilsener Brauern,

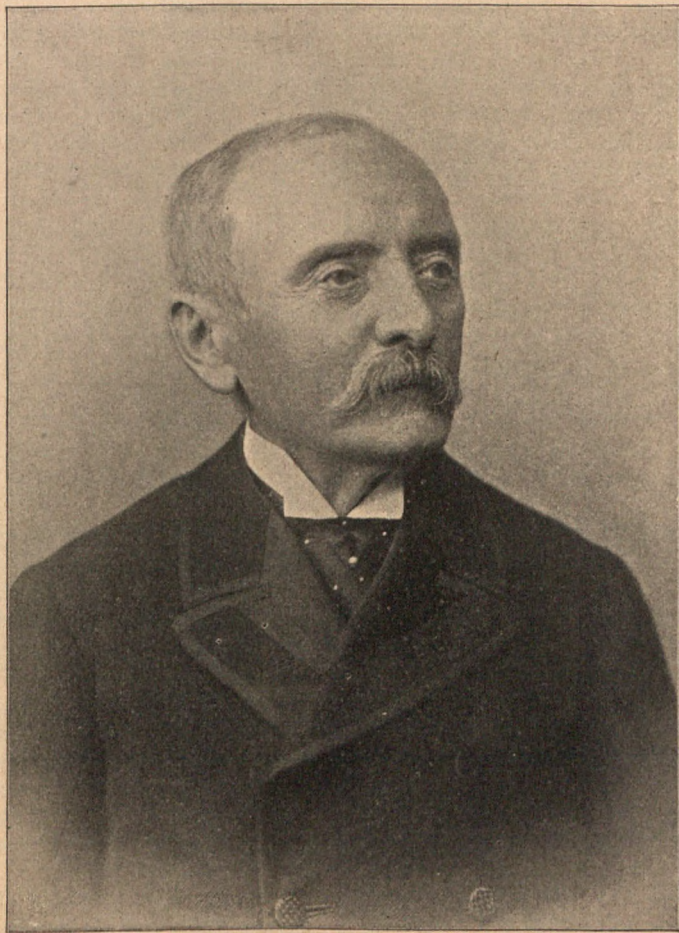
den deutschen Schankwirthen und dem deutschen Publikum hin und her); aber daß im September 80 Millionen 4%ige Schatzanweisungen in Nordamerika ausgegeben wurden, war kein Spaß mehr. Deutschland durfte bisher stolz darauf sein, im glänzenden und soliden Stande der Finanzen von keinem Staate der Welt erreicht, geschweige denn übertroffen zu werden, und man fragte sich, ob denn der chinesische Krieg

schon so große Opfer erfordert habe, daß im Auslande Geld gesucht werden müsse (die Maßregel wird mit finanztechnischen Gründen vertheidigt, die der Laie nicht versteht); man fragte ferner, ob denn der deutsche Staatskredit erschüttert sei, da die 3½%igen preussischen und Reichsanleihen unter Pari gesunken seien. (An diesem Sinken sind die fetten Dividenden schuld, die infolge des industriellen Aufschwunges in den letzten Jahren die Industriepapiere abgeworfen haben, und das übertriebene Steigen der Kurse dieser Papiere.) Trotz lebhafter Aeußerungen der Unzufriedenheit über die verfassungswidrige Saumseligkeit der Verbündeten Regierungen nahmen diese sich sogar länger als gewöhnlich Zeit. Erst am 14. No-

vember wurde der Reichstag eröffnet mit einer Thronrede, in der der Kaiser sagt, er würde gern bei Ausbruch der Wirren alsbald die Volksvertretung um sich versammelt haben, und diese würde gewiß mit patriotischer Begeisterung für die zu ergreifenden Maßregeln eingetreten sein, aber deren Umfang habe sich damals noch nicht übersehen lassen; daher habe man auch die Kosten noch nicht schätzen können; dies sei erst jetzt möglich, und den

Chinakredit zu bewilligen, sei die nächste Aufgabe des Reichstages.

Die Reichstagsverhandlungen über den Gegenstand verliefen, wie vorauszu sehen war. Die Sozialdemokraten flagten die Regierung heftig an, und Bebel ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, durch Breittreten der „Hummelbriefe“ die Deutschen vor dem Auslande schlecht zu machen, Eugen Richter nörgelte, das Zentrum warf sich als Hort der Volksrechte in die Brust, gab aber zu verstehen, daß die Regierung alles von ihm haben könne, was sie wolle, die anderen Parteien leisteten einige patriotische Redensarten, und schließlich ging die Kreditvorlage in die Budgetkommission, wo allemal nach einigem Feil-



Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

schen Regierung und Volksvertretung zum Schluß voll Freude über das glücklich zustande gebrachte Geschäft einander gerührt in die Arme sinken. Aus der Rede, in der Graf Bülow am 19. die Politik der Regierung darlegte und zu rechtfertigen suchte, heben wir nur hervor, daß er die Beschuldigung zurückwies, Deutschland habe durch die Besetzung Kiautschaus das Unheil heraufbeschworen. Zu dieser Besetzung sei Deutschland durch einen Pachtvertrag berechtigt gewesen, auf den China ganz freiwillig eingegangen wäre. Wie freundlich und wohlwollend sich Deutschland immer gegen China benommen habe, sei besonders vor vier Jahren offenbar geworden, als Deutschland mit Rußland und Frankreich zusammen Japan an

der vollen Ausnützung seines Sieges über China gehindert habe.

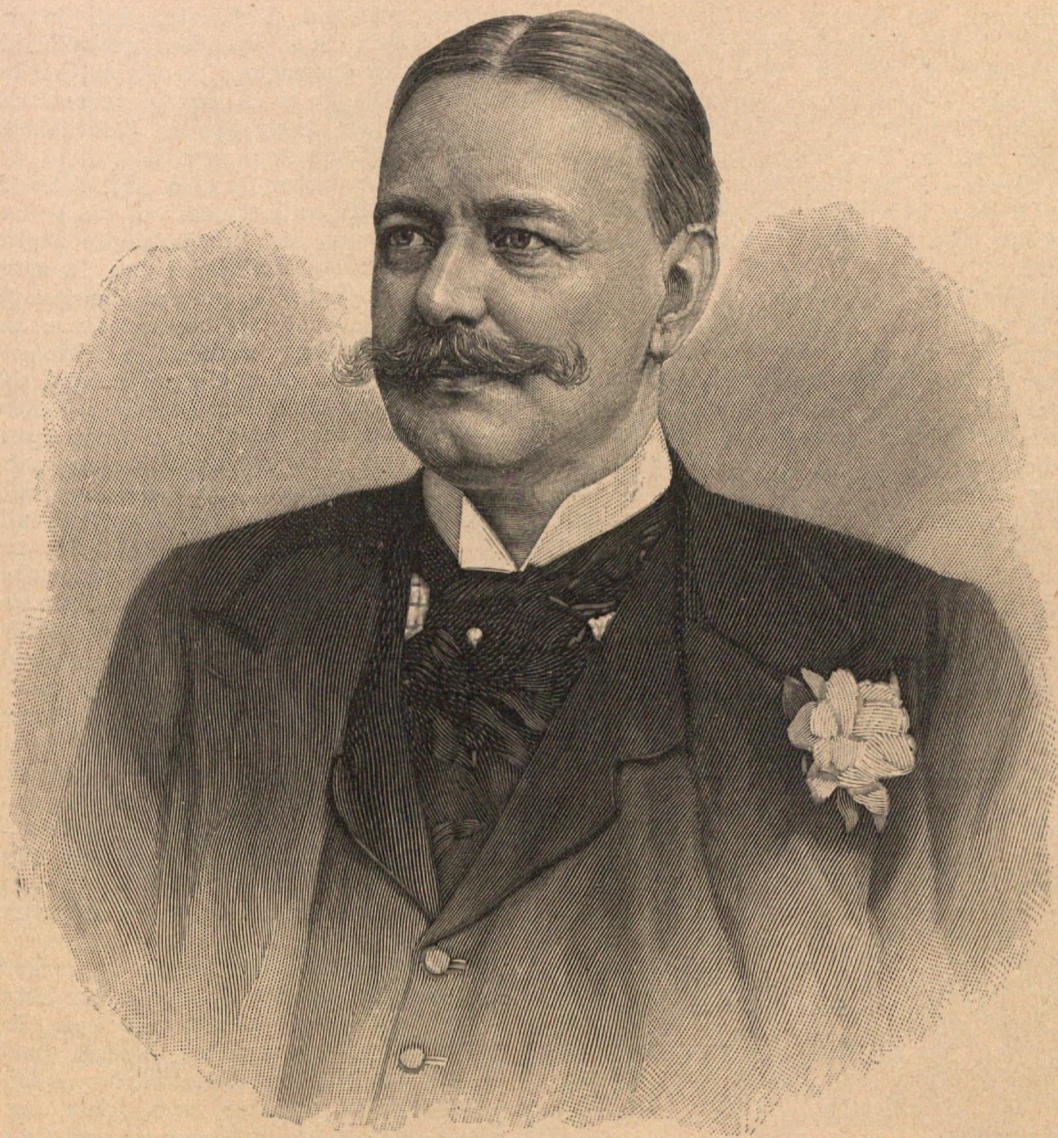
Die schönen Worte Bülow's, der sehr lange sprach, haben im Hause und draußen, im Inlande wie im Auslande, lebhaften Beifall gefunden, aber überzeugt haben sie nicht einmal die konservativen Freunde der Regierung, geschweige denn die Opposition. Mehr noch anonym in der Presse als von Rednern im Reichstage ist vor und nach Bülow's Rundschreiben und Reden unzähligemale gesagt worden, daß man jetzt zwar die Suppe ausessen müsse, die man sich eingebrockt habe, daß man die Landsleute in China schützen und für den Gesandtenmord Genugthuung fordern müsse, daß es aber nicht nothwendig gewesen sei, sich die Suppe einzubrocken. Unser Handel mit China sei nicht bedeutend genug, um die Festsetzung in Kiautschau zu rechtfertigen. Denn es sei vorauszusehen gewesen, daß uns die Pachtung in Streitigkeiten einerseits mit China, andererseits mit seinen mächtigen Grenznachbarn Japan, Rußland und England verwickeln werde. Diese hätten natürlich ein ganz anderes Interesse an und in China als Deutschland und hätten überdies in Konfliktfällen Truppen zur Hand, während Deutschland solche auf eine Entfernung von ein paar tausend Meilen fortschicken müsse, so daß eine einzige Expedition mehr kosten könne, als der chinesische Handel in fünfzig Jahren an Reinertrag einbringe. Und der zweite Fehler sei, daß man sich, nachdem der erste das Einschreiten unvermeidlich gemacht, nicht auf das Nothwendige beschränkt, sondern sich mit der Ernennung Waldersee's zum Oberbefehlshaber in den Vordergrund gedrängt und ein stärkeres Kontingent beigeuert habe als das weit mehr interessirte England, ja sich durch den Sondervertrag mit dieser Macht (von der an ihrem Ort die Rede sein wird) den Schein zugezogen habe, als arbeite man mehr für englische als für deutsche Interessen. Diese übertriebene Theilnahme für englische Interessen sei ebenso überflüssig wie die für die russischen gewesen war, die Bülow als einen den Chinesen erwiesenen Freundschaftsdienst hinstelle (durch Einspruch vom 23. April 1895 zwangen Rußland, Deutschland und Frankreich das siegreiche Japan, auf die ihm im Frieden von Schimonoseki zugesprochene Halbinsel Liaotung zu verzichten, weil Rußland Nordchina und namentlich das Küstengebiet als sein zukünftiges Eigenthum betrachtet), und noch dazu bringe diese plötzliche und unmotivirte Schwenkung von der russischen auf die englische Seite die deutsche Politik in den Ruf launenhafter Unberechenbarkeit und Unzuverlässigkeit. Wie weit diese Kritik berechtigt ist, wird man erst nach Jahren zu entscheiden vermögen; es wird sich dann zeigen, ob der Gewinn aus dem ostasiatischen Handel die gemachten Aufwendungen bezahlt, und ob aus den chinesischen Handelsn ein ernstlicher Konflikt mit Rußland entspringen ist oder nicht.

Das deutsche Volk und der Burenkrieg.

Mit der Erwähnung des Vorwurfs der Unbeständigkeit sind wir bei einer Sache angelangt, die das Interesse an der chinesischen Frage auf mehrere Wochen zurückdrängte. Am 1. Dezember traf der geflüchtete Präsident von Transvaal, Paul Krüger, von Paris kommend, in Köln ein und wurde vom Volke mit enthusiastischen Kundgebungen begrüßt, die zu lebensgefährlichem Gedränge und zu Zusammenstößen mit der Polizei führten. Krüger beabsichtigte, nach Berlin zu fahren, da erschien am 3. Dezember der aus Luxemburg eingetroffene dortige preussische Gesandte von Tschirschky und Bögendorff bei ihm mit der Botschaft: Seine Majestät der Kaiser sei zu seinem Bedauern nach seinen bereits getroffenen Anordnungen jetzt nicht in der Lage, ihn zu empfangen. Krüger erwiderte: „Ich bitte, meinen verbindlichsten Dank für die durch Euer Exzellenz mitgetheilte Botschaft Seiner Majestät zu übermitteln, für Allerhöchstwelche ich seit der vor Jahren stattgehabten Begegnung stets die freundschaftlichsten Gefühle und besten Wünsche hegte und Gottes Segen herabflehte.“ Krüger begab sich nach Holland.

Um den Sturm der Entrüstung zu verstehen, der auf die Nachricht von dieser Abweisung hin das Deutsche Reich durchtobte, muß man sich folgendes ins Gedächtnis zurückrufen. Am preussischen Hofe war seit 1806 die Russenfreundschaft traditionell. Bismarck erhob ihre politische Nothwendigkeit gewissermaßen zum Lehrsatz und brachte die Freundschaft für England als eine liberale Thorheit in Verruf; ja bei seinen Verehrern bildete sich die Ansicht, daß jede Annäherung an England den Deutschen Schaden bringe, zum Dogma aus. Der Regierungsantritt Wilhelms II. änderte nichts an dem freundschaftlichen Verhältnis zu Rußland, und die Feindschaft gegen England erfuhr in den Reihen der Kartellparteien noch eine bedeutende Verstärkung. Die Flottenvermehrung wurde mit der Nothwendigkeit, den aufstrebenden Exporthandel und die deutschen Kolonien zu schützen, motivirt, und es gab außer England keine Macht, von der Deutschland in beiden Beziehungen etwas zu fürchten gehabt hätte; die Flottenvermehrung bedeutete also nichts anderes, als die Rüstung für einen Seekrieg mit England. In Afrika sahen die Patrioten das Reich schon mehrfach durch England geschädigt — bei mehreren Verträgen, hauptsächlich man, habe sich Deutschland von England über's Ohr haufen lassen — und neuerdings durch den Burenkrieg bedroht.

Und sie konnten für diese Auffassung hochamtliche Kundgebungen anführen. Am 2. Januar 1896 hatte der Kaiser dem Präsidenten Krüger zur erfolgreichen Abwehr des Jameson-Einfalls telegraphisch gratulirt, was in der ganzen Welt als eine Drohung gegen England und eine Aufmunterung der Buren zur Hoffnung auf



Reichskanzler Graf Bernhard von Bülow.

Deutschlands Schutz verstanden worden war, und am 1. Februar 1895 instruirte der damalige Staatssekretär des Auswärtigen von Marschall den deutschen Botschafter in London, er habe dem englischen Botschafter in Berlin erklärt, „Deutschlands Interessen geböten die Aufrechterhaltung Transvaals als selbständigen Staates“. Am 13. Februar erklärte Herr von Marschall im Reichstage, wenn Deutschland die Selbständigkeit der Burenrepubliken aufrecht zu erhalten anstrebe, so trete es damit nicht in Gegensatz zum amtlichen England, sondern nur „zu jenen Bestrebungen, die ganz Südafrika zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Staatsgebiet vereinigen wollen“. Nun wußte aber die ganze Welt, daß „jene Bestrebungen“ vom Kolonialminister Chamberlain mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln geför-

dert wurden, und daß die englische Regierung nur Komödie spielte, wenn sie Jameson verleugnete.

Alle diese Jahre über klagten die Sozialdemokraten und Freisinnigen, die sich deutsch-national nennenden Parteien trieben unter der Führung der Regierung einem Kriege mit England zu. Da mußte es dann nicht bloß bei diesen Parteien, sondern beim ganzen Volke Befremden und Unbehagen hervorrufen, als ein paar Jahre darauf der Abenteurer und Gründer Cecil Rhodes, die Seele „jener Bestrebungen“ in Berlin von Staatsmännern und vom Kaiser empfangen wurde, und das Unbehagen steigerte sich zum offen hervorbrechenden Zorn, als Deutschland nicht nur keine Schritte in England that, den drohenden Krieg abzuwenden — nur an Transvaal richtete es Mahnungen zur Mäßigung — sondern auch

nach Ausbruch des Krieges eine Neutralität beobachtete, die für England mehr Wohlwollen zu bekunden schien als für die Buren. Daß deren heldenmüthige Vertheidigung zusammen mit der jämmerlichen Kriegsführung der Engländer und den von diesen verübten Greuelthaten die Begeisterung für die Buren und den Haß gegen England, wie bei allen Völkern, so besonders beim deutschen Volke aufs höchste steigern mußte, das verstand sich ganz von selbst.

Und nun diese schroffe Absage an Krüger, der soeben in Paris vom Staatsoberhaupt freundlich empfangen worden war! Es ist ja möglich, daß hinter den Kulissen Dinge vorgegangen sind, die das Verhalten der Regierung ausreichend rechtfertigen, aber was das Volk nicht weiß, das kann eben auf die Volksstimmung — und diese allein wollen wir hier erklären — nicht wirken. Am 10. Dezember überreichte eine Abordnung des Alldeutschen Verbandes unter Führung des Leipziger Professors Dr. Hasse dem Präsidenten Krüger im Haag eine Sympathieadresse, während im Reichstage Graf Limburg-Stirum und der national-liberale Sattler den Reichskanzler wegen des Vorgangs interpellirten. Graf Bülow suchte die Regierung durch eine Rede zu rechtfertigen, deren elegante Form zwar bei der Mehrheit Beifall und sogar Heiterkeit hervorrief, aber das Volk nicht überzeugte.

Daß eine Sympathiebezeugung, die weder Frankreich noch Holland etwas geschadet, dem mächtigen Deutschen Reiche schaden sollte, und daß sie ihm zu einer Zeit, wo Englands Kriegsheer, halb vernichtet, in Afrika liegt, einen Ueberfall zuziehen sollte, nachdem 1896, wo es schlechter gerüstet war als heute, England aber noch ungeschwächt da stand, die Kaiserdepeche an Krüger, die alle Engländer in Raserei versetzte, diese Wirkung nicht gehabt hat, das vermochte alle Beredsamkeit Bülow's der Welt nicht einzureden.

Am 12. Dezember sagte denn auch der aus Holland zurückgekehrte Hasse: „Ich behaupte, daß durch eine andere Behandlung Krüger's unsere Beziehungen zu England in keiner Weise erschüttert worden wären.“

So schloß das Jahr in einer Mißstimmung zwischen Volk und Regierung, die der feierliche Empfang der ersten zurückgekehrten Abtheilung von Chinakämpfern in Berlin (am 16. Dezember) zur Harmonie aufzulösen nicht geeignet war, denn man fand, daß der diesen Wackern bereitete Triumph nicht im richtigen Verhältnis zu ihren Thaten und Erfolgen stehe.

Polengefahr, Noth der Landwirthschaft und Arbeiterfrage.

In der ehemals zum Königreich Polen gehörigen preußischen Provinz Posen bilden die Ein-

wohner polnischer Nationalität und Zunge noch die Mehrheit, in Westpreußen und Oberschlesien einen starken Prozentsatz. In unserer Zeit der Nationalitätenkämpfe ist es nicht zu verwundern, daß auch dort der Gegensatz der Nationalitäten in offene Feindschaft ausgeartet ist.

Jede der beiden Parteien schiebt die Schuld des unerquicklichen Zustandes auf die andere. Die Deutschen sagen, die Gehässigkeit der Polen und ihre Ausbreitung auf Kosten des Deutschthums hätten die preußische Regierung zu Abwehrmaßregeln gezwungen (es sind dies der Fonds von anfangs 100 Millionen, denen weitere 100 Millionen nachgeschickt wurden, zum Ankauf polnischer Rittergüter und zur Ansiedelung deutscher Bauern, die Verbannung der polnischen Sprache aus den Schulen und gewisse Polizeimaßregeln und Verwaltungseinrichtungen), die Polen dagegen sagen, diese sogenannten Abwehrmaßregeln seien in Wahrheit Angriffsmaßregeln, hätten die Polen zur Vertheidigung gezwungen und den Nationalhaß erst entflammt. Die Deutschen werfen den Polen vor, daß sie die Wiederherstellung des polnischen Reiches anstrebten und sich dadurch des Hochverrathes schuldig machten, die Polen behaupten, sie seien loyale preußische Unterthanen gewesen, aber ihre Nationalität und Sprache zu pflegen, hätten sie das bei der Theilung Polens ihnen zugesicherte vertragsmäßige Recht, und wenn ihnen die preußische Regierung dieses Recht nehme, die polnische Nationalität auszuwischen versuche, so erregte sie dadurch allerdings den Wunsch der Trennung von Preußen und pflanze so den Gemüthern hochverrätherische Gesinnung ein.

Die gegenseitige Erbitterung ist aufs höchste gestiegen, seitdem sich ein Verein den Schutz des Deutschthums in den Ostmarken zur Aufgabe gemacht hat, der von seinen Gegnern (nach den Anfangsbuchstaben der drei Gründer) HKT. oder Hakatistenverein genannt wird (einer der drei Herren, Dr. von Hansemann auf Pempowo, ein Sohn des ersten Geschäftsinhabers der Diskontogesellschaft, ist am 2. Oktober 1900 gestorben), und jedes Jahr nehmen die stets ergebnislos in Form von Klagen und Gegenklagen verlaufenden Polendeбаты im preußischen Abgeordnetenhaufe viel Zeit weg.

Mit der nationalen Frage verflochten sich die agrarische und die Bevölkerungs- oder vielmehr Entvölkerungsfrage. Posen und Westpreußen gehören zu den ostelbischen Agrarprovinzen und leiden, wie ganz Ostelbien, unter den drei einander gegenseitig hervorruhenden und verstärkenden Uebeln: Mangel an Industrie, Noth der Landwirthschaft und Abwanderung der Arbeiterbevölkerung nach dem industriereichen Westen und in die großen Städte. Nun gehen überall und immer die tüchtigsten und intelligentesten Leute mit der Landflucht voran. In national gemischten Gegenden sind aber die Deutschen die tüchtigsten und intelligentesten, daher bewirkt der allgemeine Zug der Zeit, daß die deutschen

Arbeiter, Kleinbauern und Handwerksgejellen das Land verlassen und die kinderreichen und genügsamen Slaven die so entstehenden Lücken füllen. freilich werden zulezt auch sie vom Zuge nach Westen und nach den Großstädten ergrißen, so daß in den rheinisch-westfälischen Grubendistrikten, in der Provinz Sachsen und in Berlin Polengemeinden entstehen und die Polenfrage dahinein getragen wird. Die ostelbischen Gutsbesitzer aber müssen, sogar von ihren einheimischen polnischen Arbeitern verlassen, polnische Arbeiter aus Russisch-Polen und Galizien dngen. Vorläufig sind diese nur den Sommer über als Wanderarbeiter anwesend. Aber die Regierung hat auf das Drängen der Gutsbesitzer die Anwesenheitsdauer immer mehr verlängern müssen, so daß sie jetzt nur auf wenige Winterwochen in ihre Heimat zurückgeschickt werden, und ihre dauernde Niederlassung im Preussischen nur als eine Frage der Zeit erscheint. Die deutschen Patrioten haben sich daher unter Hansemann's Führung gegen dieses Eindringen der ausländischen Slaven, die von weit schlechterer Qualität sind als die durch die preussische Schule und Verwaltung schon gehobenen inländischen, energisch gewehrt, sind aber damit auf den heftigsten Widerstand des Bundes der Landwirthe gestoßen, der erklärt, die Landwirtschaft könne die slavischen Wanderarbeiter nicht entbehren.

Der an sich erfreuliche Umstand, daß die vormaligen liederlichen und faulen Polen durch preussische Erziehung, deutsches Vorbild und den Zwang zur Vertheilung wirtschaftlich geworden sind, zahlreiche Darlehenskassen gegründet und einen eigenen städtischen Mittelstand geschaffen haben, der ihnen früher fehlte, und daß der Ansiedelungsfonds durch den Ankauf verschuldeter polnischer Güter dem Adel die Mittel gegeben hat, diesen wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern, hat die Lage der Deutschen noch verschlimmert. Einzelne Streitfälle, wie das Verbot des polnischen Religionsunterrichtes in einigen Schulen der Stadt Posen und die Maßregelung eines Pfarrers, der bei einer Wahl auf die deutsche Seite getreten war, durch den Erzbischof Stabilewski, haben im Jahre 1900 die Erbitterung auf beiden Seiten gesteigert. Posen wurde im Laufe des Jahres wiederholt von Ministern besucht, die mit den städtischen und Provinzialbehörden beriethen, wie durch Hebung der Gewerbe, durch Maßregeln zu Gunsten der Landwirtschaft und durch Bildungsanstalten die deutsche Bevölkerung namentlich in der Stadt Posen gestärkt werden könne.

Die Arbeiterbewegung verlief 1900 in ziemlich friedlichen Bahnen. Die sozialdemokratische Partei hatte bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. beim Verlust des elßassischen Reichstagswahlkreises Mülhausen an den Kommerzienrath Schlumberger, im Juli Veranlassung, eine Gewissensforschung darüber anzustellen, ob ihre Methode der Schürung eines unverföhnlichen Hasses gegen alles, was nicht zu ihr gehört, noch zeitgemäß und ihrer Aus-

breitung förderlich sei. Haupt der Unversöhnlichen war Liebknecht, den sie im August verloren; sein Begräbniß in Berlin wurde zu einer großartigen Parteikundgebung gestaltet. Auf dem Mainzer Parteitage im September wurde die bis dahin von der Parteidoktrin verpönte Theilnahme an den preussischen Landtagswahlen freigegeben. Da diese Wahlen auf dem Zensus beruhen, so können die Sozialdemokraten dabei nur durch Wahlbündnisse mit anderen Parteien einige Erfolge zu erreichen hoffen, sie müssen also ihren Abscheu vor diesen Parteien einigermaßen überwinden und sich ihnen nähern. Das ist immerhin schon ein Schritt der Vernunft entgegen, und ein zweiter ist damit gewagt worden, daß man den Genossen Eduard Bernstein, der von London aus seit Jahren Vernunft predigt und die Marx'schen Lehren theils als an sich falsch, theils als von der Entwicklung überholt darstellt, unbehelligt läßt, anstatt ihn zu exkommunizieren.

Von Ausständen hat der Berliner Straßenbahnangestellten einiges Aufsehen erregt, der durch die Vermittelung des Oberbürgermeisters beigelegt wurde. Gegen die allgemein gehaßte Gesellschaft, der die „Große Berliner“ gehört, nahm das ganze Publikum Partei, und man war nicht allein durch das allzuschneidige Einschreiten des Ministers des Inneren gegen die Streikenden überrascht, sondern mehr noch durch die nachfolgenden Begünstigungen jener Gesellschaft, die den vom Magistrat erstrebten allmählichen Uebergang der Straßenbahnen an die Stadt erschweren.

Der Lübecker Senat erließ eine Verordnung gegen das Streikpostenstehen, die von Rechtskundigen als eine Einschränkung des reichsgesetzlich verbürgten Koalitionsrechtes der Arbeiter angefochten, von der Hamburger Strafkammer aber durch die Verurtheilung eines Redakteurs, der zum Ungehorsam dagegen aufgefordert hatte, als zu Recht bestehend anerkannt wurde. (Im folgenden Jahre hat das Reichsgericht die Lübecker Verordnung für ungeseßlich erklärt und der Lübecker Senat sie demgemäß aufgehoben.)

Als Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Gewerkvereine sind von evangelischen und katholischen Geistlichen christliche und „königtreue“ Arbeitervereine und Gewerkvereine gegründet worden, die jedoch je länger desto deutlicher zeigen, daß ihnen die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen weit mehr am Herzen liegt als die Religion und der König, die deshalb eine Annäherung an die sozialdemokratischen und die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine und Organisation aller Arbeiter in partei- und konfessionslosen Gewerkvereinen erstreben. Das veranlaßte die im August zu Sulda versammelten deutschen Bischöfe, in einem gemeinsamen Hirtenbriefe gegen dieses Verlassen der religiösen Grundlage, wie sie es nennen, zu protestiren und davor zu warnen. Dieser Hirtenbrief und seine ihn noch verschärfende Interpretation durch den Freiburger Erz-

bischof Nörber machte so böses Blut bei den katholischen Arbeitern, daß sich die hochwürdigsten Herren und die Zentrumpresse beeilen mußten, den erwachten Unwillen und Argwohn durch begütigende Erklärungen zu beschwichtigen.

Die Sozialdemokraten rühmen sich oft ihres *salva venia* Schweineglücks, das darin bestehe, daß ihrer Bewegung, so oft sie zu stocken droht, immer neuer Agitationsstoff zugeführt werde durch die Ungeschicklichkeit der Gegner. Eine schier unglaubliche Ungeschicklichkeit hat ein Beamter des Reichsamts des Inneren im August 1898 begangen, indem er sich an den Zentralverband deutscher Industriellen mit der Bitte wandte, dem Reichsamt 12.000 Mark zu schenken (hätte man um 12 Millionen gebettelt, so hätte wenigstens Schneid drin gelegen), damit es für die „Zuchthausvorlage“ wirksamer Stimmung machen könne. Ein Brief des Generalsekretärs des Verbandes, Herrn Bueck, über diese Angelegenheit gerieth im Herbst 1900 durch Indiskretion in den Besitz der Sozialdemokraten, wurde weidlich ausgenützt und am 24. November zum Gegenstand einer Interpellation gemacht. Der Reichskanzler opferte den ungeschickten Beamten und suchte den Staatssekretär des Inneren, Grafen Posadowsky, rein zu waschen, der sich aber durch die Verleugnung jeder Beziehung zu Herrn Bueck und seinen Freunden die Feindschaft des sehr mächtigen Zentralverbandes zuzog.

Große Heiterkeit erregte es in ganz Deutschland, daß die Sozialdemokraten beinahe Sitz und Stimme im mecklenburgischen Landtage bekommen hätten, und zwar durch die ausgezeichnete Verfassung dieses urfeudalen Landes. Sitz und Stimme im Landtag hat dort nämlich jeder Besitzer eines Rittergutes, auch wenn es auf einen Werth von 20.000 und weniger Mark herabgesunken ist, und ein solches Gütchen wurde den Sozialdemokraten, des daraufruhenden Landtagsmandats wegen, zum Kauf angeboten. Sie haben keinen Gebrauch davon gemacht, aber der Gedanke, daß die Millionäre der Partei, die Herren Singer und Narons, ein Duzend mecklenburgische Landtagsitze zusammenkaufen könnten, hat die Ritterschaft des rinderzüchtenden Ländchens gezwungen, zu erwägen, ob nicht doch am Ende eine Verfassungsrevision angezeigt sei.

Unter den neuen Arbeiterschutzbestimmungen, die am 1. Oktober in Kraft traten, verursachte die eine, der Neunuhrladenschluß, einige Aufregung; die Zeitungsflatschschwestern konnten sich nicht zu gute geben über das Unglück, daß die Großstadtbummler nach 9 Uhr abends keine Schaufenster mehr zu begaffen und keine Zigarren mehr zu kaufen bekommen sollten. Indes die Welt ist nicht untergegangen, und es hat sich auch kein Bummler das Leben genommen infolge einer Bestimmung, die den Ladenjünglingen und Ladenfräulein gestattet, auch an Wochentagen noch ein Stündchen Mensch zu sein.

Justiz, Polizei und Religionsfreiheit.

Alles Irdische ist unvollkommen und nicht wenige sind der Ansicht, daß sich gerade die erhabensten irdischen Mächte, wie Staatsregierung, Kirche, Justiz und Polizei, durch einen besonders hohen Grad von Unvollkommenheit auszeichneten. Das mag wohl daher kommen, daß die Aufgaben, die diese ehrwürdigen Damen zu erfüllen haben, die allerschwierigsten sind. Die preußische Staatsverwaltung und Justiz genießen seit Alters den Ruf unbestechlicher Gerechtigkeit und Unparteilichkeit, aber ein böser Zufall fügt es, daß Sünder aus den Reihen der Opposition öfter verurtheilt werden als solche von konservativer Farbe, und daß, wenn einmal einem Erfoffenen der Selbstverwaltung: Bürgermeister, Stadtrath oder Landrath, die Bestätigung versagt wird, das allemal ein freisinniger oder Zentrumsmann ist. So erregte die Nichtbestätigung des freisinnigen Dr. Dullro, der in Königsberg zum besoldeten Stadtrath gewählt worden war, große Unzufriedenheit, und als der Herausgeber der Zukunft, Maximilian Harden, zum zweitenmal innerhalb zweier Jahre wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten fester Verurtheilung wurde — diesmal wegen der freimüthigen Kritik einer der Kaiserreden über China, die wirklich die Kritik herausforderten — da gestanden auch die zahlreichen Feinde Harden's und Personen, die dem Kaiser sehr nahe stehen: eine Majestätsbeleidigung vermöchten sie darin nicht zu finden, und es wäre zu wünschen, daß der Kaiser veranlaßt würde, „den Kampf mit dem Drachen“ zu lesen.

Es gibt eben Berufskrankheiten, und zu den Berufskrankheiten der Juristen gehört die Eibildung, ein rechtschaffener Richter könne sich nicht mit gutem Gewissen zu Tische setzen, wenn er nicht vorher eine gewisse Zahl von Sündern verurtheilt habe, so wie ein rechtschaffener Holzhacker vor dem Frühstück eine gewisse Zahl von Scheitern klein gemacht haben muß. Diese Verfolgungs- und Verurtheilungssucht hat eines der wunderlichsten Gebilde moderner Rechtspraxis erzeugt: den fliegenden Gerichtsstand; ein Pressfönder kann nach dieser Praxis nicht bloß an dem Orte verurtheilt werden, wo er seinen Artikel, an dem gute Menschen, oder wenigstens ein guter Mensch, der Staatsanwalt, Anstoß genommen, verbrochen hat, sondern außerdem noch an allen den Orten, wohin ein Exemplar der bösen Zeitung oder des schlechten Buches gekommen ist. Der Deutsche Juristentag, der im September in Bamberg versammelt war, hat einmüthig die Ansicht ausgesprochen, daß die Gesetzgeber verpflichtet seien, diesem Uebermaß juristischen Eifers Schranken zu setzen.

Die Polizei, durch die Heine-Kampagne nicht wenig angefeuert zum Kampfe für Religion, Frömmigkeit und strenge Sitte, hat sich in diesem Kampfe unvergeßliche Lorbeeren geholt. So hat

sie unter anderem ein Wohlthätigkeitskonzert verbieten, das am Bußtage im königlichen Opernhaus zu Berlin stattfinden sollte; die frivolsten Stücke, von denen der Polizeichef eine Entheiligung des Bußtages fürchtete, waren Handels-Messias, Brahms's deutsches Requiem und einige Nummern aus Wagner's Parsival. Man muß, um die Komik dieses Vorganges zu würdigen, nur wissen, wie die mit Spreewasser Getauften außerhalb des Opernhauses Buße zu thun gewohnt sind.

Großen Lärm erhob das literarische Berlin, als mehreren neuen Theaterstücken die Erlaubnis zur Aufführung verweigert wurde; nach dem Urtheil kompetenter Kritiker sollen die beanstandeten Stücke zwar ganz so jämmerlich, wie eben moderne Theaterstücke zu sein pflegen, im übrigen aber ganz harmlos gewesen sein. Als Grund des Verbots gab bei dem einen der hohe Polizeichef an: „die ganze Richtung paßt mich nicht“, und weiteren Stoff lieferte den Wigblättern der Umstand, daß als Theaterzensor einer der wegen des Mittellandkanals gemäßigten Landräthe fungirte, der Dumrath hieß. Der alte Mommsen antwortete der Vossischen Zeitung, die ihn um seine Meinung befragt hatte: „Wir sind ja selbst schuld. Ein Volk, das in allgemeinen Wahlen einen Reichstag sich erwählt, der nur durch glückliche Zufälligkeiten daran verhindert worden ist, die vollständige lex Heinze zu beschließen, hat kein Recht, sich über die unvermeidlichen Folgen zu beklagen. Die Fesselung der deutschen Schaubühne ist nur eine derselben, und keineswegs die schlimmste.“

Als ein erfreuliches Ereignis auf diesem Gebiete ist die Neuordnung der Militärgerichtsbarkeit zu verzeichnen, zu der auch die Öffentlichkeit des Verfahrens gehört; am 1. Oktober 1900 ist sie in Kraft getreten und hat binnen kurzer Frist ein gutes Theil des im Volke herrschenden Mißtrauens gegen die Militärgerichtsbarkeit beseitigt.

Die Zeitungen der politischen und der konfessionellen Parteien üben die Praxis, alle ihren Lesern unangenehme Vorkommnisse zu verschweigen. Das ist bequem für die Zeitungsmacher und ihre Leser, bereitet aber den Parteien so unangenehme Ueberraschungen, wie sie einem Kriegsheere nicht erspart werden, dessen Führer das feindliche Terrain und die feindlichen Truppen nicht kennen. Hätten die protestantischen Norddeutschen (1872) ihre katholischen Landsleute gekannt, so hätten sie sich die Niederlage im Kulturkampfe erspart, und wüßten sie, was den Katholiken hier und da in Deutschland heute noch passiert, so gut, wie sie über jede Verhinderung oder Störung eines evangelischen Gottesdienstes in Spanien unterrichtet sind, so würden sie sich über die Festigkeit des Zentrumssturms weniger wundern und würden zu seiner Untergrabung geeignete Mittel anwenden als die gebräuchlichen.

In Braunschweig besteht noch der Pfarrzwang zu Gunsten der lutherischen Geistlichen, d. h. diese haben auch von den Katholiken die Stolgebühren

zu fordern, und die Katholiken müssen sich die Erlaubnis, ihre Kinder katholisch taufen zu lassen, vom evangelischen Pfarrer erbitten. In Mecklenburg hält es außerordentlich schwer, die Erlaubnis zur Abhaltung von Gottesdiensten für die sich sammelnden katholischen Arbeiter zu erlangen. Das gleiche gilt vom Königreich Sachsen, wo sehr viel katholische Arbeiter aus Böhmen und aus Italien beschäftigt werden. Und hier entwickeln die Behörden einen geradezu wunderbaren Eifer in der Behütung des Ländchens vor dem bacillus catholicus.

Der katholische Graf von Schönburg-Vorderglauchau hat in seinem Schloß Weichselburg eine Kapelle. Die Erlaubnis, darin von einem katholischen Geistlichen Gottesdienst abhalten zu lassen, ist ihm zwar bewilligt worden, aber mit der Einschränkung, daß nur Personen seines Hausstandes daran theilnehmen dürfen; einer seiner Hauskapläne hat für jeden Fall, wo eine nicht berechnete Person seiner Messe beiwohnte, 50 Mark Strafe zahlen müssen; nur einmal hat man von der Einziehung der Strafe Abstand genommen — weil der Nichtberechnete ein sächsischer Prinz war. Und da der Graf in seinem von einer Mauer umgebenen Garten eine Frohnleichnamsprozession veranstaltet, an der die böhmischen Arbeiter gern theilnehmen möchten, so hat sich anno 1900 folgendes begeben. Vor dem Fest erhielt Graf Schönburg eine Verfügung des Leipziger Kreis-hauptmannes, wonach er 1. für jede nicht zu seinem Hausstand gehörige Person, die am Schloßgottesdienst theilnehmen würde, 100 Mark Ordnungsstrafe zu zahlen habe, 2. 1000 Mark aber, falls eine gottesdienstliche Handlung an einem Orte abgehalten werde, von wo aus sie Personen, die nicht zur Theilnahme berechnete seien, sichtbar werden könne. Am Feste erschienen Gendarmen, von denen einige die Eingänge ins Schloß bewachten, damit keiner der im strömenden Regen geduldig harrenden Arbeiter hineinschlüpfte, während andere von Bäumen und vom evangelischen Kirchturme herab spähten, ob ihnen von der Prozession etwas sichtbar würde. Auch an den folgenden Sonntagen bewachten Gendarmen die Pforten des Schlosses.

Diese Vorgänge veranlaßten die Zentrumsfraktion, im Reichstage einen Toleranzantrag einzubringen, nach dem alle Bestimmungen aufgehoben werden sollen, die in einzelnen Bundesstaaten die freie Religionsübung gesetzlich anerkannter Religionsgesellschaften hindern. Am 5. Dezember, vor der Berathung dieses Antrages, erklärte der Reichskanzler Graf Bülow, er für seine Person wünsche zwar die Aufhebung aller solcher Bestimmungen, aber die Verbündeten Regierungen könnten dem Antrage nicht zustimmen, weil er einen Eingriff in Rechte der Einzelstaaten bedeute. Der Antrag wurde trotzdem berathen und einer Kommission überwiesen, die sich noch damit abmüht.

Skandale, Unglücks- und Todesfälle.

Ganz ohne Skandal findet auch der ehrbare deutsche Bürger das Leben unerträglich langweilig, und es hat ihm anno 1900 nicht daran gefehlt. So wurde um Ostern in Königsberg in Westpreußen ein Gymnasiast Winter ermordet, die Theile der zerhackten Leiche wurden nach und nach einzeln gefunden, das Volk witterte einen jüdischen Ritualmord, antisemitischer und semitischer Fanatismus wirkten zusammen, die ungeheuerlichste Aufregung zu erzeugen, und es kam zu einem Rattenkönig von Prozessen, die sich bis ins nächste Jahr hineinschleppten, aber das Geheimnis der That nicht aufklärten. — Der acht Herbstwochen dauernde Prozeß gegen den reichen Wüstling Sternberg in Berlin wühlte wieder einmal den Großstadtschmutz auf, den die Polizei für gewöhnlich sorgsam verhüllt, und führte zu der unliebsamen Entdeckung, daß auch hochstehende Polizeibeamte unter Umständen der Bestechung zugänglich sein können. Ein Beleidigungsprozeß endlich, den der Centrumsmann Kaplan Dasbach gegen einen Redakteur anstrengen mußte, hat der Welt gezeigt, wie man mit viel Frömmigkeit und zur Schau getragener Volksfreundschaft bei einem weiten Gewissen ein reicher Mann werden kann; als Zeitungsunternehmer hat Dasbach eine Geschäftsgewandtheit bekundet, die sich auch Semiten noch zum Muster nehmen können; volksthümlich anheimelnd muthete der im Prozeß zur Sprache gekommene Umgangston an, der in den rheinischen Centrumskreisen zu herrschen scheint. Oberlandsgerichtsrath Roeren, der Pflegevater der lex Heinze, hat Herrn Dasbach einmal gesagt: „Wenn dich dein geistliches Kleid nicht schützte, würde ich dich ohrfeigen“; und er versicherte, daß das weder als Beleidigung gemeint sei, noch ihre gegenseitige Freundschaft erschüttert habe.

Der Zusammenbruch einer großen Berliner Hypothekbank erregte die Schadenfreude der Unfrommen, weil ihr Direktor Sanden, der in Untersuchungshaft wandern mußte, durch seine zur Schau getragene Frömmigkeit die Gunst des Hofes zu erschleichen verstanden hatte.

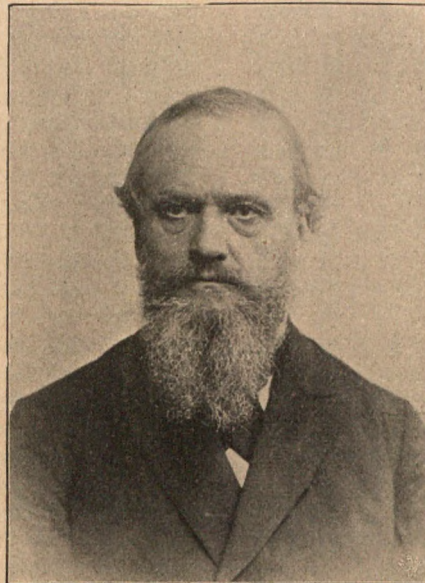
Nach den Skandalen die Unglücks- und Todesfälle! Am 9. November stießen bei Offenbach ein D-Zug und ein Personenzug zusammen; in einem D-Wagen explodirte ein Gasbehälter, und die darin Befindlichen starben den entsetzlichen Feuertod.

Am 16. Dezember warf ein furchtbarer Sturm das deutsche Schulschiff Gneisenau an einen vor dem Hafen von Malaga liegenden Felsen. 41 Mann, darunter der Kapitän Kretschmann, fanden den Tod in den Wellen; von den Geretteten waren viele an die Felsen angeschleudert worden und hatten dadurch schwere Verletzungen erlitten. — Verstorben sind 1900 außer den schon erwähnten folgende bedeutende Persönlichkeiten: am 30. Juli Herzog Alfred von Koburg-Gotha, am 7. Juli Adalbert Falk, der preussische Kultusminister der Kulturkampfzeit und Redaktor der Maigesetze, der sich jedoch in seinen letzten Lebensjahren als Oberlandesgerichtspräsident von Hamm durch seine musterhafte Amtsführung die Achtung und Liebe auch seiner katholischen Gegner erworben hat, und am 22. Dezember der Feldmarschall Graf

Blumenthal, als letzter der Paladine aus Deutschlands großer Zeit.

Aus den Einzelstaaten.

Was sich im Stillleben der Einzelstaaten ereignet: ab und zu ein kleiner Lärm um bayerische oder württembergische Sonderrechte, eine kleine Demonstration der Wittelsbacher gegen die Hohenzollern, hat für die Geschichte des deutschen Volkes wenig zu bedeuten und für Außenstehende kein Interesse. Als Zeichen der Zeit wollen wir nur anmerken, daß es in Württemberg bei den letzten Landtagswahlen im Dezember die Sozialdemokraten auf fünf Sitze (vorher zwei) gebracht haben, und daß die badiischen Nationalliberalen, die ihre seit Jahrzehnten behauptete



Staatsminister Dr. Falk.

Alleinherrschaft im Ländle durch steigende Unpopularität arg bedroht sahen, sich endlich dazu bequemt haben, der Forderung einer Wahlrechtsreform im demokratischen Sinne beizutreten, die von den anderen Parteien erhoben wird und die sie bisher bekämpft haben. Von Aeußerungen des Partikularismus, die selbstverständlich nur Befriedigungen von Eitelkeitslaunen und auch nicht einen Schatten von Gefährdung der Reichseinheit bedeuten, wollen wir nur anführen, das an Kaisers Geburtstag in Bayern Regierungsgebäude unbesetzt blieben, daß bei Einführung des vom Reiche beschlossenen Postverkehrs die Beibehaltung der bayerischen Briefmarken kraftvoll betont wurde, und daß einige Reden bayerischer Prinzen — wie schon früher manchmal — Empfindlichkeit Preußen gegenüber verriethen.

Prinz Ludwig, der älteste Sohn des Regenten, sprach bei mehreren Gelegenheiten, z. B. am 19. Mai

in Straubing, den Wunsch aus, daß die bayerischen Ströme durch Kanäle mit den norddeutschen Wasserstraßen und mit dem Meere verbunden würden, und daß das Reich dieses Unternehmen so gut wie die überseeischen Dampferverbindungen subventionire. Er sei nicht Partikularist, aber er müsse protestiren, wenn man in Norddeutschland meine, Bayern habe schon genug Vortheile von der Zugehörigkeit zum Reiche gezogen, und so thue, als hätten die Bayern diese Zugehörigkeit als eine Gnade anzusehen; die Bayern wollten nicht als mindere Brüder, sondern als vollberechtigte Brüder der Norddeutschen angesehen sein.

Nur wenn alle Einzelstaaten gedeihen, sprach er einige Tage darauf bei einem Arbeiterfest, könne das Reich gedeihen. Prinz Ruprecht, der älteste Sohn des Prinzen Ludwig, hielt auf einer Versammlung des deutschen Flottenvereines eine Rede, in der er die Vergrößerung der Flotte warm empfahl.

Eine Versammlung des bayerischen Bauernbundes am 3. November drückte zusammen mit dem hessischen Bauernbunde „der gesamten Reichspolitik des neuen Kurses nach innen und außen, insbesondere dem neuen Reichskanzler Gra-

fen Bülow ihr unbegrenztes Mißtrauen aus“. In der württembergischen zweiten Kammer wurde die Regierung durch eine feierliche Erklärung gemahnt, die Geschlossenheit des württembergischen Armeekorps zu wahren, die durch das Eindringen preussischer Offiziere gefährdet zu sein scheine. (Nach dem mit Preußen geschlossenen Militärvertrag, der Bebenhäuser Konvention, können im württembergischen Armeekorps preussische Offiziere angestellt werden.)

Aus Baden ist noch zu erwähnen, daß der langjährige Leiter des Ministeriums, der den Ultramontanen und Demokraten verhaßte Minister des Innern Eisenlohr, am 18. September durch den Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Dr. Schenkel ersetzt wurde. In Sachsen-Koburg-

Gotha folgte dem kinderlos verstorbenen Herzog Alfred der 16-jährige Herzog Karl Eduard von Albany, einziger Sohn des verstorbenen Prinzen Leopold, jüngsten Sohnes der Königin Viktoria. Die Regierung führt bis zur Mündigkeitserklärung des Herzogs sein Vormund und Oheim, der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg.

Deutschlands Volkskraft.

Das Beste und Erfreulichste, was von dem deutschen Gesamtwaterlande zu berichten ist, haben wir bis zuletzt

aufgespart: seinen wunderbaren

wirtschaftlichen Aufschwung. Daß

der Werth der Ausfuhr beständig

steigt und im Jahre 1900 nicht

weniger als 5833 Millionen Mark

betragen hat, würden wir noch nicht

so hoch anschlagen, wichtiger ist,

daß made in Germany in der

ganzen Welt als die beste Empfeh-

lung gilt und den Neid und die

Furcht aller Konkurrenten erregt,

daß die deutsche Abtheilung der

Pariser Weltausstellung die aller

anderen Völker nach deren eigenem

Zugeständnis geschlagen hat,

und daß sich Wohlstand und Behagen

bis in die untersten



Generalfeldmarschall Graf von Blumenthal.

Schichten der Bevölkerung verbreiten. Erst Miquel's Steuerreform mit ihrem Deklarationszwang hat den gewaltigen Reichtum aufgedeckt, der sich in den höheren Schichten, zunächst Preußens, ansammelt, und von den hundert von Millionen, die allein schon den invaliden Arbeitern zufließen, erzählen alljährlich die Berichte der Versicherungsanstalten.

In dieser Tüchtigkeit des deutschen Volkes liegt die Bürgschaft seiner glücklichen und großen Zukunft. Wenn die Steuermänner des Reichsschiffes zur Zeit die Sicherheit des Blickes und der Hand vermissen lassen, wenn in dem Kampfe um die Neugestaltung des Tarifs bei Ablauf der Handelsverträge (im Dezember 1903) das deutsche Volk in zwei Lager ge-

spalten erscheinen wird, so berechtigt das alles nicht zu düsteren Prophezeiungen. Man darf nicht vergessen, daß es ungeheuer schwierig ist, bei der in der Einleitung gezeichneten Lage die richtigen Ziele herauszufinden, die für die Politik der nächsten Jahrzehnte gesteckt werden müssen. Sie werden, wenn die Entwicklung so weit gediehen ist, von selbst aus dem Nebel hervorireten, und die rechten Männer, die darauf loszusteuern den Muth haben, werden dann nicht fehlen.

Eines dieser Ziele scheint im Südosten zu winken, da ganz geräuschlos deutscher Unternehmungsgeist und deutsche Thatkraft den Bau der anatolischen Bahnen und der Euphratbahn in die Hand genommen, Rußland und England in den Hintergrund gedrängt und die Erschließung jener ehemals so fruchtbaren und blühenden Länder für europäische Kultur und für die Befriedigung so manches deutschen Volksbedürfnisses angebahnt haben.

Oesterreich-Ungarn.

Historischer Rückblick. * Spaltung der Deutschen. * Die Deutsch-Radikalen. * Die inneren Kämpfe der letzten Jahre. * Die Obstruktion. * Das Pfingstprogramm. * Die „Los von Rom“-Bewegung. * Das Jahr 1900. Ministerium Körber. * Der Zustand der Kohlengraber. * Tschechische Obstruktion. * Wiener Gemeinderathswahlen. * Politischer Kleinram im Sommer und Herbst. Parlamentsauflösung und Wahlagitatio. * Vom Hofe. * Ungarn. * Die Delegationen.

Historischer Rückblick.

In den Zeiten, da ein bewaldetes Mittelgebirge noch ein Verkehrshindernis war, hing die Staatenbildung von der Bodenbildung ab. In gebirgigen und in vom Meere unspülten Ländern zerfiel das Volk in so viel Völklein und Kleinstaaten, als es Thäler, Hochebenen und Halbinseln oder Inseln gab.

Bei den durch die Völkerwanderung entstandenen Reichen und Staaten wirkten zwar die katholische Kirche und die von dieser wiederbelebte Idee des Römerreichs auf Einigung hin, aber die Zersplitterung, zuerst in feudalen und republikanischen Formen, dann in der Form des Territorialfürstenthums, überwog Jahrhunderte lang, am längsten in dem größten und am schlechtesten abgegrenzten Lande, in Deutschland, dessen von einander entfernteste Theile: die Ostseeländer und Bayern zum Beispiel, gar keinen Verkehr mit einander hatten.

Die Großstaatbildung ging von dem vorübergehend slavisch gewesenen Kolonialboden aus. Im nördlichen Flügel dieses östlichen Neudeutschlands begünstigte die große Ebene der Elbe, Oder und Weichsel die Entstehung eines größeren politischen Gebildes. Im südlichen beherrschten die Babenberger das stattliche Thal der mittleren Donau, und die Kessel von Böhmen, Mähren und Ungarn schienen von der Natur zu je einem politischen Ganzen bestimmt. Die im Heiraten glücklichen Habsburger verbanden diese Länder sammt den Ländern der Ostalpen zu einem Reiche, das, wenn sein Monarch zum Deutschen Kaiser gewählt wurde, Deutschland zu beherrschen stark genug schien, im anderen Falle aber doch zu groß war, als daß sein Haupt vom Kaiser als Unterthan hätte behandelt werden können.

Sich von Oesterreich beherrschen zu lassen, hatten die übrigen Deutschen je länger desto weniger Lust, unter anderem deswegen nicht, weil die beiderseitige Kulturentwicklung verschiedene Richtungen

einschlug, nachdem Norddeutschland die Reformation angenommen hatte, und weil die Bevölkerung Oesterreichs zu einem großen Theil slavischen und tatarischen Stammes war. Napoleon schlug das alte morsche Reich in Trümmer, nach den Befreiungskriegen standen Oesterreich und Preußen als ganz selbständige Militärrstaaten da, und die deutschen Kleinstaaten erschienen im Bundestag nur als beider Anhängsel. Und da der Versuch einer Einigung, den das Volk ohne die Fürsten 1848 unternahm, bei der Stärke, die in Deutschland die Fürstengewalt erlangt hat, scheitern mußte, eine zweifölpfige Regierung aber auf die Dauer nicht möglich ist, so war eine Auseinanderetzung zwischen Oesterreich und Preußen in Form eines Krieges unvermeidlich. Das Waffenglück und die preußische Energie entschieden für Preußen, obwohl sich die Mittel- und Kleinstaaten auf Oesterreichs Seite gestellt hatten. Die Entscheidung fiel insofern der Natur der Dinge gemäß aus, als Preußen derjenige von den beiden deutschen Großstaaten war, der die zahlreichste deutsche Bevölkerung und nur einen kleinen Bruchtheil Slaven enthielt, erschien aber vielen ehrlichen Patrioten bedauernswerth, weil das Gebiet des Deutschen Bundes größer, abgerundeter, in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung günstiger gestaltet gewesen war, als das des neuen Reiches, und weil über acht Millionen an den Grenzen dieses Reiches wohnende Deutsche, nicht zu gedenken der Deutschen Transleithaniens, davon ausgeschlossen blieben.

Für die Nichtdeutschen des Donaufstaates war die Niederlage seiner Regierung und die Trennung vom Hauptkörper des deutschen Volkes das Signal zur Geltendmachung ihrer Ansprüche und zu Kraftproben. Zunächst erlangten die Magyaren durch den Ausgleich vom 8. Februar 1867 für ein neuorganisiertes Königreich Ungarn eine Selbständigkeit und eine Herrenstellung, die sie dazu benutzten, die übrigen Nationalitäten rücksichtslos zu unterdrücken und zu magyarisieren. Ursprünglich nur fünf Millionen zählend, haben sie es, obwohl ihre

Nationalität, gleich der französischen, unfruchtbar ist, durch Zwangsmagyarisirungen schon auf sieben Millionen gebracht. Außerdem hatten sie nur 30% zu den Kosten der gemeinsamen Reichsangelegenheiten (Auswärtiges, Heer und Flotte) beizutragen, was umso ungerechter war, da das unnatürlicherweise der diesseitigen Reichshälfte aufgehalste Galizien infolge seiner polnischen Wirthschaft nichts bringt, sondern nur kostet. In Cisleithanien aber erhob das Tschechentum immer anmaßlichere Ansprüche. Nach der Schlacht am Weißen Berge waren die Häupter des Tschechenvolkes durch Blutgerichte und Konfiskationen vernichtet worden, und die von Jesuiten geleitete Gegenreformation germanisirte das Volk, nicht aus Liebe zum Deutschtum, sondern aus Furcht vor den hussitischen und reformirten Traditionen des tschechischen Adels. Um das Jahr 1800 war das Tschechische nur noch eine Bauernmundart, deren sich die Gebildeten höchstens im Verkehr mit den unteren Ständen bedienten. Ob es, wie einige behaupten, der überstürzte Uniformirungseifer Josefs II. gewesen ist, was durch den Versuch, die noch bestehenden Reste nationaler Besonderheiten zu vernichten, neben so manchen anderen Fanatismen auch den tschechischen Nationalfanatismus wieder erweckt hat, vermögen wir nicht mit Sicherheit zu entscheiden. Gewiß und allgemein bekannt ist nur, daß in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts böhmische Gelehrte unter Palacký's und Rieger's Führung eine tschechische Schriftsprache und Literatur schufen, den Glauben an eine selbständige alte Kultur des Tschechenvolkes verbreiteten und das „böhmische Staatsrecht“ erfanden, das in der Forderung gipfelte, die Länder Böhmen, Mähren und Schlesien, die vorübergehend einmal zu einem Reiche vereinigt gewesen waren, müßten auch jetzt wiederum ein autonomes Staatswesen, ähnlich dem ungarischen, innerhalb der Gesamtmonarchie natürlich, bilden, und der österreichische Kaiser das Recht, über diese Länder zu herrschen, durch die Krönung mit der Wenzelskrone erwerben. Zuletzt wurden von dem Nationalitätentaumel auch die slavischen Reste der östlichen Alpenländer ergriffen, und erfand man eine slovenische Nationalität und Literatur, während die Polen die galizischen Ruthenen unterdrückten und den Magyaren die Kroaten und Rumänen zu schaffen machten — die Deutschen leider am wenigsten.

Die Deutschen sind Idealisten und Doktrinäre, die Magyaren Realpolitiker im größten Sinne des Wortes. Die Magyaren behaupten, liberal zu sein, und rühmen ihr parlamentarisches und liberales Staatswesen, und es hat bis in die jüngste Zeit hinein Deutsche gegeben, die für diesen parlamentarischen Musterstaat und für die „ritterlichen“ Magyaren geschwärmt haben. Aber der magyarische Liberalismus, der eine große Ähnlichkeit mit dem hat, was die jeder kräftigen Zentralregierung feindlichen Stände des alten Deutschen Reiches die deutsche Libertät nannten, dieser Liberalismus be-

steht in nichts anderem, als darin, daß die herrschende Magyarenflique die Zentralgewalt zu einem Schatten herabdrückt, um alle nicht zu ihr gehörigen Bewohner Transleithaniens ungehindert zu Boden treten und ausbeuten zu können.

Die Deutschen dagegen meinen, wenn sie liberal sind, den Liberalismus — mit gewissen Einschränkungen — im allgemeinen ernsthaft. Sie haben es daher nicht über sich gewinnen können, bei der Neuordnung der cisleithanischen Reichshälfte ihre Herrschaft zu proklamiren, wie jenseits die magyarische proklamirt wurde, obwohl das Zahlenverhältniß die Deutschen in weit höherem Maße dazu berechtigt haben würde. Denn, wenn von dem unglücklichen Galizien abgesehen wird, das geographisch zur jenseitigen Hälfte gehört, und das, dem magyarischen Uebermuth als Dämpfer auf den Nacken gesetzt, sehr wohlthätig wirken würde, so hätten die Deutschen sogar eine schwache Mehrheit, während die Magyaren in ihrem Staate noch jetzt die Minderheit bilden. Und die Zahl ist doch nicht das allein Entscheidende. Man kann die Frage nach dem verschiedenen ursprünglichen Kulturwerth der Rassen ganz dahin gestellt sein lassen und wird doch an die praktische Politik den Anspruch erheben müssen, daß sie dem geschichtlich Gewordenen Rechnung trage. Dieses besteht nun darin, daß als Kulturnationen im vollen Sinne des Wortes außer den zwei untergegangenen: Griechen und Römern, nur die Deutschen, Engländer, Franzosen und Italiener gelten können, und daß deren Literatur alles Wissenswerthe enthält, während, wenn zum Beispiel die spanische Literatur vernichtet würde, die Welt nicht gar viel verlöre, die Vernichtung der gesammten slavischen und magyarischen Literatur aber gar keinen Verlust für die Kulturwelt bedeuten würde, abgesehen von einigen Werken, die über den gegenwärtigen Zustand der Länder Auskunft geben, in denen sie entstanden sind. (Zu diesen rechnen wir auch Tolstoi's Werke, die nicht an sich, sondern nur für die Diagnose der Krankheiten des russischen Volkskörpers wichtig sind.) Bei dieser Lage der Dinge muß das Ueberhandnehmen slavischer und tatarischer Dialekte, die nicht einmal, gleich dem Russischen, Sprachen großer Völker, sondern nur winziger Völkerfragmente sind, und das Zurückdrängen der deutschen Sprache nicht allein für die Deutschen, sondern auch für jene Völkerfragmente eine unheilbare Schädigung sein.

Wer am modernen Kulturfortschritte theilnehmen will, der muß wenigstens eine der großen modernen Kultursprachen beherrschen und mit ihren Trägern in lebendiger Wechselwirkung stehen. Für die Nationen ist es ein beschwerlicher und trotzdem nicht ganz zum Ziele führender Umweg, wenn sie, anstatt deutsch zu lernen, sich die deutschen Werke in ihre verschiedenen Idiome übersetzen lassen.

Indem die Herren Magyaren in Budapest die deutschen Straßentafeln durch magyarische ersetzt

haben, haben sie Ungarn aus der Reihe der Kulturstaaten gestrichen. Mögen sie sich noch so puterhaft aufblähen, mögen sie noch so viel Lärm machen in ihrem barbarischen Teremtete — es hilft ihnen alles nichts: ohne das deutsche Element als belebende Seele sind sie der Verkümmern und dem Untergange verfallen. Und die noch kleineren Nationalitäten können nicht einmal den vorübergehenden Schein einer eigenen Kultur erzeugen; sie bewirken mit ihrer Absonderung weiter nichts, als daß sie ihren Söhnen das Fortkommen erschweren.

Spaltung der Deutschen.

Das liberale Bürgerministerium von 1867 nun besorgte die Neuordnung Cisleithaniens, wie es die Natur des deutschen Liberalismus mit sich brachte. Man versäumte es, das Deutsche zur Staatsprache zu erheben, lieferte die Verwaltung Galiziens den Schlachzigen aus, gewährte aber den galizischen Abgeordneten, d. h. eben den Schlachzigen und ihren Kreaturen, die der Bevölkerungszahl entsprechende Anzahl von Sitzen im cisleithanischen Reichsrath, und verurtheilte so die Deutschen dazu, eine Minorität und auf Wahlbündnisse mit Polen, Tschechen, Slovenen, Italienern angewiesen zu bleiben. Und wenn die Deutschen wenigstens unter sich einig gewesen wären! Aber außer dem überall waltenden Gegensatze zwischen der ländlichen und städtischen Bevölkerung, der, nicht sehr korrekt, mit den Parteinamen konservativ und liberal bezeichnet zu werden pflegt, wirken im deutschen Volkskörper Oesterreichs zwei Feindschaften als Scheidewasser: die zwischen den Juden und Christen und die zwischen den Klerikalen und ihren Gegnern. Die Zahl der Juden ist in Oesterreich größer als in irgend einem Staate Mittel- und Westeuropas, und die uralte Antipathie gegen das Judenthum hat daher hier mehr als anderswo Gelegenheit, sich zu äußern.

Wo die Juden in größeren Massen beisammen wohnen und arm sind, erregt ihre nicht sehr anmuthende äußere Erscheinung Widerwillen, die Reichen unter ihnen aber erwecken durch ihre Erfolge im Erwerbsleben Neid und Haß; so ist jene Strömung entstanden, die nicht auf Oesterreich beschränkt geblieben und unter dem Namen Antisemitismus in der ganzen Welt bekannt ist. Seitdem dann die ethnologischen Forschungen, namentlich des französischen Grafen Gobineau, die Ansicht verbreitet haben, daß die germanische Rasse allein mit den edelsten und höchsten menschlichen Anlagen ausgestattet sei, und daß ihr die niederen Rassen, zu denen man die semitischen rechnet, in jedem Falle schaden, möge sie sich mit ihnen vermischen oder sie als „Schmaroher“ unter sich dulden, hat der ursprünglich wirthschaftliche Antisemitismus den Charakter des Rassenantisemitismus angenommen, und die bösen Worte, die von beiden Seiten gefallen sind, haben einen unversöhnlichen

Haß erzeugt. Da nun die Juden zur deutschredenden Bevölkerung gehören, die liberalen Deutschen aber theils grundsätzlich, theils infolge mannigfacher geschäftlicher Verbindungen mit den Juden deren Partei ergreifen zu müssen glauben, so hat der Antisemitismus — die Antisemiten sagen: so hat das Judenthum — die deutsche Bevölkerung in zwei feindliche Lager gesprengt. Als zweites Sprengmittel hat die Religion gewirkt. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit die Ansicht richtig ist, daß die Bevölkerung der österreichischen Länder im 16. Jahrhunderte beinahe vollständig protestantisch gewesen und durch die Gegenreformation zwangsweise und nur äußerlich wieder katholisch gemacht worden, im Herzen aber noch heute protestantisch sei; zur Erklärung der gegenwärtigen Erscheinungen reichen die Ereignisse und die geistigen Strömungen der letzten hundert Jahre aus.

Der österreichische Boden ist fruchtbar und der Wein ist wohlfeil; die Oesterreicher sind daher immer ein heiteres, leichtlebiges Volk gewesen, und schon die mittelalterlichen Satiriker entwerfen von der österreichischen Ritterschaft und Bauernschaft Schilderungen, die mit dem Phäakenepigramm der Keniensammlung harmoniren. Da nun noch dazu ein engherziges Polizeiregiment, das unter Metternich den Gipfel der Unvernunft erklomm, das freie Geistesleben als staatsgefährlich zu fesseln bemüht war, so fand die Aufklärung des 18. Jahrhunderts und die literarisch-philosophische Bewegung der ersten Jahrzehnte des 19. vortzugsweise in der Form frivoler Religionspötkerei und Genußsucht Eingang in den Kaiserstaat. Die Geistlichen waren, wie überall, Kinder ihrer Zeit und ihres Volkes, und während sich der deutsche Katholizismus im Widerstand gegen die moderne deutsche Philosophie, zugleich aber auch in Wechselwirkung mit ihr verjüngte und kräftigte, verfiel die katholische Geistlichkeit Oesterreichs einem Bananenthum und stellenweise einer Sittenverwilderung, die das katholische Kirchenthum in den Augen der Gebildeten vollends um alle Achtung brachten. So wurde die Spaltung zwischen den irreligiösen, zum Theil religionsfeindlichen höheren Ständen und dem aus Gewohnheit der Kirche abhängenden Landvolke, von der ja alle modernen Staaten einigermaßen betroffen worden sind, hier tiefer als anderwärts. Die grundsätzliche Abwendung der Gebildeten von der Kirche hatte zur Folge, daß Söhne des Bürgerstandes und Beamten-söhne sich nur selten zum Eintritt in den Priesterstand entschlossen, und daß sich namentlich die Geistlichkeit Böhmens und Mährens fast nur noch aus der ländlichen Bevölkerung rekrutirte, die größtentheils slavisch war. So kam es, daß die Geistlichkeit auch der deutschen Gemeinden im Nationalitätenkampfe zu den Slaven hielt, und der gläubig gebliebene Theil der deutschen Bevölkerung leistete ihr umso williger Heeresfolge, als die deutschen Liberalen, nicht zufrieden damit, für

ihre Personen das Joch der Kirche abgeworfen zu haben, auch die Masse davon befreien zu wollen schienen. Die Aufhebung des Konkordates im Jahre 1874 und die Maigesetze des Kultusministers Stremayr, zu denen die vatikanische Unfehlbarkeitserklärung den Anstoß gegeben hatte, erschienen als eine dem protestantisch-preussischen Muster nachgebildete Kulturkampfkaktion, und wenn sich auch die österreichischen Bischöfe im Vertrauen darauf, daß den Hof die vorüberwappende liberale Hochfluth vom Felsen der Kirche nicht losreißen werde, den neuen Gesetzen unterwarfen, so blieb doch der Stachel in den Herzen zurück und das Mißtrauen aller gläubigen Katholiken gegen die „Judenliberalen“. Diese, die einen großen Theil der deutschen Presse beherrschten, sorgten zudem durch die ausgesuchte Verachtung, mit der sie alles Katholische, gelegentlich auch alles Christliche, behandelten, dafür, daß „deutsch“ je länger je mehr so viel bedeutete wie „unkirchlich“ oder „kirchenfeindlich“.

Die Deutsch-Radikalen.

Bei dieser Gespaltenheit der Deutschen konnte es den zähen und energischen Tschechen, deren gemäßigste alttschechische Führer seit 1882 von den radikalern Jungtschechen in den Hintergrund gedrängt wurden, nicht schwer werden, eine Position nach der anderen zu erobern. Schon 1871 hatte sich das föderalistisch-kerikale Ministerium Hohenwart zur Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes herbeigelassen, ohne Zweifel in der Meinung, man müsse durch Begünstigung der Tschechen ein Bollwerk errichten gegen die durch den wunderbaren Erfolg im deutsch-französischen Kriege hochgeschwellte deutsch-nationale Begeisterung, deren Wellen leicht über Erzgebirge und Sudeten ins Schwarzgelbe hinüberschlagen konnten. Ernster zu nehmen als diese formale Anerkennung einer unzeitgemäßen, antiquarischen Schrulle war die Sprachenverordnung für Böhmen und Mähren vom 27. April 1880, die zwar das Deutsche als innere Dienstsprache festhielt, aber für den Verkehr mit den Parteien die Sprache vorschrieb, in der die Eingabe abgefaßt war, so daß also das Tschechische als Amtssprache anerkannt wurde. Und 1882 erreichten die Tschechen sogar, daß die älteste deutsche Universität, die von Prag, in eine deutsche und eine tschechische getheilt wurde. Für die Slavisirung vieler Mittelschulen sorgten dann die slavischen Beamten und Gemeinderäthe. Die Abwehr der Deutschen war lebhaft genug, beschränkte sich jedoch, da sie politisch nichts erreichten, auf Privatveranstaltungen, wie den Deutschen Schulverein und den Böhmerwaldbund. Die Regierung aber, die im Interesse der Aufrechterhaltung der Staatseinheit das Band, das außer der Dynastie die Länder verknüpft: die deutsche Staatsprache, hätte schützen sollen, glaubte sich gerade aus Rücksicht auf die Einheit der Monarchie zur Annäherung an die

Slaven gedrängt. Daß Hof und Adel innere Sympathie für eine von kirchenfeindlichen Liberalen geführte deutsche Partei hätten empfinden können, war durch die Natur und die historischen Traditionen dieser beiden Mächte ausgeschlossen. Noch schlimmer aber wurde die Sache, als eine den „Judenliberalen“ feindliche Partei die Führung übernehmen zu wollen schien, die Deutschradikalen Schönerer's. Denn diese bekannten offen, daß sie die Vereinigung der deutsch-österreichischen Länder mit dem Deutschen Reiche anstrebten, und die Sache sah um so gefährlicher aus, da Schönerer die akademische Jugend für seine Pläne zu begeistern verstand. Zwar erklärte Bismarck, er möge von einem Zuwachs, der dem Reiche sieben Millionen Slaven zuführen und den Katholiken zur Mehrheit verhelfen würde, nichts wissen, ja, er würde imstande sein, gegen Oesterreich den Krieg zu erklären, wenn er sich die Annektirtwerdenwollenden nicht anders vom Leibe halten könnte, aber man konnte doch nicht wissen, was bei solcher Gesinnung eines großen Theiles der deutschen Bevölkerung die Zukunft bringen würde.

Vorläufig war etwaigen Revolutionsgelüsten enthusiastischer Deutsch-Oesterreicher ein Riegel vorgeschoben durch das am 7. Oktober 1879 abgeschlossene deutsch-österreichische Bündnis, das sich durch den Beitritt Italiens am 2. Januar 1883 zum Dreibund erweiterte. Durch das Bündnis sind die militärischen Bedenken gegen die Gestaltung des neuen Reiches behoben, und die wirtschaftlichen Nachtheile der Trennung, die übrigens bei der Selbständigkeit der österreichischen Zollpolitik schon vor 1866 bestanden, werden sich mit der Zeit wohl heben lassen, da der Gedanke eines mitteleuropäischen Zollbundes viele Anhänger hat. Dem geistigen und gesellschaftlichen Verkehr zwischen den Deutschen diesseits und jenseits der Sudeten, des Erzgebirges und des Inn steht keinerlei Hindernis im Wege, wie die zahlreichen, zum Theil thatkräftigen Sympathiebezeugungen beweisen, welche die Deutschen Oesterreichs von den Brüdern im Reiche erfahren. Wenn freilich die Anhänger Schönerer's ganz offen den Abfall vom Hause Habsburg predigen, dann sieht sich der Staat durch die Pflicht der Selbsterhaltung gezwungen, den Verkehr mit den Reichsdeutschen zu beschränken, und noch schlimmer würde es sein, weil dem deutschen Charakter einer Bewegung, die doch vor allem deutsch sein soll, widersprechend, wenn die Abfallidee in Vereinen und Versammlungen gepflegt, im Verkehr mit den Behörden aber verleugnet und unter reichstrennen Phrasen verborgen würde. Die Weltgeschichte ist noch nicht zu Ende, und die Grenzen der Staaten gehören nicht einmal zu den beständigsten, geschweige denn zu den unveränderlichen Dingen, aber vorläufig muß mit der Thatfache gerechnet werden, daß eine innigere Annäherung der getrennten Brüder als im deutsch-österreichischen Bündnis und vielleicht außerdem in einem Zollbunde in absehbarer Zeit

nicht möglich ist, daß die Deutschen Oesterreichs durch jeden Versuch, die politische Vereinigung herbeizuführen, die Regierung den Slaven in die Arme treiben und ihre eigene Lage verschlimmern.

Die inneren Kämpfe der letzten Jahre.

Am 12. August 1879 vertraute der Kaiser seinem Freunde, dem Grafen Taaffe, die Zügel des mit so viel unverträglichen Pferden bespannten Reichskarrens an. Die Versöhnung, mit der sich Taaffe 14 Jahre lang abquälte, verlief in unzähligen Ausgleichsverhandlungen, Landtags- und Reichsrathsstürmen, böhmischen Straßentravallen, Parteifundgebungen ergebnislos; die Reichsrathsmehrheit, mit der die Regierung zuletzt arbeitete, war slavisch-klerikal-feudal. Am 10. Oktober 1893 überraschte der Ministerpräsident den Reichsrath mit einer Wahlreformvorlage: die vier Kurien des Großgrundbesitzes, der Städte, der Handelskammern und der Landgemeinden sollten bestehen bleiben, das aktive Wahlrecht aber sollte nicht mehr an einen Census gebunden sein, sondern jedem Manne zustehen, der seiner Militär- oder wenigstens Stellungspflicht Genüge geleistet habe, in einer der Landessprachen lesen und schreiben könne und am Wahlort seit mindestens einem halben Jahre einer geregelten Beschäftigung obliege. Die meisten Parteien protestirten mehr oder weniger entschieden dagegen. Der Klub der Vereinigten deutschen Einßen erklärte, er sehe in dem Entwurfe der Regierung eine schwere Bedrohung des politischen Besitzstandes des Bürger- und Bauernstandes im allgemeinen und jenes des deutschen Volkes insbesondere. Den Arbeitern eine Vertretung zu schaffen und an einer Erweiterung des Stimmrechts mitzuwirken, seien die Mitglieder bereit. Die Erklärung, mit der Graf Taaffe am 23. Oktober seine Vorlage im Abgeordneten Hause rechtfertigte, schloß mit den Sätzen: „Der auf möglichste Erweiterung des Wahlrechts abzielende Grundgedanke erscheint der Regierung als eine Forderung der Staatsraison, indem nur durch rechtzeitige und ausreichende Erweiterung des Wahlrechts jene großen und schweren Gefahren wirksam und dauernd abgewendet werden können, welche der bürgerlichen Gesellschaft und dem Staate von den bisher politisch rechtlosen Volkselementen drohen. Die Regierung muß daher, ungeachtet des von den drei großen Klubs erhobenen Widerspruchs, an dem Grundgedanken festhalten. Sie spricht gleichzeitig die Ueberzeugung aus, daß, die grundsätzliche Einigung vorausgesetzt, es bei Schonung der bestehenden politischen Besitzstandverhältnisse gelingen wird, unter Mitwirkung des Hauses einen Weg zum bezeichneten Ziele zu finden.“ Nur die Tschechen sprachen für die Vorlage, ohne Zweifel in der Berechnung, daß sie in den Industriebezirken mit Hilfe der zahlreichen tschechischen Arbeiterschaft den Deutschen Mandate abgewinnen würden. Die

wenigen Demokraten des Hauses gingen noch weiter und forderten das allgemeine, direkte Wahlrecht; die deutsche Linke dagegen, die Konservativen und die Polen beharrten bei der entschiedenen Ablehnung. Infolgedessen reichte das Ministerium sein Entlassungsgesuch ein; der Kaiser nahm es an und ernannte den Fürsten Windischgrätz zum Ministerpräsidenten.

Unter dem neuen Ministerium wird nun über eine Wahlreform, die, einmal auf die Tagesordnung gesetzt, nicht mehr einfach verschwinden kann, eifrig verhandelt. Die Arbeiter, die noch keine Stimme im Hause haben, fangen an, in Versammlungen und auf der Straße Politik zu treiben, indem sie für das allgemeine, gleiche Wahlrecht demonstrieren. Fürst Windischgrätz bringt keine Einigung über die Reform zustande und nimmt im Juni 1895 seine Entlassung. Der Kaiser setzt ein Beamtenministerium unter dem Grafen Kielmannsegg ein, das die Geschäfte führen soll, bis es gelingt, ein politisches Ministerium zu bilden, das eine Mehrheit hinter sich hat. Auch in der Wiener Stadtgemeinde wird eine provisorische Regierung nöthig. Wie im österreichischen Landtag und im Reichsrath, so verlieren auch im Wiener Gemeinderath die „Judenliberalen“ mehr und mehr Terrain, der geschickte Advokat Karl Lueger hat die Führung der kirchlich gesinnten Antisemiten übernommen, die sich Christlich-Soziale nennen (Führer der Rassenantisemiten bleibt Schönerer), und die antisemitische Hälfte des Gemeinderaths wählt ihn am 14. Mai zum ersten Bürgermeister. Obwohl die Liberalen noch über eine schwache Mehrheit verfügen, mag bei der offenfundigen Stimmung der Wiener Bevölkerung keiner von ihnen die Wahl annehmen. Auf den Straßen wird für Lueger demonstriert, die Regierung löst den Gemeinderath auf und läßt die Stadt durch einen Kommissär, den Dr. von Friede, verwalten, dem 15 Gemeinderäthe als Beirath gegeben werden. Um dieselbe Zeit wird infolge eines Zwistes mit der ungarischen Reichshälfte der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, vom Grafen Goluchowski abgelöst. Am 2. Oktober 1895 wird endlich das definitive cisleithanische Ministerium fertig: Präsident wird der bisherige Statthalter von Galizien, Graf Badeni. In der Programmrede, mit der er sich am 22. Oktober dem Abgeordneten Hause vorstellt, sucht er durch große Worte zu imponiren: Gegenüber den Parteien stehe die Regierung vollkommen frei da; das sei jedoch nicht so zu verstehen, als sei sie bereit, sich bald der einen, bald der anderen Partei anzubequemen, „sondern die Worte bedeuten, daß wir zu führen und nicht uns führen zu lassen gedanken“. Ein mächtiges, unpatriotisches, solidarisch vorgehendes Oesterreich sei Ziel des Ministeriums. — Wirklich bedeutende Staatsmänner und Regenten handeln fleißig und reden so wenig wie möglich; ihre großen Thaten, nachdem sie gethan sind, mit großen Worten zu verkündigen, das

überlassen sie anderen. Wer beim Regierungsantritt große Worte macht, der erweckt von vorn herein ein ungünstiges Vorurtheil gegen sich, und nie hat ein Staatsmann dieses Vorurtheil glänzender oder vielmehr kläglicher gerechtfertigt als der unselige Badeni.

Zunächst macht er sich die Antisemiten zu Feinden. Im Wiener Gemeinderath haben diese nach erfolgter Neuwahl eine Zweidrittelmehrheit und wählen wiederum Lueger zum Bürgermeister, der Kaiser versagt jedoch auf den Rath des Ministeriums auch diesmal die Bestätigung. Da Lueger am 13. November zum drittenmal gewählt wird, verkündigt Frieb eis im Namen des Statthalters die Auflösung des Gemeinderaths. Darauf freilich darf sich Badeni eines Erfolges rühmen. Im Februar 1896 bringt er einen neuen Wahlgesetzentwurf ein, den das Abgeordnetenhaus am 15. Mai und das Herrenhaus am 28. Mai annimmt. Den bestehenden vier Kurien wird eine fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts angefügt, in der die bisher Rechtlosen wählen, die Berechtigten der vier oberen Kurien aber noch einmal mitwählen dürfen. Die Vertheilung der 72 neuen Mandate auf die Länder und Städte anzugeben und überhaupt dieses ganze verwickelte Wahlrecht genau zu beschreiben, wäre in einer populären Darstellung schon deswegen überflüssig, weil es wahrscheinlich nach wenigen Jahren in das Kabinet politischer Antiquitäten und Kuriositäten verwiesen werden wird. Alle bestehenden Wahlrechte sind unvollkommen, aber die am meisten gekünstelten sind die unvollkommensten und die unhaltbarsten. Das ständische, das allgemeine, das Zensuswahlrecht lassen sich ein jedes mit sichhaltigen Gründen vertheidigen, aber eine Kombination von allen dreien ist schwer zu rechtfertigen. Sollte das österreichische Parlament eine Ständerversammlung sein, so müßte die fünfte Kurie den Lohnarbeitern ausschließlich gehören, und dürften sich die Ständekurien nicht in politische, nationale und konfessionelle Fraktionen oder Klubs zersplittern. Schon vor der Entscheidung der Wahlreformfrage war Lueger zum viertenmale zum Wiener Stadthaupt gewählt worden, hatte aber, da der Kaiser in einer ihm erteilten Audienz erklärte, er könne ihn nicht bestätigen, und an seine Loyalität appellirte, auf die Annahme verzichtet. An seiner Stelle wurde der Antisemit Strobach gewählt.

Die Obstruktion.

Im März 1897 wurde das Abgeordnetenhaus nach der reformirten Wahlordnung erneuert. Es wurden gewählt: 43 Mitglieder der deutschen Volkspartei, 31 der katholischen Volkspartei (Klerikale), 35 der deutschen Fortschrittspartei (wie sich jetzt die Liberalen nennen), 12 der freien deutschen Vereinigung, 6 Mitglieder einer Fraktion, die sich Centrum nennt, 30 der Vereinigten Großgrund-

besitzer, 5 Deutschradikale (Schönerergruppe), 15 Sozialdemokraten, 59 Mitglieder des Polenklubs, 3 der polnischen Volkspartei, 6 der polnisch-christlichen Partei, 60 Tschechen, 19 Mitglieder des böhmischen konservativen Großgrundbesitzes, 35 des slavischen christlich-nationalen Verbandes, 5 Rumänen, 19 Italiener und 15 Wilde.

Mit einer solchen bunten Gesellschaft etwas Vernünftiges anzufangen, würde auch dem genialsten Staatsmanne schwer fallen. Badeni aber war kein Genie, und er nahm zu einem plumpen Gewaltstreich seine Zuflucht: er suchte sich eine slavisch-klerikale Mehrheit dadurch zu sichern, daß er in den Ländern des „böhmischen Staatsrechts“ die Deutschen einfach den Tschechen preisgab. Am 5. April 1897 erließ das Ministerium die berückichtigte Sprachenverordnung für Böhmen, nach welcher alle Beamten verpflichtet sein sollten, sich bei jeder Amtshandlung der Sprache zu bedienen, die den Parteien beliebigen würde, bei solchen Handlungen, die nicht auf Ansuchen einer Partei vorgenommen würden, die am Orte übliche Sprache zu gebrauchen, Erlässe und Bekanntmachungen aber, die das ganze Land betrafen, in beiden Landessprachen auszufertigen. Alle Beamten der namentlich angeführten Kategorien, die nach dem 1. Juli 1901 angestellt würden, hätten nachzuweisen, daß sie beider Sprachen in Wort und Schrift mächtig seien und sich zu diesem Zweck spätestens drei Jahre nach ihrem Dienstantritt einer Prüfung zu unterziehen.

Von allem anderen abgesehen, bedeutete dies die Ausschließung der Deutschen von den Beamten- und Richterstellen; denn der Tscheche zwar muß um seines Fortkommens willen deutsch lernen, aber den Söhnen des gebildeten deutschen Bürgerthums kann nicht zugemuthet werden, daß sie sich neben dem vielen, was die heutige Gymnasialjugend so schon überbürdet, auch noch eine barbarische Sprache aufbürden lassen, die keinerlei Kulturschätze vermittelt und die man außerhalb Böhmens und Mährens nirgends in der Welt brauchen kann. Badeni's Verordnung hatte zunächst den Erfolg, daß sie alle Deutschen ohne Unterschied der Parteistellung zu einer „Gemeinbürgerschaft“ einigte, und daß Protestversammlungen, Kundgebungen, Veranstaltungen aller Art und ohne Zahl den nationalen Enthusiasmus der Deutschen aufs Höchste entflamnten. Auch die Reichsdeutschen schlossen sich dieser Bewegung an.

Im österreichischen Abgeordnetenhause beantragen die Deutschen am 6. Mai, die Minister, welche die Verordnung unterschrieben hatten, in Anklagezustand zu versetzen. Da die Deutschnationalen die Mehrheit nicht haben, helfen sie sich damit, daß sie durch Anträge, Dauerreden und Lärm das Haus an positiver Arbeit verhindern. Die Aera der Obstruktion ist eröffnet. Am 2. Juni wird der arbeitsunfähige Reichsrath geschlossen. Vielleicht war es der Wunsch, in schwieriger Lage an dem in Wien so beliebten und einflußreichen Lueger eine Stütze zu gewinnen,

was nach dessen fünfter Wahl den Grafen Baden i bestimmte, diesmal dem Kaiser die Bestätigung zu empfehlen. Am 20. April trat der „Herr von Wien“ seine Regierung an. Auch er versprach Vieles und Großes. Ob es wahr ist, daß er, wie seine Feinde behaupten, von dem Versprochenen wenig oder nichts gehalten habe, ob er wirklich ein bedeutendes Verwaltungstalent und dabei ein echter Volksfreund oder nur ein schlauer und gewandter Streber und Intriguant ist, darüber kann heut noch kein endgiltiges Urtheil abgegeben werden.

Unter den Kundgebungen des Sommers war die bedeutendste der Volkstag in Eger, der von den Behörden verboten, trotzdem am 11. Juli abgehalten, aber vom Militär gesprengt wurde. Unter den Parteitagen, die in den einzelnen Ländern veranstaltet wurden, sind besonders die von Innsbruck und Bozen hervorzuheben, weil sie die erfreuliche Thatsache enthüllten, daß die bisher ausschließlich vom Klerus geleitete Bevölkerung Deutschtirols an dem Kampfe der deutschen Brüder um ihre Nationalität den innigsten und lebhaftesten Antheil nimmt.

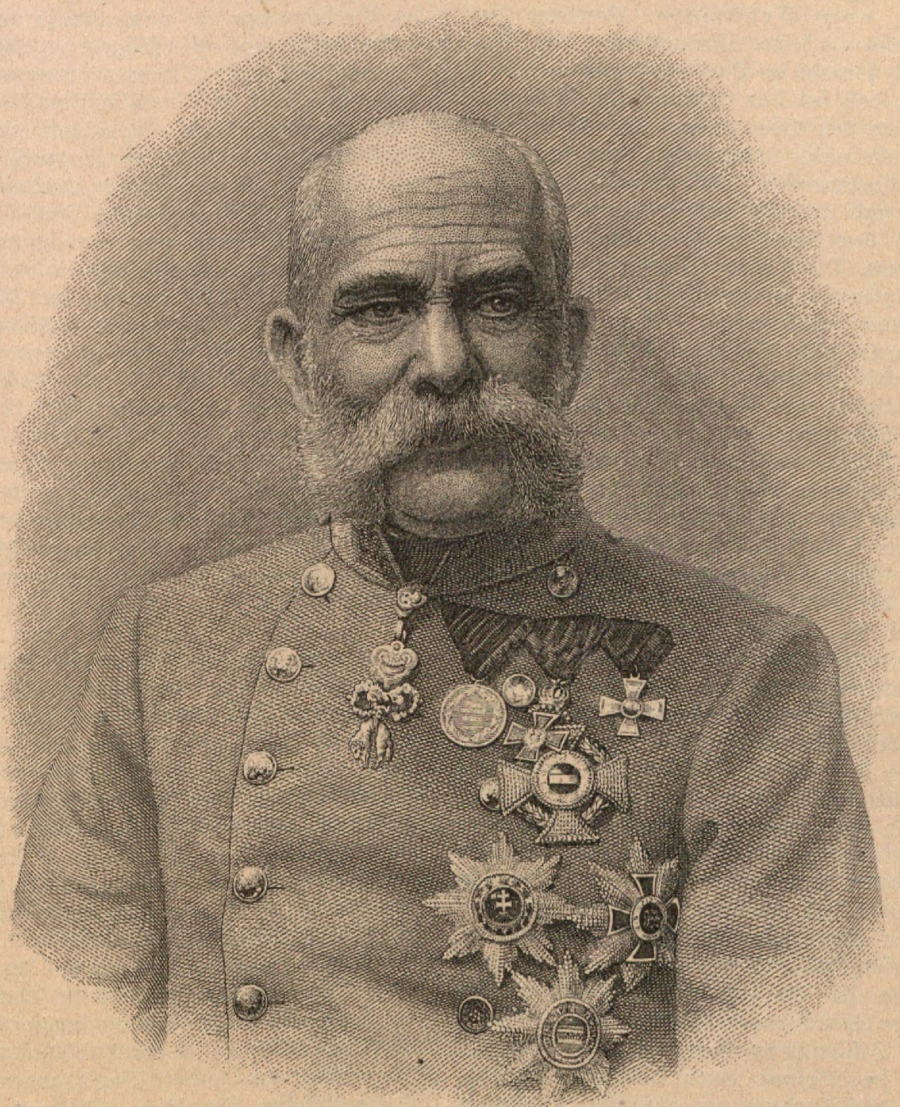
Nach Wiedereröffnung des Reichsrathes wird im Abgeordnetenhaufe die Obstruktion fortgesetzt. Unter dem Präsidium des Polen Abrahamowicz kommt es am 26. November zu einer Schlägerei, welche die Sozialdemokraten mit einer Attaque auf den Präsidenten eröffnen. Siebzig Polizisten erscheinen im Saal und führen die Gewaltthätigen hinaus; in der Abendsitzung wird beschlossen, zehn sozialdemokratische Abgeordnete auf drei Tage von den Sitzungen auszuschließen; das Recht, die Polizei zu requiriren und Ruhestörer von den Sitzungen auszuschließen, hatte sich die Mehrheit am Tage vorher durch eine Aenderung der Geschäftsordnung gesichert, die Graf Falkenhayn, Mitglied der katholischen Volkspartei, vorgeschlagen hatte. Die ganze obstruierende Minderheit nahm jedoch Partei für die Ausgeschlossenen und erklärte die Aenderung der Geschäftsordnung für ungesetzlich. Sie nahm nicht allein am 27. November die Obstruktion im Hause mit erhöhter Energie wieder auf, sondern organisirte auch Straßendemonstrationen. Es kam in Wien und Graz zu heftigen Zusammenstößen zwischen Volk und Polizei.

Am 28. November, nachmittags, verkündigte Lueger aus einem Fenster des Rathhauses und dann noch einmal von der Rampe des Parlamentsgebäudes, daß der Kaiser den Grafen Baden i entlassen und den bisherigen Unterrichtsminister, Gautsch von Frankenthurn, zum Ministerpräsidenten berufen habe. Damit war vorläufig die Ruhe in Wien wiederhergestellt. Dafür erregen jetzt die Tschechen Unruhen in Prag. Der Pöbel verübt Gewaltthätigkeiten, namentlich gegen deutsche Studenten und gegen deutsche Lehranstalten, die den Statthalter (am 2. Dezember) zur Verhängung des Belagerungszustandes zwingen. Die deutschen Parteien mit alleiniger Ausnahme der katholischen

Volkspartei (es sind der verfassungstreue Großgrundbesitz, die deutsche Volkspartei, die deutsche Fortschrittspartei, die christlich-soziale Vereinigung) beschließen am 30. November, als „Deutsche Gemeinbürgerschaft“ solidarisch vorzugehen. Ein deutscher Volkstag, der am 12. Dezember unter dem Vorsitz des Schönerianers Wolf in Wien abgehalten wird, erläßt drei Erklärungen, in deren dritter gesagt wird, man sei entschlossen, unwiderleglich zu beweisen, daß ohne und gegen das deutsche Volk in Oesterreich nicht regiert werden könne. Der Volkstag fordert: die unbedingte und sofortige Zurückziehung der Sprachenverordnungen und der lex Falkenhayn, den sofortigen Rücktritt des Parlamentspräsidiums und die Einleitung des Strafverfahrens gegen alle, die an den begangenen Verletzungen der Verfassung und der persönlichen Freiheit von Abgeordneten theilhaftig seien. Die Regierung solle ein Sprachengesetz erlassen und damit den ersten Schritt thun zu dem Ausgleiche, der am dringendsten notwendig sei, dringender als der Ausgleich mit Ungarn: dem Ausgleiche mit dem deutschen Volke in Oesterreich. Endlich wird das staatsrechtliche Programm der Deutschnationalen verkündigt, dessen Hauptpunkte lauten: Absonderung Galiziens von der diesseitigen Reichshälfte, Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien, bessere Ordnung des Verhältnisses zu Ungarn und Schaffung eines staatsrechtlichen Bundes der ehemaligen deutschen Bundesländer Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche.

Während die Regierung mit den Führern der Parteien verhandelt, droht der deutschen Gemeinbürgerschaft Zerfall oder wenigstens Schwächung durch den Antagonismus zwischen den Radikalen und den Klerikalen, mit denen die Christlich-Sozialen freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Auf einem Volkstage, der in Linz am 6. Januar 1898 abgehalten wird, bezeichnet Wolf den klerikalen Ebenhoch und den christlich-sozialen Lueger als Todfeinde des deutschen Volkes, obwohl sich der zweite gegen Baden i erklärt und wiederholt sehr heftig gegen die Herrschaft der Polen und „Judaomagyaren“ im Reiche gesprochen hatte; allerdings hatte er zugleich auch zur Verständigung mit den Tschechen gerathen.

Studentenunruhen haben zur Folge, daß im Februar die Hochschulen von Wien, Graz und Innsbruck und die deutsche Universität in Prag geschlossen werden. In Prag sieht sich der Statthalter veranlaßt, den deutschen Studenten das Tragen farbiger Vereinsabzeichen zu verbieten, weil das reize und Zusammenstöße zur Folge habe. In den Landtagen von Böhmen und Mähren werden die schwebenden Streitfragen verhandelt, ohne daß ein positives Ergebnis erzielt wird. Im schlesischen Landtage erklären die slavischen Abgeordneten, da sie keine Gerechtigkeit fänden, hätten sie beschlossen, den Landtag zu verlassen. Der Abgeordnete Haase spricht im Namen der Mehrheit sein tiefes Bedauern über diesen



Franz Joseph

Kaiser Franz Joseph I.

Beschluß aus und versichert, die deutsche Mehrheit werde nach wie vor an den Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gesetzmäßigkeit festhalten und jede berechnete Forderung der slavischen Bevölkerung gern erfüllen. Im Tiroler Landtage drückte am 14. Januar von Grabmayr, Vertreter des Großgrundbesitzes, seine Genugthuung darüber aus, daß sich sowohl im Parlament wie auch sonst gezeigt habe, daß bei den klerikalen Deutschtirolern der Haß gegen den Liberalismus die Liebe zum deutschen Volk nicht überwiege. Auch schon als patriotische Oesterreicher, mahnte er, dürften sie nicht stumm und unthätig zusehen, wie eine unselige Politik den Staat an den Rand des Abgrundes bringe. Die Tiroler Klerikalen und Liberalen vereinigten sich zu einer Erklärung, in der sie die Hoffnung aussprachen, die in den Landtagen Böhmens und Mährens eingeleiteten Verständigungsaktionen würden zum Ziele führen, und die Nothwendigkeit, den Beschwerden der Deutschen abzuhelpfen, kräftig betonten.

Am 5. März werden neue Sprachenverordnungen erlassen, deren Wesentlichstes ist, daß Böhmen in einsprachige und gemischtsprachige Bezirke getheilt werden soll, und am 7. März macht das Ministerium Gautsch einem Ministerium Platz, dessen Chef der Graf Franz von Thun und Hohenstein ist. Dieser Herr hatte früher für die Wenzelskrone geschwärmt, und wenn ihn auch später, wo er Statthalter von Böhmen war, seine ungeberdigen Lieblinge, die Tschechen, dazu zwangen, über Prag den Belagerungszustand zu verhängen, so erschien es doch ein wunderlicher Einfall, gerade ihn zum Staatslenker zu erheben in einem Augenblick, wo der Regierung die Versöhnung der Nationalitäten als nächste Aufgabe oblag. Die Deutschen stellten sich denn auch nicht besonders freundlich zu dem Manne und erklärten die neuen Sprachenverordnungen für eine ungeeignete Grundlage weiterer Verhandlungen; erste Bedingung für eine Verständigung sei die sofortige Aufhebung der Badeni'schen Sprachenverordnung und der lex Falkenhayn. Schönerer hielt am 20. März in Reichenberg in Böhmen einen deutschen Bauern- tag ab, der drei Forderungen aufstellte: Personalunion mit Ungarn (so daß also jede Reichshälfte eine von der anderen vollständig gesonderte Verwaltung hätte und deren Kosten allein und selbst bestritte), zweijährige Dienstzeit im stehenden Heer und Beseitigung des jüdischen Einflusses auf die Gesetzgebung. Seine Rede hatte der „nurdutsche“ Agitator mit den Worten geschlossen: „Ohne Juden, ohne Rom, wird gebaut Germanias Dom.“

Im Mai sorgte die Regierung für neuen Junder, indem sie den Grazer Gemeinderath auflöste, weil er in corpore das Begräbnis eines Arbeiters verherrlicht hatte, der bei den Novemberdemonstrationen gegen das Regiment Baden vom Militär erschossen worden war. Bei der Eröffnung des Parlaments spricht der Graf Thun die Hoffnung aus, der Reichsrath werde die dringend nothwen-

digen nächsten Aufgaben erledigen: die Vereinbarung mit Ungarn und Maßregeln zur wirtschaftlichen Hebung des Volkes. Aber die große Mehrheit der Deutschen bleibt dabei, daß die Aufhebung der Sprachenverordnungen das Dringlichste sei. Es seien nur ein paar Aeußerungen von den beiden entgegengesetzten Flügeln angeführt. So sprach der radikale Türk: „Wenn es uns unmöglich gemacht wird, innerhalb der österreichischen Verfassung unser Recht zu vertheidigen, so müssen wir unsere letzte Hoffnung auf auswärtige Ereignisse setzen.“ Dipauli von der katholischen Volkspartei dagegen meinte: Die Forderungen der Deutschen in Böhmen seien eine Mischung von berechtigten nationalen und nicht berechtigten politischen Ansprüchen. Die Deutschen stellten sich einseitig auf den Standpunkt des politischen Liberalismus, wodurch sie sich das deutsche Alpenvolk entfremdet und das Deutschthum geschwächt hätten. Trotzdem es derart die Linke der katholischen Volkspartei sehr schwer gemacht habe, biete diese dennoch den Deutschen in Böhmen die Hand. Nur dürfe man nicht vergessen, daß Oesterreich weder ein deutscher noch ein slavischer Staat sein könne; die Nationalitäten müßten sich vertragen und die Deutschen müßten den Gedanken aufgeben, daß sie die Hegemonie zu fordern hätten.

Da auch der Vorschlag, einen Sprachenausschuß einzusetzen, zu keiner Verständigung führt, so wird das Abgeordnetenhaus am 15. Juni auf unbestimmte Zeit vertagt und am 26. Juli geschlossen. Aus dem Ministerium scheidet am 24. September das einzige Mitglied der deutschen Gemeinbürgerschaft, der Handelsminister Dr. Bärnreither, und wird durch Dipauli ersetzt, und auf dem deutschen Volkstage zu Aussig beschließt die deutsche Volkspartei wegen der Haltung zweier Abgeordneten in der Obmännerkonferenz aus der Gemeinbürgerschaft auszutreten.

Nach der Wiedereröffnung des Reichsrathes am 26. September bringt ein neues Streitobjekt wieder Feuer und Zug in die langweilig gewordenen Debatten. Der § 14 der Verfassung berechtigt die Regierung, im Nothfall Verfügungen zu treffen, die der gesetzlichen Grundlage entbehren, und sie hat in der Zeit, da die Gesetzgebungsmaschine stillstand, in 17 Fällen von diesem Rechte Gebrauch gemacht. Sie wird deswegen heftig angegriffen und mit der Anklage auf Verfassungsbruch bedroht. Der Abgeordnete Vareuther ruft am 8. November: „An dem Staat, der unser heiligstes nationales Gut nicht zu schützen vermag, haben wir kein Interesse mehr: eher möge er zugrunde gehen, als daß wir ehrlos in ihm leben.“ Der Abgeordnete Kathrein erklärt dagegen am 17., die katholische Volkspartei sei zwar bereit, ihre Verpflichtungen gegen die deutsche Bevölkerung zu erfüllen, aber an der Ministeranklage könne sie sich nicht betheiligen.

Am 24. November interpelliren die vereinigten Jungtschechen, feudalen Tschechen und

Polen die Regierung wegen der Ausweisung slavischer Wanderarbeiter österreichischer Staatsangehörigkeit aus Preußen. Der Ministerpräsident Graf Thun erklärt die Ausweisungen für an sich unanfechtbar; aber, fügt er hinzu, die österreichische Regierung habe allerdings der preussischen die Erwartung ausgesprochen, daß bei Ausführung solcher Polizeimaßregeln die gebührenden Rücksichten genommen würden. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, oder sollten die Ausweisungen einen größeren Umfang annehmen, so daß sie nicht mehr als Polizeimaßregeln gegen einzelne Individuen angesehen werden könnten, so werde die Regierung nicht zögern, die Rechte ihrer Unterthanen zu wahren und erforderlichenfalls Gegenmaßregeln anzuwenden. Diese Aeußerung erklärt der Abgeordnete Groß für eine Taktlosigkeit „eines pygmäischen Dilettanten“; von Repressalien einem befreundeten und verbündeten Staate gegenüber „spricht man nicht in der Lage, in der wir uns befinden“.

Das Regierungsjubiläum des Kaisers am 2. Dezember beschert den Parteien ein paar Wochen Waffenstillstand, da die Person des Monarchen allen gleichmäßig theuer und heilig ist.

Das Pfingstprogramm.

Dafür entschädigt man sich gleich im Beginn des nächsten Jahres 1899 mit desto lebhafteren Wortkanonaden. Im Abgeordnetenhaus wird obstruirt, im böhmischen Landtag wird gegen den Dreibund gewettert (den die Tschechen im tiefsten Grunde ihres Herzens lieben, weil er die Schutzwehr bildet gegen den Magnetismus, der die getrennten deutschen Brüder diesseits und jenseits der Sudeten zu einander hinzieht) und der Jungtscheche Bartak erfindet einen neuen Kniff, der endlose Aergernisse, Verlegenheiten und Streitigkeiten gebiert, indem er den Reservisten unter seinen Landsleuten den Rath gibt, wenn sie bei der Kontrollversammlung aufgerufen werden, nicht „hier!“, sondern „zde!“ zu antworten. Der Rath wird, wie jeder dumme und schlechte Rath, getreulich befolgt. Die Lage des deutschen Klerus gestaltet sich in Böhmen verzweifelt schwierig; er muß zwischen Scylla und Charybdis steuern. Denn hält er es mit den Deutschen, so begünstigt er eine entschieden kirchenfeindliche Strömung, schließt er sich den Tschechen an, so stärkt er die bei den Jungtschechen immer deutlicher hervortretenden kussitischen Neigungen. Die Klerikalen überreichen am 12. Januar dem Bürgermeister von Prag, Podlipny, eine Eingabe gegen die beabsichtigte Errichtung eines Hufdenkmals, und der kluge Breslauer Bischof, Kardinal Kopp, erregt den Zorn der Tschechen durch die Errichtung eines deutschen Priesterseminars für den österreichischen Theil seines Bisthums.

Im Februar schließen die deutsche Volkspartei, die deutsche Fortschrittspartei, die Verei-

nigung der verfassungstreuen Großgrundbesitzer, die christlich-soziale Vereinigung und die freie deutsche Vereinigung die gelockerte Gemeinbürgerschaft wieder fester, der freilich die katholische Volkspartei und die Radikalen — von den sozialdemokratischen deutschen Arbeitern nicht zu reden — fern bleiben, und auch die konservativen Mitglieder dieser Gemeinbürgerschaft sprechen sich gelegentlich sehr kräftig gegen die Regierung aus. Grabmayr sagt in einer Rede zu Meran am 4. Februar: „Ringsum ertönt der Ruf: so geht es nicht weiter! Mit unheimlicher Raschheit droht sich die Um- und Rückbildung Oesterreichs in ein slavisch-feudales Staatswesen zu vollziehen.“ Und Graf Stürgkh erklärt in der „Grazer Tagespost“: „Die grundsätzliche Stellung der Deutschen Oesterreichs im Staate und zum Staate steht heute zur Erörterung; diese Frage verträgt kein längeres Hinausschieben durch kleine Mittel und politische Künste, sie erheischt eine entschiedene Lösung. Nicht durch das Verschulden der deutschen Opposition ist zwischen dieser und der Regierung eine Schranke gezogen worden, die jeden politischen Verkehr unmöglich macht.“ Noch kräftiger drücken sich natürlich die weiter links Stehenden aus. Türk äußerte auf dem deutsch-schlesischen Volkstage in Troppau am 26. Februar, die Deutschen kämpften nicht mehr um die Hegemonie, sondern um ihre nationale Existenz. Die Regierung zerstöre durch ihre innere Politik die Grundlagen des deutsch-österreichischen Bündnisses. Wenn übrigens dieses Bündnis nicht den Sinn haben sollte, die Deutschen Oesterreichs in ihrer Bedrängnis zu schützen, so wäre es besser, es ginge schon heute flöten als morgen. Diesen Sinn hat aber das Bündnis niemals gehabt, am wenigsten nach der Absicht des Stifters. Bismarck wollte nur ein militärisches Bündnis; was die inneren Verhältnisse anlangt, so war er der Meinung, daß einer Bevölkerung von acht Millionen Deutschen, die sich nicht selber zu helfen vermöge, auch eine auswärtige Hilfe nichts nützen würde. Am 19. Mai vereinbarten die Vertrauensmänner der Deutschen ein Programm — das Pfingstprogramm — dessen Hauptpunkte lauten: Die deutsche Sprache ist gesetzlich als allgemeine Vermittelungssprache, also als Sprache der Armee, des Parlaments und der Zentralbehörden anzuerkennen; am Einheitsstaate ist festzuhalten, das Verhältnis zu Galizien und zu Ungarn besser zu ordnen, der § 14 aufzuheben, das deutsch-österreichische Bündnis zu festigen, regere Betheiligung Oesterreichs am Weltverkehr soll angebahnt, ein mitteleuropäischer Zollbund erstrebt werden. Es folgt eine ausführliche Darlegung der Grundsätze, nach denen in jedem der mehrsprachigen Kronländer die Sprachenverhältnisse geordnet werden sollen. Das Programm ist rein defensiv und enthält nicht, wie die Tschechen behaupten, neue Forderungen, sondern im Gegentheil zwei Zugeständnisse an das Slaventhum, mit denen man die damals im Gange befindlichen

Versöhnungsbestrebungen zu fördern gedachte. Das eine besteht darin, daß man die den Tschechen unangenehm klingende Bezeichnung „Staatsprache“ mied und dafür Vermittelungssprache sagte, das andere war, daß man den rein tschechischen Bezirken die innere tschechische Amtssprache einräumte.

Die „Los von Rom“-Bewegung.

Mittlerweile hat die von den Radikalen ausgegebene Losung: „Los von Rom!“ die allgemeine Aufregung und Feindschaft zum hitzigen Fieber gesteigert. Todfeindschaft bestand ja schon längst zwischen den gläubigen Katholiken und den beiden großen Flügeln der deutschen Linken: den „Liberalen“ und den Deutschnationalen; daß diese beiden auch einander spinnefeind waren, übte auf ihren gemeinsamen Haß gegen die Klerikalen keinen mäßigenden Einfluß. Einen organisierten Angriff aber auf den Katholizismus zu unternehmen, soll nach einem Berichterstatter der „Allgemeinen Zeitung“ die Deutschnationalen folgendes bestimmt haben. Im Frühjahr 1898 stand die katholische Volkspartei schon im Begriff, sich der deutschen Gemeinbürgerschaft anzuschließen und dadurch die slavisch-kerikale Mehrheit zu sprengen. Hohe Personen aber waren über die deutsche Obstruktion so ergrimmt, daß Graf Thun veranlaßt wurde, dem Freiherrn von Dipauli die Aussicht auf ein Portefeuille zu eröffnen, wenn er seine Partei zurückhielte und so den Fortbestand der slavisch-kerikalen Mehrheit sicherte, und Dipauli ließ sich ködern. Bald darauf erschienen Proklamationen, die den Deutschen den Abfall vom Katholizismus als einziges Rettungsmittel anriethen.

In geordnete Bahnen wurde die Bewegung jedoch erst im folgenden Jahre geleitet. Am 15. Januar 1899 berief in Wien eine Versammlung über den Austritt aus der katholischen Kirche. Eisenkolb, ein Deutschböhme, hob hervor, es seien für den Austritt nicht allein politische, sondern auch sittliche und religiöse Beweggründe vorhanden, und gerade diese müßten geltend gemacht werden, wenn man die Bauern gewinnen wolle. Ein Polizeikommissär erschien und löste die Versammlung auf. Die Theilnehmer entfernten sich mit den Rufen: Los von Rom! Heil Alldeutschland! Nieder mit Thun! Der evangelische Oberkirchenrath zu Wien wies seine Geistlichen an, Uebertretungen wie bisher streng zu prüfen und nur solche anzunehmen, die aus religiösen Beweggründen hervorgingen. Eine vom Evangelischen Bunde in Berlin veranstaltete Volksversammlung begrüßte die österreichische Bewegung als einen sehr erfreulichen Erfolg; Professor Witten berichtete, daß der Bund schon seit 1897 tausende von Schriften nach Oesterreich geschickt habe, die allerdings größtentheils konfisziert und vernichtet worden seien. Man müßte jährlich mindestens 50.000 bis 60.000 Mark aufwenden; damit werde man

ein weltgeschichtliches Werk vollbringen. Der Zentralvorstand des Gustav Adolf-Vereins versprach neugegründeten evangelischen Gemeinden Geldunterstützung. Die Katholiken ergriffen natürlich Gegenmaßregeln. Die österreichische Regierung machte es durch Erlass vom 27. Februar den Polizeibehörden zur Pflicht, ausländische Agitatoren auszuweisen. Im Auftrage einer am 14. April zu Wien abgehaltenen Bischofskonferenz veröffentlichte zuerst der Kardinal-Fürsterzbischof von Wien, Dr. Gruscha, einen Hirtenbrief, und ein von ihm ins Leben gerufenes Katholisches Agitationskomité folgte mit einem Aufruf. Der Fürstbischof von Trient nannte in seinem Hirtenbriefe die Bewegung „kindisch“. Das Wiener „Vaterland“ nahm sie ernsthafter und charakterisierte sie als latente Revolution. Die deutschen evangelischen Pfarrgemeinden dagegen wiesen in einer Ende April veröffentlichten Kundgebung die Verdächtigung, als ob lutherisch so viel bedeute wie preussisch gemüth, und deutsch so viel wie hochverrätherisch, mit Entrüstung zurück. Am 15. Mai veröffentlichte Schönerer in seinen „Unverfälschten deutschen Worten“ einen Bericht über die im ersten Vierteljahr 1899 angemeldeten Austritte aus der katholischen Kirche, es waren rund 2600. In einer katholischen Protestversammlung zu Wien am 15. Mai erinnerte der christlich-soziale Prinz Alois Liechtenstein unter anderem daran, daß das Programm der Schönerianer niemals die Billigung des Fürsten Bischof gefunden habe. Die Unversöhnlichkeit der Linken den Klerikalen gegenüber leuchtete recht deutlich daraus hervor, daß am 22. März der tirolische Landeswahlausschuß der verbündeten Deutschfortschrittlichen und Deutschvolksparteilichen den Reichsrathsabgeordneten von Grabmayr ausschloß, weil er sich gegen die Los von Rom-Bewegung und das Schönererprogramm erklärte und die Ansicht aussprach, man müsse, um die Mehrheit zu sprengen, mit den Deutschklerikalen, d. h. mit der katholischen Volkspartei Fühlung suchen.

Die sittliche und religiöse Berechtigung der Los von Rom-Bewegung geht uns hier nichts an; die Frage nach ihrer politischen Zweckmäßigkeit aber kann nur der Erfolg entscheiden. Wenn in spätestens zehn Jahren ganz Oesterreich evangelisch geworden ist, so daß dem Katholizismus nur kümmerliche Reste verbleiben, dann ist allerdings eine der Ursachen, welche die Deutschen spalten, gründlich gehoben. Bleibt dagegen der Gewinn auf einen Bruchtheil, sagen wir auf 100.000 Seelen, beschränkt, so haben die Deutschen damit ihre Lage verschlimmert. Denn die 100.000 Uebergetretenen — Frauen und Kinder wollen wir nicht rechnen — werden natürlich Männer sein, die so schon entweder deutschliberal oder deutschnational gewählt haben. Die katholische Volkspartei wird also numerisch nicht geschwächt, wohl aber moralisch gestärkt sein; denn die Abfallbewegung wird ihre Erbitterung gegen den Liberalismus und den deutschen Radikalismus ge-

steigert haben, der Klerus aber wird sich, durch die Gefahr aufgerüttelt, sittlich und wissenschaftlich zusammennehmen, jeden Anstoß sorgfältig vermeiden und hierdurch wieder größeren Einfluß aufs Volk gewinnen.

Im Sommer werden die Anklagen gegen die Regierung immer heftiger, weil sie auf Grund des § 14 die Verabredungen mit Ungarn vorläufig durch eine Nothverordnung in Kraft setzt und die beschlossenen aber vom Reichsrath noch nicht genehmigten neuen Steuern erhebt. Gegen die mißbräuchliche Anwendung des § 14 protestiren unter anderem 14 sozialdemokratische Versammlungen in Niederösterreich. Schönerer veröffentlicht am 4. Juli einen zweiten Bericht, nach welchem die Zahl der Austritte aus der katholischen Kirche auf 3252 gestiegen ist (davon kommen 1390 auf Böhmen und 934 auf Wien). Gegen eine Sonnenwendfeier in Innsbruck erläßt der Fürstbischof von Brigen einen Hirtenbrief, und dieser wird am 6. Juli gelegentlich eines zu Ehren des Dichters Pichler in Innsbruck veranstalteten Fackelzuges feierlich verbrannt. Graf Thun bittet um seine Entlassung, und das neue Ministerium Clary-Alldringen sucht durch Aufhebung der Sprachenverordnungen am 17. Oktober den Sturm zu beschwichtigen. Befriedigt erklären sich dadurch aber von den Parteien der Gemeinbürgerschaft nur die Christlichsozialen. Wie Lueger am 24. Oktober im Reichsrath sagt, wollen sie die Regierung bei dem Bestreben, das Parlament wieder lebensfähig zu machen, kräftig unterstützen, jedoch hoffen sie, daß weder die Deutschen, noch die Tschechen für den der diesseitigen Reichshälfte nachtheiligen Ausgleich mit Ungarn zu gewinnen sein werden. Am 6. November beantragen Daszynski die Aufhebung, Kaiser und Pergelt die Revision des § 14; der erste Antrag wird abgelehnt, der zweite einem Ausschuß überwiesen. Als der Ausgleich mit Ungarn und namentlich das Quotengesetz, das den Beitrag der beiden Reichshälften zu den gemeinsamen Staatsausgaben festsetzt, berathen werden soll, kündigen die Tschechen die Obstruktion an, weil ihnen das Ministerium Clary mit der Aufhebung des Sprachengesetzes den Krieg erklärt habe. Am 21. Dezember tritt das Ministerium Clary zurück, weil es sein Versprechen, die unbedingt nothwendigen Gesetze, namentlich den Ausgleich mit Ungarn, vor Jahreschluß ohne Anwendung des § 14 fertig zu bekommen, nicht einlösen kann, und an seiner Stelle übernimmt der Eisenbahnminister Ritter von Wittel den Vorsitz im Kabinet.

Das Jahr 1900. Ministerium Körber.

Das Jahr 1900 ließ sich für die Deutschen gut an. Zunächst erfuhr die tschechische Anmaßung eine scharfe Zurückweisung von Allerhöchster Stelle. Beim Empfang der Delegationen am 13. Januar sprach der Kaiser zum Abgeordneten Stransky:

„Sie haben beim Heeresbudget eine sehr scharfe Rede gehalten.“ Stransky entgegnete, scharfe parlamentarische Reden trügen zur Beruhigung des Volkes bei. Der Kaiser bestritt das und fügte hinzu: „In der Zde-frage stehe Ich Ihnen unversöhnlich gegenüber und Ich bin imstande, das Standrecht proklamiren zu lassen, wenn sich das Volk hierin nicht fügt. In der Armeefrage verstehe Ich keinen Spaß, und Ich sage Ihnen, daß Ich keinen der schon Verurtheilten amnestiren werde. Das Volk ist aufgekehrt, und das hat die Intelligenz gemacht.“ (Möchte sich Wilhelm II. seinen älteren Bundesgenossen zum Muster nehmen, der mit eigenen politischen Aeußerungen nur eingreift, wenn's nöthig ist, dann aber kurz, schlicht, sachgemäß und wirksam spricht!) Stransky versuchte die tschechische Auffassung mit einer Verfassungsinterpretation zu rechtfertigen, der Kaiser aber erwiderte: „Das sind Advokatenkünste. Die Dienstsprache der Armee ist die deutsche. Ich sage Ihnen nochmals: lassen Sie die Armee in Ruhe!“ Und schon am 18. machte das provisorische Ministerium Wittel einem definitiven Kabinet Platz, dessen Mitglieder zwar gerade keine feurigen Deutschnationalen, aber bewährte Beamte (zum Theil von Haus aus Professoren), als solche natürlich Centralisten und Gegner der Verländerung, daher ohne Zweifel von dem unschätzbaren Werthe der deutschen Vermittlungssprache für den Staat überzeugt waren; ist sie doch außer dem Kaiserhause und der Armee das einzige, was die auseinanderstrebenden Nationalitäten zusammenhält. Ministerpräsident und Minister des Innern wurde Herr von Körber, Graf Welfersheim blieb Minister für Landesvertheidigung, ebenso Ritter von Wittel Eisenbahnminister, der ehemalige Professor und bekannte Nationalökonom, später Senatspräsident beim Verwaltungsgerichtshof, Böhm von Bawerk wurde Finanzminister, der Statthalter von Mähren, Freiherr von Spens-Booden, Justizminister, der Sektionschef Dr. von Hartel (ursprünglich Professor) Minister für Kultus und Unterricht, Freiherr Call zu Rosenberg und Culmbach Handelsminister, Freiherr von Giovanelli Ackerbauminister. Außerdem wurden zwei Landsmannminister ernannt: Dr. Rezek für Böhmen und Hofrath Pientak für Galizien, beide ehemalige Professoren. Neu war, daß Körber auch den Deutschen einen Landsmannminister anbot. Diese schlugen aber das Angebot aus, mit dessen Annahme sie auf die Stufe der Polen und Tschechen herabgestiegen sein würden. Denn das Institut der Landsmannminister beruht auf der Voraussetzung, daß die Regierung deutsch ist, und daß daher die kleineren Nationalitäten einen Vertreter im Kabinet brauchen, der aufpaßt, daß ihnen ihre Rechte von der herrschenden Nationalität nicht verkürzt werden.

In der öffentlichen Meinung führte sich der neue Ministerpräsident sehr vorthellhaft mit einem höchst vernünftigen Programm ein. Er berief Ab-

geordnete aller Parteien zu einer Verständigungskonferenz und sprach zu ihnen am 5. Februar: „Ich betrachte schon Ihr Erscheinen als einen Erfolg nicht der Regierung, sondern der hochwichtigen Sache, die uns hier versammelt; denn wir wollen Frieden stiften in diesem alten ehrwürdigen Reiche, das schon allzulange durch den unseligen nationalen Kampf zerklüftet und in seinem wirthschaftlichen Gedeihen schwer geschädigt wird. Wenn Sie um sich blicken, so finden Sie, daß diejenigen

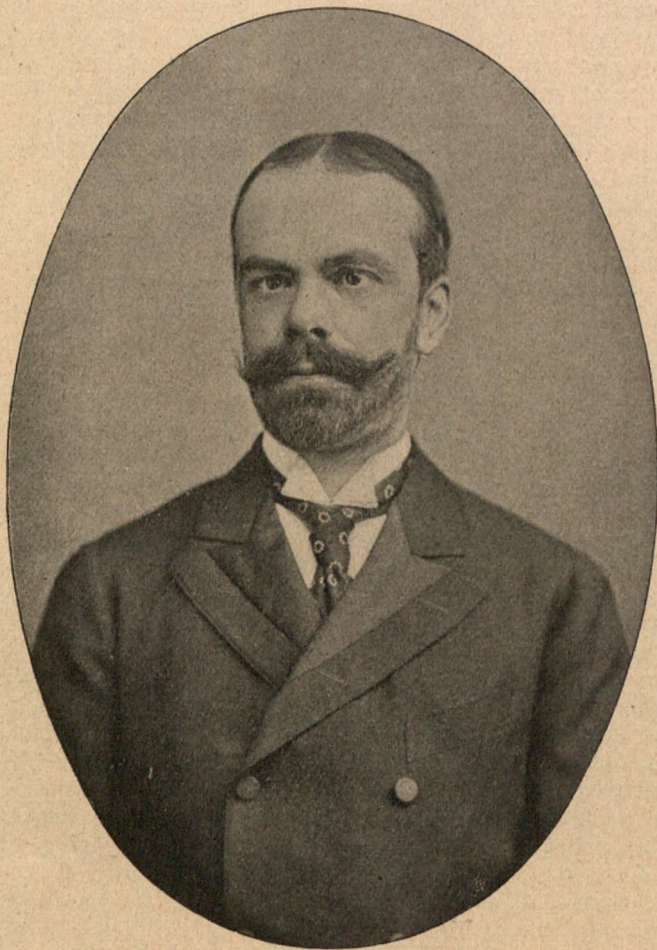
Staaten am mächtigsten gebieten, deren Bürger in einträchtigem Bemühen der Größe und dem Ruhme ihres Landes zustreben, und sehen in diesen Reichen alle Hände bei der Arbeit, die geistigen und materiellen Reichtum schafft. Bei uns ist es leider nicht so. Der unausgesetzte nationale Kampf hat alle Zuversicht, alles Selbstvertrauen, alle freudige Schaffenskraft zurückgedrängt. Hören Sie aber die Stimme unseres tüchtigen, so reich begabten Volkes, so vernehmen sie aus allen Lagern den sehnächtigen

Wunsch nach Ruhe und Frieden. Allgemein ist die Ueberzeugung, daß es kein größeres Glück für unser Reich gäbe, als wenn an die Stelle des fortwährenden, jede Sammlung und

Konsolidirung hindernden Streites eine Politik der Eintracht und der wirthschaftlichen Kraftentfaltung träte. Führen wir die nationale Frage mit männlicher Ruhe auf ihren Kern zurück; die Schwierigkeiten sind nicht so groß, daß sie nicht überwunden werden könnten. Trotz aller Kämpfe des letzten Jahres hat sich in einigen Punkten eine Annäherung der Anschauungen vollzogen. Wenn Sie in Ihren Berathungen die Differenzpunkte wohlwollend und in versöhnlicher Stimmung zu mildern und auszugleichen trachten, dann werden sie wenigstens eine Zeit der Erholung gewinnen, die gestattet, alle Umsicht und Energie den dringenden wirthschaftlichen

Fragen zuzuwenden, und haben wir hier erst den Erfolg, so ist mir nicht bange, daß der Wohlstand des Reiches dereinst das stärkste Argument für den dauernden inneren Frieden sein wird.

Der Regierung schwebt als Ziel vor, die Machtfülle des Staates in den Dienst der Kultur und der Volkswirtschaft zu stellen; auf Sie kommt es jetzt an; das Reich blickt auf Sie; geben Sie ihm sein Glück und seine Ruhe wieder!“



Dr. von Körber, österreichischer Ministerpräsident.

Aus der Rede, mit der sich Körber am 22. Februar dem Abgeordnetenhaus vorstellte, heben wir folgendes heraus.

Die Regierung könne nicht Parteiregierung sein. Die großen Parteien des Hauses seien meistens national, und eine Regierung, die sich an eine von ihnen ausschließlich anlehnte, würde sich mit den anderen Nationalitäten verfeinden. Diese Nationalitäten seien einmal da und müßten sich vertragen. Kultur und Wohlstand begeherten sie alle, und diesem Begehren werde die Regierung nach Kräften entsprechen. Daher dringe die Regierung darauf, daß zunächst der Staatsvoranschlag und die Mittel für nothwendige große Bahn- und Straßenbauten bewilligt würden.

Es handle sich um 500,000.000 Kronen, die auf eine Reihe von Jahren vertheilt werden sollten. Die rasche Genehmigung der mit Ungarn getroffenen Vereinbarungen sei umso nothwendiger, da demnächst die Handelsverträge abliefen. Er schließt mit den Worten: „Die materiellen und die Kulturfragen pochen mit Gewalt an die Pforten des Reiches. Die Regierung darf sie nicht deshalb abweisen, weil die politischen und die nationalen Fragen noch nicht gelöst sind. Die Regierung bittet das Haus, den Streit wenigstens soweit einzudämmen, daß daneben ein Weg freibleibe für die geistige und wirthschaftliche Entwicklung des

Staates, denn der Staat muß leben, er ist der Hort seiner Bürger."

Zunächst legt die Regierung den Entwurf eines Eisenbahnbauplanes vor, dessen Ausführung 117,000,000 kosten soll; die Kosten der Erweiterungsbauten vorhandener Bahnen und der Fahrparkvermehrung werden auf 120,000,000 angeschlagen. Die wichtigsten der Neubauten bezwecken eine zweite Verbindung Wiens mit Triest. Das Programm der Regierung wird beifällig aufgenommen von allen Parteien mit Ausnahme der Tschechen, die noch wegen der Aufhebung der Sprachenverordnungen grollen; im Herrenhause, wo nur gemäßigte Alttschechen sitzen, stellen sich auch diese freundlich zur Regierung. Am 7. März legt die Regierung dem Abgeordnetenhause einen Entwurf zur Förderung der Industrie vor. Industriezweigen, die in Oesterreich noch nicht oder nur in geringem Umfang vorhanden sind, soll zwölfjährige Steuerfreiheit bewilligt werden sowie Erlass der Stempel und Gebühren für die Verträge bei Gründung von Gesellschaften und für die zwei ersten Ausgaben von Aktien. Ausnahmsweise soll den Unternehmern auch ein Staatszuschuß gewährt werden. Es sei richtiger, wird in der Begründung gesagt, neue Unternehmungen in dieser Weise zu fördern als durch Schutzzölle, die vielleicht schon bestehende belasten würden.

Am 8. Mai werden dem Reichsrath drei Gesetzentwürfe vorgelegt, betreffend die Amtssprache in Böhmen, die in Mähren und die Errichtung von Kreisregierungen in Böhmen und Mähren. Der Entwurf zielt auf möglichst reinliche Scheidung der Sprachengebiete ab, in deren jedem nur eine Amtssprache gelten soll; das gemischtsprachige Gebiet wird möglichst eingeschränkt. Es werden in Böhmen gezählt: 94 deutsche, 133 tschechische und 6 gemischtsprachige Gerichtsbezirke. Außer diesen 233 schon bestehenden sollen neu errichtet werden 8 tschechische und 6 deutsche. Von den bestehenden 103 Bezirkshauptmannschaften werden 41 als deutsch, 58 als tschechisch, 4 als gemischtsprachig bezeichnet; 5 tschechische und 4 deutsche sollen neu errichtet werden. Beim Prager Oberlandesgericht sollen für die Sprachgebiete besondere Abtheilungen eingerichtet werden. Von nun ab bewegen sich die Ausgleichsverhandlungen und die Streitigkeiten fast ausschließlich um die Abgrenzung der Sprachgebiete und um die Schaffung nationaler Kurien in den Landtagen und deren Vetorecht, wobei die Deutschen darüber klagen, daß die Tschechen die Wirren der letzten Jahre dazu benützt hätten, ihr Sprachgebiet durch Tschechisirung von Gemeinderäthen, Behörden und Schulen auszudehnen. Bei der Empfehlung seiner Entwürfe weist Dr. von Körber auf die Gefahren hin, die sich aus der Fortdauer des gegenwärtigen Zustandes für die Volksvertretung ergeben müßten. Der Regierung sei an der Rückkehr zum Absolutismus nichts gelegen; sie werde alles aufbieten, die Verfassung am Leben zu erhalten, und werde

von ihrer Vollmacht, vom Parlamente nicht genehmigte Verfügungen zu treffen, nur so weit Gebrauch machen, als es die Staatsverwaltung unbedingt erfordere. Denn selbst die angefochtenste Form des Konstitutionalismus sei immer noch besser als eine Form der Gesetzgebung, die die Völker von der Mitwirkung ausschließe.

In der That haben die sehr Unrecht, welche die Regierung absolutistischer Neigungen und Bestrebungen beschuldigen. Alles Toben gegen den § 14 ändert nichts an der Thatfache, daß der Staat regiert und verwaltet werden muß, auch dann, wenn das Parlament seine Mitwirkung versagt, und daß die Regierung ihre Pflicht gröblich verletzen würde, wenn sie bei einem Parlamentsstreik die Verwaltungsmaschinerie still stehen lassen wollte. Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß keiner Partei die Arbeitsfähigkeit des Parlaments so sehr am Herzen liegt wie der sozialdemokratischen, und daß keine so beständig darauf dringt, daß der Nationalitätenkampf eingestellt und eine Ära positiver Arbeit eröffnet werde. Das ist ganz natürlich; denn die Besitzenden, die in den alten Kurien vertreten sind, können sich zur Noth auch ohne Parlament helfen. Die Arbeiter aber können die Abstellung ihrer Privatbeschwerden von keiner anderen Macht als vom Staate erwarten, und sie haben keinen Ort, wo sie die Gesetzgeber über ihre Nöthe und Bedürfnisse informieren könnten, als das Parlament. Sofern man daher anerkennt, daß eine Volksvertretung zu den Lebensbedingungen des modernen Staates gehört, hat die „Frankfurter Zeitung“ recht, die einmal sagte, so sonderbar es klinge — in Oesterreich seien die Sozialdemokraten die einzige staaterhaltende Partei.

Der Ausstand der Kohlengräber.

Im ersten Vierteljahre nun bekam die sozialdemokratische Partei besonders viel zu thun durch den großen Kohlengräberausstand, der zehn Wochen dauerte. Einen Abriß der Geschichte dieser großen Arbeiterbewegung wollen wir nach der „Kölnischen Zeitung“ geben, die weniger als irgendein anderes großes Organ sozialdemokratischer Neigungen oder sentimentaler Arbeiterfreundschaft verdächtig ist. Die österreichischen Bergarbeiter sind nicht einheitlich organisirt, und nur ein Bruchtheil gehört der sozialdemokratischen Partei an. Beim Ausbruche des Ausstandes rieth die sozialdemokratische Parteileitung vergeblich ab. Zuerst legten die Bergleute in Steiermark, wo sie Sozialdemokraten sind, die Arbeit nieder, nahmen sie aber, nachdem sie einige Lohnerhöhungen erlangt hatten, auf Weisung der Parteileitung wieder auf und stellten ihre übrigen Forderungen einstweilen zurück. Mittlerweile aber war ein Theil der mährisch-schlesischen Kohlengräber ausständig geworden, und trotz des Abtrathens der Parteileitung, deren Streikkasse durch vorhergegangene große Ausstände erschöpft war, schlossen sich immer mehr Belegschaften an. Die Bewegung griff ins

böhmische Gebiet hinüber, ins Pilsen-Kladnoer Revier und in die nördlichen und nordöstlichen Braunkohlenggebiete, so daß zeitweise 60.000 Bergleute feierten. Nur um durch Verstärkung der Bewegung ihre Kameraden zu unterstützen, streiften auch solche Belegschaften, welche die acht- oder neunstündige Schicht schon hatten oder denen sie für die nächste Zeit zugesichert war, und solche, denen man die Zusage gab, daß sie ohne Ausstand alles bewilligt erhalten sollten, was ihre Kameraden etwa durch den Ausstand erreichen könnten. Schon nach 14 Tagen trat ein empfindlicher Kohlenmangel ein; Hüttenwerke und Fabriken mußten ihren Betrieb einschränken. In mehreren böhmischen Städten sah man sich genötigt, den Betrieb der elektrischen Bahnen einzustellen, die Straßenbeleuchtung zu vermindern und die Schulen zu schließen. Da gleichzeitig in allen europäischen Staaten aus anderen Ursachen Kohlenmangel herrschte, konnte der Förderungsausfall nur in geringem Umfange durch Einfuhr aus dem Auslande gedeckt werden. Die Kohlenpreise stiegen in Böhmen auf das Drei- und Vierfache der gewöhnlichen Höhe. Die Bergleute forderten: freie Beleuchtung, freie Heizung, Zusage eines Mindestlohnes, Lohnerhöhungen, allwöchentliche Vorschußleistung und die Achtfundenschicht; Ein- und Ausfahrt sollen in die Schichtzeit eingeschlossen sein. Verkürzung der Schichtdauer erklärten sie für die Hauptforderung. Die Regierung ordnete die Einsetzung von Einigungsämtern an. Diese zu beschicken, weigerten sich anfangs die Gewerke, da die Streikenden wegen Kontraktsbruch entlassen, daher keine Kohlenarbeiter mehr seien.

Im Ostrau-Karwiner Gebiet hatte die Regierung schließlich Erfolg; unter dem Vorstehe des Abgeordneten Freiherrn d'Elvert trat in Teschen das Einigungsamt zusammen. Die Gewerke versprachen hier durch ihre Vertreter 12%ige Lohnerhöhung, freie Beleuchtung und freie Heizkohle, lehnten es jedoch ab, über die Verkürzung der Arbeitszeit zu verhandeln. Die Regierung versprach durch den Vorsitzenden d'Elvert für Abkürzung der Arbeitszeit zu sorgen. Die sozialdemokratische Parteileitung rieth jetzt wiederum zur Aufnahme der Arbeit, die Arbeiter aber verharren im Ausstande. Die Regierung wiederholte das in Teschen abgegebene Versprechen im Wiener Abgeordnetenhaus am 23. Februar durch den Mund des Ackerbauministers Giovanelli, und da jede Partei unter den Bergleuten Anhänger hatte, die öffentliche Meinung auch mehr mit dieser als mit den Gewerken sympathisierte, so fanden die Streikenden im Abgeordnetenhaus viele Fürsprecher. Anstatt jedoch die brennende Angelegenheit sofort zu erledigen, überwies das Haus die gestellten Anträge dem sozialpolitischen Ausschuss mit dem Auftrage, bis zum 12. März Vorschläge zu machen. Der Vorschlag der Kommission ging dahin, daß die Arbeitszeit im Kohlenbergbau vom 1. Januar 1901 ab in der Regel acht bis neun Stunden ein-

schließlich der Ein- und Ausfahrt betragen solle; vorübergehend solle in einzelnen Bergwerken eine längere Schichtdauer zugestanden werden können. Um diese Zeit war aber das Abgeordnetenhaus vertagt, es konnte also nichts entschieden werden, die Mittel der sozialdemokratischen Partei, die 350.000 Kronen für die Streikenden aufgebracht hatte, waren gänzlich erschöpft, und so nahmen die Leute auf erneute dringende Mahnung der Parteileitung die Arbeit endlich wieder auf. Der Förderungsausfall wurde auf 5.000.000 Tonnen, der Ausfall an Löhnen auf 10.000.000 Kronen geschätzt. Nicht wenig hatten auch die Kaufleute und Krämer gelitten, bei denen die Streikenden die ganze Zeit über Waren auf Borg entnommen hatten, da vorauszusehen war, daß sie nur sehr langsam und kaum vollständig zu ihrem Gelde kommen würden.

Tschechische Obstruktion.

Ein Bergarbeitergesetz konnte nun freilich so wenig zustande kommen wie irgend ein anderes Gesetz, weil die Tschechen wieder obstruieren und nur das Rekrutengesetz fertig zu machen und die Wahlen in die Delegationen vorzunehmen gnädigst gestatteten. Pazaf erklärte am 8. Mai, die von der Regierung vorgeschlagene Regelung der Sprachenangelegenheit sei nicht geeignet, die Tschechen zu beruhigen, da sie deren volle Gleichberechtigung nicht verbürge. Die Enke habe seinerzeit durch die Obstruktion triumphiert und die Obstruktion zu einer amtlich anerkannten parlamentarischen Einrichtung gemacht. Wenn sich jetzt die Tschechen desselben Mittels bedienen, so kämpfen sie damit nur für ihr gutes Recht. Durch diese Erklärung entfesselte er einen tollen Lärm, der von Schönerer's gewaltiger Stimme übertönt wird. Schönerer ruft den Tschechen zu: „Wir Deutschen sind ja froh, wenn Sie diese Sprachengesetze nicht annehmen, durch welche die Deutschen Böhmens und Mährens dem Tschechentum überliefert werden sollten. Wir hatten gefürchtet, Sie würden sie annehmen.“ Am 9. verlangt der Tscheche Herold, der Präsident solle dafür sorgen, daß solche Lärmfzenen wie gestern nicht mehr vorkämen, entfesselt aber gerade dadurch den Lärm aufs neue. Der Präsident von Fuchs, an den auch noch ein Christlich-Sozialer die gleiche Forderung gerichtet hat, erwidert: um seiner Aufgabe gerecht werden zu können, fehle ihm die Exekutivgewalt; man möge ihm durch eine neue Geschäftsordnung eine ausreichende Exekutivgewalt geben, dann werde er für Ruhe und Ordnung sorgen. Die Obstruktion wird den ganzen Mai hindurch fortgesetzt. Am 6. Juni richtet der Ministerpräsident „in letzter Stunde“ einen warmen Appell an das Haus, es möge die Ordnung, das Gesetz, den Staat und seine Interessen den Sonderinteressen voranstellen. Herold antwortet: der Ministerpräsident habe zwar an das ganze Haus appelliert,

aber nur die Jungtschechen gemeint. Diese aber duldeten nun einmal nicht, daß die Kapitulation der Regierung vor der deutschen Obstruktion gesetzlich anerkannt werde. Am 8. Juni wird das Parlament musikalisch; in das Gepolter und Geflirr der Pultdeckel, Holzbesen und Blechtassen mischen sich die Töne einer Kindertrumpete. Um $\frac{1}{2}$ 1 Uhr nachts erscheint der Ministerpräsident und erklärt im Namen des Kaisers die Session für geschlossen.

Wiener Gemeinderathswahlen.

Gleichzeitig mit den parlamentarischen Kämpfen haben die letzten Monate hindurch die Kämpfe im Wiener Stadtparlament und um das Wahlrecht zu diesem Parlamente getobt. Angefangen hatten sie eigentlich bald nach Eueger's Regierungsantritt. Der Art und Weise, wie er bei Uebernahme der Gasbeleuchtung auf die Stadt und bei Abschließung des Vertrages mit der Tramwaygesellschaft verfuhr, wurde heftig opponirt, und seine Gegner behaupteten, er habe dabei das Kommunalvermögen empfindlich geschädigt, eine Behauptung, über deren Wahrheitsgehalt erst nach Ablauf einer längeren Verwaltungsperiode ein sicheres Urtheil wird gefällt werden können. Die Arbeiter beschuldigten ihn der Arbeiterfeindschaft und des Wortbruchs, da er sich, ehe er zur Macht gelangte, als Arbeiterfreund aufgespielt habe, und auch solche Personen, die mit seiner Feindschaft gegen Juden, Sozialdemokraten und Deutschradikale sympathisirten, nahmen es ihm übel, daß er durch seine Mehrheit die Beiträge, welche die Stadt bisher dem Volksbildungsvereine und anderen Kulturfördernden Unternehmungen geleistet hatte, streichen ließ, während er für klerikale Zwecke eine offene Hand hatte. Zwischen Eueger's Christlich-Sozialen und ihren Gegnern: Liberalen, Sozialdemokraten und Deutschradikalen, waren schon so böse Worte gefallen, daß der gegenseitige Verkehr ganz unparlamentarische Formen angenommen hatte, als ein neues Gemeindewahlstatut und die im Frühjahr zu vollziehende theilweise Erneuerung des Wiener Gemeinderathes das Kriegsfeuer zu hellen Flammen anbliesen. Da der Wiener Wahlmodus an Künstlichkeit mit dem Reichsrathswahlverfahren wetteifert, beschränken wir uns auf die Bemerkung, daß Eueger den Kleinbürgern, die durchwegs seiner Partei angehören, das Uebergewicht zu sichern suchte, indem er einerseits für den neu zu schaffenden vierten Wahlkörper des allgemeinen Stimmrechts fünfjährige Seßhaftigkeit und für den dritten Wahlkörper ein Steuerminimum von 20 Kronen forderte, anderseits durch „Wahlbezirksgeometrie“ den Einfluß der meist liberalen Reichen schwächte. Er wurde zu einigen Zugeständnissen genöthigt und mußte unter anderem die Lehrer, die in den dritten Wahlkörper heruntergesetzt werden sollten, im zweiten lassen. Die gemeinsame Gegnerschaft gegen Eueger und die Christlich-Sozialen stiftete ein

Wahlbündnis zwischen den Wiener „Liberalen“, rassenantisemitischen Radikalen und Sozialdemokraten, also drei Parteien, deren jede die beiden anderen haßt. Indes hatte dieses Bündnis so gut wie gar keinen Erfolg: die Christlich-Sozialen erhielten bei der Erneuerung der zweiten Kurie am 25. Mai 37 Mandate, ihre Gegner, die Liberalen nur 4, und bei den Wahlen des vierten Wahlkörpers am 31. Mai 18 Mandate, während die Sozialdemokraten 2 bekamen, wozu allerdings bemerkt werden muß, daß die Vertheilung der Mandate nicht im richtigen Verhältnis zur Zahl der Stimmen stand, denn es wurden 77.600 christlich-soziale und 54.300 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Die Kölnische Zeitung urtheilte über den Wahlausfall: „Die geschlagene Opposition klagt begreiflicherweise das neue Statut, Wahlfälschungen u. dgl. als die Ursache ihrer Niederlage an. Die Wahlordnung Eueger's hat sicherlich Antheil, doch bleibt als Hauptursache bestehen, daß bisher kein Anschwung der öffentlichen Stimmung zu Ungunsten Eueger's erfolgt ist, und daß die schwachen Charaktere, mehr als je der unbefriedigten Sehnsucht nach einer festen Autorität folgend, sich an Eueger anklammern, in welchem sie eine starke, zur Herrschaft berufene Persönlichkeit zu finden glauben. Eine der in den liberalen Blättern nicht erwähnten Ursachen bildet auch die fortdauernde Anmaßung eines Theiles der liberalen Presse, den Wählern in allen Dingen ihre einseitigen Anschauungen und Gesichtspunkte aufdrängen zu wollen.“ Die ganze Zeit über gingen gerade die antisemitischen Wogen wieder sehr hoch, weil sich die Aufregung über die zu einem Ritualmord gestempelte Ermordung eines Mädchens in dem böhmischen Städtchen Polna noch nicht gelegt hatte, und der christlich-soziale Mechanikus Schneider im niederösterreichischen Landtage beantragte, in den Wochen vor Ostern sollten zur Verhütung eines Ritualmordes die jüdischen Funktionäre polizeilich überwacht werden.

Politischer Kleinram im Sommer und Herbst. Parlamentsauflösung und Wahlagitation.

Den Sommer über setzten einerseits die Klubobmännerkonferenzen, anderseits die Verständigungskonferenzen ihre Sisyphusarbeit fort, ohne ein greifbares Ergebnis zustande zu bringen, und da der Kaiser und Herr von Körber, die sich wiederholt in Jschl mit einander beriethen, darin übereinstimmten, daß von dem bestehenden Reichsrath nichts zu erwarten sei, so wurde am 7. September dessen Auflösung verkündet. Die „Wiener Zeitung“ führte in der offiziellen Begründung der Maßregel aus: Seit drei Jahren entbehre der Staatshaushalt der verfassungsmäßigen Festsetzung und Kontrolle; jede noch so dringende Reform stocke, alle Vorlagen blieben unerledigt, alle Wünsche des Volkes müßten

zurückstehen hinter der einen Sprachenfrage, die doch nicht den ganzen Staat berühre. Alle Kräfte seien lahmgelegt und die wirtschaftlich Schwächsten: Bauern, Handwerker und Arbeiter litten unter dieser unverantwortlichen Vernachlässigung am meisten. Das wohlwollende Entgegenkommen der Regierung sei erfolglos geblieben; die Regierung fordere nun die Wähler auf, bei den Neuwahlen ihre wirtschaftlichen Interessen entschlossen wahrzunehmen. Sie würden zu entscheiden haben, ob das unschätzbare Gut, das in der Kontinuität verfassungsmäßiger Einrichtungen liege, dadurch um seinen Werth gebracht werden solle, daß diese Einrichtungen für die Praxis vollständig versagen.

Auf die Größe der drängenden wirtschaftlichen Aufgaben wies um diese Zeit auch das Wiener „Handelsmuseum“ hin. Daß die Idee eines mitteleuropäischen Zollbundes schon beim nächsten Ablauf der Handelsverträge verwirklicht werden könne, daran sei freilich nicht zu denken. Aber utopisch sei die Idee ganz und gar nicht; die Zukunft gehöre den großen Wirtschaftsgebieten. Umso entschiedener müsse man gegen die hier und da bestehende Absicht protestiren, ein schon bestehendes größeres Wirtschaftsgebiet zu zerschlagen. Die Zollgemeinschaft zwischen Oesterreich und Ungarn habe für beide Theile ihre Unbequemlichkeiten, aber sie um dieser kleinen Nachtheile willen auflösen zu wollen, das würde ein wirtschaftlicher Anachronismus sein.

Trotzdem jedoch die große Masse der Bevölkerung nach der Verlegung der politischen Thätigkeit auf das wirtschaftliche Gebiet verlangte, drängten sich die nationalen Fragen immer wieder in den Vordergrund und griff der nationale Janß immer weiter um sich. Auf einem Katholikentage in Agram sprach der Erzbischof von Sarajewo, Stadler, den Wunsch aus, Bosnien möge recht bald mit Kroatien vereinigt werden. Nun wäre für Ungarn ein Großkroatien ungefähr dasselbe, was die Wiederherstellung eines großböhmisches Königreiches für Cisleithanien sein würde. Kein Wunder, daß der Kaiser als König von Ungarn veranlaßt wurde, dem kroatisch-patriotischen Kirchenfürsten eine scharfe Rüge zu ertheilen. Dagegen hatten sich die Herren Schlachzigen zur selben Zeit einer auffälligen Allerhöchsten Gunstbezeugung zu erfreuen.

Der zu den Manövern in Galizien weilende Kaiser sagte in der Antwort auf die Huldigungsansprache des Landmarschalls am 13. September in Jaslo unter anderem: „Ich weile mit Freuden wieder, wenn auch nur auf kurze Zeit, in diesem Lande, dessen Vertreter das Wohl des Reiches stets im Auge behalten und allezeit bereitwillig und mit kluger Einsicht den Bedürfnissen des Staates Rechnung getragen haben. Sagen Sie dem ganzen Lande Meinen innigen Dank für seine herzliche Begrüßung und fügen Sie in Meinem Namen hinzu, daß Ich immer über seine Wohlfahrt wachen werde; denn es ist Mein heißester Wunsch, daß

dieses Land blühe.“ Klug sind die Herren vom Polenklub, darin hat der Kaiser recht; und geschmeidig auch und der Regierung stets zu Willen, wenn sie ihr Patriotismus nichts kostet. Auch haben sie, als *beati possidentes*, nicht nöthig, die Regierung mit Sprachenfragen in Verlegenheit zu setzen und die Nationalitäten-Streitigkeiten zu vermehren. Da jedoch dieser Patriotismus bloß auf die Füllung der eigenen Taschen abzielt, das arme Volk aber von den gebietenden Herren unterdrückt und für seine wirtschaftliche, intellektuelle und sittliche Hebung nichts gethan wird, so dürste die wirtschaftliche Blüthe dieses Landes, die der Kaiser wünscht, auf sich warten lassen.

Für den neu zu wählenden Reichsrath eröffnete die Thatsache schlechte Aussichten, daß nicht allein die Nationalitäten, sondern sogar die Parteien einer und derselben Nationalität fortführen zu raufen, und natürlich gingen die Deutschen, wie gewöhnlich, mit dem schlechten Beispiele der Uneinigkeit voran. Im Städtewahlbezirk Trautau zum Beispiel hatte bei der letzten Reichstagswahl der radikale Wolf den bisherigen Vertreter, einen Liberalen, verdrängt. Der Landkreis war den Liberalen treu geblieben, und die fünfte Kurie hatte einen Sozialdemokraten gewählt. Noch vor Auflösung des Abgeordnetenhauses berief der deutsch-liberale (nach der neuen Bezeichnung fortschrittliche) Gemeinderath von Trautau den fortschrittlichen Parteitag für ganz Böhmen in seine Stadt. Wolf, der dadurch sein Mandat bedroht glaubte, berief nun auch einen Volkstag der Radikalen seines Wahlkreises auf denselben Tag und suchte dafür das von den Fortschrittlern gewählte Lokal zu gewinnen. Der liberale Bürgermeister von Trautau, besorgt sowohl um die Ruhe der Stadt wie um das Schicksal seiner Partei, bat den Statthalter, die radikale Versammlung zu verbieten, und wandte sich dieserhalb sogar mit einem Telegramm an den Kaiser. Zwar mißbilligte die Fortschrittspartei auf das entschiedenste die unschöne Handlung des überängstlichen Bürgermeisters — der radikale Volkstag wurde abgehalten auf einem festlich geschmückten Hügel in der Nähe der Stadt — aber Herr Wolf erging sich nach seiner Gefplogenheit in kräftigen Urtheilen über die deutsche Fortschrittspartei, die mit Schmeicheleien wenig Ähnlichkeit hatten, und vor den Augen der Tschechen die Einigkeit der Deutschen glänzen zu lassen, war der Vorfall eben nicht geeignet. Und während der naheliegende Gedanke, daß sich die beiden religiös gesinnten, oder wenn man lieber will, kirchlich-reaktionären Parteien, die Christlich-Sozialen und die eigentlich Klerikalen (katholische Volkspartei) zu einer Partei vereinigen sollten — zu einer österreichischen Zentrumsparthei — nur akademisch erörtert wurde, fielen die Christlich-Sozialen in das Gebiet der Klerikalen ein und spalteten die katholische Volkspartei.

In Tirol jagten sie dem Freiherrn von Dipauli, der denn doch an Ansehen und In-

telligenz so manche christlich-soziale Größe einigermaßen überragt, sein Mandat ab. Uebrigens hatten die Häupter der katholischen Volkspartei schon im Oktober mit den Führern des böhmischen Großgrundbesitzes wegen Eintritt in die deutsche Gemeinbürgerschaft berathen und waren zu der Entscheidung gelangt: förmlich beitreten könnten sie nicht — wegen der Kirchenfeindschaft der Liberalen und der Deutschnationalen, aber sie erklärten sich gegen das böhmische Staatsrecht, wollten für die deutsche Vermittlungssprache eintreten und der Organisation der deutschen Gemeinbürgerschaft keine Schwierigkeiten bereiten; sie wollten sich bemühen, das Parlament flott zu machen, und wahrten sich freie Hand in Beziehung auf den Anschluß an die eine oder die andere Partei, zum Beispiel den Polenklub. Von der heillosen Zerspaltung des Volkes bekommt man einen Begriff, wenn man aus einer Erklärung des Dr. von Grabmayr erfährt, daß die 232 stimmberechtigten Mitglieder des Großgrundbesitzes im Ländchen Tirol — der Einwohnerzahl nach ist es nur ein Ländchen — in vier Gruppen zerfallen: die deutschfortschrittliche, die deutschkonservative, die italienischnationale und die der Austriacanti, also Zentralisten oder verfassungstreuen Italiener. Und alle vier stehen dem klerikal gestimmten Volke gegenüber, das allerdings in den Städten mehr und mehr deutschnational wird!

Die Sozialdemokraten zogen in den Kampf mit einem sehr pompösen Wahlauftritt, worin sie sich als die allein Vernünftigen und Staaterhaltenden priesen gegenüber dem sinnlosen und zerrüttenden Nationalitätenstreit. Allein das nutzte ihnen nichts; sie machten überall schlechte Geschäfte, besonders in Böhmen und in Galizien; sie schoben die Schuld theils auf angebliche gewaltsame Unterdrückung der Wahlfreiheit der Arbeiter, theils auf den alles beherrschenden nationalen Fanatismus. Da sich die Wahlen — eine der wunderlichen österreichischen Einrichtungen — ein paar Monate lang hin und bis ins nächste Jahr hineinzogen, kann hier das Wahlergebnis noch nicht mitgetheilt werden. Nur zwei charakteristische Einzelheiten sollen hervorgehoben werden. In Krain war nach der letzten Wahl das indirekte Verfahren durch das direkte ersetzt worden; 1897, bei der letzten Wahlmännerwahl, hatten in der fünften Kurie 19, diesmal aber 54 % der Wähler gestimmt. Gewählt wurde ein Klerikaler. Die „Arbeiter-Zeitung“ zog aus diesen Thatfachen zwei ganz richtige Folgerungen, nämlich erstens, daß die Wähler bei indirekten Wahlen wenig Lust haben, sich zu betheiligen, daß also direkte Wahlen ein treueres Bild der Stimmung des Volkes und einen richtigeren Ausdruck des Volkswillens ergeben (auch bei den Wahlen zum deutschen Reichstage bleibt die Betheiligung gleichmäßig stark, während sie bei den preussischen Wahlmännerwahlen, die noch dazu Preussenswahlen sind, immer schwächer wird). Zweitens, daß, wenn das Volk konservativ oder klerikal

ist, die allgemeinen direkten Wahlen selbstverständlich auch konservativ oder klerikal ausfallen, so daß also aus ihnen der Autorität nicht die mindeste Gefahr erwächst. Die Arbeiter können bei allgemeinem, gleichem Wahlrecht höchstens so viel Stimmen zusammenbringen, als sie Köpfe haben; der Ausfall hängt also davon ab, ob die besitzenden Bauern und Kleinbürger zahlreicher sind oder die besitzlosen Arbeiter. Ist das zweite der Fall, so liegt das Uebel in der schlechten Besitzvertheilung, nicht im schlechten Wahlrecht. Das andere beachtenswerthe Vorkommnis war ein Wahlauftritt, den in Wien eine Anzahl von Universitätsprofessoren, Advokaten, höheren Justizbeamten und so weiter am letzten Dezember an die „Männer der Intelligenz“ richteten zu Gunsten der Arbeiterkandidaten der fünften Kurie. Es heißt darin: „Wenn man den Wählern der anderen Kurien außer ihrem besonderen noch das Wahlrecht in der fünften Kurie eingeräumt hat, so ist das eine Benachtheiligung der Arbeiterschaft, ein Unrecht, das sich bei der ersten Wahl deutlich darin gezeigt hat, daß nur wenige Vertreter der Arbeiterrechte aus der Wahl herausgegangen sind. Es ist eine Pflicht der Gerechtigkeit, daß wir den Arbeitern helfen, ihre Fürsprecher in dem Hause zu haben, das wir zur wirklichen Volksvertretung auszugestalten wünschen. Wir können bei dem heutigen Zustande dieser Pflicht nur genügen, wenn wir für die Kandidaten der freisinnigen Arbeiterschaft eintreten.“

Im Oktober und November erregten zwei Angelegenheiten der hohen Politik die Gemüther. Die eine war die der bosnischen Bahnen. Die Herren Magyaren wollen Oesterreich vom Adriatischen Meere möglichst absperrn und alle Vortheile der Verbindung mit dem Meere ihrer Bahn Budapest—Fiume zuwenden, Oesterreich dagegen will sich selbst mit Bosnien und dieses mit dem Meere bei Spalato oder Zara möglichst bequem verbinden. Es kostete viel Mühe, den hochgebietenden Budapestherren die Erlaubnis zu einer kleinen schmalspurigen Verbindungsstrecke (Buzgojno—Arzano) abzurufen, welche die Verbindung mit Spalato erleichtert; auf eine viel wichtigere nord-südliche Bahn, welche die cisleithanische Regierung plante, mußte sie verzichten. Da die unerträgliche Tyrannei, die man sich fortwährend von Ungarn gefallen lassen muß, bei dieser Gelegenheit schmerzlich empfunden wurde, so trat der Gedanke wieder stärker hervor, ob nicht doch die Trennung von Ungarn einem größeren Wirthschaftsgebiete vorzuziehen sei, dessen eine Hälfte fortwährend für die andere bluten muß. Unter anderen berieth darüber anfangs November die Gesellschaft der österreichischen Volkswirthe. Die Herren beklagten es, daß die ungarische Regierung das dalmatinische Küstenland durch Absperrung veröden lasse, Oesterreich von Bosnien absperrte und überhaupt einen förmlichen wirthschaftlichen Krieg gegen Oesterreich führe, und der Präsident

der Gesellschaft, Professor von Philippowich, sprach die Erwartung aus, diese letzte Erfahrung werde die Vereinigung aller deren einleiten, die meinen, die Nachtheile des gegenwärtigen Verhältnisses zu Ungarn überwiegen die Vortheile. Bei dieser Stimmung mußte die Ansprache sehr kräftig wirken, mit der Herr von Körber am 30. Oktober den in Wien veranstalteten Industriellentag begrüßte. Es heißt darin unter anderem: „Die Regierung will den emsig arbeitenden, rüstig vorwärts schreitenden Verfassungsstaat, und alle Parteien, die dasselbe wollen, sind unsere Partei. Es war ein erschütterndes Bild, zu sehen, wie die Obstruktion jede fruchtbringende Arbeit verhinderte. Ein solches Parlament muß zu der Entscheidung drängen, ob nicht das Wohl des Staates und der Völker einen sichereren Schutz als den durch die Verfassung erheißcht.“

Die andere Angelegenheit war die Nachricht, der Botschafter beim Vatikan, Graf Revertera, solle abberufen werden. An sich wäre daran nichts Auffälliges gewesen, da der Herr 74 Jahre alt war und sich zur Ruhe zu setzen wünschte. Allein es wurde das Gerücht verbreitet, die angebliche Abberufung — sie wurde dementirt — sei auf einen Druck von Pest aus erfolgt, wo man sich darüber beklage, daß Revertera zu klerikal gesinnt sei und die Interessen des Staates nicht mit der erforderlichen Energie wahrnehme. Grund genug für die Wiener Liberalen, den Vorfall zu bejubeln, und für die Klerikalen, ihn zu beklagen!

Ein gut informirtes protestantisches Blatt Norddeutschlands meinte, es sei dem ungarischen Ministerpräsidenten Szell um die bevorstehenden Wahlen zu thun. Sich die Mehrheit durch Dragonaden zu sichern, wie sein Vorgänger, der grobe Bauer Banffy, gethan habe, könne er, als feiner Kavallerier, nicht gut wagen, auch sei Banffy über diese gar zu drastische Form des ungarischen Liberalismus gestolpert. Nun bedrohe aber die junge katholische Volkspartei, die immer mehr antisemitische Färbung annehme, seine Mehrheit ganz ernsthaft, er wolle daher als Botschafter beim Vatikan einen schneidigen Mann, der den Papst dränge, den Eifer der ungarischen Volkspartei zu zügeln. Wenn die österreichischen Liberalen in den Magyaren Bundesgenossen gegen den Klerikalismus sehen, so haben sie damit ja recht. Es fragt sich nur, ob die den Deutschen vom Klerikalismus drohende Gefahr so groß ist, daß sie Flug daran thun, sich einen Bundesgenossen zu wählen, der sie wirtschaftlich aufrüstet, und der überall, soweit seine Macht reicht, die deutsche Nationalität vernichtet, während doch die deutschen Aelpler bei aller katholischer Bigotterie ferndeutlich geblieben sind.

Nur sollte sich die diesseitige Regierung davor hüten, um politischer Vortheile willen dem Klerus Uebergriffe zu gestatten, zum Beispiel es zuzulassen, daß in Südtirol die Gymnasiasten zu sogenannten Exerzitien gezwungen werden. Wir wissen aus

eigener Erfahrung, daß solche geistliche Uebungen, wenn sie gut und verständig geleitet werden, auf Geistliche und auf solche, die sich für den geistlichen Stand vorbereiten, eine sehr heilsame Wirkung ausüben, für Knaben aber und sehr junge Leute gefährlich und verderblich sind. Auch sollte die Gesetzgebung endlich einmal die Bestimmung aufheben, welche die Ehen katholischer Priester für ungültig erklärt; die Verheirathung eines Priesters ferk machte den Behörden wieder einmal viel unnütze Arbeit. Dem Volke seine Religion, gleichviel welche es ist, mit Gewalt entreißen wollen, ist Thorheit und Frevel, anderseits aber ist es ein politisches Verbrechen, das Volk zu Bigotterie und Heuchelei und zu blindem Gehorsam gegen den Klerus zu erziehen.

Zum Jahreschluß litt die Regierung noch mit einem Versuche Schiffbruch, den Reichsrath durch die Landtage zu ersetzen. Die indirekten Steuern sind Reichsangelegenheit. Aber da die Finanzen der Kronländer dringend einer Aufbesserung bedurften, gedachte ihnen die Regierung ohne Mitwirkung des Reichsrathes mit einem Zuschlag zur Brauntweinsteuer aufzuhelfen. Sie legte den Landtagen ein Gesetz vor, zu dessen Durchführung aber erforderlich war, daß es von allen Landtagen ohne Ausnahme angenommen würde, weil kein Artikel in den verschiedenen Kronländern verschieden besteuert werden darf. Der Tiroler Landtag nun lehnte die Vorlage ab. Die Wälschtiroler, die zehn Jahre lang dem Landtage fern geblieben waren, erschienen diesmal nur zu dem Zwecke, die Regierungsvorlage zu fälle zu bringen, aus Zorn darüber, daß der Ministerpräsident neuerdings eine Eingabe der Italiener um größere Berücksichtigung ihrer autonomistischen Wünsche abschlägig beschieden hatte. — In Wien tobte der Kampf im Dezember nicht blos um die Wahlen, sondern auch um das Vorsten- und Rindvieh. Die Fleischermeister, natürlich die strammsten unter den strammen Christlich-Sozialen, wollten eine Erhöhung des Rindfleischpreises durchsetzen. „Am Gott's willen nicht“, rief ihnen Lueger zu: „sonst wählen's uns lauter Sozi und Judenliberale, auf das Kommando unserer lieben, frommen Weiber!“ „Na, dann wollen wir wenigstens den ungarischen Juden weniger zahlen“, sagten die Fleischer und besuchten den Zentralviehmarkt nicht mehr, so daß sich die Stadt Wien von einer furchtbaren Fleischnoth bedroht sah. Die Regierung griff ein, indem sie durch strengere thierärztliche Untersuchung des Schlachtviehs einen Druck auf die ungarischen Viehhändler ausübte. Natürlich ergriffen die Herren in Budapest Gegenmaßregeln, aber die Wiener mit einem Viehausfuhrverbot zu strafen, haben sie im eigenen Interesse wohlweislich unterlassen.

Die Los von Rom-Bewegung machte nicht gerade reißende, aber stetige Fortschritte. Im April schon hatte Schönerer die Zahl der Ausgetretenen auf 10.000 angegeben, etwas später wurden sie auf 16.000 geschätzt. Es wurde eine Anzahl

evangelische und altkatholische Gemeinden gegründet. In Wien, Innsbruck und Graz kam es zu öfteren Reibungen zwischen deutschnationalen und klerikalen Studenten. In Prag holte Ende Oktober die Polizei den altkatholischen Priester Jschka aus einer Kapelle heraus, während er dort Gottesdienst hielt. Die Verhaftung wurde damit begründet, daß Jschka als Pfarrer einer tschechischnationalen

(neuhussitischen) Kirchengemeinde fungire, die vom Staate nicht anerkannt sei, und daß ihm sowohl der Statthalter als der Magistrat das Abhalten von Gottesdiensten verboten hätten. Jschka wurde nach Aufnahme eines Protokolls freigelassen und versuchte einige Tage darauf, noch einmal in die Kapelle einzudringen, die aber polizeilich gesperrt fand. In einer anderen Kapelle ließ man ihn später ungestört amtiren. Auf der altkatholischen Synode zu Wien (im September) war bestimmt worden, daß sich die Gemeinden national organisiren und die Tschechen ihre besondere Organisation

erhalten sollten. Die Gesamtzahl der österreichischen Altkatholiken betrug nach dem Synodalbericht 16.885.

Wir tragen noch einige Kuriosa aus einigen Kronländern nach. In Galizien wurde die vortreffliche Regierung der Schlachzigen besonders durch zwei Vorkommnisse beleuchtet: durch den Prozeß der galizischen Sparkasse, der großartige Veruntreuungen aufdeckte — auch bei anderen galizischen Kassen ereignete sich so manches, was die Leute veranlaßte, zum Revolver zu greifen oder eine Reise ins Ausland zu unternehmen — und den Folterprozeß in Sambor. Mehrere Polizei- und

Gefängnisbeamte mußten verurtheilt werden, weil sie durch regelrechte Folterung — die etwas schadhafte Foltermaschine war zu dem Zweck ausgebessert worden — den Gefangenen, darunter einem zehnjährigen Knaben, das Geständnis von Vergehungen ausgepreßt hatten, die thatsächlich nicht begangen worden waren. — Im Juli kamen hundert russische Studenten nach Prag, was

zu einem großen panslawistischen und russisch-tschechischen Verbrüderungsfest Anlaß gab. Im Prager Landtag machte sich ein Abgeordneter den Scherz, die Einführung des Russischen als obligatorischen Lehrgegenstandes an den tschechischen Gymnasien zu beantragen, und der Landtag — verhandelte über diesen Unsim. Ein andermal wurde gegen die Person des Monarchen wegen seiner Aeußerung über den Zde-Unfug eine Sprache geführt, die weder im deutschen Reichstage noch in irgend einem deutschen Landtage möglich wäre. Der eine der Herren sagte zum Beispiel: „Wir dür-



Fürstin Sophie Hohenberg.

fen nicht fortwährend behaupten, daß wir gut österreichisch und loyal seien; das ist nicht wahr, lügen wir nicht!“ Am 5. Juli wurde eine großartige Hufschier veranstaltet. — Der Einziger Gemeinderath wollte eine Straße Bismarck-Straße taufen, der Landesauschuß von Oberösterreich aber, dessen Vorsitzender der klerikale Landeshauptmann Dr. Ebenhoch ist, hob den Beschluß des Gemeinderathes auf, und dessen Beschwerde wurde vom Reichsgericht mit der Begründung zurückgewiesen, daß in solchen Sachen der Landesauschuß die allein zuständige höchste Instanz sei. — In

Steiermark unternahmen die Slovenen einen Sturm in Gestalt eines großen Sofolfestes auf Cilli, jedoch vergebens, da Cilli eine gut deutsche Stadt bleiben will.

Vom Hofe.

Für das Kaiserhaus gestaltete sich das Jahr 1900 durch eine Reihe wichtiger Familienereignisse

zu einem recht
denkwürdigen.

Am 22. März
vermählte sich
die Kronprin-
zessinwitwe

Stephanie
mit dem Grafen
Lonyay; die

Trauung

wurde in der
Kappelle des
Schlosses Mi-
ramar vollzo-
gen. — Am 1.

Juli feierte der
Thronfolger,

Erzherzog

Franz Ferdi-
nand, im kaiser-
lichen Schlosse
Reichstadt in
Nordböhmen

seine Vermäh-
lung mit der

Gräfin Cho-
tek. Der Kai-
ser hatte seine

Einwilligung zu
der Verehelichung mit einer

unebenbürtigen
Dame nicht ge-
rade sehr gern

gegeben, aber
doch auch nicht

verweigert. Der
Braut wurde

der Fürstenrang
mit dem Na-
men Hohen-

berg verliehen,
aber die Kinder

aus dieser Ehe sind zur Thronfolge nicht berech-

tigt. Ueber die eidlich abgegebene Verzichtleistung

des Erzherzogs erhob die ungarische Unabhängig-

keitspartei einen ungeheuren Lärm. Sie behauptete,

der Thronfolger habe nicht das Recht zu einem

solchen Verzicht gehabt; das ungarische Staats-

recht kenne keine morganatischen Ehen; die legi-

time Gemahlin des zukünftigen Königs von

Ungarn müsse zur Königin gekrönt werden, und

ihre Kinder seien zur Thronfolge berechtigt. Vier-
zehn Tage stritt man sich im Reichstage darum,
und endlich wurde, Mitte November, die voll-
zogene und unabänderliche Thatsache vom unga-
rischen Parlament genehmigt und „inartikulirt“,
was die Affen der Magyaren, die Tschechen, zu
der Forderung begeisterte, die Sache müsse auch
in Prag „inartikulirt“ werden. Es war das ja
eine Gelegenheit, wo sich die Herren Ungarn ein-

mal wirklich

liberal zeigen

konnten, denn

das Vorurtheil

der Unebenbür-

tigkeit ist wirk-

lich so illiberal

wie möglich.

Nur hatten sie

sich leider zur

Bethätigung

ihres Liberalis-

mus einen Fall

herausgesucht,

der allen Unter-

thanen Seiner

Apostolischen

Majestät dies-

seits wie jen-

seits der Leitha

herzlich gleich-

giltig ist; denn

welcher von den

noch ungebore-

nen Erzherzo-

gen künftiger

Generationen

einmal die Last



Herzog Robert von Württemberg und Erzherzogin Maria Immaculata Raineria.

ser Franz Joseph am 10. Juli von Jisch-

nach Gmunden, um der Trauung der Prinzessin

Marie Luise von Cumberland mit dem

Prinzen Max von Baden beizuwohnen, die

in der dortigen evangelischen Kirche vollzogen

wurde. Dieser Ehebund entbehrt nicht ganz der

politischen Bedeutung, weil das badische Haus mit

dem preussischen Königshause nahe verwandt ist,

dieses also mit den feindlichen Welfen verschwägert

wird. — Am 18. August feierte Kaiser Franz Joseph in aller Stille seinen Geburtstag. Es war diesmal der siebzigste, und darum gaben sich die Liebe seiner Völker und die Ehrfurcht des Auslandes vor dem wohlwollenden, weisen und vielgeprüften Monarchen noch lebhafter und inniger kund als sonst. — Am 29. Oktober endlich wurde in der Pfarrkirche der Hofburg die Erzherzogin Maria Immaculata Raineria mit dem Herzog Robert von Württemberg getraut.

Ungarn.

Wenn wir die jenseitige Reichshälfte kurz abfertigen, so geschieht dies mit Vorbedacht. Aus dem Gezänk der dortigen Parteien, das, soweit sie rein magyarisch sind, nichts weiter ist als ein Kampf um die Beute, kommt weder für die Kultur noch für die Monarchie etwas heraus. Gewaltsame Magyarisirung aller Nichtmagyaren, ein Stückchen „Kulturkampf“ gegen die katholische Kirche, Aufdeckung und Vertuschung von Unterschlagungen und Betheiligungen an faulen Geschäften, die sich hohe Beamte und führende Parlamentarier zu Schulden kommen lassen, Beschimpfungen Oesterreichs, darauf beschränken sich die Heldenthaten des „ritterlichen und liberalen“ Volkes. Weit entfernt davon, mit dem Ausgleich von 1867, der den Ungarn so große Vortheile sichert, zufrieden zu sein, fordert die von Kossuth und Agron geführte Opposition bei jeder Gelegenheit die volle Autonomie, als ob Ungarn ohne die Verbindung mit Oesterreich lebensfähig wäre, und als ob die Herren Magyaren prahlen könnten, wenn Oesterreich nicht zahlte, das deutsche Bürgerthum nicht die Intelligenz, und zusammen mit den meist slavischen Nationalitäten angehörigen Arbeitern die Arbeit lieferte. Es ist wahr, in einer Beziehung hat Ungarn Fortschritte gemacht, die Regierung hat in den letzten Jahren eine Industrie begründet und den letzten Jahren eine Industrie begründet und mit Treibhaushitze groß zu ziehen versucht. Aber die Herren Magyaren dürfen sich den Ruhm einer Schöpfung nicht zuschreiben, zu der die Juden und die Deutschen das Geld und die Intelligenz, die Deutsche und Slaven die Arbeit liefern. Und ob sich die neue Schöpfung lebenskräftig erweisen wird, das ist noch die große Frage. Die Zeiten, da die Industrie bei Ausbeutung der Arbeiter gedeihen konnte, sind vorüber; beim heutigen Stande der Industrie kann nur das Land die internationale Konkurrenz bestehen, das intelligente und tüchtige Arbeiter hat; intelligent und tüchtig aber können die Arbeiter nur bei hohen Löhnen, kurzen Arbeitszeiten und bei Gewährung reichlicher Bildungsmittel werden. Diese Vortheile aber den Arbeitern zu bewilligen, fällt den Magyaren nicht ein, deren Härte sowohl gegen ihre im Elend schmachtenden Frohnbauern wie gegen die Industriearbeiter schon wiederholt Revolten hervorgerufen hat. Jede Arbeiterorganisation wird als revolutionär und sozialdemokratisch unterdrückt, was natürlich die Arbeiter

mit revolutionärer Gesinnung erfüllt und sie in der Sozialdemokratie die einzige Erlöserin erblicken läßt.

Am 26. Februar 1899 war Koloman von Szell Banffy's Nachfolger im Ministerpräsidium geworden. Der Wechsel war insofern glücklich zu nennen, als Szell die Gegensätze zu mildern, die Parteien zu versöhnen bemüht war und die herrschende Partei, zu der er selbst gehört, von Brutalitäten zurückzuhalten suchte. Sein Unterrichtsminister Massics empfahl am 2. Januar 1900 im Abgeordnetenhaus die Einführung des Deutschen als Unterrichtgegenstand in den Volksschulen, und als er selbst am 9. Februar nationaler Mattheizigkeit und der Duldung „staatsfeindlicher“ Agitation beschuldigt wurde, erwiderte er, Energie in Fällen anzuwenden, wo keine nöthig sei, das sei nicht Energie, sondern Gewaltthätigkeit. So zum Beispiel sei es nicht nöthig, den Bismarck-Kultus zu unterdrücken, da dieser mit ungarischem Patriotismus recht wohl zusammen bestehen könne. Der ungarische Staat stehe so fest, daß er auf Kleinliche Maßregeln, die Angst bekunden würden, verzichten könne. „Wir müssen die anziehenden, nicht die abstoßenden Kräfte entwickeln, alle Bürger ohne Unterschied an den Staat fesseln, der ihnen Schutz gewährt. Das ist wahre ungarische Politik. Wir treiben keine Rassenpolitik. Niemand will Rassenpolitik treiben. (Na, na! nur nicht gar zu unschuldig thun, sonst glaubt man dem konzilianten Herrn gar nichts mehr! mögen die Deutschen gedacht haben.) Es wird bei uns niemand seiner Nationalität wegen verfolgt. Wir wünschen nur, daß der ungarische Staat nach außen imponire, im Inneren aber die Sympathie und Anhänglichkeit seiner Angehörigen genieße. In diesem Sinne akzeptire ich die Erklärung Melzer's, daß die Sachsen nichts Ungarfeindliches anstreben.“ Der siebenbürgische Sachse Melzer hatte nämlich zwei Tage vorher die Verdächtigung zurückgewiesen, seine Landsleute erstrebten die Vereinigung mit Deutschland. Da der versöhnliche Szell auch der Hinneigung zu den Klerikalen beschuldigt wurde, fand er es angezeigt, am 2. April feierlich zu erklären, daß er an den kirchenpolitischen Gesetzen nicht rütteln lasse.

Um einen Begriff von dem Grade von Sauberkeit zu geben, den die edlen Magyaren einander gegenseitig zutrauen, theilen wir aus der Verhandlung des Abgeordnetenhauses am 8. März einiges mit. In nicht öffentlicher Sitzung wird die Frage des Wahlfonds der liberalen Partei erörtert. Rakovszky fragt, ob es wahr sei, daß der frühere Ministerpräsident Banffy als Chef der liberalen Partei diesen Wahlfonds an seinen Nachfolger nicht übergeben habe, und daß dieser Wahlfonds auch mit ausländischem Gelde gespeist worden sei, für das man materielle politische Gegenleistungen bewilligt habe? Ferner, ob es wahr sei, daß Banffy den Dispositionsfonds für 1899, der ihm zudem gar nicht bewilligt worden sei, im

voraus mit Schulden belastet habe? Der Ministerpräsident von Szell erklärt, er habe von einer Wahlkasse oder einem Parteifonds keine Kenntnis. Die Gelder und Akten würden nicht dem Minister persönlich übergeben, sondern einer seiner Beamten übernehme sie. Der Landesvertheidigungsminister Feldzeugmeister Fejervary erklärt: als früherer Minister des Kabinetts Banffy habe er, als die Sache zur Sprache kam, sich verpflichtet gefühlt, Banffy zu fragen, wie es damit stehe, und dieser habe geantwortet, es seien niemals Gelder für Wahlzwecke aus dem Auslande gekommen; der Wahlfonds sei aus Beiträgen der Parteifreunde gebildet worden. Ugron theilt mit, er habe der Redaktion des Wiener „Vaterland“ Schriftstücke gesandt, die beweisen, daß im Winter 1898 bis 1899 noch Gelder aus dem Wahlfonds vorhanden gewesen, aber dem Ministerium Szell nicht übergeben worden seien. Szell und andere protestiren gegen diese Behauptung, und Fejervary vervollständigt seine Aussage durch die Mittheilung, die Wahlkampagne von 1896

habe den Parteifonds stark belastet, und dieser habe erst im Herbst 1898 den Rest seiner Verpflichtungen tilgen können. Im folgenden Winter sei kein Geld mehr vorhanden gewesen. (Ja, ja! die „freien“ Wahlen kosten in Ungarn der „liberalen“ Regierungspartei viel Geld! Das glauben wir gern; wenn sonst nicht, darin sprechen die Regierungsmänner die Wahrheit.) Rohonczy ruft, Ugron habe seine grundlosen Anklagen nur vorgebracht, um die Aufmerksamkeit von seinen Lieferungsgeeschäften abzulenken. Ugron hatte nämlich Lieferungsgeeschäfte mit der Armee

und der Staatsbahn abgeschlossen, von denen seine Gegner behaupteten, daß sie mit seinem Abgeordnetenmandat unverträglich seien — inkompatibel lautet der Kunstausdruck. (Ugron wurde nach langen Verhandlungen im Juni von der Anklage, das Inkompatibilitätsgesetz verletzt zu haben, freigesprochen.) Die Angelegenheit hatte, wie sich das bei einer ritterlichen Nation von selbst versteht, eine Reihe von Duellforderungen zur Folge. Im

April mußte der Handelsminister dem Hause die unangenehme Mittheilung machen, daß die Kaschau—Oderberger Bahn durch ungetreue Beamte um mehr als 100.000 Gulden geschädigt worden sei; einen Theil des Verlustes hoffe man aus dem beschlagnahmten Vermögen der Schuldigen decken zu können.

Die Konfessionsfrage lebte im Jahre 1900 in eigenthümlicher Form wieder auf. Die

Protestanten klagten über den Verfall der Kirche. Zunächst darüber, daß ihre Zahl zurückgehe. Zum Theil erklärt sich das aus dem Rückgange des, wie schon erwähnt, unfruchtbaren und zu seiner Erhaltung auf den

Zufluß von Menschen anderer Nationalität angewiesenen Magyarenthums; es mag nun sein, daß die zwangsweise Magyarisirung mehr Katholiken als Protestanten betroffen hat, und daß daher das allmähliche Schwinden der echten Magyaren zuerst in den kalvinistischen Gemeinden bemerkbar wird. Außerdem werden die hohen Kirchensteuern und die schlechte Besoldung der Geistlichen als Grund angeführt. Koloman Tisza endlich machte in einer Rede die Abnahme der religiösen Empfindung für den Rückgang der Zahl verantwortlich, und im Abgeordnetenhaus



Koloman von Szell, ungarischer Ministerpräsident.

sagte ein Katholik, der Graf Johann Zichy, am 2. April daselbe. Er pries die Religiosität der Protestanten, bedauerte aber, daß sie in neuerer Zeit durch die Einführung der Zivilstandsregister und der übrigen kirchenfeindlichen Gesetze Einbuße erlitten habe, und forderte die Protestanten auf, vereint mit den Katholiken auf eine Revision der kirchenpolitischen Gesetze hinzuwirken. Dieser Angriff war es eben, der dem Ministerpräsidenten die Gelegenheit darbot, in der erwähnten Rede die Kirchengesetze für unantastbar zu erklären und sich vom Verdacht klerikaler Neigungen zu reinigen. Einen kleinen Streit, glücklicherweise bloß um einen Titel, gab es zwischen Katholiken und Protestanten in Siebenbürgen. Der römisch-katholische Bischof, ein Graf Mailath, bat um die amtliche Feststellung seines Titels. Der Kultusminister entschied, daß er sich „Bischof von Siebenbürgen“ zu nennen habe. Da aber dieser Titel aus der Zeit stammte, in der die Protestanten bloß geduldet waren, und die Rückkehr zu den Anschauungen jener Zeit zu bedeuten schien, so protestirten der Konvent der reformirten Kirche und die sächsische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses, und Graf Mailath mußte sich „römisch-katholischer Bischof von Siebenbürgen“ unterzeichnen. Reaktionärer und ultramontaner Gesinnung wurde Szell besonders von seinem Vorgänger Banffy beschuldigt, der fleißig gegen ihn wühlte. Das Abgeordnetenhaus nahm in der Frühjahrssitzung eine Börsensteuer an. Darüber könnte man sich bei der Abhängigkeit der Magnaten von den Geldleuten und bei der Freundschaft dieser zwei Mächte zu einander wundern, wenn die Steuer nicht sehr gering und darum bedeutungslos, eine bloße Form wäre; sie beträgt 10 Heller auf 2000 Kronen. Uebrigens ist, dem immer noch vorwiegend agrarischen Charakter des Landes gemäß, der Börsenverkehr schwach, und wie unbefriedigend die wirtschaftlichen Zustände im ganzen sind, beweist die starke Auswanderung aus dem durchaus nicht überfüllten Lande; im Monat März zum Beispiel wurden 15.592 Auswandererpässe ausgefertigt.

In Gran ward am 14. und 15. August der neunhundertjährige Bestand des Christenthums würdig begangen mit einer Feier, die durch keinerlei politische Demonstrationen gestört und entstellt wurde. — Der Deutschen Haß der Herren Magyaren machte sich bei verschiedenen Gelegenheiten Luft. Am 12. Juli beschloß der Magistrat der Hauptstadt, alle Briefe zurückzuweisen, auf deren Adresse nicht Budapest sondern Ofen-Pest stehe. Berliner Künstler, die in Pest Theater-vorstellungen gaben, suchte man durch Schimpfen in den Zeitungen zu vertreiben, und in Szegedin wurde eine deutsche Sängergesellschaft durch den Lärm des Publikums verhindert, ihre Lieder zum besten zu geben. Im Herbst machte das Abgeordnetenhaus ein Gesetz, das die Anstellung von ausländischen Wirthschaftsbeamten, womit natürlich Deutsche gemeint sind, verbietet: auf Gütern der

totden Hand, auf Gütern, die Ausländern gehören, und auf solchen Gütern, deren Besitzer Ungarn sind, die beständig im Auslande leben. Der Unterrichtsausschuß der Hauptstadt schlug im Oktober die Abschaffung des deutschen Sprachunterrichtes vor. Ein ungarischer Publizist begrüßte den Vorschlag mit Begeisterung und versicherte, er freue sich jedesmal, wenn seine Kinder schlechte Noten in Deutsch mit nach Hause brächten.

Möge die Vorsehung allen ungarischen Vätern recht viel solche Freuden bescheeren, dann wird das Magyarenthum rasch abgewirthschaftet haben. Entschiedenen Protest haben gegen den Unsinn nur zwei in deutscher Sprache erscheinende Zeitungen erhoben; die eine davon, das Organ der Sozialdemokraten, schrieb: mit Ausnahme der Idioten wisse jedermann, daß kein zur Intelligenz gehörender Bewohner von Budapest das Deutsche entbehren könne. Der Magyarisirung aller Ortsnamen setzten die siebenbürgischen Sachsen, insbesondere die Gemeindevertretungen von Kronstadt und Hermannstadt, den gewohnten zähen und tapferen Widerstand entgegen. Wenn es den Ungarn gelänge, das Deutschthum im siebenbürgischen Sachsenlande auszurotten, so wäre das ein unersehlicher Verlust nicht allein für das Deutschthum, sondern für die Welt, für die Kultur, denn die siebenbürgischen Sachsen sind das gebildetste Volk der Erde, ein Volk, das keine Analphabeten und keine Spur von proletarischer Heife, von Lumpengesindel u. dgl. hat.

Daß niemand nöthiger als die Herren Magyaren deutsche Intelligenz, deutschen Fleiß und deutsche Rechtschaffenheit als Helfer der eigenen Unfähigkeit brauchen, beweist nicht allein der wirthschaftliche Zustand des ganzen Landes, sondern besonders auch durch ihre Mißwirthschaft die Budapest Stadterverwaltung, die sich vor Schulden keinen Rath mehr weiß. Ihr Voranschlag für 1901 ergab wieder einen Fehlbetrag von über zwei Millionen Kronen, und man sprach schon von Einsetzung eines Regierungskommissärs, womit jedoch die Stadt wohl vom Regen in die Traufe kommen würde, da der Regierungskommissär doch auch wieder nur ein Magyar sein würde, und zwar einer, der mit einem noch größeren Budget zu wirthschaften gewöhnt wäre. Daß sich die leitenden Kreise der Hauptstadt für die wirthschaftliche Trennung von Oesterreich begeistern, weil sie hoffen, schutzöllnerische Ab-sperrung Ungarns würde eine großartige Industrie hervortreiben und diese auch ihren Gemeindefäkel füllen, beweist nur den Leichtsin und die Unwissenheit der Herren; denn der Schutz Zoll allein thut nicht, die Quelle des Nationalreichthums ist die wirthschaftliche Tüchtigkeit, welche sich die Magyaren, wenn sie wollten, durch regen Wechselverkehr mit den Deutschen, und nur durch ihn, aneignen könnten. Wenn die Sozialdemokratie in keinem Lande Mitteleuropas so kümmerlich vegetirt wie in Ungarn, so ist auch dieses ein Beweis für den niedrigen Kulturzustand des Landes: es kann zu keiner

kräftigen Arbeiterbewegung kommen, weil die Arbeiter ungebildet und bettelarm, die Herrschenden aber nicht auf Hebung, sondern nur auf Unterdrückung und Ausbeutung des Arbeiterstandes bedacht sind.

Zu den Reaktionserscheinungen, die der ungarische „Kulturkampf“ des letzten Jahrzehnts gezeitigt hat, gehört eine ultramontan-antisemitische Bewegung an der Universität. Bei den Vorstandswahlen des Universitätsvereins am 15. September kam es zu einer Schlägerei zwischen der liberalen und der „national-antisemitischen“ Partei; diese siegte, da sie über die Mehrheit der Fäuste verfügte. Und die juristische Fakultät faßte eine Reihe von Beschlüssen im klerikalen Sinn: in den Berathungszimmern und Hörsälen sollten Kreuze angebracht, aus Anlaß der Graner Jubelfeier mehrere gelehrte Katholiken — aber kein Protestant — zu Ehrendoktoren promovirt werden; auch solle ein Lehrstuhl für katholische Moralkissenschaft errichtet und ein katholischer Universitätsprediger angestellt werden. Den Beschluß wegen der Kreuze hob der Senat zwar auf, aber der Streit darüber hat sich bis ins folgende Jahr hineingezogen. — Im Parteileben, das unzählige und endlose Reden hervortrieb, handelte es sich vorzugsweise um die Verschmelzung der beiden Gruppen der liberalen oder Regierungspartei, die von Tisza und Apponyi geführt werden. Die Apponyi-Gruppe steht der Unabhängigkeitspartei näher als die Tisza's.

Die Delegationen.

Das gemeinsame Parlament der beiden Reichshälften bilden die Delegationen, die von den beiderseitigen Reichsräthen aus ihren Mitgliedern gewählt werden. Da sich, von den wirtschaftlichen Ausgleichsverhandlungen abgesehen, die alle zehn Jahre wiederkehren, die gemeinsamen Angelegenheiten auf das Auswärtige und das Militär beschränken, so verlaufen die Delegationsverhandlungen alle Jahre nach dem Schema, das seit Jahrzehnten für die Berathung des Militärbudgets in den Parlamenten aller Großstaaten Europas gilt, und man kennt den Verlauf der Hauptsache nach im voraus: Die Regierung berichtet, man erfreue sich der besten Beziehungen zu allen Staaten ohne Ausnahme, und der Frieden sei gesichert; aber, fügt sie hinzu, um den Frieden noch ein bischen mehr zu sichern, könnten ein paar Bataillone mehr, ein paar Schiffe mehr, ein paar Kanonen mehr und die Einführung einer neu erfundenen besseren Waffe nicht schaden. Von den Abgeordneten sprechen ein paar dafür und ein paar dagegen, und schließlich wird das Wesentliche von dem, was die Regierung fordert, bewilligt.

In den Parlamenten der Dreibundstaaten wird außerdem die unerschütterte Festigkeit des Dreibundes gepriesen. Natürlich kommen alljährlich einige neue Variationen ins alte Thema, und um dieser

willen wollen wir aus den beiden Delegationsitzungen des Jahres 1900 einiges mittheilen. Die erste, im Januar, bildete nur den Schluß der am 30. November 1899 eröffneten Sitzung des Vorjahres. Die Tschechen wütheten gegen den Dreibund und vertheidigten den Zde-Unfug, was ihnen die schon erzählte kräftige Zurückweisung vom Kaiser zuzog. In der ungarischen Delegation versicherte die Mehrheit den Dreibund ihrer Sympathie. Nur Ugron äußerte Mißtrauen, indem er behauptete, gegenwärtig verfolge Deutschland dasselbe Ziel wie das alte heilige römische Reich deutscher Nation, nämlich die Germanisirung, was Tisza bestritt; dieser meinte, Ungarn habe weder von den Germanen noch von den Slaven etwas zu fürchten. Am 13. Januar beantwortete der Minister des Auswärtigen, Graf Soluchowski, eine Anfrage wegen der Ausweisungen österreichischer Unterthanen aus Deutschland. Es seien im Jahre 1899 im ganzen 30 Saisonarbeiter aus Preussisch-Schlesien ausgewiesen worden, meist aus dem Grunde, weil ihnen der Aufenthalt nur auf eine bestimmte Zeit bewilligt worden war und sie das preussische Territorium nicht zum angeordneten Termin verlassen hatten. Der Prozentsatz der Ausweisungen sei sehr gering zu nennen, da 1899 allein aus Westgalizien 2000 bis 3000 Arbeiter nach Preußen gegangen seien, zum großen Schaden der galizischen Landwirthschaft. Auf Reklamation des Auswärtigen Amtes seien 18 von den 30 Ausweisungen theils aufgehoben, theils aufgeschoben worden.

In der Schlußsitzung sprach der Minister des Auswärtigen: „Ich muß konstatiren, daß sich grundsätzlich keine Stimme gegen den Dreibund erhoben hat. Gleichwohl sind einige Angriffe gegen ihn gerichtet worden, die eigentlich einer grundsätzlichen Ablehnung gleichkamen. Der Dreibund ist dabei für Verhältnisse verantwortlich gemacht worden, für die er wirklich nichts kann. Der Dreibund ist ein eminent politisches Bündnis und hat kein anderes Ziel, als die Sicherung des Friedens und der Stabilität in den internationalen Verhältnissen Europas. Diesen Zweck hat der Dreibund zwanzig Jahre erfüllt, und wenn die Herren von Vortheilen sprechen, die man vom Dreibund vergebens erwarte, so muß ich fragen: Was für andere Vortheile erwarten denn die Herren von diesem Bündnis? Es ist gesagt worden, unter den Fittichen des Friedens mache Deutschland kolossale Fortschritte auf dem wirtschaftlichen Gebiete. Kann man daraus Deutschland einen Vorwurf machen? Und was hindert uns denn, den Frieden in gleicher Weise auszunützen? Wenn wir leider nicht im selben Maße fortgeschritten sind, so ist das doch wirklich nicht die Schuld des Dreibundes. Wie können wir fortschreiten, wenn wir, anstatt unsere Kräfte auf dem wirtschaftlichen Gebiet anzuspannen, tagelang darüber debattiren, mit welchem einfilbigen Worte sich die Reservisten in den Kontrolversammlungen

melden sollen? Es ist weiter hervorgehoben worden, daß uns der Dreibund zu übermäßigen Rüstungen verleite. Aber gerade wir sind hinter den anderen Großmächten in der Vermehrung des Militärs zurückgeblieben, und gerade der Sicherheit, die der Friedensbund gewährt, haben wir es zu danken, daß wir uns mit Rücksicht auf unsere Finanzen im Fortschritt der Rüstungen Zeit nehmen durften. Endlich wurde behauptet, der Bund habe uns in eine solche Abhängigkeit von Deutschland gebracht, daß wir uns schon dessen Einnischung in unsere inneren Angelegenheiten gefallen lassen müßten. Gegen diese Behauptung lege ich entschieden Verwahrung ein. Kramar hat sie zwar abgeschwächt, indem er sagte, der Vorwurf treffe nicht das offizielle Deutschland, sondern nur die deutsche Presse, die unser Verhältnis zu Deutschland als ein Abhängigkeitsverhältnis darstelle. Ich bitte, wie sollen wir bei der in Deutschland bestehenden Pressfreiheit Zensur üben! "

Die zweite Sitzungsperiode dauerte vom 12. bis zum 31. Mai. Bei Eröffnung der ungarischen Delegation sprach der Vorsitzende Szilagyi unter anderem: „Noch stehen wir unter dem Eindruck des Besuchs unseres Königs in Berlin, wo er mit außerordentlichen Ehren empfangen worden ist. Wir waren Zeugen, daß die Reichshauptstadt Berlin unseren Monarchen mit zahllosen Beweisen der Verehrung und Sympathie überhäufte, und wir hatten die Empfindung, daß bei der Zusammenkunft der Herrscher auch die freundschaftliche Gefinnung und die loyalen Bundesgefühle der Völker einander begegneten. Wir unsererseits erwidern die Gefühle der Sympathie und Verehrung, die die deutsche Nation unserem Herrscher ausgedrückt hat, in reichstem Maße sowohl dem Deutschen Kaiser als der großen deutschen Nation gegenüber.“ Den Besuch in Berlin hoben die Präsidenten der beiden Delegationen auch in ihren Ansprachen an den Kaiser beim Empfang hervor. Der Kaiser antwortete: „Die Versicherungen treuer Ergebenheit, die ich soeben vernommen habe, erwidere ich mit dem Ausdruck meines aufrichtigen Dankes. Die politische Lage der Monarchie hat in den wenigen Monaten, die seit der letzten Sitzung der Delegationen verflossen sind, keine Aenderung erfahren. Unser lang bewährtes intimes Verhältnis zu unseren Verbündeten, das auch anlässlich meines jüngsten Besuches bei Seiner Majestät dem Deutschen Kaiser wieder in so erhebender Weise zutage trat, findet in den vor trefflichen Beziehungen, in denen wir zu allen Mächten stehen, sowie speziell in dem steten Einvernehmen mit dem russischen Reiche in allen den Orient betreffenden Fragen eine erfreuliche Ergänzung, und leiten wir aus dieser Situation die Zuversicht ab, daß der Monarchie, die Segnungen des Friedens auch fernerhin erhalten bleiben werden. Meine Kriegsverwaltung erhebt auch in diesem Jahre nur in den engsten Grenzen der Nothwen-

digkeit Mehrforderungen. Dieselben sind theils eine Folge der früheren Bewilligungen, theils betreffen sie Versuche im Geschützwesen, dann solche Beschaffungen und Bauten, die unaufschiebbar sind. Das wirthschaftliche Leben in Bosnien und der Herzegowina bewegt sich in den normalen Bahnen stetiger Weiterentwicklung, und zur Deckung der Verwaltungskosten dieser Länder werden wie bisher die eigenen Einnahmen vollkommen ausreichen.“

In der Uebersicht über die Lage, die der Graf Goluchowski im Budgetausschuß der österreichischen Delegation gab, wurde auch des Burenkrieges gedacht. Die von ihm, dem Minister, geäußerte Zuversicht, die Konflagration in Südafrika werde keine gefährliche Rückwirkung auf die Beziehungen der Großmächte üben, habe sich bisher voll bestätigt; hoffentlich werde man auch in Zukunft von folgeschweren Ueberraschungen verschont bleiben. An freundschaftliche Vermittlungsaktionen könne man nicht denken; solche würden nur dann von Erfolg sein, wenn beide kriegführenden Theile gleich geneigt wären, sie anzurufen, was bekanntermaßen nicht der Fall sei. Der Jungtscheche Slama beschuldigt Goluchowski, er sei ein Feind des tschechischen Volkes, habe den Grafen Thun gestürzt und das Verhältnis zu Rußland gelockert; außerdem beschwert er sich darüber, daß die Deutschen das Pilsener Bier besteuern wollten. Goluchowski antwortet, seine Einnischung in die innere Politik Zisleithaniens sei eine Legende, und mit Rußland befinde man sich im besten Einvernehmen; die Pilsener Bierfrage sei noch nicht entschieden. In der ungarischen Delegation erklärt Goluchowski auf Anfragen das Gerücht von einem Separatabkommen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien wegen Albaniens für falsch; doch seien beide Mächte darin einig, daß ohne die Zustimmung aller beteiligten Staaten der status quo an keinem Punkte der Balkanhalbinsel geändert werden dürfe. Uebrigens seien die Vorkommnisse, aus denen man auf eine Gährung in Albanien und in Bulgarien schließe, von den Zeitungen aufgebauscht worden. Die Genehmigung des Militäretats benützen die Polen im Budgetausschuße der österreichischen Delegation dazu, nicht allein das Heer, sondern auch ihre eigenen Verdienste um das Heer und ihre Opfer für den Staat (die sie auf anderer Leute Kosten bringen) herauszustreichen.

Bei der Berathung des Budgets des Aeußeren reißen die Tschechen wieder den Grafen Goluchowski herunter wegen der angeblich übertriebenen Freundschaft zu Deutschland und der ungenügenden Pflege guter Beziehungen zu Rußland. Was die Ausweisungen aus Deutschland angehe, so habe der Minister nicht die richtige Zahl angegeben; allein aus dem Kreise Beuthen seien 199 Personen ausgewiesen worden. Graf Stürgkh antwortet, die Tschechen stünden mit ihren Angriffen auf den Dreibund, der von allen anderen Parteien und

Nationalitäten gebilligt und hochgeschätzt werde, ganz allein; sie suchten gegen die auswärtige Politik der Regierung nur zu dem Zwecke Stimmung zu machen, um für ihre innere Politik Bundesgenossen zu werben, erreichten mit dieser Taktik aber weiter nichts als ihre vollständige Isolierung. Pazař wiederholt trotzdem die Angriffe seiner Klubgenossen und spricht deren Mißtrauen dem Grafen Golurowski feierlich aus.

In einer späteren Sitzung protestirt der Minister des Aeußeren gegen die einreißende Gewohnheit, fremde Souveräne in die Debatte zu ziehen, und erklärt die Berichte über Massenausweisungen aus Deutschland für erlogen. So sollten aus dem Kreise Landeshut 360 Personen ausgewiesen worden sein; in Wirklichkeit seien es nur drei. Von Erwerbungen in China, nach denen ein Abgeordneter gefragt habe, könne keine Rede sein. „Wie sollten wir denn das machen? Mit Luftballon? Dazu müßten wir doch Schiffe haben.“ Ein Abgeordneter ruft: „Sollten wir haben!“ Golurowski: „Ganz meine Ansicht!“

Fürst Schönburg mahnt kräftig zur Beilegung des Nationalitätenstreites. Die schönste Armee könne nichts nützen, wenn im entscheidenden Augenblick die in Unordnung gerathene Staatsmaschine versage. Falls sich die Deutschen und die Tschechen nicht bald verständigten, müsse die Regierung die Sprachenfrage aus eigener Machtvollkommenheit regeln, an dieser Regelung viele Jahre hindurch festhalten und dadurch den Völkern den Frieden geben, nach dem sie sich sehnen. — Beim letzten Delegationsdiner tadelte der Kaiser noch einmal in scharfen Ausdrücken die Haltung der Tschechen; eine unverschämte Entgegnung Pazař's würdigte er keiner Antwort.

Die tschechische Unverschämtheit hat den Boden bereitet für die zukünftige Aktion der Deutschen, die freilich weniger in Kampfreden, Volkstagen und fulminanten Zeitungsartikeln, als in positiver Gesetzgebungs- und stiller Kulturarbeit zu bestehen haben wird. Davon hat sich die Regierung überzeugt, daß die Staatsordnung nicht auf die tschechischen Radaubröder gegründet werden kann. Wenn die Deutschradikalen darauf verzichten, die Regierung mit der Aussicht auf die baldige Zertrümmerung Oesterreichs zu schrecken, wird sie sich auf keine Partei lieber stützen, als auf eine große deutsche Partei. Und wenn die Liberalen wie die Deutschnationalen auf die Pfaffenfresserei verzichten, werden sie das katholische Volk der Alpenländer gewinnen. Und wenn die Juden etwas bescheidener, die Christen katholischer und urteutonischer Konfession etwas weniger abergläubisch und phantastisch werden, wird ein dritter Zankapfel beseitigt sein. Wenn endlich die Deutschen der höheren Klassen in der Arbeiterfreundlichkeit und Arbeiterfürsorge die Besitzenden aller anderen im Kaiserstaat vereinigten Nationen übertreffen, werden sie auch der Wähler der fünften Kurie, wenigstens in allen nationalen Fragen, versichert sein können. Sind alle Deutschen Zisleithaniens auf diese Weise geeinigt und haben sie so im Abgeordnetenhaus zwar nicht die absolute Mehrheit, aber die stärkste, intelligenteste, positiv thätigste und von der Regierung geschätzteste und zugleich — in Konfliktfällen — am meisten zu fürchtende Partei, dann werden sie auch mit den habgierigen und herrschsüchtigen Gebietern der anderen Reichshälfte ein entscheidendes Wörtlein sprechen und eine anderweitige Regelung des Verhältnisses Galiziens zu Zisleithanien durchsetzen können.

Italien.

Historischer Rückblick. * Parlaments- und andere Skandale. * König Humbert ermordet. * Viktor Emanuel III.

Historischer Rückblick.

Der Niedergang der romanischen Völker wird auf verschiedene Ursachen zurückgeführt. Ethnologen, wie Gobineau, sagen, die Germanen seien die einzige im vollsten und weitesten Sinne lebenskräftige Rasse der neueren Zeit, und da in den Romanen das ihnen im Mittelalter zugeführte Germanenblut immer mehr verdünnt werde und allmählig schwinde, so müßten sie nothwendig verkümmern; eine Ansicht, die wir dahingestellt sein lassen. Andere geben dem Katholizismus die Schuld. Die Sache dürfte sich umgekehrt verhalten, wie sie gewöhnlich dargestellt wird: nicht der Katholizismus verschuldet den Niedergang der Romanen, sondern der romanische Volkscharakter verschuldet eine den Nordländern vielfach unsympathische und unverständliche Entwicklung des Christenthums: was

uns am modernen Katholizismus mißfällt oder bedenklich erscheint, das ist romanisches, das ist theils italienisches, theils französisches, theils spanisches Gewächs. Der Romane hat einen feinen und starken Formen- und Schönheitsinn, und seine lebhafteste Phantasie bewegt sich begehrend und gestaltend in schönen Formen.

Damit ist die Verschiedenheit des Kultus diesseits und jenseits der Alpen — vielleicht darf man sagen diesseits und jenseits der Mainlinie — gegeben. Der Italiener will keinen Betstuhl, sondern eine künstlerisch ausgeschmückte Kirche, und statt der Predigt und des Chorals eine dramatische Aufführung, begleitet von einer Musik, die mehr die Nerven erregt als das Gemüth ergreift. Außerdem ist dieser ausgebildete Formensinn daran schuld, daß auf allen Lebensgebieten das Innere über dem Aeußeren zu kurz kommt, das

sich Italiener und Franzosen leicht an klangvollen Phrasen berauschen, daß sie geborene Schauspieler sind, daß sie jedem glauben, der in schöner Pose schöne Phrasen vorträgt, und daß sie selbst schon ihre Pflicht erfüllt, ja wohl Großes geleistet zu haben glauben, wenn sie posirt und Phrasen gesprochen haben.

Der Italiener hat ferner einen scharfen, beweglichen Verstand, der ihn im Verein mit virtuoser Redefertigkeit zum virtuellen Advokaten macht, und Advokat bleibt er auch seinem eigenen Gewissen und unserem Herrgott gegenüber. Daher die „Jesuitenmoral“, die viel älter ist als der Jesuitenorden, ohne diesen nicht weniger raffiniert ausgedacht sein würde, und zu der Machiavelli, der große italienische Patriot und einer der größten Lehrer der Staatskunst, das politische Seitenstück geliefert hat. Man bedenke nur allein folgendes. Die Kirche verbot im Mittelalter das Zinsnehmen als eine schwere Sünde; jedes Zinsnehmen galt als Wucher. Kein Mensch zweifelte an der Rechtmäßigkeit des Verbotes, denn die Worte Christi über das Leihen schienen ganz klar zu sein. Nun ist aber in einer zivilisirten Gesellschaft mit Privatbesitz das Zinsnehmen unvermeidlich. In Deutschland hatte der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis nicht so viel zu bedeuten; es war ein agrarisches Land, der Kredit, den die stets geldbedürftigen Fürsten und die armen Ritter nahmen, war Verzehrkredit und wurde bei den Juden befriedigt, denen die Kirche das Zinsnehmen gestattete, weil sie nicht unter dem Gesetz Christi standen. Aber in Italien war die maßgebende Bevölkerung städtisch und bestand aus Geschäftsleuten, deren Lebenselement Geldoperationen waren; sind es doch die Italiener, besonders die Florentiner gewesen, die das Geld- und Bankwesen ausgebildet und das Wechselrecht geschaffen haben. Nun fehlte die erst später volkswirtschaftlicher Einsicht entsprungene Unterscheidung des wucherischen Konsumkredits von dem sittlich gerechtfertigten Produktivkredit gänzlich: Der Reiche glaubte — ganz aufrichtig — ein Wucherer zu sein, wenn er sich Geld verzinsen ließ, das er auf Handlungsunternehmungen ausgeliehen hatte. Aber niemand will sich selbst gern für einen Unge rechten halten, und da man die richtige Lösung der Schwierigkeit, eben jene Unterscheidung, nicht fand, so verlegte man sich auf Advokatenkünste zur Beschönigung des „Wuchers“, die dann auch dem wirklichen Wucherer zugute kamen. Und die stete Uebung solcher Advokatenkünste, zu der das rege italienische Geschäftsleben auch sonst noch Anlaß genug darbot, beherrschte zuletzt die ganze Moralkissenschaft, soweit sie von Theologen romanischer Nationalität ausgebildet wurde.

Die zweifellos wichtigste Quelle der gegenwärtigen Nothe Italiens aber ist der geschichtliche Verlauf seiner politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Tausend Jahre lang ist Italien von ausländischen Eroberern heimgesucht worden. In

Süditalien herrschten nacheinander Gothen, Byzantiner, Saracenen, Normannen, Deutsche und Spanier. Die arbeitende Bevölkerung wurde von allen der Reihe nach ausgefogen und blieb unter allen Fremdherrschaften gleich rechtlos. Die Chöre in der Braut von Messina singen: „Warum ziehen wir mit rasendem Beginnen unser Schwert für das fremde Geschlecht? Es hat an unsern Boden kein Recht. Gastlich haben wir's aufgenommen, und jetzt sehen wir uns alle als Knechte die fremden Eroberer kommen und gehen; wir gehorchen, aber wir bleiben stehen.“

Diese Neapolitaner und Sizilianer gehorchen, weil sie müssen, im allgemeinen, was aber natürlich nicht ausschließt, daß sie, wenn ihnen der Druck zu arg wird, ihrer Verzweiflung in Revolten und Meuchelmorden Luft machen und sich in Geheimbünden zum Widerstand gegen die Regierung organisiren. Unter den Bourbonen sind als solche Geheimbünde die neapolitanische Kamorra und die sizilianische Maffia entstanden, die jetzt neu aufblühen, weil das Volk sieht, daß ihm die heutige Regierung nicht mehr Schutz gegen Ausgaugung und Unterdrückung gewährt, als die frühere. Die Geheimbünde betrachten sich als die Wiederhersteller der von den Herrschenden verletzten gerechten Ordnung und vollbringen ihre Meuchelmorde und Räubereien mit vollkommen ruhigem Gewissen; erfolgreiche Briganten, die mild gegen arme Leute sind, verehrt der gemeine Mann als Heilige.

Mittel- und Oberitalien haben sich den fremden Eroberern nicht wehrlos unterworfen, sondern ihnen tapferen Widerstand geleistet. Die Seele dieses Widerstandes aber war das Stadtbürgerthum, das die republikanischen Traditionen des klassischen Alterthums wiederbelebte und lebendig erhielt. Da aber diese kleinen Republiken unter sich keineswegs einig waren, und jede einzelne an immerwährender Selbstzerfleischung durch Parteikämpfe und Verfassungsumstürze litt — ein Geschichtsschreiber schätzt die Zahl dieser kleinen Revolutionen auf 7000 — so war das mittelalterliche Leben des mittleren und nördlichen Italien ein ununterbrochener Krieg aller gegen alle und eine Schule aller der Gewaltthaten, Listen und Tücken, die im Kriege für erlaubt gehalten werden. Als dann, in der Zeit der Renaissance, Tyrannengeschlechter der republikanischen Freiheit ein Ende machten und ihre Herrschaft durch grausame Folterungen, Verstümmelungen, Blendungen, Hinrichtungen zu befestigen suchten, galt die Bekämpfung der Tyrannen durch Verschwörung und Meuchelmord für alt-römische Tugendübung, und als endlich in der Zeit des ancien régime die Länder Italiens, soweit sie nicht dem Papste gehörten, von den Beherrschern der modernen Großstaaten zur Ausstattung der Nebenlinien ihrer Dynastien verwendet wurden — nur in Sardinien hielt sich ein heimisches Herrscherhaus — und der Macht des modernen Großstaates gegenüber jeder Versuch eines offenen Widerstandes aussichtslos schien, da wurde

doch in geheimen Gesellschaften die Gewohnheit und Kunst der Verschwörungen weiter geübt, die zuletzt, als ihr in der Mitte des 19. Jahrhunderts einerseits die Jämmerlichkeit des päpstlichen und des Bourbonenregiments, anderseits die Politik Palmerston's und Napoleon's III. zu Hilfe kam, die Einigung Italiens zustande gebracht hat. Aber — sagte 1866 der edle Massimo d'Azeglio: *s' è fatta l' Italia, ma non si fanno gl' Italiani*; Italien ist fertig, aber die Italiener machen sich nicht fertig; sie bleiben, wie sie in ihrer tausendjährigen politischen Schule geworden sind: ränkevoll, streitsüchtig, parteisüchtig, nur auf den eigenen Nutzen oder höchstens den ihrer Klique, nicht auf den des neuen großen Vaterlandes bedacht, für das sie nur große Phrasen haben, und das eine neue Untugend, die Großmachtsucht und Ruhmsucht nach französischem Muster, zur Entfaltung gebracht hat.

Freilich gilt diese Charakteristik des modernen Italiens nur von der städtischen Bevölkerung der höheren Klassen, aber es ist eben das Unglück des Landes, daß es eine kräftige Landbevölkerung, aus der sich die verdorbene Städterbrut erneuern könnte, nicht hat. Nicht minder verhängnisvoll wie die politische Entwicklung ist nämlich in Wechselwirkung mit ihr die wirtschaftliche verlaufen. Wie es um die bäuerliche Bevölkerung Süditaliens stehen muß, kann man schon aus dem oben Gesagten schließen. Rechtlos ist sie trotz der Verfassung des jungen Italien geblieben; denn das Wahlrecht dürfen, wie billig, nur solche ausüben, die lesen und schreiben können, auf Sizilien aber machen die Analphabeten noch 84% aus (auf Sardinien gar wird einer, der mit Feder und Tinte umzugehen weiß, als ein Wunder angestaunt). Das Land aber gehört größtentheils Latifundienbesitzern, die in der Stadt leben, sich ausschließlich der Politik und dem Genuß, im besten Falle der Literatur und Kunst widmen, und kein anderes Interesse an ihrem Grundbesitz haben, als eine möglichst hohe Rente herauszuschlagen. Und dieses Geschäft überlassen sie Generalbevollmächtigten, die entweder selbst oder durch Agenten das Land parzellenweise verpachten. Natürlich füllen dabei der Generalbevollmächtigte und seine Gehilfen ihre eigenen Taschen, und wie der Pächter die überhohe Natural- und Geldpacht herauswirtschaftet, darum kümmert sich kein Mensch. Ebenso wenig kümmert sich jemand darum, ob der Pächter Raubbau treibt, ob er die Kenntnisse und die Mittel hat, rationell zu wirtschaften, und ob für einen rationellen Betrieb die Naturbedingungen, z. B. Wasser, vorhanden sind.

In Mittel- und Oberitalien sind die Verhältnisse theils ebenso — nur daß da die Zahl der Analphabeten weit geringer ist — theils gibt es zwar kleinen Grundbesitz, der aber nur zu oft Zwergbesitz ist und zur Ernährung einer Familie nicht hinreicht. In Mittel- und Oberitalien haben die Städterepubliken vom 13. Jahrhundert ab den Landadel mit Gewalt

verstädtert, indem sie die Burgen brachen und die „Magnaten“ in die Stadt zu ziehen zwangen, wo die Ritter im handeltreibenden Stadtadel verschwanden. So fehlen also die beiden Elemente, die in Deutschland und Oesterreich bis heute den konservativen Rückgrat des Staates und den Urquell der Volksverjüngung bilden: ein kräftiger Bauernstand und ein landwirtschaftltreibender Grundadel, der mit dem gemeinen Manne in lebendiger Verbindung bleibt (was freilich nur vom kleinen Rittersgutsbesitzer, nicht vom Latifundienbesitzer gilt), mit dem Bauer im großen und ganzen dieselben Interessen hat, diese Interessen in den Parlamenten der Regierung und den Städten gegenüber vertritt, für gute Wald- und Wasserwirtschaft und die sonstigen äußeren Bedingungen der Landwirtschaft, wie Befriedigung des Kreditbedürfnisses und Bildung der Landwirthe durch Lehranstalten und Vereine, sorgt und seine Güter zu Musterwirtschaften erhebt. In Italien sind die Leute, denen der Boden gehört, und die, welche ihn mit ihren Händen bearbeiten, einander nicht allein fremd, sondern todsfeind, und da Italien kein Industrieland sondern ein Agrarstaat ist, so muß bei dem elenden Zustande der ländlichen Bevölkerung das ganze Land arm bleiben.

Die Großstaats- und Ruhmsucht der leitenden Klassen hat nun dieses Elend in Verbindung mit einer schlechten und selbstsüchtigen Steuerpolitik noch ganz bedeutend verschlimmert. Die Italiener haben mehr Soldaten unterhalten und mehr Schiffe gebaut, als sie brauchen. Daß sie die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben, kann man, als ein Mittel zur Disziplinirung und Kräftigung des Volkes, nur loben, und ganz wehrlos darf kein Staat dastehen. Aber von einer ernstlichen Gefahr wird Italien, soweit man aus der gegenwärtigen Lage auf die Zukunft schließen darf, nie mehr bedroht sein. Die französische Republik hat schon zu viel unruhige Elemente in ihrem Inneren, als daß sie noch nach mehr verlangen sollte, und Oesterreich würde sich für einen Zuwachs von Italienern bedanken; es ist froh, daß es die Lombardei und Venetien, die ihm das dynastische Staats- und Erbrecht früherer Jahrhunderte aufgebürdet hatte, auf eine anständige Weise loswerden konnte. Nebenbei bemerkt ist nie in den letzten vierhundert Jahren ein italienisches Land besser verwaltet worden, als Toscana unter Maria Theresias Sohn Pietro Leopoldo (dem späteren Kaiser Leopold II.) und seinen Nachkommen und Lombardo-Venetien als österreichische Provinz. Ueberhaupt fällt es keinem modernen Großstaat ein, ein Land erobern zu wollen, das es weder zu Ackerbaukolonien, noch zu industrieller Ausbeutung, noch zu militärischer oder kommerzieller Verbesserung seiner Grenzen gebrauchen könnte.

Die Verjagung der Fremdherrschaften und die Einigung der Kleinstaaten zu einem Nationalstaate war ja nun freilich ein natürlicher Prozeß, und daß

die Italiener die Unabhängigkeit vom Auslande erstrebt und — wenn auch durch nicht durchweg saubere Mittel und nicht ohne ausländische Hilfe — erreicht haben, macht ihnen gewiß Ehre. Aber soll ihr Patriotismus mehr sein als ein schöner, die Eitelkeit befriedigender Name, dann müssen sie durch eine gute Verwaltung die Gebrechen, an denen ihr Volkskörper seit alten Zeiten krankt, heilen und die guten Anlagen des Volkes entwickeln. Bisher haben sie nicht Gesundung, sondern eitlen Glanz angestrebt, aber sich dabei nur beschämende Niederlagen geholt. Sie haben in Tunis vor den französischen zurückweichen müssen und haben dem sinnlosen Kolonialabenteuer am Rothen Meere 500.000.000 Lire und 10.000 Soldaten geopfert.

So haben sie den Steuerdruck ins Unerträgliche vermehrt und ihn noch dazu immer auf die schwächsten Schultern gewälzt. Der Staat verkauft das Salz um das Vierzigfache seines wirklichen Werths, was zur Folge hat, daß die arme Bevölkerung ihr aus dumpfigem Maismehl bereitetes Brot ungeschälzt ist und an der Pellagra erkrankt; Petroleum und Zucker wird um das Doppelte, Baumwolle um ein Drittel vertheuert. Und die Kommunen befriedigen ihre Bedürfnisse durch die an den Stadthoren erhobenen Verbrauchsabgaben auf alle nothwendigen Lebensbedürfnisse: Mehl, Brot, Fleisch, Fische, Wein, Bau- und Brennholz, weil die Stadtverwaltung die Wohlhabenden, zu denen ja ihre eigenen Mitglieder gehören, nicht direkt besteuern mag. Dabei sind die Arbeitslöhne niedriger als in irgend einem europäischen Lande, in sozialer Fürsorge, z. B. Kinderschutz, bleiben Gesetzgebung und Regierung weit hinter allen Kulturstaaen zurück, und die an Kindern in den sizilianischen Schwefelgruben verübten Greuel gehören zu dem Aergsten, was jemals an brutalen Mißhandlungen verübt worden ist. Wenn Fabrikgreuel, die an die englischen aus dem Anfange des vorigen Jahrhunderts erinnern, selten vorkommen, so ist das nur dem Umstande zu danken, daß die Fabrikindustrie, abgesehen von der Seidenweberei, überhaupt schwach entwickelt ist. Einmal weil das Land keine Kohlen hat (in Oberitalien wird der Dampf durch Wasserkräfte und durch von Alpenwässern getriebene Dynamos ersetzt), dann weil der Italiener schwer dazu gebracht werden kann, sich in Fabriken einsperren zu lassen, endlich weil der Staat neue Industrien durch unvernünftige Besteuerung zugrunde richtet. Und während die Regierung Kriegsschiffe baut, von denen sie wahrscheinlich niemals einen ernstlichen Gebrauch zu machen in der Lage sein wird, besorgen fremde Gesellschaften einen großen Theil des Menschen- und Warenverkehrs an der italienischen Küste.

Daß unter diesen Umständen die Finanzkrisen chronisch sind, ist ebensowenig zu verwundern, als daß der Anarchismus blüht. Was den Republikanismus anlangt, so ist er eigentlich der Vater des italienischen Nationalstaates; denn die Mazzini, Garibaldi, Crispi und wie sie sonst

heißen, waren Republikaner und gedachten, die sardinische Dynastie, die sich dann freilich als die stärkere erwies, nur als Bundesgenossin und Werkzeug zu benützen. Daß auch der Sozialismus eine Macht werden konnte, ist bei der Unbildung des gemeinen Volkes und bei dem Umstande, daß der Theil, der am meisten leidet, kein Wahlrecht hat, zum Verwundern und nur dadurch erklärlich, daß viel unzufriedene Kleinbürger sozialistisch wählen und akademisch gebildete Männer, wie der Professor Ferri, ein bedeutender Kriminalist, und der berühmte Dichter Edmondo de Amicis ihn planmäßig verbreiten. Ohne den Sozialismus, dessen Führer die Unmöglichkeit eines gewaltsamen Umsturzes seit zwanzig Jahren predigen und die Agitation für Reform in gesetzlichen Bahnen zu erhalten bemüht sind, würden die Revolten, deren bedeutendste die sizilianischen von 1893/94 und die Mailänder vom Mai 1898 waren, noch weit häufiger sein.

Bei den Nordländern war früher die Meinung häufig, die italienische Armut komme von der Faulheit des Volkes. Der sauertröpfische Puritaner hält jeden für einen Faulenzer und gottlosen Menschen, der lacht, singt, tanzt und springt, und das alles thun die Südländer auch bei der Arbeit. Dann verließ dem Vorurtheil eine gewisse Berechtigung der Umstand, daß die Kirche den offenen und der Fremdenverkehr in den besuchtesten Städten den verschleierte Bettel groß gezogen hat. Aber schon Goethe hatte die Wahrnehmung gemacht, daß die Italiener, sogar die am meisten gescholtenen Neapolitaner, unermüdlich fleißig seien, und in unserer Zeit arbeiten diesseits der Alpen tausende von Italienern, die sich den Haß ihrer Arbeitsgenossen durch Unterbieten zuziehen: sie leisten dieselbe Arbeit wie der Nordländer um geringeren Lohn und sind bei ihrer fabelhaften Bedürfnislosigkeit — das Trinken scheinen sie freilich hier und da schon von den Deutschen gelernt zu haben — in der Lage, Ersparnisse den Jhrigen daheim theils zu schicken, theils nach Schluß der Kampagne mitzunehmen. Viele tausend gehen im Frühjahr, Erd- und Bauarbeit zu suchen, über die Alpen und kehren im Spätherbst wieder heim, die Zahl derer aber, die für immer auswandern, beläuft sich seit 1887 auf mehr als 100.000 im Jahre und ist schon auf 182.000 gestiegen. Die meisten wandern nach Argentinien, wo sie Ackerbau treiben, von ihrem Arbeitsverdienst die daheim gebliebenen Verwandten unterstützen und dem Vaterlande, das sie grausam vertrieben hat, treue Liebe bewahren: nach der Niederlage der Italiener bei Adua in Abessinien hat allein die italienische Bank in Buenos-Ayres 190.000 Lire für das Rothe Kreuz heimgeschickt.

Den sittlichen Eigenschaften des gemeinen Volkes, das sich zudem auch im tiefsten Elend einen Schimmer poetischer und künstlerischer Verklärung zu bewahren weiß, geben alle Nordländer, die, wie Gregorovius, abseits von der Heerstraße der Touristen jahrelang in seiner Mitte gewelt haben,

das beste Zeugnis. Der moralische Untergrund für eine Erneuerung wäre also vorhanden, es fehlt nur am materiellen. Freunde des lebenswürdigen Volkes erwecken in dieser Beziehung Hoffnungen. So zählt Professor Otto Kaemmel in dem „Grenzboten“ verschiedene Symptome der Besserung auf: Die Regierung fängt endlich an, durch Entsumpfung und andere Meliorationen die Unbaufläche zu vermehren, und reiche Großgrundbesitzer thun dasselbe; die Schule sucht den Kindern Interesse an Baumpflanzungen beizubringen (der italienische Boden ist infolge der Jahrtausende lang andauernden Waldverwüstung zu einem Drittel kahler Fels); überhaupt hebt sich das Volksschulwesen ein wenig und das Analphabetenthum nimmt ab; überall entstehen Genossenschaften zur wirtschaftlichen Hebung des Volkes, und zwei vom Staate subventionirte Dampfgesellschaften fördern den Handelsverkehr; vor allem: die edlen Geister erkennen den schmählichen Zustand ihres Vaterlandes und bekennen ihn mit schmerzlicher Entrüstung; erst vor kurzem hat ein liberales Blatt, die „Rivista“, Italien als das Land bezeichnet, das die größte Staatsschuld, die ungerechteste Besteuerung, den niedrigsten Arbeitslohn, die erbärmlichste Volksernährung, die schlechteste Volkswirtschaft, die mangelhafteste Sozialgesetzgebung, die ärgste Korruption und die meisten Verbrecher habe.

Soll aber gründliche Besserung gelingen, so ist zunächst eine sittliche Erneuerung der herrschenden Klassen nöthig. Der durchschnittliche parlamentsfähige Italiener ist einer heroischen That fähig; er ist bereit, dem Vaterlande sein oder ein fremdes Leben zu opfern; aber fleißig arbeiten, eine unscheinbare Pflicht tren und gewissenhaft erfüllen, Gerechtigkeit üben, auf die Befriedigung einer Leidenschaft, auf Intriguen und Parteilung, auf einen unrechtmäßigen Genuß oder Gewinn verzichten, das kann er nicht. Und dann werden die leitenden Staatsmänner den Volkskörper seiner Natur gemäß behandeln müssen. Wie der Einzelne, so leistet auch ein Volk nur dann sein Bestes, wenn es das thun darf, wozu es die Anlagen und Neigung hat. Die Italiener sind keine alten Römer, wie ihnen eitle Narren schon im Mittelalter eingeredet haben und heute noch einreden; in Eroberungskriegen Ruhm zu ernten, sind sie schlechterdings nicht geschaffen. Dagegen kann ihr dem hellenischen verwandter Geist auch in Zukunft wieder Großes leisten in Kunst und Kunsthandwerk, und beides bringt heute Geld, ist also auch wirtschaftlich werthvoll. Der Fabrikbetrieb wird aus den angegebenen Gründen beschränkt bleiben, aber, wenn er sich mit den dem italienischen Geiste kongenialen Kunstgewerben verbindet, noch einer bedeutenden Entwicklung fähig erweisen. Im gartenmäßigen Landbau ist der Italiener ein Meister; Kleinbauer und Landarbeiter brauchen bloß aus den Fesseln des Elends befreit zu werden, so werden sie nicht allein das zu einer guten Ernährung hinreichende Getreide für sich selbst erzielen, son-

dern auch durch vermehrten Export von Obst, Südfrüchten, Wein, Geflügel und Blumen sich und den Staat bereichern.

Zu dieser Umwandlung würde aber erfordert werden: eine weise Finanzwirtschaft, die hunderte von Millionen für die Hebung der Landwirtschaft übrig hätte, und eine Umgestaltung der Grundbesitz-, Pacht- und Betriebsverhältnisse, die dem Großgrundbesitz schwere Opfer auferlegen würde — für eine Reihe von Jahren; später würden sie sich reichlich verzinsen. Wird nur erst die Produktion gehoben — ihre Produkte im Handel zu verwerthen, das verstehen die Italiener vom Grund aus.

Was das Militärbudget anlangt, so verlangt die Dreibundspflicht von Italien nicht mehr, als daß es im gegebenen Falle, der wahrscheinlich niemals eintreten wird, ein paar französische Armeekorps beschäfige, und diese Verpflichtung nöthigt es noch nicht zu finanzieller Ueberanstrengung. Ihre Unabhängigkeit wird den Italienern, wie gesagt, bei der seit 100 Jahren völlig veränderten Weltlage niemand mehr streitig machen, und sie täuschen sich überdies, wenn sie diese ihre Unabhängigkeit für ihr höchstes Gut halten. In der Zeit, wo sich Italien durch seine Leistungen in Kunst, Wissenschaft, Gewerbe und Handel unsterbliche Verdienste um die ganze Menschheit erworben hat, war es politisch ohnmächtig und vom Auslande abhängig.

Parlaments- und andere Skandale.

Die politische Geschichte Italiens war in den letzten zehn Jahren verlaufen, wie sie unter den beschriebenen Umständen nicht anders konnte: in einem Wechsel von Finanznöthen, Bankskandalen, Revolten, blutigen Unterdrückungen, Ausnahmemaßregeln, politischen und Hochverrathsprozessen, Ministerstürzereien, Kabinettswechseln, schüchternen Reformversuchen der Regierung, von denen kein einziger gelang, und in unfruchtbarem Gezänk der zu einem großen Theil aus ränkevollen Advokaten bestehenden Kammer. Im Jahre 1899 machte sich eine wirtschaftliche Besserung bemerkbar. Nachdem schon der Handelsvertrag mit Deutschland günstig gewirkt hatte, brachte die Wiederkehr des freundschaftlichen Verhältnisses zu Frankreich weitere Vortheile, so daß die Ausfuhr um 100,000,000 stieg. Viel Geld führt den Italienern auch der seit der Vollendung der Gotthardbahn riesig gestiegene Fremdenverkehr zu. Auch wußte der Premierminister Pelloux die Ordnung ohne gar zu draconische Maßregeln aufrecht zu erhalten. Aber mit Reformversuchen hatte er so wenig Glück wie seine Vorgänger: seine Absicht, die drückende Gemeindesteuer auf Mehlgewaren abzuschieben, scheiterte an dem Stumpfsinn der einen und der bornirten Selbstsucht der anderen dieser „Onorevoli“, von denen sich so mancher vortrefflich zur Galgenzier eignen würde. Um sich die Mehrheit gefügiger zu machen, versuchte er es mit dem einzigen, wofür sie, außer für persönliche Vortheile, ein lebhafteres Interesse

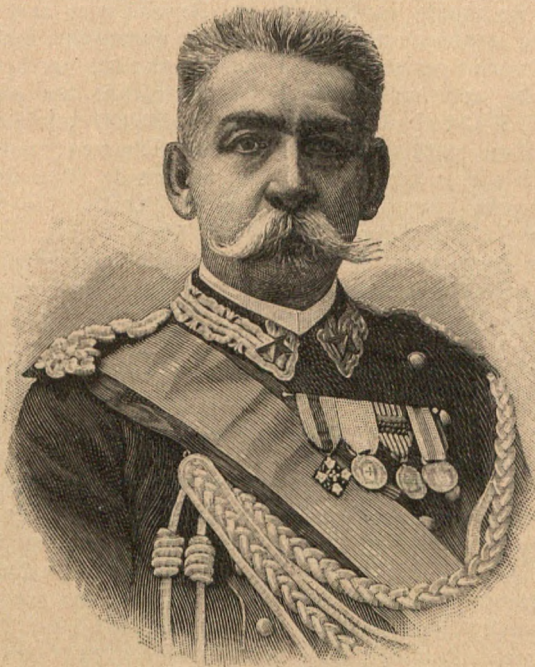
hat, mit einem Gesetz gegen die Umstürzler, aber ehe das fertig wurde, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit des Publikums auf einen großen Skandalprozeß, mit dem das Jahr 1900 eröffnet wurde.

Daß sich unterdrückte Bevölkerungen in Geheimbünden ihre eigene Justiz und Verwaltung schaffen, die mit der des Staates auf dem Kriegsfuße stehen, ist nicht schön, aber natürlich. In Süditalien aber haben sich Regierungsorgane und Deputierte mit der Kamorra und Maffia verbündet, um diese verbrecherischen Gesellschaften für ihre Zwecke zu verwenden. Das wußte man längst, und ein dem Sozialismus sehr feindliches konservatives Blatt Norddeutschlands, die „Schlesische Zeitung“, hat wiederholt die Behauptung der italienischen Sozialisten für begründet erklärt, sie allein verträten das Gewissen in der Kammer, die Regierungsmehrheit aber sei eine Kamorra. Im Mailänder Maffiusenprozeß nun wurde diese Lage der Dinge amtlich bestätigt. Am 1. Februar 1894 war der Senator Baron Notarbartolo in einem Eisenbahnzuge in der Nähe von Palermo ermordet worden. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden hatten alles aufgeboten, die Entdeckung der Mörder — zu hintertreiben und die etwa vorhandenen Spuren zu verwischen. Endlich gelang es den Verwandten des Ermordeten, die Wiederaufnahme des Prozesses, der auf Sizilien zu keinem Ergebnis führte, in Mailand durchzusetzen. Anklage wurde zunächst gegen zwei Bahnbeamte erhoben, und der Sohn Notarbartolo's behauptete, der Abgeordnete Palizzolo habe die Mörder angestiftet. In Mailand wagten hunderte von Zeugen auszusagen, was sie auf Sizilien nicht gewagt hätten, und es wurde erwiesen, daß Palizzolo das Haupt der sizilianischen Maffia und mächtiger als der König gewesen war. Unter vielen anderen Zeugen wurde auch der Kriegsminister General Mirri vernommen, den Crispi in der Zeit der Empörung zum Diktator Siziliens ernannt hatte, und der bekannte offen, daß Justiz und Polizei in Palermo gegen Maffiusen nicht vorgehen wagten, und beschuldigte namentlich den damaligen Staatsanwalt Venturini der Pflichtverletzung. Dieser rächte sich dadurch, daß er einen Brief Mirri's veröffentlichte, aus dem her-

vorging, daß der Diktator auf Crispi's Weisung im Wahlkampfe die Freilassung Saladino's gefordert hatte. Dieser Mann saß damals, schwerer Verbrechen angeklagt, in Untersuchungshaft, war ein einflußreicher Häuptling der Maffia und sollte mit seinem Anhange die Wahl von Crispi's Kandidaten Damiani in Marsala durchsetzen. Mirri legte sofort sein Amt nieder, was alle Welt sehr lobwürdig fand; auch die Opposition gab ihm das Zeugnis, daß er ein ehrenwerther Mann und nur ein Opfer des herrschenden Systems sei. An seiner Stelle wurde im April der Graf

Ponza di San Martino zum Kriegsminister ernannt. Am 11. Januar wurde der Prozeß vertagt; man wolle nun, hieß es, die Anklage gegen die durch Zeugenaussagen ermittelten Hauptschuldigen vorbereiten; aber was die öffentliche Meinung erwartete und forderte: die Verhaftung der kompromittierten Polizeibeamten, das blieb aus. Natürlich wurden diese Angelegenheit und die sizilianischen Zustände in der am 31. Januar eröffneten Kammer besprochen, aber nach italienischem Brauch ohne positives Ergebnis.

Am 24. Februar begannen die Verhandlungen über das Umsturzgesetz oder decreto legge, wie es genannt wurde, Regierungsverordnung



General Enigi Pelloux, italienischer Ministerpräsident.

mit Gesetzeskraft. Ein solches Gesetz hatte Rudini sofort nach den Mailänder Straßenkämpfen von 1898 für nothwendig erklärt. Sein Nachfolger Pelloux getraute sich zwar, auch ohne ein solches Gesetz auszukommen, brachte aber trotzdem im Februar 1899 vier Entwürfe ein, nach denen die Polizei Volksversammlungen im freien verbieten kann, umstürzlerische Vereine verboten werden sollen und die Verantwortlichkeit für Preßerzeugnisse auf die Verfasser ausgedehnt wird. Nach mehrmaliger Verurtheilung wegen öffentlicher Vergehungen (als welche Privatbeleidigungen nicht gelten) kann eine Zeitung auf drei Monate suspendirt werden. Ein viertes Gesetz soll Störungen des Betriebs der Eisenbahn, Post und Telegraphie durch Streiks verhüten; falls ein solcher droht, kann ein königliches Dekret die Beamten der Militärgerichtsbarkeit unterstellen. Grundsätzlich sprach sich die überwiegende Mehrheit der Kammer für die Vorlage aus, aber die Linke verhinderte durch Obstruktion die Durchberathung, und Pelloux brachte diese

mit Gesetzeskraft. Ein solches Gesetz hatte Rudini sofort nach den Mailänder Straßenkämpfen von 1898 für nothwendig erklärt. Sein Nachfolger Pelloux getraute sich zwar, auch ohne ein solches Gesetz auszukommen, brachte aber trotzdem im Februar 1899 vier Entwürfe ein, nach denen die Polizei Volksversammlungen im freien verbieten kann, umstürzlerische Vereine verboten werden sollen und die Verantwortlichkeit für Preßerzeugnisse auf die Verfasser ausgedehnt wird. Nach mehrmaliger Verurtheilung wegen öffentlicher Vergehungen (als welche Privatbeleidigungen nicht gelten) kann eine Zeitung auf drei Monate suspendirt werden. Ein viertes Gesetz soll Störungen des Betriebs der Eisenbahn, Post und Telegraphie durch Streiks verhüten; falls ein solcher droht, kann ein königliches Dekret die Beamten der Militärgerichtsbarkeit unterstellen. Grundsätzlich sprach sich die überwiegende Mehrheit der Kammer für die Vorlage aus, aber die Linke verhinderte durch Obstruktion die Durchberathung, und Pelloux brachte diese

provvedimenti in die Form eines königlichen Erlasses, der vom 22. Juni 1899 datirt war und am 20. Juli in Kraft treten sollte, gleichviel ob die parlamentarische Genehmigung bis dahin zu erreichen wäre oder nicht. Daher der Name *decreto legge*.

Der Obstruktionsstandal veranlaßte die Regierung, am 30. Juni die Tagung zu schließen. Behörden und Gerichte legten nun ihren Entscheidungen das Dekret zugrunde, bis im Anfange des Jahres 1900 die erste Abtheilung des römischen Kassationshofes das Dekret wegen der fehlenden Genehmigung durch die Volksvertretung für ungültig erklärte. So mußte es denn der Kammer zur Genehmigung vorgelegt werden. Daß es die Opposition auch diesmal wieder mit der Obstruktion versuchen würde, war vorauszu sehen; daß aber der Marchese Rudini, derselbe Rudini, der als Ministerpräsident 1898 den Belagerungszustand verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt und weit schärfere Maßregeln vorgeschlagen hatte als Pellou, daß der sich und seine Gefolgschaft der Opposition zur Verfügung stellte, mußte allerdings solche überraschen, die noch nicht wußten, daß die italienischen Staatsmänner unter allen Umständen ihre persönlichen Interessen allen anderen voranstellen, und daß Konservative wie Liberale keinen Augenblick anstehen, mit einer beliebigen revolutionären Partei zu paktiren, wenn sie gerade wieder einmal Lust haben, Minister zu stürzen und sich an deren Stelle zu setzen.

Am 21. März beantragte der Abgeordnete Cambridge-Digny eine Aenderung der Geschäftsordnung, wogegen die Linke zunächst ebenfalls das Mittel der Obstruktion anwandte und am 31. März den Kammerpräsidenten Colombo zum Rücktritt zwang. Am 2. April wird jedoch das alte Präsidium mit großer Mehrheit wieder gewählt, und für die nächste Sitzung wird die Abänderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung gesetzt. Am 3. April erklären Zanardelli und Pantano im Namen der Linken, daß sie die Beschlüsse der vorhergehenden Sitzungen für ungesetzlich halten, daß sie zur Verletzung der Rechte der Minderheit nicht mitwirken wollen und daher den Saal verlassen werden, was sie denn auch thun -- ausnahmsweise ohne unanständigen Lärm. Die Mehrheit nimmt darauf einstimmig die vorgeschlagene Verschärfung der Geschäftsordnung an. Ein paar Wochen verlaufen nun ruhig; am 11. Mai bringt die Kammer sogar ein Gesetz zustande, das eingerissenen Unordnungen steuert: Mit einer Geldstrafe bedroht werden Neuvermählte, die nicht binnen 40 Tagen nach der kirchlichen Trauung den Zivilakt vollziehen, sowie die Pfarrer, die die von ihnen vorgenommenen Trauungen nicht anzeigen. Dann aber fängt der Lärm wieder an und wird so arg, daß die Regierung sich bewogen fühlt, die Kammer am 18. Mai aufzulösen. Unter den Wahlkundgebungen machte ein Wahlbrief des ehemaligen Ministerpräsidenten Giolitti am

meisten Aufsehen, weil er sehr kräftig wirtschaftliche, soziale und administrative Reformen forderte.

Die Wahlen am 3. Juni bereiteten der Regierung nicht viel Freude. Nach Beendigung der Stichwahlen ergab sich folgendes: Das Zahlenverhältnis zwischen Regierungsmehrheit und Opposition blieb genau daselbe wie in der alten Kammer, nämlich 299 : 209; aber innerhalb der Opposition war der Schwerpunkt weiter nach links gerückt. Im alten Hause hatte sie aus 136 Konstitutionellen und 73 Mitgliedern der äußersten Linken bestanden; jetzt waren jene auf 105 zurückgegangen, diese auf 94 gestiegen, wovon 32 Sozialisten, 29 Republikaner und 33 Radikale waren; von 10 der Gewählten konnte die Parteistellung nicht sicher ermittelt werden. Noch bedenklicher war das Verhältnis der abgegebenen Stimmen; man zählte 650.000 ministerielle und 590.000 oppositionelle Stimmen; unter diesen 265.000 für die konstitutionelle Opposition und 325.000 für die äußerste Linke; die Sozialisten allein erhielten 170.000 Stimmen, wovon 135.000 auf Oberitalien mit seiner intelligenten Arbeiterkraft fielen.

Pellou trat zurück, und der König vertraute das Staatsruder dem 82jährigen Senatspräsidenten Saracco an. Dieser verlas in der Kammer, die am 16. Juni mit einer Thronrede eröffnet worden war, am 27. eine Erklärung, die den wichtigen Satz enthielt: „Wir sind fest überzeugt, daß die Unzufriedenheit im Volke auf die wirtschaftliche Nothlage zurückzuführen ist.“ In einer Rede hatte er zwei Jahre vorher seine Ansicht über die Lage in dem klassisch kurzen Spruch zusammengefaßt: *siamo poveri, wir sind arm*. Mit Crispi, dem Vertreter der Großmachtpolitik, der ihm in seinem ersten Kabinet 1887 das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übertragen hatte, konnte er bei solcher Auffassung nicht stimmen, er trat schon 1889 zurück und hat später auch das afrikanische Abenteuer mißbilligt. Der neue Kammerpräsident Villa versöhnte die Linke zunächst dadurch, daß er sich eine neue Geschäftsordnung machen ließ, die milder war als die vom 3. April. Nach Bewilligung eines vorläufigen Budgets ging die Kammer am 9. Juli in die Ferien.

König Humbert ermordet.

Die Sommerstille wurde durch eine Schreckensfunde unterbrochen. König Humbert weilte in Monza. Dort veranstalteten die Turnvereine der Provinz Mailand Sonntag den 29. Juli ein Wettturnen. Der König vertheilte abends selbst die Preise an die Sieger. Um 10¹/₂ Uhr fuhr er vom Festplatze ab. Während er, aufrecht im Wagen stehend, dem Volke für seine Hochrufe und Grüße dankte, feuerte ein rechts am Wagen stehender Kerl drei Schüsse auf ihn ab. Mit Mühe gelang es der Polizei, den Mörder dem wüthenden Volke zu entreißen. Einer der Schüsse hatte das Herz getroffen, die anderen beiden die Achselgegend. Der



König Humbert I. von Italien, † am 29. Juli 1900.

König sank in die Kissen zurück und verschied in dem Augenblick, als der Wagen am Schlosse ankam. Man legte die Leiche in einem Parterrezimmer nieder und führte die Königin, die zu dem vermeintlich nur Verwundeten eilte, hinaus. Nachdem sie auf das Schreckliche vorbereitet worden war, erschien sie wieder, betete an der Leiche und rief: „Du warst so gut, hast nie einem Menschen weh gethan, und sie haben dich ermordet! Das ist das schwerste Verbrechen des Jahrhunderts!“ Ganz

Italien, bis in die untersten Volksschichten hinein, war von tiefstem Schmerz und von nicht minder tiefer Scham ergriffen. Unzählige Kundgebungen drückten die Empfindungen des Volkes und die Theilnahme des Auslandes aus. Die Königin

Margherita verfaßte ein rührendes Gebet für die Seelenruhe und zum Andenken ihres „Herrn und geliebtesten Gemahls“, das der Bischof von Cremona, der auch die Leiche eingesegnet hatte, veröffentlichte. Am 6. August hielt die Kammer eine Trauersitzung ab. Saracco äußerte in seiner Rede unter anderem, die Freiheit sei der Hebel für die Wiederaufrichtung Italiens

gewesen und sei noch der Grundstein des neuen Königreiches, aber um sie zu sichern, müsse man energisch verhindern, daß im Schatten und unter dem Deckmantel der Freiheit die Staatsordnung umgestoßen werde. Die Sozialisten stimmten in die Verwünschung des Verbrechens lebhaft ein; da jedoch von der Rechten die Aufrichtigkeit ihrer Bethuerungen bezweifelt wurde, wäre es beinahe zu einem Skandal gekommen. Am 9. August langte Humbert's Leiche in Rom an, wurde unter einem ungeheuren Menschenzufluß und fortwährendem, aus den Fenstern herniederfallendem Blumenregen vom Bahnhof zum Pantheon gefahren und dort beigesetzt. Der Erzbischof von Genua las die Trauermesse.

König Humbert war am 14. März 1844 geboren. Silvio Pellico begrüßte seine Geburt mit einem Gedicht, in dem es hieß: „Wenn ruchlose Fremdlinge Humbert angreifen, so möge ein Engel seine Fahne schützen, und mögen seine Krieger wie ungezähmte Löwen des Fürsten und des Vaterlandes Bollwerk sein.“ Bei Custozza empfing er am 24. Juni 1866 die Feuertaufe. Am 22. April 1866 vermählte er sich mit seiner

Kousine Margarete von Savoyen, deren Mutter eine Tochter des Königs Johann von Sachsen war. Das junge Paar lebte einige Jahre in Monza, wohin es auch nach der Thronbesteigung am 9. Januar 1878 gern und oft zurückkehrte. Humbert blieb ein tüchtiger Soldat, der eifrig an der Wehrhaftmachung Italiens arbeitete, es aber auch mit allen seinen anderen Pflichten sehr ernst nahm. Er schloß sich dem deutsch-österreichischen Bündnis an und pflegte eifrig die freundschaftlichen Beziehungen zu den Höfen von Berlin und Wien. Er hatte ein warmes Herz fürs Volk, bewies das unter anderem durch seine aufopfernde Thätigkeit, als die Cholera in Neapel



Königin Helene von Italien.

wüthete, that manchen Blick in das Elend der unteren Stände, das man ihm zu verbergen bemüht war, drängte zu Reformen und forderte einmal von der Romagna aus im Herbst 1888 Crispi telegraphisch auf, die Beschwerden des Volkes zu prüfen. Allein, was vermag ein König heutzutage! Gar mancher brave Mann hat gewünscht: Möchte doch der gute, ehrliche Humbert die Verfassung brechen, seine „Onorevoli“ nach Hause jagen, die Schlimmsten davon aufhängen und absolut regieren! Aber was hätte das geholfen, da ihm zur Durchführung seiner edlen Absichten das Werkzeug gefehlt hätte: eine ehrliche, pflichtgetreue und erleuchtete Bureaufratie! Ohne sittliche Erneuerung

der herrschenden Klassen, die nur sehr langsam vor sich gehen kann, ist eben auf dem absolutistischen Wege so wenig zu erreichen wie auf dem parlamentarischen. Selbstverständlich gab die Schandthat wieder Anlaß zu der Erörterung, ob nicht internationale Maßregeln gegen die Anarchisten zu ergreifen seien. Aber sogar konservative deutsche Blätter, die sonst den Ausnahmemaßregeln gar nicht abgeneigt sind, meinten, es sei zunächst Sache der Staaten, deren faule Zustände die Brutstätten

der Seelenepidemie seien, durch soziale Reformen die Quelle des Unheils auszutrocknen. Da der Schandhube Angelo Bresci zu jenen herostatischen Ungeheuern gehört, die durch Ruchlosigkeit berühmt werden und so ihre krankhafte Eitelkeit befriedigen wollen, ist dessen, was die Zeitungen über ihn gebracht haben, schon viel zu viel.

Verächtlichem Schweigen und völliger Vergessenheit übergeben zu sein, ist die härteste Strafe für solche Wichte; wir beschränken uns daher darauf, anzumerken, daß er zu lebenslanglichem Zuchthaus verurtheilt worden ist.



König Viktor Emanuel III. von Italien.

Viktor Emanuel III.

Humbert's Nachfolger, der den Namen des Großvaters, des Begründers des neuen Königreiches, trägt, wurde am 11. November 1869 in Neapel geboren und ist das einzige Kind seiner Eltern geblieben. Zu Deutschland ist er von frühester Jugend an in die innigste Beziehung getreten. Ungeheureren Jubel erregte es, als im Januar 1878 auf dem Balkon des Quirinals der zur Thronwechselfeier erschienene deutsche Kronprinz, der nachmalige Kaiser Friedrich, damals in herrlicher germanischer Manneschöne prangend,

den neunjährigen Knaben auf seine Arme hob und vor allem Volke küßte. Viktor Emanuel hat bis zur Thronbesteigung meistens in Neapel gelebt und ist viel gereist. Am 24. Oktober 1896 vermählte er sich mit der Prinzessin Helene von Montenegro. In der Proklamation, die er am 3. August 1900 an die Italiener richtete, sagte er am Schluß: „Diese Gemeinsamkeit des Gedankens und der Empfindungen (die sich in der Trauer um den Ermordeten geoffenbart habe)

wird wie bisher auch in Zukunft der sicherste Schutzwall meines Königsthrones und die beste Bürgschaft der Freiheit des Vaterlandes sein, die sich ausdrückt in dem erhabenen Namen des unantastbaren Rom, des Sinnbildes der Größe und des Unterpfandes des unversehrten Bestandes Italiens.“

In der Thronrede, die er am 11. August im Parlament verlas, lautete der Schluß: „Ich werde stets unerschütterliches Vertrauen zu unseren liberalen Staatseinrichtungen haben, und es wird mir auch nicht fehlen an Thatkraft, die ruhmvollen Einrichtungen unseres Landes, das kostbare Erbe unserer Vorfahren,

energisch zu vertheidigen. In der Liebe zur Religion und zum Vaterlande aufgezogen, rufe ich Gott als Zeugen meines Versprechens an, daß ich mich von nun an mit ganzer Seele der Größe und der Wohlfahrt des Vaterlandes weihen werde.“

Der große Fremdenandrang in Rom verursachte ein Unglück, das glücklicherweise keine politische Bedeutung hatte. Am Abend des 12. August mußten in der Richtung nach Florenz alle zehn Minuten vier Züge abgelassen werden. An einem dieser Züge, der um 11 Uhr 30 Minuten abfuhr, brach kurz nach der Ausfahrt ein Maschinentheil, und der nächste Zug fuhr nun in ihn

hinein. Weil im ersten Zuge der Großfürst Peter von Rußland mit seiner Gemahlin Miliza, einer Schwester der Königin Helene von Italien, saß, argwöhnte man ein Attentat; die Untersuchung ergab jedoch nur einen unglücklichen Zufall. Der König wurde geweckt, begab sich mit der Königin auf die Unglücksstätte und leitete die Rettungsarbeiten.

Die Hoffnung der Reaktionäre, der neue König werde es mit dem Absolutismus versuchen, den sich die Besitzenden, erschreckt durch die Unthat von Monza, vielleicht gefallen lassen würden, war eigentlich schon durch seine ersten Kundgebungen vereitelt worden und mußte in den nächsten Monaten völlig schwinden. Die Sozialisten durften anfangs September, ungestört von der Polizei, in Rom fünf Tage lang ihren Kongreß abhalten, und die Programmreden und Zeitschriftenartikel der angesehensten Politiker liefen allesamt, aufgenommen einen Artikel von Crispi, der mehr Kriegsschiffe forderte, auf Steuerreform hinaus. Der Senator Villari, der im Kabinet Rudini Unterrichtsminister gewesen war, erklärte das italienische Steuersystem für drückend und ungerecht, und Giolitti führte aus: Die besitzenden Klassen müßten sich überzeugen, daß ohne Opfer der soziale Friede nicht zu erlangen sei. Die Steuerreform sei freilich schwierig, und man könne damit nur schrittweise vorgehen. Mit dem Gemeindeoktroi auf Mehl müsse man den Anfang machen; den Ausfall könnten die Kommunen damit decken, daß sie den Betrieb der Wasser-, Gas-, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen selbst übernahmen. Die kleinsten ländlichen Grundstücke müßten von jeder Steuer befreit werden.

Wie wenn die Vorsehung den Italienern im entscheidenden Augenblick recht deutlich hätte zeigen wollen, daß es die Gewissenlosigkeit vieler Abgeordneten und Regierungsorgane ist, was das italienische Volk im Sumpfe des Elends und einer gesetzwidrigen Gesinnung festhält, veranstaltete sie einen großen Skandalprozeß in Neapel. Der Abgeordnete Casale, ein eifriger Anhänger Crispi's, der nach der Niederlage von Adua am lautesten die Ehre der italienischen Fahne im Munde geführt und die Fortsetzung des Krieges gefordert hatte, — wir erzählen nicht etwa nach einem Sozialistenblatte, sondern nach der „Kölnischen Zeitung“ — wurde von dem sozialistischen Blatte „Propaganda“ als das Haupt der neapolitanischen Kamorra bezeichnet. Casale mußte den verantwortlichen Redakteur

verklagen, und dieser wurde am 31. Oktober — freigesprochen. Der Staatsanwalt selbst beantragte die Freisprechung, weil der Angeklagte den Beweis der Wahrheit erbracht habe. Casale hatte sein Abgeordnetenmandat dazu mißbraucht, gegen Bezahlung Anwälte zu vermitteln, in die Amtsführung der Polizei, der Gerichte, der Kommunalverwaltung einzugreifen. Einer der Hauptzeugen nannte einen anderen Abgeordneten, der es ebenso treibe, und rechtfertigte die Denunziation mit der Bemerkung: „Warum soll denn Casale allein fallen? Ist er doch nur einer von vielen!“ Die gesamte Stadtverwaltung von Neapel wurde in dem Grade bloßgestellt, daß Bürgermeister und Gemeinderath abzudanken genöthigt waren. Der König erklärte den Gemeinderath für aufgelöst, übergab die Kommunalverwaltung vorläufig einem Regierungskommissär und setzte einen Untersuchungsausschuß ein.

Der Ministerpräsident Saracco veröffentlichte ein Reformprogramm in der Form eines Berichtes an den König und erklärte in der wiedereröffneten Kammer am 26. November in Beantwortung einer Interpellation wegen der Ermordung des Königs: Die Regierung habe einen Gesetzentwurf zur Bekämpfung der anarchistischen Propaganda vorbereitet, gebe sich aber nicht der Täuschung hin, daß durch Strafgesetz und Polizei allein der Anarchismus ausgerottet werden könne; dazu seien Reformen nothwendig, die allerdings nur langsam und stufenweise durchgeführt werden könnten. In Beziehung auf das Kriegsbudget erklärte Saracco am 4. Dezember, die Regierung werde so sparsam wie möglich wirthschaften, aber niemals in eine Verminderung des Heeresbestandes willigen; das Volk müsse einsehen lernen, daß die Freiheit Geld koste. (In der Zeit der Kämpfe der Lombardenstädte gegen Barbarossa machte eine Bürgerschaft einmal Rebellion, weil der Stadtrath eine zu kleine Umlage ausgeschrieben hatte; sie fühlte sich beleidigt dadurch, daß man ihren Patriotismus zu niedrig eingeschätzt habe. Freilich brauchten diese Bürger nicht zu hungern, und sie bezahlten ihren Patriotismus aus ihrem eigenen Beutel, während die Patrioten des neuen Königreichs die Kosten bisher mit den Centesimi bestritten haben, die sie den Allerärmsten abpressen, von denen viele die Rückkehr der Bourbonen und der Oesterreicher als eine Erlösung begrüßen würden.) Die Kammer erledigte das Budget, überwies die Steuerreformpläne der Regierung einem Ausschuß, der sich hübsch Zeit nahm, und ging dann in die Weihnachtsferien.

Frankreich.

Volk und Staat. * Neueste Entwicklung. * Overture des Jahres 1900. * Der widerspenstige Todte. Die Amnestie. * Der neue Kriegsminister. * Die Jahrhundertausstellung. * Der Feldzug gegen die geistlichen Orden. * Arbeiterbewegung. * Wirtschaftliches. Die Kolonien. * Krüger.

Volk und Staat.

Die Charakterisierung, die wir von den Italienern entworfen haben, paßt auch auf die Franzosen, abgesehen von unwesentlichen Schattirungen (das Aesthetische z. B. wiegt bei diesen nicht so ganz in demselben Grade vor), aber in ihrer wirtschaftlichen und politischen Entwicklung sind diese viel glücklicher gewesen als jene. Sie haben einen zahlreichen Bauernstand, der sich seit der Abschaffung aller Feudallasten in der großen Revolution einer behaglichen Lage erfreut. In keinem anderen Lande der alten Welt ist das Grundeigenthum so gut vertheilt. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe betrug vor zehn Jahren 5,672.007, so daß also, die Familie nur auf vier Köpfe berechnet, $22\frac{1}{2}\%$ von seinen 38,000.000 Einwohnern ländlichen Grundbesitzer- oder Pächterfamilien angehörten. Die Betriebe von 1 bis 100 Hektaren machten 60% der Gesamtzahl aus (in Preußen 52) und nahmen 66% der Fläche ein (in Preußen, das viele Latifundien hat, nur 42). Zwar sind $2\frac{1}{2}\%$ von den $5\frac{1}{2}$ Millionen Betrieben Zwergbetriebe unter 1 Hektar, aber viele davon, vielleicht die meisten, nähren trotzdem eine Familie, weil sie theils Weingüthen sind, theils die benachbarte Stadt mit Gemüse und Obst versorgen. Und der Betriebsleiter ist in der Regel freier Eigenthümer, die Pachtgüter machen nur den vierten Theil der Gesamtheit aus.

In politischer Beziehung aber erfreut sich das Land einer Bureaukratie, die noch aus der Königszeit stammt und deren Traditionen der Sturm der großen Revolution nicht zerstört hat; sie ist zwar von den Fehlern aller Bureaukratien nicht frei, aber sachkundig, fleißig und tüchtig. Die „Drohnen des Palais Bourbon“ mögen schwagen, was sie wollen, die Kabinette mögen im Tempo des heutigen Dienstbotenwechsels einander ablösen, eine Pariser Revolution mag das Staatsoberhaupt wegsetzen und die Verfassung umstürzen — der Bauer und der kleinstädtische Handwerker verrichten ihre Arbeit und die Präfekten, Bürgermeister und Notare besorgen ihre Verwaltungs- und Rechtsgeschäfte, wie wenn nichts vorgefallen wäre. Als im Jahre 1870 die Regierung theils gar nicht vorhanden war, theils in Luftballons herumflog, fanden die deutschen Truppen in den Provinzstädten und auf den Dörfern das Leben in ungestörter Ordnung, nur daß die vielen Männer fehlten, die im Heere standen. Die Spitzen repräsentiren und intriguirenden, das Volk arbeitet und die mittleren und Unterbeamten verwalten. Vor 60 Jahren hat die geist-

reiche Frau Emile de Girardin*) ein Feuilleton geschrieben unter dem Titel: Que ferons nous d'Auguste? August ist der dumme Kerl der Familie, deshalb sorgen sich nicht bloß Vater und Mutter, sondern alle Verwandten um ihn, und alle Vettern und Nuknen wenden ihren Einfluß auf, ihm ein Amt zu verschaffen. Und da er in keiner Stellung etwas taugt, wird er möglichst rasch zum Präfekten, zum Präsidenten eines Collegiums, zum Minister befördert, weil die höchsten Stellen die einzigen sind, auf denen man weder etwas zu wissen, noch zu können, noch zu arbeiten braucht. Die Beschreibung paßt auch heute noch so ziemlich, auch in Beziehung auf die Familienverhältnisse. Die Glieder jeder Sippe halten zusammen wie Kletten. Der Familienrath stiftet die Ehen, und wenn der mehr oder weniger junge Mann nach genossener Jugend heiratet, so heiratet er nicht sowohl eine Frau als eine Familie und ein Vermögen. Die Ehegatten arbeiten einträchtig an der Vermehrung des kleineren oder größeren Vermögens, bis sie so viel erspart haben, daß sie als Rentnier leben können, und dann machen sie kleine Reisen miteinander, aber meist im Inlande.

Die Abnahme der Volksvermehrung ist nicht eine Wirkung der Unsitlichkeit — die höchst unsittlichen Grandseigneurs des ancien régime pflegten einen reichlichen ehelichen und unehelichen Kinderseggen zu hinterlassen — sondern absichtlicher Beschränkung der Kinderzahl aus kluger Berechnung. Und diese gleichmäßige Arbeitsamkeit und Sparsamkeit des ganzen Volkes bildet zugleich den politischen Kitt, der im Verein mit der Bureaukratie den Staat zusammenhält. Die ungeheure Staatschuld Frankreichs ist nämlich im Lande, und zwar in Millionen Antheilen beim mittleren und kleinen Bürger- und Bauernstande untergebracht, der seine Ersparnisse am liebsten in Staatsrente anlegt und der schon aus diesem Grunde jede große Veränderung verabscheut, da sie den Kurs der Rente drücken könnte.

So sind die Franzosen der Provinz im Unterschied von der unruhigen Hauptstadt das konservativste Volk der Welt. Sie lieben dieses unruhige Paris — aus Eitelkeit — weil seine Pracht und sein Ruhm dem ganzen Volke Glanz verleihen. Und sie lassen sich die Uebel, die von Paris ausgehen, gefallen, weil sie nichts dagegen vermögen. Die revolutionäre Hauptstadt, in der alle unruhigen Köpfe des

*) Ihr Vorname war Delphine, ihr Mann hieß Emile de Girardin.

ganzen Landes, alle schlimmen Ausgeburten des gallischen Temperamentes zusammenströmen, hat die Dynastien hinweggefegt, und zu einer Restauration der Monarchie ist es bis jetzt nur darum nicht gekommen, weil man ein halbes Duzend Präbendenten aber nur einen Thron hat. Denn zu Republikanern sind die Franzosen weniger als ein anderes Volk geschaffen, weil sie den Glanz eines Hofes, militärisches Schaugepränge und die Gloire lieben, die ihnen ein *roi soleil* oder empereur leichter verschaffen kann als ein vielköpfiges Regiment (weshalb Bismarck die Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich nicht wünschte) und weil sie die Selbstverwaltung niemals gelernt haben, ihr Land stets bürokratisch verwaltet worden ist und noch heute so verwaltet wird. Wenn man England, das sich jetzt zu demokratisieren anfängt, bis vor 30 Jahren eine aristokratische Republik mit monarchischer Spitze nennen konnte, so darf man das heutige Frankreich als eine Monarchie mit 581 oft wechselnden und einander beständig beißenden Köpfen bezeichnen.

Bedenkt man nun, daß England und Frankreich trotz dieses Unterschiedes die reichsten Völker Europas sind, so erkennt man, wie viel für das Gedeihen eines Volkes auf seine wirtschaftliche Tüchtigkeit und seine soziale Organisation, und wie wenig auf Verfassungsformen ankommt. Von dem englischen Parlamentarismus, dessen Blütezeit übrigens vorüber ist und den fast alle Staaten der Welt vergebens nachzuahmen suchen, ist der französische das gerade Gegenteil. Macaulay sagt einmal: Die Minister brauchen nicht reich zu sein; es ist sogar besser, wenn sie arm sind, denn ein Minister soll arbeiten, braucht er aber sein Amtseinkommen nicht, so wird er leicht faul; die Mitglieder des Unterhauses dagegen müssen wohlhabende Männer sein, denn sie sollen die Regierung beaufsichtigen, und das können nur unabhängige Männer. Die französischen Deputierten sind größtenteils arme Teufel und jederzeit bereit, um ein paar Groschen jedermanns gehorsame Diener zu sein. Dreihundert von den 581 Mitgliedern der Kammer sind beschäftigungslose Advokaten, Aerzte, Literaten u. dgl., die sich aus keinem anderen Grunde um ein Mandat beworben haben, als um von den 9000 Franken, die ihnen das jährlich bringt, zu leben und die Deputiertenstellung als Trittbrett zum Sprung in höhere Regionen zu benützen. Wird einer Minister — was jeder gewöhnliche Schreiber werden kann, wenn er über das erforderliche Mundwerk verfügt — so hat er 60.000 Franken, wird er Kammer- oder Senatspräsident, so hat er sogar 72.000 Franken Gehalt. Da die „Indemnität“ der Deputierten kein unpfändbarer Gehalt, sondern eben nur eine Entschädigung ist, auf die Beschlag gelegt werden kann (man sehe die Darlegung von Poller in Nr. 333, 335 und 336 der Wiener „Zeit“), diese politischen Abenteuerer aber meistens Schulden haben (schon zur Bestreitung der Wahlkosten

müssen sie solche machen), und ihnen ihre Entschädigung oft größtenteils oder ganz gepfändet wird, so spielen sie sozial die kläglichste Rolle und sind käuflich. Die eigentlichen Herren der Gesetzgebung und Regierung sind daher gewöhnlich die Geldleute, die Finanz- und Eisenbahngesellschaften, die sich die Deputierten kaufen, wie das unter anderem beim PanamaSkandal offenbar geworden ist.

Der scharfe Verstand und die lebhafteste Phantasie des romanischen Naturells haben bei den Franzosen eine merkwürdige Arbeitsteilung zustande gebracht. In seinem Privatleben, in seinem Gewerbe und seiner Haushaltung ist der Franzose ein nüchterner Rechner, ein wohldisziplinierter ordnungsliebender Mann, der alle Umstände für seinen Vortheil klug auszunützen versteht. In der Politik dagegen ist er Phantast und ein kompletter Narr. Er träumt beständig von Gloire und Revanche, sieht überall Verräther, Spione und Gespenster, ist jederzeit bereit, einen posirenden Hanswurst als Gott anzubeten, glaubt jeden Unsinn, der ihm vorgepredigt oder versprochen wird, und läßt sich von Poseurs und Schreibern zu jeder halsbrechenden Dummheit verleiten.

Die frevelhafte, aber zum Besten der Menschheit ausgeschlagene Dummheit von 1870, die das seit Jahrhunderten gestörte gesunde Gleichgewicht Europas hergestellt und an Stelle des explosiven Frankreich das ruhige Deutschland zur führenden Großmacht erhoben hat, fährt immer noch fort, weitere Dummheiten zu erzeugen. Zunächst die übertriebenen Rüstungen, die einerseits aus dem unvernünftigen Revanchegedanken, andererseits aus der ebenso unvernünftigen Furcht vor einem Ueberfall Deutschlands entspringen. Wenn man den Deutschen die französischen Deputierten, die jede Militär- und Marinevorlage unbedenken bewilligen, als leuchtende Muster des Patriotismus vorhält, so ist das ebenso unverständlich als ungerecht: diese Kammer-Hanswürste sind viel zu unwissend, zu leichtfertig und faul, um ein Budget ordentlich prüfen zu können. Die Budgets werden ohne gründliche Prüfung durchgepeitscht und die Sitzungen dafür mit unfruchtbarem, persönlichem Gezänk ausgefüllt. Nicht aus Patriotismus bewilligen die Herren, sondern weil sie gewissenlos sind und am besten fahren, wenn sie dem Chauvinismus schmeicheln und ihn rege erhalten, abgesehen davon, daß ihnen zur Prüfung solcher Vorlagen jede Befähigung abgeht; die deutschen Abgeordneten pflegen sich in Sachen, für die ihnen die Sachkenntnis fehlt, mühsam einzuarbeiten. Dann haben sich die Franzosen immer aus einem kolonialen Abenteuer ins andere gestürzt und durch die Quadratmeilenzahl ihrer erotischen Eroberungen, mit der sie prunken können, allerdings leidlich für die Befriedigung ihres Ruhmbedürfnisses gesorgt, wenn auch sonst weiter nichts Gutes dabei herauskommt. Endlich treibt die Phantastik in verrückte Extreme und wahnsinnig leidenschaftliche Parteikämpfe hinein, die an sich schon fanatisch genug,

durch ihren religiösen Gehalt noch fanatischer werden.

Wir haben heute in unserem Kulturkreise drei Hauptformen der Religion: den Katholizismus, den Protestantismus und das Neuheidenthum. Dieses wird zwar gewöhnlich Unglauben oder Religionslosigkeit genannt, es ist aber nur Unglauben in Beziehung auf das Christenthum und täuscht sich selbst, wenn es sich für religionslos oder gar für objektive Wissenschaft hält. In Wirklichkeit ist es ein Glauben an irgend ein Ideal, dem es religiöse Verehrung widmet. Die Neuheiden zerfallen in viele verschiedene Gruppen: Verehrer der reinen Wissenschaft, der Naturnothwendigkeit oder des Naturmechanismus, des sozialen Ideals, Heldenverehrer, Menschenanbeter, Wuotansverehrer, Buddhisten, Nietzscheaner, Verehrer des goldenen Kalbes, der Sinnelust, der Staatsidee, der Evolutionsidee; allen gemeinsam ist aber die Feindschaft gegen das Christenthum, die leicht einen politischen Zusammenhang zwischen ihnen stiftet. Das Deutsche Reich ist nun, seitdem die Sozialdemokratie das Neuheidenthum in die Massen getragen hat, so glücklich, die drei religiösen Parteien ungefähr in gleicher Stärke zu haben. Diese Dreigliederung verhindert den Zerfall des Volkes in zwei Parteien, die sich einander in dem Grade entfremden, daß sie einander nicht mehr verstehen. Jede der drei großen Parteien sieht sich gezwungen, abwechselnd die Hilfe bald der einen bald der anderen in Anspruch zu nehmen und sich bis zu einem gewissen Grade mit ihr zu verständigen. Gilts den Kampf gegen Rom, so reicht der Pastor dem Sozialdemokraten die Hand; gilt's den Schutz des Christenthums, so kämpfen orthodoxe Protestanten und Katholiken Schulter an Schulter, und in der Abwehr des Staatsabsolutismus stehen Katholiken, bürgerlicher Freisinn und Sozialdemokratie zusammen. In den romanischen Staaten fehlt nun das Bindeglied eines gläubigen oder wenigstens halbgläubigen Protestantismus, und da stehen einander der Katholizismus, auch Klerikalismus oder Jesuitismus genannt, und das Heidenthum, das sich gern Liberalismus oder Intellektualismus nennt, mit unveröhnlichem, jedem Verständigungsversuch unzugänglichem, fanatischem Haß gegenüber.

Neueste Entwicklung.

Nach dem großen Sturz des Ruhm- und Weltherrschaftsgötzen im Jahre 1870 nahm die Masse der Franzosen zu unserem Herrgott ihre Zuflucht. Die Frommen, und wer Patriot sein wollte, mußte wenigstens fromm thun, die heulsten: Dieu, sauvez la France, hatten Madonnaerscheinungen und pilgerten nach Lourdes. Und ihre Hoffnung richteten sie neben der heiligen Jungfrau auf die bigotten Bourbonen, die Frankreich rächen und seine Größe wiederherstellen sollten. Die Hoffnung scheiterte

an der Starrköpfigkeit des vorsintfluthlichen Grafen Chambord und an seinem Lilienbanner, das dem Bauer die Erinnerung an Frohnden, feudale Ausbeutung und Mißhandlung wachrief. Das brachte den Liberalismus wieder zu Kräften, und schon Gambetta durfte den Klerikalismus für den Hauptstaatsfeind erklären. Allein Ferry's Unterrichtsgesetz, die Auflösung der Jesuitenanstalten, die Schließung der Ordenschulen im Jahre 1879 waren nur ein vorüberauschender Gewittersturm: die Orden und ihre Schulen blühten weiter, der Popularität gegenüber, deren sie sich erfreuten, erwies sich die liberale Kammermehrheit mit ihrer Regierung ohnmächtig.

Von 1886 an krystallisirten sich die Gegensätze an dem Namen Boulanger, von 1897 ab an dem Namen Dreyfus. Da der Dreyfus handel drei Jahre lang die ganze zivilisirte Welt halb verrückt gemacht hat, wollen wir die Nerven der Leser mit einer Recapitulation der „Affaire“ schonen. Mag die Wahrscheinlichkeit, daß Dreyfus unschuldig verurtheilt worden ist, an Gewißheit grenzen, so wird sie doch niemals zur unwidersprechlichen Gewißheit erhoben werden können, weil sich die Regierung hinter der Nothwendigkeit, Staatsgeheimnisse zu wahren, verschanz hat, weil sie ohne Zweifel hinter dieser Verschanzung alle sie kompromittirenden Aktenstücke vernichtet hat, und weil es je länger desto weniger möglich sein wird, über die Echtheit oder Unechtheit der im Prozeß vorgelegten Schriftstücke zu entscheiden. Gut unterrichtete Politiker stellen die Sache folgendermaßen dar. Mehrere Offiziere des Generalstabes haben Rußland, das sich über die Wehrkraft seines Bundesgenossen genau zu unterrichten wünschte, Material geliefert. Das war ein Amtsverbrechen, aber kein Vaterlandsverrath. Die Ungerechtigkeit besteht also darin, daß Dreyfus zu hart und daß er allein bestraft worden ist.

Das historisch Bedeutende an der Sache ist weder die Person des jüdischen Hauptmanns noch der zweimal — das zweitemal in milderer Form — begangene Justizmord, sondern der Umstand, daß die „Affaire“ von den Parteien dazu benützt worden ist, den alten Parteikampf in eine neue Erscheinungsform überzuführen. Indem die Klerikalen für die Armeeverwaltung gegen Dreyfus Partei ergriffen und sich mit der Patriotenliga des Poseurs und Radaumachers Déroulède verbündet haben, nehmen sie das Recht für sich in Anspruch, die „Dreyfusards“ des Vaterlandsverrathes zu zeihen und sich selbst Nationalisten zu nennen; zugleich haben sie dadurch die Beziehungen zwischen Klerus und Armee, die schon vorher sehr innig waren, noch enger geknüpft. Die Dreyfusards dagegen beschuldigen die Nationalisten des Abfalls von den Prinzipien von 1789, verrätherischer Pläne zum Umsturz der Verfassung und insbesondere des Planes, den Staat einer Militärdiktatur zu unter-

werfen, während die Armee doch nur ein Werkzeug des Staates sein soll.

Die Liberalen haben vorläufig das Uebergewicht, sie verfügen über die Mehrheit der Deputirtenkammer, und ihnen gehört das seit dem 22. Juni 1899 bestehende Kabinet Waldeck-Rousseau an, das sogar ein sozialistisches Mitglied zählt: den Handelsminister Millerand. Auf die Gesinnung und die Ansichten des nominellen Staatsoberhauptes kommt wenig an, da seine Erfindungswelt sehr gering ist, seine Amtspflicht sich auf Repräsentation, Beglaubigung der Gesandten und die Bemühungen um Neubildung des Kabinetts nach jedem der rasch auf einander folgenden Stürze beschränkt. Daß der gegenwärtige Präsident, der seit dem 18. Februar 1899 repräsentirt, Emile Loubet heißt und, von Haus aus Advokat, seine Beamtenlaufbahn als Bürgermeister begonnen hat, bringen wir aus dem Grunde in Erinnerung, weil die Präsidenten der französischen Republik monatelang dermaßen im dunkelsten Hintergrunde zu schlummern pflegen, daß man ihren Namen vergißt. Anzumerken ist noch, daß der Klerikalismus und Nationalismus stark antisemitisch gefärbt sind, und daß sich seit einiger Zeit der Losung: „Gegen die Freimaurer und Juden“ noch die: „Gegen die Protestanten“ zugesellt hat.

Ouverture des Jahres 1900.

Im Spätherbst des Vorjahres hatten zwei politische Prozesse begonnen, deren Ergebnis in keinem Verhältnis stand zu dem ungeheuren Aufsehen, das sie machten, und zu dem Aufgebot von Zeugen und anderem Beweismaterial. Vor dem Staatsgerichtshof waren 21 Personen wegen einer Verschwörung zum Umsturz der Republik angeklagt. 600 Zeugen wurden vernommen. Am 4. Januar verkündigten die Richter das Urtheil: es lautete auf je 10 Jahre Verbannung für den Royalistenführer Buffet und das Haupt der Patrioten- oder Nationalistenliga Déroulède, und 10 Jahr Festung für den Antisemitenhauptling Guérin. Déroulède und Guérin, beide Poseurs und Radaubröder ersten Ranges, hatten im Vorjahre durch mehr theatralische als gefährliche Putschversuche, eigentlich nur Straßenfandale, die Aufmerksamkeit der Zeitungsleser der Erde auf ihre werthen Personen gelenkt. Ebenfalls auf 10 Jahre verbannt wurde der schon im Auslande lebende Royalist de Luc-Saluces; die übrigen sprach man frei.

Zu den eifrigsten Förderern der nationalistisch-antisemitischen Agitation gehörte in den letzten Jahren der Assumptionistenorden. Er war ursprünglich nur eine zwanglose Priesterkongregation, deren später vereinbarte Statuten heute noch der päpstlichen Bestätigung ermangeln. Zu ihren Regeln gehört die vollkommene Armut der Mitglieder, die aber nicht hinderte, daß sich einzelne von ihnen

als Strohänner das sehr bedeutende Vermögen des Ordens zuschreiben ließen. Politisch wirkte der Orden durch Geldspenden bei Wahlen und durch die Gratisvertheilung des Blattes „Croix“ in mehr als einer Million Exemplaren. Eine in der Pariser Hauptniederlassung vorgenommene Haussuchung führte zur Anklage. Wenn man den Zeitungsberichten glauben dürfte, hätten Haussuchung und Prozeß bewiesen, daß die armen Väter für zwölf Millionen Grundstücke erworben, neun Millionen auf politische Agitation ausgegeben und zur Anlockung des Publikums außer den frommen auch sehr unfromme, schmutzige Flugblätter vertheilt hätten; 1.800.000 franks sollen die Gerichtspersonen in baarem gefunden haben. Das sehr milde Urtheil legt jedoch die Vermuthung nahe, daß die Zeitungen übertrieben haben. Die Anklage lautete auf unerlaubte Vereinsgründung und Steuerhinterziehung, das am 24. Januar verkündigte Urtheil auf 16 franks Geldbuße für jedes der zwölf angeklagten Mitglieder (bei so viel Millionen verheimlichten, steuerbaren Vermögens?) und Auflösung der Gesellschaft. Einigen Bischöfen, die gegen die Auflösung des Ordens Protest erhoben, wurde der Gehalt gesperrt; einer dieser Herren, der streitbare Erzbischof von Alg, nannte darauf den Ministerpräsidenten in einem offenen Briefe einen Spitzhuben, der ihm seinen Gehalt gestohlen habe.

Am 8. März lenkte ein Unglück die Gemüther auf einige Tage von der Politik ab. Am Mittag gerieth das altberühmte Théâtre Français, das seit 1806 die nicht weniger berühmte Schauspieltruppe Molière's, die Comédie Française, beherbergte, auf nicht völlig aufgeklärte Weise in Brand. Das Innere wurde ein Raub der Flammen; die Kunstschätze und die kostbare Bibliothek konnten zum größten Theil gerettet werden, aber eine jugendliche Schauspielerin, die 21jährige Jeanne Henriot, verlor ihr Leben.

Am 22. März schlug die Regierung einen Interpellationssturm glücklich ab. Von den Interpellationen erwähnen wir eine, weil sie für französische Verhältnisse charakteristisch ist: ein klerikaler Graf beschwerte sich darüber, daß der Schneider Paquin, alias Cohen, das Kreuz der Ehrenlegion erhalten habe, und böse Zungen behaupteten, diese Dekoration sei der Dank des sozialistischen Handelsministers Millerand für die seiner Frau gelieferten ebenso schönen als wohlfeilen Roben. Einen zweiten Sturm, bei dem der frühere Landwirtschaftsminister und spätere Kabinettschef Méline die Aufnahme eines Sozialisten ins Kabinet heftig tadelte, bestand das Ministerium am 11. April.

Am 6. Mai wurden in den 36.170 Kommunen des Landes die Gemeinderäthe erneuert. Diesen Wahlen kommt politische Bedeutung zu, weil sich in ihnen die Stimmung des Landes kund gibt und der Ausfall der nächsten Deputirtenwahlen im voraus spiegelt. In Paris, dessen

Gemeinderath bisher radikal mit starker Hinnigung zum Sozialismus gewesen war und dabei scharf antiklerikal, wie sich das für die „Hauptstadt der Intelligenz“ von selbst zu verstehen schien, siegten diesmal die Nationalisten. Nachdem am 13. die Stichwahlen vollzogen waren, zählte man 48 Nationalisten und 32 Radikale einschließlich der Sozialisten. Zu den 48 der Mehrheit gehören übrigens auch noch einige Sozialisten, denn es gibt auch nationalistisch gefärbte, wie denn überhaupt die französischen Sozialisten vielfach gespalten sind. Im Lande fielen jedoch die Wahlen überwiegend republikanisch aus.

In der Nacht vor den Stichwahlen ließ es sich die höchst moderne Gyp einfallen, ein mittelalterlich romantisches Abenteuer zu inszenieren. Diese nicht mehr junge Dame, die eigentlich Gräfin Martel heißt und eine Enkelin des großen Mirabeau ist, und die in ihren geistprühenden Erzählungen die reizendsten und naturwahrsten Schilderungen der französischen Gesellschaft entwirft, erschien in zerrissenen Kleidern und blutend am Thore des Dororts Bercy. Sie erzählte, sie sei in einen Wagen gelockt, in ein mehrere Meilen weit entferntes Schloß gebracht und dort eingesperrt worden, habe sich aus Decken und Bettzeug ein Rettungsseil angefertigt, zum Fenster hinabgelassen, sei über ein dritthalb Meter hohes (wie genau!) Parkgitter geklettert und dann den langen Weg nach Paris gelaufen; sie sei unter anderem über ein Möhrenfeld gekommen und habe an reifen Mohrrüben ihren Hunger gestillt. (Am 12. Mai! Pariser Damen sind in Naturkenntnis und Landwirthschaft gewöhnlich etwas schwach.) Da für alle, welche die ehrwürdige Matrone kennen, Liebe als Motiv der Entführung ausgeschlossen war, so blieb nur die Politik übrig. Gyp ist fanatische Nationalistin, und man wollte sie hindern, bei den Stichwahlen ihren Einfluß in die Wagschale zu werfen. Großmüthig erklärte die Märtyrerin der nationalen Sache, sie verzichte auf die Bestrafung ihrer Peiniger. Der weniger großmüthige Staatsanwalt erhob zwar Klage wider Unbekannt und ließ die Umgegend von Paris absuchen, aber man fand weder das Feld mit den reifen Mohrrüben noch ein Schloß, auf das die Beschreibung der Gräfin gepaßt hätte, noch gelang es, die Entführer zu ermitteln.

Paris lachte über die Geschichte bis zum 22. Mai, an welchem Tage es sehr ernsthaft die Besprechung der Gemeindewahlen in der Kammer anhörte. Gouzy sagte: In den Gemeinderathswahlen habe das Land für die Regierung entschieden. Er fordere jedoch den Ministerpräsidenten auf, sich über die Reformen zu äußern, welche die Regierung vorzunehmen gedenke, um auch der Kammer Gelegenheit zu geben, durch eine Abstimmung zu zeigen, daß sie den Fortbestand des gegenwärtigen Kabinettes wolle. Der Bonapartist Cassagnac entgegnete: die Opposition wolle nicht den Sturz dieser Regierung; denn das gegen-

wärtige Kabinet besorge die Geschäfte der Opposition, es untergrabe die Republik; im geeigneten Augenblick werde sich der richtige Mann, der die Monarchie herstelle, schon finden. Waldeck-Rousseau führte aus, die Gemeinderathswahlen sprächen in der That für die Regierung, denn es seien 5 Millionen republikanische und 2½ Millionen konservative Stimmen abgegeben worden. Die Pariser Wahlen bildeten keinen Gegenbeweis; die Zeit, wo Paris die Politik fürs ganze Land gemacht habe, sei vorüber. Zum Schluß kündigt er Gesetzentwürfe über den Unterricht, die Einkommensteuer und die Arbeiterversicherung an. Die Kammer votirte mit großer Mehrheit eine Tagesordnung, in der die Politik der Regierung gebilligt und erklärt wird, man werde sich jedem Versuch, den Dreyfushandel zu erneuern, energisch widersetzen.

Der widerspenstige Todte. Die Amnestie.

Obwohl Waldeck-Rousseau zu den Dreyfusards gehört, ist er doch als Kabinettschef mit der Opposition in dem Wunsche einig, die Affaire begraben sein zu lassen, weil ihre Aufwärmung die Regierung in die ärgsten Verlegenheiten stürzen würde. Die fanatischen Freunde des zu Rennes zum zweitenmale verurtheilten Hauptmanns aber regten das Publikum immer wieder von neuem mit der Forderung auf, die volle Wahrheit müsse an den Tag gebracht werden und der verletzten Gerechtigkeit Genüge geschehen. Solche Kundgebungen riefen nun nicht bloß erbitterte Proteste der Nationalisten hervor, die behaupteten, die Schuld des „Verräthers“ sei klar erwiesen und das zweite Urtheil unumstößlich, sondern gaben der Opposition auch neue Waffen gegen die verhasste Dreyfusarden-Regierung in die Hand: sie sprach den Verdacht aus, daß Waldeck-Rousseau, während er öffentlich diese Absicht leugne, im Geheimen die Wiederaufnahme des Prozesses vorbereite, und ein Hauptmann Fritsch veröffentlichte geheime Papiere des Generalstabs, die das beweisen sollten. Der Mann wurde natürlich gemäßigelt, aber die Disziplinlosigkeit, die bei dieser Gelegenheit offenbar wurde, die Unmöglichkeit, in der Armee das Politisiren auszurotten, ärgerte den alten, bewährten General Gallifet so, daß er am 30. Mai sein Portefeuille abgab. Ihm folgte als Kriegsminister der General André. Schon vorher hatte die Regierung eine Amnestievorlage ausgearbeitet, die, wie sich ein Berichterstatter ausdrückt, die letzte Schaufel Erde bedeutete, mit der man die begrabene Affaire zuzudecken gedachte. Abweichend von dem gewöhnlichen Begriff der Amnestie, war sie weniger dazu bestimmt, schon verhängte Strafen zu erlassen — auf politische Sünder wie Déroulède sollte sie gar nicht ausgedehnt werden — als dazu, künftigen Prozessen vorzubeugen; sie besagte, daß alle auf den Dreyfushandel bezüglichen Fälle außer Verfolgung zu setzen seien. Im Senat wurde bei



General André, französischer Kriegsminister.

der ersten Berathung am 1. Juni heftig dagegen opponirt. Mehrere Senatoren nannten die Verurtheilung des jüdischen Hauptmanns eine Rechtsbeugung, ein Verbrechen, sprachen die Ueberzeugung aus, daß die eiternde Wunde nicht durch Verkleben, sondern nur durch Ausschneiden des Sitzes des Uebels geheilt werden könne, und forderten zunächst, daß dem General Mercier, unter dessen Ministerium 1894 Dreyfus das erstmal verurtheilt worden war, der Prozeß gemacht werde. Der Zank um die Amnestie schleppte sich durch mehrere Kammertagungen bis in den Spätherbst hin. Am 19. Dezember wurde endlich die Regierungsvorlage unter Ablehnung aller ihr nicht genehmen Zusätze mit 156 gegen 2 Stimmen angenommen. Die Mehrzahl enthielt sich der Abstimmung. Sola richtete darauf einen pathetischen offenen Brief im Stile seines berühmten »J'accuse« an den Präsidenten der Republik, worin er weisagt, daß auf den vierten Akt des Dreyfusdramas, der zu Rennes gespielt habe, noch ein schrecklicher fünfter Akt folgen werde.

Der neue Kriegsminister.

Die französischen Offiziere sind der Mehrzahl nach klerikal gesinnt, zum Theil bigott und pflegen monarchische Erinnerungen; die Republikaner behaupten, die Jesuiten regierten die Armee, die nichts sehnlicher wünsche, als zu einem Staatsstreich mitwirken zu können. General André ist republikanisch gesinnt und wirkt auf die Demokratisierung der Armee und die Entklerikalisierung des Offizierskorps hin. Gleich nach Uebernahme des Kriegsministeriums (wir folgen einer sachkundigen Darstellung im 3. Heft des Jahrganges 1901 der „Grenzboten“) setzte er eine Anzahl von Reformen oder, wie die Gegner sagen, desorganisirenden Änderungen durch, denen sich das Offizierskorps und die Generalität nicht ohne demonstrativen Wider-

stand gefügt haben. Er nahm einen umfassenden Personenwechsel im Generalstabe vor, der zur Folge hatte, daß der Chef des Generalstabes, General Delanne, und der Vizepräsident des obersten Kriegsrathes, General Jamont, ihren Abschied nahmen. Dann entthob er die Mitglieder des obersten Kriegsrathes, die bis dahin mit Ausnahme des Kriegsministers, des Chefs und Souschefs des Generalstabes als Korpskommandeure fungirten, ihrer Kommandos und wies ihnen den Wohnsitz in Paris an. Hierauf änderte er die Organisation der vornehmsten Kriegsschule, der von St. Cyr. Deren Zöglinge haben ihre Vorbildung meist in klerikalen Schulen genossen, und da nach altem Brauch als Lehrer an ihr nur solche Offiziere angestellt wurden, die aus ihr hervorgegangen waren, so galt St. Cyr als die Hauptpflanzstätte des Klerikalismus in der Armee. André ersetzte die aus geistlichen Unterrichtsanstalten hervorgegangenen Lehrer dieser Schule durch solche, die ihren Unterricht ausschließlich in Staatsschulen empfangen hatten, beseitigte für die Zukunft den Einfluß der Generalinspektoren auf die Besetzung der Lehrerstellen und verfügte noch einige andere Änderungen militärtechnischer Natur. Endlich schaffte er die Bestimmung ab, daß Offiziere nur solche Mädchen heiraten dürfen, die eine jährliche Rente oder Zulage von mindestens 1200 Franken nachweisen, so daß also von jetzt ab die Offiziersbräute arm sein dürfen.

Außerdem griff er bei persönlichen Angelegenheiten in einer dem Geiste des Offizierkorps schroff widersprechenden Weise ein. An die Artillerieschule in Fontainebleau wurde ein jüdischer Hauptmann Coblenz versetzt. Dieser fand dort mehrere Offiziere wieder, mit denen er im Regiment Unannehmlichkeiten gehabt hatte. Sein neuer Vorgesetzter fürchtete Reibungen und beantragte Zurücknahme der Versetzung des Coblenz; aber nicht dieser, sondern er, der Reklamant wurde versetzt. Zugleich versetzte André, um ein Exempel zu statuieren, sechs Offiziere der Schule zu ihren Truppentheilen zurück und stellte den Kommandanten der Anstalt, General Perboyre, zur Disposition, weil er sich geweigert hatte, sechs Opfer vorzuschlagen und so zur Maßregelung mitzuwirken. Und weil sich nun die übrigen Offiziere der Schule erst recht nicht zu einem kameradschaftlichen Verhalten gegen Coblenz verstehen wollten, ordnete André an, daß alle Hauptleute der Anstalt ihr Mittagmahl an einem gemeinsamen Tische einzunehmen hätten.

Eine andere ärgerliche Geschichte begab sich zu Melun. Ein dortiger Rittmeister hatte eine geschiedene Frau geheiratet, konnte also, da er Katholik war, nicht kirchlich, sondern nur zivil getraut werden. Deshalb boykottirten ihn die meisten Kameraden gesellschaftlich. Es kam zu einer Reihe von Duellen, der Platzkommandant und mehrere Offiziere wurden versetzt. André schritt gegen diese lokale Duellpest ein, erklärte jedoch in



Eröffnung der Pariser Weltausstellung von 1900.

der Kammer, er sei kein grundsätzlicher Gegner des Duells; dieses bedeute einen Fortschritt gegenüber der feigen und hinterlistigen Sitte, mißliebige Kameraden in Verruf zu erklären. Es bleibt nun abzuwarten, wer als der Stärkere das Feld behaupten wird, André oder der Geist des Offizierkorps. Von sonstigen militärischen Angelegenheiten erwähnen wir nur, daß der General Mercier Anfang Dezember in der Deputiertenkammer, nicht ohne Widerspruch des Präsidenten, die Möglichkeit, ein Landungskorps nach England zu schaffen und einen Einfall in dieses Land zu unternehmen, erörterte, und daß die Regierung selbstverständlich mehr als einmal wegen des China-Abenteuers interpelliert wurde. Kisten mit Kostbarkeiten, welche die Offiziere der Expedition nach Hause schickten und deren Werth man auf 70 Millionen anschlägt, wurden auf Befehl der Regierung in Marseille mit Beschlag belegt.

Die Jahrhundertausstellung.

Daß die Opposition im Jahre 1900 aufs Ministerstürzen verzichtete und der Kabinettschef seine antiklerikalen Heißsporne aus Leibeskräften zügelte, beruhte auf einer stillschweigenden, gelegentlich jedoch auch offen eingestandenen Vereinbarung. Die Weltausstellung versprach einen Milliarden Gewinn, und der durfte nicht durch politische Unruhen gefährdet werden. So hatte man denn für die Ausstellungszeit einen Gottesfrieden proklamiert, und es fügte sich, daß ein Sozialist, der Handelsminister Millerand, die Honneurs machte beim Empfang der Souveräne oder vielmehr ihrer Vertreter, denn sie selbst, wenigstens die großmächtlichen und großmächtigen, blieben freilich aus. Nur einige exotische erschienen, unter anderen der Schah von Persien, den am 2. August ein gewisser Salsou mit einem Dolch zu erstechen versuchte. Musaffer Eddin benahm sich sehr verständig dabei; er blieb ganz ruhig und sagte: „Noch ein Verrückter (er hatte vorher geäußert, den Mord Humbert's könne nur ein Irrsinniger begangen haben); es scheint, daß die Sorte in Europa nicht selten ist.“ Am schmerzlichsten wurde das Ausbleiben des großen Freundes an der Nema empfunden, der im September die bittere Pille der definitiven Absage durch die feierliche Entsendung des Fürsten Urussov versüßte, der Herrn Coubet außer einem herzlichen und schmeichelhaften Schreiben den Andreasorden überbrachte.

Die Ausstellung wurde am vorausbestimmten Termin, am 14. April eröffnet, obwohl thatsächlich noch nichts ausgestellt war und die ganze Nacht vorher gearbeitet werden mußte, um die Baugerüste aus der Festhalle herauszuschaffen. Millerand dankte in der Eröffnungsrede dafür, daß sich „das Weltall“ bei Ausführung des Riesenunternehmens Frankreich angeschlossen habe, schilderte, wie die moderne Technik das Anflitz der Erde umgestaltet, wie diese Umgestaltung den Ge-

danken der Solidarität der Stände, Klassen und Völker erzeugt habe, und schloß mit den Worten: „Der Tag wird kommen, wo die Welt nur noch die fruchtbare Nebenbuhlerschaft im Frieden, die glorreichen Kämpfe der Arbeit, kennen wird. O Arbeit, befreiende, heilige Arbeit, du veredest, du tröstest! Auf deinem Wege verschwindet die Unwissenheit, schwindet das Böse. Du erhebst die von der Knechtschaft der Nacht erlöste Menschheit in die lichten Regionen, wo eines Tages das Recht und die Schönheit in idealer Eintracht herrschen werden.“ Und Coubet, der Präsident der Republik, sprach unter anderem: „Als die französische Republik die Regierungen und die Völker einlud, mit uns eine Darstellung des Gesamtbildes der menschlichen Arbeit zu veranstalten, da hatte sie nicht bloß die Absicht, einen Wettbewerb von Industriezeugnissen ins Leben zu rufen und an den Ufern der Seine den alten Ruhm unserer Eleganz, Höflichkeit und Gastlichkeit wieder aufleben zu lassen. Unser Ehrgeiz strebt nach Höherem; er geht weit hinaus über den Glanz vorübergehender Feste, beschränkt sich nicht auf das Gefühl der patriotischen Befriedigung, die wir heute empfinden, noch auf die Befriedigung selbstsüchtiger Interessen. Frankreich wollte durch dieses Unternehmen beitragen zur Anbahnung der Eintracht zwischen den Völkern.“

Die Ueberstürzung der Arbeiten hatte am 29. einen Unfall zur Folge. Eine Brücke über die Avenue de Suffren, die zwei Abtheilungen verband, stürzte ein; fünf Personen wurden getödtet und zehn verwundet. Den Höhepunkt erreichte der Festjubiläum des Weltjahrmarkts am 22. September, wo der Präsident Coubet als der Familienvater Frankreichs unter 22.000 Bürgermeistern thronte, die er im Festsaal der Maschinenhalle bewirthete.

Die Meinungen über den Erfolg der Ausstellung sind getheilt. Gallige Kritiker behaupten, sie sei eben nur ein ungeheurer Jahrmakel mit großartigem Klimbim gewesen, und habe das einzige, was man von ihr erwartet hatte, die Fortbildung der 1889 glücklich begonnenen Verwendung des Eisens zu eleganten Hochbauten und die Schaffung eines neuen, dem neuen Material angemessenen Baustils, nicht gebracht; die Verschwendung von geschmacklosen Gipsornamenten an den Pariser Bauten sei abscheulich gewesen, und in den Bauten der Völkerstraße hätten die Nationen keineswegs ihr Bestes geleistet. Besucher jedoch, die dort Spezialitäten studirt haben, erklärten sich befriedigt durch die Fülle des Nützlichen und Schönen, das sie gesehen hätten. Uneingeschränktes Lob ward dem Generaldirektor der Ausstellung, dem Ingenieur Picard, zutheil; die Großartigkeit und Kühnheit der von ihm geschaffenen Anlagen, von denen einige: zwei Kunstpaläste, die Monumentalbrücke, bei der Kaiser Alexander III. zu Pathen standen hat, eine Untergrundbahn und mehrere neue Straßenbahnen, der Stadt dauernd erhalten bleiben, wird von niemandem bestritten, und Kenner

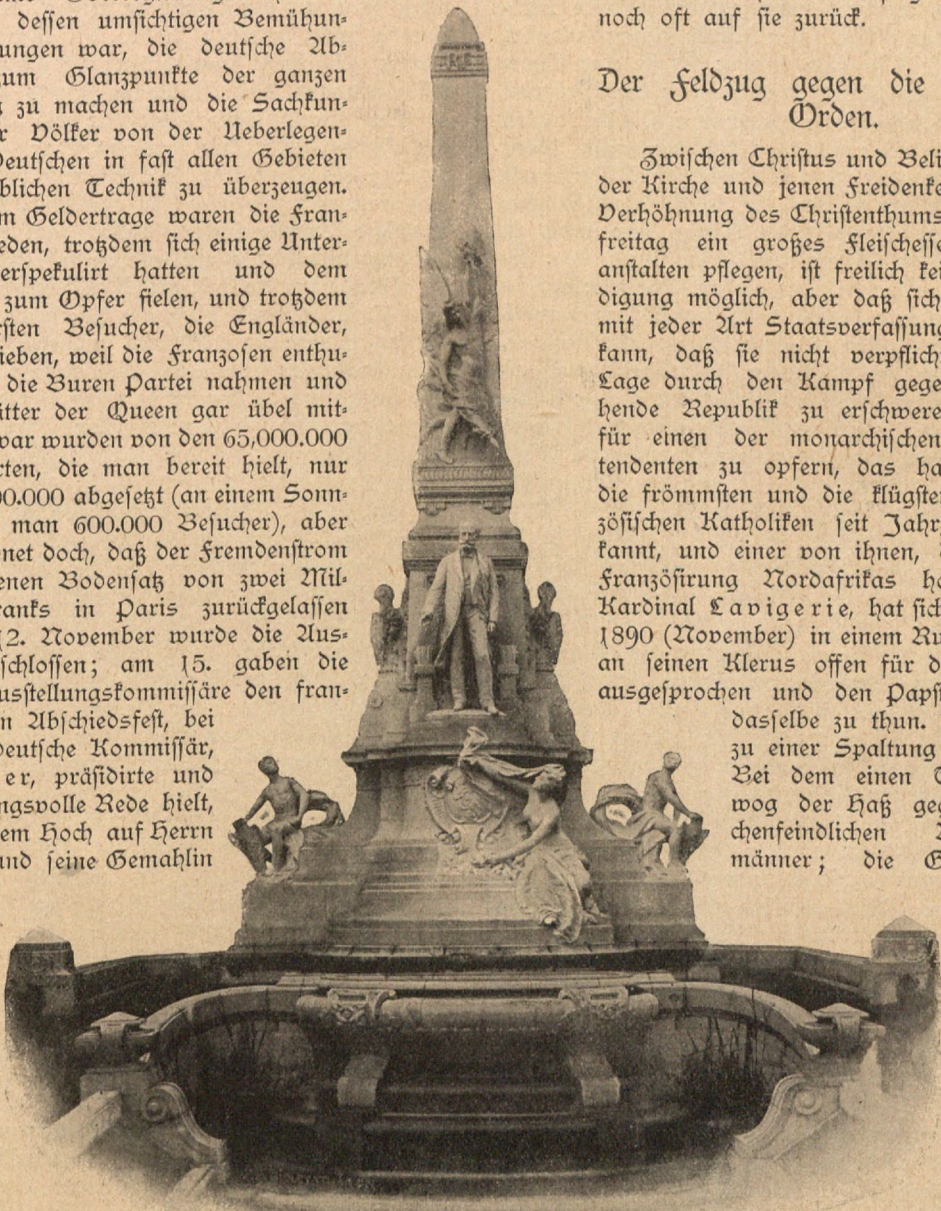
loben besonders die Einrichtung, daß unmittelbar neben oder unter jeder Gattung von Erzeugnissen die Werkstätte angebracht war, in der man sich über die Herstellungsweise unterrichten konnte. Nicht minder Lob erntete der deutsche Ausstellungskommissär, der Geheime Oberregierungsrat Dr. Richter, dessen umsichtigen Bemühungen es gelungen war, die deutsche Abtheilung zum Glanzpunkte der ganzen Ausstellung zu machen und die Sachkundigen aller Völker von der Ueberlegenheit der Deutschen in fast allen Gebieten der gewerblichen Technik zu überzeugen.

Mit dem Geldertrage waren die Franzosen zufrieden, trotzdem sich einige Unternehmer verspekulirt hatten und dem Pleitegeier zum Opfer fielen, und trotzdem die schwersten Besucher, die Engländer, ganz ausblieben, weil die Franzosen enthusiastisch für die Buren Partei nahmen und die Witzblätter der Queen gar übel mitspielten. Zwar wurden von den 65.000.000 Eintrittskarten, die man bereit hielt, nur etwa 45.000.000 abgesetzt (an einem Sonntage zählte man 600.000 Besucher), aber man berechnet doch, daß der Fremdenstrom einen goldenen Bodensatz von zwei Milliarden Franks in Paris zurückgelassen hat. Am 12. November wurde die Ausstellung geschlossen; am 15. gaben die fremden Ausstellungskommissäre den Französischen ein Abschiedsfest, bei dem der deutsche Kommissär, Dr. Richter, präsidirte und eine wirkungsvolle Rede hielt, die mit einem Hoch auf Herrn Loubet und seine Gemahlin

ganz besondere Bedeutung, weil von den Vertretern der anderen Staaten die deutschen Einrichtungen für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung als mustergiltig anerkannt wurden; man widmete ihnen einen ganzen Tag, den 26., ausschließlich und kam auch an den folgenden Tagen noch oft auf sie zurück.

Der Feldzug gegen die geistlichen Orden.

Zwischen Christus und Belial, zwischen der Kirche und jenen Freidenkern, die zur Verhöhnung des Christenthums am Charfreitag ein großes Fleischiessen zu veranstalten pflegen, ist freilich keine Verständigung möglich, aber daß sich die Kirche mit jeder Art Staatsverfassung vertragen kann, daß sie nicht verpflichtet ist, ihre Lage durch den Kampf gegen die bestehende Republik zu erschweren und sich für einen der monarchischen Kronprätendenten zu opfern, das haben gerade die Frömmsten und die Klügsten der Französischen Katholiken seit Jahrzehnten erkannt, und einer von ihnen, der um die Französisirung Nordafrikas hochverdiente Kardinal Lavignerie, hat sich im Jahre 1890 (November) in einem Rundschreiben an seinen Klerus offen für die Republik ausgesprochen und den Papst bewogen, dasselbe zu thun. Das führte zu einer Spaltung im Klerus. Bei dem einen Theil überwog der Haß gegen die kirchenfeindlichen Regierungsmänner; die Gemäßigten



Das Carnot-Denkmal in Lyon.

schloß. — Gelegentlich der Ausstellung wurden eine Menge internationaler Kongresse veranstaltet; die wichtigsten waren: ein Bergarbeiterkongreß, ein Kolonialkongreß, ein Sozialistenkongreß und ein Kongreß für Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Dieser, der Zeit nach der erste (er ward am 25. Juni eröffnet), hatte für das Deutsche Reich eine

sagten, mit der republikanischen Staatsform an sich könnten sie sich allenfalls ausöhnen, nimmermehr aber mit dieser Republik, der Republik eines Gambetta und der Erben seiner Gesinnung. An der Spitze dieser Unversöhnlichen marschirten die Assumptionistenpatres. Die anderen knüpften an die liberalen Traditionen von Monta-

Lambert und Lacordaire an, die, in Frankreich wie überall in Europa durch das Vatikanum bekämpft, im letzten Jahrzehnt von einigen amerikanischen Bischöfen, namentlich dem Bischof Ireland von St. Paul in Minnesota, gepflegt worden sind, weshalb man jetzt die liberale Strömung in der katholischen Kirche Amerikanismus nennt. Diese Liberalen sagen: es ist eine Thorheit, wenn wir Katholiken, die wir die Mehrheit des Landes auf unserer Seite haben, die Verfolgten spielen. Wir müssen uns zu den modernen Ideen bekennen, die ganz und gar nicht im Widerspruch zum Evangelium stehen, die Fessel legitimistischer Liebhabereien, die mit der Kirche gar nichts zu thun haben, abschütteln, die Kronprätendenten, die uns nichts angehen, preisgeben, die theologische Seminarerziehung durch weltliches Wissen vervollständigen, an allen Kulturarbeiten theilnehmen, auf dem neutralen Boden der Kultur- und Humanitätsbestrebungen unseren bisherigen Gegnern die Hand reichen, die Staatschulen anerkennen und deren Schülern Religionsunterricht erteilen. Diese liberal und republikanisch Gesinnten haben sich auf zwei Kongressen, 1895 zu Reims und 1900 zu Bourges, organisiert, und die Kölnische Volkszeitung, das angesehenste Zentrumsblatt Deutschlands, behauptet, es gehörten dieser Partei viele Bischöfe an; von den Fanatikern und Bigotten werden sie natürlich als Verräther der Kirche verschrien. Der Bischof von Caval sah sich im Oktober 1900 genöthigt, vor seinen Verfolgern in die Öffentlichkeit zu flüchten. Er richtete eine Zuschrift an den *Matin*, worin er klagt, daß, weil er den Weisungen *Leos XIII.* gemäß die Republik anerkenne und seinen Priestern nicht gestatte, für die Nationalisten zu agitiren, er mit den giftigsten Verleumdungen verfolgt werde. Seine Gegner hätten ein Syndikat gebildet und 500.000 Franken zusammengebracht; dieses Geld, habe ein Priester erklärt, werde man dazu verwenden, ihn mit einem solchen Haufen Unrath zu überschütten, daß er darin erstickt.

Ende Oktober begab sich *Waldes-Rousseau* nach Südfrankreich, hauptsächlich um der Enthüllung des Denkmals beizuwohnen, das man dem zu Lyon ermordeten Präsidenten Carnot in dieser Stadt errichtet hatte, und hielt vorher in Toulouse eine Programmrede, in der er außer anderen Gesetzentwürfen auch einen gegen die Klerikale Gefahr ankündigte, in der Form eines Gesetzes über die Vereine. Dabei, so sprach er ungefähr, haben wir die schwierige Aufgabe zu lösen, einerseits allen berechtigten Vereinen die freie Entfaltung zu sichern, anderseits unsere demokratische Gesellschaft vor solchen Vereinen zu schützen, welche unter dem Deckmantel der Religion einen Staat im Staate gründen. Unser Staatsgrundgesetz sichert dem Seelsorgeklerus die freie Ausübung seiner Thätigkeit zu, aber die Kirche wird von der Kapelle, der Seelsorgeklerus von der Ordensgeistlichkeit bedroht; durch das Bewußtsein ihrer

Macht, die im Assumptionistenprozeß offenbar geworden ist, kühn geworden, bekämpfen sie jetzt schon in der Person des Bischofs von Caval die kirchliche Autorität, weil diese sich der Diktatur der Orden nicht fügen will. Die Größe der Gefahr möge man an der Thatsache messen, daß, wie die Untersuchung ergeben habe, der Werth der den Orden gehörigen Immobilien seit 1880 von 700 Millionen auf 2000 Millionen Franken gestiegen sei.

Eine Hauptschwierigkeit für die Bekämpfung der Orden bildet der Umstand, daß sie der Regierung als Pioniere, Stützen und Helfer in den Kolonien und überhaupt in exotischen Ländern unerseßliche Dienste leisten, daher dort vom Staate beschützt und auf alle Weise gefördert werden.

Gerade um die Zeit, als *Waldes-Rousseau* seine Programmrede hielt, am Allerheiligensfeste, lud der französische Generalkonsul zu Alexandria die dortigen Franzosen zu einem gemeinsamen Kirchgange ein, begab sich an der Spitze eines Zuges von Mönchen, algerischen und tunesischen Franzosen und französischen Matrosen in die Kathedrale, durchschritt deren Schiff, den Weihwedel in der Hand und die zu beiden Seiten niederknienenden Gläubigen besprengend, und wohnte dem Gottesdienst auf dem Ehrenplatz am Hochaltar bei, der Kirchenchor aber stimmte bei seinem Eintritt — die *Mar-seillaise* an. Die „Kölnische Zeitung“ bemerkt dazu ganz richtig, man dürfe daraus nicht etwa schließen, daß der Konsul ein frommer Katholik sei; der Freidenker, der Protestant, der Jude benehme sich als hoher Beamter in der Kolonie oder in französischen Niederlassungen des exotischen Auslandes ganz ebenso.

Auf diesen schwachen Punkt richtete der Papst seinen ersten Angriff gegen den Gesetzentwurf des französischen Kabinetts. Er beschied den ultramontanen Publizisten *de Houy* zu sich, der die Unterredung im *Matin* veröffentlichte. Der Papst berief sich zuerst aufs Konkordat, führte dann aus, daß er den französischen Katholiken nicht zumuthen könne, ihren Frieden mit der Republik zu machen, wenn sie von dieser bekämpft würden und wies endlich auf die Kolonien hin. „Zu wiederholtenmalen,“ sprach er, „wurde ich von dem Herrscher eines mächtigen Staates gebeten, zu gestatten, daß dem Rechte Frankreichs auf das Protektorat der Christen im Orient keine Rechnung getragen werde. Ich wollte aber stets, daß dieses Recht unverletzt bliebe. Wenn man aber die religiösen Genossenschaften ausraubt und verfolgt, was soll ich dann an dem Tage antworten, wo ein solcher Antrag wiederholt wird? Soll der Papst allein die Rechte Frankreichs vertheidigen, wenn es selbst das Mittel zu ihrer Aufrechterhaltung vernichtet?“ Der Papst droht also den Franzosen, daß er ihre exotische Gloire auf die Deutschen übertragen werde. An den Erzbischof von Paris richtete er Ende Dezember ein Schreiben, worin er die Verdienste der Orden um den Einfluß Frankreichs im Orient rühmt und sagt, es



Präsident Krüger auf dem Balkon des Hotel Scribe in Paris.

würde ein unbegreiflicher Undank und zugleich ein Verzicht auf diesen Vortheil sein, wenn die Regierung die Orden in der Heimat unterdrücken wollte. Habe sie Beschwerden über die Orden, so sei der Papst zur Abhilfe bereit; er habe das Seinige zur Beruhigung der Gemüther beigetragen und lehne jede Verantwortung ab, wenn der Kampf nun leidenschaftlicher als je entbrenne.

Mit dem Gesetzentwurf selbst, der erst im Jahre 1901 berathen worden ist, haben wir uns hier noch nicht zu beschäftigen. Die Londoner »Saturday Review« stellte ihm gleich nach seinem Erscheinen ein schlechtes Prognostikon. Wenn, sagte sie, die Macht der Orden so groß ist, wie Waldeck-Rousseau sie darstellt, dann wird sein Entwurf nicht durchgehen, oder, geht er durch, so wird das Gesetz nicht ausgeführt werden, sollte es aber ausgeführt werden, so wird es so wenig etwas nützen, wie das Gesetz Ferry's genützt hat, dessen siebenter Artikel bestimmte, daß Mitglieder nicht anerkannter religiöser Genossenschaften nicht unterrichten dürften. Die französische Republik und die katholische Kirche sind siamesische Zwillinge, die einander hassen, aber nicht von einander loskönnen; in jeder Kammersitzung beantragen die Fanatiker der Linken die Aufhebung der Botschaft beim Vatikan, aber stets wird der Antrag abgelehnt.

Arbeiterbewegung.

Ueber die zahlreichen Streikämpfe, die von beiden Seiten mit gallischer Verve und romanischer Hitze geführt wurden, berichten wir nicht; aber anmerken müssen wir wenigstens, daß der Eintritt des »Genossen« Millerand ins Ministerium die schon längst bestehende Spaltung zwischen den von Guesde geführten fanatisch revolutionären Marxisten und den Opportunisten, zu denen der höchst begabte Jaurès gehört, bedeutend vertieft hat. Natürlich betrachten die Radikalen die Theilnahme eines Genossen an einer Bourgeoisregierung als einen Verrath an der Sozialdemokratie. Auf dem internationalen Sozialistenkongreß Ende September geriethen die beiden Parteien einander so arg in die Haare, daß eine regelrechte Prügelei daraus wurde und Koseworte wie Kanaille, Halunke hinüber und herüber flogen, zur Erbauung der ausländischen, besonders der deutschen Genossen, die nun ganz genau wissen — haben sie es doch mit ihren Augen gesehen — wie die allgemeine Menschenverbrüderung in dem die ganze Welt umfassenden sozialdemokratischen Zukunftsstaate aussehen wird.

Was der Kongreß beschlossen hat, ist gleichgiltig, da er ja keine Exekutivgewalt hat und im gegebenen Falle jeder Genosse doch thut, was ihm oder seinem speziellen Führer beliebt. Wichtig und interessant dagegen ist, daß Millerand über ein Jahr in einem Bourgeoismini-

sterium amtiren konnte, ohne daß diese amtliche Verkoppelung scheinbar unverföhnlicher Gegensätze zu einer unerträglichen Spannung geführt hätte. Am guten Willen, eine solche zu erzeugen, hat es in der Kammer nicht gefehlt. So wurde auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen Aeußerungen des Ministerpräsidenten und des Handelsministers bestehe. Waldeck-Rousseau hatte in seiner Programmrede zwar gesagt, es müsse Menschlichkeit in die Politik und Harmonie in die Beziehungen der Arbeit zum Kapital gebracht werden, aber zugleich versichert, die Umwandlung des persönlichen in Kollektiveigenthum gehöre nicht zum Regierungsprogramm. Millerand dagegen hatte kurz vorher den Bergleuten und Grubenbesitzern in Lens gesagt, er sei überzeugt, daß die Lohnarbeit einmal aufhören und die jetzige Arbeitsverfassung einer kollektivistischen weichen werde. Allerdings solle sich der Uebergang nicht auf dem Wege der Revolution sondern auf dem der natürlichen Entwicklung vollziehen. Zugleich kündigte er einen Gesetzentwurf zur Regelung der Ausstände an; Waldeck-Rousseau hatte in seiner Toulouse Programmrede von einer Regelung des Schiedsverfahrens gesprochen. Der Gesetzentwurf, welcher der Kammer Mitte November zugeht, enthielt beides, und wurde von den Gegnern der Regierung als ein Gesetz zur Verhängung des Streikzwanges bezeichnet. Darauf einzugehen, wird erst im nächsten Jahre Zeit sein.

Wirthschaftliches. Die Kolonien.

Die Grundlagen der französischen Volkswirtschaft sind so gesund, daß sie durch das leichtsinnige und sachunkundige Gebahren der 581 Souveräne nicht haben erschüttert werden können, und daß das Volk die mehrmalige Ausplünderung durch panamitische Gründereien, vom Staate subventionirte Eisenbahngesellschaften und ähnliche Räubereien ausgehalten hat, ohne zu verarmen. Aber natürlich schreien auch in Frankreich nothleidende Landwirthe und andere Nothleidende um Hilfe, nicht am wenigsten die Winzer, denen der Gottessegens des Jahres 1900 zum Unsegen zu werden drohte. Nachdem die von der Reblaus verwüsteten Gefilde neu bepflanzt worden sind, hat die fleißige und rationelle Bearbeitung der Weinberge in den letzten Jahren eine solche Fülle ergeben, daß im Jahre 1900 der Wein unverkäuflich oder nur zu ruinösen Preisen verkäuflich zu werden drohte. Und das Gleichgewicht im Budget herzustellen bei leichtsinnig gesteigerten Ausgaben und nicht entsprechend steigender Einnahme wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Das Kabinet hat daher eine Reihe Reformen eingeleitet: Reform der Einkommen-, der Erbschafts-, der Getränkesteuer; eine soziale Reform: die Altersversicherung der Arbeiter stellt eine bedeutende Belastung des Budgets in Aussicht. Große Hoffnungen setzt man in neuerer Zeit auf die Kolonien. Die Franzosen

haben bisher den glänzendsten Beweis der Nichtbefähigung zum Kolonisiren erbracht und ihre tonkinesischen, madagassischen und sonstigen kostspieligen Abenteuer haben außer Befriedigung ihrer Eitelkeit und Beschäftigung ihrer unruhigen Köpfe keinen Zweck gehabt. Aber die nordafrikanische Küste liegt so nahe und ist bei der Ähnlichkeit des Klimas mit dem südfranzösischen so geeignet für französische Unternehmungen, daß die Ungeschicklichkeit alle Grenzen übersteigen müßte, wenn man dort nicht etwas zustande brächte. Und in der That sollen die Zustände in Algier jetzt recht befriedigend sein und soll Tunis im Begriff stehen, ein sehr ertragreiches Schutzgebiet zu werden. Zugleich erschließen französische Soldaten das Hinterland von Marokko bis an den Tschadsee und bereiten den Bau der geplanten Transsaharischen Eisenbahn vor. Vorläufig kosten die Kolonien jedoch immer noch mehr als sie bringen (die Kolonialarmee allein kostet jährlich 153,000.000, die nur zum Theil von der Kolonie aufgebracht werden), und Baron d'Estournelle warnte in einer Kammerrede vor

der „Kilometritis“: man habe genug und übergenug Quadratkilometer; er stellte drei Gefahren in Aussicht: politische Reibungen, noch stärkere Entvölkerung Frankreichs und die gewerbliche Konkurrenz der Kolonien. Auch über die Verwilderung der Soldaten und Offiziere in den wilden Ländern, über Tropenfoller und Kolonialgreuel wurde in der Kammer heftig geklagt.

Krüger.

Der aus seinem Vaterland geflüchtete Präsident von Transvaal landete am 22. November in Marseille, wurde hier und überall auf der Reise nach Paris sowie in Paris selbst von der Bevölkerung enthusiastisch und von den Behörden höflich und theilnehmend begrüßt, von den Präsidenten der Republik und der Kammer empfangen und in der Kammer gefeiert; doch gestand die Regierung offen, daß sie nichts für die Buren thun könne. Von Paris begab sich Krüger nach Köln.

Großbritannien und Irland.

Die Lage des Reiches. * Vorgeschichte des Burenkrieges. * Der eigentliche Krieg. * Der Kleinkrieg. * Urtheile über die Kriegsführung. * Parlamentsverhandlungen, Neuwahlen und sonstige Begebenheiten.

Die Lage des Reiches.

Auf dem Wege zu dem Ziele, nach dem England strebt, ist es — bis auf den im Jahre 1900 erlittenen Rückschlag — in den letzten Jahrzehnten ein gut Stück vorwärts gekommen. Das Ziel hat sich freilich in dieser Zeit einigermaßen gewandelt. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts hatte England einen riesigen Kolonialbesitz und strebte mit um so größerem Eifer nach seiner weiteren Ausdehnung, da es im 18. Jahrhundert den größten und besten Theil Nordamerikas durch das Uebermaß seiner Habsucht und Tyrannei verloren hatte. Vor allem aber wollte es damals the workshop of the world, die Weltfabrik, werden, die sich alle Länder der Erde dadurch tributpflichtig machte, daß sie diese mit Industrieerzeugnissen versorgte und Geld aus ihnen zog. Nachdem ihre Staatsmänner mit der Lösung: die Kolonien dürften nicht einen Hufnagel selbst anfertigen, alle Fabrikate müßten sie vom Mutterlande beziehen, dem sie nur Rohstoffe zu liefern hätten, nachdem sie mit dieser Lösung die amerikanischen Engländer zum Abfall getrieben und den Anstoß zur Gründung der Vereinigten Staaten gegeben hatten, versuchten sie es mit der anderen Lösung, durch eine schlaue Handelspolitik auf dem europäischen Kontinent jede feimende Industrie in der Wiege zu ersticken.

Indes diese Staaten, namentlich Deutschland unter der Führung Friedrich List's, haben sich von

der englischen Vormundschaft befreit, im Deutschen Reich und in den Vereinigten Staaten sind den Engländern ebenbürtige Konkurrenten erwachsen, und auch die übrigen Kulturstaaten haben sich heimische Industrien geschaffen, die wenigstens den inländischen Bedarf zu einem großen Theile decken. Ja England schwebt sogar in Gefahr, technisch zurückzubleiben, da es von Deutschland in den Wissenschaften überflügelt worden ist und Mangel hat an guten gewerblichen Unterrichtsanstalten. Unter diesen Umständen sah es sich veranlaßt, den Schwerpunkt seiner Macht in die Kolonien zu legen, die es in verschiedener Weise ausbeutet. Die von Engländern bewohnten, die Siedelungskolonien dadurch, daß es sie nicht mehr durch tyrannischen Druck, sondern in aller Freundschaft als Kunden erhält, die tropischen wie vordem auch durch Plantagenbau, durch Besteuerung der Eingeborenen und dadurch, daß es sie zwingt, die englischen Beamten und Offiziere hoch zu befolgen, so daß sie nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit als Rentner in die Heimat zurückkehren können. In beiden Arten von Kolonien endlich erwerben Engländer durch Gründung industrieller Unternehmungen und durch Ausbeutung von Mineralschätzen viel Geld, was sie übrigens auch in unabhängigen Staaten thun. Seitdem Beaconsfield die Königin Victoria mit dem Titel: „Kaiserin von Indien“ geschmückt hat, wird das Wort Imperialismus für das Streben gebraucht, die Besiedelungskolonien, denen man,

durch die empfindlichen Lehren des 18. Jahrhunderts gewiziert, vollkommen freie Selbstverwaltung einräumt, immer enger an das Mutterland zu fesseln durch Handelsverträge und durch freiwillig für das Mutterland übernommene Verpflichtungen, und durch Annektirung aller noch herrenlosen tropischen Gebiete die übrigen Staaten der Welt von dem Vortheil ihrer Ausbeutung auszuschließen.

Das hat nun den Engländern die Feindschaft so ziemlich aller Völker eingetragen, die das zweite Fundament seiner Welt- und Geldmacht zu erschüttern droht, nachdem das erste unter der industriellen Konkurrenz der anderen Staaten zu zerbröckeln angefangen hat. Und die Engländer haben alle Ursache, kriegerische Zusammenstöße, zu denen Kolonialstreitigkeiten leicht führen können, ernstlich zu fürchten. Sie beziehen drei Viertel ihres Brotforns aus den Vereinigten Staaten und aus Rußland, so daß ein Krieg mit diesen beiden Mächten für das englische Volk den Hungertod bedeuten könnte. Ihre Unfähigkeit für den Landkrieg haben sie in einem Falle, wo sie einmal Weiße zu Gegnern hatten, soeben bewiesen, und mehreren Anzeichen nach zu urtheilen, haben sie in der hochmüthigen Einbildung ihrer Ueberlegenheit die Aktionsfähigkeit ihrer Flotte ähnlich vernachlässigt wie die ihres Landheeres. Der Zahl der Schiffe nach ist sie ja furchtbar, aber diese Furchtbarkeit schwindet, wenn man bedenkt, daß sie in allen Erdtheilen tausende von Meilen Küste zu schützen hat, sich also im Ernstfalle in eine Unzahl kleiner Geschwader auflösen müßte. Während Rußland trotz seiner großen inneren Schäden und der Minderwerthigkeit des Volkes — ebenso wie das noch weit elendere China — schon durch die Größe seines zusammenhängenden Gebietes vor einer ernsten Bedrohung seiner Existenz gesichert ist, bedeutet der ungeheure überseeische Besitz Englands in militärischer Beziehung nicht einen Machtzuwachs sondern Schwächung, denn überseeische Kolonien wollen vom Mutterlande aus geschützt sein.

Die verminderte Kriegstüchtigkeit der Engländer, die im 14. und 15. Jahrhundert die besten Soldaten der Welt waren, erklärt sich schon aus dem Umstande, daß sie heute ein Industrie- und Handelsvolk sind; Industriearbeiter und Handlungsgehilfen sind niemals in dem Grade kriegstüchtig wie Bauern. Dieses und die Abhängigkeit der Volksernährung vom Auslande sind die beiden fühlbarsten, aber keineswegs die einzigen schlimmen Wirkungen der Vernichtung des Bauernstandes, den man der Industrie geopfert hat, und den die Ackerhäusler, die man jetzt sehr eifrig durch Ausstattung der Landarbeiter mit Grundstücken schafft, nicht ersetzen können. Abgesehen von diesem unersetzlichen Verluste ist die soziale Entwicklung der letzten 50 Jahre sehr erfreulich gewesen. Von England vorzugsweise galt in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts

das Wort Disraeli's von den zwei Völkern, die, in einer Stadt wohnend, einander so fern stünden wie die Bewohner verschiedener Planeten, und die englischen Fabrik- und Grubengreuel waren es, welche die Freunde der Humanität mit Furcht vor der industriellen Entwicklung erfüllten. Da öffneten die Brandstiftungen und Meuchelmorde der Chartisten und die zerschmetternden Prophetenworte Carlyle's den Maßgebenden die Augen, weckten Vieler Gewissen, und drei von verschiedenen Seiten her kommende Bewegungen brachten eine wohlthätige Umwälzung zustande: Publizisten und Dichter wie Kingsley und Dickens setzten Carlyle's Arbeit fort; die Gewerksvereine erzwangen bessere Arbeitsbedingungen, und Genossenschaften aller Art sicherten den Arbeitern den vollen Ertrag der errungenen Vortheile, indem sie für gute Wohnungen, wohlfeilen Lebensmitteleinkauf, für Bildungsmittel und sittliche Haltung ihrer Mitglieder sorgten; die Christlich-Sozialen endlich — sie verdienten diese Bezeichnung in Beziehung auf beide Bestandtheile des Wortes — Universitätslehrer von Toynbee's, Aristokraten von des Grafen Shaftesbury Art, förderten das Aufwärtstreben der Arbeiter und überbrückten den Gegensatz zwischen den „zwei Völkern“.

Das Ergebnis dieser verschiedenartigen, aber auf einen Punkt gerichteten Bestrebungen ist ein neues England, das mit dem von 1830 kaum noch Aehnlichkeit hat. Die Vertheilung des stetig wachsenden Nationaleinkommens hat sich gebessert. Die tiefe Kluft zwischen reich und bettelarm ist durch einen neuen Mittelstand ausgefüllt. Die qualifizierten Arbeiter Englands sind neben denen Nordamerikas die höchst bezahlten, aber auch die sittlich und technisch Tüchtigsten der Welt. Lords und Gelehrte verkehren mit den Arbeitern freundschaftlich in Versammlungen, Vereinen, Volkspalästen, Fortbildungsschulen, Volksbibliotheken, und Lords laden Gewerkschaftskongresse auf ihre Schlösser ein. Die Fabrik- und Grubengreuel sind durch Gesetze beseitigt, und Fabrikaußseher und Aufseherinnen wachen über die Befolgung der Gesetze. Arbeiter gehen bei den Ministern ein und aus, und einzelne von ihnen nehmen als hohe Beamte in den Ministerien Platz. Die Städte, namentlich die großen, huldigen mehr und mehr dem Kommunalsozialismus, d. h. sie betreiben öffentliche Anstalten wie Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke und Straßenbahnen selbst, führen Kommunalbauten in eigener Regie aus und bewilligen ihren Arbeitern fair wages, den Lohn, den die Gewerksvereine für angemessen erklären. Natürlich wird dieser Zustand den Unternehmern manchmal unbequem und gelegentlich wird dagegen protestirt und agitirt; aber so thöricht sind sie nicht, daß sie sich durch eine gewaltthätige Aenderung tief ins eigene Fleisch schneiden sollten. Denn zwei ungeheure Vortheile dieses Zustandes leuchten auch den Blindesten ein. Erstens sichert

die gewaltige Kaufkraft der gehobenen Arbeitermassen den Industriellen eine gute Kundschaft im eigenen Lande, die in dem Grade täglich wichtiger wird, als die Konkurrenz den Auslandsmarkt einschränkt, und zweitens haben die leitenden Stände in allem, was sie zur Erhöhung der Macht des Vaterlandes und zu seiner Vertheidigung unternehmen, keinen Widerstand von den Arbeitern zu befürchten, die seit der letzten Parlamentsreform bei der Geringfügigkeit des zusammengeschrumpften Bauern- und Handwerkerstandes die Mehrzahl der Wähler ausmachen.

Da die beiden Parteien des englischen Parlaments, die sich in den Grundsätzen kaum noch unterscheiden und fast nur durch Personenfragen gehindert werden zusammenzufließen, da diese sogenannten Liberalen und Konservativen — die alte Parteibezeichnung Whigs und Tories kommt aus der Mode — den Arbeitern um die Wette Zugeständnisse machen, so könnten diese sich den Luxus, eigene Vertreter ins Parlament zu senden, ganz ersparen; in der That machen sie nur in sehr bescheidenem Umfange Gebrauch davon; die meisten Arbeiterwähler vertrauen ihre Interessen der von den beiden Parteien an, die ihnen am meisten verspricht; daß das Versprochene auch gehalten wird, versteht sich von selbst, geschähe es nicht, so würde die wortbrüchige Partei bei der nächsten Wahl durch eine empfindliche Niederlage gestraft. Natürlich ist das Unterhaus, das früher eine ganz aristokratische Körperschaft war, durch die Erweiterung des Wahlrechtes trotz der geringen Zahl der Arbeitervertreter viel demokratischer geworden, und es bleibt abzuwarten, ob die Regierung, die nur ein Ausschuß des Unterhauses ist, jetzt, wo so viele drein zu reden haben, in demselben Grade Weisheit, Sicherheit und Festigkeit bewahren wird wie früher, als ein paar hundert eng verbundene Familien das Unterhaus zusammensetzten und durch dieses die Geschicke des Landes lenkten. Auch in Irland ist von Gladstone's Reformgesetzgebung an manches Unrecht gut gemacht und die Lage des Volkes gebessert worden; doch ist dieses noch keineswegs versöhnt.

Ein Uebel, das mit der Zusammendrängung ungeheurer Volksmengen in Riesenstädten unzertrennlich verbunden zu sein scheint, hat freilich auch von der Heilsarmee nicht geheilt werden können: die Großstädte der drei Königreiche, namentlich London, wimmeln von einem heillosen Lumpenproletariat. Aber eine nationale Gefahr bedeutet das nicht, denn Lumpen haben keine Kraft zum Rebelliren. Der Arbeiterstand ist, wie gesagt, in dem Grade national gesinnt, und in seiner ganzen Denkungs- und Empfindungsweise, z. B. in der Liebe zum Sport und zu Wetten, so einig mit den höheren Ständen, daß man sagen darf, das ganze englische Volk sei politisch von einem Geiste beseelt.

Das Jahr 1899 war, bis auf den bösen Schluß, ziemlich günstig verlaufen. Die im Jahre

1886 begonnenen Verhandlungen der australischen Staaten über einen zu gründenden Bund gelangten endlich zum Ziele. Im Juni 1899 gab Neusüdwalles, im Oktober Queensland seinen Widerstand auf, und mit Ausnahme Westaustraliens waren nun alle Kolonien des fünften Erdtheils zu einem Gemeinwesen verbunden, was England als einen Schritt zur Verwirklichung der Reichsidee freudig begrüßte. Der Ostjordan konnte nach Niederwerfung der Derwische und dem Tode des Khalifen Abdullahi als beruhigtes Gebiet angesehen werden. Nach einem Abkommen mit Aegypten, das von den starken Armen seines dicken Freundes und Wohlthäters John Bull umschlossen, gar nicht daran denken kann, einen von diesem ausgehenden Vorschlag zurückzuweisen, übt ein englischer Generalgouverneur die höchste Militär- und Zivilgewalt in dem gewaltigen Gebiet des mittleren und oberen Nils aus und weht dort überall neben der ägyptischen die englische Flagge. Bahnen ans Rote Meer und von Khartum nilaufwärts werden das Land binnen kurzem der Ausbeutung durch englische Händler und Landpächter erschließen. Die Franzosen waren schon im Jahre vorher hinausgewiesen worden. Ihr Major Marchand war mit einer Expedition im Juli 1898 in Faschoda oberhalb Khartum angekommen, aber die Engländer hatten den Ort sofort militärisch besetzt. Die Franzosen ließen sich im März 1899 zu einem Vertrage über die Abgrenzung der Interessensphären bestimmen. Die vereinbarte Grenzlinie beginnt im Süden auf der Wasserscheide zwischen Kongo und Nil, läuft ungefähr auf dem 20. Grade östlicher Länge (von Paris gerechnet; von Ferro ist es der 40.) hin, so daß Wadai an Frankreich, Darfur an England fällt, und verläuft sich dann in der Sahara, wo sie noch nicht festgelegt ist.

Das den Franzosen gesicherte Gebiet bietet ihrem Thätigkeitsdrange gewiß Raum genug dar zur Befriedigung, aber daß sie von einem einmal erreichten Punkte zurückweichen mußten, hat ihre Eitelkeit tödlich verletzt und ihren Haß gegen England bedeutend gesteigert. Das Gebiet des Benue, des mittleren und unteren Niger hatte bisher eine Gesellschaft ausgebeutet. Am 3. Juli beschloß das Unterhaus, den der Gesellschaft ertheilten Freibrief zurückzukaufen und das große Land in eigene Verwaltung zu nehmen. Es wird in drei Schutzgebiete: Lagos, Nieder- und Obnigeria getheilt. Mit Rußland wurde im April ein Vertrag geschlossen, nach welchem England die Russen an Bahnbauten in der Mandschurei und überhaupt nördlich von der chinesischen Mauer, Rußland die Engländer an Unternehmungen im Mangtsegebiet nicht hindern darf. An Deutschland trat England die streitigen samoanischen Inseln Sawaii und Upolu ab und einigte sich friedlich mit ihm über die Theilung der neutralen Zone im Hinterlande von Togo.

Indien lieferte, nachdem man in den Jahren vorher einige widerspenstige Gebirgsvölker im

Himalaja gebändigt hatte, trotz der Hungersnöthe steigende Erträge; es ist eben so groß, daß noch genug Provinzen prosperiren können, während einzelne an den Folgen von Mißwachs leiden; und nach Beludschistan hin wurde die Grenze ein wenig vorgeschoben.

Wegen Rußland war man umsomehr beruhigt, weil Deutschland so gutmüthig oder so unvorsichtig gewesen war, sich in China zwischen der russischen und der chinesischen Interessensphäre als Puffer festzusetzen, und da nach Chamberlain's Versicherungen sogar die Möglichkeit eines Bündnisses mit Deutschland und den Vereinigten Staaten winkte, so blieb Südafrika der einzige dunkle Punkt am Horizont — oder eigentlich ein lichter, denn die Herren Chamberlain und Company erwarteten ja von dem militärischen Spaziergange, welchen sie den durch den Frieden gelangweilten Truppen zur Erholung verordneten, eine Steigerung ihrer Dividenden.

Vorgeschichte des Burenkrieges.

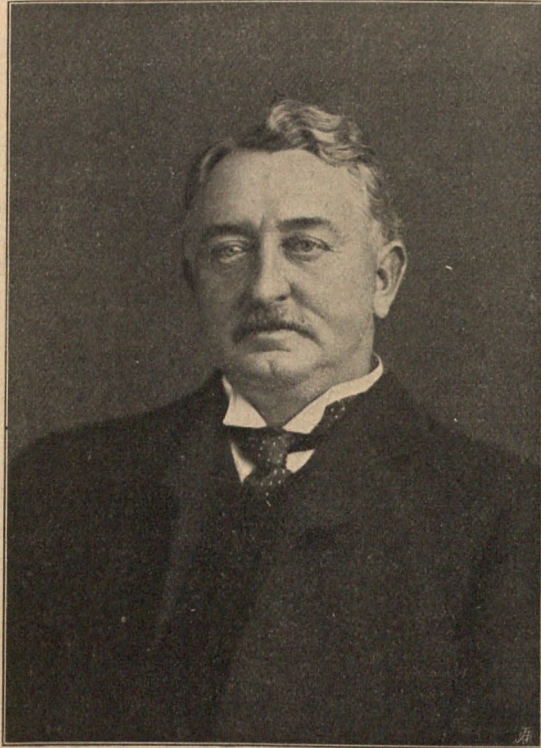
Das Kapland war in der Mitte des 17. Jahrhunderts von Holländern besiedelt worden. Holland ward 1795 von den Franzosen in eine Schwesterrepublik umgewandelt, und die Engländer besetzten unter dem Vorwande, die französische Republik könne den Kolonialbesitz der batavischen Schwester als ihr Eigenthum betrachten, das für die Verbindung mit Indien so wichtige Kapland. Englands Verwaltungsmaßregeln, namentlich die Aufhebung der Sklaverei im Jahre 1833, erregten große Unzufriedenheit bei den holländischen Kolonisten. Die Emanzipation der Schwarzen nahm den Holländern nicht allein ihre Arbeitskräfte, sondern ermuthigte auch die Kaffern zu einem Aufstande gegen das verhaßte Herrenvolk. 1834 brachen Kaffernhorden in die niederländischen Ansiedelungen ein, verbrannten die Gebäude und raubten das Vieh. Von den Engländern ohne Schutz gelassen, wanderten die Kolonisten theils nordwärts über den Oranje und den Vaalsfluß, theils nordöstlich nach Natal. Nachdem sie sich hier in den Kämpfen mit den Zulus siegreich behauptet hatten, forderten sie von England die Anerkennung Natal's als Freistaat. England aber besetzte Durban, schickte Truppen nach, besiegte die Buren und erklärte 1843 Natal für eine englische Kolonie. Der Präsident Pretorius führte nun den größten Theil der Natalburen in das Gebiet zwischen Oranje und Vaal, wo sie schon Brüder antrafen, aber die Engländer folgten ihnen auf dem Fuße nach, verkündigten 1848 auch im Oranje-Freistaat ihre Souveränität und schlugen die sich Widersetzenden bei Bloemplaats. Die Mehrzahl entschloß sich zu einem neuen „Treck“ über den Vaal und gründete zusammen mit den schon früher eingewanderten die Transvaal-Republik. Dieser sicherte England durch die am 17. Januar 1852 abgeschlossene Sand River-Konvention die Unabhängigkeit zu. Das machte

die Oranjeburen rebellisch, und da die Engländer gleichzeitig durch einen Aufstand der Basutos bedrängt wurden, so gaben sie in einem am 23. Februar 1854 zu Bloemfontein abgeschlossenen Vertrage auch dem Oranje-Freistaat die Unabhängigkeit wieder. In den nächsten Jahren kümmerten sich die Engländer wenig um Südafrika, zum Theil aus dem Grunde, weil der geplante Sueskanal, der den kürzesten Weg nach Indien herstellen sollte, den Werth der Kapkolonie für sie verminderte. Deren Werth stieg aber sofort wieder, als 1867 im Oranjegebiet Diamanten gefunden, und noch mehr, als 1884 in der Gegend von Pretoria und Johannesburg reiche Goldlager entdeckt wurden. Natürlich lockten diese Funde Kapitalisten und Abenteuerer aus aller Herren Länder, besonders aus England, an, und bei dieser Umwälzung der Verhältnisse wurde nun den Buren ihr starrer Konservatismus verhängnisvoll. Viehzüchter, leidenschaftliche Jäger, strenge Familienväter, kalvinisch fromme Männer, die sie sind, Unabhängigkeit über alles schätzend, städtisches Leben, moderne Sitten, die Aufregungen lärmender Geselligkeit und fieberhafter Spekulation hassend, bereiteten sie der Ausbeutung der Mineralische ihres Landes Schwierigkeiten. Ja sie vertrieben sogar die Missionäre, weil die Befehrung der Schwarzen die Bande der Unterordnung, in der sie ihre Knechte auch nach Aufhebung der förmlichen Sklaverei festhielten, zu lockern drohte. Das Diamantengebiet (Kimberley) traten die Oranjeburen an England ab, um mit der Ausbeutung nichts zu schaffen zu haben. Diese Feindschaft gegen das englische Spekulantenthum gab nun diesem Anlässe zu Klagen und der englischen Regierung Gelegenheiten zur Einmischung. Seitdem die Engländer ihre Blicke dem Süden Afrikas wieder zugewandt hatten, umklammerten sie die Freistaaten immer enger durch Unterwerfung der benachbarten Stämme und Annerkionen, namentlich des Basuto- und Westgriqualandes. Und als bekannt wurde, daß der Transvaalstaat den Bau einer Bahn nach der Delagoabai plane (sie wurde erst 1895 dem Betrieb übergeben), da war bei den englischen Staatsmännern die Annerkion des Landes beschlossene Sache, denn die Delagoabahn drohte ihrem Hafen Durban in Natal den Verkehr zu entziehen. Im Januar 1877 überrumpelte der englische Kommissär Shepstone den an inneren Unordnungen und finanzschwierigkeiten krankenden Burenstaat, erklärte am 12. April Transvaal für britischen Besitz, und nachrückende Truppen ließen jeden Widerstand als aussichtslos erscheinen. Aber allmählig ermannte sich das Volk wieder; in einer von Krüger, Joubert und Pretorius nach Krügersdorp (früher Paardekraal genannt) einberufenen Volksversammlung ward am 16. Dezember 1880 der Befreiungskampf beschlossen. Auf dem Majuba Hill schlugen die Buren unter Jouberts Führung die Engländer am 27. Februar 1881. Am 3. August 1881 wurde zu Pretoria ein Frieden abgeschlossen, der den Transvaalern volle Selbst-

regierung unter der Suzeränität der Königin verbürgte. Weil die Bedeutung dieses Wortes schwankend ist, wurde es in einem neuen, am 27. Februar 1884 in London vereinbarten Verträge ausgelassen und dafür genau angegeben, was gemeint war: die südafrikanische Republik dürfe mit anderen Staaten, ausgenommen den Oranjestaat, und mit Eingebornenstämmen ohne Genehmigung der Königin keine Verträge schließen.

Nachdem die Engländer vorher schon die westlich vom Oranjestaat gelegenen Gebiete besetzt hatten, umklammerten sie von 1885 ab auch Transvaal westlich und nördlich durch die Okkupation des

Betschuana, Matabele- und Maschonalandes. Von Cecil Rhodes, der die Annexion dieses großen Gebietes leitete, wird es Rhodesia genannt. Rhodes war als schwindsüchtiger Jüngling nach Natal gekommen, um seine Gesundheit herzustellen, hatte sich am Diamantensuchen in der Gegend des später entstandenen Kimberley betheiligt, den nicht sehr großen Gewinn zunächst zur vervollständigung seiner Bildung verwandt, dann die De Beers-Gesellschaft gegründet, welche die Ausbeutung der Diamantenlager monopolisirte und in die Satzungen einen Paragraphen eingefügt, wonach ein Theil des Gewinns auf Ausdehnung des englischen Gebietes verwendet werden sollte. Zur Ausbeutung der von ihm erworbenen neuen Provinz des britischen



Cecil Rhodes.

Reiches gründete er 1889 die South Africa Company, die von dem ihr erteilten Freibrief (Charter) gewöhnlich Chartered Company genannt wird. Für die Unterstützung seines großartigen Bahn- und Telegraphenprojektes gewann er 1899 durch persönliches Erscheinen in Berlin die dortigen maßgebenden Kreise. Die Hauptbahn, die Kapstadt mit Kairo verbinden soll, ist bereits bis Bulawayo im Betrieb, die Telegraphenlinie hat schon den Nyassasee erreicht.

So rückte das moderne Unternehmertum den altmodisch gearteten und patriarchalisch lebenden Buren immer näher auf den Leib. Die Goldausbeute stieg von anderthalb Millionen Mark im Jahre 1887 auf beinahe 230 Millionen im Jahre 1897, und Johannesburg, das vor 20 Jahren noch gar nicht existierte, wurde eine von europäischen

Abenteurern und Geschäftsleuten wimmelnde, mit prunkenden Schaufenstern und Vergnügungs-Etablissements ausgestattete glänzende Stadt von mehr als 100.000 Einwohnern, während die Hauptstadt von Transvaal ein stiller Ort von 12.000 Einwohnern blieb, wie es denn überhaupt bei den Burenstaaten selbstverständlich an städtischem Leben fehlt. Sind doch die Buren eben Bauern, und ist doch das Land dünn bevölkert. Haben doch die beiden 440.000 km² (vier Fünftel des Deutschen Reiches) großen Republiken nur 1,300.000 Einwohner (von denen, was für die Schätzung ihrer Leistungen im Kriege wichtig ist, nur 442.000, also etwa die Bevölkerung der

Stadt München, Weiße sind, und die Weißen sind, besonders in Transvaal, bei weitem nicht alle Boeren). Die Lage der

Transvaalregierung wurde durch das Ueberhandnehmen der Ausländer und das Wachstum der Industrie äußerst schwierig. Einerseits schaffte beides Geld in die Republik und befreite sie aus den argen Finanznöthen, in die sie, bei ihrer Armut an marktgängigen Tauschwerthen und doch bemüht, die Aufgaben eines modernen Kulturstaates zu erfüllen, gerathen war. Andererseits war Gefahr vorhanden, daß die Einwanderer den Boeren über den Kopf wüchsen, das Fortleben in den alten Gewohnheiten unmöglich machten und den Buren das raubte, was ihnen das Theuerste und Heiligste war, ihre alte Sitte und ihren Volks-

Charakter. Ohm Paul Krüger, geboren 1825 in der Kapkolonie, seit 1880 Präsident der südafrikanischen Republik, versuchte die Abwehr, indem er die Erwerbung des Bürgerrechtes erschwerte. Nach dem Gesetz vom 23. Juni 1890 können Eingewanderte nur Bürger werden, wenn sie sich 14 Jahre lang im Lande aufgehalten haben, naturalisirt worden sind, d. h. auf das Bürgerrecht in ihrem Heimatstaat verzichtet und den geforderten Eid geleistet haben. Zur Naturalisirung wird unter anderem gefordert, daß sich der Bewerber schon zwei Jahre vorher in die Veldkornettliste hat einschreiben lassen und sich zum Kriegsdienst verpflichtet hat. (Von den Offizieren, denen zum Zweck der Mobilmachung Bezirke zugetheilt sind, heißen die untersten Veldkornette, die übergeordneten Kommandanten und Generalkommandanten.) Um Mitglied des



Präsident Krüger.

ersten Volksraad zu werden, muß einer 15 Jahre vollberechtigter Bürger gewesen, das bedeutet für geborene Transvaaler 31 Jahre alt, sein, da diese mit 16 Jahren Vollbürger werden. Ein kleines Zugeständnis an die Ausländer lag in der Anfügung eines zweiten Volksraads, in den man schon nach vierjährigem Besitz des Bürgerrechtes, vorausgesetzt, daß man 30 Jahre alt, Protestant und Grundbesitzer war, gewählt werden konnte. Man sieht, übermäßig liberal im gewöhnlichen Sinne des Wortes sind die Herren Buren eben nicht. Der Oranjesfreistaat gewährte den Einwanderern — d. h. nur Weißen, farbige können in keiner der beiden Republiken Bürger werden — das Bürgerrecht schon nach dreijährigem Aufenthalt.

Es versteht sich, daß die Ausländer, meistens Engländer, mit einer solchen Verfassung sehr schlecht zufrieden waren. Sie verlangten das volle Bürgerrecht auch für solche Eingewanderte, die sich nicht naturalisiren ließen, also englische Staatsbürger blieben, und daß der Staat für den Unterricht ihrer Kinder in englisch redenden Schulen Sorge. Außerdem bekämpften die englischen Minenbesitzer das Monopol der niederländischen Eisenbahngesellschaft und das Dynamitmonopol. Die stetig wachsende Spannung entlud sich endlich in einem Gewitter. Ende Dezember 1895 fiel der Dr. med. Leander Jameson mit 800 Mann der Beetschuana-Schutztruppe und 10 Geschützen ins Land ein und marschierte unter englischer Fahne gegen Johannesburg. Vierzehn Tage vorher war er Gast

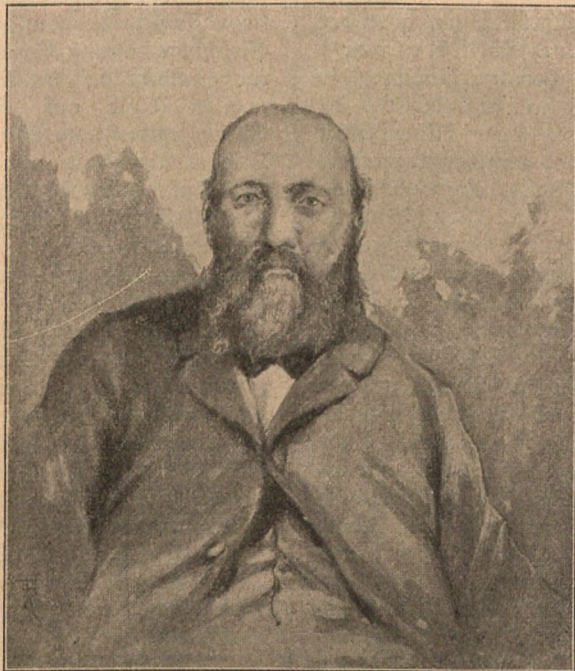
bei Cecil Rhodes gewesen, der damals Premierminister der Kapkolonie und als Chef der Chartered Company auch der Vorgesetzte der Betschuana-Schutztruppe war, und da Rhodes ein Herz und eine Seele mit dem Kolonialminister Chamberlain ist, so weiß man ungefähr, was man davon zu halten hat, wenn die englische Regierung behauptet, sie habe dem Unternehmen fern gestanden. Formell handelte sie allerdings korrekt: sowohl der Gouverneur der Kapkolonie, Sir Hercules Robinson, als der Kolonialminister Chamberlain befahlen der Bande, zurückzukehren. Hätte diese aber, worauf man spekulirte, einen Aufstand der Uitlanders hervorgerufen und hätten diese durch eine Volksabstimmung den Anschluß an England bewirkt, so wären den Ungehorsamen Ehrenfränze geflochten worden. Dahin kam es nun nicht. Cronjeschlug mit nur 650 Mann und ohne Artillerie die Freibeuter am 1. und 2. Januar 1896 bei Krügersdorp und Blacfontein.

Der Deutsche Kaiser telegraphirte am 3. an Krüger: „Ich spreche Ihnen meinen aufrichtigen Glückwunsch aus, daß es Ihnen, ohne an die Hilfe befreundeter Mächte zu appelliren, mit ihrem Volke gelungen ist, in eigener Thatkraft gegenüber den bewaffneten Scharen, die als Friedensstörer in Ihr Land eingebrochen sind, den Frieden wieder herzustellen und die Unabhängigkeit Ihres Landes gegen Angriffe von außen zu wahren.“ Krüger antwortete: „Ich bezeuge Eurer Majestät meinen sehr innigen und tiefgefühltesten Dank wegen Eurer Majestät aufrichtigem Glückwunsch. Mit Gottes Hilfe hoffen wir weiter alles Mögliche zu thun für die Hochhaltung der theuer bezahlten Unabhängigkeit und die Beständigkeit unserer geliebten Republik.“ Von den Engländern waren 100, von den Buren 3 Mann gefallen. Die Buren hatten 3 Offiziere und 400 Mann gefangen genommen und viel Kriegsmaterial erbeutet. Die Gefangenen, die als Banditen den Tod verdient hätten, wurden der englischen Regierung zur Bestrafung übergeben. In einem Prozesse, der zu London geführt ward und bei dem sich die deutlich zutage tretende Mitschuld der Regierung nur mühsam verdecken ließ, wurde Jameson zu 1½ Jahren Gefängnis verurtheilt. Die Johannesburgers, die der Theilnahme an dem Komplot schuldig befunden wurden,

verurtheilte das Burengericht als Landesverrätther zu Gefängnis, aber die Regierung begnadigte sie sofort, ebenso den Vorsitzenden des Reformkomités, der zum Tode verurtheilt worden war.

Da der Putsch mißglückt war, arbeitete die englische Presse daheim und in Afrika daran, der englischen Regierung für amtliches Einschreiten die Wege zu ebnen. Man predigte dem Volke, daß die verrottete und korrupte Regierung von Transvaal jeden Fortschritt, jede Verbesserung der Wasser-, Schul- und Verkehrsverhältnisse hindere, daß das Land unter englischer Herrschaft zu hoher Blüthe gelangen und daß zunächst und vor allem

die Minenaktien, die Goldshares, um die man sich an der Börse raufte, eine noch weit höhere Dividende abwerfen würden; die Haltung der Transvaalregierung sei umso unverantwortlicher, da die Republik vor Eröffnung der Minen bankrott, ihre wirthschaftliche Existenz allein der industriellen Arbeit der Uitlanders verdanke. Dazu kamen imperialistische Erwägungen: Nach der Vernichtung der Derwische war die Bahn frei zur Herstellung der Verbindung zwischen dem englischen Sudan und Rhodesia. Abgesehen von Deutschafrika und dem abessinischen Berglande — die portugiesischen Besitzungen werden über kurz oder lang käuflich sein —



General Cronje.

bildet dann ganz Ostafrika von der Nilmündung bis zum Tafelberge ein zusammenhängendes englisches Kolonialreich, worin man eine so große unabhängige Enklave wie die beiden Burenstaaten nicht dulden will.

Krüger sah das alles wohl ein und suchte den nicht ganz unberechtigten Unwillen der Uitlanders zu beschwichtigen. Am 1. April 1899 erklärte er in einer Rede zu Johannesburg, da die Zahl der Burghers (d. h. also aller über 16 Jahre alten männlichen Buren) von 10.000 auf 40.000 angewachsen sei, so sei die Gefahr der Ueberstimmung nicht mehr so groß; er wolle daher dem Volksraad vorschlagen, die Wartezeit für Uitlanders von 14 auf 5 Jahre herabzusetzen. Aber ehe diese versöhnliche Maßregel zustande kam, wurde die englische Regierung, ihren Wünschen entsprechend, zur Einmischung veranlaßt. Die im Transvaal wohnenden britischen Unterthanen sandten durch den neuen Gouverneur der Kapkolonie, Sir Alfred

Milner, eine mit 21.000 Unterschriften bedeckte Bittschrift an die Königin, worin sie ihre Beschwerden und Forderungen vortrugen. Die Regierung nahm die Bittschrift an, obwohl sie verträglich zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Republik nicht berechtigt war. Am 1. Juni kamen Krüger und der Gouverneur Milner in Bloemfontein zusammen, um mündlich zu verhandeln. Krüger machte alle Zugeständnisse, die der Volksraad zu bewilligen bereit sei, von der Erklärung Englands abhängig, daß es keine Suzeränität mehr über Transvaal besitze, und daß Streitfragen zwischen den beiden Staaten in Zukunft durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden sollten. Das lehnte Milner ab, aber der Volksraad genehmigte demungeachtet Krüger's Vorschläge und ging noch darüber hinaus; die Erwerbung des Bürgerrechts wurde bedeutend erleichtert, und dem „Rand“, dem Minengebiet sollten sechs Sitze im Volksraad eingeräumt werden.

Trotzdem bezeichnete der „Daily Telegraph“ schon am 21. Juni den General Redvers Buller als Oberbefehlshaber in dem bevorstehenden Kriege, und da die Kriegspartei unaufhörlich die Unvermeidlichkeit des Krieges predigte, so fingen die Uitlanders an, aus Johannesburg zu flüchten; Ende Juni waren schon 7000 fort. Chamberlain drohte in einer zu Birmingham gehaltenen Rede mit dem Kriege. Nun begab sich der Staatssekretär des Oranjesfreistaates, Fischer, Ende Juni nach Pretoria, um zu vermitteln, und es kam ein neues Gesetz zustande, wonach Uitlanders schon nach zweijährigem Aufenthalte im Staate naturalisiert werden können, nach fünfjährigem aber jedenfalls das Wahlrecht erlangen. Die Ausführung des Gesetzes würde sofort 15.000 Uitlanders das Wahlrecht verliehen haben. Die Engländer in Johannesburg aber stellten dem viel weiter gehende Forderungen entgegen, unter anderem die vollständige Gleichberechtigung der englischen Sprache mit der holländischen, die Abschaffung aller Staatsmonopole und Entlassung der „korrupten“ Staatsbeamten. Von diesen Unversämlichkeiten nahm nun zwar die Transvaalregierung keine Notiz, aber sie bekam es jetzt unmittelbar mit der englischen Regierung zu thun. Am 28. Juli erklärte Chamberlain im Unterhause auf eine Anfrage: Die Unterordnung von britischen Staatsangehörigen unter die Regierung von Transvaal gefährde Englands Stellung als Vormacht in Südafrika; es handle sich um die Macht und das Ansehen Englands; und im Oberhause äußerte der Premier Salisbury am selben Tage: wir haben die Hand an den Pflug gelegt, wir werden sie vor Vollendung des Werkes nicht zurückziehen. Die englische Regierung forderte die Einsetzung einer aus Engländern und Buren gemischten Kommission zur Regelung der streitigen Angelegenheiten.

Krüger bot jetzt den Uitlanders ein Viertel aller Parlamentssitze an, bestand aber darauf,

daß England ausdrücklich auf die Suzeränität verzichte; unserer Ansicht nach eine große Unflugheit, weil sich der Uebermacht gegenüber nur retten ließ, was zu retten war, wenn man durch Nachgiebigkeit in dieser Formfrage den Stolz Englands schonte, das die Beherrschung von ganz Ostafrika für sein natürliches Recht ansieht. Chamberlain erklärte am 28. August die Suzeränitätsfrage für undiskutierbar und schlug eine Konferenz in Kapstadt vor, die über die Einsetzung eines Schiedsgerichtes berathen sollte. Da Krüger wegen des Festhaltens Englands an der Suzeränität die gemachten Zugeständnisse zurückgezogen hatte, forderte eine englische Note vom 12. September das schon Zugestandene und noch einiges darüber, wie Gleichberechtigung der englischen Sprache im Volksraad, und bestand, da Transvaal ablehnte, in einer zweiten Note auf diesen Forderungen. Beide Theile waren nun von der Unvermeidlichkeit des Krieges überzeugt. Bei der Vertagung des Volksraad Anfang Oktober sprach Krüger: „Das Volk von Transvaal wünscht sich selbst zu regieren. Wenn auch Tausende kommen, uns anzugreifen, so haben wir nichts zu fürchten, denn der Herr ist der höchste Richter, der wird entscheiden.“ Und der Präsident des Volksraad erwiderte: „Lieber das Leben als das Land verlieren!“ Am 9. Oktober stellte Krüger ein Ultimatum, worin er die Zurückziehung der an den Grenzen Transvaals angesammelten englischen Truppen und die Einstellung der Truppensendungen nach Afrika verlangte. Antwort erbitte man bis zum 11. Oktober, nachmittags 5 Uhr. Das Ausbleiben der Antwort werde man als Kriegserklärung ansehen. Die Antwort blieb aus, und so rückten denn am 11. Oktober nachmittags 5 Uhr die Buren in Natal ein.

Bei der Beurtheilung der Handlungsweise beider Parteien wird man kein großes Gewicht auf das formelle Recht legen dürfen: beide Theile werfen einander eine Menge Vertragsbrüche vor. Es handelt sich um einen Akt des großen weltgeschichtlichen Prozesses, der alle Länder der Welt, sie mögen wollen oder nicht, in das Getriebe des modernen Wirthschaftslebens hineinzieht. Der Buren will an seinen Lebensgewohnheiten festhalten, zu denen gehört, daß er es nicht leiden mag, wenn ihm ein Nachbar so nahe rückt, daß er den Rauch von jenes Schornstein sieht. Einen solchen Raumluxus können aber die Kulturvölker, deren Angehörige hie und da auf 16 Quadratmeter im fünften Stock für die Familie eingeschränkt sind, einem Volke nicht gestatten, dessen Land ihnen zugänglich ist. Man mag die Schönheit und Würde eines freien, patriarchalischen und sittenreinen Lebens, wie es die Buren führen, noch so hoch schätzen, man mag wünschen, daß sich so viel davon erhalte, als sich nur irgend bei der Ueberfluthung mit anders gearteten Zugütlern konserviren läßt — diese Ueberfluthung selbst zu verhindern, noch dazu in einem goldreichen Lande, ist auf die-

Dauer unmöglich. Das hätte die Buren bestimmen sollen, es nicht zum äußersten kommen zu lassen. Andererseits sind aber auch die Engländer nicht zu entschuldigen, daß sie in einem blutigen Kriege sofort erzwingen wollten, was die fort-dauernde Einwanderung und die industrielle Entwicklung im Laufe weniger Jahrzehnte ohne Waffen erzwungen haben würde. Wahrscheinlich haben sie durch den Krieg den natürlichen Prozeß nicht beschleunigt, sondern verzögert. Als einzige Entschuldigung können sie ihre aus Hochmuth entsprungene Dummheit anführen, die sie einen wenig kostspieligen und wenig blutigen militärischen Spaziergang erwarten ließ. Was ihnen geduldiges Abwarten unmöglich machte und zur ungestümen Eile trieb, das war — zur Verschönerung ihres Charakterbildes trägt das nicht eben bei — ihre Habsucht.

In Versammlungen der Minenaktionäre wurde unter anderem folgendes vorgetragen. Die Consolidated Gold Fields Company hat 1898 auf 2,147.000 Pfund Kapital 1,006.000 Pfund Reingewinn gehabt. Nach dem Kriege wird sich der Gewinn auf 2,199.000 Pfund steigern, was über 100% Dividende bedeutet, und zwar durch Verbilligung der Arbeitskräfte. Wir werden nur noch Kaffern, keine weißen Lohnarbeiter mehr in Dienst nehmen, werden ihnen geringere Löhne als bisher zahlen und werden sie, wie in Kimberley, sieben Tage die Woche arbeiten lassen, während nach den Gesetzen von Transvaal die Sonntagsruhe beobachtet werden muß. Dergleichen war auch den englischen Arbeitern zu Ohren gekommen, und sie wußten daher nicht recht, wie sie sich zu verhalten hätten; eine Anzahl von ihnen hat später eine Flugschrift gegen den Krieg veröffentlicht; manche Sozialisten erklärten sich, wie Eduard Bernstein, der nicht einmal ein Engländer ist, sondern sich nur als Verbannter bis Anfang 1901 dort aufgehalten hat, um der Kulturentwicklung willen, wie sie diese verstehen, für die Engländer. In dem wegen des Krieges einberufenen Parlament sprachen nur einzelne Mitglieder der liberalen Opposition, wie John Morley, gegen die Regierungspolitik; die Wortführer der Opposition, Lord Kimberley im Oberhause und Campbell-Bannermann im Unterhause, erklärten, daß ihre Partei, wie immer sie auch über das Vorangegangene denke, die Mittel zum Kriege bewilligen werde. Nur die Iren verstanden sich nicht dazu. Davitt erklärte am 25. Oktober diesen Krieg für das größte Verbrechen des 19. Jahrhunderts und sagte, selbst wenn ihnen Home-rule und die irische Republik angeboten würde, könnten sie nicht für den Krieg stimmen.

Der eigentliche Krieg.

Vom 11. Oktober 1899 bis 24. September 1900.

Wir halten uns in unserem kurzen Abriss vorzugsweise an die Geschichte des Krieges in Süd-

afrika vom Oberleutnant Alfred von Müller (Berlin bei Liebel) und an das anonym bei Westermann in Braunschweig erschienene Buch: Der Burenkrieg. England hat aus bekannten Gründen seine Landwehrmacht neben der Flotte vernachlässigt, aber einem Feinde gegenüber, dessen Volk nicht viel mehr Köpfe zählt als das stehende englische Heer Soldaten, muß dieses dennoch als furchtbare Uebermacht bezeichnet werden. Das stehende Heer, das bekanntlich nicht auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, sondern sich durch Werbung ergänzt, besteht aus 142.754 Mann Infanterie, 19.038 Mann Kavallerie, 37.610 Mann Artillerie, und zählte mit Pionieren, Train und sonstigen Anhängseln zusammen am 1. Januar 1899 etwas über 222.300 Mann, wovon die größere Hälfte in den Kolonien und in Irland stand, so daß im Mutterlande 103.870 Mann verblieben. Dazu kommen noch die Miliz, die Freiwilligen und die Reserven. Die für die Miliz Angeworbenen verpflichten sich auf 5 Jahre, ihre jährliche Exerzirzeit darf 28 Tage, und ihre gesamte Dienstzeit 6 Monate nicht überschreiten. Die Freiwilligen sind eine unbefristete Truppe mit noch kürzerer Uebungszeit; die berittenen heißen Yeomanry-Kavallerie. Diese Truppentheile sollen zusammen mit der Armeereserve und der Milizreserve gegen 300.000 Mann ausmachen, doch dürfen die beiden Reserven nur in der Heimat verwendet werden. Indes standen alle diese Zahlen nur auf dem Papiere. Wirklich zur Verfügung hatte man bei Ausbruch des Krieges einschließlich der paar Regimenter, die man aus Indien zog, und einiger tausend Mann, die Kanada und die australischen Kolonien stellten, nur 68.000 Mann, was in Anbetracht des schwierigen Terrains, des gewaltig großen Kriegsschauplatzes, der Sympathien der Kapburen mit den kämpfenden Brüdern, die einen Aufstand befürchten ließen, und der ausgezeichneten moralischen und physischen Eigenschaften der für Vaterland und Freiheit, für Familie, Hof und Herd kämpfenden Buren viel zu wenig erschien. Denn in die Armee treten in England nur die schlechteren Elemente des Volkes ein, und der Soldat ist in Friedenszeiten verachtet.

Das Burenheer aber besteht aus den Bürgern, und jeder Bürger ist vom Knabenalter an mit seinem Pferd und seiner Flinte verwachsen, an die härtesten Entbehrungen gewöhnt, gewöhnt auch, tagelang im Sattel zu sitzen und bei jedem Wetter Tag und Nacht im Freien zuzubringen, endlich vertraut mit jedem Gelände seiner Heimat. Selbst an Zahl blieben die Buren anfangs nicht gar weit hinter dem Feinde zurück: sie glaubten 50.000 Mann stellen zu können, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß eben alle Personen männlichen Geschlechts vom 16jährigen Jüngling bis zum Greise die Waffen ergriffen, während England noch Millionen Männer daheim hat und hunderttausende nachschicken, also zuguterleht die Buren erdrücken kann, wenn es unbedingt will

und ihm der in Blut und Geld zu entrichtende Preis für das Goldland nicht zu hoch erscheint. Außerdem fällt für die Engländer ins Gewicht, daß sie alle Zugänge zum Inneren Südafrikas und alle Telegraphenlinien beherrschen, und daß ohne ihren Willen nicht nur kein Proviant und keine Munition — mit beidem hatten sich die Buren glücklicherweise reichlich versorgt — sondern auch keine Nachricht hinein und heraus kann. So gar portugiesisches Gebiet können sie, bei der Abhängigkeit des ohnmächtigen Portugal von England, dazu benützen, Truppen zu landen. So wurde in Beira Ende März 1900 ein 5000 Mann starkes Detachement, bestehend aus Australiern und Schotten gelandet, das dann unter dem Befehl des Obersten Carrington durch portugiesisches Gebiet und durch Rhodesia nach Transvaal marschierte. Andererseits hatten die Transvaaler den Vortheil, daß ihnen nicht allein die Oranjeleute als treue Bundesgenossen zur Seite traten, sondern daß sie auch beim Einmarsch in Natal und im Kaplande überall Hilfe fanden, wie wenn sie in Freundesland kämpften, während die Engländer in ihrem eigenen Gebiet alle Zufuhr- und Rückzugslinien so sorgfältig decken mußten, als ob sie sich in Feindesland befänden.

Der Präsident des Oranjestaaes, Steijn, erließ einen Aufruf an seine Oranje-Burghers, worin es heißt: „Der Moment, wo wir gezwungen sind, als einiges Volk uns mit den Waffen gegen Unrecht und schändliche Gewalt zu wehren, ist jetzt gekommen: Unserer Schwesterrepublik steht der Angriff eines nichts verschonenden Feindes bevor, der schon seit mehreren Jahren sich vorbereitet und Vorwände für die Gewaltthaten gesucht hat, deren er sich jetzt schuldig macht und deren Ziel ist, die Existenz des Afrikandervolkes zu vernichten. Wir können nicht unthätig mit ansehen, daß der Schwesterrepublik Unrecht widerfährt und daß auch unsere eigene theuer erkaufte Freiheit in Gefahr gebracht wird, sondern sind als Männer berufen, uns dagegen zu wehren, indem wir uns auf den Allmächtigen verlassen, in dem festen Vertrauen, daß er Unrecht und Ungerechtigkeit nicht siegen lassen wird. Wenn wir uns jetzt gegen einen mächtigen Feind vertheidigen, mit dem wir trotz des Unrechtes, das er uns früher angethan, in Freundschaft zu leben aufrichtig gewünscht haben, so erklären wir feierlich, daß wir dazu getrieben werden durch das unseren Blutsverwandten angethane Unrecht und durch das Bewußtsein, daß das Ende ihrer Unabhängigkeit unsere eigene Existenz als unabhängiges Volk bedeutungslos machen wird.“

Steijn recapitulirt die Geschichte der Burenstaaten, die er als eine ununterbrochene Kette von bald gewalthätigen, bald hinterlistigen Unterdrückungsversuchen Englands darstellt, und fährt dann fort: „Während keine Dankbarkeit für die Langmuth gezeigt wird, die auf Bitten der englischen Regierung britischen Unterthanen gegen-

über geübt wurde, die nach den Gesetzen der Republik Leben und Eigenthum verwirkt hatten, hat doch kein Schamgefühl sie abgehalten, nimmehr, da Goldminen von ungeheurem Werth im Lande entdeckt worden sind, jener Republik Forderungen zu stellen, deren Bewilligung zur Folge haben würde, daß denen, die selbst oder deren Vorfahren mit ihrem Blut und unter Thränen das Land der Barbarei entrissen und für Gesittung und Aufklärung gewonnen haben, jenes Maß der Herrschaft über die Angelegenheiten des Landes genommen wird, zu dem göttliche und menschliche Gesetze sie berechtigen. Indem wir gerne den ehrenhaften Charakter tausender von Engländern anerkennen, die solche Thaten der Veraubung und Benachtheiligung verabscheuen, können wir nicht umhin, den schamlosen Bruch von Verträgen, die geheuchelten Vorwände für Rechtschändungen, die Verhöhnung des internationalen Rechts und die widerrechtlichen Thaten der britischen Staatsmänner, die jetzt der Südafrikanischen Republik einen Krieg aufzwingen, an den Pranger zu stellen. Auf ihren Häuptern liege die Blutschuld, und möge eine gerechte Vorsehung jenen die verdiente Vergeltung widerfahren lassen! Bürger des Oranjestaates! Steht auf wie ein Mann gegen den Unterdrücker und Schänder des Rechts! Sorget, daß in dem Kriege, zu dem wir jetzt gezwungen werden, keine einzige eurer Thaten so sei, daß sie nicht einem Christen und einem Bürger unseres Staates geziemte! Laßt uns zuversichtlich einen glücklichen Ausgang hoffen, auf jene höhere Macht vertrauend, ohne die menschliche Waffen nichts vermögen! Gott segne unsere Waffen! Unter seinem Beistand ziehen wir in den Streit für Freiheit und Vaterland!“

Obwohl die Buren kein stehendes Heer haben, zeigten sie sich, wie in vielem anderen, so auch in der Mobilmachung den Engländern überlegen. Der Befehl ging an die übers Land verstreuten Feldkornetts, und diese hatten ihre Leute binnen kürzester Frist beisammen; der Eisenbahntransport war im voraus wohl geregelt. In England wurde das Geschäft schon durch den Umstand erschwert, daß im Frieden höhere Kommandostellen über das Regiment hinaus nicht bestehen, und die größeren Verbände erst gebildet werden müssen. Die Einschiffung der Truppen begann am 20. Oktober, und es dauerte vier Wochen, ehe sie drüben angekommen und geordnet waren. Während dieser Zeit hatten es die Buren also nur mit den Truppen der Kolonie zu thun. Sie konnten, ja mußten daher, obwohl ihr Krieg ein Vertheidigungskrieg und ein Volksheer für Expeditionen über die Grenze wenig geeignet ist, die vorläufige Schwäche des Gegners ausnützend die Offensive ergreifen und in Feindesland einfallen, umso mehr, als sie hoffen durften, durch militärische Erfolge die Afrikaner, d. h. die Weißen der Kapkolonie, die der Mehrzahl nach holländischer Abkunft sind (die weiße Bevölkerung Natus ist überwiegend

englisch) zum Abfall fortzureißen. Sie theilten daher ihre Streifkräfte in drei Armeen, wenn dieser Ausdruck für ihre nach heutigem Maßstabe winzigen Truppenkörper erlaubt ist. Die Westarmee marschirte unter dem Oberbefehl Cronje's, sich in zwei Flügel theilend, gegen die englischen Besatzungen von Mafeking und Kimberley, die Südarkmee rückte ins Kapland ein, und die stärkste der drei Armeen wandte sich unter der Führung Joubert's, des Siegers von Majuba Hill, gegen den vorläufig stärksten der englischen Truppentheile, der unter General White in Natal stand, nicht gar weit von dem Kriegsschauplatz des Jahres 1881.

Die Streitkräfte White's, 13.000 Mann, hätten hingereicht, durch einen Offensivstoß die bei Beginn des Krieges noch nicht vollendete Zusammenziehung der Burentruppen an der Ostgrenze des Oranjestaates zu hindern; aber eben erst aus Indien angekommen, ganz unbekannt mit dem sehr gefährlichen Gelände des Drakengebirges, konnte er das bei dem mangelhaften Aufklärungsdienste der englischen Truppen nicht wagen und beschloß daher, die Buren zu erwarten. Thörichterweise zersplitterte er sein kleines Heer, indem er den General Symons mit 9000 Mann nach Glencoe schickte, selbst aber mit 4000 Mann bei Ladysmith Stellung nahm. Am 14. Oktober erreichte Joubert Newcastle (an der Bahn nördlich von Ladysmith). White zog von Glencoe 5000 Mann Verstärkung an sich, Joubert griff aber nicht ihn an, sondern das geschwächte Korps des General Symons. Zwar wurden die Buren in dem sehr hitzigen Gefecht bei Glencoe am 20. Oktober gezwungen, ihre Stellungen aufzugeben, aber sie verloren nur 42 Tödt und 60 Verwundete, während die Engländer bei ihren 3500 Mann 600 Tödt und Verwundete zählten, darunter 32 Offiziere, und die Buren 243 Gefangene machten. Symons selbst wurde tödtlich verwundet und starb nach einigen Tagen in Dundee, von den Buren, die diesen Ort besetzt hatten, gut gepflegt, wie sie sich denn überhaupt in dem ganzen Kriege durch wahrhaft humane und christliche Behandlung der Verwundeten und Gefangenen ausgezeichnet haben. Der Nachfolger des gefallenen Symons, Hule, versuchte vergebens, seinen „Sieg“ und den White's bei Elandslaagte, der ihm gemeldet wurde, auszunützen, und mußte sich, da alle Orte und Anhöhen ringsum von den Buren besetzt



Der englische General Baden-Powell.

waren, nach Ladysmith zurückziehen, wo von seinen durch Strapazen und schlechtes Wetter sehr mitgenommenen Truppen am 25. Oktober 1200 Mann ankamen — die übrigen waren versprengt. Mittlerweile hatte General White, der Symons zu Hilfe kommen wollte, den Feind am 21. Oktober bei Elandslaagte erreicht und die Buren zum Rückzuge gezwungen, weshalb auch dieses Gefecht von den Engländern als Sieg verzeichnet wird, aber sie hatten 257 Tödt und Verwundete, darunter 35 Offiziere verloren, und konnten die Buren am weiteren Offupiren aller günstigen Positionen der Umgegend nicht hindern. Die Buren hatten freilich diesmal 450 Mann, zwei Geschütze und ihren Wagenpark

verloren. Auf dem Schlachtfelde benahmen sich die Engländer mit gewohnter Brutalität: sie bearbeiteten die Verwundeten mit Lanzen oder knallten sie mit Revolvern nieder; besonders an den in den Reihen der Buren fechtenden Deutschen ließen sie ihre Wuth aus; unter den Gefallenen befand sich auch ein Graf Zeppelin.

Trotz seines Sieges immer mehr von den seine Stellungen umgehenden Buren umklammert, beschloß White, sich zurückzuziehen; er führte den Rückzug in drei Abtheilungen aus, was es den Buren leicht machte, die ohnehin schwachen Kolonnen noch mehr zu schwächen. Dem Oberst Carleton gingen in der Nacht vom 29. zum 30. Oktober seine sämtlichen Maulthiere mit Geschützen und Munition durch, so daß er am folgenden Tage nach einem vergeblichen Durchbruchversuch kapituliren mußte; 883 unverwundete Engländer wurden gefangen genommen. Am selben Tage bereitete eine andere Burenabtheilung einer zweiten englischen Kolonne eine Niederlage am Modderspruit (Spruiten sind Bäche), erbeutete 7 Geschütze, 1500 Maulthiere und brachte den Engländern so starke Verluste an Menschen bei, daß ihr Gesamtverlust an diesem Tage auf 2000 Mann geschätzt wird. Der Rest rettete sich nach Ladysmith. Ähnlich erging es den übrigen Kolonnen, so daß sich White am 3. November mit 6000 Mann in Ladysmith vollständig eingeschlossen fand. Joubert bot ihm am 6. eine Kapitulation an, brach aber die Verhandlungen ab, weil White auf freiem Abzug aller Truppen mit Geschützen, Waffen und Munition bestand.

Mittlerweile war auf dem westlichen Kriegsschauplatz die Einschließung Mafekings am 13.,

die Kimberleys am 13. Oktober vollendet worden. In Mafeking kommandierte der Oberst Baden-Powell nur 750 Mann; von den Nichtkombattanten waren viele südwärts fortgeschafft worden. Da es Cronje nicht gelang, den von dem schneidigen Baden-Powell sehr gut vertheidigten kleinen Ort zu nehmen, übertrug er die Aushungerung einem kleinen Detachement und zog mit dem größeren Theile südwärts, Bot ha zu Hilfe, der das wichtigere Kimberley belagerte. Am Modderriver — dieser ist nicht mit dem auf dem östlichen Kriegsschauplatz erwähnten Modderbach identisch — legte er starke Befestigungen an. Die durch Zulauf auf 6000 Mann verstärkte Südarmee besetzte die Orte Naauwpoort, Colesberg, Stormberg, Moltano, Bethulie und die Brücken über den Oranjefluß. Durch amtliche Proklamationen nahmen sie das okkupirte Land in Besitz, und im ganzen Norden der Kapkolonie ward unter dem Jubel der Bevölkerung die englische Flagge heruntergeholt und die der Burenrepubliken gehißt.

Am 31. Oktober landete Buller, der Höchstkommandirende, in Kapstadt. Sir Redvers Henry Buller, 60 Jahre alt, kannte Afrika. Er hatte 1878/79 gegen die Zulus, 1881 gegen die Buren gekämpft und sich dann im Sudanfeldzuge ausgezeichnet. Die Buren erschrafen trotzdem weder vor ihm, noch vor seiner allmählich nachkommenden Streitmacht. Joubert berechnete in einem Briefe an einen Zeitungskorrespondenten, daß Buller nur 35.000 Mann für den Angriff frei haben werde, weil er die Hälfte seiner Truppen zur Etapendeckung verwenden müsse, für welchen Zweck die Buren keine 500 Mann brauchten. Würden sie von der englischen Uebermacht aus

der Offensive in die Vertheidigung gedrängt, so sei ihre Lage noch günstiger. Jeder Geländewechsel mache einen Wechsel der Taktik nöthig; in Natal sei ihnen das Terrain wenig bekannt; „auf dem Hochland von Transvaal und im Oranje freistaat sind wir zu Hause. Die Engländer müssen uns und der freien Gottesnatur hier jeden Schritt unter den unglaublichsten Schwierigkeiten abringen und immer gewärtig sein, nach zwei oder drei Fronten kämpfen zu müssen; es wird dann ein blutiger Guerillakrieg entstehen, den die Engländer nicht viele Monate aus halten werden.“

Nach des sachverständigen Müllers Ansicht hätte sich Buller mit seiner ganzen Macht auf Joubert werfen und diesen erdrücken sollen; Mafeking und Kimberley würden dann von selbst frei geworden sein, weil die dortigen Belagerungstruppen sicherlich Joubert zu Hilfe geeilt wären. Statt dessen zersplitterte er sein schwaches Heer — der letzte Theil seines Armeekorps dampfte erst Mitte November von England ab — in drei Korps, schickte den General Methuen mit 12.000 Mann gegen die 6000 Buren vor Kimberley (wahrscheinlich hatte die



Der englische General Sir Redvers Buller.

Börse strengen Befehl gegeben, zu allererst die Diamantenlager und die in Kimberley mit eingeschlossene kostbare Person des Herrn Cecil Rhodes zu retten), den General Gatacre mit 6000 Mann gegen die gleichstarke burische Südarmee, und hatte für den Angriff auf das 20.000 Mann starke Hauptheer der Buren, das bei Ladysmith stand, nur 18.000 Mann übrig, die er selbst befehligte. Buller's Feldzugsplan, meint der genannte Offizier, erscheine doppelt unzweckmäßig, wenn man bedenke, daß das eigentliche Ziel doch Pretoria gewesen sei, die

drei Punkte aber, an welche die drei englischen Korps zunächst gefesselt wurden, ungefähr dieselbe Lage bei den nämlichen Entfernungen zu Pretoria haben, wie Konstanz, Mailand und Prag zu Berlin.

Lord Methuen überschritt mit seinen Soldaten, die nur Patronen und Brotbeutel hatten — der Train war noch zurück — auf einer Nothbrücke am 22. November den Oranjeßuß und rückte, fortwährend von feindlichen Patrouillen beunruhigt, bis Witte Putts. Cronje hatte die Höhen zwischen Springfontein und Magersfontein mit Laufgräben, Drahtzäunen und Wällen befestigt. Von diesem Burengeneral, der schon mit Joubert am Majuba die Entscheidung herbeigeführt hatte, entwirft Müller folgende Charakterschilderung: „Er hat die Witterung des Schakals für die Stellung des Feindes, das Auge des Falken für seine Schwächen. Von Natur rauh und abstoßend, häuerisch in seinen Sitten, hat Cronje wenig Freunde, aber alle die Eigenschaften, die den Buren zum ausgezeichneten Soldaten machen, besitzt er in hohem Grade.“ Seine Buren ließen die von Kopje zu Kopje vordringenden Engländer nicht an sich herankommen; auf der Kafferkopje zündeten sie ihr Lager an und sprengten ihre Munition in die Luft. Methuen's Korps, das durch Nachschübe auf 10.500 Mann verstärkt wurde, erfocht so einige kleine, aber mit Menschenverlusten erkaufte und keine wesentlichen strategischen Vortheile eintragende Siege, einen am 25. November bei Gras Pan; am nächsten Tage nach so einem Siege pflegten die Buren die von den Engländern erstürmten Kopjen hinter dem Rücken des Feindes wieder zu besetzen.

Am 28. November lieferte Methuen den Buren eine Schlacht am Modder, um den Uebergang über diesen Fluß zu erzwingen. Aber die zwölfstündige Kanonade that den Buren sehr wenig, weil sie in so guter Deckung lagen, daß sie vom Feinde gar nicht gesehen werden konnten. Die Buren hatten 150 Tödt und 100 Verwundete zu beklagen; die Engländer, von denen 365 todt und 700 verwundet auf dem Schlachtfelde lagen, mußten vorläufig still liegen und sich ihrerseits gegen die Buren verschanzen, die sie unter Delarey und Prinsloo von Jacobsdal aus im Rücken bedrohten. Anfang Dezember durch 4000 Hochländer und zwei Batterien verstärkt, konnte Methuen am 9. und 10. den Flußübergang bewerkstelligen, versuchte aber vergebens, den Feind aus seinen Verschanzungen zu locken. In der Nacht zum 11. unternahmen es die Hochländer, diese Verschanzungen bei Magersfontein zu stürmen, aber das mörderische Feuer der gedeckten Buren streckte den fünften Theil von ihnen, 725 Mann, nieder, und den nachrückenden Truppen erging es nicht besser, so daß sich Methuen gezwungen sah, über den Modder zurückzugehen. Der Gesamtverlust der Engländer betrug 1017 Mann; aber auch die Boeren hatten diesmal 600 Mann eingebüßt.

Der Entsatz der beiden Städte war gescheitert. Die Buren machten sich deren Belagerung bequem. Pflichtmäßig auf Schonung ihrer kostbaren Menschenleben und ihrer Munition bedacht, unterließen sie Beschießung und Sturmversuche und beschränkten sich auf die Einsperrung. Auf dem südlichen Kriegsschauplatz hatten sich zwar die Engländer, denen ebenfalls Verstärkungen — über 3000 Mann — zusfloßen, des Ortes Naauwpoort bemächtigt, wurden aber durch zwei Niederlagen, die des Generals French bei Urundel und die des Generals Gatacre bei Stormberg, an weiteren Fortschritten gehindert. Bei Stormberg machten die Buren 670 Gefangene, darunter 12 Offiziere; an Todten und Verwundeten zählten die Engländer nur 30, die Buren hatten nicht einen Mann verloren.

Nicht weniger traurig sah es für die Engländer im Osten aus. In den Tagen vom 9. bis 11. November wurde die Stadt Ladysmith in Brand geschossen, und die Besatzung zog sich in die umliegenden Befestigungen zurück. Da General White sich auch jetzt noch nicht zur Kapitulation verstand, gestattete Joubert, daß die Frauen und Kinder ein außerhalb der Einschließungslinie liegendes Lager bezogen. Er übertrug die Einschließung einem Korps von 8000 Mann und rückte Mitte November mit dem größeren Theil



Der englische General J. D. P. French.

seiner Truppen über den Tugela nach Süden vor, und zwar in vier Kolonnen, die verschiedene Orte, namentlich Estcourt, besetzten, und Pietermaritzburg, die Hauptstadt von Natal, zum gemeinsamen Ziele hatten. General Buller näherte sich von Süden her Ladysmith bis auf 25 Kilometer, so daß er mit



Das Lager des Burengenerals Schalk Burgher im Norden von Ladysmith.

White durch den optischen Signalapparat (Heliographen) in Verkehr treten konnte, und bezog am 5. Dezember bei Frère ein befestigtes Lager. Dadurch wurden die Buren genöthigt, ihren Offensivplan aufzugeben, und es fiel ihrem Oberbefehlshaber Schalk Burgher — Joubert und Meyer erkrankten — zunächst die Aufgabe zu, den Engländern den Uebergang über den Tugela zu wehren. Mit seinen 13.000 Mann arbeitete Burgher rüstig daran, die sehr günstig gestaltete Hügelkette am Nordufer des Tugela in eine uneinnehmbare Festung zu verwandeln. Am 13. und 14. Dezember unternahm Buller, um die auf dem Südufer des Tugela stehenden Buren zu vertreiben, einen Angriff auf ihre Stellung bei der Bahnstation Colenso — ohne jeden Erfolg; er verlor 1197 Mann dabei. Müller findet es unbegreiflich, daß die Buren weder die geschlagenen Engländer verfolgten und vernichteten, noch einen ernstlichen Sturm auf Ladysmith wagten. Erst am 6. Januar 1900 überrumpelten zwei Burenkommandos auf eigne Faust die englischen Positionen auf der Südseite der belagerten Stadt und nahmen den Cäsars Camp und den Wagon Hill, wurden jedoch von beiden wieder zurückgetrieben.

Buller hatte mittlerweile die Verstärkungen, die ihm aus der Heimat unaufhörlich nachgeschickt wurden, in Ruhe an sich ziehen können, und be-

reitete, da sich der Frontangriff auf die Burenstellungen zu gefährlich erwiesen hatte, eine Umgehung in westlicher Richtung vor. Am 15. Januar bezog er ein Lager an der Potgeiters-Poort, um von da aus auf der Potgeitersdrift den Tugela zu überschreiten. Die Flußübergänge sind auf allen südafrikanischen Driften, das heißt Furthen, bei hohem Wasserstande nicht leicht, auf dieser aber ganz besonders schwierig. Im Winter liegen die südafrikanischen Flußbette trocken. Im Sommer, der Regenzeit, sind die Ströme hoch angeschwollen und sehr reißend. Am Ufer lagern sie beim höchsten Wasserstande Schlamm und Sand ab und thürmen so zu beiden Seiten Dämme auf. Der nahende Fremde merkt nichts vom Strom, bis er, auf dem Damm angelangt, plötzlich mit seinem Gefährt am fast senkrechten Abfall zum Strombett steht. Die Fahrbahn der Potgeitersdrift wird durch eine ebenfalls senkrecht in große Tiefe abstürzende, mit großen Steinen bedeckte Felsplatte gebildet, die noch dazu nicht gerade, sondern in einem Bogen von einem Ufer zum anderen führt und in dem gelben Wasser nicht zu sehen ist, so daß eine sehr genaue Terrainkenntnis dazu gehört, wenn das Gefährt nicht mit Roß (oder Ochse) und Mann in die Tiefe versinken soll.

Trotz solcher Schwierigkeiten gelang es am 16. Januar, unter dem Schutz der aufgestellten Ka-

nonen eine Brigade über diese fückische Drift, und eine ganze Division über die westlich davon gelegene Wagondrift hinüberzubringen und einige Hügel zu besetzen. Die Buren, deren Stärke erst jetzt erkannt wurde, blieben in ihren Verschanzungen, die den Weg nach Ladysmith versperren, ruhig liegen, und die nächste Aufgabe bestand nun darin, sie aus ihrer Hauptstellung auf dem Spionkop zu vertreiben. Vom 20. ab wurde mehrere Tage vergebens um ihn gekämpft. Da der Weg dahin über eine ungedeckte Ebene führte, die ohne schwere Verluste nicht überschritten werden konnte, wurde ein nächtlicher Sturm beschlossen. In der Nacht vom 23. zum 24. gelangten die Engländer auch glücklich auf den Berg, sahen sich aber am Morgen zu ihrem Schrecken noch durch eine tiefe Schlucht von der uneinnehmbaren Bergfestung der Buren getrennt. Trotzdem eine von der Ostseite her anrückende Brigade Hart, auf einem günstigeren Wege vordringend, sogar die höchste Spitze der Bergmasse besetzte, wurden die Engländer durch die Artillerie der Buren aus allen ihren Stellungen wieder vertrieben; ihre eigene Artillerie die steilen Felswände hinaufzuschaffen, gelang ihnen nicht. Buller zog sämtliche Truppentheile wieder auf das Südufer des Tugela zurück, nachdem er drüben gegen 2400 Mann an Todten gelassen hatte. Von den Buren waren 35 getödtet und 80 verwundet worden. Unbegreiflicherweise unterließen diese die Verfolgung — hätten sie doch den

Feind beim Rückzug über den Strom vernichten können — und Buller feuerte seine durch den glücklichen Rückzug ermuthigten Soldaten mit einer Ansprache an, in der er sie binnen einer Woche nach Ladysmith zu führen versprach. Er gönnte jedoch den angegriffenen Truppen eine Woche Ruhe und bereitete, da sich die Stellung des rechten Flügels der Buren als uneinnehmbar bewiesen hatte, den Angriff auf den weiter östlich stehenden linken vor.

Es gelang den Engländern am 5. Februar, auf einer Pontonbrücke den Strom zu überschreiten und eine Abtheilung Buren zurückzutreiben. Ein Kreuzfeuer vom Vaal-Krantz und Krantz-Kloof gebot ihnen Halt. Der Kampf um diese Stellung dauerte bis zum siebenten, und da, wenn man unter großen Verlusten durch das Kreuzfeuer hindurch gelangt wäre, man erst der östlichen Hauptstellung der Buren, dem Urnotberge, gegenübergestanden haben würde, da überdies gemeldet wurde, ein Burenkommando habe auf der Wagondrift den Tugela überschritten und drohe den Rückzug abzuschneiden, so gab Buller auch diesen zweiten Versuch auf und führte sämtliche Truppen in die alten Lager bei Chieveley und Frère zurück. Auch diesmal machten die Buren von der schönen Gelegenheit, die Engländer im Tugela zu ersäufen, keinen Gebrauch.

Die Südmee der Boeren hatte ihre Hauptstellung bei Colesberg, von wo sie der General



In den englischen Verschanzungen vor Ladysmith. „Bajonett — auf!“

French im Januar vergebens zu vertreiben versuchte, obwohl es ihm gelungen war, sich auf dem Gipfel des steilen Coleskop zu verschanzen und zur Beförderung der Munition auf die Höhe einen Drahtseilauzug anzulegen. Von den beiden belagerten Städten des westlichen Kriegsschauplatzes war Maseking am übelsten daran, weil die Buren seine Wasserleitung zerstört hatten, und der Gebrauch des schlechten Flußwassers typhöse Krankheiten erzeugte. Vom Befehlshaber der englischen Westarmee, Lord Methuen, sind aus dieser Zeit keinerlei Thaten zu berichten.

des Zeugnis ausgestellt wurde. Großes versprach man sich von der mit lärmendem Jubel aufgenommenen Entsendung der beiden berühmten Feldherren.

Lord Roberts of Kandahar, ein Mann von irischer Abstammung — unter den genialsten der berühmten Engländer sind nicht wenige Iren — wurde 1832 in Indien als Sohn eines Generals geboren, in England erzogen, zeichnete sich bei der Niederwerfung des Aufstandes im Pöndschab 1857 aus, machte den abessinischen Feldzug im Jahre 1868 mit, eroberte im afghanischen Feldzuge 1879



Angriff auf den Spionkop am 24. Januar 1900.

Die Mißerfolge der englischen Truppen hatten das Kriegsministerium veranlaßt, durch Verfügung vom 17. Dezember 1899 den Lord Roberts zum Oberkommandirenden, den Lord Kitchener zu seinem Generalstabschef zu ernennen und die letzten Armeereserven einzuberufen; außerdem wurde zwölf Milizbataillonen die Erlaubnis erteilt, außerhalb der Vereinigten Königreiche freiwillig zu dienen, und beschlossen, das Anerbieten der Kolonien und der Volunteers anzunehmen, auch eine berittene Infanterie aufzustellen, die den Namen Imperial Yeomanry führen sollte. Das Aufgebot der Freiwilligen hatte jedoch trotz der großen Vortheile, die den Leuten zugesichert wurden (hohe Geldprämien und Aussicht auf kostenlosen Landerwerb in Afrika) einen so dürftigen Erfolg, daß damit dem Patriotismus der Engländer ein recht beschämen-

bis 1880 Kabul, befreite nach einem Marsch, der ihm durch die Ueberwindung ungeheurer Schwierigkeiten die Bewunderung der militärischen Welt eintrug, die in Kandahar eingeschlossene englische Armee, und führte 1886 als Oberbefehlshaber der indischen Armee die Expedition nach Birma glücklich durch. 1895 wurde er zum Feldmarschall und zum Höchstkommmandirenden in Irland ernannt. In der Schlacht bei Colenso ist sein einziger Sohn gefallen. Die Leistungen des eisenharten Lord Kitchener of Khartoum (geboren 1850) im Derwischkriege leben noch frisch in Aller Erinnerung. Roberts reorganisierte die durch Truppennachschübe verstärkte West- und Südarmee und setzte deren Bewegungen die Vernichtung Cronjes zum Ziel, die umso leichter gelingen mußte, weil eine Menge Buren nach den Erfolgen im Dezember



Rückzug der Engländer über den Tugela nach der Schlacht am Spionkop.

nach Hause gelaufen waren, so daß von den 52.000 Mann, die Anfang Dezember, nicht gerechnet 6000 aufständische Kapburen, im Felde standen, nur noch etwa 34.000 Mann vorhanden waren; ungefähr 4000 betrug der Abgang an Gefallenen, Verwundeten, Gefangenen und Kranken.

Am 10. Februar traf Roberts an der Modderiversion ein, wohin er auch die Generale French und Methuen befohlen hatte, ließ Methuen dort, besetzte am 14. Jacobsdal und bereitete den Angriff auf Cronje's verschanztes Lager bei Magersfontein vor. Diese

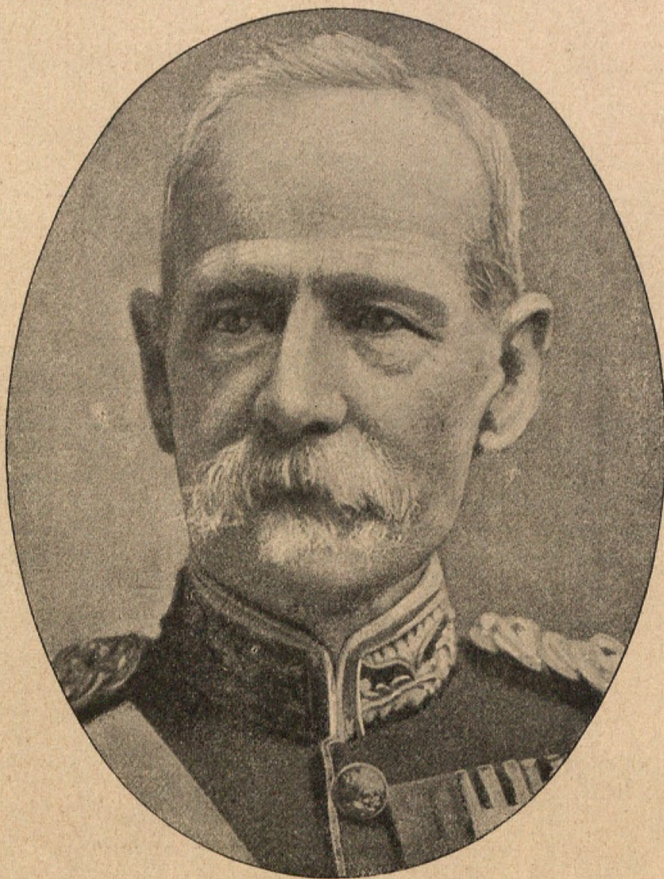
Fortschritte der Engländer veranlaßten das Fernirungskommando der Buren bei Kimberley, abzurufen, so daß die Engländer dort einrücken konnten. Die Belagerten —

14.000 Weiße und 19.000 Schwarze — hatten schrecklich gelitten. Pferdefleisch war in den letzten Wochen das einzige Nahrungsmittel gewesen, und da die Schwarzen in den letzten Tagen gar nichts mehr bekamen, mußte man eines Verzweiflungsangriffes von diesen gewärtig sein. Natürlich starben viele; von den weißen Kindern waren beim Entsatz nur noch 33, von den schwarzen nur noch 9 Prozent am Leben. Das Bombardement zerstörte alle Gebäude,

so daß die Bewohner nur noch in Erdlöchern und Minen haufen konnten. Der Generaldirektor der De Beers-Gruben, Gardener Williams, hatte seine Höhle ganz komfortabel einrichten lassen, da aber seine Damen rechtzeitig entflohen waren und er selbst sich an der Vertheidigung betheiligte, so genossen nur seine Dienstboten den Komfort. So machte auch Rhodes, der die Seele der Vertheidigung war, von den Salons seiner Erdhöhle wenig Gebrauch; er unternahm täglich weite Rekognoszierungsritte, und es ist ein Wunder, daß ihn die Buren, die seine weißen Flanellhosen sehen mußten, nicht erschossen haben. Cronje erkannte, daß er mit seinen 5000 Mann seine Stellung gegen die von zwei Seiten

anrückende Uebermacht nicht halten könne, verbrannte am 15. Februar sein Lager mit allen seinen Vorräthen, die er nicht mitnehmen konnte, und marschirte in der Nacht zum 16. am Modderfluß hin nach Osten ab, um Bloemfontein, die bedrohte Hauptstadt des Oranje-freistaates zu decken. Wäre er nordwärts gezogen, meint Müller, so würde er wohl entkommen sein, aber in so großer Nähe der feindlichen Divisionen gelang diesen die Umschließung umso leichter, weil Cronje eine Menge Weiber und Kinder bei sich hatte und daher nicht

rasch vorwärts konnte. Viele Buren hatten ihre Familien in das Lager von Magersfontein kommen lassen und sich eine gemüthliche Häuslichkeit eingerichtet. Am Koedoesrand wurde Cronje festgehalten und sah sich gezwungen, sich zu verschanzen. Die Streitkräfte, mit denen De Wet und Steijn zu seinem Entsatz herbeieilten, waren viel zu schwach für einen selbständigen Angriff auf den Feind — jener erbeutete wenigstens eine Trainkolonne von 180 Wagen und 4000 Stück Vieh, die für Kimberley bestimmt waren — und so bat denn Cronje am 20. um einen 24stündigen Waffenstillstand, angeblich zur Beerdigung der Todten, in Wirklich-



Feldmarschall Lord Roberts.

keit wohl in der Hoffnung, in dieser Zeit die Verbindung mit seinen Helfern herstellen zu können. Roberts ging nicht darauf ein und ließ mit 120 Geschützen das Burenlager, das zuletzt in Flammen stand, bis in die Nacht nach dem 26. beschießen, außerdem noch die Infanterie in Laufgräben vorrücken. In den Heliogrammen, die Cronje in diesen furchtbaren Tagen an Krüger und De Wet entsandte, fehlte nie ein Bibelspruch, z. B. am 26. vormittags 9 Uhr 30 Minuten: „Der Feind hat ungeheuren Zuzug erhalten, ich werde hart bedrängt. Psalm 3, 2 (Ach Gott, wie sind meine Feinde so viel.)“ Nachmittags 4 Uhr 10 Minuten: „Das Bombardement ist überwältigend, starke Verluste. Die Mehrzahl der Bürger verlangt



Die Kavallerie des englischen Generals French umgeht am Morgen der Befreiung Kimberleys die Stellung der Buren.

Uebergabe. Psalm 60, 13 (Schaff uns Beistand in der Noth, denn Menschenhilfe ist nichts nütze.)"

Am 27. morgens 7 Uhr 45 Minuten konnte Lord Roberts ans Kriegsministerium fabeln: Cronje hat heut morgen bei Tagesanbruch mit allen seinen Truppen bedingungslos kapitulirt. Cronje ist jetzt Gefangener in meinem Lager." Der Jubel in London war umso größer, da der 27. der Jahrestag der englischen Niederlage am Majuba war. Roberts begrüßte Cronje mit den Worten: „Sie haben sich tapfer vertheidigt." Die Zahl der erbeuteten Geschütze betrug sechs. Die Frauen und Kinder wurden nach Hause, die 3660 unverwundeten Kombattanten zunächst nach Simonstown bei Kapstadt, weil aber die Bewachung schwierig war, später auf Schiffe und größtentheils nach St. Helena gebracht. Der Boden des Lagers war mit theilweise schon verwesenden Leichen und mit Sprengstücken besät; die Frauen und Kinder hatte man so gut zu bergen gewußt, daß keins verletzt war. Ein Deutscher, der unter Cronje's Kommando für die Burensache gekämpft und mit ihm auf St. Helena gefangen gefessen hat, erzählt im 18., 19. und 20. Heft der „Grenzboten" (1901) seine Erlebnisse. Ueber die Kapitulation urtheilt er, sie sei nicht nöthig gewesen; Cronje hätte ganz gut entkommen können; und er fügt hinzu: „Es ist mir bis heute ganz unverständlich, auf

welche Macht Cronje baute, als er starr an dem Gedanken festhielt, gerade in dieser Stellung werde er die Engländer schlagen. Einzelne sprachen von Verrath. Ich glaubte mit der großen Mehrzahl der Gefangenen nicht daran. Viel wahrscheinlicher ist, daß der Einfluß seiner Frau für seine Handlungsweise mitbestimmend ist. Die Hauptursache der Katastrophe liegt meines Erachtens in der Verslossenheit der Natur Cronje's, seinem Starrsinn und der Geringschätzung der Uilander, der Engländer sowohl wie der in seinem Lager wirkenden ausländischen Offiziere. Wären die Rathschläge dieser Offiziere beachtet worden, so würde das Ergebnis des Rückzuges, ja vielleicht des ganzen Feldzuges anders geworden sein. Auch verließ sich Cronje wohl zuviel auf die ihm versprochene Hilfe von außen. Schließlich war Cronje nur ein guter Kommandant, kein Feldherr. Er litt schwer unter seinem Schicksal; denn auf St. Helena verfiel er der allgemeinen Verachtung, die sich darin äußerte, daß ihn jedermann mied."

Mittlerweile hatte General Buller die nördlich von Colenso gelegenen Burenpositionen Pieters Hill und Groblers Kloof stürmen lassen, und Joubert sah sich außerstande, mit seiner durch Abzug stark geschwächten kleinen Armee gleichzeitig der Armee Buller's Widerstand zu leisten und die Einschließung von Ladysmith aufrecht zu er-

halten. Er zog deshalb — in vortrefflicher Ordnung — am 27. Februar nordwärts ab. Die Vorräthe wurden auf Ochsenkarren, die Verwundeten und die Geschütze mit der Bahn fortgeschafft. Am 28. Februar brachte die Kavallerie Dundonald's den Einwohnern und der Besatzung von Ladysmith, die 118 Tage lang eingeschlossen gewesen waren, die Botschaft der Erlösung. Es war ihnen nicht ganz so schlimm wie denen von Kimberley, aber doch schlimm genug ergangen. Die Besatzung hatte 30 Offiziere und 575 Mann durch den Tod verloren, 70 Offiziere und 520 Mann waren verwun-

det. Gegen 2000 hatten gewöhnlich krank in den Lazarethen gelegen. Doch hatte auch noch zuletzt jeder Mann täglich $\frac{1}{2}$ Pfund Pferdefleisch, $\frac{1}{2}$ Pfund Biskuit und eine kleine Quantität Mehl, Thee und Zucker bekommen. Buller's siegreiches Armeekorps war stark mitgenommen und zu weiteren Operationen vorläufig nicht fähig: es zählte nach den Kämpfen der letzten 14 Tage 297 Tode, 1712 Verwundete und 100 Gefangene. Die Buren hatten nur 31 Mann durch den Tod und 130 durch Verwundung eingebüßt.

Der Krieg schien mit diesen beiden Erfolgen der Engländer entschieden zu sein. Die Besetzung des ganzen Landes, so sehr sie noch durch das Terrain, durch zeitweilige Vertheidigung kleiner Positionen und durch Seitenangriffe der Buren erschwert werden mochte, war nur eine Frage der Zeit. Das in offener Gegend liegende ganz unbefestigte Bloemfontein wurde preisgegeben und die Regierung nach Kroonstad verlegt, wie denn überhaupt der ziemlich ebene mittlere Theil des Oranjesfreistaates den Engländern wenig Terrainschwierigkeiten bereitete. Mit der Regierung flüchtete auch die burische Bevölkerung nach Kroonstad; der englisch gesinnte Theil der Einwohner empfing am 13. März mit freudiger Begrüßung die unter Roberts einrückenden Truppen. Die meisten der nun im Rücken bedrohten Burenabtheilungen, die noch südlich vom Oranje standen, suchten auf Umwegen in die Heimat zu gelangen, und Roberts konnte durch Ausbesserung der an den Flußübergängen zerstörten Eisenbahn seine Etappenstraße herstellen und sichern. Schon am 5. März hatten die beiden Präsidenten von Bloemfontein aus ein Telegramm nach London entsandt, worin sie sich zum Friedensschluß bereit erklärten



Lord Kitchener.

unter der Bedingung, daß die Unabhängigkeit der Republiken anerkannt werde, und daß den aufständischen Kapburen kein Leid widerfahre. Sollten diese Bedingungen verweigert werden, so würden sie im Vertrauen auf Gott ausharren, trotz der erdrückenden Uebermacht des britischen Reiches. So lange der Vortheil auf ihrer Seite und Theile des britischen Gebietes in ihrer Gewalt waren, würden sie gefürchtet haben, durch eine solche Erklärung das Ehrgefühl des englischen Volkes zu verletzen. Jetzt aber sei durch die Erfolge der englischen Waffen Eng-

lands Ansehen wieder hergestellt, und da könne man nicht länger zögern, „die britische Regierung und das britische Volk im Angesichte der ganzen gestitteten Welt mit deutlichen Worten davon in Kenntniß zu setzen, warum wir kämpfen, und unter welchen Bedingungen wir bereit sind, Frieden zu schließen.“ Lord Salisbury erinnert in seiner Antwort an das „beschimpfende“ Ultimatum Krüger's, und daß sich der Oranjesfreistaat, mit dem nicht einmal Erörterungen gepflogen worden seien, der Kriegserklärung und den Kriegsoperationen angeschlossen hätte. Der kostspielige Krieg, zu dem sich so England gezwungen sehe, sei die Strafe dafür, daß es die Unabhängigkeit der beiden Staaten geduldet habe. „Im Hinblick auf den Gebrauch, den die beiden Republiken von der ihnen eingeräumten Stellung gemacht haben, und auf das Unheil, das der durch keine Herausforderung veranlaßte Angriff über die Gebiete Ihrer Majestät gebracht hat, kann die Regierung Ihrer Majestät nur mit der Mittheilung antworten, daß sie nicht bereit ist, die Unabhängigkeit, sei es Transvaals, sei es des Oranjesfreistaates zuzugeben.“ Gleichzeitig mit der Depesche nach London hatten sich die beiden Präsidenten an einige auswärtige Mächte um Vermittelung gewandt. Die Vereinigten Staaten machten einen Versuch, der in London zurückgewiesen wurde, Deutschland und die Schweiz antworteten, daß sich unter den obwaltenden Umständen nichts thun lasse.

Die Okkupation des Landes nahm also ihren Fortgang. Roberts befreite sich zunächst von einigen unfähigen Führern (namentlich den General Gatacre wurde er los, nicht aber Buller, trotz der vernichtenden Kritik, die jener in seinem an

den Kriegsminister gerichteten und von diesem veröffentlichten Schreiben vom 13. Februar an diesem geübt hatte; White, der wackere Vertheidiger von Ladysmith, kehrte als Invalide in die Heimat zurück) und gab dann seiner Armee durch Truppenverschiebungen und Neugliederungen eine bessere Organisation. Die Gesamtzahl der englischen Soldaten, die theils schon bei Ausbruch des Krieges in Afrika standen, theils dort ausgehoben wurden, theils in der Zeit vom 1. Juli 1899 bis Ende März 1900 aus allen Ländern des englischen Weltreiches dahin befördert wurden, beläuft sich auf 250.000 Mann; zu Schiff waren 192.089 Mann nebst 59.073 Pferden und 32.678 Maulthieren hingekommen. Davon gingen jedoch ab: an Verwundeten, Gefallenen und Gefangenen 1299 Offiziere und 20.881 Mann, an Trösknechten und Nichtkombattanten 16.000 Mann, die zur Besetzung der Etappen nöthigen 35.000 Mann und durchschnittlich 25.000 Kranke, zusammen 98.000 Mann, so daß für Operationen 150.000 Mann verfügbar blieben. Von diesen standen 32.000 unter Buller auf dem östlichen Kriegsschauplatz, die übrigen 118.000 Mann unter dem Kommando des Lord Roberts. Das Burenheer war auf 25.000 Mann zusammengeschmolzen, von denen 5000 im Osten, 12.000 im Oranjesfreistaat standen, und die übrigen in kleinen Abtheilungen auf dem

westlichen Kriegsschauplatz zerstreut umherschweiften. Dennoch erschien den Buren ihre Lage nicht hoffnungslos, weil sie Ueberfluß an Munition und Proviant hatten, weil ihre Pferde ausdauerten, und weil sie sich überall an Ort und Stelle mit allem Nöthigen versehen konnten, während den Engländern ihre Pferde massenhaft fielen, die Beförderung des Proviantes und der Munition auf Ochsenwagen ungeheure Schwierigkeiten verursachte, und die Besetzung der Etappen das Heer bei weiterem Vordringen immer mehr schwächte. Am 27. März starb in Pretoria der betagte General-Kommandant Joubert an einem Nierenleiden, das an der Energielosigkeit seiner Führung in den letzten Monaten mit Schuld gewesen sein mag. Im Oberkommando folgte ihm Louis Botha, ein kräftiger Mann in den mittleren Vierzigen, von ruhigem Temperament und burischer Zähigkeit. Die Verzweiflung hauchte den phlegmatischen Buren wieder Leben ein, und unter der Führung von De Wet, Olivier und Grobler beunruhigten ihre Streifcorps die Engländer an allen Ecken und Enden. Als sie in Gefahr standen, von deren Uebermacht eingeschlossen zu werden, zogen sie sich auf Botha's Befehl nach dem Norden zurück, nicht ohne die Ernte des südlichen fruchtbaren, zwischen Oranje und Modder gelegenen Theiles des Freistaates auf einem 20 Kilometer



General Cronje's Verschanzung in den schluchtförmigen Ufern des Modderflusses.

langen Wagenzuge mitzunehmen. Im Osten, Westen und Süden gab es einige unbedeutende Gefechte. In einem solchen, gegen Lord Methuen, fiel der französische Oberst Villebois-Mareuil, der als Rathgeber Joubert's vergebens daran gearbeitet hatte, die Buren zu Erfolg versprechenden Offensivstößen zu bewegen. Dem großen Kitchener, der doch als Generalstabschef in Roberts Hauptquartier gehört hätte, theilte dieser die untergeordnete Aufgabe zu, durch Niederhaltung der rebellischen Kapburen dem Oberbefehlshaber den Rücken zu decken, und bei Elandslaagte erfochten die Buren am 10. April einen ganz hübschen Erfolg über Buller's Truppen, den sie nach ihrer Gewohnheit nicht ausnützten.

Am 1. Mai setzte sich Lord Roberts endlich wieder in Bewegung und gelangte unter kleinen Kämpfen am 12. nach Kroonstad. Der Präsident Steijn zog sich nach Lindley zurück, und viele Freistaatsburen kehrten, die Sache verloren gebend, auf ihre Höfe zurück. Auch die Belagerung Mafekings wurde aufgegeben, so daß die Engländer unter Mahon am 17. Mai einziehen konnten, ohne Widerstand zu finden. Daß es dem Obersten Baden-Powell gelungen war, mit einer größtentheils aus Zivilisten bestehenden Besatzung diese ganz offene Stadt in eine Festung zu verwandeln, die 9000 Köpfe zählende Bevölkerung zu ernähren und zum Aushalten der harten Entbehrungen

einer 217tägigen Belagerung zu bringen, wird von Sachverständigen als eine bewunderungswürdige und geniale Leistung anerkannt. Auch ihre letzten Stellungen in Natal, in den Biggarsbergen, gaben die Buren auf und Buller, ein seiner Gegner würdiger Stratege, hinderte nicht ihren wohlgeordneten Rückzug mit Geschützen und Vorräthen. Roberts fand auf seinem weiteren Vormarsch selbst bei dem leicht zu vertheidigenden Uebergang über den Vaalsfluß keinen ernstlichen Widerstand, langte am 30. Mai vor Johannesburg an, wartete auf Bitten des Kommandanten Krause, um einen Straßenkampf zu vermeiden, bis die darin liegenden bewaffneten Buren abgezogen waren und rückte am 31. in Johannesburg ein. Die Gruben,

von denen man fürchtete, die Buren würden sie mit Dynamit zerstört haben, fand man unverfehrt. Drei Tage vorher, am 28., hatte Roberts in Bloemfontein eine Verfügung verhängen lassen, wonach das eroberte Land unter dem Namen Oranje-River-Colony annektirt sei, und alle Bureghers, die nicht an der Empörung theilgenommen hätten — als solche behandelte Roberts völlerrechtswidrig die Kriegführung der Buren — auf ihre Farmen zurückkehren dürften. Am selben Tage zog sich Krüger von Pretoria nach Machadodorp, einer Station der Bahn nach Lourenço

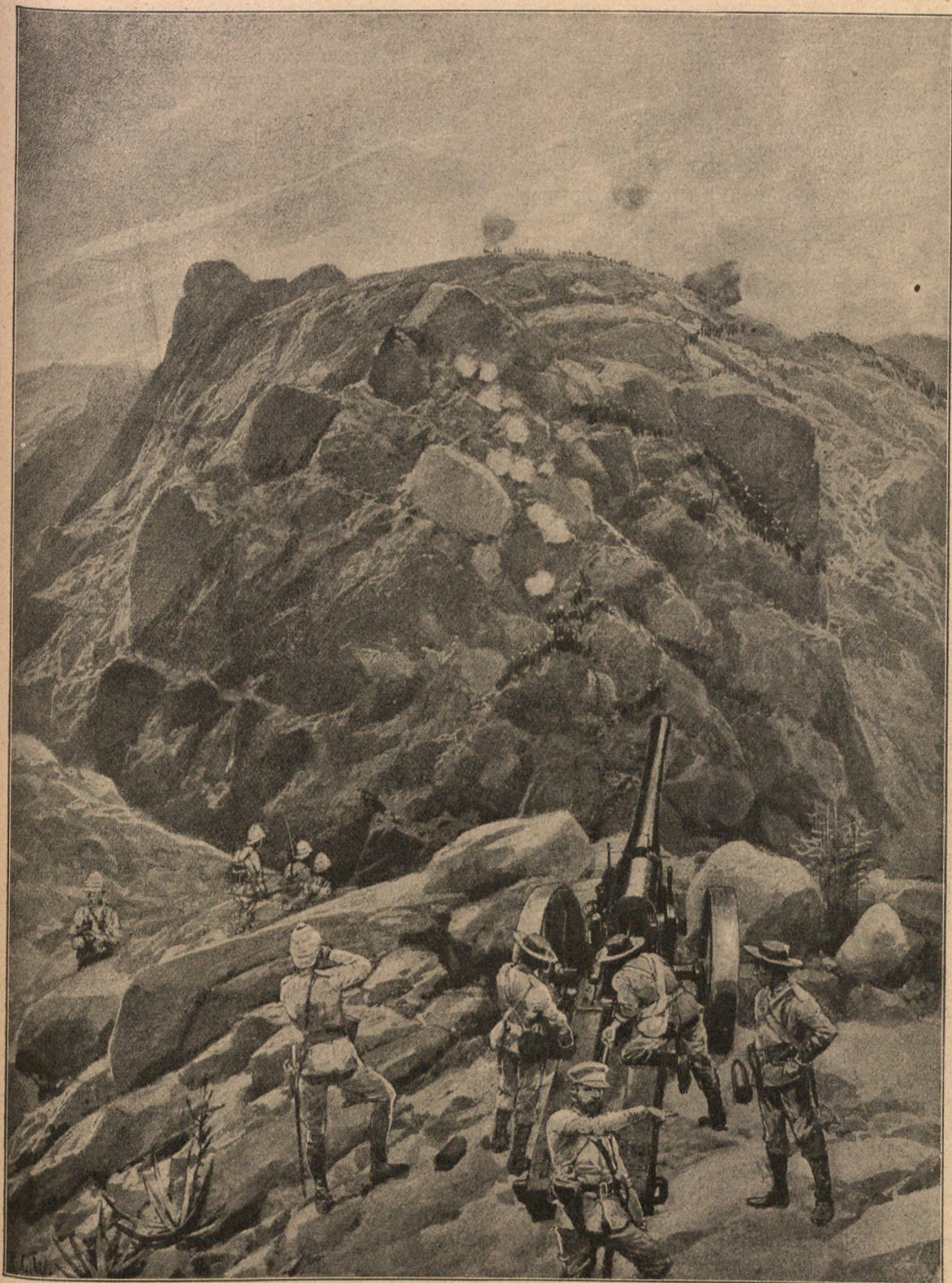
Marquez, zurück und ließ auch alle Vorräthe dahinschaffen. Am Hennops-Spruit hielten die Buren das englische Heer noch einmal auf, dann erklärte Botha, er wolle die Stadt nicht vertheidigen, und zog sich zurück, auf der Bahn mitnehmend, was er fortbrachte, unter anderem 1600 Gefangene. Beim Einmarsch in Pretoria am 5. Juni fand Roberts 150 englische Offiziere und 2000 Soldaten, zu denen noch 900 Mann kamen, die man in einem benachbarten Orte zurückgelassen hatte.

Nach London, wo dieser Einzug ungeheuren Jubel erregte, berichtete Roberts, er brauche vom 1. Juli ab nur noch 100.000, vom 1. August ab auf ein halbes Jahr noch 75.000 Mann; wie bitter sollte er enttäuscht werden! Schon wenige Wochen darauf mußte er die Forderung des Kriegsministeriums, Truppen für China abzugeben, mit

den Worten: „Keinen Mann!“ zurückweisen. Nicht allein vor ihm, überall in seinem Rücken, bis in die Kapkolonie und nach Natal hinein tauchten Burenkommandos auf, deren sich die Engländer in plan- und rathlosem Hin- und Herziehen nicht zu erwehren vermochten. Von den zahllosen Handstreichen der Buren, Beutezügen, kleinen Gefechten, bei denen es sich auf keiner Seite mehr um einen geordneten Feldzug handelt, soll nur die schreckliche Katastrophe erwähnt werden, die sie, unterstützt von den Elementen, der Division des Generals Rundle am 28. Mai am Biddulphsberge zwischen Senekal und Lindley bereiteten. Es entstand ein Grassbrand, und die Engländer sahen sich gleichzeitig in ein Flammenmeer versetzt, von undurchdringlichem



Burengeneral Louis Botha.



Ein englisches Schiffsgeschütz beschießt die Barenposition auf Groblers Kloof.

Rauch umhüllt und mit feindlichen Geschossen überschüttet. Das Sanitätspersonal reichte bei weitem nicht aus, die schwarzgebrannten Leichen und die vor Schmerzen heulenden und winselnden Verwundeten und Verbrannten, die noch lebten, herauszuholen.

Wenig nützte es unter diesen Umständen dem Höchstkommmandirenden, daß es ihm gelang, die Hauptkorps, darunter das Buller'sche, in der Nähe von Pretoria zu konzentrieren, wußte er doch nicht, was er zuerst thun, ob er den nach Nordosten ausgewichenen Botha verfolgen, ob

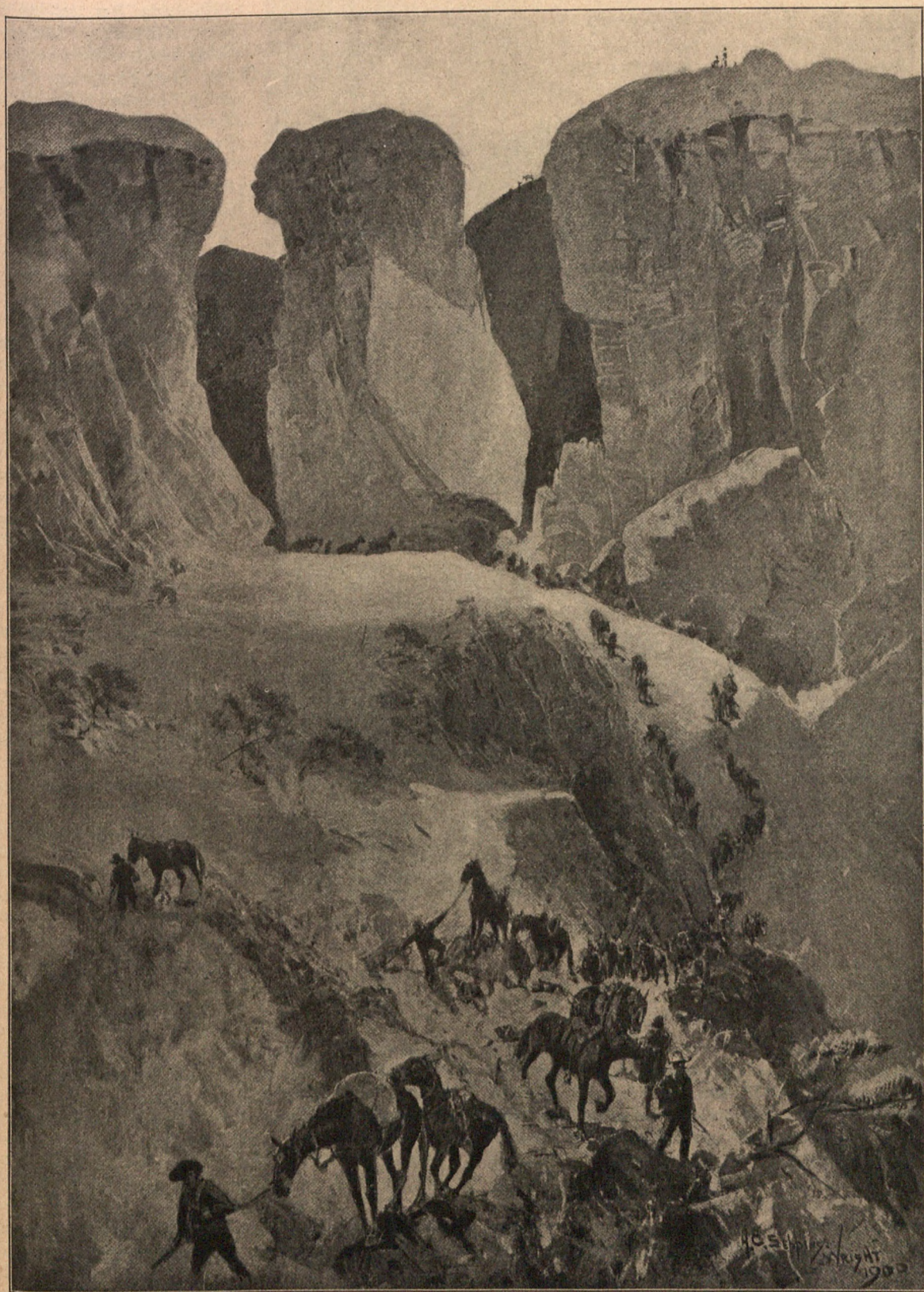
staat. Die amüsantersten Anekdoten liefen um von seinen abenteuerlichen Streichen. So soll er schon im Mai einmal, die Dunkelheit benützend, sein kleines Korps und einen langen Wagenzug mitten durch ein englisches Lager geführt haben (zwischen Natalspruit und Standerton). Ein wie es scheint ziemlich kopfloser Burenführer, Prinsloo, ergab sich am 29. Juli am Naauwpoorts-Neck, einem Paß durch die Roodeberge auf dem Wege nach Harrysmith, dem General Hunter. Mit anderen kleinen Kommandos zusammen, die in der Nähe gefangen wurden, betrug die Zahl der Kapitulanten



Zwischen zwei Feuern. Angriffsrütt englischer Kavallerie über ein brennendes Feld.

er den „annektirten“ Freistaat von Feinden säubern, ob er Krüger nachsetzen solle. Dazu kam ein starker Abgang von Kranken; 40.000 lagen in den Lazarethen (über deren skandalöse Beschaffenheit und Verwaltung, nebenbei bemerkt, höchst ärgerliche Berichte in die Welt gingen), so daß dem Höchstkommmandirenden zur Verfolgung Botha's nur 20.000 Mann blieben. Ende Juli begann die endlose Jagd auf De Wet, der den Engländern bald hier, bald dort empfindliche Schlappen beibrachte und, noch so oft mit Uebermacht umstellt und eingeschlossen, jedesmal entkam; z. B. Anfang August aus seinem verschanzten Lager bei Vrededorp zwischen Methuen's und Kitcheners Truppen hindurch nordwärts über den Vaal, und dann aus einer Umklammerung nördlich von Pretoria wieder zurück in den Oranje-

über 4000; ein Theil davon wurde auf die Insel Ceylon geschafft. Am 25. August gerieth der Burenführer Olivier mit seinen drei Söhnen bei Wimborg in Gefangenschaft. Die letzten größeren Kämpfe entwickelten sich in den Tagen nach dem 22. August, indem die Buren unter Botha's Führung den Zugang zum letzten Regierungssitze des Transvaalstaates hartnäckig vertheidigten. Sie wurden jedoch durch die Uebermacht gezwungen, ihre Stellungen aufzugeben, und entwichen in der Richtung auf Eydenburg, während Buller am 27. August in Machadodorp einzog, wo Krüger von seinem Salonwagen aus regiert hatte. Letzterer zog sich nach einer weiter östlich gelegenen Bahnstation, Nelspruit, zurück. Im September vertrieb Buller die Buren auch aus Eydenburg; sie wichen nach Pietersburg zurück,



Rückzug der Buren vom Plateau nach dem Gefecht am Retiefs-Neck.



Lord Roberts schreibt Befehle in einem Transportwagen.

entschlossen, sich im nördlichsten, dem Joutpan-distrikt, zu behaupten. Buller aber kehrte im Oktober mit mehreren seiner Offiziere nach England zurück. Ob das Gerücht wahr ist, daß diese Herren von Botha gefangen genommen worden seien und ihm auf Ehrenwort hätten versprechen müssen, nicht mehr gegen die Buren zu kämpfen, läßt sich vorläufig noch nicht feststellen. Die englische Kolonne Pole-Carew vertrieb den Präsidenten auch aus Nelspruit und besetzte am 24. September Komati-Doort, die Grenzstation der Delagoabahn.

Wir tragen an dieser Stelle nach, daß im Juni der verdiente Premierminister der Kapkolonie, Schreiner, zurücktrat, weil er eine vermittelnde Stellung einnahm, die Mehrheit des die Wahlen beherrschenden Afrikanerbonds aber von einer

Bestrafung der auffständischen Kapburen schlechters nichts wissen wollte, daß Roberts im Juli einige hundert harmlose Deutsche, Österreicher, Franzosen, Italiener und Amerikaner in Johannesburg verhaften und fort-schaffen ließ, die sich, am 9. September in Vlissingen angelangt, über die bei der unbegründeten Verhaftung und auf der Ueberfahrt erlittene Behandlung bitter beklagten, und daß am 24. August ein gebürtiger Hamburger, der Artillerie-lieutenant Hans Cordua, der den Buren gedient hatte, in Pretoria Kriegsgerichtlich erschossen wurde. Er sollte eine Verschwörung zur Ermordung des Lord Roberts und der englischen Offiziere angezettelt haben, was er entschieden leugnete; vielmehr habe ihn der Denunziant zu dergleichen aufgefordert. Einziger Zeuge war nämlich ein englischer Lockspigel. Natürlich hat die englische Presse den Vorfall gegen Deutschland ausgebeutet. Viel Aufsehen erregte im August auch die Veröffentlichung eines Briefwechsels zwischen englischen und Kappolitikern und den Staatsmännern der Republik aus der Zeit unmittelbar vor dem Kriege; die Engländer suchten daraus

zu beweisen, daß auch nach der Ansicht der englischen und kapländischen Burenfreunde Krüger allein an allem Unheil schuld und sein Drängen zum Kriege weder loyal noch klug gewesen sei. Krüger, der bei seinem Alter nicht daran denken konnte, sich einer der fliegenden Kolonnen anzuschließen, in die sich das Buren-volk aufgelöst hatte, und der doch auch für das Staatsarchiv und den Staatsschatz verantwortlich war, flüchtete nach der Besetzung von Nelspruit mit diesen beiden Heilighümern auf das portugiesische Gebiet; die Regierungsgewalt übernahm Schalk Burgher, der sich ebenso wie der Präsident Steijn bei den Truppen aufhielt und als Organisator des bewaffneten Widerstandes thätig blieb. Krüger wurde in Lourenço-Marquez auf Betreiben der Engländer aus dem Hause des

holländischen Konsuls Pott in das Regierungsgebäude gebracht und dort als Gefangener behandelt, bis er das holländische Kriegsschiff Gelderland besteigen konnte, das ihm die Königin Wilhelmine zur Verfügung gestellt hatte. Schon am 2. September hatte Lord Roberts die Einverleibung Transvaals in das englische Gebiet unter dem Namen Transvaal Colony auf dem Marktplatz von Pretoria verkündigen lassen. Die Transvaalregierung bestritt die Berechtigung dazu mit dem Hinweis darauf, daß die Engländer tatsächlich nur den kleineren Theil des Landes im Besitz hätten, und einer ihrer Kommandanten, Vorster, proklamierte die Zoutpans-Berg-Republik als das neue Staatswesen der Buren.

Der Kleinkrieg.

Im Grunde genommen trug der Krieg schon seit der Einnahme von Bloemfontein den Charakter einer Guerilla, aber nach der Besetzung von Komati-Poort hörte er vollständig auf, ein regelrechter Feldzug zu sein. In allen Winkeln des Landes tauchten Banden auf, griffen die englischen Stationen an, nahmen Soldaten gefangen, die sie, weil sie sie nicht mit-schleppen konnten, meist wieder freiließen (bitte, legen Sie die Ueberbringer an die Kette, sonst lassen sie sich alle Tage fangen, soll die Welt einmal dem General Rundle geschrieben haben, als er diesem Leute zurückschickte, die er schon ein paar mal in den Händen gehabt hatte), erbeuteten Proviant und Munition, und die Engländer liefen den Hin- und Herfliegenden planlos nach, ohne einen entscheidenden Erfolg zu erzielen. Lord Roberts schickte Siegesdepeschen nach Hause, mit denen es sich in der Regel verhielt, wie mit der folgenden: Am 5. November meldet er, de Wet und Steijn hätten bei Bothaville (im Nordwesten des Oranjestaates) eine vollständige Niederlage erlitten, 8 Geschütze, 25 Tote, 30 Verwundete, 100 Gefangene verloren. Am 23. aber mußte er melden, de Wet habe das 250 Kilometer von Bothaville entfernte, südöstlich von Bloemfontein gelegene De Wetsdorp angegriffen, und die 400 Mann starke Garnison habe sich er-

geben. Zum Trost fügt er bei, General Knor habe die Buren wieder vertrieben und bei Vaalbank geschlagen. Daß die geschlagenen Buren zwei englische Geschütze mitnahmen, konnten die Engländer nicht hindern, ebenso wenig, daß ihnen, je öfter sie „geschlagen“ wurden, desto mehr Farmer zuliefen. Die stark zusammengeschnolzene Bevölkerung von Pretoria und Johannesburg befand sich in der kläglichsten Lage, und an die Wiederaufnahme des Minenbetriebes konnte schon aus dem Grunde nicht gedacht werden, weil keine Arbeiter zu haben waren, die Kaffern blieben aus Furcht vor dem Kriege fern.

Die sehr engländerfreundliche und entschiedenen Krüger feindliche „Kölnische Zeitung“ urtheilte Anfang November folgendermaßen über die Lage: „Der Grund für das Anwachsen der Guerillabanden ist jedenfalls der Uebelstand, daß es den Engländern nicht gelungen ist, sich im Lande Autorität zu verschaffen. Nach der Besetzung von Bloemfontein versuchten sie es mit Milde: Die Leistung des Neutralitätseides und die Ablieferung der Waffen schien ihnen genügende Gewähr zu sein, daß sich die so Verpflichteten der weiteren Theilnahme am Kriege enthalten würden. Das erwies sich als Täuschung: Die Leute traten bei der ersten günstigen Gelegenheit wieder in die Reihen der Kämpfer ein. Nun zog man schärfere Saiten auf; man nahm den Buren,



Burengeneral Christian De Wet.

die den Eid leisteten, die Pferde weg, behandelte alle wortbrüchigen Buren, die man erwischte, als Verräther, behielt sie gefangen, brannte ihre Häuser nieder und konfiszierte ihre Farmen. Auch das war vergeblich. Nun ging man zur Verschickung aller Gefangenen nach St. Helena und Ceylon über, in der Hoffnung, daß diese Maßregel bei der starken Heimatliebe der Buren einen starken Eindruck auf sie machen werde. Der Eindruck blieb freilich nicht aus, wirkte aber anders, als die Engländer erwartet hatten. Die Maßregel erbitterte, und wenn Burentrupps geneigt waren, sich zu ergeben, so schreckte sie die Verweigerung ihrer Bitte, im Lande bleiben zu dürfen, von der Uebergabe ab. Nach der Einverleibung Transvaals steigerte sich

die Strenge der Engländer zur Grausamkeit. Am 2. September schrieb Roberts an Botha, wo immer versucht werde, den Bahnkörper zu beschädigen oder einen Eisenbahnzug anzugreifen, werde die dem Schauplatz des Zerstörungswerkes nächst gelegene Farm niedergebrannt, und würden alle Farmen zehn (natürlich englische) Meilen im Umkreise ihres Viehs und ihrer Vorräthe beraubt werden; den kämpfenden Buren werde man ihre Frauen und Kinder ins Lager nachschicken. Nach späteren Proklamationen sollten alle Farmen zerstört werden, in denen Waffenvorräthe oder Kämpfende versteckt würden, und alle Drohungen wurden so fürchterlich wahr gemacht, daß z. B. zwischen Dundee und Vrijheid (an der Bahn nach Ladysmith) nicht ein Haus stehen geblieben ist. Je mehr aber die Engländer wüthen, desto mehr Kämpfer strömen den Burentruppen zu. So haben alle Mittel, die milden wie die drakonischen, ihren Zweck verfehlt und nur zu nutzlosem Vergessen von Kraft und Blut geführt." Zahlreichen Versicherungen anderer Blätter und mündlicher Berichterstatter zufolge sind aber die Engländer bei den durch die Staatsraison und den Zweck des Krieges geboten scheinenden Angriffen auf Privateigenthum nicht stehen geblieben, sondern haben vielfach aus Zerstörungslust Brände angestiftet und bloß aus Beutesucht geraubt, ja sie haben massenhaft Frauen und Kinder entehrt und andere Schandthaten verübt, wie unter anderem ein mit Christian De Wet verwandter Kommandant De Wet betheuert, welcher der englischen Gefangenschaft entkommen ist und in mehreren großen deutschen Städten Vorträge gehalten hat.

Anfang Dezember legte Lord Roberts, wohl an der Lösung seiner Aufgabe verzweifelnd, das Oberkommando nieder und kehrte heim. An seine Stelle trat Kitchener. Endlich die feste Hand, die nach Afrika gehört! riefen die Londoner Jingos befriedigt; Roberts sei ja auch nicht von Pappe, aber doch noch lange nicht von Eisen wie der Zerschmetterer der Derwische. Leider mußte die „Kölnische Zeitung“ am 14. melden: Kitchener's Debut ist so unglücklich wie möglich; der Guerillakrieg wird von den Buren energischer und geschickter denn je geführt; am 13. ist die Streitmacht des Generals Clements am Magaliesberge von 2500 Buren unter Delarey und Beyer angegriffen worden. Kitchener mußte nach London um Verstärkung telegraphiren und erließ am 20. eine Proklamation, in der man von seiner eisernen Faust nichts spürte: Die sich freiwillig ergeben würden, sollten mit ihren Familien im Regierungslager weilen dürfen, bis sie nach wiederhergestelltem Frieden unbehelligt heimkehren könnten; ihre mitgebrachte Habe solle im Lager geschützt, und was das Militär requirire, bezahlt werden. Und am selben 20. rückten zwei Burenhaufen bei Ahenosterhoek und Zanddrift über den Oranje ins Kapland ein, andere hatten

den Strom schon ein paar Tage vorher in der Nähe von Bethulie überschritten und weitere folgten: die Buren standen zum zweitenmale auf englischem Boden! Und dieser Boden war günstig.

Am 6. Dezember hatte in Worcester der Afrikanerkongreß stattgefunden, 3000 Abgeordnete vertraten dort 120.000 Afrikaner. Vielleicht wäre der Aufstand proklamirt worden, wenn nicht auf den die Stadt umgebenden Bergen 8000 Mann Truppen mit Artillerie aufgestellt gewesen wären. So begnügte man sich damit, heftige Reden zu halten und drei Resolutionen zu beschließen. Die erste verlangt Beendigung des Krieges, beklagt die Verwüstung des Landes und die drohende Ausrottung einer der beiden weißen Rassen und erklärt, daß dieses Verfahren und die Behandlung, der die Frauen und Kinder ausgesetzt seien, ein Gefühl der Erbitterung erzeuge, das sich auf die Nachkommen vererben werde; nur die Unabhängigkeit der Republiken könne den Frieden in Südafrika sichern. Die zweite Resolution tadelt die Politik und die Haltung des Gouverneurs der Kapkolonie, Sir Alfred Milner, und beansprucht für die Kolonie das Recht, sich selbst ohne die Aufsicht eines königlichen Gouverneurs zu regieren. Die dritte besagt, daß eine Abordnung die Anschauungen des Kongresses der Reichsregierung darlegen solle.

Urtheile über die Kriegsführung.

Der Krieg würde weit rascher verlaufen, eine Unmasse von Opfern an Menschenleben, Geld und Gut würde beiden Theilen erspart worden sein, die schreckliche Verwüstung des Landes wäre vermieden worden, wenn das Militär entweder der Engländer oder der Buren auf der Höhe der heutigen Armeen des europäischen Festlandes stünde. Daß es den Engländern in einem Kriege, wo ihnen nicht Wilde oder asiatische Barbaren gegenüberständen, schlecht ergehen würde, hatten ihnen Sachverständige seit Jahren gesagt, unter anderem Albin Geyer, der Verfasser der vortrefflichen Abhandlung „Europa und England“ im 43. Heft des Jahrganges 1893 der „Grenzboten“. Abgesehen von ihrer nicht auf der allgemeinen Dienstpflicht ruhenden mangelhaften Heeresverfassung haben sie es auch in ihrem Hochmuth versäumt, sich für ihre Taktik und Strategie die Lehren der großen Kriege der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, namentlich der Kriege von 1866 und 1870, zunutze zu machen. So war zum Beispiel ihr Aufklärungsdienst erbärmlich, sie waren nie über die Stellung und die Bewegungen des Feindes rechtzeitig unterrichtet, und jedem mörderischen Feuer ging ihre Infanterie in geschlossenen Linien entgegen, während man heut überall sonst in der zivilisirten Welt weiß, daß bei der Tragweite der heutigen Geschosse die aufgelöste Schützenkette allein zulässig ist.

Die Buren sind anderseits freilich, ein jeder Mann für sich an seinem Platze, unübertrefflich gute Soldaten. Dazu haben sie sich in ihren früheren Kämpfen jene Praxis angeeignet, die sie den Engländern so unendlich überlegen machte: sie nützen die Terrainvortheile aus, die ihr Land so reichlich darbietet; sie meiden die offene Feldschlacht; sie schießen nie unnöthigerweise und nie zu früh: lassen den Feind so nahe kommen, daß sie der Wirkung ihrer Geschosse gewiß sein können; sie schießen nicht ohne Deckung und sie machen es nicht wie die Engländer, die von einer Deckung zur anderen springen, dabei der feindlichen Kugel ihre ganze Figur als Zielscheibe darbietend, sondern sie kriechen auf dem Bauche von einer Deckung

Daraus erklärt es Müller, daß selbst ein so tüchtiger und die Offensive liebender General wie Joubert weder einen entscheidenden Sturm auf Ladysmith gewagt noch einen der gefährlichen Rückzüge Buller's dazu benutzt hat, dessen Heer zu vernichten und damit dem Kriege in seinen ersten Stadien ein Ende zu machen. Er durfte so etwas nicht wagen, weil andere Kommandanten im Kriegsrath dagegen waren, und weil, wenn er es auf eigene Faust unternahm, große Truppentheile ihn wahrscheinlich im Stich gelassen hätten. Daß es den Buren an Beweglichkeit nicht fehlt, beweisen ja ihre blitzschnellen Bewegungen im Guerillakriege, beweist besonders Christian De Wet, der seit einem Jahre überall



Abendlicher Gebet-Gesang der Buren im Lager.

zur anderen. Und der Bur versteht sein Pferd zu benützen. Er kämpft nicht etwa zu Pferde, sondern er gebraucht das Pferd nur, um rasch von einer Stelle zur anderen zu gelangen. Sein Pony ist abgerichtet, ihn an der Stelle, wo er ihn stehen läßt, zu erwarten, und auf seinen Ruf zu kommen, ja selbst die steilsten Felsen hinauf zu klettern; das Wesen dieser Benützung nicht erfassend, haben die Engländer vergebens versucht, ihm die „berittene Infanterie“ nachzumachen. Aber für größere Operationen fehlt den Buren die militärische Disziplin. Der Einzelne ist dem Befehlshaber, der Unterbefehlshaber dem Oberkommandanten keinen Gehorsam schuldig. Wenn ihm die Anordnung des Vorgesetzten nicht paßt, so thut er nicht mit, oder er geht gar nach Hause in seine Farm, was in unzähligen Fällen geschehen ist.

und nirgends ist. Aber im Anfang überwog der ruhige, konservative Bauernsinn und der Gedanke, daß man doch eigentlich nur seinen heimischen Boden zu vertheidigen und darüber hinaus nichts zu thun habe; daß im Kriege der Angriff die beste und manchmal die einzig mögliche Vertheidigung sei, daran dachten sie nicht. Auch fürchten sie nicht den Tod, aber das Leben ungenöthigt der Gefahr auszusetzen, halten sie für Unrecht; „wat hat de Kerel da rum te lopen,“ sagten sie, als der kühne Villebois-Mareuil bei einem Wagnis den Tod gefunden hatte. Und das unerschütterliche kalvinische Gottvertrauen läßt zwar den Buren nicht wanken und gibt ihm Kraft, wider alle Uebermacht auszuhalten, aber da es eben alles von Gott erwartet, so schwächt es doch auch mitunter die Initiative und läßt die Mittel versäumen,

die Menschenflugheit darbietet. Endlich standen ihre Führer nicht ganz auf der Höhe der heutigen Kriegswissenschaft, was sich unter anderem darin zeigte, daß sie bei der Zerstörung von Bahnverbindungen der Feinde weder planvoll noch gründlich genug verfahren. Aus dem allen scheint zu folgen, daß Bürgermilizen für den Ernstfall nicht genügen, und daß, wie die Dinge nun einmal heute liegen, jedes Volk, dem seine Selbständigkeit lieb ist, sich ein von militärisch durchgebildeten Offizieren ausgebildetes und geführtes Volksheer nach dem Muster des preussischen schaffen müsse. „Hätten die beiden Republiken,“ schreibt Müller, „nur über 25.000 Mann richtig ausgebildeter, disziplinierter und gut geführter Truppen verfügt: kein Buller und kein Roberts hätten bei der kläglichen Beschaffenheit der englischen Truppen dem siegreichen Vordringen der Buren Einhalt thun können.“ Der persönlichen Tapferkeit der Engländer läßt übrigens Müller volle Gerechtigkeit widerfahren und lobt besonders die heldenmüthige Aufopferung, mit der Soldaten und Zivilisten in den drei belagerten Städten unter furchtbaren Leiden so lange ausgehalten haben.

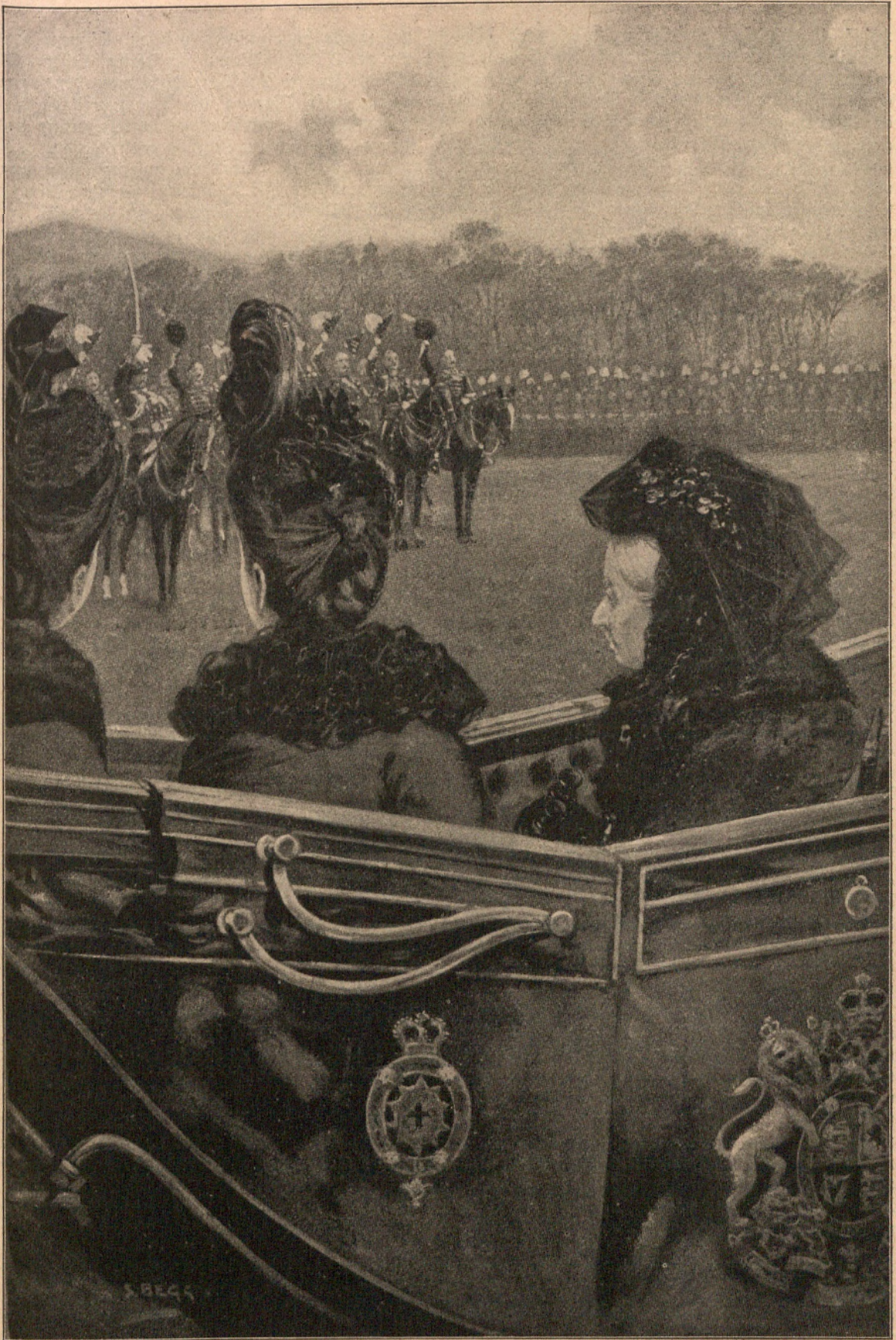
Die erstaunlichen Erfolge der Buren in der Guerilla sind einer Reorganisation zuzuschreiben, die aus der Erkenntnis der Mängel ihrer Militärverfassung entsprungen ist, und über die Müller in der Fortsetzung seines Buches berichtet. Anfang Oktober 1900 wurde eine neue Kriegsordnung erlassen, nach welcher jedes Kommando aus höchstens 500 und wenigstens 300 Mann bestehen, in drei Veldkornetschaften und 20 bis 30 Korporalschaften eingetheilt sein soll. An die Stelle der Wahl der Offiziere durch die Mannschaften tritt die Ernennung durch die Vorgesetzten. Die Kommandanten ernimmt der Generalkommandant, die Veldkornets der Kommandant, die Korporale der Veldkornet. Der Kriegsrath in der hergebrachten Form, der eine Art polnischer Reichstag war, ist abgeschafft; jeder Untergebene ist seinem Vorgesetzten zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Es steht nicht mehr im Belieben des Einzelnen, ob er zum Dienst erscheinen will oder nicht, sondern er wird zum Dienste befohlen. Die Offiziere erhalten Abzeichen, die Untergebenen sind verpflichtet, die Vorgesetzten militärisch zu grüßen. Für die Gemeinen wird Sold, für Offiziere und Korporale Gehalt eingeführt (der Gemeine erhält 5, der Höchstkommandirende 20 Schilling den Tag). Wer an einem Tage nicht zum Appell erscheint, verliert seinen Sold. Der Neutralitätsseid wird als erzwungen für ungiltig erklärt. Weiber und Kinder werden nicht mehr im Lager geduldet. Jedem General wird freigestellt, für seine Kolonne besondere Verbesserungen anzuordnen. Dieses hat namentlich De Wet gethan. Er hat unter anderem die schwerfälligen Ochsenwagen abgeschafft und statt dessen mit vier Paar Mauleseln bespannte zweirädrige Karren eingeführt. Die Hauptführer Louis Botha, Steijn, Schalk Burgher, De Wet und Delarey haben

sich jüngere Offiziere wie Christian Botha und Herzog zu tüchtigen Gehilfen erzogen. Sie verfügten Ende 1900 über 18.000 Mann.

Parlamentsverhandlungen, Neuwahlen und sonstige Begebenheiten.

In der Thronrede, mit der am 30. Januar 1900 das Parlament eröffnet wurde, lassen die Minister die Königin unter anderem sagen: „Ich bin tief betrübt, daß so viele kostbare Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Aber ich habe mit Stolz und herzlichster Befriedigung den Eifer und die Loyalität gesehen, mit der meine Unterthanen in allen Theilen des Reiches hervortraten, um sich an der Vertheidigung der Reichsinteressen zu betheiligen.“ Die Königin erwähnt sodann den Samoavertrag, spricht die Hoffnung aus, daß die Errichtung des australischen Bundes für das ganze Reich vortheilhaft sein werde, lobt den Muth und die soldatischen Eigenschaften (na, na!) der Kolonialtruppen, die in Afrika gekämpft haben, gedenkt der zahlreichen, von eingeborenen indischen Fürsten eingegangenen Hilfsangebote, beklagt die in Indien wüthende Hungersnoth und Pest und fährt dann fort: „Ich bin überzeugt, daß das Parlament vor keiner Ausgabe zurückschrecken wird, die erforderlich ist, um unsere Vertheidigungsmittel auf gleiche Höhe mit den Pflichten zu bringen, die der Besitz eines so großen Reiches auferlegt. Zu einer Zeit, wo mehrere andere Nationen ihre Flottenrüstungen unter steigenden Anstrengungen und Opfern vervollkommen, wird die Gewissenhaftigkeit, mit der das Parlament bisher für die Küstenvertheidigung und die Schlagfertigkeit der Flotte Sorge getragen hat, gewiß nicht nachlassen.“

In der Adressdebatte bekam die Regierung bitterböse Dinge zu hören. Campbell-Bannerman sagte unter anderem, die harte Prüfung, der das englische Volk unterworfen worden sei, habe man noch erschwert durch die Art, wie die Kriegsnachrichten mitgetheilt würden. Wenn es die parlamentarische Höflichkeit nicht verböte, würde er gesagt haben, wie die Regierung dem Volke bald die Wahrheit vorenthalte, bald es geradezu belüge. Für die Fortsetzung und Beendigung des Krieges die Mittel zu bewilligen, sei die Opposition bereit, aber die Geschäftsführung der Regierung müsse man verurtheilen. Diese habe nicht allein Transvaal, sondern auch die Kapburen schlecht behandelt, und während sie einen Krieg heraufbeschworen habe, habe sie die für einen solchen erforderlichen Mittel zu beschaffen versäumt. Wenn man einwenden wolle, jetzt, in diesem Augenblicke der Gefahr, sei nicht die Zeit, Kritik zu üben, so sage er gerade im Gegentheil, eben jetzt sei der richtige Augenblick für eine wirksame Kritik. Die Regierung habe sich sowohl in ihrer Diplomatie vor dem Kriege wie in der Schätzung ihrer eigenen und der burenischen Streitkräfte vollständig verrechnet; die Nachrichtenabtheilung des Kriegsministeriums



Königin Viktoria's Besuch in Irland. Truppen-Revue der Dubliner Garnison.

scheine elend bedient gewesen zu sein. Lord Fitzmaurice beantragt, in der Adresse das Bedauern des Hauses auszudrücken über den Mangel an Sachkenntnis, Voraussicht und Urtheilskraft, den das Kabinet an den Tag gelegt habe. Im Oberhause äußerte Lord Kimberley: „Ich bestreite, daß die Pflicht gebiete, sich jetzt der Kritik zu enthalten. Wir sind verpflichtet, der Regierung keine Verlegenheiten zu bereiten, aber durch den Hinweis auf die begangenen Fehler wird die Leistungsfähigkeit der Regierung nicht verringert.“ Im Unterhause suchte Balfour, der erste Lord des Schatzes, im Oberhause Lord Salisbury die Regierung zu entschuldigen. Diesem entgegnete Lord Rosebery, er sei erstaunt darüber, daß der Premierminister nur kleine Unvollkommenheiten zuzugeben scheine, während es sich darum handle, daß eine Armee von 120.000 Mann gegen die unbedeutenden Burenkräfte nichts ausrichte; auch sei das Ausland nicht so freundlich gesinnt, wie die Regierung es darstelle, Englands Lage sei gefährlich. Am folgenden Tage bezeichnete im Unterhause Buxton den Versuch der Regierung, Jameson weiß zu waschen, als die Hauptursache des Krieges, und beschuldigte ziemlich unerblickt Chamberlain der Mitwissenschaft mit Jameson's Friedensbruch. Wollte man die Buren besiegen, so müsse man die Hälfte dieses Volkes umbringen, was den Engländern sehr theuer zu stehen kommen werde. Sollten dies die Früchte des neumodischen Imperialismus sein, sollte er darin bestehen, daß man die Rechte anderer Völker nicht achte, wenn sie klein sind, so sei es Pflicht jedes ehrlichen Bürgers, diesen neuen Geist zu vertilgen. Am 1. Februar sagte Dilke: „Dieser Krieg wird noch schwachvoller geführt als der Krimkrieg.“ Sir William Harcourt bemerkt am 5. Februar, das große Unglück sei, daß man die Leute befragt habe, die in derselben Gegend wohnten wie die Urheber des Jameson-Einfalls. Chamberlain unterbricht ihn mit der Frage, ob er meine, daß das Kolonialamt diese Leute und sonst keine befragt habe. Harcourt antwortet, er sage nur, es seien nicht die besten Beurtheiler Afrikas gewesen, die man befragt habe.

Chamberlain antwortete auf die weiteren Ausführungen Harcourt's, dieser habe zu beweisen gesucht, daß die Regierung unmoralisch gehandelt habe. Sie habe aber nur ihre Pflicht erfüllt, indem sie die Entscheidung einer großen Streitfrage herbeigeführt habe, die alt sei; der Jamesonzug und was darauf folge, seien nur Wirkungen eines längst bestehenden unerträglichen Zustandes gewesen. Es handle sich darum, ob die Engländer oder die Holländer in Südafrika herrschen sollen. Die Herrschaft der Buren bedeute Unterdrückung aller anderen Rassen, die Oberhoheit der Briten bedeute Gleichberechtigung der Weißen aller Rassen und Gerechtigkeit für die Schwarzen. Deshalb sei der Krieg gerecht und nothwendig. Fehler seien bei seiner Führung begangen worden, aber

das werde nun anders werden, binnen kurzem würden 200.000 Mann in Afrika stehen. Der Grundfehler sei gewesen, daß man den Burenstaaten nach Majuba die Unabhängigkeit zugestanden habe. Soweit es an der Regierung liege, sollte es kein zweites Majuba mehr geben. „Nie wieder sollen die Buren mit unserer Zustimmung, wenn wir die Macht haben, imstande sein, im Herzen Südafrikas eine Burg zu errichten, von der Mißvergnügen und Rassenfeindschaft ausgehen.“ (Daß die Burenstaaten unbedingt der englischen Kolonie einverleibt werden müßten, erklärte Chamberlain auch außerhalb des Parlaments bei mehreren Gelegenheiten, namentlich im Mai in einer zu Birmingham gehaltenen Rede.) Was die Iren sagten, bemerkte er auf deren Zurufe, habe nichts zu bedeuten.

Die Iren drückten sich natürlich noch viel schärfer aus als die Engländer der Opposition, und beantragten, das Parlament solle die Beendigung des Krieges auf der Grundlage der Anerkennung der Unabhängigkeit der Burenstaaten beschließen. Dieser Antrag wurde freilich mit 368 gegen 66 Stimmen abgelehnt, aber der Ire Healy sprach dann noch: „Edle Engländer, wie wünsche ich euch Glück! Ihr fangt an, die Holländer mit derselben Politik zu traktieren, die ihr in Irland probirt habt. Wohl bekomme's euch! Darf ich euch ein wenig prophezeien? Bisher haben jene nur den Majubatag gefeiert. Ihr habt sie mit Festtagen überschüttet, ihr schenktet ihnen Buller's Tag, Symon's Tag, Methuen's Tag, Gatacre's Tag. Ihr zuckt die Achseln, ihr Scheinheiligen! Einige von euch bilden sich ein, der Allmächtige habe euch das Weltall in ewige Erbpacht gegeben, und wenn ihr eine Niederlage erleidet, so thut ihr, wie wenn euer vermeintlicher Kontrahent droben den Vertrag gebrochen hätte. Damit lästert und leugnet ihr den Allmächtigen, den ihr dazu gebrauchen wollt, die Golddividende von 15 auf 45 Prozent zu erhöhen. Welch herrliches Schauspiel für uns Iren: ein großes protestantisches Volk, das ein kleines protestantisches Volk um des Goldes willen abschlachtet, während euere Missionäre den Schwarzen predigen: seht, wie wir Christen einander lieben! Aber paßt auf: der Gott, den ihr schon für einen Engländer haltet, wird nicht immer englisch bleiben. Ich gebe den Seeräubern von ehemals den Vorzug vor euch Engländern. Der Freibeuter Smith von Bristol hißte die schwarze Flagge, hatte keine Bibel an Bord und wußte nichts von den zehn Geboten. Ihr Engländer aber macht aus dem Christenthum ein Syndikat, und aus den zwölf Aposteln eine Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht, die euch Geld verdienen soll. Ihr Engländer dichtet auch diesmal wieder eueren Segnern alles Häßliche an, um sie mit gutem Gewissen abschlachten zu können — wir Iren kennen diese euerer Praxis.“ Die Engländer haben ein hartes Fell, und dergleichen läuft an ihnen herunter wie Regentropfen an einem Gummimantel. Die Bill,



Das Attentat auf den Prinzen von Wales im Nordbahnhof zu Brüssel.

betreffend den Nachtragsetat von 13,000.000 Pfund, wurde am 16. Februar angenommen, ebenso später ein Gesetz, das die Aushebung und Verwendung der Volunteers erleichtern soll, und eine Erhöhung der Zölle auf Thee, Tabak und Spirituosen zur Deckung der Kriegskosten.

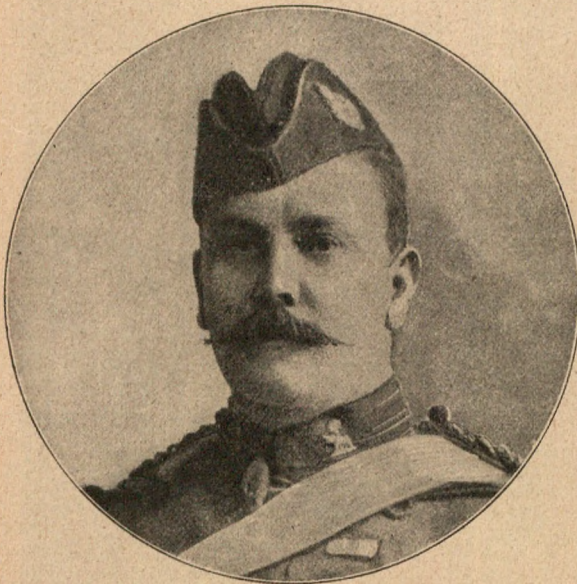
Im Mai und Juni wird die Vorlage über den australischen Bund beraten und genehmigt. Die australischen Staaten bekommen dadurch einen gemeinsamen Tarif und gemeinsame Landesverthei-

gung. Außerdem wird beschlossen, daß je ein Vertreter von Kanada, Australien, Südafrika und Indien in den Geheimen Rath eintreten, und daß diese Koloniallords, welche die lebenslängliche Peerschaft erhalten, die oberste Appellinstanz für die Kolonien bilden sollen.

Am 3. April begab sich die Königin mit zweien ihrer Töchter nach Irland, dessen Boden sie seit 39 Jahren nicht mehr betreten hatte. Als Zweck wurde angegeben: ein Besuch bei ihrem

Lieblingssohne, dem Herzog von Connaught, der an des Feldmarschalls Robert's Stelle Oberbefehlshaber in Dublin geworden war, und eine Aufmerksamkeit für die Iren zum Dank dafür, daß ihre Regimenter ihre traditionelle Tapferkeit auch diesmal in Afrika bewährt hätten. Die Feinde Englands hatten vergebens darauf spekulirt, daß die irischen Regimenter zu den Buren übergehen würden. Je nach der Parteistellung berichteten die Blätter über die Aufnahme des königlichen Besuches: Victoria sei glänzend und herzlich, sie sei mit achtungsvoller Zurückhaltung, sie sei kühl empfangen worden. Sehr gut sagte die „Irish Times“: „Die glänzende Kundgebung ergebener Unterthanentreue, mit der alle Klassen die Königin begrüßt haben, bedeutet

mus zusammen den Kopf verdreht hatten. Er hatte geäußert, der Prinz von Wales habe den Tod verdient, weil er Chamberlain's schlechte Politik nicht hindere, seine Kameraden von der Avantgarde — so nannte sich ein Dummerjungenverein, dem er angehörte — hatten gehöhnt, er sei nur mit dem Maule tapfer, dadurch geärgert, hatte er geschworen, er werde den Prinzen erschießen, hatte sich einen schlechten Revolver gekauft und war dann durch die Aufsicht der Kameraden gedrängt worden, den verbrecherischen Versuch zu unternehmen, dem er sich im letzten Augenblick noch zu entziehen suchte. Die Richter behandelten Sipido als einen erziehungsbedürftigen Knaben und sprachen ihn von der Anklage des Mordversuches frei; in England wurde



Der Gouverneur von Kumasi Sir Frederik Hodgson und Gemahlin.

weder den Triumph noch die Niederlage der einen oder anderen Klasse der Bevölkerung. Sie ändert bei keinem von uns die Ueberzeugung hinsichtlich der Frage, ob Home Rule oder das Gegentheil wünschenswerth sei.“ Und ein anderes Blatt schrieb: „Dieser Empfang war ein Triumph nicht über die Leiber, sondern über die Herzen eines zart empfindenden und hochsinnigen Volkes, ein Triumph, auf den Sieger und Besiegte mit gleicher Freude und gleichem Stolz zurückblicken können.“ Am 26. kehrte die Königin nach Windsor zurück. Gleichzeitig mit der Königin war der Prinz von Wales abgereist, der sich über Belgien nach Kopenhagen begab. Als er am 4. in Brüssel nach kurzem Verweilen auf dem Bahnsteige seinen Wagen wieder bestiegen hatte und dieser sich langsam in Bewegung setzte, schwang sich ein Bursche aufs Trittbrett und feuerte zwei Schüsse hinein, ohne jemand zu treffen. Es war der 16jährige Klempnerlehrling Sipido, dem Burenbegeisterung und Anarchis-

das sehr übel genommen. Daß Anfang April die Buren eine Gesandtschaft nach Europa und Amerika schickten, welche die Regierungen bearbeiten sollte, bereitete den Engländern, die ja wissen, was in solchen Fällen bei den Regierungen Brauch ist, wenig Schmerzen. Die aus den Herren Fischer, Wolmarans und Wessels bestehende Gesandtschaft reiste über Neapel und Mailand und kam am Ostersonntage (15. April) im Haag an. Anfang Mai begab sie sich nach Washington und bereiste die nordamerikanischen Großstädte, überall mit einer Begeisterung empfangen, die theils der aufrichtigen Sympathie des Volkes entsprang, theils von der demokratischen Opposition geschürt und organisiert wurde. Aber eben dadurch sah sich die der Republikanerpartei angehörige Regierung, der an einem freundschaftlichen Verhältnis zu England gelegen war, zu einer kühl abweisenden Haltung genöthigt. Der Staatssekretär Hay erklärte den Abgesandten, daß die Regierung über die Beob-



Die Belagerung von Kumasi. Der Gouverneur Sir Frederik Hodgson leitet die Vertheidigung des Forts.
 (Nach einer an Ort und Stelle aufgenommenen Skizze).

achtung strenger Neutralität hinaus nichts thun könne, und der Senat verweigerte ihnen sogar den Zutritt zu seinem Sitzungssaal. Aehnlich erging es ihnen im Juli in Paris.

Im April kriegten die Engländer zu dem großen afrikanischen Kriege noch einen kleinen auf den Hals. Der Gouverneur der Goldküste, Sir Frederik Hodgson, hatte sich im März mit seiner Frau und Begleitung auf eine Inspektionsreise ins Innere begeben. Deren eigentlicher Zweck soll gewesen sein, sich in Kumasi, der 300 Kilometer von der Küste gelegenen letzten englischen Station, des goldenen Stuhles zu bemächtigen, einer großen Goldstufe, die den Aschanti als Symbol der Herrschaft gilt, um sie von ihrer Anhänglichkeit an ihren letzten von den Engländern abgesetzten König abzubringen. Das erfuhren die Neger, und da sie ohnehin erbittert waren durch die Hüttensteuer und die ihnen auferlegten Frohnarbeiten, wofür die Einladung ihrer dekollirten schwarzen Damen zu den Gouverneurbällen als keine hinreichende Entschädigung empfunden wurde, so brach ein furchtbarer Aufstand aus. Hodgson wurde in Kumasi von 50.000 Aschanti eingeschlossen und hart bedrängt. Es gelang ihm, sich zu der ihm zu Hilfe geschickten, vom Oberst Willcocks geführten Entsatztruppe durchzuschlagen, und endlich befreite diese nach einem sehr beschwerlichen Marsch, der unglücklicherweise in die Regenzeit fiel, auch die 100 Mann, die Hodgson zur Behauptung des Forts von Kumasi zurückgelassen hatte; am 15. Juli langte Willcocks in Kumasi an. Die Eingeschlossenen hatten es zuletzt kaum ausgehalten vor dem Gestank, der von den ringsum liegenden Leichen erschossener Neger ausging. An den Engländern, die in die Gewalt der Aschanti gefallen waren, hatten diese die entsetzlichsten Grausamkeiten verübt. — Der Sudan galt zwar als pazifizirt, doch bereiteten der fanatische Orden der Senussi, dessen Thätigkeit allerdings mehr westwärts gegen die französische Herrschaft gerichtet ist, und hie und da ein kleiner Prädent, der in benachbarten Gebieten die Rolle des Mahdi wieder aufzunehmen versuchte, einige Sorgen. Die Engländer versichern, daß sich das Volk in Aegypten und im Sudan unter ihrer Verwaltung wohler fühle, als es sich jemals unter unabhängigen einheimischen Herrschern gefühlt habe, und der jetzige

Khedive Abbas II. soll das bei seinem Besuch in London zugestanden haben; am 22. Juni wurde er von der Königin empfangen. — In Indien wütheten auch in diesem Jahre Hungersnoth, Cholera und Pest; auf nahezu eine Million belief sich die Zahl der Eingebornen, die auf Staatskosten ernährt werden mußten. — Die Thronrede, mit der am 8. August das Parlament geschlossen wurde, erwähnte die Bedrohung der europäischen Gefandtschaften in Peking.

Die heftigen Angriffe der Opposition veranlaßten die Minister, der Königin die Auflösung des Parlaments anzurathen, die am 17. September erfolgte. Sie konnten das ohne Besorgnis thun, weil die Opposition zersplittert und zerfahren war, die starke Mehrheit seit den letzten Wahlen vor fünf Jahren nur wenig Sitze verloren hatte, und die Volkstimmung für Behauptung der im Kriege errungenen Vortheile und für energische Durchführung des Begonnenen war. Lord Salisbury richtete einen Aufruf an die Wähler, worin er sagt, die Reichsgewalt über die südafrikanischen Republiken, auf die man früher unklugerweise verzichtet habe, müsse auf dauerhafter Grundlage wieder hergestellt werden. Wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen sei, würden diese Gebiete in den Genuß aller Rechte und Freiheiten treten, deren sich die Bürger der englischen Kolonien erfreuten; wie lange das dauern werde, das hänge



Abbas Hilmi, Khedive von Aegypten.

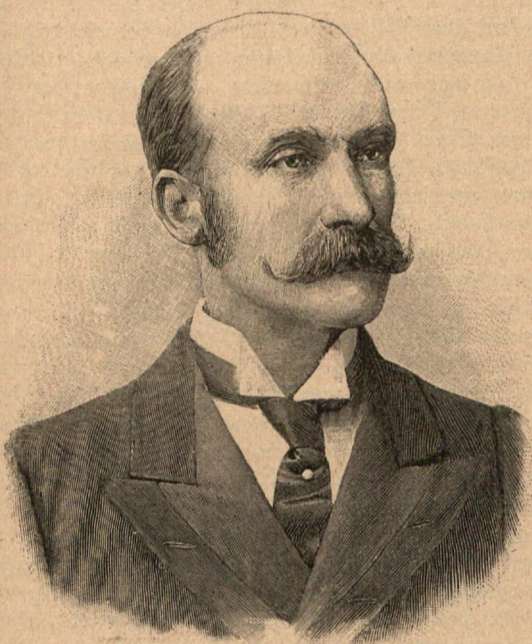
von der Haltung der Buren ab. Diese aber würden sich nur zur Unterwerfung verstehen, wenn sie sähen, daß die Regierung über eine Mehrheit verfüge, deren Stärke ihnen jede Hoffnung auf eine Aenderung der Politik nehme. Lord Rosebery, der frühere Führer der Liberalen, nannte in einem Schreiben an einen Kandidaten die gegenwärtige Regierung die schwächste, deren er sich erinnern könne; die liberalen Abgeordneten sollten eine Politik anstreben, welche im Innern die Forderungen des Liberalismus erfüllt, nach außen hin zwar die Würde und Macht des Reiches wahrte, aber es vermeiden, sich alle auswärtigen Mächte zu Feinden zu machen, in der südafrikanischen Angelegenheit zwar eine Lösung anstrebt, wie sie die gebrachten Opfer fordern, vor allem aber den Zweck verfolgt, in Südafrika Vertrauen zur Regierung, Wohlfahrt und Frieden zu schaffen. Die Regierung hatte sich im aufgelösten Parlament einer stärkeren Mehrheit — 152 — als irgend



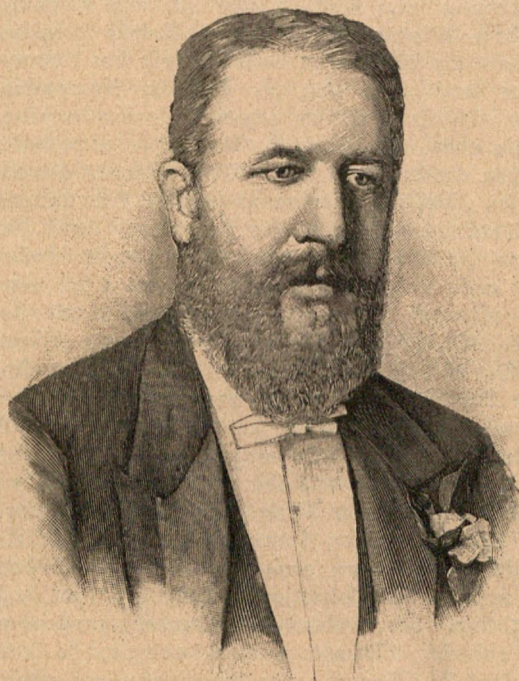
M. Joé Chamberlain.



Lord Salisbury.



Lord Landsdowne.



Herzog von Devonshire.

Die verantwortlichen englischen Minister.

ein früheres Kabinet zu erfreuen, und die Anfang Oktober vollzogenen Wahlen brachten keine wesentliche Veränderung. Namentlich die großen Industriezentren und Handelsstädte wählten alle regierungsfreundlich; einige ausgesprochene Burenfreunde verloren ihre Sitze, und wo Liberale glatt gewählt wurden, hatten sie es dem Umstande zu verdanken, daß sie sich für die imperialistische Politik erklärten.

Das Kabinet sah sich also nicht gezwungen, zurückzutreten, aber es erachtete es für nützlich, sich ein wenig zu verjüngen. Der 70jährige Salisbury behielt zwar die Premierschaft, gab aber das strapazöse Auswärtige an den bisherigen Kriegsminister Lord Landsdowne ab, der erst 55 Jahr alt war, und übernahm das Amt des Großsiegelbewahrers, das keinerlei Arbeitspflichten auferlegt. Der Minister des Innern, Ridley, wurde durch den bisherigen Handelsminister Ritchie ersetzt, Hicksbeach wurde an Goschen's Stelle Schatzkanzler, Brodrick Kriegsminister und Lord Selborne Marineminister. Daß Salisbury's Neffe Arthur Balfour erster Lord des Schatzes ward und noch ein halbes Duzend von des Premiers Sippe in den Ministerien untergebracht wurde, erregte einige Heiterkeit in der Welt der bösen Zungen. Bei der Einführung des neuen Lordmayors am 9. November hielt Salisbury eine Rede, die sich gegen den Pessimismus wandte. Schon der Transport von nahe an 300.000 Mann auf eine Entfernung von 6000 Meilen sei eine Leistung, die dem Kriegsministerium zum Ruhme gereiche, und als ein höchst werthvoller Erfolg des Krieges sei es anzusehen, daß die herzliche Sympathie, deren sich England in seinen Kolonien erfreue, an die aber das Ausland bis dahin nicht habe glauben wollen, nun aller Welt offenbar geworden sei. Besonders erfreulich sei die Freundschaft der Vereinigten Staaten, die sich wieder durch die Abweisung der Burengesandtschaft bewährt habe, und auch mit den übrigen Mächten stehe man gut, wie der Chinavertrag mit Deutschland beweise. Campbell-Bannerman blieb Führer der Opposition, weil, wie er gelegentlich bemerkte, Lord Rosebery, der geborene Führer, in dem Schmollwinkel verharren wolle, in den er sich vor vier Jahren zurückgezogen habe. Kurz vor der Umformung des Kabinetts, am 29. Oktober, hatte der Londoner Mob einen großen Festtag; eine Abtheilung von Freiwilligen, die afrikamüde heimkehrte, zog am genannten Tage in London ein, und da der Patriotismus nicht gestattete, daß die Polizei den unbändigen Freudenbezeugungen der roheren Elemente Fesseln anlegte, so entwickelten sich Szenen, von denen weniger enthusiastische Personen behaupten, sie seien höchst ärgerlich gewesen. Auf die Ausschmückung der Stadt sind, wenn die Berichtersteller nicht gelogen haben, etwa 50.000 Pfund verwandt worden.

Am 6. Dezember wurde eine außerordentliche Parlamentssitzung mit einer Thronrede eröffnet.

In der Adressdebatte äußerte Chamberlain unter anderem: Was das Niederbrennen der Farmen betreffe, so seien die Generale mit der Regierung darin einig, daß diese Bestrafungsart so sparsam wie möglich angewendet werden solle, und bedauerten, daß sie überhaupt nothwendig sei. Die gegen die Soldaten erhobenen Beschuldigungen seien erlogen; man habe ihnen ungesegliche Gewaltthaten nicht nachgewiesen. Hoffentlich werde man demnächst in den Burenländern eine Zivilverwaltung einrichten können; Sir Alfred Milner werde zum Gouverneur ernannt werden, dabei aber Oberkommissär bleiben. Die Regierung wünsche eine Gemeindeverwaltung einzuführen, deren Wirkung die Selbstregierung sein werde, so daß der neuen Kolonie im Vergleich zu ihrem früheren Zustande nichts fehlen werde als die politische Unabhängigkeit. Rachegefühle hege die Regierung nicht; die Buren seien tapfere Feinde und würden als solche behandelt werden. Am 10. Dezember, wo zuletzt die Adresse in der von der Regierung gewünschten Form angenommen wurde, erlitt Chamberlain einen scharfen persönlichen Angriff. Lloyd George beantragte, in die Adresse die Forderung aufzunehmen, daß Minister bei Firmen, die sich um Lieferungen für die Regierung bewerben, weder mittelbar noch unmittelbar betheiligt sein dürften. Der Antragsteller und andere radikale Redner sprachen von dem Aktienbesitz Chamberlain's und seiner Verwandten und dem Interesse dieser Herren an gewissen Armeelieferungen, bemerkten jedoch, daß sie den Vorwurf der Bestechung nicht erheben wollten. Chamberlain antwortete sehr erregt; er behauptete, seine Gegner hätten sich zur Vernichtung seiner Ehre verschworen und die Sache so fein eingefädelt, daß er sie nicht belangen könne, aber seine ebenfalls angegriffenen Verwandten würden vor Gericht klagen. Sein Sohn Austen Chamberlain erklärte, er habe als Jivillord der Admiralität mit der Entscheidung über Lieferungen nichts zu thun gehabt. Der Antrag George wurde mit 269 gegen 127 Stimmen abgelehnt. In der Presse ist diese Angelegenheit sehr verschieden beurtheilt und ist auch über die stürmischen Parlamentssitzen, in denen sie verhandelt wurde, sehr verschieden berichtet worden. Die Uebelwollenden behaupten, Chamberlain habe zerschmettert dageessen, die Wohlwollenden, er habe seine Gegner glänzend besiegt. Jene gehen so weit anzudeuten, Chamberlain habe den ganzen verruchten Krieg nur im Interesse seines eigenen Geldbentels und seiner Sippe angezettelt. Diese befehlen uns, Chamberlain sei ein sehr reicher Mann und ein Geschäftsmann, und gleich anderen reichen Geschäftsleuten, die Regierungsämter übernehmen, bringe er Opfer an Privateinkommen und Geschäftsgewinn, die durch ein Ministergehalt durchaus nicht ausgeglichen würden. Uebrigens sei in der vornehmen englischen Welt die Betheiligung an industriellen Unternehmungen durch Aktien

besitz so allgemein, daß, wollte man alle Betheiligten von Regierungsämtern ausschließen, überhaupt keine Minister mehr zu finden sein würden. Die von der Regierung geforderten Nachtragskredite wurden natürlich bewilligt.

Für den aus Afrika zurückkehrenden Lord Roberts bereitete man, wie sich's gebührt, groß-

artige Huldigungen vor, aber von der anfänglichen Idee, in seiner Gegenwart einen feierlichen Gottesdienst in der St. Pauls-Kathedrale zu veranstalten, kam man doch zurück; man beschloß, damit zu warten, bis die Buren wirklich unterworfen sein würden; einstweilen könne ja, wer sich gedrungen fühle, Gott zu danken, das privatim und im Stillen thun.

Spanien und Portugal.

Der spanische Volkscharakter. • Das Jahr 1900.

Der spanische Volkscharakter.

Die Spanier sind das Volk des Cid und des Don Quixote. In langen Kämpfen, die bis ins 15. Jahrhundert dauerten, haben sie sich von der maurischen Fremdherrschaft befreien müssen und sind dadurch ein ritterliches Volk geworden, oder vielmehr das ritterliche Volk geblieben, das sowohl ihre iberischen wie ihre germanischen Stammväter gewesen waren; den innersten Kern dieses Rittersinns hat Herders Dichterblick erfasst und im Eiede dargestellt. Und weil die Ritterlichkeit ins Industriezeitalter nicht mehr paßt, erscheinen sie heute als Ritter von der traurigen Gestalt. Dieses auch darum, weil sie heroische Geberden annehmen in Lagen, wo dazu nicht die mindeste Veranlassung ist. Dazu trägt nun wieder ihr romanischer Formeninn bei, das Haften am schönen Schein, das sie einerseits, gleich den Italienern, zu geborenen Künstlern macht, anderseits aber in Verbindung mit dem Rittersinn zu den großen Geberden, dem lächerlichen Hochmuth, dem Glänzen mit erhabenen Würden, hohen Rangstufen, prachtvollen Titeln und Dekorationen führt; es wimmelt bei ihnen von Herzögen, deren jeder ein halbes oder ganzes Duzend schönklingende Namen führt, ihr Betteladel zählt bei einer Bevölkerung von 17 $\frac{1}{2}$ Millionen hunderttausende von *Hidalgos*, und auch der Bettler unadeliger Abstammung nimmt bei Empfangnahme eines Almosens die Haltung eines gnadenerweisenden Königs an. Durch und durch romantisch und feudal, stellt sich der Spanier Gott, oder — da Gott für eine romanische Phantasie nicht körperlich und anschaulich genug ist — Christus als einen König vor, der im Himmel thront, umgeben von einem glänzenden Hofstaat abgestufter Würdenträger, so daß ihm Religion ohne Heiligenkult nicht denkbar ist, und dieser Gott beansprucht nun auch auf Erden einen prachtvollen Thron. Sie fühlen sich verpflichtet, alle Widersacher Christi, alle Ungläubigen und Keßer, mit Feuer und Schwert zu vertilgen, und sind selbst jederzeit bereit, den grausamsten Tod für ihn zu sterben. So tief und lebendig ist die Vorstellung vom Königthum des Gottmenschen, daß sie, wenn der Geistliche das Sakrament bringt, sagen: Seine Majestät kommt.

Dieses ist auch der Grund, weshalb sie, trotz starker republikanischer Neigungen, nach allen Revolutionen immer wieder zum Königthum zurückkehren. Sie haben nämlich, weil erfüllt von altgermanischem Freiheitsinn, durchaus das Zeug zu Republikanern; nicht aus Knechtsinn lassen sie sich einen König, sogar einen absoluten, gefallen, sondern weil sie die Pracht der Majestät als höchste Blüthe ihres im schönen und großartigen Schein lebenden Volksthum nicht entbehren können. Das Recht, gegen den König zu rebelliren, wenn er ihren Willen nicht thut, behalten sie sich vor und haben unzähligemal davon Gebrauch gemacht.

Rittersinn und Künstlersinn — sie vertragen sich beide nicht mit Industrie und Gelderwerb. Nicht daß der Spanier unbedingt faul wäre; der spanische Bauer bearbeitet wie der italienische seinen Boden mit Liebe. Aber Fabrikarbeit, industrielle Unternehmungen und kaufmännische Berechnungen sind nicht seine Sache. Reichthum verschmäht der Spanier nicht, aber er ist in der Anschauung aller ritterlichen Völker und besonders seiner germanischen Stammväter befangen geblieben, daß es kraftlose Trägheit (*pigrum et iners*, Tacitus de Germania c. 14) sei, mit Arbeitsschweiß zu erwerben, was man sich mit Blut verschaffen kann. Darum haben die Spanier zwar in Amerika Goldschätze geraubt, die ihnen wie jeder todte Schatz zeronnen sind; aber verkäufliche Güter zu schaffen, denen, wie Adam Smith sagt, das Gold nachläuft, darauf haben sie sich nie verlegt. Doch so sehr auch zu Zeiten ein unverständiger Goldhunger sie befallen hat — sich demüthigen oder etwas nach ritterlichen Begriffen Schmachvolles thun, um Gold zu gewinnen, dazu entwürdigt sich auch der Aermste nicht. Einer der englischen Generale, die 1810 in Spanien gegen die Franzosen kämpften, warf beim Einzug in eine Stadt Gold unter das Volk. Sofort verstummte dessen Jubel. Kein Gassenjunge bückte sich, ein Goldstück aufzuheben. Ein armer Mann aber trat aus der Menge hervor und sagte: „Wir begrüßen Sie mit Jubel, nicht um Ihres Geldes willen, sondern weil Sie gekommen sind, uns bei der Befreiung unseres Vaterlands zu helfen.“ Wer zerlumpete, aber anmuthige Bettelungen mit den Augen Murillo's zu sehen

vermag, den erfüllen die Bilder südlichen Volkslebens mit Entzücken; wer sie nicht anders als mit den Augen des nordländischen Geschäftsmanns, Spießbürgers, Moralisten oder Frömmers zu sehen vermag, dem sind sie ein Greuel; in Spanien aber erreicht das Entzücken des einen und der Abscheu des anderen den Gipfel.

Der spanischen Phantastik ist jene Grausamkeit beigemischt, die sich als Gegenpol der Wollust bei heißblütigen Völkern häufig findet. Daher liebt das spanische Volk so leidenschaftlich die Stiergefächte, die seine Volksfeste sind, seitdem keine Mauren, Juden und Keger mehr verbrannt werden dürfen; denn ehemals waren die Autos da fé (Glaubensakte) sein Hochgenuß. Eigentlich ist dieser Charakterzug nicht allgemein spanisch, sondern nur kastilianisch und erklärt sich aus dem höllischen Kontinentalklima der kastilianischen Hochebene, deren Bewohner abwechselnd geröstet und von eifigen Winden gepeinigt werden; in Andalusien herrscht die Heiterkeit vor, und Katalonien ist sogar gewerbfleißig, von den Basken nicht zu reden, die sich bewußt sind, gar keine Spanier zu sein, wie sie denn auch ihre alten Sonderrechte, ihre fueros, bewahrt haben. Man könnte sie die eigentlichen Spanier nennen; sind sie doch reinblütige Iberer und allesamt adelig.

Diese sehr starken provinziellen, man darf beinahe sagen nationalen, Verschiedenheiten bilden eines der Elemente jener politischen Unruhe, die das Volk in fieberhafter Erregung erhält. Ein anderes ist der schon erwähnte Republikanersinn, das Streben nach Selbstregierung, das zuerst in dem Aufstande der Kommuner, der Gemeinden, gegen die Herrschaft des niederländischen Habsburgers Karl V. hervorbrach, und heute in das vielbeklagnete Kазіentum, die Willkürherrschaft kleiner Gemeindefürsten, ausgeartet ist. Ein drittes Element des Unfriedens ist der Gegensatz von Klerikalismus und modernem Liberalismus.

Daß die Phantastik und Romantik, jene Anlage zur Beschaulichkeit, die der Nordländer kürzer Faulheit zu nennen pflegt, und die bis zum Fanatismus intensive Religiosität dem Klerus und den Klöstern massenhaft Novizen zuführen müsse, ist von vornherein klar; daß Frömmigkeit und Uberglauben die Kirchen und Klöster mit Geschenken und Vermächtnissen überhäufen, versteht sich von selbst.

Aber so einfältig und stumpfsinnig ist das Volk doch nicht, daß es die unerfreulichen Wirkungen seiner thörichten Frömmigkeit nicht empfinden sollte. Wenn die Arbeitenden unter ihnen einmal gewahrt werden, daß sie sich nur noch plagen, um geistliche Müßiggänger zu mästen, so werden sie wüthend und folgen mit Begeisterung jedem, der sie zu einem Klostersturm aufruft. Aber die Anführer in den Klosterstürmen sind Liberale, moderne Liberale romanischer Art, deren atheïstischer Fanatismus nicht weniger stark ist als der religiöse Fanatismus des Volkes. Bei einer verständigen Säkularisirung, bei einer mäßigen Einschränkung der klerikalen Einflüsse bleiben die nicht stehen. Sie wollen den

Volksglauben mit Stumpf und Stiel ausrotten, und sobald das Volk dieses merkt, wendet es sich gegen die Liberale und holt die geprügelten, aber trotzdem geliebten Mönche zurück. Daher, wie in Frankreich, eine endlose Reihe von Maßregeln gegen Klerikalismus und Möncherei ohne dauernden Erfolg. Ein viertes Element der Verwirrung ist der französische Konstitutionalismus, der mit dem Liberalismus über die Pyrenäen gedrungen ist, und der wie in den übrigen romanischen Ländern in unfruchtbarer Jungendrescherei, persönlichen und Parteintriguen und einem ewigen Wechsel der Ministerien besteht, bei dem nichts herauskommt, weil es keiner der beiden einander bekämpfenden Parteien um das Wohl des Landes zu thun ist, dessen



Infantin Maria de las Mercedes, Prinzessin von Asturien.

Bedingungen die meisten Parlamentsschwäger gar nicht einmal kennen. Dazu kommen dann noch die dynastischen Kämpfe, die in den Jugendjahren der mit der Tugendrose geschmückten alten Isabel die heut noch eiternde Beule des Karlismus geschaffen haben, und das Politisiren der Armee, welches zur Folge hat, daß es in Spanien die Generale sind, die mit ihren Pronunziamentos die Revolutionen einzuleiten pflegen.

Unter diesen Umständen kann die wirtschaftliche, politische und soziale Lage des Landes nicht anders als jämmerlich sein. Die Spanier können sich natürlich so wenig in Engländer, wie ein Schmetterling in eine Arbeitsbiene verwandeln, aber daß es das Volk zu leidlich befriedigenden ökonomischen Verhältnissen bringen könnte, wenn eine feste Hand Ruhe schaffte und ökonomische Reformen einleitete, ohne die Eigenart, die Lebensgewohnheiten und die Liebhabereien

des Volkes anzutafeln, das haben die leider nur kurzen Verwaltungen der beiden diktatorisch schaltenden Minister Narvaez (1845—1851) und O'Donnell (1858—1863) bewiesen, unter denen nicht blos Ackerbau und Gewerbe, sondern auch das bis dahin nicht sowohl vernachlässigte als gar nicht vorhandene Schulwesen bedeutende Fortschritte gemacht haben. Vor 1837 gab es im ganzen Lande nur 900 Unterrichtsanstalten aller Stufen, d. h. die Spanier waren ein Volk von Analphabeten; 1857 konnten schon beinahe zwei Millionen lesen.

Das Jahr 1900.

Im Kriege mit Nordamerika verlor Spanien den letzten Rest seines vormals ungeheuren Kolonialreiches und damit den letzten Schimmer seiner europäischen Weltstellung, die es in einer Zeit, wo das Schwert entschied, vorübergehend erringen konnte, während es heute, wo Geld und Maschinen entscheiden, so wenig Einfluß auf die Geschicke Europas auszuüben vermag, wie wenn es in Afrika läge. Aber den spanischen Stolz mußte dieses nationale Unglück — ein wirtschaftliches war es nicht, im Gegentheil! — tief kränken, und es verstand sich von selbst, daß das Ministerium Sagasta, welches am 10. Dezember 1898 den schmachvollen Frieden von Paris unterzeichnet hatte, verschwand. Silvela übernahm die schlimme Erbschaft, zu der natürlich auch eine bedeutende Vermehrung der Staatsschulden gehörte. Diese war es, die zusammen mit einer schlechten Finanzverwaltung und einem unzweckmäßigen Steuersystem besonders den Handels- und Gewerbestand erbitterte, und unter der Führung des Spiegelfabrikanten Paraiso gründeten die Handelskammern im Januar 1900 eine Union Nacional, die mit Steuerverweigerung drohte, wenn es nicht besser würde.

Daß Silvela im April sein Ministerium umgestaltete und ein paar neue Männer herannahm, konnte den bedrängten Geschäftsleuten nichts nützen; deren Agitation nahm daher ihren Fortgang und sie verschmolz mit der katalonischen Bewegung. Das Ziel der Katalonier war ein Vorrecht, wie es die Basken genießen: daß die Provinz als solche ein festes Steuerkontingent an den Staat abzuliefern hätte, für dessen Aufbringung die Provinzialbehörden sorgen würden.

Im Hintergrunde lagen zwei deutlich erkennbare Gedanken, die der Regierung, sie mochte im übrigen sein, wie sie wollte, unmöglich gefallen konnten, nämlich daß die Herrn Kaufleute und Fabrikanten, wenn sie das Steuerwesen in die Hand bekämen, die Bauern scheren und sich selber schonen könnten, und daß sich Katalonien zum selbständigen, höchstens durch Personalunion und Landesvertheidigung mit dem übrigen Spanien verbundenen Staate entwickeln werde. Als daher bekannt wurde, daß die Union Nacional in feierlichem Aufzug dem Kammerpräsidenten ihre Beschwerden und Forderungen überreichen wolle, verbot die Regierung diese Demonstration, und die Union mußte sich darauf beschränken, einen Aufruf an das Volk durch die Presse zu verbreiten. Es hieß darin, da die Regierung nichts

thue zur Wiederaufrichtung des Landes, so müßten die Regierten daran denken. Ein Etat, worin 731 Millionen für die Staatsschuld, für Pensionen, Marine, Kirche und Zivilliste, dagegen nur 16½ Millionen für Heer und Wegebau, 3½ Millionen für Kanäle und 1¾ Millionen für Unterrichtsanstalten ausgeworfen würden, bedeute den moralischen Tod der Nation, die Union Nacional wolle aber nicht, daß Spanien aus der Weltgeschichte verschwinde. Gebrochen werden müsse vor allem der Ring der paar Tausend Kaziken, die 18.000.000 Einwohner tyrannisirten und den Volkswillen weder in den Vertretungskörpern noch in der Regierung zur Geltung gelangen ließen. Man wolle alles zahlen,

was nothwendig, recht und billig sei, aber keinen Centimo darüber, und man wolle, daß das, was die Unterthanen zahlten, vernünftig verwendet werde. Es müßten Kanäle, Landstraßen und Nebenbahnen gebaut, es müsse für die Schule mehr, für Kirche und überflüssige Beamte weniger gethan, die Alters- und Invaliditätsversorgung der Arbeiter eingeführt, die barbarische Verzehrsteuer reformirt werden. Eine Versammlung der Madrider Innungen bezeugte der Union ihre Sympathie, und Paraiso wurde auf einer Agitationsreise durch Andalusien überall mit Begeisterung aufgenommen.

Desto schlechtere Aufnahme fand Dato, der Minister des Innern, in Katalonien, als er sich Anfang Mai dahin begab, um die Gemüther zu beschwichtigen. Am 11. verhängte die Regierung über Barcelona und Valencia den Belagerungszustand, und es kam hier wie in Sevilla zu Krawallen, bei



Prinz Karl von Bourbon, Graf von Caserta.

denen republikanische und sozialistische Tendenzen mitwirkten. Die Regierung drohte, die Handelskammern, die sich in Revolutionstribunale verwandelt hätten, aufzulösen, und gleichzeitig nahm sie einige Anläufe zu Reformen: Der Marineminister bot die unbrauchbaren Kriegsschiffe zum Verkauf aus, und der Unterrichtsminister berief pädagogische Autoritäten aller Parteien in den Unterrichtsrath. Die Union verhartete jedoch in ihrer abweisenden Haltung, und die Gewerbetreibenden entsandten Mitte Juni eine Deputation an die Königin-Regentin. Der Ministerrath widerrieth deren Empfang, die Königin aber, klüger als ihre Berather, nahm die schon ergangene Abweisung zurück. Die Abgesandten benahmen sich mit echt spanischem Freimuth; ein Industrieller behauptete unter anderem, die Minister gingen mit Banquiers, welche die schlechte Finanzlage des Staates ausbeuteten, Arm in Arm. „Das ist verläumdender Klatzsch,“ unterbrach ihn die Königin. „Es mag Klatzsch sein,“ erwiderte Herr Maltrana, „aber das Volk glaubt daran, so lange nicht das Gegentheil bewiesen wird;“ wenn die Regentin nicht mit eigener Hand die Angelegenheit in andere Bahnen leite, werde die Sache schlimm werden.

Die Regierung antwortete am 22. Juni statt der Regentin mit zwangswieser Steuereintreibung und „Aufhebung der konstitutionellen Garantien“, wie man in Spanien statt „Verhängung des Belagerungszustandes“ sagt; unter anderem wurde den Zeitungen verboten, über Steuerverweigerung, Ländenschuß und Krawalle zu berichten. Die Nachrichtenverbreitung wurde in dem Grade erschwert, daß man in einem Stadtviertel Madrids nicht erfuhr, was im anderen vorging. Diese Maßregeln stellten vorläufig die Ruhe wieder her, aber die Geschäftsleute hatten doch die Genugthuung, daß wenigstens der Finanzminister Villaverde zurücktrat. Daß der Bischof Morgades von Barcelona Anfang Juli in Madrid erschien, angeblich um der Königin für seine schon vor langer Zeit erfolgte Ernennung zu danken, wurde von den Ministeriellen als Unterwerfung, von der Opposition als Einleitung einer neuen Agitation gedeutet. Morgades ist nämlich ein Führer der katalonischen Bewegung und fordert unter anderem die Verbannung der spanischen Sprache aus Katalonien.

In der That erschien wenige Tage darauf eine Deputation der Union Katalanista bei der Regentin, die eine eigene Verwaltung für Katalonien, Besetzung aller militärischen und Zivilämter

mit Kataloniern und die katalonische Mundart als ausschließliche Amtssprache forderte. Die Regierung fuhr unterdeß fort, kleine Verbesserungen vorzunehmen. Unter anderem schickte sie über hundert Arbeiter auf die Pariser Ausstellung und verordnete, daß die Volksschullehrer, denen ihre karge Besoldung sehr unregelmäßig und manchmal gar nicht ausbezahlt wurde, ihren Gehalt fortan aus der Staatskasse bekommen sollten, die sich an den Gemeindefassen schadlos zu halten habe. Aber eine Geschäftskrisis schürte die Unzufriedenheit der Katalonier aufs neue, Arbeiterausstände, karlistische Bewegungen, der Unmuth der Liberalen über die Verlobung der Prinzessin von Asturien (Maria Mercedes, älteste Tochter der Regentin und eventueller Thron-



Marshall Martinez de Campos.

folgerin) mit einem Prinzen des ultramontan reaktionären Hauses Bourbon (dem Grafen Karl von Caserta) kam hinzu, und so wurde Herrn Silvela unheimlich zu Muth. Er trat zurück, und an seiner Stelle ergriff am 23. Oktober das Staatsruder General Azcarraga, dem es die Regentin schon einmal, nach der Ermordung des Ministers Canovas 1897, anvertraut hatte. Den Anstoß zum Kabinettswechsel, der keinen Wechsel der Politik bedeutete, hatten persönliche Intriquen gegeben. Am 24. September war der Senatspräsident Martinez de Campos gestorben, als letzter der drei bedeutenden Staatsmänner, die Spanien binnen kurzer Frist verloren hat (die anderen beiden sind Canovas und Castelar). Das

hatte eine Reihe von Personalveränderungen zur Folge, deren eine, die Ernennung des blutigen Generals Weyler kubanischen Andenkens zum Generalkapitän von Madrid, mehreren Collegen Silvela's in dem Grade mißfiel, daß sie ihre Portefeuilles abgaben und den Chef mitzogen. Ein Karlistenputsch in Katalonien Ende Oktober wurde mit Leichtigkeit unterdrückt. Don Carlos erklärte öffentlich, die Aufständischen hätten gegen seinen Willen gehandelt; er werde nie seinen Rechten entsagen, aber er wolle nicht den Ruin Spaniens, und diesen könnten ein Bürgerkrieg und die dadurch veranlaßte Einmischung des Auslandes herbeiführen.

An kleineren Tröstungen hat es den Spaniern in dieser Zeit der Demüthigung nicht gefehlt. Vom mächtigen Deutschen Reiche, dem sie den Rest ihres Inselbesitzes, die Karolinen, Marianen und Palaosinseln verkauft hatten, wurden sie mit der rücksichtsvollen und freundschaftlichen Höflich-

keit behandelt, die Bismarck für den Verkehr mit der ebenso stolzen als heruntergekommenen Ergroßmacht empfohlen hatte. Sie sandten deshalb einen ihrer glänzendsten Granden, den Herzog von Veragua, Almirante de las Indias, einen Nachkommen des Columbus, nach Berlin, dem Kronprinzen den Orden des Goldenen Vlieses zu überbringen und waren entzückt von der Aufnahme, die ihr Abgesandter fand, sowie von den Aufmerksamkeiten, die Kaiser Wilhelm ihrer Königsfamilie bei anderen Gelegenheiten erwies. Frankreich ließ sich zu einer Grenzregulirung an der Nordwestküste Afrikas herbei, die den Spaniern den Zugang zu Marokko zu sichern schien, so daß sich ihnen die Aussicht auf einigermaßen werthvollen Kolonialbesitz in nächster Nähe eröffnete, und die spanisch redenden Staaten Amerikas hielten im September zu Madrid einen Kongreß ab, der über Handelsverträge, Verkehrserleichterungen, ge-

meinsames Münzsystem, gemeinschaftliche höhere Lehranstalten und Akademien berieth. Man sieht sich eben in Südamerika und Mexiko von dem Imperialismus der Angloamerikaner bedroht, schließt sich zusammen und zieht auch das Mutterland in den Bund hinein.

Von Portugal ist nichts zu melden, als daß es sich durch Nachgiebigkeiten gegen England, die, wie bereits erwähnt wurde, bis zur Neutralitätsverletzung im Burenkriege gingen, seine afrikanischen Kolonien zu erhalten suchte, daß es wegen der Delagoabahn mit den ausländischen Gesellschaften, die sie bauten, in Streit gerathen war, und daß das Berner Schiedsgericht am 29. März 1900 entschied, Portugal habe den Regierungen Englands und der Vereinigten Staaten an Kapital und Zinsen 23,700.000 Franken zu zahlen; die beiden klagenden Staaten hatten das Doppelte verlangt.

Die Kleinstaaten Mitteleuropas.

Belgien. * Holland. * Die Schweiz. * Scandinavien.

Belgien.

Die Belgier sind Katholiken wie die Spanier und reden eine romanische Sprache, haben aber einen vom spanischen grundverschiedenen Nationalcharakter, sofern überhaupt von einem solchen die Rede sein kann bei einem Völkchen, das aus Bruchtheilen zweier Rassen zusammengeleimt ist. Die Flamänder des Scheldegebietes sind Niederdeutsche, Nachkommen jener Niederländer, die als die ersten im europäischen Norden Konkurrenten der italienischen Städte in Gewerbsleiß und einem auf Gewerbsleiß ruhenden Welthandel geworden sind (die Hanseaten des Ostseegbietes und später die Holländer handelten nicht mit eigenen Erzeugnissen, sondern führten theils die Ackerprodukte und Gewerbezeugnisse ihrer Hinterländer aus, theils fremde Gewerbezeugnisse und Kolonialwaren ein; sie waren Zwischenhändler, Frachthändler).

Die Nachkommen der berühmten flandrischen Städte sind gewerbsleißig geblieben und haben sich natürlich der modernen Maschinentechnik anbequemen müssen, vernachlässigen aber auch nicht den Ackerbau, der auf mehr als 900.000 Eigen- und Pachtgütern betrieben wird, unter denen allerdings über 700.000 Zwergwirthschaften sind. Die den Süden des Landes bewohnenden Wallonen romanisch-felsischer Abkunft unterscheiden sich wirtschaftlich nicht sehr von ihren germanischen Staatsgenossen. In dem Widerwillen gegen Holland, der 1830 zur Revolution und zum Befreiungskriege führte, waren beide Nationalitäten einig, denn sie waren beide gleich schlecht von Holland behandelt worden; aber die

Wurzeln des Hasses waren doch nicht ganz dieselben. Beide empfanden es schmerzlich, daß ihnen das Holländische als Staatsprache aufgezwungen wurde, außerdem aber fühlten sich die Flamänder noch besonders als Katholiken bedrückt, während die Wallonen, bei denen die religiöse Empfindung schwächer ist, die politische Zurücksetzung stärker empfanden, da sie ganz in den Ideen der französischen Revolution lebten und webten. Nachdem sich das Land befreit und eine in mancher Beziehung sehr freisinnige Konstitution gegeben hatte — nicht in jeder Beziehung, denn das Wahlrecht sicherte der Bourgeoisie die Herrschaft — traten die inneren Gegensätze zwischen den Bundesgenossen im Befreiungskampfe hervor, und zwar machte sich, wie in allen romanischen Ländern, der religiöse am stärksten bemerkbar. Die Gebildeten waren größtentheils Freigeister, und da die Gebildeten in den Städten, besonders in den Großstädten leben, die Großstädte aber durchweg französisch sprechen, während das am strengsten religiöse Landvolk der größeren nördlichen Hälfte flämisch spricht, so sah es zuweilen aus, als solle der Gegensatz von „Liberal“, wie die Unkirchlichen sich selbst zu nennen pflegen, und „Klerikal“, wie sie die Gläubigen zu nennen belieben, mit dem von Französisch und Flämisch zusammenfallen. Doch ist es niemals zu dieser Verschmelzung der Gegensätze gekommen. Das Flämische hatte im Anfange des 19. Jahrhunderts noch gar keine Literatur. Eine solche hat ihm erst in den Dreißiger- und Vierziger-Jahren Hendrik Conscience geschenkt, der allerdings fromm katholisch war und im katholischen Geiste schrieb; aber die neueren Führer der flämischen Bewegung huldigen keineswegs einer einseitig katholischen

Richtung, obwohl sich auch die Geistlichen hie und da veranlaßt sahen, sie als Bollwerk gegen den großstädtischen Unglauben zu unterstützen, nachdem früher die Liberalen versucht hatten, sie durch Zugeständnisse an sich zu fesseln.

Die belgische Politik wird also von dem Gegensatz zwischen dem sogenannten Liberalismus und Klerikalismus beherrscht, und der Kampf um die Macht, um die Parlamentsmehrheit zwischen den beiden Parteien bildet ihren Hauptinhalt. Die Wahlen von 1884 stürzten das liberale Ministerium Frère Orban, und die Klerikalen oder Ultramontanen haben sich seitdem im Besitz der Macht behauptet, obwohl die Opposition Verfassungsänderungen durchgesetzt hat, von denen sie einen Umschwung erwartete. Die klerikale Partei ergriff sofort eine Maßregel, von der sie hoffte, daß sie ihr die Herrschaft auf Generationen sichern werde: sie lieferte durch ein neues Schulgesetz die Schulen vollständig den Gemeinden aus und ließ diesen die Wahl, ob sie Gemeindeschulen unterhalten oder die Besorgung des Unterrichts Privatunternehmern überlassen wollten. Unter diesen waren natürlich die geistlichen Orden, die sich mit Jugendunterricht beschäftigen, die leistungsfähigsten und schlugen schon darum jede Konkurrenz, weil sie die Sache am wohlfeilsten machten, und weil ihnen das fromme Landvolk am liebsten die Kinder anvertraute. 792 weltliche Lehrer und Lehrerinnen wurden entlassen und mit einem fargen Wartegelde abgespeist. Diese Politik der ultramontanen Mehrheit erregte zwar die grimmigste Erbitterung des liberalen Theils der Bevölkerung, änderte aber nichts an der leidigen Thatsache, daß die Ultramontanen richtig gerechnet hatten: der Einfluß der Liberalen aufs Volk — mit Ausnahme des großstädtischen — wurde immer schwächer, und in den Kammern schrumpfte ihre Vertretung immer mehr zusammen. Die Erweiterung des Stimmrechts suchte man dadurch ihrer Gefährlichkeiten zu berauben, daß man jedem Wähler, der über Bildung oder Besitz, oder über beides verfügte, mehrere Stimmen bewilligte und die Stimmabgabe obligatorisch machte. Das Ergebnis der ersten Wahl nach dem Reformgesetz war im Oktober 1898, daß der Senat aus 52 Klerikalen und 23 Liberalen, die zweite Kammer aus 104

Klerikalen, 16 Liberalen und 32 Sozialisten bestand.

Damit war ausgesprochen, daß die Sozialisten fortan die Führung haben müßten im Kampf gegen den Klerikalismus, und den Liberalen, die sich bis dahin gegen allgemeines Stimmrecht, Arbeiterschutz und Entrichtung der Blutsteuer (das Militär beruht auf dem Stellvertretungssystem; die Wohlhabenden kaufen ihre Söhne durch Stellung von Ersatzmännern los) nicht weniger energisch gestraußt hatten als die Ultramontanen, diesen Herren blieb, wenn sie nicht ins Nichts versinken wollten, nichts anderes übrig, als arbeiterfreundlich zu werden und die Forderungen der Sozialisten zu unterstützen, die seit 1890 fürs allgemeine Stimmrecht agitirten und demonstrieren. Die allgemeine Wehrpflicht forderte sehr energisch der General Brialmont im Jahre 1892. Im Jahre 1895 sah sich die Regierung zu einigen Zugeständnissen an die Arbeiterpartei und im Schulstreit genöthigt; der Staat soll fortan die Aufsicht über die Schulen führen; von dem ihnen eingeräumten Recht, in den Schulen Religionsunterricht zu erteilen, machten die Geistlichen merkwürdigerweise vor dem Jahre 1900 keinen Gebrauch. Die vlämischen Abgeordneten forderten, daß die Gesetze in beiden Landessprachen abgefaßt würden. Den Sozialdemokraten schloß sich eine Gruppe katholischer Sozialisten unter der Führung des Abbé Daens



Prinz Albert von Belgien.

an. Am 8. Januar 1899 war Graf Marnix von Sainte Aldegonde, Waffenbruder des Oraniers im Freiheitskampfe der Niederländer, in der Verbannung gestorben. Den Jahrestag seines Todes benützten 1899 die Antiklerikalen zu einer großartigen Demonstration; am Marnixdenkmal auf dem Sablonplatz zu Brüssel schlossen die Liberalen, die Radikalen und die Sozialdemokraten, verstärkt durch einige französische und vlämische Nationalvereine, einen feierlichen Bund gegen den Ultramontanismus, der langsam aber sicher in die Zustände zurückführe, wie sie zur Zeit der spanischen Herrschaft bestanden. Im Mai kommt es zu Straßendemonstrationen in den großen Städten des Landes, bei denen unter anderem gerufen wird: „Nieder mit dem Papierkönig, es lebe die Republik!“ Die Bürgermeister erklären, sie könnten für die Aufrechterhaltung der Ruhe nicht einstehen, wenn die

Regierung nicht statt des eben vorgelegten Wahlreformentwurfs einen besseren vorlege. Das allgemeine Stimmrecht zu bewilligen, kann sich die Regierung nicht entschließen, aber sie bewilligt ein Proportionalwahlssystem, wonach jede Partei auf je 10.000 abgegebene Stimmen einen Abgeordneten erhält, so daß die Minderheiten nicht zu kurz kommen können. Das Ministerium Vandenspeereboom macht einem zweiten Ministerium de Smet de Naeyer Platz.

Im Jahre 1900 erregte die Heeresreformfrage am meisten die Gemüther und spaltete die ultramontane Mehrheit. Während einige ihrer Organe und namentlich die Christlich-Sozialen für die persönliche Wehrpflicht eintreten, sagen die meisten Klerikalen: „Lieber mit Hilfe der Sozialisten die Regierung stürzen, als die persönliche Wehrpflicht bewilligen!“ Eine Kommission, die wohl so bald noch nicht fertig werden wird, beräth über die Angelegenheit. Im April bereitete der König seinem Volke eine angenehme Ueberraschung, die den Streit der Parteien auf einige Tage vergessen ließ. Am 11. erhielt der Minister des Innern das folgende königliche Handschreiben: „Aus Anlaß meines 65. Geburtstages überweise ich, einem Herzensdrange folgend, dem Staate diejenigen meiner Besitzungen, die zur Annehmlichkeit und Schönheit der benachbarten Ortschaften beitragen. Von dem Wunsche beseelt, diese Güter ihrer Bestimmung, ihre Umgebung zu verschönern, zu erhalten, habe ich beständig darüber gewacht, daß sie durch keinerlei unpassende Bauten verunstaltet würden. Es wäre bedauerlich, wenn sie dem Zweck, für den sie geschaffen sind: das Landschaftsbild zu verschönern und die Gesundheit der anwohnenden dicht gedrängten Bevölkerung zu fördern, später einmal entfremdet würden. Deshalb habe ich beschlossen, sie zu Staatseigenthum zu machen.“ Es sind dies die Domänen von Laeken, Tervuren, Ostende, Ciergnon und Ardenne.

Im Mai beweisen die Neuwahlen, daß die Ultramontanen wirklich, wie ihnen vorgeworfen worden war, ihre starken Mehrheiten durch Wahlgeometrie erzielt hatten, und daß die Reform der Gerechtigkeit entsprach. Die neue Kammer zählt 85 Klerikale, 32 Sozialisten, 34 Doktrinäre und radikale Liberale, 1 christlichen Demokraten, der Senat 43 Klerikale,

26 Liberale, 3 Radikale und 4 Sozialisten. Die Regierungsmehrheiten der beiden Häuser betragen also nur noch 18 und 10 Stimmen.

Am 2. Oktober vermählte sich der präsumtive Thronfolger, Prinz Albert (wirklicher Thronfolger ist vorläufig noch der Bruder des Königs, der Graf von Flandern) in München mit der Prinzessin Elisabeth, einer Tochter des als Augenarzt berühmten Herzogs Karl Theodor in Bayern. Den Einzug der Neuvermählten in Brüssel am 10. November wollten die Sozialisten mit einer großartigen Demonstration fürs allgemeine gleiche Stimmrecht feiern, und hatten zur Erhöhung der Feierlichkeit schon ein paar tausend Radaupfeifen

vertheilt. Aber in letzter Stunde ließen sie sich vom Bürgermeister durch gültiges Zureden bestimmen, auf das Vergnügen, das ohne Zweifel Blutvergießen und schlimme Prozesse zur Folge gehabt haben würde, zu verzichten. Spät am Abend erschien allerdings eine kleine Bande mit rother Fahne und Blechmusik auf dem Börsenplatze, wurde aber vom Volke fortgejagt. Bei Eröffnung der Kammern beschloßen die Liberalen mit Hilfe der Sozialisten folgende Reformen zu erstreben: 1. Schulzwang, 2. persönliche Wehrpflicht, 3. Ausdehnung des Proportionalwahlsystems auf die Gemeinde- und Provinzialwahlen, 4. das allgemeine gleiche Wahlrecht für die Kammern; für den vierten Reformpunkt aber



Herzogin Elisabeth in Bayern.

nur unter der Bedingung einzutreten, wenn die ersten drei Forderungen erfüllt würden. Die liberale Linke fügte später diesem Programm noch den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung bei. Einige Debatten wurden den Chinawirren gewidmet. Belgien hatte Miene gemacht, ein wenig Großmacht zu spielen und in China mitzuthun, die wirklichen Großmächte aber hatten abgewinkt. Die Regierung beeilte sich zu versichern, sie habe nicht daran gedacht, an der militärischen Aktion theilzunehmen; nur ein Stück Land für eine Handelsniederlassung beabsichtige sie gelegentlich zu erwerben.

Im Frühjahr erregten die Verhandlungen über die Congogräuel großes Aufsehen. 1876 war unter dem Vorsitz des Königs Leopold II. eine Internationale Afrikanische Gesellschaft gegründet worden, die sich die weitere Erforschung

und die kommerzielle Ausbeutung des von Stanley entdeckten und erschlossenen Congogebietes zur Aufgabe gemacht hatte. Durch Verträge mit den angrenzenden Kolonialmächten sicherte sich die Gesellschaft ein Gebiet, das ungefähr fünfmal so groß ist wie Frankreich, und auf dem sie durch Anlage von Stationen, Wegen und Dampferverbindungen Bedeutendes leistete. Im Februar 1885 hielten Vertreter der Großmächte in Berlin eine Konferenz ab, die der Gesellschaft Anerkennung für ihre Leistungen aussprach und ihr Gebiet als Staat anerkannte. Mit Zustimmung der Großmächte und der belgischen Kammern übernahm König Leopold II. am 28. April 1885 die Souveränität des neuen Staates, der also durch Personalunion mit Belgien verbunden ist. Im Dezember 1885 wurde eine Gesellschaft gegründet, die den Bau von Eisenbahnen im Congostaat unternahm. Einige Bezirke des neuen Staates gehören zu den Gebieten, die vor dem Eindringen der Europäer von arabischen Händlern ausgebeutet worden waren. Die Berichte Stanley's, einiger anderen Forschungsreisenden und des Kardinals Lavigerie über die Art dieser Ausbeutung erfüllten Europa mit Entsetzen. Die Araber drangen mit bewaffnetem Gefolge in die Negerdörfer ein, zwangen durch Grausamkeiten die Einwohner, Elfenbein herbeizuschaffen, mekelten alle Widerstrebenden nieder, gebrauchten die Ueberlebenden dazu, das Elfenbein an die Küste zu schleppen, und verkauften dort die Träger sammt der Last. Von diesen Unholden hat die Regierung des CongoStaates im Verein mit der des deutschafrikanischen Schutzgebietes die Neger befreit.

Bald jedoch drangen Gerüchte nach Europa, wonach es die Agenten der Antwerpener Kautschukgesellschaft nicht anders treiben sollen wie die arabischen Händler. Kautschuk ist nämlich das Hauptobjekt der Ausbeutung geworden, da es mit dem Elfenbein infolge der unvernünftigen Ausrottung der Elefanten zu Ende geht. Die Agenten bekommen ihre Provision, deren Betrag sich selbstverständlich nach der Menge des gewonnenen Kautschuks richtet. Die Neger amüsiren sich lieber mit dolce far niente und Tanz, als daß sie unter Gefahren und Beschwerden im Urwalde Kautschuk sammeln, die Agenten

wenden daher Zwang an und sind allmählig zu arabischen Praktiken fortgeschritten, zu denen das Händeabhacken und sonstiges Verstümmeln gehören. Ein Agent wurde beschuldigt, 150 Menschen getödtet und 60 Hände abgeschnitten zu haben, ein anderer Weiber und Kinder gekreuzigt, Männer verstümmelt und die Körperteile und Köpfe der Männer an einen Zaun angenagelt zu haben. Die Sache wurde brennend, als sich ein ganzer Stamm, die Bundja, in der Provinz Mongalla, im Aufruhr gegen die Agenten erhob. Die Kammer ging im April über die vom Abgeordneten Corand gestellte Anfrage nach mehrtägiger Debatte zur Tagesordnung über. Der Regierung des Congo-

staates und ihrem Haupte, dem Könige, glaubte man gern, daß sie an den Gräueln unschuldig seien und gar keine Kenntnis davon gehabt hätten, da gegen glaubte man den Ablehnungs- und Rechtfertigungsversuchen der beschuldigten Agenten und Beamten nicht, zu denen ein Hauptmann Lottaire und der Kommissär des Aequatorialbezirks, Fiévez, gehörten, weil eine ganze Anzahl glaubwürdiger Männer gegen sie zeugten. Daß die angemessene Bestrafung der Schuldigen ausgeblieben ist, hat nachträglich auch auf die Regierung einen Schatten geworfen.



Wilhelmine, Königin der Niederlande.

Holland.

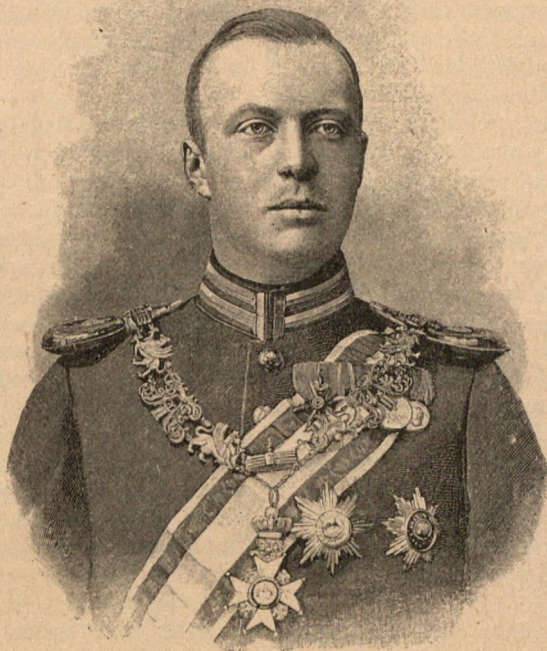
Die behägigen Myrtheers zehren von den Zinsen des ungeheuren

Kapitals an Geld und Ruhm, das ihre ihnen ganz unähnlichen, schneidigen Vorfahren aufgehäuft haben in der Zeit, wo ihre winzige Landmacht die spanische Weltmacht besiegte, während ihre mit „Es ist erreicht“ Schnurrbärten gezierten Seehelden spanische Silberflotten kaperten und den Spaniern und Portugiesen ihre Kolonien wegnahmen. Damals schwang sich das Ländchen zu einer Weltmacht empor, die ein paar Jahrzehnte lang die Politik der kopflosen Großstaaten Europas mit Klugheit und Geld beherrschte und schöne Zinsen dabei herauszuschlug. Jetzt leben die Holländer bei Käsebereitung und Heringsfang ein Idyll, das nur hie und da durch einen Uchinesenkrieg auf Sumatra unterbrochen wird, den sie ausländische Söldner für sich ausfechten lassen. Im Jahre 1899 waren einmal die Augen der ganzen Welt auf das Ländchen gerichtet gewesen, weil der Czar seine Residenz zum

Sitz seiner Friedenskonferenz erkoren hatte, für die der Burenkrieg eine so schöne Folie abgab. Im Jahre 1900 erregte es die Aufmerksamkeit aufs neue durch die Tapferkeit, mit der es ohne Furcht vor dem dräuenden, allerdings zur Zeit stark ramponirten Britenlöwen den stammverwandten Buren seine Sympathie bewiesen, zuerst im Sommer die Burengeandtschaft, dann im Spätherbst den vertriebenen Präsidenten Krüger aufgenommen hat. Der liebenswürdigen jungen Königin Wilhelmine trug diese tapfere Haltung das Lob ein, daß sie, obwohl glücklicherweise auch nicht mit dem mindesten Anflug von Schnurrbart geziert, unter den Monarchen Europas der einzige Mann sei. Uebrigens bewies sie gerade in diesem Jahre ihre echte Weibnatur durch die Verlobung mit dem Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin, die sie am 16. Oktober ihrem Volke verkündigte. Die Generalstaaten, wie zur Erinnerung an glänzende und große Zeiten die niederländischen Kammern heute noch heißen, haben bestimmt, daß der Prinzgemahl den Titel Königliche Hoheit führen und im Fall die Königin vor ihm stirbt, bis zu einer etwaigen Wiederverheirathung eine Witwenpension von 150.000 Gulden bekommen soll.

Auf das holländische Phlegma übte der Burenkrieg eine wohlthätig aufrüttelnde Wirkung aus. Im Januar wurde zu Utrecht ein Verein gegründet, der die Organisation einer Volksmiliz betreiben will. In seinem Aufrufe zum Beitritt heißt es, nachdem die Ereignisse in Südafrika aufs neue gezeigt hätten, welche Kraft ein wehrhaftes Volk in sich trage, so dränge sich die Frage auf: was muß geschehen, um auch die Niederländer zu solch einem Volke zu machen. Im Mai zeigte denn auch der Kriegsminister den Kammern an, daß er den Entwurf eines Landesvertheidigungssystems ausarbeiten lasse. Ein Gesetz über Einführung des Schulzwangs nahmen beide Kammern an, dagegen wurde das von der zweiten Kammer genehmigte Unfallversicherungsgesetz in der ersten verworfen. Im Oktober legte die Regierung den Kammern einen Schriftwechsel vor, aus dem zu ersehen ist, daß sie im Sommer 1899 in Uebereinstimmung mit Deutschland dem Präsidenten des Transvaalstaates vom Kriege ab-

gerathen hat. Am 5. September vereinigten sich Vertreter der Mächte, die an der sogenannten Abrüstungskonferenz theilgenommen hatten, noch einmal im Haag, um dem niederländischen Minister des Aeußern, de Beaufort, die Protokolle der Konferenz in Verwahrung zu geben. Die ersten drei Protokolle, die von den Schiedsgerichten, von den Gesetzen und Gebräuchen des Landkrieges und von der Genfer Konvention handeln, sind von allen theilgenommenen Staaten unterzeichnet worden (mit einer Ausnahme, die wir noch erwähnen). Die letzten drei, die von der Verwendung gewisser Explosivstoffe und besonders grausamer Geschosse handeln, hat das fromme, liberale und humane England nicht unterzeichnet. Fortan weiß also jedermann, der den Weltfrieden sucht, wo er zu finden ist: im Altenschrant des holländischen Ministers des Auswärtigen.



Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin.

Die Schweiz.

Die Schweiz dürfte das glücklichste Land Europas sein. Sie hat keinen kriegerischen Angriff zu fürchten, ihre Bewohner leben in natürlichen, gesunden Verhältnissen, die Wohlhabenden aller Länder der Erde bringen ihnen in den Reifemonaten jedes Jahr ein paar hundert Millionen Franken ins Land, die Vermögensunterschiede sind nicht übermäßig groß, Bildung ist bis in die untersten Schichten verbreitet, und ein eigentliches Proletariat fehlt ganz. Man hat in Oesterreich oft auf die

Schweiz hingewiesen als einen thatsächlichen Beweis dafür, wie leicht es für Menschen verschiedener Nationalitäten sei, sich in einem Staate zu vertragen, wenn sie vernünftig sind. Indes der Hinweis paßt nicht; die Schweizer sind ja gewiß im übrigen sehr verständige Leute, aber in der fraglichen Beziehung ist es nicht der hellere Verstand, sondern die glücklichere Lage, was sie begünstigt. Deutsch, Französisch und Italienisch sind drei von den Kultursprachen der Welt; zwei davon beherrscht jeder Gebildete, viele können alle drei, und Niemand empfindet die Nöthigung, die eine oder die andere zu erlernen, als ein Uebel; so ist also die Dreisprachigkeit der Schweiz etwas ganz anderes, wie wenn dem österreichischen Deutschen zugemuthet wird, Polnisch, Tschechisch, oder gar Magyarisch zu lernen.

Die gegenwärtige politische Lage der Schweiz können wir nicht besser darstellen, als wenn wir einige Sätze aus dem Urtheil abschreiben, das einer ihrer edelsten und weiseften Söhne, Karl Hilty, darüber fällt (in dem Prachtwerke: die Schweiz im neunzehnten Jahrhundert). „Solange die Eidgenossenschaft das unbedingte Repräsentativsystem mit zwei Kammern besaß, von 1848 bis 1874, war sie ein ganz moderner, auf theoretischen Grundlagen aufgebauter Staat. Erst seitdem die Volksabstimmung in den Kantonen und in der Eidgenossenschaft vorherrschend geworden ist, geht sie auf ihre historischen Wurzeln wieder zurück, und die völlige Ausbildung dieses Systemes zu einem obligatorischen Referendum (Volksabstimmung über Gesetzesentwürfe, die jetzt in einigen Kantonen besteht; die ganze Eidgenossenschaft hat nur das fakultative Referendum, d. h. es muß vorgenommen werden, wenn es 30.000 Bürger fordern), also das obligatorische würde wahrscheinlich die Wiederherstellung der historischen Tagsatzung zur Folge haben.“ Die soziale Frage der Schweiz sei die noch nicht ganz fertige Neuordnung der aus den grundherrlichen entstandenen freien Landgemeinden. Dafür hätten die Sozialisten gewöhnlichen Schlags (die ja aus der Fabrik und der Grube stammen) kein Verständnis; was die an der sozialen Ordnung verwerflich finden, das komme in der Schweiz gar nicht vor, daß nämlich große arbeitende Klassen den schlimmsten Zufällen preisgegeben seien. „Das versteht sich in einer demokratischen Republik von selber, daß für alle, die sich anstrengen wollen, ein menschenwürdiges Dasein möglich sein muß; ein Staat, der auf der Gleichberechtigung und Mitregierung Aller beruht, kann sich nicht in einem schroffen Gegensatz zu mitregierenden Volkstheilen befinden; bei uns wird sich der Arbeiterstand niemals als eine besonders mißachtete und vernachlässigte Klasse fühlen können.“

Soziale Bewegungen machten sich allerdings auch in der Schweiz bemerkbar, aber sie entsprangen, was auch anderwärts vorkommt, weniger aus materieller Noth, als aus der Vereinzelung der modernen Menschen, die eine Folge der Auflösung der natürlichen Verbände sei, und in der sich der Mensch unglücklich fühle. Dasselbe Gefühl erzeuge den neu erwachten kirchlichen Eifer und das Sektenwesen. Das Heilmittel sei die Vereinigung der Menschen in kleineren Kreisen, die zugleich dem gemüthlichen und dem materiellen Interesse entspreche. In der Schweiz nun brauchten diese kleineren Kreise nicht erst geschaffen zu werden, da hier das Gemeindeleben, das in der Großstadt, im Industriebezirk mit seiner hin und her herfluthenden Bevölkerung kaum möglich ist, noch lebendig sei. Wo sie nicht mehr vorhanden seien, wo von oben herab, von Staatswegen, Verbände wie Innungen und Kassenvereine künstlich gestiftet würden, werde der Staatssozialismus gezogen, der sich prinzipiell vom wilden Sozialismus nicht unterscheide. Der politische Zustand der

Schweiz sei ganz gesund. Der Mangel an Stabilität der Verfassung werde ersetzt durch Patriotismus und gesunden Menschenverstand. Theoretisch betrachtet sei die Schweiz allen Gefahren der extremen Demokratie preisgegeben, praktisch genommen befinde sie sich jetzt in jenem gesunden Gleichgewichtszustande, auf den es bei Staaten, wie bei einzelnen Personen für ihr Wohlbefinden ankomme. Die Verfassung sei so unlogisch wie möglich, aber es lebe sich in einem durch vielfaches Flickden dem jeweiligen Bedürfnis angepaßten Staatswesen weit besser, als in einer caserne philosophique. Das fakultative Referendum habe einigermaßen depressirend auf den schweizerischen Parlamentarismus gewirkt, doch könne man in der Schweiz überhaupt nur in sehr beschränktem Sinne von Parlamentarismus sprechen. „Die Bundesversammlung steht weder in einem Gegensatz zum Volke, aus dessen Schoße sie hervorgeht und dessen Stimmung sie in der Regel richtig interpretirt und vollständig respektirt, noch zu dem Bundesrathe (d. h. der Regierung), der thatsächlich ausnahmslos aus ihren Mitgliedern hervorgeht.“

Ebenso wenig als ein solcher Gegensatz, besteht eine Verpflichtung oder auch nur ein Brauch, wonach irgend eine eidgenössische Behörde nach Verwerfung einer Vorlage durch die Volksabstimmung ihr Amt niederlegen oder Neuwahlen anordnen müßte. Einzig wenn durch einen Volksentscheid eine Totalrevision beschlossen worden ist, findet eine Neuwahl der Räthe statt, ein Fall, der übrigens noch nicht vorgekommen ist. Sonst mag das Volk ganze Reihen von Bundesgesetzen zur Abstimmung begehren und mit einer gewissen tendenziösen Opposition verwerfen, oder es mögen die Vorlagen des Bundesrathes eine noch so geringe Stimmenzahl in der Bundesversammlung erhalten, niemals fällt es deshalb der einen oder anderen Behörde ein, ihr Amt niederzulegen, und eine Parlamentsauflösung vollends wäre anders als durch freiwilligen und individuellen Rücktritt aller einzelnen Mitglieder nicht möglich. An einen solchen Parlamentarismus denkt auch in der Schweiz niemand. Ein Parlament ist überhaupt von Natur keine Regierung, sondern eine Kontrollbehörde einer Regierung, und wo immer es, durch historische Verhältnisse gezwungen, als Nothbehelf jene andere Natur angenommen hat, sind die staatlichen Verhältnisse ebenso wenig regelrecht als da, wo ihm eine durchaus wirksame und unbestreitbare Kontrolle über alle Staatsangelegenheiten erschwert wird. Der Streit zwischen Regierung und Parlament ist immer ein Beweis, daß es mit einem dieser Faktoren, gewöhnlich aber mit beiden, nicht richtig bestellt ist. Infolgedessen bildet er auch ein charakteristisches Merkmal und eine Schwäche der monarchischen Staatsverfassungen, in denen eben, einer Einbildung zuliebe, die Autorität über das natürliche Maß hinaus gesteigert zu sein pflegt und man auf allerlei Gegenmaßregeln Bedacht nehmen muß.“

Hier müssen wir jedoch einwenden, daß auf die Regierungsform soviel nicht ankommt. Die Schweiz ist ein glücklicher Staat, weil sie klein ist, weil ihre Bewohner alle gebildet und tüchtig und nicht durch übermäßige Unterschiede von Besitz und Bildung in feindliche Klassen gespalten sind. Aus diesem Grunde findet sie auch leicht die ihr passende Regierungsform. Staaten von bedeutender Größe und mit ungeheuren Abständen zwischen Fürstlichreichtum und Bettelarm, Ueberfeinert und Roh oder Verlumpt, leiden alle an denselben Uebelständen, gleichviel ob sie Monarchien oder Republiken sind, und sie können die richtige „Konstitution“ nicht finden, weil eben die Konstitution ihres Sozialkörpers, von der die politische Konstitution bloß die äußere Form ist, an schweren Krankheiten leidet. Es ist daher ein guter Gedanke Hilty's, mit dem er seine Betrachtungen schließt, daß die Zukunft — leider eine sehr entfernte Zukunft — den Kleinstaaten gehören werde, in die sich also die Großstaaten später einmal auflösen werden; natürlich wird dabei jene innige Verbindung zwischen ihnen vorausgesetzt, die das moderne weltumspannende Verkehrsweben erzwingt. Hilty's Darstellung ist insofern etwas zu optimistisch, als es auch an sozialen Uebelständen in der Haus- und Fabrikindustrie der Schweiz nicht gefehlt hat, sie sind aber immer rasch überwunden worden. In der Schlußbetrachtung des genannten Säkularwerks erinnert Paul Seippel an die Erschütterungen, welche die Schweiz im vorigen Jahrhundert ein paarmal durch den konfessionellen Gegensatz erlitten hat, meint aber, eine Wiederholung sei kaum zu fürchten und fügt hinzu: „Genau so, wie der schweizerische Ultramontanismus zu Rom steht, ist das gegenwärtige Verhältnis der schweizerischen Arbeiterpartei zur internationalen Sozialdemokratie beschaffen. Hier wie dort unterwirft man sich den Organen und der Disziplin einer internationalen Kirche, aber das Nationalgefühl und der Bürgersinn bleiben stark genug, um die Gefahren, die dem modernen Staat von den beiden feindlichen Großmächten drohen, erheblich abzuschwächen.“

Die politischen Streitfragen der letzten Jahre entsprangen meist aus dem Gegensatz zwischen dem Streben nach strafferer Zentralisation und dem Widerstreben dagegen. Das Widerstreben beruht theils auf konfessionellen Interessen, theils auf konservativer Anhänglichkeit an das Alte, theils auf dem individualistischen Liberalismus, den man auch Manchestertum nennt, theils auf dem Kantönengeist, womit nicht gesagt sein soll, daß die Freunde einer kräftigen Zentralgewalt mit umfangreicher Zuständigkeit auf die Vernichtung der kantonalen Selbständigkeit ausgingen. Im allgemeinen vertreten die Demofraten oder Fortschrittler, wie sie sich nennen, den Zentralismus, und ihnen gegenüber halten die Konservativen, die Ultramontanen und die Sozialisten zusammen, obgleich die zuletzt genannten ihrer Doktrin nach eigentlich die Zentralisation befördern müßten. Die Anhänger einer ge-

mäßigten Zentralisierung behaupten die entschiedene Mehrheit, wie die Volksabstimmungen beweisen. Im Jahre 1898 beschloß das Schweizervolk den Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat und den Ersatz der kantonalen Rechte durch ein einheitliches Zivil- und Strafrecht für das ganze Bundesgebiet. Aufgabe der folgenden Jahre ist es nun, diese beiden Beschlüsse durchzuführen, und damit ist man vorläufig noch beschäftigt. Die nothwendigen Rechtsbücher sind bereits ausgearbeitet. Schwieriger als die Vereinheitlichung des Rechtes wird der Ankauf der Bahnen sein; da die Gesellschaften natürlich so viel wie möglich herauschlagen wollen, wird es ohne Prozesse nicht abgehen. Im Jahre 1900 hat man mit den Verhandlungen über den Ankauf der Zentralbahn begonnen. Von neuen Bahnunternehmungen ist nur zu berichten, daß der Bau des Simplontunnels und der Jungfraubahn seinen Fortgang nahm.

Im Nationalrath wurde am 28. März der Antrag eines sozialdemokratischen Abgeordneten, das Militärbudget auf 20 bis 22 Millionen Franks herabzusetzen, sehr scharf zurückgewiesen; „hüten wir uns, rief ein Mitglied des Bundesrathes, Strömungen im Volke aufkommen zu lassen, die das Wehrwesen in seiner Wurzel angreifen und gefährden könnten!“ Sind doch die Schweizer von jeher eine wehrhafte Nation gewesen, Männer, die nicht durch Zwang von oben zu Vaterlandsvertheidigern gedrillt zu werden brauchten und denen der heimische Waffendienst noch nicht genügt, so daß sie als „Reisläufer“ scharenweise ins Ausland strömten, um fremden Fürsten um Sold zu dienen.

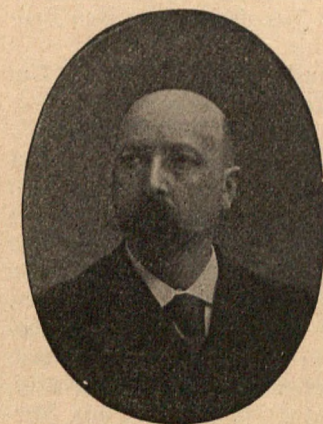
Sonderbar muthet es an in der sozial so gefunden demokratischen Schweiz, daß sie sich gegen die Zwangsversicherung der Arbeiter sträubt. Im Jahre 1890 hatte das Volk dem Bunde den Auftrag ertheilt, eine solche vorzubereiten; zehn Jahre lang hat man dann an einem Entwurf der Kranken- und Unfallversicherung gearbeitet, der Entwurf ist sehr gut ausgefallen und vom Nationalrath fast einstimmig angenommen worden. Da wurde von ein paar Zeitungsschreibern eine Agitation gegen den Entwurf eingeleitet, ein Referendum wurde gefordert, und zwar mit 117.000 Stimmen, während schon 30.000 genügt hätten, und bei der Abstimmung im Mai wurden 337.575 Stimmen dagegen und nur 164.629 dafür abgegeben. Stimmberechtigt sind 700.000 Mann. Der eigentliche Grund der Ablehnung ist nicht völlig aufgeklärt. Nur so viel ist aus dem Zeitungsstreit klar geworden, daß der eine dies, der andere jenes an dem Entwurf zu tadeln fand, aber das Schweizervolk hat bei anderen Gelegenheiten bewiesen, daß es nicht so kindisch ist, um kleiner Mängel willen ein großes und gutes Ganzes zu verwerfen. Vielleicht hat sich hier jener konservative Sinn geltend gemacht, der in England bewirkt, daß man mit Verbesserungen so lange wartet, bis sie das ganze Volk mit verschwindenden Ausnahmen nothwendig findet, daß man daher unendlich

langsam fortschreitet — in der Gesetzgebung nämlich, auf anderen Gebieten desto rascher — dann aber keinen Schritt zurück zu thun braucht. Vielleicht aber darf man aus dieser Ablehnung auch die Folgerung ziehen, daß sich die Volksabstimmung nur für Fälle eignet, wo es sich um ein einfaches ja oder nein handelt, nicht dagegen, wo ein Gesetzentwurf von vielen Paragraphen vorliegt.

Am 2. Juli wurde zu Bern das 25jährige Bestehen des Weltpostvereines gefeiert und dabei der hohen Verdienste des deutschen Reichspostmeisters Stephan um dieses große Kulturwerk gebührend gedacht; dessen Nachfolger v. Podbielski sprach dem Festredner, Bundesrath Zemp, den Dank Deutschlands für die Anerkennung aus. — Im Laufe des Juli wurde eine Vereinigung zur Förderung

des internationalen Arbeiterschutzes gegründet, die in Fortsetzung der vielen von der Schweiz nach dieser Richtung ausgegangenen Anregungen eine kräftige Agitation entfalten will; an der Spitze der Bewegung steht der Alt-Bundesrath Oberst Frey.

Der Herbst besicherte noch zwei Volksabstimmungen. Der Schweizer Bundesrath, der ungefähr dem deutschen Bundesrath entspricht und zusammen mit dem Bundespräsidenten



Dr. E. Brenner.
Schweizerischer Bundespräsident
für 1901.

Nach einer Photographie von Jaques
Weiß in Basel.

die Zentralregierung bildet, wird alle 3 Jahre von den Mitgliedern der Bundesversammlung gewählt. Diese besteht aus zwei Körperschaften: dem Ständerath, der aus Vertretern der Kantonsregierungen besteht, und dem Nationalrath, der auf Grund des allgemeinen Stimmrechts vom ganzen Schweizervolke gewählt wird. Die verschiedenen oppositionellen Parteien hatten sich nun zu zwei Forderungen zusammengefunden: für die Wahl zum Nationalrath solle das Proportionalverfahren wie in Belgien eingeführt werden, und der Bundesrath solle unmittelbar vom Volke gewählt werden. Die erste Forderung war ziemlich harmlos, aber die zweite würde, wenn sie durchginge, unleidliche Zustände schaffen; wenn das Volk, wie in den Vereinigten Staaten, nur den einen Präsidenten zu wählen hat (es geschieht dort übrigens nicht unmittelbar, sondern durch Wahlmänner; in der kleinen Schweiz wäre die unmittelbare Wahl wenigstens möglich), so wird der Wahlkampf schon sinnverwirrend; wie würde er erst aussehen, wo eine aus neun Mitgliedern bestehende Regierung zu wählen wäre! Die Agitatoren setzten das Referendum durch, aber dieses fiel gegen sie

aus. Das Volk verwarf am 4. November „den Proporz“ mit 242.484 gegen 165.976, und die direkte Wahl des Bundesrathes mit 265.323 gegen 141.430 Stimmen.

Am 3. Dezember genehmigte der Ständerath die Beschlüsse der Haager Konferenz mit der von der Regierung für gut befundenen Ausnahme. Der Bundesrath hat, ebenso wie die skandinavischen Staaten und die Vereinigten Staaten Nordamerikas, das dritte Protokoll nicht unterzeichnet, das von den Gesetzen und Gebräuchen des Landkrieges handelt. In diesem Protokoll werden Massenerhebungen für kriegsgesegwidrig erklärt, die Schweiz aber, erklärt der Bundesrath, dürfe niemals auf das Recht des Volkskrieges verzichten. Der Burenkrieg habe gezeigt, wie ein kleines kriegstüchtiges Volk große reguläre Armeen in Schach zu halten vermöge. — Am 14. Dezember wählte die Bundesversammlung den Vorstand des Justiz- und Polizeidepartements, Bundesrath Dr. Brenner, zum Bundespräsidenten.

Skandinavien.

Dänemark konnte unter der gewaltigen Königin Margaretha, welche die drei skandinavischen Staaten zu einem Reiche vereinigte, bei der Schwäche der damaligen mitteleuropäischen Staaten die Rolle einer Großmacht spielen, später ist es klein und durch den Verlust Schleswig-Holsteins zuletzt sehr klein geworden. Die größere der beiden skandinavischen Halbinseln übertrifft an Flächeninhalt das Deutsche Reich um mehr als 5000 Quadratmeilen, aber sie hat nur wenig über 7.000.000 Einwohner, so daß das vereinigte Schweden und Norwegen nicht daran denken kann, Großmachtspolitik zu treiben. Sie verlieren dabei so wenig wie Dänemark; alle drei gehören wie die Schweiz und die Niederlande zu den glücklichen Ländern. Dänemark und Schweden sind Agrarstaaten, auf deutsch Bauernländer, erfreuen sich daher eines gesunden Volkslebens. Die Norweger sind mit ihrem Erwerb hauptsächlich aufs Meer angewiesen, auf Fischfang und Frachthandel; nur ein Hundertstel von der Bodenfläche des bergigen Landes, bei dessen Polnähe die Schneelinie sehr tief liegt, ist anbaufähig; auch in Schweden werden nur etwa zehn Prozent der Fläche landwirthschaftlich benützt, doch wird sich in seinen Südprowinzen der Anbau noch ein wenig ausdehnen lassen. Gesund erhält auch das Seeleben, und die alten Normänner waren bekanntlich so gewaltige Recken, daß sie ein paar Jahrhunderte lang alle Küstenländer Europas durch Seeraub in Schrecken gesetzt, Rußland beherrscht, dann die Normandie erobert, von da aus England unterworfen und das Königreich beider Sicilien gegründet haben. Durch die Einschnürung ihrer Thakraft mißgestimmt, rächen sie sich jetzt an den mächtig gewordenen Staaten durch eine partielle Unterjochung der Geister, indem sie uns mit Ibsen'schen Gespenstern und anderen Spuk-

gestalten des nebligen Nordens heimsuchen und alles, was schwächlich ist in den Kreisen unserer Gebildeten, durch Pessimismus und allerlei Verschrobenheiten krank machen. Sie selbst sind, wie gesagt, gesund, gleich den Dänen und Schweden, bis in die untersten Schichten gebildet, und die Bewohner aller drei Länder vertreiben sich die lange nordische Winternacht nicht blos mit Essen und Trinken in einem Maße, das die Gesundheit ihres Magens beweist — und ist der Magen gesund, so ist der ganze Mensch gesund — sondern auch mit Lesen. In Dänemark haben namentlich die landwirthschaftlichen Unterrichtsanstalten und die Volkshochschulen der Landwirthschaft zur höchsten Vollkommenheit verholfen und eine erstaunliche Gleichmäßigkeit der Bildung des ganzen Volkes erzeugt. Der den Dänen von 1864 in den Knochen stecken gebliebene Deutschemiß ist ebenso betrübend wie die Repression der dänischen Bewegung in Nordschleswig durch die preußischen Behörden; das einzig Vernünftige wäre ein enger Bund zwischen dem Deutschen Reiche und den rein germanischen überaus tüchtigen Scandinaviern.

Die Parlamentskämpfe und Verfassungskonflikte in den drei skandinavischen Staaten darf man sich nicht gefährlich denken; es handelt sich dabei weder um große politische Prinzipien, noch um starke soziale Gegensätze. Aber der ruhige Nordländer will doch, schon der Verdauung wegen, außer seinem Appetitschnäpschen und seinem Grog oder Portwein auch ein ideales Stimulans und von Zeit zu Zeit seine kleine Aufregung haben, und außerdem befriedigt es den Bauernstolz, Minister auf die Anklagebank setzen und Mitglieder der königlichen Familie ärgern zu können, was sich speziell die Norweger zum Sport erwählt haben. Die politische Struktur der drei Staaten kann man folgendermaßen charakterisiren: Dänemark ist eine Bauernrepublik mit einer großen Stadt und einem Könige, der sich darauf versteift, daß er etwas zu bedeuten und etwas zu sagen haben will. Norwegen ist eine Bauern-, Rheder- und Fischerrepublik mit einem König, der gar nichts zu sagen hat; er hat nur ein suspensives Veto; wiederholt aber der Landtag (das Storting) seinen Beschluß noch zweimal, so hat er Gesetzeskraft und der König muß sich fügen. Schweden ist eine konstitutionelle Monarchie, in der die Bauern und Kleinstädter — nicht allzugroße Großstädte gibts nur zwei — die Mitglieder des Grundadels als ihre geborenen politischen Führer anerkennen. In Dänemark und Norwegen scheinen die Parteigegensätze rein persönlicher Natur zu sein; in Schweden war das Parlament bis vor kurzem rein ständisch in die zwei Gruppen der Städter und der Landwirthte gegliedert. Seit einigen Jahren hat sich der sozialdemokratische Hecht im gemüthlichen Karpfenteich eingefunden, und das mag in Schweden zur Entstehung einer rein politischen Partei den Anstoß gegeben haben, die sich liberal nennt und Ausdehnung des Stimmrechts (es sind in Schweden nur 24 Prozent der erwachsenen

männlichen Bevölkerung stimmberechtigt) sammt Sozialgesetzgebung auf ihre Fahne geschrieben hat. Der Sozialismus hat, wie gewöhnlich, als Begleiterscheinung der Industrie seinen Einzug gehalten. In Dänemark beschränkt sie sich auf Kopenhagen, in Schweden abgesehen von den uralten Kupfer- und Eisenbergwerken, auf die größeren Städte, in Norwegen mag sie von dem Schiff- und Bahnbau ausgegangen sein. (Norwegen mit seinen $2\frac{1}{3}$ Millionen Einwohnern hat 56 Kriegsschiffe, darunter allerdings nur sechs Panzer, und 7147 Handelsschiffe; die englische Handelsflotte zählt 20.404, die deutsche 3713 Schiffe; die norwegischen Schiffe sind allerdings meistens klein, so daß sich im Tonnengehalt die Seemacht des kleinen Volkes nicht ganz so imposant ausnimmt; hier lauten die Zahlen für die norwegische, die englische und die deutsche Handelsflotte 1,552.199, 9,001.860 und 1,639.552.)

In Dänemark lebt das Volk höchst gemüthlich mit seiner Königsfamilie und der König mit seinem Volke, aber bei den vom Volk erwählten Vertretern ist es Grundsatz, daß sie den König ärgern müssen, wofür er sie wieder ärgert. So hat man Jahre lang in einem Verfassungskonflikt gelebt, weil der König es für nöthig hielt, die Hauptstadt mit Befestigungen zu umgeben, und das Geld dazu, welches die zweite Kammer, das Folkething (die erste heißt Landsting), verweigerte, nahm, wo er es fand: das Volk gab es ihm bereitwillig. In das Jahr 1900 trat man mit einer oppositionellen Folkethingmehrheit und dem „konservativen“ Ministerium Hörring ein. Das Folkething verwarf dem ihm vorgelegten Brantweinsteuerentwurf und damit die geplante Steuerreform, das Ministerium trat im April zurück, der König aber berief statt seiner wiederum Männer der Rechten mit von Sehestad als Kabinettschef und Minister des Außern, wofür ihn dann im Oktober das Folkething damit ärgerte, daß es sich zum fünftenmal weigerte, den bereits verheirateten Töchtern des Kronprinzen eine Mitgift zu bewilligen; der reichste Mann im Lande könne seine Töchter selbst ausstatten, sagte einer der Abgeordneten. Daneben wird über den Verkauf der Dänemark gehörigen kleinen westindischen Inseln an die Vereinigten Staaten, die 4.000.000 Dollars bieten, verhandelt. Die Dänen sind im allgemeinen dagegen, ebenso die Bewohner von St. Thomas, die von St. Croix dafür; die 984 Bewohner von St. Jean haben sich, wie es scheint, noch nicht geäußert; zu einer Entscheidung konnte man sich noch nicht entschließen.

Im März erneuerte Kopenhagen seinen Gemeinderath. Es zogen ins Rathhaus ein: 15 Mitglieder der Linken, 12 Sozialdemokraten, 3 Gemäßigte und 6 Mitglieder der Rechten, was deswegen von Bedeutung ist, weil die Bevölkerung Kopenhagens ein reichliches Sechstel von der des Landes ausmacht. — Im Spätsommer füllte wie gewöhnlich die große Schar der kaiserlichen, königlichen und prinziplichen Kinder, Enkel, Schwiegerkinder und Vetter

des Königs Christian IX. die 400 Zimmer und Säle des Schlosses Fredensborg.

In Schweden beschäftigte eine Angelegenheit, die für moderne Ohren verwunderlich klingt — denn heute werden Städte und Länder nicht mehr verpfändet — eine Zeit lang die Phantasie. Im Jahre 1803 verpfändete König Gustav Adolf IV. seinen letzten Besitz auf deutschem Reichsboden, die Stadt Wismar, für ein Darlehen von 100.000 Riksdalern dem Herzog Franz Friedrich von Mecklenburg auf 100 Jahre. Die Jahrhundertwende erinnerte nun daran, daß die Leihfrist beinahe um sei, und man berechnete, daß die 100.000 Riksdaler durch Zinseszins auf 108 Millionen Mark angeschwollen seien, die Deutschland an Schweden zahlen müsse, wenn es Wismar behalten wolle. Der demokratische Abgeordnete Hedin meinte, Deutschland könne ja, anstatt diese Summe zu zahlen, Nordschleswig an Dänemark abtreten, womit der einzige Beschwerdepunkt,

der einer intimen Freundschaft zwischen den Deutschen und den Skandinaviern im Wege stehe, behoben sein würde. Die Kammermehrheit sagte sich jedoch, daß ein Staat wie das Deutsche Reich nicht nöthig habe, eine seiner Städte Ausländern abzukufen, und daß solche in vergangenen Zuständen wurzelnde Verträge für unsere Zeit keine Giltigkeit mehr haben; sie lehnte daher den Antrag Hedin's ab. Im Mai genehmigten beide Kammern nahe an fünf Millionen Kronen für Befestigungen, nachdem sich die zweite Kammer gegen einen Theil des vorgelegten Planes: die Befestigung der Station Boden an der Bahn Eulea-Gellivara zum Schutze gegen einen Einfall Rußlands von Finland aus, längere Zeit gesträubt hatte. Am 12. September machte das Ministerium Boström einem Ministerium von Otterplatz, und dessen Finanzminister, Graf Wachtmeister,

legte einen Heeresreformentwurf vor, dessen Durchführung eine jährliche Mehrausgabe von 22½ Millionen Kronen verursachen würde. Der große Gustav Adolf hatte die allgemeine Wehrpflicht eingeführt, so daß die Bauern die Infanterie, die Ritter die Kavallerie bildeten, ohne jedoch die Leute im Frieden zu langem Verweilen bei der Truppe zu verpflichten, und hatte das Land in Bezirke eingetheilt, deren jeder ein Fähnlein zu bilden hatte (wie heut noch bei den Buren), wes-

halb diese Volksarmee Indelta (die Eingetheilte) heißt. Karl XI. erleichterte den Dienst, indem er nicht alle Bauern verpflichtete, sondern jedem Bezirk nur eine bestimmte Anzahl auferlegte. Eine Reform von 1892 fügte der Indelta noch eine Anzahl von auf 90 Tage Verpflichteten und von Geworbenen bei. Nach der neuen Vorlage soll die allgemeine Wehrpflicht mit einjähriger Dienstzeit eingeführt werden. — Im Mai verbreitete ein Angeheuer Schrecken: Der Raubmörder Nordlund, der auf einem Dampfer des Mälarsees fünf Menschen tödtete und sieben verwundete.

Wie ausgezeichnet die Heeresorganisation in Nor-

wegen fungirt, bewies eine Mobilmachungsprobe im Frühjahr 1900 zu einer Zeit, wo das nordische Land noch tief in Schnee und Eis steckte; die Leute fanden sich trotz gewaltiger Terrainschwierigkeiten mit wunderbarer Schnelligkeit an den Sammelplätzen ein. Die Neuwahlen zum Storting im September verstärkten die radikale Mehrheit, die gegen die Union ist, d. h. die Verbindung mit Schweden auf die bloße Personalunion beschränken, ihren eigenen Minister des Auswärtigen und eigenes Konsulatswesen haben will. Der Premierminister Steen blieb nach der Stortingwahl im Amte und bildete nur sein Ministerium um. Mit der Prüfung des technischen Theiles der Konsulatsfrage wurde der Chef der



König Oskar von Schweden.

norwegischen Konsulatsabtheilung, Dr. Sigurd Ibsen, ein Sohn des Dichters Ibsen, beauftragt. Die Gegner des Ministeriums Steen werfen ihm unter anderem leichtsinnige Finanzgebarung vor; es habe die Staatsschuld auf 251 Millionen Kronen anschwellen lassen; zwar

sei sie größtentheils aus produktiven Anlagen, namentlich Bahnbauten, erwachsen, aber man sei in überschnellem Tempo vorgegangen und habe nur kleine Lokalbahnen gebaut, die Hauptverbindungen vernachlässigt, so daß Christiania noch nicht einmal mit Bergen verbunden sei.

Rußland.

Volk und Staat. * Rußlands auswärtige Politik. * Das Jahr 1900. * Finland.

Volk und Staat.

Sind vielleicht die Rassenunterschiede einzig und allein das Produkt von Lage, Bodengestalt und Klima? Wir wissen es nicht; nur so viel sehen wir, daß die geographischen Faktoren auf den Volkscharakter einwirken, und daß in Rußland Rassen-eigenthümlichkeit und geographische Verhältnisse in derselben Richtung harmonisch zusammenwirken. Beide sind asiatisch, nicht europäisch. Das Asiatische der Bodengestalt besteht in der großen Ausdehnung und der Gleichförmigkeit, dem Steppencharakter. Nur bei großer Mannigfaltigkeit der Bodengestalt, bei der Theilung jedes größeren Landes in kleine Ländchen, bei leichter Kommunikation zwischen den verschiedenen Ländchen und ihren Städten und bei reicher Entwicklung städtischen Lebens entstehen geistige Regsamkeit, mannigfache politische Gebilde, Reichthum und höhere Kultur, daher anfänglich, wo die Mittel des binnenländischen Verkehrs fehlen, nur in der Nähe des Meeres; Babylonien, Aegypten, dann aber in weit höherem Grade Griechenland, Italien, die Niederlande sind die Wiegen der Weltkultur gewesen. Bis auf den heutigen Tag müht sich die preußische Regierung vergebens ab, die an Rußland grenzenden und in Bodengestalt und Lage ein verkleinertes Abbild Rußlands darstellenden Provinzen Osteliens auf die Kulturhöhe des deutschen Westens zu heben. Und der binnenländischen Verkehrsmittel ist das Innere Rußlands noch nicht theilhaft geworden, nicht einmal Chaussees hat es, geschweige denn Lokalbahnen, und seine Flüsse sind die Hälfte des Jahres gefroren. Das Asiatische des Volkscharakters aber liegt in der Passivität der Slaven, von denen die Russen die allerpassivsten sind. Die Asiaten sind gewöhnt, sich als Kinder eines Vaters zu betrachten, der für sie sorgt und sie prügelt; die Europäer fühlen sich als gleichberechtigte mündige Männer, als Brüder, wenn durchaus ein Verwandtschaftsverhältnis zum Vergleich herangezogen werden soll. Die Majestät sammt allem, was die Ehrfurcht vor dem Hofe und vor hohen Würden erweckt, ist ein über Byzanz bezogener asiatischer Importartikel. In Griechenland, in Rom, im alten Germanien hat sich jeder freie als Souverän gefühlt und nur, soweit er die Nothwendig-

keit und Zweckmäßigkeit einsah, freiwillig einer von ihm erwählten Obrigkeit untergeordnet, und in den schweizer Urkantonen soll es noch vor 50 Jahren vorgekommen sein, daß, als einmal bei der Tagsatzung im Freien der Landammann seinen Regenschirm aufspannte, ein Bauer ihm sagte: „Du, thu' dei Regedach abe, wir han au keins.“ In neuerer Zeit schwindet allmählig dieser Zug des europäischen Rassencharakters, weil die ungeheure Kopfzahl der modernen Völker dem Einzelnen die Bethätigung seiner Souveränität unmöglich macht und die Schwierigkeit des Broterwerbs ihn dazu zwingt, sich in die mannigfachen Abhängigkeitsverhältnisse zu begeben.

In Rußland sind also Unkultur, vorherrschendes Bauernleben, große Gleichförmigkeit der Gesinnung und Gesittung und die despotische Regierungsform natürlich. Auch das Kirchenwesen hat sich harmonisch in den Gleichklang von Nationalität und Boden eingefügt; es ist ein abergläubischer Zeremoniendienst, den unwissende, armfelig lebende und zum Theil dem Trunk ergebene Popen leiten. Alles wirkt zusammen, neben mancherlei Lasten die drei Tugenden zu erzeugen, die in Armut, Niedrigkeit und Ohnmacht gedeihen: Geduld, Demuth und Bedürfnislosigkeit. Und diese Tugenden haben große politische Bedeutung; sie befestigen den Absolutismus der Regierung und machen den Russen zu einem guten Soldaten, dem freilich der französische Elan und die preußische Schneidigkeit, Behendigkeit und Intelligenz fehlen, der aber musterhaft diszipliniert ist, keinen eigenen Willen hat und auf Kommando nicht allein angreift und sich todtschießen läßt, sondern auch hungert und alles zum Leben Nöthige entbehrt, so lange der Leib die Entbehrung aushält, ohne zu sterben. Wenn dieser Staat auf den mächtigen Anstoß hin, den ihm Peter der Große gegeben, soweit europäische Militärverfassung, Finanzverwaltung, Verkehrsanstalten und Umgangsformen angenommen hat, daß man ihn offiziell als einen europäischen Staat gelten lassen muß, so ist ihm das nur durch die Aufnahme reichlicher europäischer Blutmenen in seine obersten Schichten möglich gewesen. Wie schon vor 1000 Jahren normannische, also germanische Waräger es gewesen sind, die das flugsandartig schweifende Nomadenvolk zu einem primitiven Staatswesen

zusammen geknetet haben, so waren es in neuerer Zeit germanische Pflanzfreier, die, dem russischen Herrscherhause eingepflanzt, den Staat vollends europäisierten. Die jetzige Dynastie ist bekanntlich rein deutsch und Deutsche der baltischen Provinzen sammt anderen ins Land berufenen oder freiwillig eingewanderten Ausländern halten als Seele und Rückgrat der russischen Verwaltung diese einigermaßen in Ordnung, wenn sie auch nicht imstande sind, den Schaden abzuwenden, den die untergeordneten nationalrussischen Organe durch Trägheit, Unverstand, Nachlässigkeit, Betrügereien, Unterschlagungen und Bestechlichkeit anrichten. Industrie ist in den letzten 30 Jahren mit Hilfe von Schutzzöllen, von ins Land gelockten ausländischen Unternehmern, Ingenieuren, Vorarbeitern und Kapitalien besonders in den polnischen Grenzgegenden treibhausartig großgezogen worden, sie entbehrt aber der festen Wurzeln im Volke. Es fehlt an der organischen Verbindung zwischen beiden. Die Industrie ist nicht gleichmäßig übers Land vertheilt, sondern in einigen Grenzbezirken, in Petersburg und Moskau konzentriert; und die russischen Bauern, die heut noch reichlich vier Fünftel der Bevölkerung ausmachen, sind zu arm, um gute Abnehmer von Erzeugnissen des Gewerbsfleißes werden zu können.

Und die Armut der Bauern artet je länger je mehr in proletarisches Elend aus. Die vom „Czar-Befreier“ Alexander II. durchgeführte Aufhebung der Leibeigenschaft hat nicht, wie die ähnlichen

Mafregeln in Deutschland und Frankreich, einen kräftigen Bauernstand erzeugt. Zunächst sind die Bauernantheile zu klein bemessen worden, so daß bei einer mittleren Ernte der Bauer nur wenig über den Bedarf seiner Familie erzielt. An Verwerthung der Viehprodukte, an den Bau von Gemüse und Handelsgewächsen kann der russische Bauer nicht denken, weil er keine städtischen Abnehmer in der Nähe hat; er zieht deshalb auch nur wenig — natürlich schlechtes — Rindvieh und bestellt den Acker mit Pferden. Für sein Getreide, wenn er welches für den Verkauf übrig hat, bekommt er vom Händler jämmerliche Preise, weil diesen beim fehlen guter Straßen der Transport bis zur nächsten Bahn- oder Dampferstation zu viel kostet. Von rationeller Wirthschaft kann bei der Unwissenheit (nur sehr wenige Landleute können lesen), dem Stumpfsinn, der Apathie und der Armut des Bauern keine Rede sein; er bestellt den

Acker nach Urväterweise mit Urväterpflügen und elendem Zugvieh. Auch genießt er keinerlei Fachunterricht in Vereinen oder landwirthschaftlichen Lehranstalten und hat kein Muster am Gute des gnädigen Herrn vor Augen, das ebenfalls schlecht bewirthschaftet wird, wenn auch besser als seines, namentlich wo ein deutscher Inspektor waltet. Endlich sind dem Bauer überall dort die Hände gebunden, wo die Einrichtung des Mir besteht, d. h. wo der Bauernacker als Gemeineland gilt und von Zeit zu Zeit unter die Dorfinfassen neu vertheilt wird. Und zu allerlezt kommt der Staat und ruiniert den Aermsten vollends durch die Höhe und die unzweckmäßige Erhebung der Steuern und der Ablösungsgelder. Der Steuereintreiber

hält sich an die ganze Gemeinde, nimmt dem Haus die letzte Kuh und den letzten Getreidevorrath, wenn der Kunz nicht zahlen kann, und da in allen Gemeinden die Steuerrückstände sich seit Jahren häufen, die Gemeindevorsteher Analphabeten sind und kein Buch führen können, niemand im Dorfe weiß, wie viel eigentlich seine Rückstände betragen, so ist die ganze Bauernschaft reiner Willkür preisgegeben. Verstecken die Leute ärmliche Reste ihrer Habe vor dem Steuereintreiber, so prügelt dieser solche Kontrebande mit der Knute heraus.

So fehlen den Unglücklichen schon bei Durchschnitternten oft Ausfaat und Zugvieh zur Ackerbestellung, wie erst nach Mißernten! Und diese folgen immer rascher aufeinander, vorzugsweise auf der ehemals durch ihre Fruchtbarkeit



Graf A. V. Muraviev †.
Russischer Minister des Auswärtigen

berühmten Schwarzerde des mittleren und südlichen Rußland. Die Aussaugung des Bodens durch irrationellen Betrieb und die Waldverwüstung wirken zusammen, den Boden, das Klima und die Bewässerung zu verschlechtern, und den des Waldschutzes beraubten Boden überschüttet der Ostwind mit sibirischem Steppensand. Unter den beschriebenen Verhältnissen muß jeder Mißwachs Hungersnoth zur Folge haben.

Die Hungersnöthe sind seit 15 Jahren eine endemische Krankheit; die größten Verwüstungen haben die von 1891 und 1898 angerichtet. Im Jahre 1900 sind einige nördlich vom Gebiet der Schwarzerde gelegene Gouvernements von Hungersnoth heimgesucht worden, die ja stets dürrtige Ernten haben (das drei- bis vierfache der Ausfaat; in Deutschland erntet man das zehnfache), aber bis dahin wenigstens von völligem Mißwachs verschont geblieben waren. Der ehrliche Finanz-

minister Bunge erklärte offenherzig, daß an den schlechten Finanzen Rußlands die schlechten ökonomischen Verhältnisse des Volkes schuld seien. Solche Offenherzigkeit wird aber in Rußland nicht geduldet. Bunge mußte nach kurzer Verwaltung 1887 sein Portefeuille abgeben, und seine Nachfolger Wyshnegradsky und Witte haben es verstanden, das Volkseleud hinter der schönen Kulisse glänzender Etatsberichte zu verbergen. Immerhin ist Herr Witte noch so ehrlich, seinem letzten Finanzbericht die Bemerkung beizufügen, sechs Milliarden Rubel Staatsschulden seien zwar

für ein so großes Reich an sich nicht schlimm, doch sei Rußlands Lage im Vergleich mit der anderer Großstaaten schwieriger, weil das russische Volk, namentlich der Bauernstand, weniger zahlungsfähig und die Hälfte der Staatsschuld im Auslande untergebracht sei. — Da der Russe von Natur weich und mitleidig ist, so hat das Mitleid mit dem Volkseleud dazu beigetragen, die aus Frankreich und England importirten Freiheits- und Revolutionsideen in den Köpfen der Studirenden zu verstärken, und hat den Nihilismus, den Anarchismus und die Attentatsucht erzeugt, die, durch grausame Repression zeitweilig daniedergehalten, immer wieder

aufs neue ausbricht. Als ideale Reaktion gegen die westlichen Ideen ist der Panславismus entstanden, der die westliche Kultur für Krankheit, Verderbnis und Entartung erklärt und dem Czar die Mission zuschreibt, zunächst alle Slavenvölker unter seinem Szepter zu vereinigen und dann die ganze Welt vom Kultureleud zu erlösen, zu erneuern und ihr die Jugendfrische zurückzugeben.

Rußlands auswärtige Politik.

Die ungeheuerere Ausdehnung des russischen Gebietes, die ja allerdings ein militärischer Machtfaktor ersten Ranges ist, da sie jeden Invasionskrieg aussichtslos macht, die hündische Unterwürfigkeit von hundert Millionen Menschen und das hundert-

jährige Wettkriechen verschiedener Potentaten und Kabinette vor dem Czaren haben die leitenden russischen Kreise zu einer Selbstschätzung und zu Ansprüchen verleitet, auf die der wirtschaftliche und Kulturzustand des Volkes kein Recht gibt. Diese Ansprüche haben zusammen mit einem wirklichen Bedürfnis die Richtung der auswärtigen Politik Rußlands bestimmt. Um seine freilich meist noch ungehobenen Naturschätze verwerthen und durch lebhaften Verkehr mit dem Auslande die schlummernden Geisteskräfte seines Volkes wecken zu können, bedarf Rußland eisfreier Häfen an offenen

Meeren. Deshalb vorzugsweise hat es hundert Jahre lang nach dem Besitz von Konstantinopel gestrebt, das zu begehren außerdem ein mystischer Grund bewog, da nach Ansicht des russischen Volkes dem Oberhaupt und Schutzherrn der orthodoxen Kirche sein Thron in der Hagia Sophia gebührt.

Als die Aussicht auf diesen Besitz in immer weitere Ferne rückte, und auch das angeblich für die Befreiung der Balkanchristen vergossene Blut dem Ziele nicht näher brachte, begnügte sich Rußland vorläufig mit der Beherrschung des Schwarzen Meeres und der bei Konstantinopel vorbei ins Mittelmeer füh-



Vladimir Nikolajewitsch Graf v. Kambsdorff, der neue russische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten.

renden Seestraßen, wozu es 1870 durch die Niederlage Frankreichs gelangte, das ihm mit England zusammen im Krimkriege den Verzicht auf eine Kriegsslotte im Schwarzen Meer und auf die freie Durchfahrt auferlegt hatte. Wenn ein Kulturstaat, mag seine Kultur auch noch so tief stehen, Wilde oder Barbaren zu Grenznachbarn hat, so ist er fast stets gezwungen, diese durch Unterwerfung zur Ruhe zu bringen. So ist es Rußland auf seiner tausend Meilen langen asiatischen Grenze ergangen. Es frist sich immer tiefer ins Innere Asiens ein, und dadurch wird seine auswärtige Politik immer stärker von ihrer ursprünglichen Richtung abgelenkt. Und es folgt dem neuen Zuge willig aus drei Gründen. Erstens winkt der Besitz eisfreier Häfen an der ostasiatischen

Küste und am persischen Meerbusen; zweitens winkt dem Czaren die märchenhafte Aussicht, Großkönig von ganz Asien zu werden und beim Zusammenstoße mit dem indischen Reiche Englands diesem alten verhassten Todfeinde den Todesstoß zu versetzen, und drittens winkt die Aussicht, aus dem arbeitswilligen Chinesenvolke Industriearbeiter zu gewinnen, die bei gehöriger Leitung und Ausnützung Rußland zum reichsten Staate der Welt machen können.

Ein Hauptmittel zur Verwirklichung dieser Pläne ist die 10.000 Kilometer lange sibirische Bahn, das größte Eisenbahnunternehmen der Welt, das die Entsendung von Truppen, Munition und Proviant in großem Umfange und mit einer für asiatische Verhältnisse genügender Schnelligkeit ermöglicht. Und darauf beschränkt sich vorläufig die weltgeschichtliche Bedeutung dieser Bahn, deren Anlage, und zwar zum Zweck der Eroberung Chinas, der mit Prophetenblick begabte Friedrich List den Russen schon vor mehr als 60 Jahren empfohlen hat. Was den Gütertransport und den Personenverkehr anlangt, so wird, wie im 15. Heft des Jahrganges 1900/1901 der in Prochaskas Verlag erscheinenden Zeitschrift „Die Reform“ ein Sachmann nachweist, die Bahn wegen ihres zur Zeit noch unvollkommenen Bauzustandes und Betriebes und wegen der Unwirtschaftlichkeit der Länder, durch die sie führt, den Dampfern noch lange nicht Konkurrenz machen können.

Das Jahr 1900.

Da die ganze englische Kriegsmacht durch den Burenkrieg in Afrika festgehalten wurde und sogar aus Indien Truppen gezogen werden mußten, war alle Welt gespannt darauf, ob nicht Rußland diese Lage ausnützen werde. Und in der That erfuhr man Anfang Januar, daß Rußland die Avant-

garde des kaukasischen Armeekorps von Tiflis nach Kisch an der afghanischen Grenze vorschlebe, angeblich, weil der Emir Abdurrahman Chan todtgesagt werde und Unruhen zu befürchten seien. Es handelte sich jedoch nur um einen Probemarsch, der übrigens sehr gut durchgeführt wurde. Die „St. Petersburger Zeitung“ bemerkte darüber: „In anderen Zeiten würde die englische Regierung diese Probemobilmachung mit unberechtigtem Kriegsgeschrei begleitet haben; heute wird sie eine Lehre daraus ziehen und begreifen, daß das Pochen auf

ihre unbestrittene Seeherrschaft Rußland gegenüber so wenig nützt wie gegen die beiden süd-afrikanischen Republiken.“ Als am 21. Juni der Minister des Aeußern, Graf Murawjew, plötzlich starb (zu seinem Nachfolger wurde Graf Lambsdorff ernannt), wollten Kundige wissen, er habe sich selbst den Tod gegeben, weil der Kaiser auf seinen Vorschlag, eine so schöne, vielleicht in 100 Jahren nicht mehr wiederkehrende Gelegenheit zu einem ernsthaften Vorstoße gegen England zu benützen, nicht angenommen habe. Aus Persien verdrängte Rußland den letzten Rest des englischen Einflusses, indem es Minen, Wege- und Eisenbahnkon-



Mirza Aschraf-Din, Schah von Persien.

zessionen dort erwarb und endlich im Januar 1900 das arme Land durch ein Darlehen von 22½ Millionen Rubel ganz von sich abhängig machte. Rußland lebt zwar selbst auf Pump, aber da es hunderte von Millionen zu pumpen pflegt, kann es an asiatische arme Teufel immerhin einige Duzend Millionen abgeben. Als dann im Sommer der Schah St. Petersburg besuchte, fand er die liebenswürdigste und glänzendste Aufnahme. Zur Sicherung der Zinsen hat sich Rußland die Aufsicht über die persischen Zollämter ausbedungen. Im März schloß die russische Regierung mit der türkischen einen Vertrag, durch den einem russischen Syndikat das Vorrecht auf den Bau und Betrieb aller



Der Reisewagen des Schah von Persien.

Eisenbahnen im Küstengebiet des Schwarzen Meeres gesichert wird; die durch den Vertrag für Rußland abgeforderte Zone grenzt südwestlich an die der anatolischen Bahn, für welche eine deutsche Gesellschaft die Konzession hat.

Das Nomadenblut regt sich bei den Russen, so oft die Gelegenheit günstig ist. Da der Bauer nach seiner „Befreiung“ zu verhungern in Gefahr schwebt, schweift er umher, um entweder in der Industrie dauernd oder vorübergehend Arbeit zu finden, oder sich anderswo anzusiedeln. Als unermessliches Ansiedlungsgebiet steht ihm Sibirien offen, das freilich nur in seinem südlichen Theile anbaufähig ist. In den Jahren 1898 und 1899 waren 200.000 Personen aus den mittleren und westlichen Gouvernements nach Sibirien gewandert, und der Strom hatte sich bis in die östlichsten Gebiete an der chinesischen Grenze ergossen. Im Jahre 1900 soll die Auswandererzahl noch gestiegen sein. Anfänglich waren die Auswanderer Landwirthe, die sich wirklich ansiedelten; infolge des steigenden Bauernelends nimmt die Auswanderung immer mehr einen proletarischen Charakter an, und herumstreichendes Gesindel stellt der Regierung neue Aufgaben, die sie so wenig wie die alten zu lösen vermag. Immerhin ist durch die Auswanderung ein Theil des früheren Urwaldes und Unlandes in mit Ortschaften bedeckten Kulturboden verwandelt worden, und deshalb wurde

im Juni durch einen kaiserlichen Ukas bestimmt, daß die für bürgerliche und bäuerliche Ansiedler lästige Deportation und Zwangsansiedlung von Sträflingen abgeschafft werden soll, vorbehaltlich gewisser besonderer Fälle, die näher bezeichnet werden. — Im Spätherbst starb der Fürst Imeretinski, der als Statthalter von Polen mild regiert und die Polen einigermaßen mit der russischen Herrschaft auszuföhnen verstanden hatte.

Finland.

Den asiatischen Mohammedanern und Buddhisten gegenüber ist Rußland sehr duldsam; es tastet weder ihre Religion, noch ihre Sitten an, läßt ihnen ihre Sprache und versteht sie umso rascher an seine Herrschaft zu gewöhnen, als ihre Kulturstufe und ihre Auffassung des Verhältnisses zwischen Herrscher und Volk durchaus der des gemeinen Russen entspricht. Dagegen ist es unduldsam gegen die Nationalitäten an seiner europäischen Westgrenze, von denen es fürchtet, sie könnten mit stamm- und religionsverwandten Völkern und Staaten konspirieren. Zuerst hat es die unirten Katholiken mit der Knete in die orthodoxe Kirche zu treiben versucht, dann an der Russifizierung der Polen gearbeitet, dann die evangelischen Deutschen der baltischen Provinzen drangsalirt und jetzt zieht es über die evangelischen Finnen her, die bis 1809 mit Schweden politisch

verbunden waren. Die Finnen erfreuten sich verfassungsmäßig einer gewissen Selbstregierung; ihr Landtag hatte das Recht der Gesetzgebung, und zum Heere stellten sie ein eigenes national organisiertes Kontingent. Am 24. Januar 1899 aber erklärte ihnen der Generalgouverneur bei Eröffnung des Landtages, sie brauchten kein von dem allgemein russischen gesondertes Heer, und durch kaiserlichen Erlaß vom 15. Februar wurde das Gesetzgebungsrecht des Landtages eingeschränkt. Am 5. März wurde ein neuer Soldateneid eingeführt, worin der früher übliche Titel des Kaisers „Großfürst von Finland“ fehlt und statt „Vaterland“ „russisches Reich“ gesagt wird. Alle Proteste, Bittschriften, Deputationen nach St. Petersburg waren umsonst. Bei Eröffnung des Landtages am 27. Januar 1900 kündigt die kaiserliche Botschaft Vorlagen an zur Hebung der durch Mißwachs verursachten Noth der Landwirthe und Landarbeiter und droht mit Abschaffung des

Landtages, wenn dieser sich unterstehe, über andere Dinge als die vom Kaiser vorgeschriebenen zu verhandeln. Da der Landmarschall des Adels und der Sprecher des Bürgerstandes in ihren Antwortreden sagen, das Volk betrachte die herkömmliche Selbstregierung als Lebensbedingung, werden sie in einem kaiserlichen Reskript getadelt. Die höchsten Provinzialämter werden mit Russen besetzt, und ein kaiserlicher Erlaß vom 20. Juni verordnet, daß vom 1. Oktober an bei allen Behörden ausschließlich die russische Sprache als Geschäftssprache gebraucht werden soll. Die Senatoren weigern sich, den Erlaß zu veröffentlichen mit der Begründung, daß er der Verfassung des Landes widerspreche, und daß von seinen 3,700.000 Bewohnern nur 7000 der russischen Sprache mächtig seien. Im Juli legen zwölf protestirende Senatoren ihre Aemter nieder. Im September wird eine Kommission eingesetzt, welche die Verfassung des Landtages zu revidiren hat.

Die Balkanstaaten.

Rumänien. * Bulgarien. * Das mazedonische Komitee. * Serbien. * Griechenland. * Montenegro. * Die Türkei.

Die interessanten Leuten der Gegend, wo man das nicht immer ganz reine Hemd über den Hüften trägt — oder ehemals trug, denn auch sie europäisiren sich ja immer mehr — leiden an zwei Uebeln. Sie sind Bauern, die bis zur Befreiung vom Türkenjoch, deren die meisten theilhaft geworden sind, in patriarchalischen und naturalwirthschaftlichen Verhältnissen gelebt und von der Politik und ihren mancherlei Unbequemlichkeiten und Kosten nichts gewußt haben. Nach ihrer Befreiung hat man sie mit Konstitutionen nach französischem Zuschnitt beglückt und ihnen die Verpflichtung auferlegt, sich zu zivilisiren, d. h. stehende Heere, eine diplomatische Vertretung, vielerlei Behörden, höhere und niedere Unterrichtsanstalten einzurichten, die dafür erforderlichen Gebäude sowie Eisenbahnen und andere Verkehrsstraßen zu bauen, das Geld dafür durch Anleihen zu beschaffen, diese Anleihen zu verzinsen, die Verzinsung durch Steuern und den Steuergroschen durch Aenderung ihrer Wirthschaft aufzubringen; die türkischen Behörden hatten die Steuern in natura, durch Pfändung von Getreide und Vieh, eingetrieben. Dazu machen ihnen die Wahlen den Kopf wirr, und bei dem Geschrei der Parteien, die von europäisch geschulten Ciceronen organisiert werden, kennen sie sich nicht mehr aus. Nicht, daß ihnen Selbstregierung etwas Fremdes wäre; im Gegentheil: die Türkei gestattet — schon aus Bequemlichkeit — den Dorfgemeinden und Kirchensprengeln einen hohen Grad von Selbstregierung und behält sich nur vor, so oft dabei etwas herauskommt, was ihr nicht paßt, eine beliebige Anzahl von Köpfen abzufäbeln. Aber bei solcher Dorfregierung handelt es sich um Dinge, die sie kennen, und um einen Kreis, den sie über-

sehen, dagegen geht natürlich von den Staatsanlässen ihrer Parlamente vieles über ihren Horizont hinaus, und sie sind noch nicht so gebildet wie der Pariser, der Berliner, der Wiener, der sich wenigstens einbildet, er verstehe alles, wenn er auch nicht einen Schimmer von wirklichem Verständnis hat. Da seufzt denn so ein Bäuerlein manchmal: in der Türkei war's doch eigentlich gemüthlicher!

Das zweite Leiden besteht in der ewigen Unruhe, die aus dem Umstande entspringt, daß der Staatenbildungsprozeß auf der Balkanhalbinsel noch nicht abgeschlossen ist. Zunächst will alles von der Türkei los, was noch nicht befreit ist, und sollen die Türken als Eindringlinge nach Asien zurückgejagt werden. Dann aber leiden alle diese Nationchen ein wenig am Größenwahn: sie träumen von einem dakorumänischen, von einem großbulgarischen, einem großserbischen, einem großgriechischen Reiche; eine jede will nicht bloß die noch zu befreienden Theile des türkischen Reiches, sondern auch einen Fehden vom Bruder- und Nachbarstaat haben; sie behaupten, die Grenzen ihrer Staaten fielen nicht genau mit den Staatsgrenzen zusammen, ohne zu überlegen, daß in einem solchen Völkergemisch die genaue Anpassung der politischen an die Sprachgrenzen unmöglich ist. Ein Element der Unruhe wenigstens scheint vor der Hand ausgeschaltet zu sein: seitdem Rußland so tief in Ostasien engagirt ist, hat es keine Zeit mehr, auf dem Balkan den Rubel rollen zu lassen, und hat vielleicht auch keine übrigen Rubel mehr. Es wird also dort nicht mehr von St. Petersburg aus abwechselnd gegen die Türken, gegen Oesterreich und gegen solche Regierungen der neuen Kleinstaaten geheßt, die sich undankbar

gegen den Czar-Befreier benehmen, und wenn der Fürst des eine zeitlang sehr undankbaren Bulgariens jetzt fleißig bei Vätern antichambriert, so ist das seine persönliche, politisch aber harmlose Angelegenheit.

Rumänien.

Das junge Königreich Rumänien hat unter der tüchtigen Regierung des Hohenzollern Karl schöne Fortschritte in der Kultur gemacht: Bahnen gebaut, Schulen gegründet, Bukarest zu einer glänzenden europäischen Großstadt gemacht, mit Hilfe deutscher Einwanderer die Landwirthschaft verbessert und die Gewerbe gehoben. Aber das alles kostet eben Geld, und so plagten es immer noch die Finanzschmerzen; im Frühjahr 1900 z. B. wurde der Staat zur Zahlung von 6¼ Millionen Franks an Hallier, der den Bau des Hafens in Constanza übernommen hatte, verurtheilt. Das Defizit des laufenden Jahres konnte man nicht durch eine gewöhnliche Anleihe, sondern nur durch ein Lombardgeschäft, d. h. durch Verpfändung von Staatseinnahmen an eine ausländische Bank, decken. Diese finanziellen Schwierigkeiten waren es wohl vorzugsweise, die im Juli das Ministerium Cantacuzene zum Rücktritt bewogen. Der neue Ministerpräsident Carp konnte sich auf eine Fusion der Alt- und der liberalisirenden Neukonservativen stützen (die zweiten nennen sich Konstitutionelle oder Junimisten). Bei der Eröffnung der Kammer im Oktober erklärte Carp, um die Finanzen zu saniren, müsse man sich in den Ausgaben einschränken. — Rumänien hat eine zahlreiche Judenbevölkerung, die ihm seit Jahrzehnten Schwierigkeiten bereitet; in der Moldau bildet sie ein reichliches Zehntel (195.000 von 1,832.000 Seelen) der Gesamtbevölkerung. Die Juden genießen noch nicht volle Gleichberechtigung mit den Christen und sind manchen Beschränkungen unterworfen, namentlich ist ihnen die Niederlassung in Dörfern verboten; die meisten nähren sich als arbeitsame Handwerker.

Im Jahre 1899 wurde Rumänien von einer Mitternte heimgesucht, und die ärmere Bevölkerung, zu der die jüdische gehört, gerieth in große Noth. Mehrere Tausend Juden wanderten aus, und zwar nach Canada, das Reisegeld brachten wohlhabende Glaubensgenossen auf. Aber während der Auswandererstrom noch weiterfloß, kam die Kunde, daß Canada die Leute nicht aufnehme. Ueber 3000 kehrten im August zurück. Die Regierung unterstützte sie und gab ihnen die Erlaubnis, sich in kleineren Marktflecken und Dörfern niederzulassen.

Im Herbst veranlaßten die Nachwirkungen der Mitternte und die Einführung einer neuen Steuer auf die Bereitung von Zwetschenbranntwein in einigen Gegenden Bauernunruhen: die Steuererheber und das ihnen folgende Militär wurden mit Knütteln empfangen.

Bulgarien.

Fürst Ferdinand bemühte sich, wie schon erwähnt, beharrlich um die Gunst des Czaren. Im Jahre 1899 hatte er sich einen russischen Armee-revisor verschrieben, auf dessen Rath er 58 ältere, wie die Zeitungen versichern, verdiente und noch diensttaugliche Offiziere durch jüngere, in russischen Anstalten ausgebildete ersetzte und zu Beginn des Jahres 1900 bat er um einen Finanzkontrolleur; man schickte ihm den Geheimrath Kobeko, der die Lage der bulgarischen Finanzen für schlimm erklärte, aber russische Hilfe nicht in Aussicht stellen konnte.

Von einem Konsortium, das Bahnbauten in Bulgarien unternommen hatte und das Forderungen im Betrage von 8,000.000 Franks an den Staat erhob, wurde die Regierung verklagt.

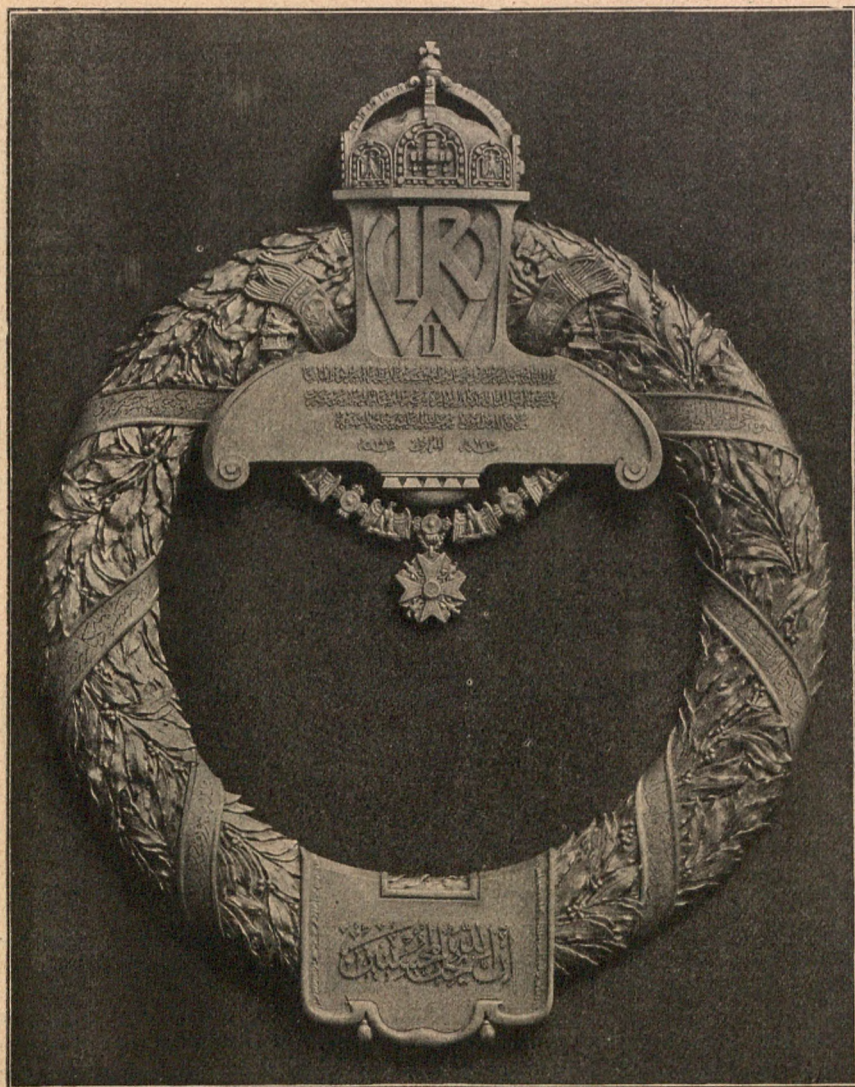
Als man nun zur Sanirung der Finanzen einen landwirthschaftlichen Naturalzehnten einführte, so erregte das Unruhen. Die Bauern in der Gegend von Sofia, die Rüben für belgische Zuckerfabriken bauen, erklärten, sie würden den Rübenbau einstellen. Im Bezirk von Rustschuk kam es im Mai zu Thätlichkeiten. Einige Zeitungen berichteten, die Bauern seien von Haus aus gar nicht gegen die Steuer gewesen, sie würden nur von den gewerbmäßigen Politikern der Opposition aufgehetzt, die auf den Sturz des Ministeriums ausgingen. Jedenfalls breiteten sich die Unruhen in dem Maße aus, daß die Regierung im Juni über sieben Kreise das Standrecht verhängen mußte. Erst im Oktober konnte der Belagerungszustand wieder aufgehoben werden.

Einen Bauernkongreß, der in Plewna stattfinden sollte, verbot die Regierung, aber sie konnte nicht hindern, daß für den Plan agitirt wurde, die Bauern zum Austritt aus allen politischen Parteien und zur Gründung einer eigenen Bauernpartei zu bewegen. — Im Dezember machte das Ministerium Radoslawow einem Ministerium Iwantschow Platz.

Vierzehn Tage darauf wurde in Sofia ein Bauernkongreß abgehalten, den die Regierung verständigerweise nicht hinderte. Die Leute beriethen ganz ruhig und vernünftig über ihre Noth und beschloßen, da es ihnen an jeder Organisation fehle, bei den bevorstehenden So-branjewahlen noch nicht als selbständige Partei aufzutreten und noch keine eigenen Kandidaten aufzustellen.



Th. Iwantschow, bulgarischer Ministerpräsident.



Der Widmungsfranz des Deutschen Kaisers für das Grabmal des Sultans Saladin in Damaskus.

Das mazedonische Komité.

Die Organisation zur Befreiung Mazedoniens vom türkischen Joch hielt im Juni 1899 zu Sofia einen Kongreß ab, auf dem der energische Boris Saraſow zum Präsidenten gewählt, dem Verein der Name „Hohes mazedonisch-adrianopolitanisches Komité“ beigelegt und diesem ausdrücklich die Aufgabe gestellt wurde, dem Lande Mazedonien und dem Vilajet Adrianopel zur Autonomie zu verhelfen. Da die Bulgaren hoffen, die genannten Provinzen würden sich nach ihrer Befreiung dem bulgarischen Staate anschließen, so ist die Bewegung in Bulgarien ungemein populär, und sowohl Volk als Regierung unterstützen das Komité mit Geld. Rußland, das bis vor einigen Jahren ebenfalls Geld für diesen Zweck zahlte, empfindet jetzt alle Unruhen auf der Balkanhalbinsel als Störungen seiner asiatischen Politik und hat durch seinen

Vertreter in Sofia, als im Sommer 1900 die Bewegung einen drohenden Charakter anzunehmen anfing, ihre Führer einzuschüchtern versucht. Die Gaben, die dem Komité freiwillig zufließen, genügten ihm nicht, und es begann wohlhabende Bulgaren und Rumänen zu schäzen. Mehr und mehr artete es in eine Kamorra aus, indem es eine Liste entwarf, den darauf Verzeichneten Beiträge von bestimmter Höhe auflegte und sie mit dem Tode bedrohte, wenn sie nicht zahlten. Als nun im Juni ein vornehmer Rumäne namens Kradja schwer verwundet, am 5. August in Bukarest ein Professor Mihailcano, der aus Mazedonien stammte, ermordet worden war, ließ die rumänische Regierung eine Anzahl Personen, die der Theilnahme an der mazedonischen Agitation verdächtig waren, verhaften, erlangte Beweise dafür, daß Komitémitglieder die Mörder angestiftet hätten, so wie für die Gelderpressungen, die das Komité verübte, und verlangte von der bulgarischen Regierung, daß sie gegen das Komité einschreite. Diese antwortete, gegen das in Bulgarien sehr populäre

Komité als solches könne sie nicht einschreiten (womit sie die Wahrheit sprach; sie hätte in der That die Macht dazu nicht gehabt), aber wenn einzelnen Komitémitgliedern gemeine Verbrechen nachgewiesen würden, so werde sie gegen diese vorgehen. Sie leitete eine Untersuchung ein und — fand nichts. Die Spannung zwischen Rumänien und Bulgarien wurde so stark, daß die Zeitungsreporter schon die Kriegsfurie an die Wand malten. Diese in Wirklichkeit heraufzubeschwören, war glücklicherweise nicht möglich, weil keiner der beiden erzürnten Staaten Geld hatte, aber völlig beigelegt wurde die Angelegenheit vor Jahreschluß noch nicht.

Serbien.

Die guten Serben sind außer mit Staatsschulden, Parlamentsparteien, Ministerkrisen und ähnlichen modernen Kulturgütern auch noch mit einer Königs-

familie von zweifelhafter Güte geplagt. Und im Jahre 1900 war nun wieder einmal ein bedenkliches Familienereignis die politische Hauptaktion: der 24jährige König Alexander verlobte und vermählte sich mit der 39jährigen Draga Maschin (höfliche Korrespondenten geben ihr blos 33 Jahre), der Tochter eines Woivoden, die früher Hofdame der Königin Natalie gewesen war und dann einen Bergingenieur geheiratet hatte, den sie nach kurzer Ehe durch den Tod verlor. Die leitenden Kreise waren wüthend; statt daß ihr junger König, wie sie gehofft hatten, durch die Vermählung mit einer Prinzessin aus einem alten Hause der wenig angesehenen serbischen Krone Glanz verliehen hätte, forderte er durch die Verbindung mit einer betagten bürgerlichen Wittib den Spott der ganzen Welt heraus! Das Ministerium dankte ab, Papa Milan legte den ihm verliehenen Feldherrnstab in die Hand seines Sohnes zurück, und die liebenswürdige Natalie schickte dem Brautpaare eine offene Postkarte mit einem Glückwunsch, der im Stil erzürnter Höckerweiber gehalten war. Alexander aber ließ sich nicht beirren. Er setzte den liebenden Eltern den Stuhl vor die Thür, berief ein neues Ministerium Jwanowitsch und erklärte seinem Volke in einer Proklamation, er habe beschlossen, ihm wie in allen anderen Dingen so auch in einem glücklichen Eheleben voranzuleuchten und für Nachfolge auf dem Throne zu sorgen. Am 5. August wurde in Belgrad mit großem Glanze die Hochzeit gefeiert.

Griechenland.

Dem Griechenvölklein, für das sich vor 80 Jahren ganz Europa begeisterte, machen heutige Gelehrte die hellenische Abstammung streitig. Indes scheint es diese durch sein Betragen einigermaßen zu beweisen. Das Landvolk der Provinz lebt noch so einfach, schlecht und recht bei Ziegenkäse und in strenger Familiensucht wie die Zeitgenossen des göttlichen Sauhirten (der für seine Person 20 Jahre lang auf die ihm vom Herrn versprochene Gattin warten mußte), das Stadtvolk aber ist ebenso parteisüchtig, disputirsüchtig, undiszipliniert und leichtfertig wie das athenische in den Tagen des Aristophanes. Die Tapferkeit der Marathon- und Thermopylenkämpfer haben die heutigen Griechlein freilich im letzten Türkenkriege nicht bewiesen, dafür haben sie sich als gute Käufer bewährt, was ja die alten Hellenen auch gewesen sind. Die Unzufriedenheit mit der schlechten Staatsverwaltung und dem Parlamentsunfug ist nicht blos bei den internationalen Inhabern griechischer Anleihe Scheine, sondern auch im Ländchen selbst allgemein; im Juni des Jahres 1900 organisierte ein pensionirter Major Phikioris, der zu Sparta lebte und dem sich allerlei Flüchtlinge anschlossen, einen förmlichen Aufstand, und im August meuterten aktive Offiziere, die man mit Versehung bestraft. Die Patrioten sehen ihre

Hoffnung auf den Kronprinzen Konstantin, der die Armeeorganisation durchführen werde, über die das Parlament seit dem türkischen Kriege ergebnislos debattirt; am 28. September ist er zum beinahe unumschränkten Oberbefehlshaber der Armee ernannt worden.

Montenegro.

Der poetische Fürst der Schwarzen Berge und der Hammeldiebe, der als Schwiegervater des Königs von Italien in der Hochachtung der Kabinette um einige Grade gestiegen ist, feierte das Jubiläum seiner 40jährigen Regierung und nahm auf Bitten des Staatsrathes den Titel Königliche Hoheit an.

Die Türkei.

Der franke Mann am Bosphorus hat ein zähes Leben. Ob es den Jungtürken und ihren europäischen Freunden gelingen wird, das kraftlose zerbröckelnde Reich noch einmal zu regeneriren, steht dahin. Ein geflüchteter Schwager des Sultans, Damad Mahmud Pascha, richtete von Paris aus an einen jungtürkischen Redakteur einen Brief, der Anfang 1900 veröffentlicht wurde; darin wird gesagt, das große türkische Volk werde von den despotischen Krallen des unwissenden und tyrannischen Abdul Hamid zerdrückt. Leute jedoch, die den Brieffschreiber kennen, sagen, daß er in englischem Solde stehe, daß ihm für Geld alles feil sei und daß er um kein Haar besser regieren würde als der jetzige Sultan. Von Vortheil ist den Türken die Freundschaft des Deutschen Reiches;



Osman Pascha, der Vertheidiger von Plewna.

die Vermehrung der deutschen Postanstalten im Frühjahr 1900, der in Aussicht genommene Ausbau des anatolischen Bahnnetzes und der lebhaftere Handelsverkehr mit Deutschland sind doch Verbesserungen, die zunächst der türkischen Bevölkerung

zugute kommen. Zur Heilung der immer kranken Finanzen wurde eine sechsprozentige Erhöhung des Zehnten, der Hammelsteuer, der Gewerbesteuer, der Wehr- und der Grund- und Gebäudesteuer verfügt. Eine Wehrsteuer haben nur die Christen zu zahlen, die bekanntlich nicht zum Kriegsdienst verpflichtet sind; dessen Ehre hat sich die herrschende Nation vorbehalten.

Von den Vereinigten Staaten wurde die Türkei durch die Entsendung von Kriegsschiffen bedroht, weil in den armenischen Wirren Gebäude der ame-

rikanischen Mission niedergebrannt worden waren. Der Sultan ordnete den Wiederaufbau der Missionsanstalt in Karput und die Erweiterung eines amerikanischen College in Konstantinopel an, die Amerikaner waren jedoch hiermit noch nicht ganz befriedigt. — In einer an die Großmächte gerichteten Note beschwerte sich der Sultan darüber, daß auf dem vom griechischen Prinzen Georg regierten Kreta die Mohammedaner ihres Lebens nicht sicher seien. — Am 5. April starb Osman Ghasi Pascha, der Sieger von Plewna.

Amerika.

Die Vereinigten Staaten. * Die Präsidentenwahl. * Die Provinzen des neuen Reichs. * Zollkrieg. Nicaraguaanal. * Das romanische Amerika.

Die Vereinigten Staaten.

Das gewaltige jüngste Weltreich und sein noch im Werden begriffenes Volk zu charakterisieren, wäre bei der Fülle widersprechender Charakterzüge, bei dem Unfertigen des ganzen Gebildes und den rasch aufeinanderfolgenden Veränderungen, die es erleidet, eine Aufgabe, die unsere Kräfte überschreiten und sich durch unsere Raumverhältnisse verbieten würde. Das Wesentliche, was man bei der Beurtheilung nordamerikanischer Zustände und Vorkommnisse im Auge behalten muß, ist, daß Nordamerika seinen Reichtum und sein Gedeihen nicht etwa seiner vortrefflichen Verfassung und seiner republikanischen Freiheit zu verdanken hat, sondern dem Umstande, daß dort seit 200 Jahren die thatkräftigsten und unternehmungslustigsten Männer zusammengedrängt sind, denen die Verhältnisse der alten Welt zu eng waren, daß sie auf weitem Raum sich tummeln und ihre Arme ungehindert rühren konnten, und daß ihnen die reichen Schätze eines jungfräulichen Bodens von unermesslicher Ausdehnung zur Verfügung standen.

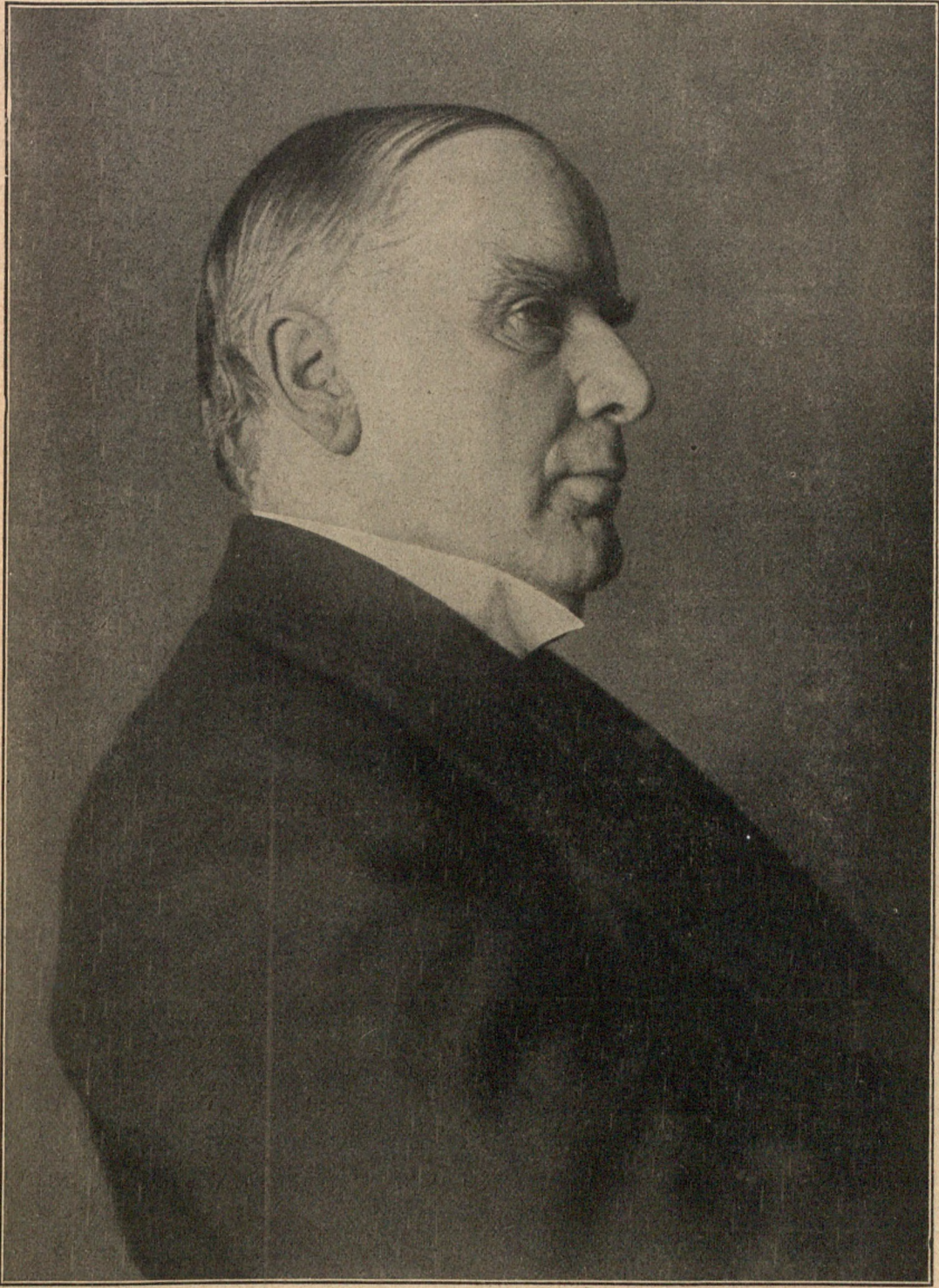
Was die Verfassung anbetrifft, so ist sie theoretisch das den Verhältnissen Angemessene: der weite Raum gestattet Freiheit und würde den Versuch unnötiger Freiheitsbeschränkungen illusorisch machen. In der Praxis läßt sie Mißbräuche wuchern, die nur deswegen keinen großen Schaden anrichten, weil ein gesunder Riesenvolkskörper grobe Püffe verträgt, und weil bei großem Reichtum ohne Furcht vor Bankerott Verschwendung getrieben werden kann. Die Wahlen zu den höchsten Aemtern und in die Vertretungskörper des Gesamtstaates (von der Politik der Einzelstaaten ist kaum in den amerikanischen Zeitungen, geschweige denn bei uns die Rede) werden von Drahtziehern und „Bosses“ geleitet, denen kein Mittel zu schmutzig ist, und der Ausfall hängt mehr von der Käufte- und Stimmenkraft der Wahlmacher, von der marktstreuerischen Reflekt, von den auf Stimmkäuf verwendeten Summen, im großen und ganzen darf man sagen mehr von Zufällen, als von den Ueberzeugungen und

Stimmungen der Nation ab. Wo einmal ein zugkräftiges Schlagwort, wie „Silber oder Gold“ wirklich einen großen und wichtigen Prinzipiengegensatz ausspricht, da ist es trotzdem nicht klare Einsicht in die Sache sondern Zufall, was die Entscheidung für die eine oder die andere Seite bestimmt, denn die Währungsfrage ist so schwierig, daß sich kaum der Fachmann vor Irrthümern darin zu bewahren vermag, und der gemeine Mann versteht rein gar nichts davon; ganz ebenso verhält es sich mit den übrigen großen Fragen. Sind nun die höchsten Staatsämter neu besetzt, so werden nach dem Grundsatz: dem Sieger die Beute, die höheren und mittleren als Belohnung für die Parteibosses verwendet, die sich um den Wahlausfall verdient gemacht haben. Nach anderen Verdiensten wird nicht gefragt, ebensowenig nach der Befähigung für das Amt. Siegt die Partei, die schon vor der Neuwahl am Ruder war, so hält sich natürlich der Aemterwechsel in engeren Grenzen.

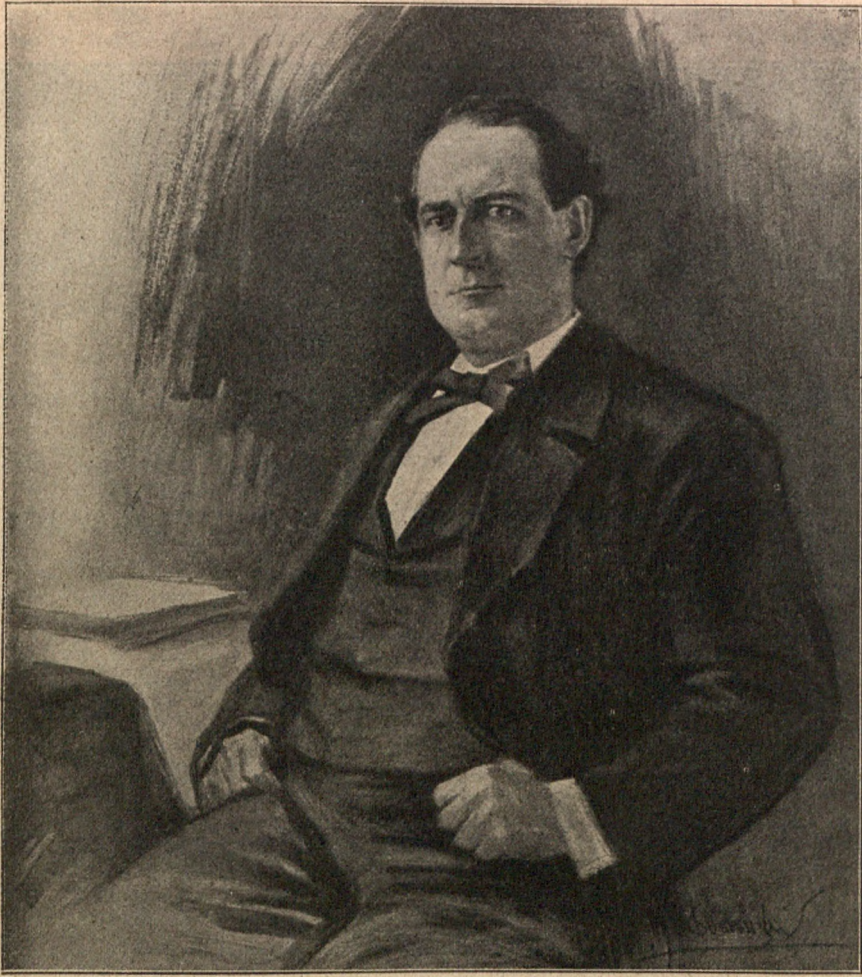
Die beiden großen Parteien des Landes sind in der Zeit des feindlichen Gegensatzes zwischen dem Norden und Süden entstanden. Die demokratische Partei, die damals eigentlich die aristokratische hätte heißen müssen, war die Partei der Sklavenhalter, der Zucker- und Baumwollenlords. Später bildete die Bekämpfung der Korruption, deren sich die herrschenden Republikaner schuldig machen, den Hauptbestandtheil ihrer Plattform, wie dort das Parteiprogramm genannt wird, wobei jedoch sehr bezweifelt werden muß, ob sie es besser machen würde, wenn sie längere Zeit herrschte. In den letzten Jahren hat sie vorzugsweise die Goldwährung bekämpft, sowie die großen Pools (Kartelle), Trusts und Rings, welche ganze Handels- und Industriezweige für eine kleine Anzahl von Milliarden monopolisiren.

Die Präsidentenwahl.

Das Jahr 1900 war, obwohl zufällig kein Schaltjahr, Wahljahr. Im Frühjahr tauchte die Kandidatur des Admirals Dewey, des „Helden



William Mac Kinley, der wiedergewählte Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika.



W. J. Bryan, der demokratische Präsidentschaftskandidat.

von Manila“ auf, verschwand aber wieder. Dem armen Manne war das patriotische Gebrüll, mit dem er bei der Rückkehr ins Vaterland begrüßt wurde, so zu Kopfe gestiegen, daß er sich einbildete, seine Landsleute wollten ihn zum Präsidenten haben. Ende Juni hielten die Parteien ihre Nationalkonvente ab, auf denen der Kandidat nominirt und sein Regierungsprogramm verkündigt zu werden pflegt. Die Republikaner stellten in Philadelphia den bisherigen Präsidenten Mac Kinley, die Demokraten in Kansas City Bryan auf. Innerhalb der eigenen Partei hatte Mac Kinley keinen Mitbewerber. An sich schon ganz der Mann des durchschnittlichen Nankee: ein selfmade man mit bloßer Volksschulbildung, ein musterhafter Ehemann, Kirchenbesucher und Abstinenzler, strahlt er jetzt auch noch in der Glorie des Leiters eines erfolgreichen Befreiungs- und Eroberungskrieges und eines Mehrers des Reiches. Oberst Roosevelt, der sich im Kriege ausgezeichnet hatte und dessen Kandidatur für die Vizepräsidentschaft Mac Kinley's Wahlboß Hanna gegen den New-Yorker Boß Platt durch-

setzte, feierte in seiner Wahlrede den spanischen Krieg als den gerechtesten, glänzendsten und erfolgreichsten Krieg der Neuzeit und verglich seinen Patron Mac Kinley mit Washington und Lincoln. Bryan, ein ehrlicher und intelligenter, aber im Wahnsinn der Doppelwährungs-idee befangener Mann, war in Kansas City so flug, die Silberfreundschaft, die von ihrer ehemaligen Popularität viel verloren hat, in den Hintergrund treten zu lassen und als Aufgabe der Demokraten die Bekämpfung des Imperialismus zu bezeichnen, der den Abfall von den Grundsätzen der großen Schöpfer der nordamerikanischen Republik bedeute und nur zum Nutzen der großen Kapitalisten erfunden worden sei, die durch Militarismus und Ausbeutung von Kolonien ihren so schon ungeheuerlichen Reichtum noch weiter zu vergrößern gedächten. Dieses Programm wurde von einer großen Anzahl sehr ehrenwerther Männer mit begeistertem Beifall angenommen.

Die Demokraten fanden Hilfstruppen an den Negern, was man am wenigsten erwartet hatte; sind doch die heutigen Demokraten Nachkommen

der ehemaligen Sklavenhalter, und hatte doch soeben das demokratische Nordcarolina durch einen Gewaltstreich gegen die Verfassung die Neger des Stimmrechtes beraubt. Aber diese wußten ganz gut, daß die Republikaner diesen Gewaltstreich begünstigt hatten, wie sie denn überhaupt seit der Emanzipation ihre Befreier zur Genüge kennen gelernt haben. Während der Spanier seinen schwarzen Sklaven zwar unter Umständen einmal grausam mißhandelt, für gewöhnlich jedoch als Diener und Familienglied behandelt, erkennt der bigotte Nankee den unter einem Schwall von christlichen und Humanitätsphrasen „befreiten“ schwarzen Bruder im Herrn gar nicht als Menschen an und duldet ihn nicht einmal in der Kirche neben sich. Lynchgerichte von ganz mittelalterlicher und asiatischer Scheußlichkeit, zu denen allerdings hie und da ein von Schwarzen verübtes Ver-

brechen Anlaß gibt, sind die Hochfeste des frommen Nankeevolkes. Die Neger erklärten sich also auf Versammlungen für die Demokraten, wohl nur in der instinktiven Erkenntnis, daß jede Schwächung der gerade herrschenden Partei einen kleinen Vortheil für alle Unterdrückten bedeute, und es war daher nicht zu verwundern, daß sich der republikanisch gesinnte Pöbel durch Erzeße gegen die Neger rächte. In New-Orleans floß Blut. Ein tapferer schwarzer Bursche verkaufte sein Leben theuer und streckte fünf Menschen todt nieder, ehe er selbst seine Brust den Kugeln der Verfolger darbot, seine Vändiger aber feierten ihren Sieg durch Niederbrennung einer Negerschule und einer großen Anzahl von Negerhütten. In New-York gab im August ein von einem Schwarzen verübter Mord den Anstoß zu einer großen Negerheße; eine ganze Nacht tobte der Pöbel und miß-



Der republikanische Nationalconvent in Philadelphia nominirt Mac Kinley als Präsidentschaftskandidaten.



Von den Philippinen. Einheimische Wagen und Pferde übersetzen den Paraque-Strom.

handelte alle Schwarzen, deren er habhaft werden konnte.

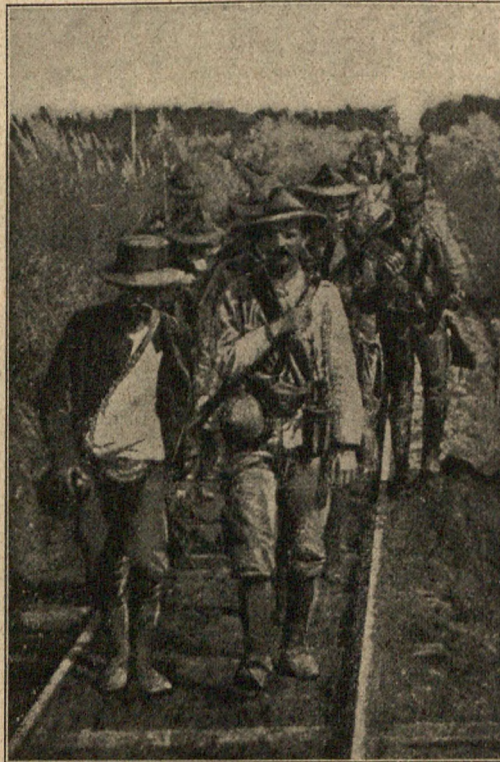
Im September erschien Mac Kinley's Brief, in welchem er dem Herkommen gemäß die Annahme der Kandidatur verkündigt und rechtfertigt. Selbstverständlich werden darin die Glanzseiten seiner bisherigen Verwaltung herausgeholt, z. B. daß in diesen vier Jahren der Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr gegen sieben Milliarden Mark betragen habe und das Nationalvermögen um eine Goldmasse im Werthe von beinahe zwei Milliarden Mark vermehrt worden sei, dagegen die Schattenseiten mit Stillschweigen übergangen, z. B. daß hunderttausende von Arbeitern über elende Löhne zu klagen haben, während vor 50 Jahren so etwas wie niedriger Arbeitslohn in ganz Nordamerika nicht in einem einzigen Falle vorkam. Das schlechte Gewissen des Präsidenten den Philippinen gegenüber verrieth sich dadurch, daß er der Rechtfertigung dieses Theiles seiner Politik sechs von den neun Spalten des Briefes widmet; er stellt die Sache so dar, als ob die Hankees nur aus reiner Gewissenhaftigkeit und starkem Pflichtgefühl das schwere Opfer gebracht hätten, sich mit der Fürsorge für die armen braunen Menschen dort zu beschweren. Von den noch lebenden früheren Präsidenten nahm in der Wahlkampagne nur einer, Benjamin Harrison, der 1889 bis 1893 regiert hat, das Wort. Obgleich Republikaner, erklärte er sich entschieden gegen den Imperialismus; mit dem Geiste der Verfassung der Vereinigten Staaten sei ein Kolonialbesitz unvereinbar, der ganze Länder der Willkür der Regierung preisgebe. Die Wahl geschieht bekanntlich indirekt,

durch Wahlmänner; ein direktes Wahlverfahren würde technisch unmöglich sein. Am 6. November fand sie statt; Mac Kinley siegte. Für ihn stimmten 29 Staaten und 305 Wahlmänner, für Bryan 16 Staaten und 142 Wahlmänner. Im Jahre 1896 hatte Mac Kinley nur 271 Stimmen erhalten. Sein glänzender Sieg ist dem Vorherrschen der materiellen Interessen zuzuschreiben; weil in den letzten Jahren der Reichtum der Vereinigten Staaten gewaltig zugenommen hat, so glaubt man die materiellen Interessen bei Fortdauer derselben Regierung und derselben Regierungsgrundsätze am besten geborgen.

Der Kongreß hatte sich sowohl in der Frühjahrssitzung wie in der Herbsttagung vorzugsweise mit Militärreformen und Flottenvermehrung zu befassen; für das laufende Jahr wurden der Marine über 65 Millionen Dollars, also über 260 Millionen Mark bewilligt, und fürs nächste Jahr wurden über 87 Millionen Dollars gefordert. Die Botschaft des Präsidenten bei Eröffnung der Herbsttagung feierte die glänzende Lage, behandelte die schwebenden Fragen mit den üblichen pomphaften Redensarten und verweilte besonders bei den Chinawirren.

Die neuen Provinzen des Reiches.

Im April nahm der Kongreß das Gesetz über Porto Rico an, womit entschieden ist, daß die Nachkommen der Quäker, die dereinst die große Republik als ein Gemeinwesen freier, gleichberechtigter Brüder gegründet haben, sich in Provinzen ausbeutende Eroberer nach altromischem Muster verwandeln wollen. Nachdem die unglücklichen Bewohner Por-



Die Nordamerikaner auf den Philippinen. Rückkehr von einem Scharmügel.



Manila, die Hauptstadt der Philippinen.



Die Nordamerikaner auf den Philippinen. Armeeproviand wird den Rio Grande hinaufgezogen.

toricos, die ihre „Befreier“ mit solchem Jubel aufgenommen hatten, von deren Stellenjägern schon gründlich ausgeplündert worden sind, wird ihnen jetzt folgende Verfassung oktroyiert. Ihr Land tritt nicht als Staat in die Republik ein, ihre Bewohner werden nicht Bürger; sie entsenden keinen Abgeordneten in den Kongreß; sondern sie werden von einem Statthalter regiert, der Präsident heißt, und von seinem Rathe, dessen Mitglieder er ernennt und den er zum größten Theil aus Nordamerikanern zusammensetzen darf. Bei der Besteuerung hat zwar das von den Eingeborenen gewählte Abgeordnetenhaus mitzureden, aber dessen Beschlüsse können vom Kongreß aufgehoben werden. Wirthschaftlich wird die Kolonie von dem neuen Mutterlande durch Zölle abgesperrt, die natürlich nicht nach dem Interesse der Portoricaner, sondern nach dem der Hankees bemessen werden. — Wie die Sache auf Cuba werden wird, weiß man noch nicht.

Dieser Insel gegenüber haben sich die Amerikaner gleich bei Beginn des Krieges durch das Versprechen gebunden, keine Herrschaft, Gerichtsbarkeit oder Oberhoheit dort auszuüben, es sei denn für die Herstellung des Friedens. Aber sie hofften, das cubanische Parlament werde ihnen eine Schutzherrschaft antragen. Das ist nun bisher nicht geschehen, und die nordamerikanische Presse raisonnirt, die Wahlen seien unter zu geringer Betheiligung des Volkes vor sich gegangen, daher nicht der Ausdruck des Volkswillens; was dieses Parlament über das Verhältnis Cubas zur Union beschließen werde, könne man nicht gelten lassen. Die Berichte über die Zustände auf der Insel lauten widersprechend; während die einen die Ruhe und Ordnung, den wirthschaftlichen Aufschwung, die Fortschritte der Volksbildung und der Verkehrsanstalten in den glänzendsten Farben schildern, erzählen andere vom paschamäßigen Treiben der amerikanischen Militärbehörden, die noch im Lande schalten, und von Aufstandsversuchen.

Am unentschuldigsten ist das Verhalten der Hankees den Philippinen gegenüber. Die demokratische Opposition verfehlte denn auch nicht, in der Wahlkampagne hervorzuheben, daß Aguinaldo und seine Philippiner schlechterdings nichts anderes thaten, als was Washington und die Seinen im Befreiungskampfe gethan hätten. Da die Herren im Kongreß noch nicht so abgebrüht waren, zu sagen: schon recht, aber wir können die Häfen



Die Nordamerikaner auf den Philippinen. Marsch einer Infanterie-Abtheilung auf einem Fußweg nach Quintana.

und die Mineralschätze der Philippinen, die so bequem für unseren Handel mit Japan und China liegen, gut brauchen, und darum erobern wir diese Inseln, so nahmen sie zur modernen Ethnologie ihre Zuflucht, die sie jedoch ihrer Frömmigkeit gemäß christlich verbräuteten. Gott habe, predigte ein Herr Beveridge, die Anglosachsen und die Teutonen tausend Jahre lang zur Weltherrschaft erzogen; vor allem aber habe er das amerikanische Volk ausermählt, eine Wiedergeburt herbeizuführen; ihm gelte das Wort des Herrn: du bist im Kleinen treu gewesen, ich will dich über vieles setzen. In einer Aprilsitzung des Senates zerriß der wackere Hoar das Phrasengeewebe. Er bewies aktenmäßig, daß Dewey dem Aguinaldo Waffen geliefert und daß er sowie seine Nachfolger Anderson und Otis und sämtliche Diplomaten der Union den Philippinern versprochen hätten, ihnen bei ihrem Befreiungskampfe gegen die Spanier zu helfen und nach deren Vertreibung die Freiheit und Unabhängigkeit der Eingeborenen zu sichern. Hoar erzielte mit seiner Rede keinen praktischen Erfolg und hatte auch keinen beabsichtigt. Er wollte nur konstatieren, daß Amerika von seinen alten Idealen abgefallen sei. Er erwartet keine Umkehr mehr und hofft eine solche auch nicht von den Demokraten, die, sagte er, schon darum keine Gewähr gegen den Imperialismus böten, weil sie sich von der schimpflichen, Aemter verschachernden Boswirthschaft in New-York, Chicago und anderen großen Städten nicht loszumachen vermöchten. Ein entscheidender Erfolg wurde in dem Guerillakriege auf den Philippinen von keiner der beiden Parteien erzielt. Ein sachkundiger Berichterstatter der „Kölnischen Zeitung“ schrieb im September, in den Weisungen, die ein amerikanischer Kommissär mitgebracht habe, stehe ein Satz, der den Kern der Schwierigkeit enthalte: die Beamten müßten mit dem Gefühl erfüllt sein, daß die Eingeborenen auf dieselbe Achtung ihrer persönlichen Würde ein Anrecht hätten, wie sie ein Amerikaner dem anderen zugestehen; eben an der Unmöglichkeit, die Amerikaner mit diesem Gefühl zu erfüllen, werde das Werk scheitern. „Die Amerikaner erklären sich den Widerstand der Philippiner gern damit, diese seien infolge der spanischen Tyrannei so voll Mißtrauen, daß sie die guten Absichten der Vereinigten Staaten gar nicht zu würdigen vermöchten. Aber so verhaßt die Spanier



Die Nordamerikaner auf den Philippinen. Beobachtungsposten auf einem Eisenbahn-Frachtwagen.

waren, es war doch immer ein Verhältnis von Mensch zu Mensch, das Knechte und Ueberwinder verband. Der Spanier, selbst Südländer, stand den Eingeborenen nicht fremd oder als höhere Thierform gegenüber. Der Amerikaner dagegen ist der gesteigerte Engländer; er versteht gar nicht, wie man außerhalb seiner Kultur glücklich sein kann. Noch weniger versteht er, wie jemand seine Ueberlegenheit anzweifeln kann. Er mag mit den besten Absichten zu den Philippinern gehen, stets werden ihm diese als eine niedere Rasse erscheinen, die er nach göttlichem Recht mit seiner Vormundschaft zu beglücken habe." Zum Ueberfluß erfuhr man noch, daß amerikanische Offiziere gefangene Tagalen auf das schrecklichste mißhandelten, ja förmlich folterten.

Zollkrieg. Nicaraguakanal.

Die rücksichtslose Hochschutzzöllnerei, welcher der gegenwärtige Präsident mit dem nach ihm benannten, berüchtigten Tarif das Siegel der Vollendung aufgedrückt hat, verwickelt die Vereinigten Staaten fortwährend in kleine Zollkriege bald mit dieser bald mit jener Macht. Doch gerade das deutsche Fleischbeschaugesetz, von dem die deutschen Freihändler prophezeiten, daß es furchtbare Repressalien zur Folge haben werde, wurde ziemlich gleich-

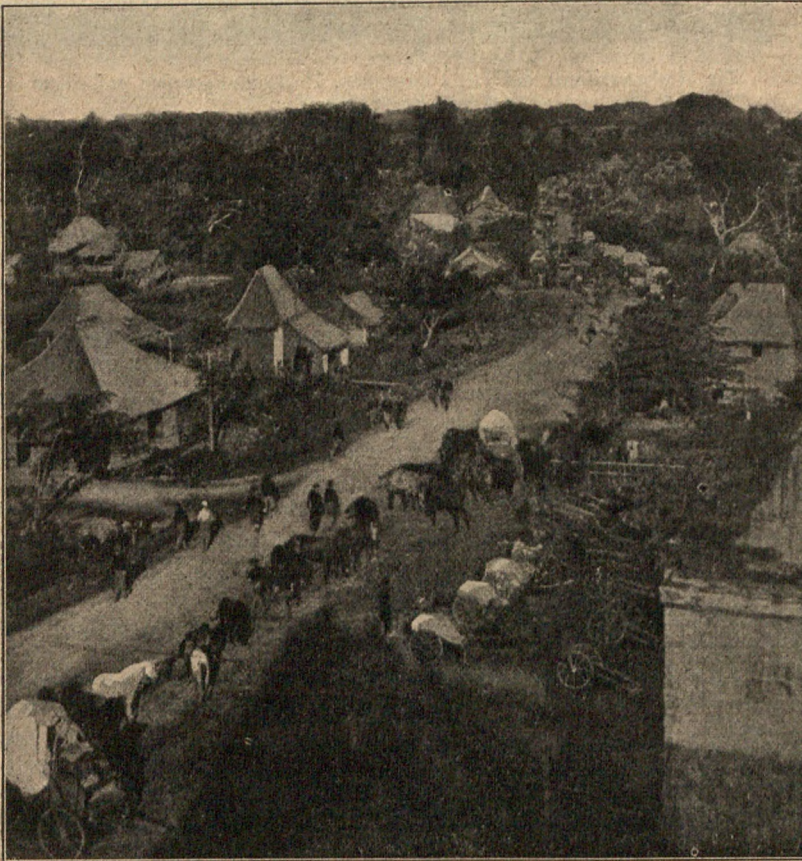
müthig hingenommen, und der Antrag Bailey's, des Vertreters der Großschlächter von Kansas, die deutsche Maßregel mit der zehnpromzentigen Erhöhung der Zölle auf alle deutschen Waren zu strafen, verschwand in einem Ausschuß.

Ob die Verhandlungen, die über den Nicaragua-Kanal das ganze Jahr hindurch gepflogen wurden, das Kanalprojekt der Verwirklichung näher gebracht haben, läßt sich zur Zeit noch nicht beurtheilen. Im Jahre 1850 haben der amerikanische Staatssekretär Clayton und der englische Gesandte Lord Bulwer einen Vertrag unterzeichnet, wonach keiner der beiden Mächte erlaubt sein sollte, einen Kanal, der den Nicaragua-See oder den San Juanfluß benütze, allein zu bauen und zu verwalten, Festungen daran anzulegen und in Mittelamerika Land zu erwerben. Durch diesen Vertrag wollten die Amerikaner die Engländer hindern, sich in Mittelamerika festzusetzen. Je mehr in der Folge das Machtgefühl der Republik wuchs, desto mehr betrachteten sie den Clayton-Bulwer-Vertrag als eine demüthigende Preisgabe der Monroe-Doktrin, nach welcher keine europäische Macht in Amerika etwas zu sagen hat. Als nun das Panamaunternehmen gescheitert war, und amerikanische Kapitalisten ernsthaft an die Wiederaufnahme des Nicaraguaprojektes dachten, führten die Verhandlungen mit England zum Ab-

schluß eines neuen Vertrages, den am 5. Februar 1900 der Staatssekretär Hay und der englische Gesandte Pauncefote unterzeichneten. Durch diesen wurde den Vereinigten Staaten das Recht eingeräumt, den Kanal allein zu bauen und zu verwalten, doch soll er neutral bleiben wie der Sueskanal und auch im Kriege für Schiffe keiner Macht gesperrt werden dürfen. Die zweite Bestimmung erschien jedoch den Jingos unannehmbar, der Senat nahm daher am 13. Dezember den Hay-Pauncefote-Vertrag zwar an, aber mit dem Zusatz von Davis, daß der Kanal alleiniges Eigenthum der Vereinigten Staaten sei und im Kriege durch Befestigungen gesperrt werden dürfe. Man sagt, hinter dem Jingoismus, wie in England und Amerika das genannt wird, was der Deutsche Chauvinismus nennt, stecken die Eisenbahngesellschaften, welche die Konkurrenz des Kanals fürchteten und darauf spekulirten, daß England gegen diese Aenderung des Vertrages protestiren und den Kanalbau hindern werde. — Unter den Unglücksfällen, von denen das Land im Laufe des Jahres betroffen wurde, ist einer seiner Größe wegen denkwürdig: die Vernichtung der Stadt Galveston in Texas (Anfang September) durch Orkane und Sturmfluthen.

Das romanische Amerika.

Die ungeheuren Gebiete, die von den Spaniern und Portugiesen den Europäern erschlossen worden sind und sich eines nach dem anderen von den Mutterländern losgerissen haben, sind Paradiese an Fruchtbarkeit, Milde des Klimas und Schönheit der Vegetation. Weil aber der Mensch schlechterdings kein Paradies haben will, so bannen die Bewohner die Paradieseswonen mit Bürgerkriegen, Revolutionen, Minister- und Präsidentenstürzen, Meuchelmorden, Beraubung der Staats- und Privatkassen, bei welchem Treiben für den Kulturfortschritt so wenig herauskommt, daß es nicht die Mühe lohnen würde, diese Räubergeschichten, die sich allenfalls zu Romanstoffen eignen, in einem ernsthaften historischen Buche zu erzählen. Aus dem vergleichungsweise still verlaufenen Jahre 1900 mag nur erwähnt werden, daß in Venezuela der im Vorjahr gestörte Frieden durch die Gefangennahme des Haupt-



Die Nordamerikaner auf den Philippinen. Lager in Das Marinas.



Der Hafen von Galveston. (Vor der Zerstörung.)

aufrührers, des Generals Hernandez, wieder hergestellt, in Columbia der Aufstand des „liberalen“ Parteihäuptlings Uribe gedämpft wurde, und daß das vom Meere abgeschnittene Bolivien mit seinen Grenznachbarn Peru und Chile zankte,

um in den Besitz eines Hafens zu gelangen. In Rio de Janeiro feierte man am 3. Mai die Entdeckung Brasiliens durch den Portugiesen Cabral, und die Feststimmung wurde durch ein Glückwunschtelegramm des Deutschen Kaisers erhöht.

Chinawirren.

Einleitung. * Vorgeschichte. * Die Bogen und der Hof. * Die Kämpfe um Tientsin. * Die Einnahme von Peking. * Was die Befreiten erzählten. * Das Weltfongert.

Einleitung.

So undurchdringlich der Schleier sein mag, der uns die Zukunft des Menschengeschlechtes verhüllt — eines sehen wir schon, daß die europäische Rasse die fleingewordene Erdoberfläche beherrschen wird; ob freilich ihr Herrscherthron im alten Europa stehen bleiben, ob er nach ihrer großen Kolonie Amerika auswandern wird, oder ob sich Europa und Amerika in die Weltherrschaft theilen werden, das gehört zu den Dingen, die uns verborgen bleiben. Das Schicksal der Naturvölker der neuen Welt und des dunklen Erdtheils ist seit

300 Jahren entschieden: sie sind dazu verurtheilt, entweder auszusterben oder den weißen Herren der Welt zu dienen. Seit 100 Jahren wissen auch die Barbarenvölker, wie wir die alten Kulturenationen der großen Wiege der Menschheit heute nennen, daß keines von ihnen auf Behauptung der politischen Selbständigkeit zu rechnen hat. Sie müssen in ihrer Jugend einmal aktiv gewesen sein, diese Schöpfer der Reliefs von Kujundschik, der Felsentempel von Ellora und der Weisheit des Kongfutse, sonst hätten sie die Kultur nicht hervorgebracht, deren gerettete Zeugen wir bewundern. Aber sei es, daß Völker altersschwach werden können

wie Individuen, sei es, daß geographische und klimatische Verhältnisse daran schuld sind, sei es, daß die weiße Rasse allein im vollen Sinne des Wortes kulturfähig, daß ihr auch die asiatische Kultur zu danken, daß sie aber im Laufe der Jahrtausende von der überwiegenden Masse der gelben und der schwärzlichen Bewohner Asiens aufgesogen worden ist, die daher nur den todten Niederschlag ehemaligen Kulturlebens mechanisch konserviren — sie sind heute passiv, daher unfähig, sowohl sich aus sich selbst fortzuentwickeln, als auch den Europäern Widerstand zu leisten. Nur die Japaner scheinen imstande zu sein, die europäische Kultur, die sie sich eingepropft haben, selbstständig fortzubilden und es im Kriege auch mit einem europäischen Staate aufzunehmen; dagegen ist das letzte Bollwerk asiatischen Eigenlebens, das gewaltig große Reich der Mitte, beim ersten Zusammenstoß mit der europäischen Kultur militärisch zusammengebrochen.

Die Geschichte Asiens ist demnach, abgesehen von Japan, wo sich im Jahre 1900 außer einem Ministerwechsel — der Marquis Ito hat Hamagata abgelöst — nichts Besonderes ereignet hat, nur ein Anhängsel der europäisch-amerikanischen Geschichte, und wir haben daher über nichts weiter zu berichten als über den großen Konflikt Chinas mit den Kulturmächten, die man auch die christlichen Mächte nennen kann, weil Europäerthum, höhere Kultur und Christenthum zusammenfallen. Im allgemeinen nun ist über diesen Konflikt dasselbe zu sagen, was wir über den Burenkrieg der Engländer gesagt haben: die europäischen Nationen würden das, was sie in China erstreben, bei weniger stürmischem Vorgehen sicherer und vielleicht sogar rascher erlangt haben. Daß sich irgend ein Winkel der Erde der Durchdringung mit der modernen Zivilisation entziehen könnte (wir gebrauchen das Wort Zivilisation für das Technische, das auch die niederen Rassen zu erlernen und zu üben vermögen, das Wort Kultur für die höhere und edlere Geistes- und Herzensbildung), daran ist ja gar nicht zu denken. Daß sich aber die Großmächte zunächst China zum Objekt für ihre zivilisatorische Thätigkeit erkoren haben, scheint aus zwei Gründen nicht übermäßig weise. Erstens ist es allerdings unbestreitbar, daß uns Europäern unser kleiner Welttheil zu eng wird für unseren Thätigkeitsdrang und sogar für unseren Magen, für unsere Verproviantirung. Wir brauchen also Kolonisationsgebiete. Zu solchen haben sich aber die Völker früherer Zeiten verständigerweise gewöhnlich schwach bevölkerte und unkultivirte Länder ausgesucht. Damit haben sie einerseits den Plan der Vorsehung gefördert, zu dem offenbar gehört, daß kein fruchtbarer Fleck Erde unbenützt liegen bleibt, anderseits tausendfältiges Menschenglück begründet, denn dieses baut sich am sichersten auf Landwirthschaft und gut vertheiltem eigenen Grundbesitz auf. Nun gibt es in Vorderasien, in Afrika und namentlich in Südamerika noch ein paar Hunderttausend Quadratmeilen höchst fruchtbaren

Bodens, die der Behauer harren. Da ist es denn sonderbar, wenn auch aus dem heute vorherrschenden Geldinteresse erklärlich, daß sich der Expansionstrieb aller Staaten zuerst und mit aller Gewalt auf China wirft, dessen Hauptland dicht bevölkert und wohl angebaut ist, während die Nebenländer unzugängliche Steppen sind. Zweitens: man hat viel von der gelben Gefahr gesprochen. Eine solche ist in der That vorhanden, aber erst die Erschließung Chinas hat sie heraufbeschworen. Daß die Chinesen, sowie sie bisher waren, das friedliebendste, am wenigsten kriegerische und feigste Volk der Erde, den Plan fassen könnten, mit einer Armee in Europa einzufallen und uns zu unterjochen, das wäre ein Gedanke von abenteuerlicher Ungereimtheit, den außerhalb des Irrenhauses noch nie ein Mensch gehegt hat. Wohl aber können uns die Chinesen als Konkurrenten sehr gefährlich werden, wenn wir sie im europäischen Industriebetrieb unterrichten. Und ein lebhafter Verkehr mit ihnen wird unsere Sitten, unser Blut und unsere Rasse verschlechtern. Endlich können sie uns sogar militärisch gefährlich werden, wenn sie, europäisch gedrillt und bewaffnet, von Japan oder von Rußland oder von beiden gegen Mittel- und Westeuropa benützt werden, was gar nicht unmöglich ist.

Vorgeschichte.

In unserem kurzen historischen Abriss stützen wir uns theils auf Zeitungsberichte, theils auf Wippermann und A. v. Müller. Was Müller's Schrift anbelangt, so ist sie zwar in der Darstellung der militärischen Aktionen, die auf amtlichen Quellen beruht, ganz zuverlässig, nicht aber in Beziehung auf das Politische. Von diesem läßt sich überhaupt gegenwärtig noch keine zuverlässige Darstellung geben. Es läßt sich z. B. nicht entscheiden, in welchem Grade die chinesischen Behörden und die Regierung, in welchem Grade die Missionäre an den Verwickelungen schuld sind, und ob die Behauptung der St. James Gazette wahr ist, die Russen hätten den Vorerfassungsstand geschürt, um von der Kaiserin zu Hilfe gerufen zu werden. Ebenso sehen wir uns außerstande, aus dem widersprechenden Urtheile über den Charakter des chinesischen Volkes die genaue und lautere Wahrheit heraus zu destilliren. Offenbar lächerlich ist es, wenn die einen die chinesische Kultur über die europäische stellen und die Chinesen als unschuldige Lämmer schildern, die von den habgierigen Eindringlingen ohne jeden Rechtsgrund abgeschlachtet wurden; aber kaum minder thöricht ist es, wenn die anderen von sittlicher Entrüstung überfließen ob der unerhörten Frevel, die das feige, gemeine, schmutzige und grausame Chinesengesindel verübt habe.

Diese sogenannten Frevel sind nicht schön, aber so natürlich, daß man sich wundern müßte, wenn sie nicht verübt worden wären. Von der übrigen Welt ostwärts durch das größte der Meere, südwärts durch die höchsten Gebirge der Erde ab-

gesperrt, nordwärts von wilden Nomaden umschwärmt, vor deren räuberischen Einfällen es sich durch die große Mauer zu schützen suchte, mußte das alte Kulturvolk der beiden großen Ströme nothwendig vereinsamen. Und daß seine Monarchen zum Grundsatz der Politik erhoben, was die Natur der geographischen Verhältnisse geschaffen hatte, kann man nicht anders als weise nennen. Außer Räubern, die Beute machen wollten, suchte niemand das wohlangebaute Land auf, und Räubern verschließt man doch eben die Thür. Als aber dann später Kaufleute und Missionäre aus Europa kamen, waren die Zustände unseres Erdtheils derart, daß die Chinesen keinen Grund hatten, uns um unser Glück zu beneiden und ihre heimische Religion und Gesellschaftsordnung durch den von Europa ausgehenden Geist umstürzen zu lassen. Friedlich bestellten sie all die Jahrtausende hindurch ihre Reis- und Theefelder, während das weströmische Reich von Barbaren verwüstet, der europäische Osten von den byzantinischen Despoten und deren Eunuchen, später von den Türken gepeinigt wurde, dann wieder der Westen zuerst durch eine Anzahl kleiner Kriege, dann durch große Kriege verheert ward, deren einige, wie der dreißigjährige, ganze Länder entvölkerten und den überlebenden Rest durch die wilde Grausamkeit der Landsknechte theils zu Teufeln in Menschengestalt, theils zu feigem Schlachtvieh machten.

Das Große, das unter all' diesen Schrecken im Stillen heranwuchs und reifte: die europäische Kunst und Wissenschaft, die Humanität und eine Ideenwelt, vermochten sie als Mongolen nicht zu würdigen und wurden sie gar nicht gewahr. Die freundlicheren Zustände, in denen wir heute leben, sind nicht älter als hundert Jahre. Ihr Eindruck würde daher, auch wenn die Chinesen unsere beständigen Zuschauer gewesen wären, kaum lange genug gewirkt haben, um ein so altes und ehedem begründetes Vorurtheil zu entwurzeln. Und könnten die Chinesen unser verhältnismäßig — und nicht in allen europäischen Ländern — glückliches Leben schauen, so würden sie doch noch sehr mit Recht zweifeln, ob die Fremden zu ihnen kommen, um ihnen das gleiche Glück zu bescheeeren. Der erste Krieg, den Europäer gegen sie führten, hatte den Zweck, ihren Kaiser zu zwingen, daß er sein Volk mit dem von den Engländern eingeführten indischen Opium vergiften lasse, bei der Plünderung des Sommerpalastes durch die Franzosen im Jahre 1860 war vom Geiste des Evangeliums wenig zu spüren, und ebensowenig in dem Benehmen der europäischen Kaufleute, Soldaten, Matrosen, Beamten und Abenteurer, die dann in den Vertragshäfen verkehrten.

Lange vor Ausbruch der jetzigen Wirren haben wir in Reisebeschreibungen gelesen, daß sich der durchschnittliche Europäer für berechtigt hält, den chinesischen Kuli beim geringsten Anlaß oder auch ohne jeden Anlaß auf offener Straße zu mißhandeln. Der Chineser ist Schläge und grausame Behandlung

gewohnt; er kennt nicht die Empfindung des europäischen Ehrgefühls, und man sagt, daß seine eigenthümlich organisirte Haut gegen Verletzungen ebenso unempfindlich sei wie seine Nase gegen schlechte Gerüche. Aber es scheint, daß er nicht gesonnen ist, sich auf die Dauer von Fremden gefallen zu lassen, was er von den Vornehmen seines Landes ohne Gemüthsbewegung erduldet, und daß sich als reichlicher Zündstoff Rachsucht gegen die Fremden, die ihn verachten, in seinem Herzen angesammelt hat. Der kindische und unheimliche Aberglaube, in dem er befangen ist, mag ihn zum Gegenstande des Mitleids für unsere frommen Seelen machen, aber Wohlthaten soll man niemandem aufdrängen, und derselbe Jesus, der seinen Jüngern befohlen hat, allen Völkern das Evangelium zu verkündigen, hat ihnen doch auch gesagt, sie sollten, wenn man sie wo nicht annehme, den Ort verlassen und den Staub von den Füßen schütteln. Es ist deshalb weder klug noch schriftgemäß, daß die christlichen Missionäre immer tiefer ins Land eindringen, obwohl sie wissen, daß sie der Masse des Volkes verhaßt sind, und es ist umfoweniger klug und schriftgemäß, da, wie fast alle Kenner Chinas übereinstimmend bezeugen, gerade die schlechteren Volkselemente es sind, die sich bekehren lassen — zum Schein nur und um irdischer Vortheile willen, deren Gewährung das Allerunklügste und Schriftwidrigste ist; man sagt nämlich, die Missionäre mißbrauchten den Einfluß, den ihnen der Schutz der europäischen Regierungen verschafft, dazu, Verbrecher der verdienten Strafe zu entziehen und in Zivilprozessen günstige Entscheidungen für ihre Proselyten zu erzwingen, auch wenn das Recht auf der Gegenseite ist. Wenn nun sogar in hochcivilisirten Ländern gegen eine verhaßte Sekte oder nationale Minderheit stets Verleumdungen ausgestreut und von den Massen geglaubt werden — man denke an die thessalischen Mahlzeiten, die den Christen im römischen Reich nachgesagt wurden, und an die heutigen Ritualmordmärchen! — so kann man sich vorstellen, was das abergläubische gemeine Volk in China für eine Meinung von den Europäern haben muß, die, unter dem Schutz ihrer furchtbaren Mordwaffen eindringend, die Leute aus ihren alten Gewohnheiten herausreißen, ihre Sitten ändern und die geheiligte Ordnung ihres uralten Staates, der sich auch die letzten Unterjocher, die Mandschu, anbequemt haben, umstürzen wollen! Unter anderem wird allgemein geglaubt, die Europäer schlachteten und vergrüßen bei jedem Bahnbau tausende von chinesischen Kindern, weil sonst die Geister der Luft und des Wassers den Bau nicht gestatteten, und überhaupt gilt ihnen „Europäer“ und „lasterhaft“ für einen und denselben Begriff.

In solcher Stimmung trafen die Europäer das Chinesenvolk, als sie, nachdem der Krieg mit den Japanern die militärische Wehrlosigkeit des ungeheuren Reiches offenbar gemacht hatte, um

die Wette feck zugriffen, und Landpachten, Eisenbahn-, Gruben- und Bankkonzessionen erwarben, um in China Geld zu verdienen. Die Deutschen pachteten Kiantschau, die Russen Port Arthur, die Engländer Weiheiwai; die genannten Großmächte grenzten ihre Interessensphären gegen einander ab, und in den europäischen Zeitungen, die doch vom chinesischen Gesandtschaftspersonal in den europäischen Großstädten gelesen werden, wurde die Auftheilung Chinas als eine ganz selbstverständliche Sache behandelt. Der General Nuan-schik'ai sagte dem englischen Admiral Lord Beresford, der den Zusammenbruch Chinas (The Break-up of China) in einem Buche behandelt hat, er sehe es an den Flottensendungen: die Großmächte schickten sich an, das Land Stück um Stück in Besitz zu nehmen. Die Seezölle standen schon unter europäischer Verwaltung — Sir Robert Hart besorgte sie mit einem Stabe von Europäern — es kam die Eisenbahnverwaltung hinzu; europäische Zeitungen sprachen es offen aus: da die Regierung den fast souveränen Gouverneuren der Provinzen und dem Mandarinenflügel gegenüber nichts vermag, so müssen die Großmächte, wenn sie die Innehaltung der Verträge sichern wollen, die ganze Verwaltung kontrolliren; die Regierung sah voraus, daß ein Verwaltungszweig nach dem anderen in die Hände der Europäer übergehen werde, und wenn auch der Hof dabei zunächst materiell sogar besser fahren würde — denn eine geordnete europäische Verwaltung würde ohne Bedrückung des Volkes weit höhere Steuererträge erzielen als das spitzbüßische und irrational wirtschaftende Mandarinenthum — so mußten doch die hochmüthigen Himmelsöhne die ihnen drohende europäische Vormundschaft und die Herabdrückung der einheimischen Regierung zu einem Schattenkönigthum unerträglich finden. Der Hochmuth, mit dem die Chinesen sich selbst für das einzige Kulturvolk der Erde, uns für Barbaren, ihren Kaiser für den von der Gottheit eingesetzten Weltherrscher halten, mag uns sehr lächerlich vorkommen, aber er ist eine historisch gewordene Macht, mit der wir als Realpolitiker rechnen müssen. Die Sühne, die für ermordete Missionäre geleistet werden mußte, war nicht geeignet, sie zu beschwichtigen, und so entstand denn eine gewaltige Volksbewegung.

Die Boxer und der Hof.

Die Demüthigung und Schwächung Chinas durch den japanischen Krieg zwang die Regierung, deren Seele die fremdenfeindliche Kaiserinwitwe Tzu-Hsi war, zu jenen Konzessionen, die eine Uebersfluthung Chinas mit europäischen Unternehmern zur Folge hatten und unter anderem auch den preussischen Prinzen Heinrich an den Hof führten. Für einige Zeit behielt die Reformpartei, die China durch Europäisirung zu retten hoffte, und an deren Spitze der Vizekönig von Pesschili, Lihungtschang, der Prinz Kung und der —

jetzt dreißig Jahr alte — Kaiser Kuang-sü standen, die Oberhand. Aber ein Versuch Kuang-sü's, die Kaiserinwitwe zu stürzen, wurde dieser von dem oben erwähnten Nuan-schik'ai, dem Gouverneur der Militärschule zu Tientsin, verathen; Tzu-Hsi setzte den intelligenten aber körperlich elenden Kuang-sü ab, ließ den Prinzen Putschün vom Prinzen Tuan adoptiren und machte ihn dadurch zum rechtmäßigen Thronfolger, führte für ihn die Regierung, behielt aber den armen Kuang-sü im Hintergrunde, um ihn, so oft es ihr paßte, als formell regierenden Kaiser vorzuschieben. Anfang 1900 wurde ein Erlass bekannt, den die Kaiserin in die Provinzen geschickt hatte, und der mit den Worten beginnt: „Unser Kaiserreich steht in einer ernsten Zeit, die täglich ernster wird. Die verschiedenen Mächte sehen mit tigerartiger Gier auf uns und streiten mit einander um den Besitz der Länder im Herzen unseres Reiches.“ Den Gouverneuren wird über große Freundlichkeit gegen die Fremden zum Vorwurf gemacht und anbefohlen, in Konfliktfällen die Waffen zu ergreifen; sie sollen Offiziere und Soldaten ermuthigen, für Hab und Gut des eigenen Volkes zu fechten, und nicht zu erlauben, daß die Fußtritte habgieriger Fremden den heimischen Boden entweihen. Am Schlusse heißt es: „Denkt nicht an den Frieden, denkt vielmehr daran, wie ihr eure Heimat und die Gräber eurer Ahnen vor der frevlen Hand eines eindringenden Feindes bewahrt.“ Damit war also den hohen Mandarinen der Auftrag ertheilt, die Fremden mit Gewalt zu vertreiben, was sie mit oder ohne Kriegserklärung thun konnten; sie thaten es aber weder mit noch ohne, sondern überließen die Kriegsführung den Boxern, und einige von ihnen unterstützten diese gelegentlich mit regulären Truppen.

In China ist das Innungs- und Gildewesen, das bei uns im Mittelalter blühte, heute noch kräftig, und außer den Handwerker- und Kaufmannsgilden gibt es eine Anzahl von gemeinnützigen Vereinen und geheimen Gesellschaften, die unter Umständen Politik treiben, Verschwörungen und Aufruhr ausbrüten; Aufrührerbanden aber arten leicht in Räuberbanden aus. Seit der Niederwerfung des Taipingaufstandes, der das Reich von 1850 bis 1864 verheerte, hat es niemals an ähnlichen Unruhen gefehlt, die sich jedoch innerhalb enger Grenzen hielten. Es wäre wider die Natur des Volkes gegangen, wenn sein Feindenhaß, den die Ereignisse der letzten Jahre schürten, nicht in einem Aufstande ausgebrochen, und wenn der Aufstand nicht in herkömmlicher Weise von Vereinen organisiert worden wäre. Die Vereine, die das diesmal besorgten, gaben sich als Turnvereine und wurden deshalb von den Engländern Boxervereine genannt. Sie selbst nannten sich Tachuan oder Jhotschuan; das zweite Wort wird „Käufte der redlichen Eintracht“ übersetzt. Ihnen hatte schon „der rothe Lampenschirm“ vorgearbeitet, eine Sekte, die ein Räuberhauptmann im Frühjahr 1899 ge-

stiftet hatte und deren Mitglieder sich und kugelfest zu sein behaupteten, was sie selbst und alle, die es erfuhren, unerschütterlich glaubten. Da das Volk auch mit der Regierung unzufrieden war und dieser die Schuld an dem Eindringen der Fremden gab, da überhaupt die Mandschudynastie und ihre Tartaren von den Chinesen heute noch als Eindringlinge betrachtet werden, so erschien die Bogenbewegung bald als Aufruhr gegen die Regierung, bald, indem beide im Fremdenhaß einig waren, als ihre Dienerin.

Auf die Fremden machten die Bogen zunächst den Eindruck von Räuberbanden und Christenverfolgern, und dieser Ansicht trug die Kaiserin in einem jener Edikte Rechnung, die darauf berechnet waren, das kriegerische Einschreiten der Großmächte abzuwenden, ohne die Volksbewegung gegen die Fremden zu schwächen. Das Edikt vom 17. April lautet: „daß die Landbevölkerungen in den Provinzen zum Schutze von Leben und Eigenthum freiwilligen corps organisiren, ist ein alter Brauch; unter der Voraussetzung, daß sie die Gesetze nicht verletzen, ist dagegen nichts einzuwenden. Es steht jedoch zu befürchten, daß sich an diesen Vereinen neben rechtschaffenen Bürgern auch übelgesinnte Individuen betheiligen, welche die Organisation dazu mißbrauchen, die zum Christenthum Befehrten

zu bedrängen. Diese Menschen übersehen, daß vor unserem Throne kein Unterschied des Glaubens gilt, sondern alle derselben Gnade theilhaftig werden. Möge man also nicht Unruhen heraufbeschwören, um unter deren Schutz Verbrechen zu begehen!“ Ganz anders als diese mütterlich milde Warnung wirkte in Peking ein Maueranschlag vom 29. April, dessen ungenannter Verfasser erzählt, einigen Bogen sei um Mitternacht ein Geist erschienen, der sich mit schrecklicher Stimme als den großen Gott der unsichtbaren Welt vorgestellt und verkündigt habe: „Von den fremden Teufeln habt ihr nur Böses zu erwarten; überall gründen sie Missionen, bauen Telegraphen und Eisenbahnen, glauben nicht an die heilige Lehre und lästern die

Götter. Ihre Sünden sind zahllos wie die Haare des Hauptes. Daher zürne ich, und meine Donner grollen. Euch aber sage ich, daß ich an der Spitze aller Geister und Heiligen zur Erde kommen werde, und daß überall, wo die Jhofschuan versammelt sind, die Götter mitten unter ihnen sein werden.“

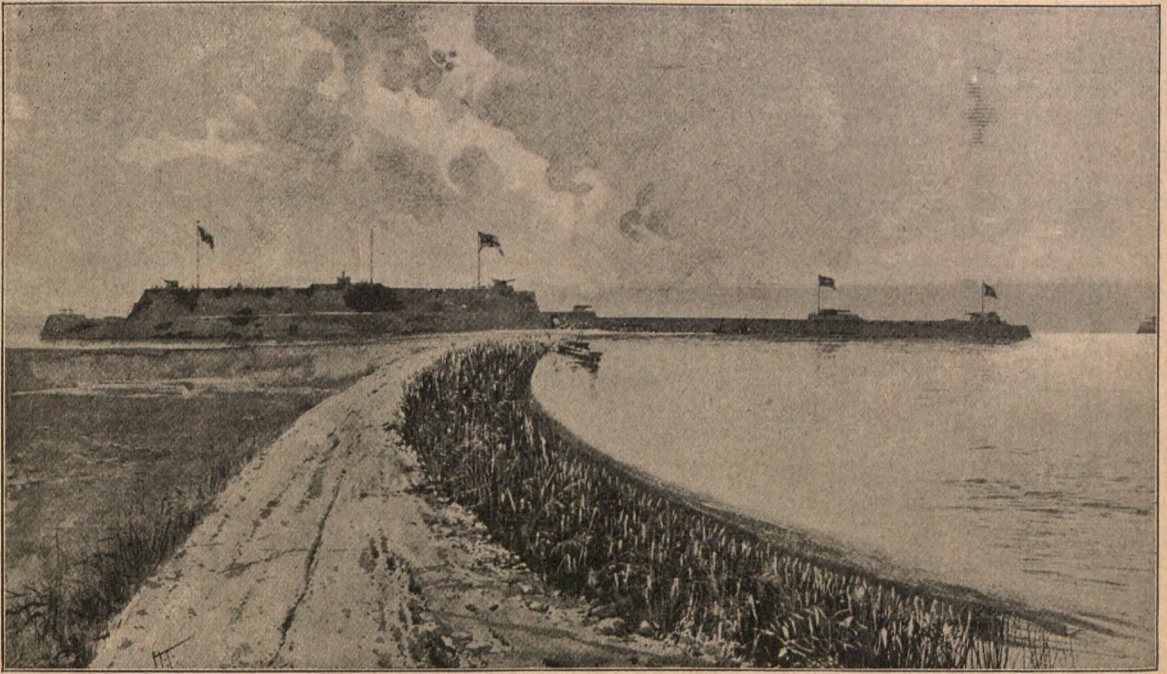
In einem Bogenaufruf, der von Paotingfu aus verbreitet wurde, tritt auch die andere

Seite der Bewegung hervor. Darin heißt es, das chinesische Reich sei ehemals durch seine heiligen Lehren und die nach diesen Lehren hergestellte gute Ordnung berühmt gewesen. Seit einigen Generationen aber sei alles anders geworden. In den Schreibstuben würden die einträglichen Aemter an den Meistbietenden verkauft, die Diplome der Examinirten hätten ihre Geltung verloren, die Gelehrten müßten kümmerlich leben, der Kaiser bringe das Vermögen seiner Hofbeamten durch diese bedrückten die Mandarinen, und die Mandarinen seien dadurch gezwungen, das Volk auszusaugen; so gehe die Bevölkerung im Elende zugrunde, die Beamten aber lebten von Diebstahl und Erpressung. (Bei dieser Gelegenheit mag bemerkt werden, daß Kuangsi in der kurzen Zeit seiner selbständigen Regierung versucht hatte, der europäischen Wissenschaft in



Korvettenkapitän Wilhelm Kans.

die Studienanstalten Eingang zu verschaffen, Tsu-Hsi aber Anfang 1900 diese „irrigen Lehren“ verbannte, die unfruchtbare Mandarinengelehrsamkeit in ihrer Reinheit wieder herstellte und anordnete, man solle bei den Prüfungen jeden durchfallen lassen, der modernes Wissen verriethe.) Der Kaiser, der allergrößte Sünder, sei zur Strafe für seine Sünden der Nachkommenschaft beraubt. Zu diesen inneren Uebeln habe sich dann auch noch die Fremdenplage gesellt. Die Fremden hätten die noch übrigen guten Beamten vollends verdorben und alles mit ihrer Begierde nach fremdem Reichthum angesteckt. Mehr und mehr verbreiteten diese Fremden ihre Religion und ihre teuflischen Erfindungen: Gewehre, Geschütze, Eisenbahnen,



Die Nordforts von Taku von der Angriffsstelle der Verbündeten aus gesehen. Am Morgen des 17. Juni 1900.

Telegraphen, elektrische Lampen. Jetzt aber stiegen endlich die Geister vom Himmel und brächten Rettung. Die ersten der Himmelsmächte, die auf die Erde gekommen seien: das Licht der rothen Lampe und die Gesellschaft der Freiwilligen der geschlossenen Faust, würden die fremden Teufel bekämpfen; sie würden die Häuser der Fremden verbrennen und die Tempel wieder herstellen.

Wenn die Statthalter der Südprovinzen auf die Absichten der Kaiserinwitwe nicht eingegangen sind, so kommt das ohne Zweifel daher, daß die chinesischen Kaufleute der Vertragshäfen im Handel mit den Fremden gute Geschäfte machen, die Mandarinen aber vom Handelsgewinn ihrer Landsleute mehr oder weniger unrechtmäßige Prozente ziehen, sich wohl auch unmittelbar an Spekulationen und gewinnbringenden Unternehmungen betheiligen. Im Innern, wo das Volk von den Vorgängen im Küstenstrich fast nichts erfährt, mag die Bewegung ausschließlich gegen die Missionäre gerichtet sein, die sich undvorsichtigerweise viel zu tief hineingewagt haben. In den Provinzen Petchili und Schantung, die unmittelbar von der großen Fremdeninvasion betroffen wurden, war der Volksbewegung ihr Ziel deutlich bezeichnet und zugleich durch den Zwang der Verhältnisse die Einmütigkeit zwischen Boyern, Hof und Mandarinen hergestellt. Der fremdenfreundliche Lihungtschang wurde im Beginn der Reaktion nach Kanton versetzt. Wenn wir diesen schlaun alten Fuchs, der Europa studirt hat, fremdenfreundlich nennen, so wollen wir damit nicht sagen, daß er darauf ausgehe, China den Fremden auszuliefern. Wahrscheinlich wünscht er gleich den übrigen Reformfreunden

China zu europäisieren, um es widerstandsfähig gegen Europa zu machen. Man denke sich das ungeheuerere China gleich Japan mit den Hilfsmitteln und Waffen der europäischen Technik ausgerüstet, gut verwaltet und mit Japan verbündet, dann können die 400 Millionen Mongolen Ostasiens den Spieß umdrehen und nach Europa kommen, um dessen 385 Millionen Bewohner auszubeuten.

Auf den Einwurf, daß die Europäer von den Chinesen nicht eingeladen worden seien, also kein Recht hätten, sich zu beklagen, wenn sie hinausgeworfen würden, antwortete der preussische Kriegsminister in einer Reichstagsitzung, das sei wohl richtig, aber nach völkerrechtlichem Brauch durften die Chinesen nicht mit Mord und Brand über die Europäer herfallen, sondern ihre Regierung mußte die Verträge kündigen, und wenn die Mächte die Kündigung nicht annahmen, ihnen den Krieg erklären. Abgesehen jedoch davon, daß man von einer hinterasiatischen Regierung unmöglich Verständnis erwarten kann für die völkerrechtlichen Theorien, die Europa erst in den letzten Jahrhunderten ausgebildet hat und an die es sich in der Praxis oft genug selber nicht kehrt, ist die chinesische Zentralregierung gar nicht in der Lage, irgend jemand den Krieg zu erklären. Die Chinesen sind ein durch und durch friedliches, unfriegerisches Volk und auch das eingewanderte, kriegerische Element, der Mandschustamm, hat im dritthalbhundertjährigen Aufenthalt in China den kriegerischen Geist verloren. Bei seiner Lage hatte das Reich solchen auch gar nicht nöthig, und selbst die Invasionen der Engländer und Franzosen im



Russischer Truppentransport auf dem Amur.

vorigen Jahrhundert bedeuteten keine ernsthafte Gefahr, sondern nur Mückenstiche, weil bei der ungeheueren Größe des Landes eine entfernte Macht an einen Eroberungskrieg nicht denken kann. Erst die sibirische Bahn, mit der Rußland den Chinesen unmittelbar auf den Leib rückt, und die Europäisierung Japans haben die Chinesen gezwungen, an ihre Verteidigung zu denken und sich von Deutschland Instruktionen für ihre Armee auszubitten. Vorläufig haben sie jedoch eine den europäischen Heeren ebenbürtige Armee noch nicht, und da zudem nur ein Theil der Truppen unmittelbar der Regierung zur Verfügung, der andere unter den Vizekönigen steht, die bei der schlotterigen Verfassung des Reiches thun können, was sie wollen (den Krieg gegen Japan hat eigentlich nur Lihungtschang mit den etwa 100.000 Mann starken Truppen der Nordostprovinzen geführt, die Leute im Innern haben gar nichts davon erfahren, daß China Krieg hatte), so wäre eine Kriegserklärung der Kaiserin an eine Koalition der europäischen Mächte geradezu Wahnsinn gewesen. Sie konnte, wenn sie die Fremden hinaus schaffen wollte, nicht anders handeln, als sie gehandelt hat: unter der Hand Volksbewegungen und Unternehmungen einzelner Statthalter unterstützen, ohne offen und amtlich mit den Mächten zu brechen. Ihre Lage war ähnlich wie die der preussischen Regierung zur Zeit der französischen Okkupation 1807 bis 1813, als Stein und Scharnhorst mit sozialen Reformen und mit der Organisation des Volksheers die nationale Erhebung vorbereiteten, nur daß die Chinesen, einer Wiedergeburt aus eigener Kraft nicht fähig, sich auf wüste Megeleien beschränken mußten, um den Fremden den Aufenthalt in ihrem Lande unerträglich zu machen, und die schließliche Rettung ihres Staatswesens einzig von der Größe ihres Landes und ihrer großen Volkszahl zu erwarten haben, woraus einem ernsthaften Angriffskriege unübersteigliche Hindernisse erwachsen. Diese Hindernisse versetzten nun die Mächte in eine ähnliche Lage wie die Frau Tsu-Hsi, und sie haben es daher gemacht wie diese: sie haben versuchsweise kriegerische Expeditionen unternommen, ohne den Krieg zu erklären.

Die Kämpfe um Tientsin.

Im Mai wurde das Treiben der Boxer so arg, daß das diplomatische Korps in Peking dem auswärtigen Amte am 21. eine Note überreichte, in der es Verhaftung der Unruhestifter und Hinrichtung aller Personen forderte, die Verbrechen begangen oder zu solchen angestiftet hätten. Die Regierung schickte infolgedessen zunächst in Peking selbst Truppen gegen die Bande; diese aber siegte und mordete in grausamer Weise einen Obersten und sechzig Soldaten. Angriffe auf Eisenbahnen kamen vom Februar an vor, und daß im Innern Missionäre und Christen unter entsetzlichen Martern umgebracht worden seien, hatte man schon früher

vernommen. Ende Mai aber gingen die Boxer mit der Zerstörung der Eisenbahnen und Hinderung der Bahnbauten planmäßig vor; belgische Ingenieure wurden bei Tschangintien förmlich belagert; eine zu ihrem Entsatz von Tientsin entsandte Kolonne kehrte am 30. mit 25 befreiten Personen zurück. Vor Taku trafen am selben Tage 12 russische, 3 englische Kriegsschiffe nebst einem französischen und einem italienischen ein, am 31. folgten das deutsche Kanonenboot Jltis und der Kreuzer Kaiserin Augusta; die übrigen Schiffe des deutschen Kreuzergeschwaders konzentrierte der Vizeadmiral Bendemann bei Tsingtau. Jede Nation gab nun von ihren Marinesoldaten einige ab zur Bildung einer Schutztruppe für die Gesandten in Peking, die eine solche gefordert hatten; die 50 Deutschen führte der Oberleutnant Graf Soden. Am 3. Juni langten die letzten Mannschaften der Schutztruppe in Peking an, und am 4. beschlossen die Gesandten, den Verkehr mit der chinesischen Regierung abubrechen, sie als nicht vorhanden anzusehen und die zu ihrer Verteidigung geeigneten Maßregeln selbst zu ergreifen. Die Regierung blieb ihrer zweideutigen Haltung, die sich aus der oben dargelegten Lage ergab, getreu: bald tadelte sie die Truppen wegen ihrer bei Bekämpfung der Boxer bewiesenen Feigheit, bald tadelte sie einen General, der dem Gesindel wirkliche Verluste beigebracht hatte; den Prinzen Tuan, die Seele des Aufstandes, ernannte sie zum Präsidenten des Tsungli-Namen, wie in China das Auswärtige Amt heißt. Der fremdenfreundliche Prinz Tsching bot seinen Einfluß vergebens auf, die Gewaltthaten zu hindern. Den Vorschlag des französischen Gesandten, sich unter dem Geleit der Schutztruppe nach Tientsin zurückzuziehen, wiesen die übrigen Gesandten zurück, weil damit die von den Europäern so mühsam errungene Stellung in Peking aufgegeben worden sein würde.

Da jedoch von allen Seiten Nachrichten über Brandstiftung und Ermordung von Christen durch die Boxer eintreffen, beschließen die Admirale, ein Expeditionskorps nach Peking zu schicken, um die Gesandten, ihre Familien und ihr Personal aus ihrer höchst gefährlichen Lage zu befreien. Am 10. Juni bricht es unter dem Befehl des englischen Admirals Seymour von Tientsin auf. Es besteht aus 915 Engländern, 350 Deutschen, 300 Russen, 158 Franzosen, 104 Nordamerikanern, 51 Japanern, 40 Italienern und 25 Oesterreichern, mit Offizieren rund 2000 Mann. Die Eile, die noth zu thun schien, ließ die gehörige Ausrüstung versäumen — nur die Deutschen führten Proviant und Munition auf 16 Tage sowie wasserdichte Unterlagen und Decken für die Nacht mit. Schon gleich hinter Tientsin versuchten die Boxer durch Schienenaufreißen die Weiterfahrt zu verhindern, und bald darauf sah man die verstümmelten Leichen chinesischer Bahnarbeiter neben den Gleisen liegen. Unter beständigen Hindernissen kam man bis Tiansfang, 40 Kilometer von Peking. Hier erfuhr man, daß



Innerhalb der Mauern der englischen Gesandtschaft in Peking während der Vertheidigung. (Nach einer Photographie.)

der General Li den Befehl erhalten habe, mit seiner Truppenmacht das Korps abzuwehren, und da die Proviant- und Munitionsnachschübe ausblieben, mußte man sich auf dem Bahnhofe, den man zu einem fort Gefion umbaute, verschanzen. Es kam zu Gefechten mit Bogern und regulären Truppen, und nach längerem Schwanken beschloß der Kriegsrath am 19. Juni den Rückzug. Da die Bahn mittlerweile zerstört war, mußte man marschiren. Der Weg führte den Peiho entlang; für das Gepäck und die Verwundeten gelang es, einige Dschunken aufzutreiben. Es war ein äußerst mühseliger und gefährlicher Marsch auf wegelosem, sandigem Gelände, bei furchtbarer Hitze und strömendem Regen, unter dem fortwährenden Feuer der Feinde. Allein am 21. hatten die Deutschen 14 Verwundete. Am 22. machte man bei Hsiku halt, verschanzte sich und erwartete Entsatz; am 26. von einer aus Russen und Deutschen bestehenden Truppenabtheilung befreit, konnte man endlich nach Tientsin zurückmarschiren. Die Expedition hatte 61 Tödt und 223 Verwundete gekostet, wovon 11 und 57 auf die Deutschen kamen. Diesen gaben die Führer der anderen Nationen das Zeugnis, daß ihrer Tapferkeit und Umsicht der verhältnismäßig glückliche Ausgang des Rückzuges zu verdanken sei.

Vom 15. Juni ab waren alle Verbindungen mit dem Innern für Europäer abgeschnitten, die Gesandten von der Außenwelt abgesperrt, und die Marinetruppen sahen sich bis zur Ankunft von Verstärkungen auf die Aufgabe beschränkt, wenigstens den Zugang zu Peking: die Millionenstadt Tientsin mit ihrer starken Niederlassung von Europäern und die Peihomündung zu halten. Da reguläre chinesische Truppen die Fremdenstadt von Tientsin beschossen, die Besatzung der Takuforts verstärkten und Minen in die Peihomündung legten, so ergab sich die zwingende Nothwendigkeit, die vier Forts von Taku, welche, auf jedem Ufer zwei, die Einfahrt in den Strom beherrschten, in die Gewalt der Verbündeten zu bringen. Der Wasserstand des Peiho und des Meerestheiles, in den er mündet, gestattet nicht die Verwendung größerer Kriegsschiffe. Es wurde daher nur eine Flotille von vier Kanonenbooten, zwei kleinen Kreuzern, einem Torpedoboot und einem Torpedozerstörer herangezogen. Ein Landungskorps hatte die Arbeit der Marine-Artillerie zu unterstützen und zu vollenden. Am 16. richteten die Admirale an den chinesischen Kommandanten die Aufforderung, die Forts zu übergeben. Dieser weigerte sich nicht allein, sondern eröffnete auch in der Nacht zum 17. mit seinen guten europäischen Geschützen ein mörderisches Feuer auf die im Peiho manövrirenden Schiffe. Das deutsche Kanonenboot *Itis* fuhr, weil es keine weittragenden Geschütze hatte, ganz nahe an das nördlichste der beiden am linken Ufer liegenden Forts heran und hatte daher furchtbar zu leiden. Nachdem alle Aufbauten wie die Kommandobrücke zerschossen, der Oberleutnant z. S. Hellmann, ein Schlesier, und sieben Mann getödtet waren, zerschmetterte

dem Kapitän Eans eine krepirende Granate beide Knochen des linken Unterschenkels und brachte ihm zugleich 25 kleine Wunden bei. Trotzdem behielt Eans, an das Geländer gelehnt, das Kommando und brachte mit seinem Bombardement schon um 4 Uhr morgens die Geschütze des Forts zum Schweigen. Auf das verabredete Zeichen unternahm jetzt der Kapitän Pohl mit seinem Landungskorps den Sturm und kiffte als erster die deutsche Flagge. Auf der anderen Seite erkletterte fast gleichzeitig der japanische Kapitän Hattori den Wall und fand dabei den Tod. Die übrigen Forts wurden leicht genommen. Die Sieger, die 118 Tödt und Verwundete hatten, erbeuteten 54 Geschütze und viel Munition. Der Feind verlor 800 Mann.

Nun galt es, die Europäer in Tientsin zu schützen. Nachdem diese schon von Anfang Juni an von Banden, die in den Straßen mordeten und plünderten, geängstigt worden waren, wurden sie, seitdem die chinesischen Truppen die Einnahme der Takuforts erfahren hatten, von den der Stadt zunächst gelegenen Befestigungen aus regelrecht beschossen und sammt der kleinen europäischen Besatzung von 2000 Mann förmlich belagert. Ein junger Engländer, Jim Watts, der als schneidiger Herrenreiter bekannt war, unternahm es, mit drei Kosaken den Hilferuf der schon an Lebensmitteln Mangel Leidenden nach Taku zu bringen. Der kühne Ritt gelang unter tausend Todesgefahren. Am 23. erschienen die Entsatztruppen; in den drei in jedem Sinne heißen Wochen bis zum 15. Juli wurden in einzelnen Kämpfen die befestigte Kriegsschule, die Arsenalen, die Forts genommen. Die Familien schaffte man Anfang Juli auf dem Peiho fort. In allen Kämpfen zeichneten sich die Deutschen aus. Am 30. Juni telegraphirte der russische General Stöckel an sein Kriegsministerium: „Während des gestrigen Kampfes trat ein deutsches Landungskorps unter unseren Befehl; das Verhalten der Deutschen war über alles Lob erhaben; sie haben hervorragende Tapferkeit, gründliche Ausbildung, Umsicht und Mannszucht bewiesen. Das Landungskorps hat große Verluste erlitten.“ Ein bedeutender Theil der Stadt war bei diesen Kämpfen in Flammen aufgegangen.

Die Einnahme von Peking.

Vom 15. Juni, dem Tage der hermetischen Absperrung der in Peking eingeschlossenen Europäer, bis zum 20. Juli, an welchen Tage die Regierung der Vereinigten Staaten eine Depesche veröffentlichte, die ihr Gesandter Conger am 18. in Peking aufgegeben hatte, wurden über London fast täglich Berichte über die Vorgänge in Peking verbreitet, die sich nachher mit Ausnahme der Nachricht von der Ermordung Ketteler's sämmtlich als Lügen erwiesen. Schauerliche Einzelheiten wurden erzählt — bald von der Abschachtung aller Europäer, bald



Russische Truppen schlagen einen Vorergriff auf die Barrikaden vor dem Gesandtschaftsgebäude in Peking zurück.

(Nach einer Photographie).

daß diese, um nicht den grausamen Henkern in die Hände zu fallen, zuerst die Frauen und Kinder, dann sich selbst erschossen hätten. Der Ursprung und der Zweck dieser Lügen ist bis heute noch nicht aufgedeckt worden. Auch ohne sie mußten sich die Mächte verpflichtet fühlen, Truppen in hinlänglicher Stärke, sei es zur Erlösung der Europäer aus entsetzlicher Noth, sei es zur Bestrafung ihrer Mörder zu entsenden. Deutschland machte zunächst am 19. Juni das erste und zweite Seebataillon mobil (das dritte stand in Kiautschau; eine Abtheilung davon war auf dem Kriegsschau-

Am selben 3. Juli wurde die Mobilmachung der aus vier Schiffen bestehenden ersten Division des Panzergeschwaders befohlen; am 9. waren sie zur Abfahrt fertig, was von Sachkennern als eine hervorragende Leistung bezeichnet wird, weil die Ausrüstung für eine solche Expedition eine ungeheure Menge von Vorräthen, unter anderem lebendes Schlachtvieh erfordert, und weil, da die Schlachtschiffe nicht wie die Kreuzer für den Dienst in den Tropen eingerichtet sind, erst Kühlräume eingebaut werden mußten. (Italien freilich machte sich die Sache bequemer; so z. B. waren seine Soldaten



Befezung von Shanhaikuan. Die Ausschiffung der verbündeten Truppen.

pläze thätig) und entsandte den gewaltigsten seiner Panzerkreuzer, Bismarck, den Kreuzer Bussard und das Kanonenboot Euchs. Zwei andere Schiffe, die in der Südsee stationirt waren, Jaguar und Tiger, hatten schon vorher Befehl erhalten, das vor Taku liegende Geschwader zu verstärken.

Der Bismarck dampfte am 30. Juni von Kiel ab, die beiden Bataillone schifften sich am 3. Juli auf den Lloydampfern Frankfurt und Wittekind ein. Mit der in Preußen selbstverständlichen Gewissenhaftigkeit, Umsicht und Sorgfalt hatte man die Ausrüstung so eingerichtet, daß für alle möglichen Fälle auf das Beste fürgesorgt war. Allein an Proviant waren 10.000 Kisten verstaут und außerdem wurde eine wohl eingerichtete Feldbäckerei mitgenommen.

darauf angewiesen, bei den Kameraden der anderen Nationen Proviant zu erbetteln, wenn sie nicht verhungern wollten.) Zum Geschwaderchef wurde der Kontreadmiral Geißler ernannt.

Am 9. Juli wurde befohlen, ein gemischtes Detachement aller Waffen in Stärke und Zusammensetzung einer Division nach Ostasien zu entsenden. Es meldeten sich dazu weit mehr Freiwillige, als nöthig waren, so daß man die Auswahl unter den besten Leuten hatte. Zur Ueberfahrt stellten die beiden größten deutschen Rhedereien, der Norddeutsche Lloyd in Bremen und die Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actiengesellschaft zehn Dampfer und lösten die Aufgabe, diese binnen drei Wochen für den außergewöhnlichen Dienst fertig zu machen, wozu große



Ausshiffung deutscher Truppen aus dem Bremer Lloyd dampfer „Rhein“ in Tafu am 13. September 1900.

Umbauten im Innern gehörten, auf das glänzendste. Auch diesem Korps wurde, wie den Seebataillonen und dem Panzergeschwader, ein Lazarethschiff mitgegeben. Der Lebensmittelbedarf wurde auf eine hunderttägige Kampagne in China berechnet; die Verpflegung während der Ueberfahrt übernahmen die Gesellschaften. Die ganze Ladung an Kriegsbedürfnissen, die aus allen Theilen des Reiches herbeigeschafft werden mußten, wog 120.000 Zentner. Generalleutnant von Eessel wurde zum Führer des Korps mit dem Range eines kommandirenden Generals ernannt. Am 4. August fuhr der letzte Transport ab.

Für die Hauptaufgabe, die in China zu lösen war, kam freilich dieses so glänzend ausgerüstete Korps viel zu spät. Nach der Niederwerfung der Feinde in und um Tientsin erwogen die Admirale, ob man sofort nach Peking aufbrechen solle. Da das Gerücht verbreitet worden war, am 9. Juli seien dort alle Europäer niedergemetzelt worden, es also, wie man glaubte, nichts mehr zu retten gab, beschloß der Kriegsrath am 18. Juni, Verstärkungen abzuwarten. Manche vermutheten daher, daß die Chinesen jene Lügen verbreitet haben, um die Expedition abzuwenden oder wenigstens zu verzögern. Die erwähnte Depesche Conger's vom selben 18. Juli wurde vielfach für eine Fälschung gehalten und der auf Anfrage des deutschen Konsuls eingegangenen Antwort des Gouverneurs von Schantung, alle Gesandten außer Ketteler lebten, wagte man nicht zu glauben. Am 28. Juli endlich empfing der deutsche Konsul in Tientsin ein vom 21. datirtes Schreiben vom Sekretär der deutschen Gesandtschaft, von Below, und damit die Gewißheit, daß die Nachricht von dem großen Gemetzel erlogen gewesen war. Below schrieb, Entsatz sei dringend nothwendig. Mittlerweile hatte sich die chinesische Regierung, weil sie sah, daß die Kulturwelt Ernst machte, der Reihe nach an die Regierungen der Vereinigten Staaten, Rußlands, Japans, Frankreichs, Deutschlands und Englands gewandt mit Noten, in denen behauptet wird, der Kaiser und das Tsungli Namen seien ohne Schuld, alle Schandthaten seien nur von schwer zu bändigenden Aufrührern verübt worden, die Ermordung Ketteler's werde auf das tiefste bedauert; China denke nicht daran, irgend einer Macht den Krieg zu erklären und bitte um die Mitwirkung zur Wiederherstellung friedlicher Zustände; bei Taku hätten die Schiffe zuerst auf die Festsitze geschossen. Die Mächte antworteten übereinstimmend, daß auf Unterhandlungen nicht eingegangen werden könne, solange die Gesandten nicht in Sicherheit seien; in der Form war die amerikanische Antwort am mildesten, die deutsche am schärfsten gehalten. In dem Schreiben des Kaisers von China an den von Japan heißt es unter anderem: „Der Westen und der Osten stehen sich feindlich gegenüber. Eure Majestät und unsere Staaten sind die einzigen, die den Osten aufrecht erhalten; wenn China seine Stelle nicht behauptet, wird es auch Eure Majestät nicht ver-

mögen“. Der Japaner wird dem gelben Bruder innerlich Recht gegeben haben und er zögerte mit Truppensendungen; aber mit Rücksicht auf die vorläufige Uebermacht des Westens schloß er sich der Kooperation der Mächte an, besonders auf das Drängen Englands, das für die Kosten aufzukommen versprach und ihn für die Folgen verantwortlich machte, weil Japan als der Nachbar Chinas am schnellsten zur Stelle sein könne.

Die Nachrichten aus Peking machten wie gesagt dem Zögern der europäischen Truppenführer ein Ende. Sie hatten Ende Juni 31.000 Mann (10.000 Russen, 9000 Japaner, 6000 Engländer, 2600 Franzosen, 2500 Amerikaner, 225 Italiener und Oesterreicher; Deutsche waren nur 500, weil eine Abtheilung zum Schutze Kiautschaus zurückgezogen worden war), wovon die Hälfte für die Expedition verfügbar schien. An Verstärkungen traf zuerst eine anglo-indische Truppe unter General Gaselle ein. Trotzdem diesen 15.000 Mann, deren Oberbefehl der russische Generalleutnant Linwitsch übernahm, die Artillerie eines ganzen Armeekorps mitgegeben wurde, war es ein kühnes Wagnis, damit eine Stadt anzugreifen, die allgemein für uneinnehmbar galt, und deren Mauern wahrscheinlich von mehr als 100.000 Bewaffneten, darunter 50.000 europäisch ausgerüsteten und Geschulten, vertheidigt wurden. Und der Weg nach Peking war keineswegs frei. Aber nur auf der ersten Station, Peithsang, leistete der Feind ernsthaften Widerstand. Nachdem dieses am 5. August gestürmt worden war, wurden die übrigen bedeutenderen Ortschaften der 100 Kilometer langen Strecke: Nangtsin (am 6.), Hoitiwa (am 9.), Matou, Tschangkiawan und Tung (am 11. und 12.) mit Leichtigkeit genommen. Nur die Beschwerden des Marsches bei furchtbarer Hitze forderten viele Opfer. Am 13. stand man vor der Riesenstadt. Der nördliche Theil, die Tartarenstadt, ist ein Quadrat von 9 Kilometern Seitenlänge, die südlich davon gelegene Chinesenstadt ein Rechteck von 9 und 6 Kilometern Seitenlänge. Das ganze Rechteck hat also 48 Kilometer im Umfange. Die Mauern oder Wälle der Tartarenstadt sind 16 Meter hoch, unten 20 Meter, oben 12 Meter breit, die der Chinesenstadt niedriger und nur 2 bis 3 Meter dick. Um die Mauer läuft ein 20 Meter breiter und 10 Meter tiefer Wassergraben. Auf der Mauer können bequem Batterien operiren; für Gewehrfeuer sind alle 100 Schritt vorspringende Thürme angebracht. Die Tartarenstadt hat auf der Südseite drei Thore, die in die Chinesenstadt führen, auf jeder der anderen Seiten zwei. Aus der Chinesenstadt führen nach außen im Süden drei Thore, östlich und westlich je eins. Diese Thore sind kleine Festungen für sich. Stürmen ist bei der Höhe der nach außen senkrecht abfallenden Mauern nicht möglich, wenn nicht vorher die Artillerie Bresche schießt. Die Russen und Franzosen griffen das nördliche, die Japaner das südliche der beiden Ostthore der Tartarenstadt an. Den ganzen 14. wurde darum gekämpft, aber nur der äußere Theil der Thorbefestigungen behauptet. Die Engländer

und Amerikaner drangen durch das Ostthor und das östliche der drei Südthore in die schwächer befestigte Chinesenstadt ein, vermochten aber die Mauern der Tartarenstadt, innerhalb deren das Gesandtschaftsviertel liegt, nicht zu erstürmen.

Glücklicherweise gelang es dem General Gaselee, mit einer Kompagnie Sikhs in einem Abzugskanal unter der Trennungsmauer hindurch in die Tartarenstadt zu gelangen und den Vertheidigern der Mauern in den Rücken zu fallen. Damit waren die Europäer befreit. Am 15. zog das ganze Entsatzheer in die Mauern ein. Es hatte noch einige Straßenkämpfe zu bestehen. Der Hof hatte sich am Morgen des 14. geflüchtet. Am 16. wurde die Leiche Ketteler's gefunden. Am 18. traf ein deutsches Detachement unter dem Kapitän Pohl in Peking ein, und die Nationen vertheilten nun die Besetzung der Riesenstadt unter sich. Um deren Bewohnern ad oculos zu demonstriren, daß die Europäer Herren der Stadt seien, wurde am 28. August ein Durchmarsch des ganzen Entsatzheeres nicht allein durch die kaiserliche Stadt, die innerhalb der Tartarenstadt liegt, sondern auch durch das zweitgrößte Heiligthum Chinas — das allergrößte sind die Kaisergräber — die „Verbotene Stadt“ und den Kaiserpalast veranstaltet.

Was die Befreiten erzählten.

Man erfuhr nun genau, was in der Zeit der Absperrung vorgefallen war, besonders durch den Bericht des deutschen Gesandtschaftssekretärs von Below. Die Angriffe der Chinesen auf das Gesandtschaftsviertel begannen am 12. Juni, und der deutsche Gesandte von Ketteler sagte dem chinesischen Polizeipräsidenten, der zu leugnen versuchte, gerade heraus, daß er, der Polizeichef, und die übrigen Mandarinen es seien, welche die Banden organisirten. Am 13. beriethen die Gesandten über die Vertheidigungsmaßregeln. Man beschloß, das Gesandtschaftsviertel als Ganzes so lange wie möglich zu halten, daneben solle jede Nation mit ihrem Detachement ihre eigne Gesandtschaft schützen; die zum Gesandtschaftsviertel führenden Straßen sollten durch Gewehrfeuer freigehalten werden. Für den Nothfall wurde als letzter Zufluchtsort die englische Gesandtschaft als die geräumigste ins Auge gefaßt. Schon am Abend desselben Tages mußte ein Trupp, der die Kapelle der nordamerikanischen Gesandtschaft in Brand gesteckt und in die Gesandtschaftsstraße einzudringen versucht hatte, mit Gewehrfeuer vertrieben werden. In der Nacht darauf verbrannten die Boxer die französischen Kathedrale und eine Anzahl von Christenhäusern. Viele chinesische Christen flohen mit Hab und Gut ins Gesandtschaftsviertel.

Am 16. wurden durch Brandstiftung große Lager kostbarer Waren vernichtet. Am 17. kam es zu einem Zusammenstoß zwischen dem deutschen Detachement und chinesischen Truppen, die angeblich zum Schutz der Gesandtschaften in der Nähe postirt waren.

Baron Ketteler ersuchte daher um Zurückziehung dieser Truppen. Statt dessen ließ am 19. das Tsungli Namen die Gesandten auffordern, binnen 24 Stunden Peking zu verlassen, weil die Mächte durch den Sturm auf die Takuforts den Krieg eröffnet hätten. Die Gesandten, die wußten, daß der Abmarsch unter chinesischer Bedeckung den sicheren Tod aller bedeuten würde, erklärten das für unmöglich, und Ketteler meldete für den folgenden Tag seinen Besuch im Tsungli Namen an, um dort noch einmal Vernunft zu predigen. Am 20. morgens um 8½ Uhr verließen Ketteler und der Gesandtschaftsdolmetscher Cordes, jeder in einer Sänfte und nur von zwei chinesischen Reitknechten begleitet, das Gesandtschaftsviertel. Eine Sicherheitswache nahmen sie nicht mit, weil der Anblick europäischer Soldaten aufregend wirken konnte, und Cordes am Tage vorher, um Ketteler anzumelden, allein und unangefochten nach dem Tsungli Namen und zurückgegangen war. Nachdem sie schon eine große Menschenmenge unbelästigt passirt hatten, sah Cordes plötzlich neben Ketteler's Sänfte einen Mandchusoldaten auftauchen und auf die Kopfgegend anlegen. Cordes rief: Halt! Der Schuß frachte, die Träger setzten die Sänften nieder, Cordes wurde beim Herauspringen aus seiner Sänfte durch einen Schuß in den Unterleib verwundet, floh, von Lanzenträgern eine Strecke weit verfolgt, und entkam. Am 6. September bot ein Mandchusoldat dem japanischen Obersten Shiba eine Taschenuhr zum Verkauf an, die mit Ketteler's Wappen und Namenszug geschmückt war. Der Soldat wurde verhaftet und bekannte sofort, daß er Ketteler erschossen habe. Ein Prinz, den Namen wußte er nicht, habe am 19. die Straßenecken besetzen lassen mit dem Befehl, jeden Fremden, der ihnen zu Gesicht komme, niederzuschießen. Aus dem Umstande, daß das Gerücht von Ketteler's Ermordung schon ein paar Tage vorher verbreitet war, und daß das Tsungli Namen wußte, Ketteler werde sich am 20. auf die Straße begeben, während kein anderer Europäer daran dachte, darf man schließen, daß der Mordbefehl auf Ketteler gemünzt war. Der Mörder, sein Name war Enhai, bat nur, da er jedenfalls sterben müsse, um schnelle Exekution, und seine Bitte wurde erfüllt. Am Nachmittage jenes 20. Juni nun sprach das Tsungli Namen schriftlich sein Bedauern darüber aus, daß ein Europäer, dessen Namen es nicht zu wissen sich anstellte, erschossen worden sei.

Das Gesandtschaftsviertel, das von da ab förmlich belagert wurde, bildete ein Quadrat von etwa 600 Meter Seitenlänge innerhalb der Tartarenstadt; es wurde im Süden von der Mauer begrenzt, welche die Tartarenstadt von der Chinesenstadt scheidet. Die Zahl der eingeschlossenen Fremden betrug etwa 1000, darunter 400 Mann Schutztruppen und 200 Frauen und Kinder; dazu kamen 3000 chinesische Diener und chinesische Christen. Für die Unterbringung dieser Menge in dem engen

352312

III

Pracownia Śląska

Kzg 1 2859/67 100 000

Bezirk und für seine Reinhaltung wurden zweckmäßige Vorkehrungen getroffen. Die Verproviantierung war mangelhaft; nur an Pferden hatte man einen hinreichenden Vorrath. Milch und frisches Gemüse fehlten vollständig; Eier wurden in der zweiten Hälfte der Belagerung eingeschmuggelt. Die Hauptnahrungsmittel waren Pferdefleisch, Reis und Brot. Am Tage der Erlösung hatte man noch auf 14 Tage Vorrath. Infolge der ungeeigneten Kost erkrankten 10 Kinder unter 2 Jahren an Brechdurchfall, und 5 davon starben, sonst war der Gesundheitszustand verhältnismäßig gut; das Hospital beherbergte 126 Verwundete und 40 Kranke; 24 starben. Schon am 22. Juni mußten sich die Belagerten in die englische Gesandtschaft zurückziehen, weil in die Gebäude der übrigen Kugeln einschlugen und ein Theil davon in Flammen aufging. Förmliche Stürme wurden trotz der Uebermacht des Feindes glücklich zurückgeschlagen, wobei sich besonders die deutsche Schutztruppe hervorthat; ihr Führer, Graf Soden, wagte am 12. Juli sogar einen Ausfall. Am 16. wurde ein Waffenstillstand geschlossen. Am 8. August nahmen die Chinesen die Feindseligkeiten wieder auf. Am 12. und 13., als die Annäherung des Entsatzheeres bekannt wurde, überschütteten sie, wahrscheinlich aus Wuth, das Gesandtschaftsviertel mit einem ununterbrochenen Kugelregen. Am 14. erklang den Europäern der Donner der Geschütze draußen wie himmlische Musik, und am 15. fielen die Männer ihren Errettern in die Arme, während die Frauen und Kinder vor Freuden wie närrisch tanzten und sprangen. Entsetzlich wäre ihr Schicksal gewesen, wenn sie den gelben Teufeln in die Hände gefallen wären.

Das Weltkonzert.

Da die chinesische Regierung in Singanfu in der Provinz Schensi, 900 Kilometer südwestwärts von Peking saß, wohin man ihr unmöglich folgen konnte, so blieb den Vertretern der Mächte nichts übrig, als auf eigene Faust die Ordnung in der Provinz Petschili herzustellen und mit einigen Prinzen und Statthaltern, unter denen der aus Kanton herbeigeholte Li Hungtschang die Hauptrolle spielte, über die den Chinesen vorzuschreibenden Friedensbedingungen zu verhandeln. Zum ersten genannten Zweck wurden Expeditionen unternommen, die seit der Ankunft des Feldmarschalls Waldersee am 28. September in Peking unter dessen Oberleitung vollzogen wurden und den Einwohnern, von Paotingsu im Süden bis zur großen Mauer im Nordwesten, die Herrschaft der Europäer fühlbar machten. Einer der Anführer dieser Expeditionen, der Oberst Graf Nork, hatte nach der Besetzung der Stadt Kalgan am 19. November das Unglück, an einer Kohlenoxydgasvergiftung zu sterben. Von diesen Straf- und Beruhigungsexpeditionen berichteten Soldatenbriefe, die

in deutschen Blättern, doch aller Richtungen, sozialdemokratisch

Gräueltthaten, die darin ergaßen. Zweifel größtentheils entweder renommitische oder boshafte Erdichtungen. Wären sie aber auch wahr, so hätte man noch kein Recht, sich darüber zu entrichten oder zu verwundern. Die Chinesen, bei denen die grausamsten Folterungen und martervollsten Hinrichtungen üblich sind und die abscheuliche Grausamkeiten gegen Europäer noch bis in den August hinein fast unter den Augen der Verbündeten verübten, durften grundsätzlich nicht nach dem heute für den Krieg mit zivilisirten Staaten geltenden Kriegsrecht behandelt werden; und junge Männer, die sich für eine Strafexpedition in exotischen Ländern freiwillig melden, sind selbstverständlich weder sentimental noch sittsame Musterknaben. Weil solche Expeditionen auf die Theilnehmer unmöglich veredelnd wirken können, sind Patrioten, denen die Sittsamkeit über alles geht, grundsätzliche Feinde von exotischen Eroberungen; hat man sie aber einmal gemacht, so kann man sich den Folgen nicht entziehen.

Daß die Friedensverhandlungen zu einer endlosen Komödie der Irrungen wurden, dafür sorgten einerseits die Schlaueit, Doppelzüngigkeit und virtuose Verschleppungskunst der chinesischen Unterhändler, anderseits das Konzert der Großmächte, bei dem die Mitwirkenden alle Augenblicke Miene machten, einander mit den Instrumenten die Köpfe einzuschlagen. Bald wollte Amerika seine Truppen zurückziehen, bald Rußland, das so ganz sacht die Mandschurei „pazifizierte“, d. h. für sich eroberte, während es zugleich China gegenüber den wohlwollenden Berather und Schützer spielte. Gegen die russischen Annerkennungsgelüste richtete sich das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober, worin ausgemacht wird, daß China für den Handel und die wirtschaftliche Thätigkeit aller Nationen offen bleiben soll, und daß die beiden kontrahirenden Mächte die Wirren nicht zu Eroberungen benützen, sondern den Territorialbestand des chinesischen Reiches unvermindert erhalten wollen; sollte aber, heißt es weiter, eine andere Macht die Verwickelungen zur Erlangung territorialer Vortheile benützen, so behalten sich die Kontrahenten das Recht der Schadloshaltung vor. Nur als Kuriosum erwähnen wir, daß kurz vorher die Kaiserpuppe in Singanfu dem Deutschen Kaiser als Sühne für die Ermordung Ketteler's ein Transloper angeboten hatte. Kaiser Wilhelm antwortete natürlich (am 2. Oktober), zur Herstellung des Friedens werde bedeutend mehr erfordert: man müsse das begangene Unrecht im vollen Umfange wieder gut machen und allen Fremden in China Sicherheit verbürgen für Leib und Leben, für Hab und Gut und für freie Ausübung der christlichen Religion.